

# Agenden

# Aktivitäten

Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung

1 9 9 7  
9 8



187271

NOE Landesbibliothek

# NÖ

## Agenden

## Aktivitäten

1997 / 1998



- **Aktuelle Geschäftsordnung und Geschäftseinteilung**

- **Adressen, Beratungshinweise, Telefonindex**

- **Rückblick 1997  
Ziele 1998**

**NÖ Schriften**  
107 Information

NÖ

Agenden

Aktivitäten



3002 1 1000

Aktuelle Geschäftsanordnung  
und Geschäftseinteilung

Missl. St.

VIII 198

Adressen, Beratungsstellen,  
Telefonlexikon

#### NÖ Schriften 107 – Information

Herausgeber und Medieninhaber: Land Niederösterreich, vertreten durch  
das Amt der NÖ Landesregierung, Gruppe Landesamtsdirektion, Abteilung  
Landesamtsdirektion – Verwaltungsinnovation/Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Dipl.-Ing. Michael Stiller

Fotos: Wolfgang Bernhart, Bildstelle beim Amt der NÖ Landesregierung.

Alle: 3100 St. Pölten, Landhausplatz 1, e-mail: post.lad1vi@noel.gv.at

Satz: Laudenbach Satz & DTP, 1070 Wien

Druck: Berger, 3850 Horn

Zum Schutz der Umwelt auf Biotop 3 gedruckt.

Erschienen im Juli 1998

ISBN-3-85006-106-X

NÖ Schriften  
Information

AS 432 C 107

## Vorwort



Verehrte Leserin, verehrter Leser!

Niederösterreich hat Tradition und Geschichtsbewußtsein. Das ist zum Teil auch jene Eigenschaft, die von vielen Kennern unseres Landes als liebenswert erkannt wird. Es ist auch Tradition, über die geleistete Arbeit einen Überblick zu geben, um das volle Leistungsspektrum der NÖ Landesverwaltung darzustellen. Dieser Tradition werden wir durch die Vorlage des Tätigkeitsberichtes 1997/98 gerecht.

Es ist aber auch Tradition, die Verwaltungsarbeit immer als eine Arbeit für den Bürger Niederösterreichs zu sehen. Mein Auftrag „Näher zum Bürger, schneller zur Sache“ hat besonders im abgelaufenen Jahr zu weitreichenden Veränderungen in diesem Land geführt. Niederösterreich ist aber auch modern und für die Zukunft in einem gemeinsamen Europa bestens gerüstet. Mit der EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 1998 ist Österreich – und

damit auch Niederösterreich als Umland von Wien – deutlich im Mittelpunkt des europäischen Interesses. Es ist dies die einzigartige Möglichkeit, unser Heimatland als moderne Top-Ten-Region Europas präsentieren zu können.

Ich lade Sie hiermit ein, in Ihrem Wirkungskreis die Möglichkeit einer hervorragenden Darstellung unseres Landes offensiv wahrzunehmen. Nie waren die Voraussetzungen dafür besser als heute.

Wir sind Teil Europas – handeln wir danach!

Herzlichst

Ihr

Dr. Erwin Pröll  
Landeshauptmann

## Vorwort



Liebe Leserin, lieber Leser!

Über ein abgelaufenes Jahr Rechenschaft abzugeben bedeutet, sich vor allem Zeit zu nehmen für einen Rückblick, Zeit für eine Analyse, aber auch für einen Blick nach vorne in die Zukunft. Das Jahr 1997 ist, aus der Sicht des NÖ Landesdienstes betrachtet, durchaus erfolgreich verlaufen. Am 21. Mai 1997 tagte der NÖ Landtag in einer feierlichen Festsitzung das erste Mal in St. Pölten, wenige Tage später fand am 27. Mai 1997 die erste Regierungssitzung im Neuen Landhaus statt. Das Bürgerservice wurde durch die Übersiedlung der Landesverwaltung nach St. Pölten weiter ausgebaut. Die vollzogene neue Gruppeneinteilung konnte nun ein Jahr praktisch „gelebt“ werden. Die erwarteten Verbesserungen in der Struktur der Gruppen und Abteilungen sind umgesetzt, das Forum der Gruppenleiter tagt regelmäßig.

Die vollständige Übersiedlung der Landesverwaltung nach St. Pölten ist einer

der bedeutendsten Meilensteine für die Administration des Landes unter der Enns. Das Neue Landhaus ist ein Haus der Bürger, „Tage der offenen Tür“ wie zuletzt im September 1997 haben das deutlich unterstrichen. Alle Dienststellen sind nun an einem Ort – ein neues Zentrum hat sich direkt im Herzen Niederösterreichs gebildet.

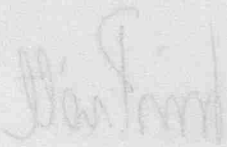
Aus diesem Potential schöpfen wir die Kraft und Energie, weiterhin jene Veränderungen vorzunehmen, durch welche die NÖ Landesverwaltung auch in Zukunft bürgerorientiert und bürgerfreundlich bleiben wird.

Ihr

Dr. Karl Kern  
Landesamtsdirektor

damit auch Österreich als Mitglied  
von Wien - damit im Mittelpunkt des  
europäischen Interesses. Es ist das  
die europäische Identität, unser Hof-  
national als moderne Top der Region  
Europa präsentieren zu können.  
Ich habe Sie hiermit ein so Ihnen. Wir  
fortan die Möglichkeit sind hervor-  
zuheben. Die Möglichkeit eines Landes  
in der Gestaltung eines Landes  
offen weiterzuentwickeln. Wie waren die  
Verantwortungen dafür, dass wir  
heute  
Wir sind Teil Europas - fassen wir es  
nicht!

Hochachtung  
mit



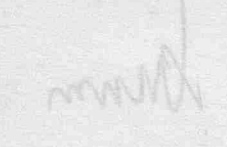
Dr. Erwin Föll  
Landesgeschäftsführer

Vertrauen verdient. Lesen!  
Niederösterreich hat Tradition und Ge-  
schichtswissen. Dies ist zum Teil  
auch jene Eigenart, die den Erfolg  
Kannern unsere Länder als Teil der  
erkannt wird. Es ist auch Tradition über  
die gesamte Arbeit einen Überblick zu  
geben, um das volle Leistungsspektrum  
der NÖ Landesverwaltung darzustellen.  
Dieser Tradition werden wir durch die  
Folge des Tätigkeitsberichtes 1997/98  
getreue.  
Es ist aber auch Tradition die Voraus-  
setzungen immer als eine Arbeit für den  
bürgerlichen Niederösterreich zu setzen.  
Mein Auftrag - Näher zum Bürger  
schneller zur Sache - hat besonders im  
abgelaufenen Jahr zu weitreichenden  
Veränderungen in diesem Land geführt.  
Niederösterreich ist aber auch modern  
und für die Zukunft in einem geeinig-  
ten Europa bestens gerüstet. Mit der  
EU-Parlamentswahl in der zweiten  
Jahreshälfte 1998 ist Österreich - und



der bedeutendsten Maßnahmen für die  
Administration des Landes unter der  
Führung des Herrn Landeshauptmann  
der Bürger. Diese hat diesen Tag wie  
zuletzt im September 1997 haben das  
deutsch anerkennen. Alle Dispositionen  
sind nun ein neues Ziel - ein neues Ziel  
hat sich durch in diesem Sinne  
Gemeinschaft gebildet.  
Aus diesem Potential schöpfen wir die  
Kraft und Energie, welche jene Verän-  
derungen vorzunehmen, durch welche  
die NÖ Landesverwaltung auch in Zu-  
kunft bürgernah und bürgernutzend  
bleiben wird.

Hochachtung  
mit



Dr. Kai Kern  
Landesgeschäftsführer

Liebe Leserin, lieber Leser!  
Für ein erfolgreiches Jahr stehen  
schon abgedruckt befindet sich vor  
allen Zeit zu nehmen für einen Rück-  
blick für eine Analyse, aber auch für  
einen Blick nach vorne in die Zukunft.  
Das Jahr 1997 ist aus der Sicht des NÖ  
Landesgeschäftsführers, durchaus  
erfolgreich verlaufen. Am 27. Mai 1997  
tagte der NÖ Landtag in einer feierlichen  
Fest Sitzung das erste Mal in 21 Jahren.  
Wenige Tage später fand am 27. Mai  
1997 die erste Regierungssitzung im  
Neuen Landhaus statt. Das Bürger-  
recht wurde durch die Öffnung der  
Landesverwaltung nach 90 Jahre wieder  
ausgeübt. Die vollzogene neue Orga-  
nisation konnte nur ein Jahr die  
nicht geleistet werden. Die weiteren  
Veränderungen in der Struktur der  
Gruppen und Abteilungen sind immer  
sich, das Ziel der Öffentlichkeit ist  
zu erreichen.  
Die vorstehende ist ein Bericht über die  
Tätigkeit der Landesverwaltung im  
abgelaufenen Jahr.  
1997 ist ein erfolgreiches Jahr  
gewesen. Die NÖ Landesverwaltung wird  
das Jahr 1998 mit dem gleichen Engagement  
bestreiten. Die Landesverwaltung wird  
das Jahr 1998 mit dem gleichen Engagement  
bestreiten.  
1997 ist ein erfolgreiches Jahr  
gewesen. Die NÖ Landesverwaltung wird  
das Jahr 1998 mit dem gleichen Engagement  
bestreiten.



## **Geschäftsordnung, Geschäftseinteilung**

**1**

Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung 8 · Die neue Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung 15

## **Adreß- und Telefonverzeichnis**

**2**

Verwaltungsbezirke (Bezirkshauptmannschaften und NÖ Gemeinden) 24 · Städte mit eigenem Statut 34 · Amt der NÖ Landesregierung 34 · Weitere Adressen (Auswahl) 34

## **Rückblick 1997, Ziele 1998**

**3**

Schwerpunkte, Probleme und Ziele aus den Tätigkeitsberichten der Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung

**Gruppe Landesamtsdirektion** Abteilung Landesamtsdirektion 40 · Abteilung Personalangelegenheiten A, B, C 52 · Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten 52 · Abteilung Rechtsbüro 54 · Abteilung Pressedienst 54

**Gruppe Finanzen** Abteilung Finanzen 55 · NÖ Landesbuchhaltung 56 · Landesabgabenamt 57 · Abteilung Wohnungsförderung A/B 57 · Abteilung Allgemeine Förderung 58 · Abteilung Stiftungsverwaltung 68

**Gruppe Innere Verwaltung** Abteilung Polizeiangelegenheiten 69 · Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen 69 · Abteilung Gemeinden 70 · Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz 74 · Abteilung Gemeindeärzte 78 · Abteilung Personenstandsangelegenheiten 78 · Abteilung Veranstaltungsangelegenheiten 78

**Gruppe Kultur, Wissenschaft und Unterricht** Abteilung Kultur und Wissenschaft 80 · Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde 86 · Abteilung NÖ Landesbibliothek 87 · Abteilungen Schulen und Kindergärten 89

**Gruppe Land- und Forstwirtschaft** Abteilung Agrarrecht 91 · Abteilung Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft 94 · Abteilung Landwirtschaftsförderung 96 · Abteilung Forstwirtschaft 98 · Abteilung Veterinärangelegenheiten 101 · Abteilung Bodenreform 102 · Abteilung Land- und Forstwirtschaftsinspektion 103

**Gruppe Wirtschaft, Sport und Tourismus** Abteilung Gewerberecht 105 · Abteilung Wirtschaftsförderung 106 · Abteilung Tourismus 107 · Abteilung Berufsschulen 109 · Abteilung Sport 112 · Abteilung Energie- und Strahlenschutzrecht 113 · Abteilung Sparkassen und Stiftungsaufsicht 114 · Abteilung Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten 115

**Gruppe Wasser** Abteilung Wasserrecht und Schifffahrt 117 · Abteilung Wasserwirtschaft 118 · Abteilung Wasserbau 125 · Abteilung Siedlungswasserwirtschaft 128 · Abteilung Hydrologie 130

**Gruppe Raumordnung und Umwelt** Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht 133 · Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik 134 · Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung 141 · Abteilung Umweltrecht und Umweltkoordination 143 · Abteilung Naturschutz 144 · Abteilung Verkehrsrecht 145 · Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten 147

**Gruppe Gesundheit und Soziales** Abteilung Gesundheitswesen 149 · Abteilung Umwelthygiene 152 · Abteilung Lebensmittelkontrolle 154 · Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten 155 · Abteilung Sozialhilfe 160 · Abteilung Jugendwohlfahrt 164 · Abteilung Heime 167 · Abteilungen Arbeitsrecht und Sozialversicherung und Landwirtschaftliche Sozialversicherung 170

**Gruppe Baudirektion** Abteilung Allgemeiner Baudienst 171 · Abteilung Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik 183 · Abteilung Maschinenbau- und Elektrotechnik 185 · Abteilung Umwelttechnik 185 · Abteilung Vermessung 186

**Gruppe Hochbau** Abteilung Landeshochbau A 189 · Abteilung Landeshochbau B 190 · Abteilung Bundeshochbau 190 · Abteilung Haustechnik 191

**Gruppe Straße** Abteilung Allgemeiner Straßendienst 193 · Abteilung Straßenbetrieb 194 · Abteilung Bundesstraßenbau 195 · Abteilung Landesstraßenbau 197 · Abteilung Brückenbau 198 · Abteilung Straßenspezialtechnik 198 · Abteilung Straßenplanung 200 · Abteilung Güterwege 203

**Agrarbezirksbehörde** Organisationsfachabteilung 205 · Rechtsfachabteilung 205 · Agrartechnische Abteilung 206 · Bodenschutzfachabteilung 208 · **NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte** 208 · **Umweltanwalt** 209 · **Unabhängiger Verwaltungssenat** 211

## **Beratung, Informationshinweise**

**4**





(Stand vom 17. April 1998)

## § 2

Die Angelegenheiten der Landesverwaltung und der mittelbaren Bundesverwaltung (einschließlich der Auftragsverwaltung des Bundes) werden auf die Mitglieder der Landesregierung wie folgt verteilt:

### I.



**Landeshauptmann  
Dr. Erwin Pröll**

1. Angelegenheiten der Landesverfassung und der Verwaltungsorganisation; Leitung des Inneren Dienstes; Regierungsdienst; Verfassungsdienst; Angelegenheiten der Aus- und Weiterbildung der Landesbediensteten; Innenrevision; Angelegenheiten des Rechnungshofes und des Finanzkontrollausschusses; Kancelaiaufsicht; Koordinationsdienst; Verwaltungsinnovation; Befreiung von der Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit; Angelegenheiten der Informationstechnologie; Demoskopie und Öffentlichkeitsarbeit des Inneren Dienstes; Beratungsstelle des Amtes; Angelegenheiten der Verbindungsstelle der Bundesländer; Entsendung von Vertretern des Landes oder der Landesregierung in öffentliche Körperschaften oder andere juristische Personen; Bestellung, Widerruf und Abberufung der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Aufsichtskommissärs der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekbank-Holding; Vorschlag von Mitgliedern in den Beirat für die Verwaltungsakademie des Bundes; Kundmachung von Staatsverträgen durch Auflage beim Amt der NÖ Landesregierung; Angelegenheiten des Datenschutzes mit Ausnahme der Verwaltungsstrafverfahren; Angelegenheiten des Landesbedienstetenschutzes; Dienstpaßangelegenheiten; Angelegenheiten der Europäischen Integration und Koordination der Außenbeziehungen des Landes Niederösterreich; Angelegenheiten des Unabhängigen Verwaltungssenates in Niederösterreich;
2. Personalangelegenheiten;
3. Angelegenheiten der Bezüge der Mitglieder des Landtages von Niederösterreich und der Niederösterreichischen Landesregierung;
4. Auszeichnungsangelegenheiten; Ehrungen; Schutz des Landeswappens; Angelegenheiten der Dienstwohnungen und Dienstbekleidung; Angelegenheiten der Amtshaftung, Organhaftpflicht und Dienstnehmerhaftung, allgemeine Angelegenheiten der Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Überwachungsgebühren und des Gebührengesetzes; Stempelmarkenverschleiß; Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen in das Ausland und aus dem Ausland; Überbeglaubigungen; Bundesheerangelegenheiten und Angelegenheiten der Landesverteidigung, soweit sie keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Zivildienstangelegenheiten; Angelegenheiten, die sich aus der Verwaltung landeseigener Bauten und Liegenschaften ergeben, soweit diese keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Verwaltung der Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaften; Angelegenheiten der Bundesgebäudeverwaltung; allgemeine Vergabeangelegenheiten; Beschaffungsangelegenheiten; Amtsdruckerei, Mikrofilm- und Kopierstelle, Buchbinderei, Materialamt, Werkstätten; Landhausküche; Landhauskindergarten; Rechtliche und administrative Angelegenheiten der Dienstnehmervertretungen;
5. Staatsbürgerschaftsangelegenheiten; Wahlen (des Bundespräsidenten, des Nationalrates, des Landtages); Angelegenheiten des NÖ Landesbürgerevidenzgesetzes und des NÖ Initiativ- und Einspruchsgesetzes; Volksabstimmungen; Volksbegehren; Wählerevidenz; Entscheidung über den Hauptwohnsitz (Reklamationsverfahren); Kriegsgräberfürsorge und -evidenz; NÖ Kriegsgräberspendenfonds;
6. Rechtsbüro;
7. Pressedienst;
8. Dokumentation;
9. Leitung und Koordination des gesamten Baudienstes einschließlich der Gebietsbauämter; Geologischer Dienst; Rohstoffforschung; technische Dienstprüfungen; Ziviltechnikerwesen mit Ausnahme der Verwaltungsstrafverfahren; Luftbildstelle;
10. Angelegenheiten der Planung, des Baues und der Erhaltung von Straßen, einschließlich der Brücken sowie alle damit direkt zusammenhängenden verkehrstechnischen Angelegenheiten; Verwaltung der Liegenschaften der Straßenverwaltung; Kraftfahrwesen hinsichtlich der eingeschränkten Zulassung (Routen genehmigung) sowie der Transporte und Fahrten, bei denen die allgemein zulässigen Maße, Gewichte und Achslasten überschritten werden; Angelegenheiten des GGSt hinsichtlich der eingeschränkten besonderen Zulassung und Ausstellung von Bescheinigungen für eingeschränkt besonders zugelassene Fahrzeuge;

11. Amtssachverständigentätigkeit für Sprengmittel- und Schießtechnik, für Verkehrstechnik und für Landwirtschaft; Sachverständigentätigkeit im Lawinenwarndienst; Bewertung von landwirtschaftlich genutzten Liegenschaften; Amtssachverständigentätigkeit für Wasserbau und für Fördertechnik;
12. Vermessungsangelegenheiten;
13. Angelegenheiten der Dorf- und Stadterneuerung sowie der Ortsbildpflege; Regionalmanagements; Förderung der Raumordnungsmaßnahmen; Grunderwerb; Baurechtsaktion des Landes Niederösterreich;
14. Verwaltung der Gesellschaftsanteile des Landes und der daraus erzielten Einnahmen, soweit diese Angelegenheiten keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Förderung von Vereinen;
15. Bestellung der Mitglieder des Landessanitätsrates;
16. Rundfunk- und Fernsehangelegenheiten;
17. Kulturelle und museale Angelegenheiten ausgenommen die Angelegenheiten der Förderung zeitgenössischer Kunst, der kulturellen Regionalisierung, der Kunsthalle Krems und des Donaufestivals; Förderung des Filmschaffens, der Medienkunst (künstlerische Fotografie, künstlerischer Film, künstlerisches Video, Kunst im elektronischen Raum und die Grenzen von Fachdisziplinen überschreitende Kunst); Angelegenheiten der NÖ Landesakademie, der Donau-Universität Krems und der Fachhochschulen; Verwaltung der Gedenkstätten, Museal- und Depotgebäude des Landes mit Ausnahme des Gebäudes Wien I., Herrengasse 9, Angelegenheiten der Schallaburg, Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege; Angelegenheiten des Kultur- und Sportstättenstillings mit Ausnahme der Verwaltung der für Sportzwecke zu verwendenden Erträge;
18. Gemeindeförderung (Regionalisierung) gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Höger;
19. Angelegenheiten der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft und der NÖ Patienten- und Pflegethemenwaltschaft;
20. Straßenpolizei; Kraftfahrwesen und Verkehrswesen, soweit diese Angelegenheiten keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Gesamtverkehrsangelegenheiten;
21. Verwaltung des Gutsbesitzes „Ottenstein“ der Windhag-Stipendienstiftung für Niederösterreich;
22. Auslandsösterreicherbetreuung;

## II.

1. Angelegenheiten des Sports, der Schischulen und der Bergführer;
2. Angelegenheiten des NÖ Jugendgesetzes; Förderung von Jugendherbergen, Jugendheimen und Jugendverbänden; Soziale Dienste der Jugendwohlfahrt – freie Jugendwohlfahrt; Landesjugendreferat; Angelegenheiten des NÖ Familiengesetzes; Förderungen nach § 6 Abs. 3 des NÖ Kinderbetreuungsgesetzes 1996 mit Ausnahme der Förderung für Horte; Arbeitnehmerförderung; Förderung von Hausstandsgründungen; Angelegenheiten des NÖ Seniorengesetzes; administrative Angelegenheiten des Landesbeirates für Jugend- und Familienpolitik sowie zur Wahrung der Interessen der älteren Generation; Verwaltungsangelegenheiten des Mietrechts; Lehrlingsbeihilfen;
3. Hilfe für Behinderte (Abschnitt III des NÖ Sozialhilfegesetzes); Sicherstellung von Sozialhilfeeinrichtungen mit Ausnahme der sozialen Dienste und der psychosozialen Beratung; Regelung der Beziehungen zu den Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege sowie deren Förderung mit Ausnahme der sozialen Dienste und der psychosozialen Beratung; Heranziehung von Fachkräften; Landespensionistenheime; Landespflegerheime; Angelegenheiten der Altenhelfer;
4. Angelegenheiten der Förderung von Wohnbauten, der Gewährung von Wohnbeihilfen, der technischen Überprüfung von Wohnbauten und der Wohnungsgemeinnützigkeit, soweit diese Angelegenheiten keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Althausanierung;
5. Angelegenheiten der Förderung zeitgenössischer Kunst, der kulturellen Regionalisierung, der Kunsthalle Krems und des Donaufestivals;
6. Frauenreferat, soweit diese Angelegenheit keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen ist, gemeinsam mit Landesrat Votruba;
7. Förderung von Heimen;
8. Archiv und Angelegenheiten des NÖ Institutes für Landeskunde; Bibliothek;



**Landeshauptmann-  
Stellvertreter  
Liese Prokop**

III.

1



**Landeshauptmann-Stellvertreter Ernst Höger**

1. Nichtlandwirtschaftliche Siedlungsangelegenheiten; Förderung von Wohnbauten der Gemeinden mit einem sozialistischen Bürgermeister, Förderung von Wohnbauten und – soweit die Bauvereinigungen ihren Sitz in Niederösterreich haben – Angelegenheiten der Wohnungsgemeinnützigkeit bezüglich folgender gemeinnütziger Bauvereinigungen: Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft Amstetten, Allgemeine gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Gen. m. b. H. St.Pölten, Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Mödling, Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft Pielachtal, Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft Wr. Neudorf, Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft „Arthur Krupp“ Ges. m. b. H. Berndorf, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft „Neunkirchen“, Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaft „Krems a. d. Donau“, Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Neue Heimat“, Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft für NÖ und Bgld. Gen. m. b. H. Hainburg, Gemeinnützige Baugenossenschaft Österr. Siedler und Mieter Gen. m. b. H. „Gebös“, Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Wien-Süd“, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungs AG „Schwarzatal“, Erste gemeinnützige Wohnungsgesellschaft „Heimstätte“, Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft „Schönes Wohnen“, Gemeinnützige allgem. Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft „ÖBB“, Gemeinnützige allgem. Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft „Margareten Gürtel“, Wohnungsaktiengesellschaft Linz, Erste burgenländische gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft Gen. m. b. H. Pöttsching, Gemeinnützige Wohnungsbau-Ges. m. b. H. „Gewog“, Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Piestingthaler, Allgemeine Heimstättengenossenschaft gemeinnützige reg.Gen. m. b. H., Gemeinnützige Ein- und Mehrfamilienhäuser Baugenossenschaft reg. Gen. m. b. H., Wohnbauvereinigung für Privatangestellte gemeinnützige Ges. m. b. H., Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Perlmoser Zementwerke AG m. b. H., Gemeinnützige Mürz-Ybbs Siedlungs-AG „Gemysag“, Gemeinnützige Wohn-, Bau- und Siedlungsgesellschaft für Gemeindebedienstete, Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Steyr-Daimler-Puch Ges. m. b. H.; Gewährung von Wohnbeihilfen in den genannten Wohnbauten und technische Überprüfung der genannten Wohnbauten;
2. Gemeindeangelegenheiten und Aufsicht über Gemeindeverbände, soweit diese keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Angelegenheiten der Landes-Werbeabgaben mit Ausnahme der Angelegenheiten des Landesabgabenamtes; Gemeindeförderung (Regionalisierung) gemeinsam mit Landeshauptmann Dr. Pröll;
3. Angelegenheiten der Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen, gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen; Berufsschulbaufonds; personal- und dienstrechtliche Angelegenheiten der Landeslehrer an den gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen; berufsbildende mittlere und höhere Schulen;
4. Angelegenheiten des Hochbaues des Bundes;
5. Verwaltung des NÖ Wasserwirtschaftsfonds gemeinsam mit Landesrat Mag. Sobotka;

IV.



**Landesrat Ökonomierat Franz Blochberger**

1. Rechtliche Angelegenheiten des Energiewesens und der Energiewirtschaft; Rechtliche Angelegenheiten des Strahlenschutzes, soweit diese keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind;
2. Schifffahrtsangelegenheiten;
3. Veterinärangelegenheiten einschließlich der Kontrolle nach Anhang A der Milchhygieneverordnung; Tierzuchtangelegenheiten; Angelegenheiten der Tierkörperverwertung einschließlich der Verwaltung der landeseigenen Liegenschaften;
4. Agrarrechtliche und agrartechnische Angelegenheiten; Jagd- und Fischereiangelegenheiten; Angelegenheiten des Grundverkehrs und des Ausländer-Grundverkehrs; Angelegenheiten der Bodenreform, soweit diese von der Landesregierung zu besorgen sind; Angelegenheiten des Pflanzenschutzmittelgesetzes;
5. Verwaltung der Bauhöfe Absdorf und Plosdorf (letzterer gemeinsam mit Landesrat Dr. Bauer);
6. Landwirtschaftliche Bildungs-, Beratungs- und Versuchsangelegenheiten; landwirtschaftliche Studienförderung, Verwaltung der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen; Weinangelegenheiten, Obst- und Gartenbauangelegenheiten; Angelegenheiten der Qualitätsklassen landwirtschaftlicher Produkte; Verwaltung der Anteile des Landes in Gesellschaften, die der Weinwirtschaft dienen;

7. Rechtliche Angelegenheiten der Feuerpolizei; Feuerwehrangelegenheiten; Katastrophendienst; Verwaltung der Landesfeuerwehrschule; Angelegenheiten der Zivilen Landesverteidigung; Angelegenheiten des Einsatzopferfonds; Angelegenheiten der Landeswarnzentrale; Flüchtlingsangelegenheiten mit Ausnahme der Flüchtlingsbetreuung im Rahmen der Sozialhilfe;
8. Landarbeitsrecht; Land- und Forstwirtschaftsinspektion;
9. Amtssachverständigentätigkeit für Forst-, Jagd- und Fischereiwirtschaft; forsttechnische Angelegenheiten; forstliche Raumplanung; fachliche Aufsicht über die Forstorgane der Bezirksverwaltungsbehörden; Lehrforstamt Ottenstein; Förderung der Forstwirtschaft; Verwaltung der Landesforstgärten;
10. Förderung der Landwirtschaft; landwirtschaftliches Siedlungswesen; landwirtschaftliche Wohnbauförderung mit Ausnahme der Förderung der Arbeiter und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft; Förderung von Elektrifizierungen und Telefonanschlüssen; Dorfhelferinnen und Betriebs helferdienst; Notstandsmaßnahmen und Förderung der Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften;
11. Bodenschutzangelegenheiten; Verwaltung der Liegenschaften des Bodenschutzes;
12. Landwirtschaftliche Entwässerungen und Bewässerungen; Vorflutbeschaffung; kulturtechnische Maßnahmen; Wildbachverbauung;
13. Landwirtschaftlicher Wege- und Anlagenbau; technische Angelegenheiten der Alm- und Weideverbesserung;
14. Geschäftsstelle für Energiewirtschaft einschließlich der Angelegenheiten der Fernwärmeförderung;
15. Angelegenheiten der Wasserwirtschaft (wasserwirtschaftliche Grundlagenforschung, Wasserbewirtschaftung, Planungsorgan gemäß § 55 des Wasserrechtsgesetzes 1959); technische Angelegenheiten der Gewässeraufsicht;
16. Angelegenheiten des NÖ Marchfeldkanalgesetzes mit Ausnahme der Angelegenheiten der Nationalparks;
17. Hydrologie;
18. Förderungen des NÖ Landschaftsfonds gemeinsam mit Landesrat Dr. Bauer; Geschäftsstelle des NÖ Landschaftsfonds; Angelegenheiten des NÖ Landschaftsabgabegesetzes;
19. Angelegenheiten der Nationalparks gemeinsam mit Landesrat Dr. Bauer;

## V.



**Landesrat Ernest  
Gabmann**

1. Sparkassenaufsicht, Sparkassenregister und preisrechtliche Angelegenheiten; Kultusangelegenheiten und Stiftungsaufsicht;
2. Angelegenheiten des Gewerbes und damit zusammenhängende rechtliche Angelegenheiten des Strahlenschutzes, Prüfung der fachlichen Eignung für den Kraftfahrlinienverkehr, Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes, der öffentlichen Wäg- und Meßanstalten und der Berufsordnung der Wirtschaftstreuhänder; Rohrleitungsangelegenheiten; Angelegenheiten des Berufsausbildungsgesetzes; Buschenschank, Privatzimmervermietung; Angelegenheiten des Außenhandelsgesetzes, soweit sie nicht einem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind;
3. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung; Standortberatung; Betriebsneugründungen; Förderung von Innovationen; Technologie und Innovation;
4. Fremdenverkehrsangelegenheiten;
5. Verwaltung der Anteile des Landes in Gesellschaften, die der Standortberatung, der Betriebsansiedlung, der Förderung der gewerblichen Wirtschaft sowie dem Fremdenverkehr dienen, sowie in der ECO Plus Betriebsansiedlung und Regionalisierung in Niederösterreich Gesellschaft m. b. H.;
6. Dienstkraftwagenbetrieb; Kraftfahrwesen hinsichtlich der Bauart und Ausrüstung sowie der Einzel-, Ausnahme genehmigungen und Bescheinigungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern, Bewilligung des Ziehens von nicht zugelassenen Anhängern; Angelegenheiten des GGSt hinsichtlich der besonderen Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Anhängern sowie der Genehmigung von Verpackungen; Sachverständigentätigkeit für das Kraftfahrwesen sowie die Aufsicht darüber;
7. Angelegenheiten der geistigen und der wirtschaftlichen Landesverteidigung;

VI.



**Landesrat Mag.  
Wolfgang Sobotka**

1. Finanzangelegenheiten einschließlich der Verwaltung des Landesvermögens sowie Angelegenheiten der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekensbank-Holding, soweit diese keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Verwaltung der Gesellschaftsanteile des Landes an der NÖ Landesbank-Hypothekensbank AG; NÖ Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden; Angelegenheiten der Landesbuchhaltung und des Landesabgabenamtes;
2. Rechtliche Angelegenheiten der Gemeindeärzte und damit zusammenhängende Angelegenheiten der Gemeinden und Sanitätsgemeinden;
3. Angelegenheiten der Assanierung und Bodenbeschaffung;
4. Allgemeine Bauwirtschaft;
5. Grundlagenforschung;
6. überörtliche und örtliche Raumordnung, soweit diese Angelegenheiten keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Angelegenheiten der Regelung der Bebauung (Abschnitt II der NÖ Bauordnung 1976) mit Ausnahme der individuellen Verwaltungsakte;
7. Volkszählung und Statistik;
8. Angelegenheiten der Stiftungsverwaltung mit Ausnahme der Verwaltung des Gutsbesitzes „Ottenstein“ der Windhag-Stipendienstiftung für Niederösterreich;
9. Verwaltung des NÖ Wasserwirtschaftsfonds gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Höger;
10. Geschäftsstelle des Landes NÖ für EU-Regionalpolitik;
11. Angelegenheiten des Umweltschutzes, soweit sie nicht einem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; technische Angelegenheiten der Luftfahrt und Sicherheitstechnik im Gesundheitswesen; Angelegenheiten der Abfallwirtschaft, ausgenommen die gemeindeaufsichtsbehördlichen Angelegenheiten; Angelegenheiten des Chemikaliengesetzes, ausgenommen die Überwachung und die Giftangelegenheiten; Verwaltung von Anteilen des Landes an Gesellschaften, die dem Umweltschutz dienen; Angelegenheiten der Umweltverträglichkeitsprüfung und des konzentrierten Genehmigungsverfahrens;

VII.



**Landesrat Traude  
Votruba**

1. Angelegenheiten der sozialen Verwaltung, soweit sie keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Opferfürsorge einschließlich der Verwaltung des Ertrages der Opferfürsorgeabgabe; Angelegenheiten der Sozialhilfe, soweit sie keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Aufsicht über die Sozialhilfeeinrichtungen mit Ausnahme der Aufsicht über private Pflegeheime; Angelegenheiten des Pflegegeldes, soweit sie nicht einem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Angelegenheiten des Sozialhilfebeirates; Angelegenheiten der Familien- und Heimhelfer;
2. Angelegenheiten der Sozialversicherung einschließlich Entgeltfortzahlungsangelegenheiten;
3. Angelegenheiten der Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgänge ausgenommen die finanzielle Aufsicht über die Schulgemeinden; personal- und dienstrechtliche Angelegenheiten der Landeslehrer an den Volks-, Haupt- und Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgängen;
4. NÖ Schul- und Kindergartenfonds;
5. Angelegenheiten der Studienförderung, soweit sie keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Zuschüsse zu Fahrtkosten von Schulkindern im Zusammenhang mit der Verbesserung der Schulorganisation; Zuschüsse zu den Kosten der Schülerbeaufsichtigung; Verwaltungsstrafverfahren in Vollziehung schulrechtlicher Vorschriften; Angelegenheiten der Landesbildstelle;
6. Sonderschule Wiener Neustadt;
7. Kindergartenangelegenheiten;
8. Angelegenheiten der Gemeindewachen (Evidenhaltung des Personalstandes, Prüfung der Gemeindewachebeamten); Sammlungswesen; Totalisateur- und Buchmachergewerbe; Polizeiangelegenheiten, soweit sie nicht der Sicherheitsdirektion zugehören, mit Ausnahme der Angelegenheiten des selbständigen Verordnungsrechtes gemäß § 33 der NÖ Gemeindeordnung 1973; Vorschlag von Vertrauenspersonen für die Strafvollzugskommission; Wertausspielungen; Bewilligung und Evidenhaltung von Vereinen nach dem Vereinspatent 1852; Durchführung von Erhebungen für ausländische Vertretungsbehörden; Verwaltungsstrafverfahren in jenen Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung, die keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind; Ausländerbeschäftigungsangelegenheiten; Fremdenangelegenheiten, soweit diese keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind;
9. Frauenreferat, soweit diese Angelegenheit keinem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen ist, gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Prokop;

10. Angelegenheiten des Konsumentenschutzgesetzes und des Produktsicherheitsgesetzes;
11. Angelegenheiten des NÖ Kinderbetreuungsgesetzes 1996, soweit sie nicht einem anderen Mitglied der NÖ Landesregierung zugewiesen sind;

VIII.



**Landesrat  
Dr. Johann Bauer**

1. Naturschutz; Angelegenheiten der Nationalparks gemeinsam mit Landesrat Blochberger;
2. Angelegenheiten des Gesundheitswesens, der Tuberkulosebekämpfung, der Nahrungsmittelkontrolle, der Kurorte und der natürlichen Heilvorkommen, der Krankenanstalten einschließlich der sanitären Aufsicht, des Leichen- und Bestattungswesens, des Gemeindesaniätsdienstes mit Ausnahme der Angelegenheiten der Gemeindeärzte, des Landessaniätsrates mit Ausnahme der Bestellung seiner Mitglieder; Verwaltung der Landeskrankenanstalten; Rettungswesen; Angelegenheiten der Plasmapherese, der Schwangeren- und Mutterberatung und der Säuglingsfürsorge; vom Chemikaliengesetz die Überwachung sowie die Giftangelegenheiten;
3. Jugendwohlfahrt mit Ausnahme der Förderung von Jugendherbergen, Jugendheimen und Jugendverbänden sowie der Sozialen Dienste der Jugendwohlfahrt – freie Jugendwohlfahrt; Studienbeihilfe für Erzieher;
4. Landessäuglingsheime, Landesjugendheime; Aufsicht über private Pflegeheime; finanzielle Angelegenheiten der Anstaltsfürsorge; Verpflegskostenangelegenheiten;
5. Rechtliche Angelegenheiten des Strahlenschutzes hinsichtlich der Anlagen für medizinische Zwecke;
6. Förderungen des NÖ Landschaftsfonds gemeinsam mit Landesrat Blochberger;
7. Tierschutzangelegenheiten;
8. Von den Angelegenheiten des Wasserbaues: Gewässerregulierungen; Hochwasserschutz; Wasserverbände; Verwaltung des Bauhofes Plosdorf gemeinsam mit Landesrat Blochberger;

IX.



**Landesrat Hans  
Jörg Schimanek**

1. Baurecht mit Ausnahme der im VI. Z. 6 genannten Angelegenheiten; Angelegenheiten der Akkreditierung; Straßenrecht;
2. Personenstandsangelegenheiten einschließlich des Matrikenwesens und der Namensänderung;
3. Angelegenheiten des Hochbaues mit Ausnahme der Angelegenheiten des Hochbaues des Bundes;
4. Amtssachverständigentätigkeit für Bau- und Brandschutztechnik; Bewertung von Liegenschaften im Bauland; Normenwesen;
5. Dampfkesselwesen; Druckrohrbau; Maschinenbau; Wärme- und Gewerbetchnik; technische Angelegenheiten der Elektrizitätswirtschaft und Elektrotechnik;
6. Angelegenheiten des Wasserrechtes mit Ausnahme der Aufsicht über die Wasserleitungsverbände „Triestingtal und Südbahngemeinden“, „Unteres Pittental“ und „Ternitz und Umgebung“; Verwaltung des öffentlichen Wassergutes;
7. Von den Angelegenheiten des Wasserbaues: Die großräumige Siedlungswasserwirtschaft; die Erschließung von Heilbädern und natürlichen Heilvorkommen; die wasserbaulichen Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft (Einzelwasserversorgung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung von Verbänden, Gemeinden und Genossenschaften), der betrieblichen Abwasserreinigungsanlagen, der Feuerlöschanlagen und der Bäder;
8. Angelegenheiten des Veranstaltungswesens; Tanzschulangelegenheiten; Angelegenheiten der Lichtspieltheater; Filmangelegenheiten.



Das Amt der NÖ Landesregierung ist seit November 1996 vollständig in 12 Gruppen – und diese in 77 Abteilungen – untergliedert.

Grundsätzlich gilt als Postanschrift für das Amt der NÖ Landesregierung, die NÖ Regierungsmitglieder und den NÖ Landtag: Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten. Unter der Telefonnummer (0 27 42) 200-0 erreichen Sie alle Dienststellen des Landes.

Wenn Sie sich weiter als 50 Kilometer von St. Pölten entfernt befinden, erreichen Sie die Landesregierung zum günstigeren Regionaltarif auf folgende Weise: Sie rufen die Ihnen nächstgelegene NÖ Bezirkshauptmannschaft an und wählen sofort 800 weiter sowie die Klappe des Bearbeiters oder „9“ für die Vermittlung.

Weitere Informationen finden Sie unter der Internetadresse <http://www.noel.gv.at/>. Über e-mail [post.landnoe@noel.gv.at](mailto:post.landnoe@noel.gv.at) können Sie ebenfalls mit Ihrer Landesverwaltung in Kontakt treten.

## Gruppe Landesamtsdirektion

### Leiter der Gruppe:

**Votr. Hofrat Dr. Karl Kern,  
Landesamtsdirektor  
(0 27 42) 200 DW 2010, Fax DW 3610  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 3**

### Abteilungen der Gruppe

- Landesamtsdirektion
- Personalangelegenheiten A
- Personalangelegenheiten B
- Personalangelegenheiten C
- Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
- Rechtsbüro
- Pressedienst

### Landesamtsdirektion

**Votr. Hofrat Dr. Karl Kern,  
Landesamtsdirektor  
Wirkl. Hofrat Dr. Werner Seif,  
Landesamtsdirektor-Stellvertreter  
(0 27 42) 200 DW 2010 und 2020,  
Fax DW 3610  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 3**

Aufgabenbereiche: Angelegenheiten der Landesverfassung und der Verwaltungsorganisation, Leitung des Inneren Dienstes, Regierungsdienst, Verfassungsdienst, Angelegenheiten der Aus- und Weiterbildung der Landesbediensteten, Innenrevision, Angelegenheiten des Rechnungshofes und des Finanzkontrollausschusses, Kanzleiaufsicht, Koordinationsdienst, Verwaltungsinnovation, Befreiung von der Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit, Angelegenheiten der Informationstechnologie, Demoskopie und Öffentlichkeitsarbeit des Inneren Dienstes, Beratungsstelle des Amtes, Angelegenheiten der Verbindungsstelle der Bundesländer, Entsendung von Vertretern des Landes oder der Landesregierung in öffentliche Körperschaften oder andere juristische Personen, Bestellung, Widerruf und Abberufung der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Aufsichtskommissärs der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank-Holding, Vorschlag von Mitgliedern in den Beirat für

die Verwaltungsakademie des Bundes, Kundmachung von Staatsverträgen durch Auflage beim Amt der NÖ Landesregierung, Angelegenheiten des Datenschutzes mit Ausnahme der Verwaltungsstrafverfahren, Dienstaßangelegenheiten, Angelegenheiten der Europäischen Integration und Koordination der Außenbeziehungen des Landes Niederösterreich (Europareferat), Angelegenheiten des Unabhängigen Verwaltungssenates in Niederösterreich

### Personalangelegenheiten A

**Wirkl. Hofrat Dr. Heribert Tauböck  
(0 27 42) 200 DW 2007, Fax DW 3630  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 6**

Aufgabenbereiche: Personalangelegenheiten, die keiner anderen Abteilung zugewiesen sind, insbesondere der Bediensteten des Amtes der NÖ Landesregierung ohne Gruppe Straße, der Bezirkshauptmannschaften, der NÖ Agrarbezirksbehörde, des Landesschulrates für NÖ und des gewerblichen Berufsschulrates für NÖ, Angelegenheiten der Bezüge der Mitglieder des Landtages von Niederösterreich und der Niederösterreichischen Landesregierung

### Personalangelegenheiten B

**Wirkl. Hofrat Dr. Gerhard Rubenz  
(0 27 42) 200 DW 2013, Fax DW 3630  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 6**

Aufgabenbereiche: Personalangelegenheiten der Bediensteten der Landesanstalten, der gewerblichen und land- und forstwirtschaftlichen Schulen sowie der Kindergärten, Pensionsangelegenheiten, Dienstprüfungsangelegenheiten

### Personalangelegenheiten C

**Wirkl. Hofrat Dr. Dieter Berger  
(0 27 42) 200 DW 2008, Fax DW 3720  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 6**

Aufgabenbereiche: Personalangelegenheiten der Bediensteten der Gebietsbauämter, des Straßen- und Brückendienstes einschließlich der Gruppe Straße, Gehaltsvorschüsse und Geldaushilfen, Reisegebührenangelegenheiten, Fahrtkostenzuschußangelegenheiten

### Allgemeine

### Verwaltungsangelegenheiten

**Wirkl. Hofrat Dr. Anton Pöschmann  
(0 27 42) 200 DW 2164, Fax DW 3850  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 9**

Aufgabenbereiche: Auszeichnungsangelegenheiten, Ehrungen Schutz des Landeswappens, Angelegenheiten der Dienstwohnungen und Dienstbekleidung, Ersatz der Prozeßkosten an Landesbedienstete gemäß den §§ 48 DPL und 53 LVBG, Organhaftpflicht und Dienstnehmerhaftung, allgemeine Angelegenheiten der Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Überwachungsgebühren und des Gebührengesetzes, Stempelmarkenverschleiß, Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen in das Ausland und aus dem Ausland, Überbeglaubigungen, Bundesheerangelegenheiten und Angelegenheiten der Landesverteidigung, soweit sie keiner anderen Abteilung zugewiesen sind, Zivildienstangelegenheiten, Angelegenheiten der Landesgebäudeverwaltung, soweit diese keiner anderen Abteilung zugewiesen sind, allgemeine Vergabeangelegenheiten, Beschaffungsangelegenheiten, Amtsdrukerei, Mikrofilm- und Kopierstelle, Buchbinderei, Materialamt, Werkstätten, Landhausküche, Landhauskindergarten, rechtliche und administrative Angelegenheiten der Dienstnehmervertretungen, Angelegenheiten des Landesbedienstetenschutzes

### Rechtsbüro

**Wirkl. Hofrat Dr. Manfred Machold  
(0 27 42) 200 DW 2088, Fax DW 3640  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 8**

Aufgabenbereiche: Rechtsbüro, Angelegenheiten der Amtshaftung

### Pressedienst

**Wirkl. Hofrat Dr. Herbert Waldhauser  
(0 27 42) 200 DW 2180, Fax DW 3550  
Adresse 3109 St. Pölten,  
Landhausplatz 1, Haus 4**

Aufgabenbereiche: Pressedienst, Angelegenheiten des Kabelfernsehens

## Gruppe Finanzen

**Leiter der Gruppe:**  
**Vortr. Hofrat Dr. Rudolf Höbart**  
(0 27 42) 200 DW 2440, Fax DW 3635  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 2

### Abteilungen der Gruppe

- Finanzen
- Wohnungsförderung A
- Wohnungsförderung B
- Allgemeine Förderung
- Stiftungsverwaltung

### Finanzen

**Vortr. Hofrat Dr. Rudolf Höbart**  
(0 27 42) 200 DW 2440, Fax DW 3635  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 2  
Aufgaben: Finanzangelegenheiten einschließlich der Verwaltung des Landesvermögens sowie Angelegenheiten der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank-Holding, soweit diese keiner anderen Abteilung zugewiesen sind, NÖ Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden, Landesbuchhaltung, Landesabgabnamt, Verwaltung der Gesellschaftsanteile des Landes und der daraus erzielten Einnahmen, soweit diese Angelegenheiten nicht einer anderen Abteilung zugewiesen sind

### Wohnungsförderung A

**Wirkf. Hofrat Dr. Gerhart Fellner**  
(0 27 42) 200 DW 4810, Fax DW 4050, 4975  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 7A  
Aufgaben: Angelegenheiten der Förderung von Wohnbauten, soweit sie nicht einer anderen Abteilung zugewiesen sind, Gewährung von Wohnbeihilfen in solchen Wohnbauten, Technische Überprüfung solcher Wohnbauten, Althausanierung, Angelegenheiten der Assanierung und Bodenbeschaffung.

### Wohnungsförderung B

**Wirkf. Hofrat Dr. Gerhart Fellner**  
(0 27 42) 200 DW 4810, Fax DW 4050, 4975  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 7A  
Aufgaben: Nichtlandwirtschaftliche Siedlungsangelegenheiten, Förderung von Wohnbauten gemeinnütziger Bauvereinigungen, der Gemeinden und anderer juristischer Personen, Gewährung von Wohnbeihilfen in solchen Wohnbauten und technische Überprüfung solcher Wohnbauten

## Allgemeine Förderung

**Wirkf. Hofrat Dr. Alexander Bartl**  
(0 27 42) 200 DW 3280, Fax DW 3585, 3133, 3335, 3605  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 8 u. 9

Aufgaben: Jugendförderung, Landesjugendreferat, Angelegenheiten der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft, Familienförderung, Förderungen nach dem NÖ Kinderbetreuungsgesetz 1996, Frauenreferat, Auslandsösterreicherbetreuung, Arbeitnehmerförderung, Förderung von Hausstandsgründungen, Angelegenheiten des NÖ Seniorengesetzes, administrative Angelegenheiten des Landesbeirates für Jugend- und Familienpolitik sowie zur Wahrung der Interessen der älteren Generation, Verwaltungsangelegenheiten des Mietrechts, Angelegenheiten der Wohnungsgemeinnützigkeit

## Stiftungsverwaltung

**Wirkf. Hofrat Dr. Manfred Reumann**  
(0 27 42) 200 DW 3160, Fax DW 3555  
1014 Wien, Herrengasse 13

Aufgaben: Angelegenheiten der Stiftungsverwaltung

## Gruppe Innere Verwaltung

**Leiter der Gruppe:**  
**Vortr. Hofrat Dr. Robert Schilk**  
(0 27 42) 200 DW 2510, Fax DW 2225, 2315, 3705, 3920  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 5

### Abteilungen der Gruppe

- Polizeiangelegenheiten
- Staatsbürgerschaft und Wahlen
- Gemeinden
- Feuerwehr und Zivilschutz
- Gemeindeärzte
- Personenstandsangelegenheiten
- Veranstaltungsangelegenheiten

### Polizeiangelegenheiten

**Wirkf. Hofrat Mag. Horst Sekyra**  
(0 27 42) 200 DW 3250, Fax DW 3650  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16  
Aufgabenbereiche: Angelegenheiten der Gemeindegewächsen (Evidenzhaltung des Personalstandes, Prüfung der Gemeindegewächsenbeamten), Jugendschutzangelegenheiten, Sammlungswesen, Totalisator- und Buchmachergewerbe, Polizeiangelegenheiten, soweit sie nicht der Sicherheitsdirektion zugehören, mit Ausnahme der Angelegenheiten des selbständigen Verordnungsrechtes der Gemeinden gemäß § 33 der NÖ Gemeindeordnung 1973, Vorschlag von Vertrauenspersonen für die Strafvollzugskommission, Wertausspielungen, Bewilligung und Evidenzhaltung von Vereinen nach dem Vereinspatent 1852, Durchführung von Erhebungen für ausländische Vertretungsbehörden, Angelegenheiten der Geistigen und Wirtschaftlichen Landesverteidigung, Verwaltungs-

strafverfahren in jenen Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung, die keiner anderen Abteilung zugewiesen sind, Ausländerbeschäftigungsangelegenheiten, Fremdenangelegenheiten, soweit diese keiner anderen Abteilung zugewiesen sind

## Staatsbürgerschaft und Wahlen

**Wirkf. Hofrat Mag. Hanspeter Beier**  
(0 27 42) 200 DW 2608, Fax (0 27 42) 200 DW 3200

**3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 9**  
Aufgabenbereiche: Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, Wahlen (des Bundespräsidenten, des Nationalrates, des Landtages), Angelegenheiten des NÖ Landesbürgerevidenzgesetzes und des NÖ Initiativ- und Einspruchsgesetzes, Volksabstimmungen, Volksbegehren, Wählerevidenz, Entscheidung über den Hauptwohnsitz (Reklamationsverfahren), Kriegsgräberfürsorge und -evidenz, NÖ Kriegsgräberspendenfonds

## Gemeinden

**Vortr. Hofrat Dr. Robert Schilk**  
(0 27 42) 200 DW 2510, Fax DW 2225, 2315, 3705, 3920  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 5  
Aufgabenbereiche: Gemeindeangelegenheiten, soweit diese keiner anderen Abteilung zugewiesen sind, Angelegenheiten der Landes-Werbeabgaben mit Ausnahme der Angelegenheiten des Landesabgabnamtes, Aufsicht über Gemeindeverbände, soweit diese keiner anderen Abteilung zugewiesen ist

## Feuerwehr und Zivilschutz

**Wirkf. Hofrat Dr. Erich Kaiser**  
(0 22 72) 61700 DW 3190, Fax DW 3520  
3040 Tulln, Minoritenplatz 1

Aufgabenbereiche: Rechtliche Angelegenheiten der Feuerpolizei, Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophendienst, Verwaltung der Landesfeuerwehrschule, Angelegenheiten der Zivilen Landesverteidigung, rechtliche Angelegenheiten der Überwachung, des Schutzes und der Sicherung der Umwelt hinsichtlich radioaktiver Verunreinigung, Angelegenheiten des Einsatzopferfonds, Angelegenheiten der Landeswarnzentrale, Flüchtlingsangelegenheiten

## Gemeindeärzte

**Wirkf. Hofrat Dr. Karl Kapl**  
(0 27 42) 200 DW 2889, Fax DW 3900  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 5  
Aufgabenbereiche: Rechtliche Angelegenheiten der Gemeindeärzte und damit zusammenhängende Angelegenheiten der Gemeinden und Sanitätsgemeinden

## Personenstandsangelegenheiten

**Wirkf. Hofrat Mag. Hanspeter Beier**  
(0 27 42) 200 DW 2608, Fax DW 3200  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 9  
Aufgabenbereiche: Personenstandsangelegenheiten einschließlich des Matrikenwesens und der Namensänderung

**Veranstaltungsangelegenheiten**

**Wirkl. Hofrat Mag. Horst Sekyra**  
(0 27 42) 200 DW 3250, Fax DW 3650  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16  
Aufgabenbereiche: Angelegenheiten des Veranstaltungswesens, Tanzschulangelegenheiten, Rundfunkangelegenheiten, Angelegenheiten der Lichtspieltheater, Filmangelegenheiten, Fernsehangelegenheiten mit Ausnahme des Kabelfernsehens

**Gruppe Kultur, Wissenschaft und Unterricht****Leiter der Gruppe:**

**Vortr. Hofrat Univ.-Doz. Dr. Georg Schmitz**  
(0 27 42) 200 DW 3100, Fax DW 3029  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

**Abteilungen der Gruppe**

- Kultur und Wissenschaft
- NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde
- NÖ Landesbibliothek
- Schulen
- Kindergärten

**Kultur und Wissenschaft**

**Vortr. Hofrat Univ.-Doz. Dr. Georg Schmitz**  
(0 27 42) 200 DW 3100, Fax DW 3029  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

Aufgabenbereiche: Kulturelle und museale Angelegenheiten, Angelegenheiten der NÖ Landesakademie, der Donau-Universität Krems und der Fachhochschulen, Verwaltung der Gedenkstätten, Museal- und Depotgebäude des Landes, mit Ausnahme des Gebäudes Wien I., Herrngasse 9, Angelegenheiten des Donaufestivals und der Schallaburg, Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, Angelegenheiten des Kultur- und Sportstättenstillings, mit Ausnahme der Verwaltung der für Sportzwecke zu verwendenden Ertragnisse

**NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde**

**Wirkl. Hofrat Dr. Anton Eggendorfer, Archivdirektor**  
(0 27 42) 200 DW 2042, Fax DW 6550  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

Aufgabenbereiche: Archiv, Angelegenheiten des NÖ Institutes für Landeskunde

**NÖ Landesbibliothek**

**Wirkl. Hofrat Dr. Gebhard König, Bibliotheksdirektor**  
(0 27 42) 200 DW 2843, Fax DW 3860  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

Aufgabenbereiche: Bibliothek

**Schulen**

**Wirkl. Hofrat Dr. Udo Kitzler**  
(0 27 42) 200 DW 3240, Fax DW 3595  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

Aufgabenbereiche: Angelegenheiten der Errichtung, Erhaltung und Auffassung der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgänge, ausgenommen die finanzielle Aufsicht über die Schulgemeinden, personal- und dienstrechtliche Angelegenheiten der Landeslehrer an den Volks-, Haupt- und Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgängen, NÖ Schul- und Kindergartenfonds, Angelegenheiten der Studienförderung, soweit sie keiner anderen Abteilung zugewiesen sind, Zuschüsse zu Fahrtkosten von Schulkindern im Zusammenhang mit der Verbesserung der Schulorganisation, Zuschüsse zu den Kosten der Schülerbeaufsichtigung, Verwaltungstrafverfahren in Vollziehung schulrechtlicher Vorschriften, Landesbildstelle, Sonderschule Wiener Neustadt

**Kindergärten**

**Wirkl. Hofrat Dr. Udo Kitzler**  
(0 27 42) 200 DW 3240, Fax DW 3595  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

Aufgabenbereiche: Kindergartenangelegenheiten

**Gruppe Land- und Forstwirtschaft****Leiter der Gruppe:**

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Friedolin Hietel, Forstdirektor**  
(0 27 42) 200 DW 2962, Fax DW 3620  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 12

**Abteilungen der Gruppe**

- Agrarrecht
- Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft
- Landwirtschaftsförderung
- Forstwirtschaft
- Veterinärangelegenheiten
- Bodenreform
- Land- und Forstwirtschaftsinspektion

**Agrarrecht**

**Wirkl. Hofrat Mag. Kurt Wollinger**  
(0 27 42) 200 DW 2995, Fax DW 3050  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 12

Aufgabenbereiche: Agrarrechtliche Angelegenheiten, Jagd- und Fischereiangelegenheiten, Angelegenheiten des Grundverkehrs und Ausländer-Grundverkehrs, Rechtsangelegenheiten der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, rechtliche Angelegenheiten des Forstwesens und des Veterinärwesens einschließlich des Tierversuchswesens, ausgenommen jedoch die Bestellung und Abberufung der Fleischuntersuchungsorgane, rechtliche Angelegenheiten der Tierkörperverwertung einschließlich der Verwaltung landesei-

gener Liegenschaften, Angelegenheiten des Mühlengesetzes, rechtliche Angelegenheiten des Landarbeitsrechtes, Angelegenheiten des Pflanzenschutzmittelgesetzes

**Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft**

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Peter Schawerda**  
(0 22 72) 65150 DW 6610, Fax DW 6633  
3430 Tulln, Frauentorgasse 72-74

Aufgabenbereiche: Landwirtschaftliche Bildungs-, Beratungs- und Versuchsangelegenheiten, landwirtschaftliche Studienförderung, Verwaltung der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen, Weinangelegenheiten, Obst- und Gartenbauangelegenheiten, Angelegenheiten der Qualitätsklassen landwirtschaftlicher Produkte, Verwaltung der Anteile des Landes in Gesellschaften, die der Förderung der Weinwirtschaft dienen, Verwaltung des NÖ Landschaftsfonds, Angelegenheiten des NÖ Landschaftsabgabegesetzes

**Landwirtschaftsförderung**

**Wirkl. Hofrat Mag. Herbert Winter**  
(0 27 42) 200 DW 2980, Fax DW 3535  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 12

Aufgabenbereiche: Förderung der Landwirtschaft, finanzielle Angelegenheiten der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, landwirtschaftliches Siedlungswesen, landwirtschaftliche Wohnbauförderung, Förderung von Elektrifizierungen und Telefonanschlüssen, Dorfhelferinnen und Betriebshelferdienst, Notstandsmaßnahmen und Förderung der Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften

**Forstwirtschaft**

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Friedolin Hietel, Forstdirektor**  
(0 27 42) 200 DW 2962, Fax DW 3620  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 12

Aufgabenbereiche: Amtssachverständigentätigkeit für Forst-, Jagd- und Fischereiwirtschaft, forsttechnische Angelegenheiten, Forstliche Raumplanung, fachliche Aufsicht über die Forstorgane der Bezirksverwaltungsbehörden, Koordinierungsstelle für Waldschadensbekämpfung, Lehrforstamt Ottenstein, Förderung der Forstwirtschaft, Verwaltung der Landesforstgärten

**Veterinärangelegenheiten**

**Wirkl. Hofrat Dr. Franz Karner, Veterinärdirektor**  
(0 27 42) 200 DW 2750, Fax DW 3498  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 12

Aufgabenbereiche: Veterinärangelegenheiten einschließlich der Kontrolle nach Anhang A der Milchhygieneverordnung, Tierzuchtangelegenheiten, Angelegenheiten der Tierkörperverwertung

## **Bodenreform**

**Wirkl. Hofrat Mag. Kurt Wollinger**  
(0 27 42) 200 DW 2995, Fax DW 3050  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 12  
Aufgabenbereiche: Angelegenheiten der Bodenreform, soweit diese von der Landesregierung zu besorgen sind, administrative Angelegenheiten des Landesagrarsenates und Amtssachverständigentätigkeit für den Landesagrarsenat, technisch-finanzielle Endüberprüfung der Baumaßnahmen für die Verkehrerschließung ländlicher Gebiete, Fachprüfung für den Agrardienst

## **Land- und Forstwirtschaftsinspektion**

**Wirkl. Hofrat Mag. Herbert Winter**  
(0 27 42) 200 DW 2980, Fax DW 3535  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 12  
Aufgabenbereiche: Land- und Forstwirtschaftsinspektion

## **Gruppe Wirtschaft, Sport und Tourismus**

**Leiter der Gruppe:**  
**Dr. Walter Gamauf**  
(0 27 42) 200 DW 6110, Fax DW 6330  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14

### **Abteilungen der Gruppe**

- Gewerberecht
- Wirtschaftsförderung
- Tourismus
- Berufsschulen
- Sport
- Energie- und Strahlenschutz
- Sparkassen und Stiftungsaufsicht
- Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten

### **Gewerberecht**

**Wirkl. Hofrat Dr. Leonhard Ruzicska**  
(0 27 42) 200 DW 2720, Fax DW 3625  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14  
Aufgaben: Angelegenheiten des Gewerbes und damit zusammenhängende rechtliche Angelegenheiten des Strahlenschutzes, Prüfung der fachlichen Eignung für den Kraftfahrlinienverkehr Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes, der öffentlichen Wäg- und Meßanstalten und der Berufsordnung der Wirtschaftstreuhänder, Rohrleitungsangelegenheiten, Angelegenheiten des Berufsausbildungsgesetzes, Buschenschank, Privatzimmervermietung, Angelegenheiten des Außenhandelsgesetzes, soweit sie nicht einer anderen Abteilung zugewiesen sind

## **Wirtschaftsförderung**

**Wirkl. Hofrat Mag. Dr. Erwin Schutzbier**  
(0 27 42) 200 DW 6100, Fax DW 6240  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14  
Aufgaben: Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung, Betriebsneugründungen, Förderung von Innovationen, Standortberatung, Verwaltung der Anteile des Landes in Gesellschaften, die der Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Standortberatung und der Betriebsneugründung dienen, sowie in der ECO Plus Betriebsansiedlung und Regionalisierung in Niederösterreich Gesellschaft m. b. H.

## **Tourismus**

**Dr. Walter Gamauf**  
(0 27 42) 200 DW 6110, Fax DW 6330  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14  
Aufgaben: Fremdenverkehrsangelegenheiten und Verwaltung der Anteile des Landes in Gesellschaften, die dem Fremdenverkehr dienen

## **Berufsschulen**

**Dr. Walter Gamauf**  
(0 27 42) 200 DW 6110, Fax DW 6330  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14  
Aufgaben: Angelegenheiten der Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen, gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen, Berufsschulbaufonds, personal- und dienstrechtliche Angelegenheiten der Landeslehrer an den gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen, berufsbildende mittlere und höhere Schulen

## **Sport**

**Wirkl. Hofrat Dr. Ludwig Binder**  
(0 27 42) 200 DW 2699, Fax DW 3066  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 13  
Aufgaben: Angelegenheiten des Sports, der Schischulen und der Bergführer

## **Energie- und Strahlenschutz**

**Oberregierungsrat Dr. Josef Muttenthaler**  
(0 27 42) 200 DW 4500, Fax DW 4330  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14  
Aufgaben: Rechtliche Angelegenheiten des Energiewesens und der Energiewirtschaft, rechtliche Angelegenheiten des Strahlenschutzes, soweit diese Angelegenheiten keiner anderen Abteilung zugewiesen sind, rechtliche Angelegenheiten des Dampfkesselwesens

## **Sparkassen- und Stiftungsaufsicht**

**Wirkl. Hofrat Dr. Gerhard Orthofer**  
(0 27 42) 200 DW 5267, Fax DW 5220  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 15  
Aufgaben: Sparkassenaufsicht, Sparkassenregister und preisrechtliche Angelegenheiten, Angelegenheiten des Konsumentenschutzgesetzes und des Produktsicherheitsgesetzes, Kultusangelegenheiten und Stiftungsaufsicht

## **Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten**

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Heinz Tesarek**  
(0 27 42) 200 DW 6010, Fax DW 6030  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16  
Aufgaben: Dienstkraftwagenbetrieb, Kraftfahrwesen hinsichtlich der Bauart und Ausrüstung – ausgenommen Bewilligungen von Blaulicht – sowie der Einzel-, Ausnahmegenehmigungen und Bescheinigungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern, Bewilligung des Ziehens von nicht zugelassenen Anhängern, Angelegenheiten des GGSt hinsichtlich der besonderen Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Anhängern sowie der Genehmigung von Verpackungen, Sachverständigentätigkeit für das Kraftfahrwesen sowie die Aufsicht darüber

## **Gruppe Wasser**

**Leiter der Gruppe:**  
**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Karl Dimmel**  
(0 27 42) 200 DW 4400, Fax DW 4325  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 15

### **Abteilungen der Gruppe**

- Wasserrecht und Schifffahrt
- Wasserwirtschaft
- Wasserbau
- Siedlungswasserwirtschaft
- Hydrologie

### **Wasserrecht und Schifffahrt**

**Wirkl. Hofrat Dr. Johann Hahn**  
(0 27 42) 200 DW 4370, Fax DW 4970  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 15  
Aufgabenbereiche: Angelegenheiten des Wasserrechtes, mit Ausnahme der Aufsicht über die Wasserleitungsverbände „Triestingtal- und Südbahngemeinden“, „Unteres Pittental“ und „Ternitz und Umgebung“, Verwaltung des öffentlichen Wassergutes, Schifffahrtsangelegenheiten

### **Wasserwirtschaft**

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Ludwig Lutz**  
(0 27 42) 200 DW 4509, Fax DW 4090  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 15  
Aufgabenbereiche: Wasserwirtschaft (wasserwirtschaftliche Grundlagenforschung, Wasserbewirtschaftung, Planungsorgan gemäß § 55 des Wasserrechtsgesetzes 1959), Angelegenheiten des NÖ Marchfeldkanalgesetzes mit Ausnahme der rechtlichen Angelegenheiten, Amtssachverständigentätigkeit für Wasserbau und Abfallwirtschaft, technische Angelegenheiten der Gewässeraufsicht

**Wasserbau**

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Karl Dimmel**  
(0 27 42) 200 DW 4400, Fax DW 4325  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 15  
Aufgabenbereiche: Gewässerregulierungen, Hochwasserschutz, Wasserverbände, Flußbauhöfe, Landwirtschaftliche Entwässerungen und Bewässerungen, Vorflutbeschaffung, kulturtechnische Maßnahmen

**Siedlungswasserwirtschaft**

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Wolfgang Ketscher**  
(0 27 42) 200 DW 4420, Fax DW 4325  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 15a  
Aufgabenbereiche: Großräumige Siedlungswasserwirtschaft, Erschließung von Heilbädern und natürlichen Heilvorkommen, wasserbauliche Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft (Einzelwasserversorgung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung von Verbänden, Gemeinden und Genossenschaften), der betrieblichen Abwasserreinigungsanlagen, der Feuerlöschanlagen und der Bäder, NÖ Wasserwirtschaftsfonds

**Hydrologie**

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Erich David-Labor**  
(0 27 42) 200 DW 3181, Fax DW 3040  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 15a  
Aufgabenbereiche: Hydrologie (Oberflächenhydrologie, Geohydrologie, Hydrographie und Wasserstandsnachrichtendienst)

**Gruppe Raumordnung und Umwelt**

**Leiter der Gruppe:**  
**Votr. Hofrat Dr. Gerhard Silberbauer**  
(0 27 42) 200 DW 4240, Fax DW 4170  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16

**Abteilungen der Gruppe**

- Bau- und Raumordnungsrecht
- Raumordnung und Regionalpolitik
- Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung
- Umweltrecht und Umweltkoordination
- Naturschutz
- Verkehrsrecht
- Gesamtverkehrsangelegenheiten

**Bau- und Raumordnungsrecht**

**Wirkl. Hofrat Dr. Franz-Xaver Wagner**  
(0 27 42) 200 DW 4590, Fax DW 5160  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16  
Aufgabenbereiche: Rechtliche Angelegenheiten der überörtlichen und der örtlichen Raumordnung, Baurecht, Angelegenheiten der Akkreditierung, Straßenrecht

**Raumordnung und Regionalpolitik**

**Votr. Hofrat Dr. Gerhard Silberbauer**  
(0 27 42) 200 DW 4240, Fax DW 4170  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16  
Aufgabenbereiche: Grundlagenforschung, technische Angelegenheiten der Raumordnung ausgenommen Gesamtverkehrsangelegenheiten, Geschäftsstelle des Landes NÖ für EU-Regionalpolitik, Angelegenheiten der Dorf- und Stadterneuerung, Regionalmanagements, Dokumentation, Statistik und Volkszählung

**Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung**

**Wirkl. Hofrat Dkfm. Dr. Harald Hofmann**  
(0 27 42) 200 DW 4360, Fax DW 4350  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16  
Aufgabenbereiche: Wirtschaftliche Angelegenheiten des Umweltschutzes, soweit diese Angelegenheiten nicht einer anderen Abteilung zugewiesen sind, Zweckzuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Umweltschutzes (§ 22 Abs. 1 Z. 2 FAG 1997), Angelegenheiten der Abfallwirtschaft, ausgenommen die rechtlichen Angelegenheiten sowie die Amtssachverständigentätigkeit, rechtliche Angelegenheiten des NÖ Marchfeldkanalgesetzes, Angelegenheiten der NÖ Umweltschutzanstalt, Förderung von Raumordnungsmaßnahmen, soweit diese Angelegenheiten nicht einer anderen Abteilung zugewiesen sind, Grunderwerb, Baurechtsaktion des Landes NÖ, Verwaltung von Anteilen des Landes an Gesellschaften, die dem Umweltschutz dienen

**Umweltrecht und Umweltkoordination**

**Wirkl. Hofrat Dr. Gottfried Krasa**  
(0 27 42) 200 DW 5270, Fax DW 5280  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16  
Aufgabenbereiche: Rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes, soweit diese Angelegenheiten nicht einer anderen Abteilung zugewiesen sind, Koordination der Angelegenheiten des Umweltschutzes, rechtliche Angelegenheiten der Abfallwirtschaft, ausgenommen die gemeindeaufsichtsbehördlichen Angelegenheiten, Angelegenheiten des Chemikaliengesetzes, ausgenommen die Überwachung und die Giftangelegenheiten, Angelegenheiten der Umweltverträglichkeitsprüfung und des konzentrierten Genehmigungsverfahrens

**Naturschutz**

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Erich Wurzian**  
(0 27 42) 200 DW 4243, Fax DW 5220  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16  
Aufgabenbereiche: Angelegenheiten des Naturschutzes, mit Ausnahme der Amtssachverständigentätigkeit, Tierschutzangelegenheiten

**Verkehrsrecht**

**ORegRat Dr. Heinz Bachbauer**  
(0 27 42) 200 DW 2900, Fax DW 3710  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16  
Aufgabenbereiche: Straßenpolizei, Kraftfahrwesen und Verkehrswesen, soweit diese Angelegenheiten nicht einer anderen Abteilung zugewiesen sind

**Gesamtverkehrsangelegenheiten**

**Wirkl. Hofrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Friedrich Zibuschka**  
(0 27 42) 200 DW 4320, Fax DW 4950  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16  
Aufgabenbereiche: Gesamtverkehrsangelegenheiten: NÖ Landesverkehrskonzept, verkehrsträgerübergreifende Konzepte und Studien, Aufbau von regionalen Verkehrsgesellschaften, Weiterentwicklung der Verkehrsverbände, Grundlagenuntersuchungen und Konzepte zu allen Fragen der Verkehrssicherheit, Erstellung und Prüfung von Raumverträglichkeitsgutachten im Verkehrsbereich, Verwaltung der Anteile des Landes in Gesellschaften, die dem Verkehrsverbund dienen, NÖ Verkehrsberatung

**Gruppe Hochbau**

**Leiter der Gruppe:**  
**Votr. Hofrat Dipl.-Ing. Wolfgang Schöller**  
(0 27 42) 200 DW 4100, Fax DW 5080  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 7

**Abteilungen der Gruppe**

- Landeshochbau A
- Landeshochbau B
- Bundeshochbau
- Haustechnik

**Landeshochbau A**

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Hans Kuhlant**  
(0 27 42) 200 DW 4130, Fax DW 4977  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 7  
Aufgabenbereiche: Angelegenheiten des Hochbaues des Landes für die Errichtung von Amtsgebäuden, landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschulen, Krankenanstalten und Musealbauten

**Landeshochbau B**

**Votr. Hofrat Dipl.-Ing. Wolfgang Schöller**  
(0 27 42) 200 DW 4100, Fax DW 5080  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 7  
Aufgabenbereiche: Angelegenheiten des Hochbaues des Landes für die Errichtung von Kindergärten, öffentlichen Pflichtschulen, gewerblichen Berufsschulen, Jugend-, Pensionisten- und Pflegeheimen und von Bauten, die keiner anderen Abteilung zugewiesen sind

**Bundeshochbau**

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Peter Ehrenberger**  
(0 27 42) 200 DW 4160, Fax DW 4070  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 7  
Aufgabenbereiche: Angelegenheiten des Hochbaues des Bundes und der Bundesgebäudeverwaltung

## Haustechnik

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Walter Mattern**  
(0 27 42) 200 DW 4150, Fax DW 5060  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 4  
Aufgabenbereiche: Angelegenheiten der Haustechnik, insbes. Angelegenheiten der Gas-, Wasser-, Sanitär- und Elektroinstallation sowie der Heizungs-, Klima-, Lüftungs- und Aufzugstechnik

## Gruppe Straße

**Leiter der Gruppe:**  
**Votr. Hofrat Dipl.-Ing. Meinrad Stipek,**  
**Straßenbaudirektor**  
(0 27 42) 200 DW 4800, Fax DW 4060  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 17

### Abteilungen der Gruppe

- Allgemeiner Straßendienst
- Straßenbetrieb
- Bundesstraßenbau
- Landesstraßenbau
- Brückenbau
- Straßenspezialtechnik
- Straßenplanung
- Güterwege

Der Gruppe Straße sind angeschlossen:

- NÖ Straßenbauabteilung 1, Hollabrunn
- NÖ Straßenbauabteilung 2, Tulln
- NÖ Straßenbauabteilung 3, Wolkersdorf
- NÖ Straßenbauabteilung 4, Wiener Neustadt
- NÖ Straßenbauabteilung 5, St. Pölten
- NÖ Straßenbauabteilung 6, Amstetten
- NÖ Straßenbauabteilung 7, Krems an der Donau
- NÖ Straßenbauabteilung 8, Waidhofen an der Thaya

### Allgemeiner Straßendienst

**Votr. Hofrat Dipl.-Ing. Meinrad Stipek,**  
**Straßenbaudirektor**  
(0 27 42) 200 DW 4800, Fax DW 6370  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 17  
Aufgabenbereiche: Im Bereich des NÖ Straßendienstes: Finanzplanung und Rechnungswesen, Bürgerinformation, EDV-Betreuung, Boden- und Baustoffprüfung, Dienstprüfungen, Dienstbekleidung; Gemeindestraßenförderung, straßenrelevante Transportgenehmigungen nach dem Kraftfahrzeuggesetz und dem Gefahrgutgesetz Straße, das ist vom Kraftfahrzeuggesetz die eingeschränkte Zulassung (Routengenehmigung) sowie Transporte und Fahrten, bei denen die allgemein zulässigen Maße, Gewichte und Achslasten überschritten werden und das ist vom GGSt die eingeschränkte besondere Zulassung und die Ausstellung von Bescheinigungen für eingeschränkt besonders zugelassene Fahrzeuge, militärische Sondernutzung von Straßengrund

## Straßenbetrieb

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Rudolf Gruber**  
(0 27 42) 200 DW 4650, Fax DW 4060  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 17  
Aufgabenbereiche: Betrieb der Bundes- und Landesstraßen einschließlich Kostenrechnung, Verkehrsmanagement (Baustellenkoordinierung, Winterdienst), Straßenausrüstung, Maschinen und Geräte, Grünverbau

## Bundesstraßenbau

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Helmut Kirchner**  
(0 27 42) 200 DW 4700, Fax DW 4060  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 17  
Aufgabenbereiche: Bundesstraßenbau

## Landesstraßenbau

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Hansjörg Hirn**  
(0 27 42) 200 DW 4750, Fax DW 4060  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 17  
Aufgabenbereiche: Landesstraßenbau  
Technische Angelegenheiten der Gemeindestraßen

## Brückenbau

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Herwig Klinke**  
(0 27 42) 200 DW 4550, Fax DW 4640  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 17  
Aufgabenbereiche: Brückenbau (einschließlich Objekte) für Bundes- und Landesstraßen einschließlich Ausführungsplanung

## Straßenspezialtechnik

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Erich Liehr**  
(0 27 42) 200 DW 4600, Fax DW 4060  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 17  
Aufgabenbereiche: Straßenspezialtechnik für Bundes- und Landesstraßen, Hochbauten, Funkeinrichtungen und sonstige Nachrichtentechnik, Verkehrstechnik, Liegenschaftsverwaltung

## Straßenplanung

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Günter Horn**  
(0 27 42) 200 DW 4730, Fax DW 4960  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 17  
Aufgabenbereiche: Planung von Bundes- und Landesstraßen ausgenommen Gesamtverkehrsangelegenheiten

## Güterwege

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Helmut Spiegel**  
(01) 53110 DW 3880, Fax DW 3890  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 12  
Aufgabenbereiche: Technische Angelegenheiten und Förderung der Verkehrserschließung ländlicher Gebiete, der landwirtschaftlichen Anlagen sowie Alm- und Weideverbesserungen, landwirtschaftlicher Wege- und Anlagenbau Verwaltung des Bauhofes Absdorf, Bewertung von Katastrophenschäden an Gemeinde- und Privatstraßen sowie an landwirtschaftlichen Flächen und Anlagen

## Gruppe Baudirektion

**Leiter der Gruppe:**  
**Votr. Hofrat Dipl.-Ing. Peter Kunerth,**  
**Baudirektor**  
(0 27 42) 200 DW 4200, Fax DW 4670  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 13

### Abteilungen der Gruppe

- Allgemeiner Baudienst
- Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik
- Maschinenbau- und Elektrotechnik
- Umwelttechnik
- Vermessung

Der Gruppe Baudirektion sind angeschlossen:

- NÖ Gebietsbauamt I – Korneuburg
- NÖ Gebietsbauamt II – Wiener Neustadt
- NÖ Gebietsbauamt III – St. Pölten
- NÖ Gebietsbauamt IV – Krems an der Donau
- NÖ Gebietsbauamt V – Mödling

### Allgemeiner Baudienst

**Votr. Hofrat Dipl.-Ing. Peter Kunerth,**  
**Baudirektor**  
(0 27 42) 200 DW 4200, Fax DW 4670  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 13  
Aufgaben: Geologischer Dienst, Rohstoffforschung, Technische Dienstprüfungen, Ziviltechnikerwesen mit Ausnahme der Verwaltungsstrafverfahren, Zulassung zu Befähigungsprüfungen für die Baugewerbe sowie die Gewerbe der Elektrotechniker und der Gas- und Wasserleitungsinstallateure, Allgemeine Bauwirtschaft, Förderung der Ortsbildpflege, Normenwesen, Amtssachverständigentätigkeit für Naturschutz, Geschäftsstelle für Energiewirtschaft einschließlich der Angelegenheiten der Fernwärmeförderung, Luftbildstelle, Koordination des geographischen Informationssystems in organisatorischer, geographischer und geodätischer Hinsicht

### Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Erwin Reidinger**  
(0 27 42) 200 DW 4510, Fax DW 4980  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 13  
Aufgaben: Zulassung von Baustoffen, Bauteilen, Bauweisen und bauchemischen Mitteln, Amtssachverständigentätigkeit für Sprengmittel- und Schießtechnik, für Verkehrstechnik, für Landwirtschaft und für Bau- und Brandschutztechnik, Sachverständigentätigkeit im Lawinenwarndienst, Bewertung von Liegenschaften im Bauland und von landwirtschaftlich genutzten Liegenschaften

## Maschinenbau- und Elektrotechnik

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Erich Bauer**  
(0 27 42) 200 DW 4359, Fax DW 4385  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 13

Aufgaben: Amtssachverständigentätigkeit für Fördertechnik, Dampfkesselwesen, Druckrohrbau, Maschinenbau, Wärme- und Gewerbeteknik, Elektrizitätswirtschaft und Elektrotechnik

## Umweltechnik

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Franz Schörghuber**  
(0 27 42) 200 DW 4250, Fax DW 4300, 4985

3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 13  
Aufgaben: Technische Angelegenheiten des Umweltschutzes (Luftreinhaltung, Lärm- und Erschütterungsschutz, Gewässergüteuntersuchungen und Bädertechnik, Strahlenschutz, Röntgen- und Isotopentechnik), soweit diese keiner anderen Abteilung zugewiesen sind, Ozongesetz, ausgenommen Sanierungspläne und die Vorbereitung von Sofortmaßnahmen, Smogalarmgesetz, ausgenommen Smogalarmpläne, technische Angelegenheiten der Luftfahrt und Sicherheitstechnik im Gesundheitswesen

## Vermessung

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Otto Aleksa**  
(0 27 42) 200 DW 2736, Fax DW 3888  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 13

Aufgaben: Vermessungsangelegenheiten

## Gruppe Gesundheit und Soziales

**Leiter der Gruppe:**  
**Wirkl. Hofrat Dr. Otto Huber**  
(0 27 42) 200 DW 6380, Fax DW 6120  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14

### Abteilungen der Gruppe

- Gesundheitswesen
- Umwelthygiene
- Lebensmittelkontrolle
- Sanitätsrecht und Krankenanstalten
- Sozialhilfe
- Jugendwohlfahrt
- Heime
- Arbeitsrecht und Sozialversicherung
- Landwirtschaftliche Sozialversicherung

### Gesundheitswesen

**Vortr. Hofrat Dr. Werner Hoffer,**  
**Sanitätsdirektor**  
(0 27 42) 200 DW 2920, Fax DW 5340  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 15b

Aufgaben: Medizinische Angelegenheiten des Gesundheitswesens, soweit sie keiner anderen Abteilung zugewiesen sind (insbesondere Vorsorgemedizin und Beratung für Mutter und Kind),

medizinische Angelegenheiten der Krankenanstalten und Krankenpflegeschulen, des Gemeindesanitätsdienstes und des Rettungswesens, Landessanitätsrat, Amtssachverständigentätigkeit für medizinische Angelegenheiten, soweit sie keiner anderen Abteilung zugewiesen ist, medizinische Angelegenheiten der Verhütung und Bekämpfung ansteckender Krankheiten und des Drogenmißbrauches (Drogenbeirat), der Arzneimittel, des Leichen- und Bestattungswesens, des Katastrophenschutzes sowie der Pensionisten- und Pflegeheime

### Umwelthygiene

**Wirkl. Hofrat Dr. Georg Krasel**  
(0 27 42) 200 DW 2945, Fax DW 2875  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 15b

Aufgaben: Medizinische Angelegenheiten des Umweltschutzes (insbesondere Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallwirtschaft, Chemikaliengesetz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung und Strahlenschutz) sowie der Bäder und Saunananlagen einschließlich der Amtssachverständigentätigkeit; Trinkwasserhygiene und -kontrolle; Tuberkulosebekämpfung einschließlich der Tuberkulosehilfe; Angelegenheiten der Arbeitsmedizin; sanitäre Aufsicht über Kurorte und natürliche Heilvorkommen

### Lebensmittelkontrolle

**Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Ernst Neuschwandtner**  
(0 27 42) 200 DW 2905, Fax DW 5260  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 15b

Aufgabenbereiche: Angelegenheiten des Ernährungswesens und der Nahrungsmittelkontrolle, der Qualitätsklassenkontrolle, der Weinkontrolle und der Waschmittelkontrolle, soweit sie nicht einer anderen Abteilung zugewiesen sind, Amtssachverständigentätigkeit für das Ernährungswesen, vom Chemikaliengesetz die Überwachung

### Sanitätsrecht und Krankenanstalten

**Wirkl. Hofrat Dr. Peter Ladenbauer**  
(0 27 42) 200 DW 2910, Fax DW 2785  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 15b

Aufgabenbereiche: Rechtliche Angelegenheiten des Gesundheitswesens, ausgenommen Strahlenschutz, rechtliche Angelegenheiten der Tuberkulosebekämpfung, ausgenommen die Gewährung von Tuberkulosehilfe, der Nahrungsmittelkontrolle, der Kurorte und der natürlichen Heilvorkommen, der Krankenanstalten, des Leichen- und Bestattungswesens, des Gemeindesanitätsdienstes mit Ausnahme der Angelegenheiten der Gemeindeärzte, Verwaltung

der Landeskrankenanstalten, Rettungswesen, Angelegenheiten der Plasmapherese, Giftangelegenheiten des Chemikaliengesetzes, Angelegenheiten der NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft

### Sozialhilfe

**Wirkl. Hofrat Dr. Elisabeth Gröss**  
(0 27 42) 200 DW 6320, Fax DW 6150  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14

Aufgabenbereiche: Opferfürsorge einschließlich der Verwaltung des Ertrages der Opferfürsorgeabgabe, Sozialhilfe, ausgenommen jedoch die Angelegenheiten der Landespflegeheime, der Landespensionistenheime und der privaten Pensionistenheime und Pflegeheime, Sozialhilfebeirat, Angelegenheiten der Familien- und Heimhelfer

### Jugendwohlfahrt

**ORegRat Mag. Reinfried Gänger**  
(0 27 42) 200 DW 6415, Fax DW 6120  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14

Aufgabenbereiche: Jugendwohlfahrt, NÖ Kinderbetreuungsgesetz 1996, soweit diese Angelegenheit nicht einer anderen Abteilung zugewiesen ist

### Heime

**Wirkl. Hofrat Dr. Otto Huber**  
(0 27 42) 200 DW 6380, Fax DW 6120  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14

Aufgabenbereiche: Landessäuglingsheime, Heilpädagogischer Kindergarten des Landes Niederösterreich, Landesjugendheime, Angelegenheiten der Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime und der privaten Pensionistenheime und Pflegeheime, finanzielle Angelegenheiten der Anstaltsfürsorge, Verpflegskostenangelegenheiten, Studienbeihilfen für Erzieher, Angelegenheiten der Altenhelfer

### Arbeitsrecht und

### Sozialversicherung

**Wirkl. Hofrat Dr. Wolfgang Schuldes**  
(0 27 42) 200 DW 2740, Fax DW 3050  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14

Aufgabenbereiche: Nichtlandwirtschaftliche Sozialversicherung einschließlich Entgeltfortzahlungsangelegenheiten, Soziale Verwaltung

### Landwirtschaftliche

### Sozialversicherung

**Wirkl. Hofrat Dr. Wolfgang Schuldes**  
(0 27 42) 200 DW 2740, Fax DW 3050  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 14

Aufgabenbereiche: Landwirtschaftliche Sozialversicherung





**Verwaltungsbezirk Amstetten**

Gerichtsbezirke Amstetten, Haag,  
St. Peter in der Au, Waidhofen/Ybbs

**BH Amstetten**

3300 Preinsbacher Straße 11  
Tel. (0 74 72) 608, Fax DW 608  
Parteienverkehr: Montag bis Freitag  
8–12 Uhr und Dienstag 16–19 Uhr  
Bezirkshauptmann: Lenze Hans-Heinz,  
Dr. jur, W. HR d. NÖ LRg. GrE  
*Außenstelle St. Valentin,*  
PLZ 4300, Hauptplatz 6,  
Tel. (0 74 35) 543 05  
*Parteienverkehr: Donnerstag 8–12 Uhr*  
*und 13–16 Uhr*  
*Außenstelle Haag,*  
PLZ 3350, Höllriglstraße 7,  
Tel. (0 74 34) 424 62  
*Parteienverkehr: jeden 1. und 3.*  
*Mittwoch im Monat 8–12 Uhr und*  
*13–16 Uhr*  
*Außenstelle St. Peter/Au,*  
PLZ 3352, Graf-Segur-Platz 6,  
Tel. (0 74 77) 421 11-23  
*Parteienverkehr: jeden 2. und 4.*  
*Mittwoch im Monat 8–12 Uhr und*  
*13–16 Uhr*  
*Außenstelle Waidhofen/Ybbs,*  
PLZ 3340, Oberer Stadtplatz 25,  
Tel. (0 74 42) 511-105  
*Parteienverkehr: Dienstag 8–12 Uhr*

Gerichtsbezirk Amstetten

**Stadtgemeinde Amstetten**  
PLZ 3300, Tel. (0 74 72) 601  
**Marktgemeinde Ardagger**  
PLZ 3321, Tel. (0 74 79) 43 12  
**Marktgemeinde Euratsfeld**  
PLZ 3324, Tel. (0 74 74) 240  
**Marktgemeinde Ferschnitz**  
PLZ 3325, Tel. (0 74 73) 82 97  
**Marktgemeinde Neuhofen  
an der Ybbs**  
PLZ 3364, Tel. (0 74 75) 27 00, 24 85  
**Marktgemeinde Neustadt  
an der Donau**  
PLZ 3323, Tel. (0 74 71) 22 40  
**Marktgemeinde Oed-Oehling**  
PLZ 3312, Tel. (0 74 75) 32 26  
**Marktgemeinde St. Georgen  
am Ybbsfelde**  
PLZ 3372, Tel. (0 74 73) 23 12  
**Gemeinde Viehdorf**  
PLZ 3322, Tel. (0 74 72) 641 14  
**Marktgemeinde Wallsee-Sindelburg**  
PLZ 3313, Tel. (0 74 33) 22 16  
**Gemeinde Winklarn**  
PLZ 3300, Tel. (0 74 72) 643 19  
**Marktgemeinde Zeillern**  
PLZ 3311, Tel. (0 74 72) 68 8 66

Gerichtsbezirk Haag

**Gemeinde Behamberg**  
PLZ 4441, Tel. (0 72 52) 310 00-11  
**Gemeinde Ennsdorf**  
PLZ 4482, Tel. (0 72 23) 820 12-7806  
**Gemeinde Ernsthofen**  
PLZ 4432, Tel. (0 74 35) 84 50  
**Stadtgemeinde Haag**  
PLZ 3350, Tel. (0 74 34) 424 23  
**Gemeinde Haidershofen**  
PLZ 4431, Tel. (0 74 34) 428 13  
**Gemeinde St. Pantaleon-Erla**  
PLZ 4303, Tel. (0 74 35) 72 71  
**Stadtgemeinde St. Valentin**  
PLZ 4300, Tel. (0 74 35) 521 02, 521  
03, 527 72  
**Marktgemeinde Strengberg**  
PLZ 3314, Tel. (0 74 32) 22 14

Gerichtsbezirk Sankt Peter in der Au

**Marktgemeinde Aschbach Markt**  
PLZ 3361, Tel. (0 74 76) 77 3 21  
**Gemeinde Biberbach**  
PLZ 3353, Tel. (0 74 76) 82 50  
**Gemeinde Ertl**  
PLZ 3352, Tel. (0 74 77) 72 01  
**Marktgemeinde St. Peter in der Au**  
PLZ 3352, Tel. (0 74 77) 421 11-0  
**Marktgemeinde Seitenstetten**  
PLZ 3353, Tel. (0 74 77) 422 24  
**Gemeinde Weistrach**  
PLZ 3351, Tel. (0 74 77) 423 63  
**Gemeinde Wolfsbach**  
PLZ 3354, Tel. (0 74 77) 82 40

Gerichtsbezirk Waidhofen  
an der Ybbs

**Marktgemeinde Allhartsberg**  
PLZ 3331, Tel. (0 74 48) 23 3 60  
**Gemeinde Hollenstein an der Ybbs**  
PLZ 3343, Tel. (0 74 45) 21 80  
**Marktgemeinde Kematen an der  
Ybbs**  
PLZ 3331, Tel. (0 74 48) 23 12  
**Gemeinde Opponitz**  
PLZ 3342, Tel. (0 74 44) 280  
**Gemeinde St. Georgen am Reith**  
PLZ 3344, Tel. (0 74 84) 82 16  
**Gemeinde Sonntagberg**  
PLZ 3332, Tel. (0 74 48) 22 90  
**Marktgemeinde Ybbsitz**  
PLZ 3341, Tel. (0 74 43) 866 01

**Verwaltungsbezirk Baden**

Gerichtsbezirke Baden, Ebreichsdorf,  
Pottenstein

**BH Baden**

2500, Schwartzstraße 50  
Tel. (0 22 52) 202, Fax DW 600  
Parteienverkehr: Montag bis Freitag  
8–12 Uhr, Dienstag auch 16–19 Uhr  
Bezirkshauptmann: Wanzenböck  
Richard  
Mag. jur, W. HR d. NÖ LRg.  
*Außenstelle Berndorf,*  
PLZ 2560, Karl-Kieslinger-Platz 2,  
Tel. (0 26 72) 82 4 70  
*Parteienverkehr: jeden 2. und 4.*  
*Mittwoch im Monat 7.30–12 Uhr und*  
*13–14.30 Uhr*  
*Außenstelle Pottendorf,*  
PLZ 2486, Hauptstraße 9,  
Tel. (0 26 23) 72 2 78  
*Parteienverkehr: jeden 1. und 3.*  
*Donnerstag im Monat 7.30–12 Uhr und*  
*13–14.30 Uhr*  
*Außenstelle Pottenstein,*  
PLZ 2563, Hauptplatz 13,  
Tel. (0 26 72) 82 4 24  
*Parteienverkehr: jeden 1. und 3.*  
*Mittwoch im Monat 7.30–12 Uhr und*  
*13–14 Uhr*

Gerichtsbezirk Baden

**Gemeinde Alland**  
PLZ 2534, Tel. (0 22 58) 22 45, 66 66  
**Stadtgemeinde Baden**  
PLZ 2500, Tel. (0 22 52) 86 8 00-0  
**Stadtgemeinde Bad Vöslau**  
PLZ 2540, Tel. (0 22 52) 76 1 61-0  
**Gemeinde Blumau-Neurisshof**  
PLZ 2602, Tel. (0 26 28) 485 70 oder  
482 90  
**Marktgemeinde Günselsdorf**  
PLZ 2525, Tel. (0 22 56) 628 80  
**Gemeinde Heiligenkreuz**  
PLZ 2532, Tel. (0 22 58) 87 20  
**Gemeinde Klausen-Leopoldsdorf**  
PLZ 2533, Tel. (0 22 57) 236  
**Marktgemeinde Kottlingbrunn**  
PLZ 2542, Tel. (0 22 52) 761 04, 713 42  
**Marktgemeinde Leobersdorf**  
PLZ 2544, Tel. (0 22 56) 623 96, 623 97  
**Marktgemeinde Pfaffstätten**  
PLZ 2511, Tel. (0 22 52) 88 9 85  
**Gemeinde Schönau an der Triesting**  
PLZ 2525, Tel. (0 22 56) 635 72  
**Marktgemeinde Soob**  
PLZ 2500, Tel. (0 22 52) 87 5 73  
**Gemeinde Tattendorf**  
PLZ 2523, Tel. (0 22 53) 81 5 81  
**Marktgemeinde Teesdorf**  
PLZ 2524, Tel. (0 22 53) 81 4 40,  
81 2 02  
**Stadtgemeinde Traiskirchen**  
PLZ 2514, Tel. (0 22 52) 52 6 11-14

Gerichtsbezirk Ebreichsdorf

**Marktgemeinde Ebreichsdorf**

PLZ 2483, Tel. (0 22 54) 722 18

**Gemeinde Mitterndorf an der Fischa**

PLZ 2441, Tel. (0 22 34) 784 13

**Marktgemeinde Oberwaltersdorf**

PLZ 2522, Tel. (0 22 53) 6292, 6682

**Marktgemeinde Pottendorf**

PLZ 2486, Tel. (0 26 23) 72 2 29

**Marktgemeinde Reisenberg**

PLZ 2440, Tel. (0 22 34) 80 2 71

**Marktgemeinde Seibersdorf**

PLZ 2444, Tel. (0 22 55) 62 31

**Marktgemeinde Trumau**

PLZ 2521, Tel. (0 22 53) 6245

Gerichtsbezirk Pottenstein

**Marktgemeinde Altenmarkt an der Triesting**

PLZ 2571, Tel. (0 26 73) 22 00

**Stadtgemeinde Berndorf**

PLZ 2560, Tel. (0 26 72) 82 2 53

**Marktgemeinde****Enzesfeld-Lindabrunn**

PLZ 2551, Tel. (0 22 56) 81 2 51, 81 2 61

**Gemeinde Furth an der Triesting**

PLZ 2564, Tel. (0 26 74) 88 2 19

**Gemeinde Hernstein**

PLZ 2560, Tel. (0 26 33) 47 2 05

**Marktgemeinde Hirtenberg**

PLZ 2552, Tel. (0 22 56) 811 11-0

**Marktgemeinde Pottenstein**

PLZ 2563, Tel. (0 26 72) 824 24

**Marktgemeinde Weissenbach an der Triesting**

PLZ 2564, Tel. (0 26 74) 86 3 38

**Verwaltungsbezirk Bruck an der Leitha**

Gerichtsbezirke Bruck an der Leitha und Hainburg an der Donau

**BH Bruck an der Leitha**

PLZ 2460, Hauptplatz 16

Tel. (0 21 62) 600, Fax DW 333

Parteienverkehr: Montag bis Freitag

8–12 Uhr und Dienstag 16–19 Uhr

Bezirkshauptmann: Stockinger Alois, Dr., W. HR d. NÖ LRg.

Außenstelle Hainburg,

PLZ 2410, Hauptplatz 23,

Tel. (0 21 65) 62 1 11-22

Parteienverkehr: Mittwoch 8–12 Uhr und 13–15 Uhr

Gerichtsbezirk Bruck an der Leitha

**Marktgemeinde Au am Leithaberge**

PLZ 2451, Tel. (0 21 68) 82 41

**Stadtgemeinde Bruck an der Leitha**

PLZ 2460, Tel. (0 21 62) 623 54-0

**Marktgemeinde Enzersdorf an der Fischa**

PLZ 2431, Tel. (0 22 30) 84 66

**Gemeinde Göttlesbrunn-Arbesthal**

PLZ 2464, Tel. (0 21 62) 89 24

**Marktgemeinde Götzendorf an der Leitha**

PLZ 2434, Tel. (0 21 69) 22 74, 26 62

**Gemeinde Höflein**

PLZ 2465, Tel. (0 21 62) 625 53-0

**Marktgemeinde Hof am Leithaberge**

PLZ 2451, Tel. (0 21 68) 623 93

**Stadtgemeinde Mannersdorf am Leithagebirge**

PLZ 2452, Tel. (0 21 68) 622 52, 627 52

**Marktgemeinde Rohrau**

PLZ 2471, Tel. (0 21 64) 22 04

**Marktgemeinde Sommerein**

PLZ 2453, Tel. (0 21 68) 634 68

**Marktgemeinde Trautmannsdorf an der Leitha**

PLZ 2454, Tel. (0 21 69) 22 46

Gerichtsbezirk Hainburg

an der Donau

**Marktgemeinde Bad Deutsch-Altenburg**

PLZ 2405, Tel. (0 21 65) 624 78, 629 00

**Stadtgemeinde Hainburg an der Donau**

PLZ 2410, Tel. (0 21 65) 621 11-0,

623 29

**Gemeinde Berg**

PLZ 2412, Tel. (0 21 43) 23 71

**Gemeinde Haslau-Maria Ellend**

PLZ 2402, Tel. (0 22 32) 80 2 00,

80 2 50

**Gemeinde Hundsheim**

PLZ 2405, Tel. (0 21 65) 626 18

**Marktgemeinde Petronell-Carnuntum**

PLZ 2404, Tel. (0 21 63) 22 28

**Marktgemeinde Prellenkirchen**

PLZ 2472, Tel. (0 21 45) 22 02

**Gemeinde Scharndorf**

PLZ 2403, Tel. (0 21 63) 23 03

**Gemeinde Wolfsthal**

PLZ 2412, Tel. (0 21 65) 626 76

**Verwaltungsbezirk Gänserndorf**

Gerichtsbezirke Gänserndorf, Groß-Enzersdorf, Zistersdorf

**BH Gänserndorf**

2230, Schönkirchner Straße 1

Tel. (0 22 82) 84 02, Fax DW 230

Parteienverkehr: Dienstag 8–12 Uhr

und 13–19 Uhr und Donnerstag

8–12 Uhr

Bezirkshauptmann: Gruber Karl

Dr., OReg.Rat

Außenstelle Groß-Enzersdorf,

PLZ 2301, Dr.-Anton-Krabichler-Platz 1,

Tel. (0 22 49) 23 65

Außenstelle Zistersdorf,

PLZ 2225, Rathaus, Hauptstraße 35,

Tel. (0 25 32) 22 79, 22 70

Gerichtsbezirk Gänserndorf

**Gemeinde Aderklaa**

PLZ 2232, Tel. (0 22 47) 22 90

**Marktgemeinde Angern an der March**

PLZ 2261, Tel. (0 22 83) 22 41, 22 31

**Marktgemeinde Auerthal**

PLZ 2214, Tel. (0 22 88) 22 46

**Marktgemeinde Bad Pirawarth**

PLZ 2222, Tel. (0 25 74) 23 40, 23 39

**Stadtgemeinde Deutsch-Wagram**

PLZ 2232, Tel. (0 22 47) 22 09

**Marktgemeinde Ebenthal**

PLZ 2251, Tel. (0 25 38) 8110

**Stadtgemeinde Gänserndorf**

PLZ 2230, Tel. (0 22 82) 26 51-0

**Marktgemeinde Groß-Schweinbarth**

PLZ 2221, Tel. (0 22 89) 23 02

**Marktgemeinde Hohenruppersdorf**

PLZ 2223, Tel. (0 25 74) 83 04

**Marktgemeinde Matzen-Raggendorf**

PLZ 2243, Tel. (0 22 89) 22 73

**Marktgemeinde Prottes**

PLZ 2242, Tel. (0 22 82) 21 82

**Marktgemeinde****Schönkirchen-Reyersdorf**

PLZ 2241, Tel. (0 22 82) 25 06, 24 06

**Marktgemeinde Spanberg**

PLZ 2244, Tel. (0 25 38) 84 97

**Marktgemeinde Strasshof an der Nordbahn**

PLZ 2231, Tel. (0 22 87) 22 08, 22 85

**Gemeinde Velm-Götzendorf**

PLZ 2245, Tel. (0 25 38) 340

**Marktgemeinde Weikendorf**

PLZ 2253, Tel. (0 22 82) 22 18

Gerichtsbezirk

Groß-Enzersdorf

**Gemeinde Andlersdorf**

PLZ 2301, Tel. (0 22 15) 21 81

**Marktgemeinde Eckartsau**

PLZ 2305, Tel. (0 22 14) 22 02

**Gemeinde Glinzendorf**

PLZ 2282, Tel. (0 22 48) 23 11

**Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf**

PLZ 2301, Tel. (0 22 49) 23 14

**Gemeinde Grobhofen**

PLZ 2282, Tel. (0 22 48) 22 41

**Gemeinde Haringsee**  
 PLZ 2286, Tel. (0 22 14) 23 04  
**Marktgemeinde Leopoldsdorf im Marchfelde**  
 PLZ 2285, Tel. (0 22 16) 22 16  
**Gemeinde Mannsdorf an der Donau**  
 PLZ 2304, Tel. (0 22 12) 25 97, 28 00  
**Gemeinde Markgrafneusiedl**  
 PLZ 2282, Tel. (0 22 48) 22 41  
**Marktgemeinde Obersiebenbrunn**  
 PLZ 2283, Tel. (0 22 86) 22 18  
**Marktgemeinde Orth an der Donau**  
 PLZ 2304, Tel. (0 22 12) 22 08  
**Gemeinde Parbasdorf**  
 PLZ 2232, Tel. (0 22 47) 51 8 60  
**Gemeinde Raasdorf**  
 PLZ 2281, Tel. (0 22 49) 89 3 92

Gerichtsbezirk Gänserndorf

**Marktgemeinde Engelhartstetten**  
 PLZ 2292, Tel. (0 22 14) 22 92  
**Marktgemeinde Lasseesee**  
 PLZ 2291, Tel. (0 22 13) 23 11  
**Stadtgemeinde Marchegg**  
 PLZ 2293, Tel. (0 22 85) 71 00  
**Gemeinde Untersiebenbrunn**  
 PLZ 2284, Tel. (0 22 86) 23 20  
**Gemeinde Weiden an der March**  
 PLZ 2295, Tel. (0 22 84) 22 04

Gerichtsbezirk Zistersdorf

**Marktgemeinde Drösing**  
 PLZ 2265, Tel. (0 25 36) 73 30  
**Marktgemeinde Dürnkrut**  
 PLZ 2263, Tel. (0 25 38) 80 2 14  
**Gemeinde Hauskirchen**  
 PLZ 2184, Tel. (0 25 33) 85 20  
**Marktgemeinde Hohenau an der March**  
 PLZ 2273, Tel. (0 25 35) 23 07  
**Marktgemeinde Jedenspeigen**  
 PLZ 2264, Tel. (0 25 36) 82 24  
**Marktgemeinde Neusiedl an der Zaya**  
 PLZ 2183, Tel. (0 25 33) 89 2 55  
**Gemeinde Palterndorf-Dobermannsdorf**  
 PLZ 2181, Tel. (0 25 33) 894 58, 892 26  
**Marktgemeinde Ringelsdorf-Niederabsdorf**  
 PLZ 2272, Tel. (0 25 36) 72 92  
**Marktgemeinde Sulz im Weinviertel**  
 PLZ 2224, Tel. (0 25 34) 217  
**Stadtgemeinde Zistersdorf**  
 PLZ 2225, Tel. (0 25 32) 24 01

## Verwaltungsbezirk Gmünd

Gerichtsbezirke Gmünd in Niederösterreich, Litschau, Schrems, Weitra

### BH Gmünd

3950, Schremser Straße 8,  
 Tel. (0 28 52) 500, Fax DW 500  
 Parteienverkehr: Dienstag: 8–12 Uhr,  
 13–15 und 16–19 Uhr, Donnerstag  
 8–12 Uhr und 13–15 Uhr  
 Bezirkshauptmann: Scherz Franz,  
 Dr. jur. W. HR d. NÖ LRg.

Gerichtsbezirk Gmünd in Niederösterreich

### Stadtgemeinde Gmünd

PLZ 3950, Tel. (0 28 52) 52 5 06

### Gemeinde Großdietmanns

PLZ 3950, Tel. (0 28 52) 82 62

### Marktgemeinde Hoheneich

PLZ 3945, Tel. (0 28 52) 52 6 64

### Gemeinde Waldenstein

PLZ 3961, Tel. (0 28 55) 498, 478

Gerichtsbezirk Litschau

### Marktgemeinde Eggern

PLZ 3861, Tel. (0 28 63) 232

### Marktgemeinde Eisgarn

PLZ 3862, Tel. (0 28 63) 336

### Gemeinde Haugschlag

PLZ 3874, Tel. (0 28 65) 82 06

### Stadtgemeinde Heidenreichstein

PLZ 3860, Tel. (0 28 62) 523 36, 523 37

### Stadtgemeinde Litschau

PLZ 3874, Tel. (0 28 65) 219, 220

### Gemeinde Reingers

PLZ 3863, Tel. (0 28 63) 82 08

Gerichtsbezirk Schrems

### Gemeinde Amaliendorf-Aalfang

PLZ 3872, Tel. (0 28 62) 534 95

### Marktgemeinde Brand-Nagelberg

PLZ 3871, Tel. (0 28 59) 72 17

### Marktgemeinde Hirschbach

PLZ 3942, Tel. (0 28 54) 344

### Marktgemeinde Kirchberg am Walde

PLZ 3932, Tel. (0 28 54) 284, 465

### Stadtgemeinde Schrems

PLZ 3943, Tel. (0 28 53) 774 54, 774 55

Gerichtsbezirk Weitra

### Marktgemeinde Bad Großpertholz

PLZ 3972, Tel. (0 28 57) 22 53

### Marktgemeinde Großschönau

PLZ 3922, Tel. (0 28 15) 62 52

### Marktgemeinde Moorbad Harbach

PLZ 3970, Tel. (0 28 58) 52 14

### Marktgemeinde St. Martin

PLZ 3971, Tel. (0 28 57) 22 62

### Gemeinde Unserfrau-Altweitra

PLZ 3970, Tel. (0 28 56) 25 40

### Stadtgemeinde Weitra

PLZ 3970, Tel. (0 28 56) 23 78, 26 82

## Verwaltungsbezirk Hollabrunn

Gerichtsbezirke Hollabrunn, Retz

### BH Hollabrunn

2020, Mühlgasse 24  
 Tel. (0 29 52) 59 01, Fax DW 555  
 Parteienverkehr: Dienstag 8–12 Uhr  
 und 16–19 Uhr, Freitag 8–12 Uhr  
 Bezirkshauptmann: Wegl Adolf,  
 Dr. jur. W. HR d. NÖ LRg.  
*Außenstelle Haugsdorf,  
 (nur Jugendabteilung),  
 PLZ 2054, Laaer Straße 12,  
 Tel. (0 29 44) 24 77*  
 Parteienverkehr: jeden 1. Dienstag im  
 Monat von 13–14 Uhr  
*Außenstelle Ravelsbach,  
 (nur Jugendabteilung),  
 PLZ 3720, Bachgasse 1,  
 Tel. (0 29 58) 82 7 85*  
 Parteienverkehr: jeden 1. und 3.  
 Dienstag im Monat von 7.30–10 Uhr  
*Außenstelle Retz,  
 (nur Jugendabteilung),  
 PLZ 2070, Hauptplatz (Gemeindeamt),  
 Tel. (0 29 42) 25 83*  
 Parteienverkehr: jeden 1. Dienstag im  
 Monat von 9–11 Uhr

Gerichtsbezirk Hollabrunn

### Gemeinde Alberndorf im Pulkaual

PLZ 2054, Tel. (0 29 44) 23 33

### Marktgemeinde Göllersdorf

PLZ 2013, Tel. (0 29 54) 22 65

### Marktgemeinde Grabern

PLZ 2020, Tel. (0 29 52) 21 32

### Marktgemeinde Guntersdorf

PLZ 2042, Tel. (0 29 51) 22 47

### Marktgemeinde Hadres

PLZ 2061, Tel. (0 29 43) 23 03

### Marktgemeinde Haugsdorf

PLZ 2054, Tel. (0 29 44) 22 18

### Gemeinde Heldenberg

PLZ 3704, Tel. (0 29 56) 25 53

### Marktgemeinde Hohenwarth-Mühlbach a. M.

PLZ 3472, Tel. (0 29 57) 216

### Stadtgemeinde Hollabrunn

PLZ 2020, Tel. (0 29 52) 21 02-0

### Marktgemeinde Mailberg

PLZ 2024, Tel. (0 29 43) 22 53

### Stadtgemeinde Maissau

PLZ 3712, Tel. (0 29 58) 822 71, 822 72

### Marktgemeinde Nappersdorf-Kammersdorf

PLZ 2033, Tel. (0 29 53) 23 14

### Marktgemeinde Pernersdorf

PLZ 2052, Tel. (0 29 44) 82 75

### Marktgemeinde Ravelsbach

PLZ 3720, Tel. (0 29 58) 824 14, 824 15

### Marktgemeinde Seefeld-Kadolz

PLZ 2062, Tel. (0 29 43) 22 01

### Marktgemeinde Sitzendorf

an der Schmida  
 PLZ 3714, Tel. (0 29 59) 22 03, 22 04

### Marktgemeinde Wullersdorf

PLZ 2041, Tel. (0 29 51) 84 33

### Marktgemeinde Ziersdorf

PLZ 3710, Tel. (0 29 56) 22 04

## Gerichtsbezirk Retz

**Stadtgemeinde Hardegg**

PLZ 2082, Tel. (0 29 48) 84 50

**Stadtgemeinde Pulkau**

PLZ 3741, Tel. (0 29 46) 22 76

**Stadtgemeinde Retz**

PLZ 2070, Tel. (0 29 42) 22 23

**Gemeinde Retzbach**

PLZ 2074, Tel. (0 29 42) 25 13

**Stadtgemeinde Schrattenthal**

PLZ 2073, Tel. (0 29 42) 82 04

**Marktgemeinde Zellerndorf**

PLZ 2051, Tel. (0 29 45) 22 14

**Verwaltungsbezirk Horn**

Gerichtsbezirke Eggenburg, Horn

**BH Horn**

3580, Frauenhofner Straße 2

Tel. (0 29 82) 59 01, Fax DW 219

Parteienverkehr: Dienstag 8–12 Uhr,

Donnerstag 8–12 Uhr und 16–19 Uhr

Bezirkshauptmann: Opitz Gerhard

Dr. jur. W. HR d. NÖ LRg.

## Gerichtsbezirk Eggenburg

**Marktgemeinde Burgschleinitz-****Kühnring**

PLZ 3730, Tel. (0 29 84) 26 53

**Stadtgemeinde Eggenburg**

PLZ 3730, Tel. (0 29 84) 35 01, 35 02

**Gemeinde Meiseldorf**

PLZ 3744, Tel. (0 29 83) 23 19

**Marktgemeinde Röschitz**

PLZ 3743, Tel. (0 29 84) 27 01

**Marktgemeinde Sigmundshergberg**

PLZ 3751, Tel. (0 29 83) 22 03

**Marktgemeinde Straning-Grafenberg**

PLZ 3722, Tel. (0 29 84) 72 73

## Gerichtsbezirk Horn

**Gemeinde Altenburg**

PLZ 3591, Tel. (0 29 82) 27 65

**Gemeinde Brunn an der Wild**

PLZ 3595, Tel. (0 29 89) 22 20

**Stadtgemeinde****Drosendorf-Zissersdorf**

PLZ 2095, Tel. (0 29 15) 22 13

**Marktgemeinde Gars am Kamp**

PLZ 3571, Tel. (0 29 85) 21 00

**Stadtgemeinde Geras**

PLZ 2093, Tel. (0 29 12) 21 6

**Stadtgemeinde Horn**

PLZ 3580, Tel. (0 29 82) 26 56

**Marktgemeinde Irnfritz**

PLZ 3754, Tel. (0 29 86) 62 28

**Marktgemeinde Japons**

PLZ 3763, Tel. (0 29 14) 62 02

**Marktgemeinde Langau**

PLZ 2091, Tel. (0 29 12) 40 1

**Marktgemeinde Pernegg**

PLZ 3753, Tel. (0 29 13) 25 7

**Gemeinde Röhrenbach**

PLZ 3592, Tel. (0 29 89) 82 54

**Gemeinde Rosenberg-Mold**

PLZ 3573, Tel. (0 29 82) 29 17

**Gemeinde St. Bernhard-Frauenhofen**

PLZ 3580, Tel. (0 29 82) 28 82, 33 21

**Marktgemeinde Weitersfeld**

PLZ 2084, Tel. (0 29 48) 82 75

**Verwaltungsbezirk Korneuburg**

Gerichtsbezirke Korneuburg, Stockerau

**BH Korneuburg**

2100, Bankmannring 5

Tel. (0 22 62) 705-0, Fax DW 212

Parteienverkehr: Dienstag 8–12.30 Uhr

und 13–19 Uhr, Freitag 8–12 Uhr

Bezirkshauptmann:

W. HR Dr. jur. Nebes Wolfgang

*Außenstelle Stockerau,**2000, Rathausplatz 14,**Tel. (0 22 66) 625 91**Parteienverkehr: Montag bis Freitag**8–12.30 Uhr und Dienstag auch**15–19 Uhr*

## Gerichtsbezirk Korneuburg

**Marktgemeinde Bisamberg**

PLZ 2102, Tel. (0 22 62) 62 0 00

**Gemeinde Enzersfeld**

PLZ 2202, Tel. (0 22 62) 67 41 41

**Marktgemeinde Ernstbrunn**

PLZ 2115, Tel. (0 25 76) 23 01

**Marktgemeinde Großrußbach**

PLZ 2114, Tel. (0 22 63) 66 68

**Gemeinde Hagenbrunn**

PLZ 2102, Tel. (0 22 62) 67 22 67

**Marktgemeinde Harmannsdorf**

PLZ 2111, Tel. (0 22 64) 23 6

**Stadtgemeinde Korneuburg**

PLZ 2100, Tel. (0 22 62) 770

**Marktgemeinde Langenzerndorf**

PLZ 2103, Tel. (0 22 44) 23 08

**Marktgemeinde Leobendorf**

PLZ 2100, Tel. (0 22 62) 66 1 51

**Gemeinde Stetten**

PLZ 2100, Tel. (0 22 62) 673 660

## Gerichtsbezirk Stockerau

**Marktgemeinde Großmugl**

PLZ 2002, Tel. (0 22 68) 66 10

**Marktgemeinde Hausleiten**

PLZ 3464, Tel. (0 22 65) 72 67

**Gemeinde Leitersdorf**

PLZ 2003, Tel. (0 22 66) 634 55

**Marktgemeinde Niederhollabrunn**

PLZ 2004, Tel. (0 22 69) 22 24

**Gemeinde Rußbach**

PLZ 3702, Tel. (0 29 55) 702 20

**Marktgemeinde Sierndorf**

PLZ 2011, Tel. (0 22 67) 22 25

**Gemeinde Spillern**

PLZ 2104, Tel. (0 22 66) 802 25

**Marktgemeinde Stetteldorf am****Wagram**

PLZ 3463, Tel. (0 22 78) 23 04

**Stadtgemeinde Stockerau**

PLZ 2000, Tel. (0 22 66) 695

**Verwaltungsbezirk Krems**

Gerichtsbezirke Krems an der Donau,

Langenlois

**BH Krems**

3500, Körnermarkt 1

Tel. (0 27 32) 808-0, Fax DW 208

Parteienverkehr: Dienstag 8–12 Uhr

und 16–19 Uhr, Freitag 8–12 Uhr

Bezirkshauptmann: Hetzer Gerhard,

Dr., W. HR d. NÖ LRg.

*Außenstelle Gföhl,**PLZ 3542, Hauptplatz 3,**Tel. (0 27 16) 63 26**Parteienverkehr: Donnerstag 8–12 Uhr*

## Gerichtsbezirk Krems an der Donau

**Marktgemeinde Aggsbach**

PLZ 3641, Tel. (0 27 12) 214

**Marktgemeinde Albrechtsberg an****der Großen Krems**

PLZ 3613, Tel. (0 28 76) 258

**Gemeinde Bergern im****Dunkelsteinerwald**

PLZ 3512, Tel. (0 27 14) 72 20

**Stadtgemeinde Dürnstein**

PLZ 3601, Tel. (0 27 11) 219

**Gemeinde Droß**

PLZ 3552, Tel. (0 27 19) 87 00

**Marktgemeinde Furth bei Göttweig**

PLZ 3511, Tel. (0 27 32) 84 6 22

**Gemeinde Gedersdorf**

PLZ 3494, Tel. (0 27 35) 82 41

**Stadtgemeinde Gföhl**

PLZ 3542, Tel. (0 27 16) 63 26-0

**Gemeinde Jaidhof**

PLZ 3542, Tel. (0 27 16) 63 50

**Marktgemeinde Krumau am Kamp**

PLZ 3543, Tel. (0 27 31) 82 30

**Marktgemeinde Lichtenau im****Waldviertel**

PLZ 3522, Tel. (0 27 18) 25 7

**Marktgemeinde Maria Laach am****Jauerling**

PLZ 3643, Tel. (0 27 12) 83 52

**Stadtgemeinde Mautern an der****Donau**

PLZ 3512, Tel. (0 27 32) 83 1 51,

84 9 58

**Marktgemeinde Mühldorf**

PLZ 3622, Tel. (0 27 13) 82 30, 84 84

**Marktgemeinde Paudorf**

PLZ 3511, Tel. (0 27 36) 65 75

**Marktgemeinde Rastendorf**

PLZ 3532, Tel. (0 28 26) 289

**Gemeinde Rohrendorf bei Krems**

PLZ 3495, Tel. (0 27 32) 83 8 50

**Marktgemeinde Rossatz-Arnsdorf**

PLZ 3602, Tel. (0 27 14) 21 7

**Marktgemeinde Senftenberg**

PLZ 3541, Tel. (0 27 19) 23 19-0

**Marktgemeinde Spitz**

PLZ 3620, Tel. (0 27 13) 22 48, 24 48

**Marktgemeinde Stratzing**

PLZ 3552, Tel. (0 27 19) 82 87

**Marktgemeinde St. Leonhard am****Hornerwald**

PLZ 3572, Tel. (0 29 87) 22 20

**Gemeinde Weinzierl am Walde**  
 PLZ 3521, Tel. (0 27 17) 82 01  
**Marktgemeinde Weißenkirchen  
 in der Wachau**  
 PLZ 3610, Tel. (0 27 15) 22 32, 23 13

Gerichtsbezirk Langenlois

**Marktgemeinde Etsdorf-Haitzendorf**  
 PLZ 3492, Tel. (0 27 35) 24 45

**Marktgemeinde  
 Hadersdorf-Kammern**  
 PLZ 3493, Tel. (0 27 35) 23 09-0

**Stadtgemeinde Langenlois**  
 PLZ 3550, Tel. (0 27 34) 21 01

**Marktgemeinde Lengfeld**  
 PLZ 3552, Tel. (0 27 19) 23 65-10

**Marktgemeinde Schönberg am Kamp**  
 PLZ 3562, Tel. (0 27 33) 227

**Marktgemeinde Straß im Straßertale**  
 PLZ 3491, Tel. (0 27 35) 24 95

## Verwaltungsbezirk Lilienfeld

Gerichtsbezirke Hainfeld, Lilienfeld

### BH Lilienfeld

3180, Am Anger 2  
 Tel. (0 27 62) 503, Fax DW 444  
 Parteienverkehr: Dienstag 8–15 Uhr,  
 Donnerstag 8–19 Uhr  
 Bezirkshauptmann: Krizanic Herbert,  
 Dr. jur. W. HR d. NÖ LRg.

Gerichtsbezirk Hainfeld

**Stadtgemeinde Hainfeld**  
 PLZ 3170, Tel. (0 27 64) 22 46, 23 46

**Marktgemeinde Kaumberg**  
 PLZ 2572, Tel. (0 27 65) 282

**Gemeinde Kleinzell**  
 PLZ 3171, Tel. (0 27 66) 22 01

**Gemeinde Ramsau**  
 PLZ 3172, Tel. (0 27 64) 82 03

**Gemeinde Rohrbach an der Gölsen**  
 PLZ 3163, Tel. (0 27 64) 23 34, 31 02

**Marktgemeinde St. Veit an der  
 Gölsen**  
 PLZ 3161, Tel. (0 27 63) 22 12

Gerichtsbezirk Lilienfeld

**Gemeinde Annaberg**  
 PLZ 3222, Tel. (0 27 28) 82 45

**Gemeinde Eschenau**  
 PLZ 3153, Tel. (0 27 46) 72 30

**Marktgemeinde Hohenberg**  
 PLZ 3192, Tel. (0 27 67) 202

**Stadtgemeinde Lilienfeld**  
 PLZ 3180, Tel. (0 27 62) 522 12-0,  
 522 20-0, 523 67-0

**Gemeinde Mitterbach am Erlaufsee**  
 PLZ 3224, Tel. (0 38 82) 21 26

**Marktgemeinde St. Aegydam  
 Neuwalde**  
 PLZ 3193, Tel. (0 27 68) 22 90

**Marktgemeinde Traisen**  
 PLZ 3160, Tel. (0 27 62) 522 84-11

**Marktgemeinde Türnitz**  
 PLZ 3184, Tel. (0 27 69) 204

## Verwaltungsbezirk Melk

Gerichtsbezirke Mank, Melk, Ybbs

### BH Melk

3390, Abt-Karl-Straße 23 u. 25a  
 Tel. (0 27 52) 505, Fax DW 240  
 Parteienverkehr: Montag 13–19 Uhr,  
 Dienstag 8–12 Uhr und 13–15 Uhr,  
 Donnerstag und Freitag 8–12 Uhr  
 Bezirkshauptmann: Mayrhofer Elfriede,  
 Dr., OReg.Rat

*Außenstelle Mank,  
 PLZ 3240, Wieselburger Straße 2,  
 Tel. (0 27 55) 29 90*

*Parteienverkehr: jeden 1. und 3.  
 Mittwoch im Monat von 8–12 Uhr und  
 von 13–15 Uhr*

*Außenstelle Pöggstall,  
 PLZ 3650, Raiffeisenplatz 3,  
 Tel. (0 27 58) 40 26, Fax DW 660*

*Parteienverkehr: Montag 13–19 Uhr,  
 Dienstag und Donnerstag 8–12 Uhr  
 und 13–15 Uhr*

*Außenstelle Ybbs an der Donau,  
 PLZ 3370, Rathausgasse 9,  
 Tel. (0 74 12) 524 33*

*Parteienverkehr: Mittwoch 8–12 Uhr  
 und 13–15 Uhr*

Gerichtsbezirk Mank

### Marktgemeinde Bischofstetten

PLZ 3232, Tel. (0 27 48) 82 18  
 Fax (0 27 48) 82 18-04

### Gemeinde Hürm

PLZ 3383, Tel. (0 27 54) 82 39  
 Fax (0 27 54) 81 63/15

### Marktgemeinde Kilb

PLZ 3233, Tel. (0 27 48) 321, 327  
 Fax (0 27 48) 327/22

### Gemeinde Kirnberg an der Mank

PLZ 3241, Tel. (0 27 55) 82 17  
 Fax (0 27 55) 20 70

### Stadtgemeinde Mank

PLZ 3240, Tel. (0 27 55) 22 82, 24 82  
 Fax (0 27 55) 20 82

### Marktgemeinde Ruprechtshofen

PLZ 3244, Tel. (0 27 56) 23 88  
 Fax (0 27 56) 22 27

### Marktgemeinde St. Leonhard am Forst

PLZ 3243, Tel. (0 27 56) 22 04-0  
 Fax (0 27 56) 22 26 od. 22 04-30

### Gemeinde Texingtal

PLZ 3242, Tel. (0 27 55) 72 28  
 Fax (0 27 55) 72 28-4

Gerichtsbezirk Melk

### Marktgemeinde Artstetten-Pöbring

PLZ 3661, Tel. (0 74 13) 82 35  
 Fax (0 74 13) 82 35

### Marktgemeinde Dunkelsteinerwald

PLZ 3122, Tel. (0 27 53) 275  
 Fax (0 27 53) 275

(Gansbach)  
 PLZ 3392, Tel. (0 27 52) 82 46, 82 30  
 Fax (0 27 52) 82 30-22

(Gerolding)  
 PLZ 3382, Tel. (0 27 54) 64 02  
 Fax (0 27 54) 64 02-4

(Mauer)

### Marktgemeinde Emmersdorf an der Donau

PLZ 3644, Tel. (0 27 52) 714 69  
 Fax (0 27 52) 714 69-3

**Marktgemeinde Erlauf**  
 PLZ 3253, Tel. (0 27 57) 62 21  
 Fax (0 27 57) 66 22

### Marktgemeinde Golling an der Erlauf

PLZ 3381, Tel. (0 27 57) 22 40  
 Fax (0 27 57) 77 68

**Marktgemeinde Klein-Pöchlarn**  
 PLZ 3660, Tel. (0 74 13) 83 00  
 Fax (0 74 13) 83 00-20

**Marktgemeinde Krummnußbaum**  
 PLZ 3375, Tel. (0 27 57) 24 03  
 Fax (0 27 57) 88 24

### Marktgemeinde Leiben

PLZ 3652, Tel. (0 27 52) 712 87  
 Fax (0 27 52) 712 97

### Marktgemeinde Loosdorf

PLZ 3382, Tel. (0 27 54) 63 84-0  
 Fax (0 27 54) 22 82

### Stadtgemeinde Melk

PLZ 3390, Tel. (0 27 52) 23 07  
 Fax (0 27 52) 23 07/27

### Gemeinde Münichreith-Laimbach

PLZ 3662, Tel. (0 74 13) 61 04  
 Fax (0 74 13) 61 04-4

(Münichreith)

PLZ 3663, Tel. (0 27 58) 52 14  
 Fax (0 27 58) 52 14-4

(Laimbach)

### Stadtgemeinde Pöchlarn

PLZ 3380, Tel. (0 27 57) 23 10  
 Fax (0 27 57) 23 10/66

### Marktgemeinde Pöggstall

PLZ 3650, Tel. (0 27 58) 23 83, 23 87  
 Fax (0 27 58) 31 40

### Marktgemeinde Raxendorf

PLZ 3654, Tel. (0 27 58) 72 32  
 Fax (0 27 58) 72 32

### Marktgemeinde Schönbühel-Aggsbach

PLZ 3642, Tel. (0 27 53) 82 69  
 Fax (0 27 53) 82 68

(Aggsdorf-Dorf)

PLZ 3392, Tel. (0 27 52) 86 19  
 (Schönbühel)

### Gemeinde Schollach

PLZ 3382, Tel. (0 27 54) 69 29  
 Fax (0 27 54) 23 83

### Marktgemeinde Weiten

PLZ 3653, Tel. (0 27 58) 85 55  
 Fax (0 27 58) 85 55/15

### Gemeinde Zelking-Matzleinsdorf

PLZ 3393, Tel. (0 27 52) 520 20  
 Fax (0 27 52) 47 22

(Zelking)

Tel. (0 27 52) 521 73  
 Fax (0 27 52) 47 22

(Matzleinsdorf)

Gerichtsbezirk Ybbs

**Gemeinde Bergland**PLZ 3252, Tel. (0 74 16) 54 900  
Fax (0 74 16) 54 900/24**Marktgemeinde Blindenmarkt**PLZ 3372, Tel. (0 74 73) 22 17-0  
Fax (0 74 73) 22 17-19**Gemeinde Dorfsteiten**PLZ 4392, Tel. (0 74 18) 82 55  
Fax (0 74 18) 82 55**Gemeinde Hofamt Priel**PLZ 3680, Tel. (0 74 12) 524 21  
Fax (0 74 12) 524 21-5**Marktgemeinde Marbach an der Donau**PLZ 3671, Tel. (0 74 13) 311  
Fax (0 74 13) 376-77**Marktgemeinde Maria Taferl**PLZ 3672, Tel. (0 74 13) 302  
Fax (0 74 13) 302-4**Marktgemeinde Neumarkt an der Ybbs**PLZ 3371, Tel. (0 74 12) 526 42  
Fax (0 74 12) 526 42/9**Marktgemeinde Nöchling**PLZ 3691, Tel. (0 74 14) 300  
Fax (0 74 14) 77 64**Marktgemeinde Persenbeug-Gottsdorf**PLZ 3680, Tel. (0 74 12) 522 06  
Fax (0 74 12) 522 06-78**Marktgemeinde Petzenkirchen**PLZ 3252, Tel. (0 74 16) 521 09  
Fax (0 74 16) 521 09-14**Gemeinde St. Martin-Karlsbach**PLZ 3371, Tel. (0 74 12) 589 02  
Fax (0 74 12) 589 02-2**Gemeinde St. Oswald**PLZ 3684, Tel. (0 74 15) 291  
Fax (0 74 15) 64 82-22**Stadtgemeinde Ybbs an der Donau**PLZ 3370, Tel. (0 74 12) 526 12  
Fax (0 74 12) 526 12-555**Marktgemeinde Yspertal**PLZ 3683, Tel. (0 74 15) 67 67  
Fax (0 74 15) 224-24**Verwaltungsbezirk Mistelbach**Gerichtsbezirke Laa an der Thaya,  
Mistelbach, Poysdorf, Wolkersdorf**BH Mistelbach**2130, Hauptplatz 4-5  
Tel. (0 25 72) 40 00, Fax DW 297  
Parteienverkehr: Dienstag 7.30-12 Uhr  
und 16-19 Uhr, Freitag 7.30-12.00 Uhr  
Bezirkshauptmann: Foitik Herbert,  
Dr. jur. W. HR d. NÖ LRg.  
*Außenstelle Laa an der Thaya,*  
PLZ 2136, Rathaus,  
Tel. (0 25 22) 24 63  
*Parteienverkehr: Montag bis Freitag*  
8-12 Uhr  
*Außenstelle Wolkersdorf im Weinviertel,*  
PLZ 2120, Kirchenplatz 9,  
Tel. (0 22 45) 24 70  
*Parteienverkehr: Montag bis Freitag*  
8-12 Uhr  
*Außenstelle Poysdorf,*  
PLZ 2170, Josefsplatz 1,  
Tel. (0 25 52) 22 00 bis 13  
*Parteienverkehr: täglich 8.00-12.00 Uhr*

Gerichtsbezirk Laa an der Thaya

**Gemeinde Fallbach**

PLZ 2133, Tel. (0 25 24) 84 66

**Gemeinde Gartenbrunn**

PLZ 2154, Tel. (0 25 22) 88 3 80

**Gemeinde Gnadendorf**

PLZ 2152, Tel. (0 25 25) 214

**Marktgemeinde Großharras**

PLZ 2034, Tel. (0 25 26) 73 15

**Stadtgemeinde Laa an der Thaya**

PLZ 2136, Tel. (0 25 22) 25 01 10

**Marktgemeinde Neudorf bei Staatz**

PLZ 2135, Tel. (0 25 23) 83 14

**Marktgemeinde Staatz**

PLZ 2134, Tel. (0 25 24) 22 12

**Marktgemeinde Stronsdorf**

PLZ 2153, Tel. (0 25 26) 73 09

**Gemeinde Wildendürnbach**

PLZ 2164, Tel. (0 25 23) 82 52

**Gemeinde Unterstinkenbrunn**

PLZ 2154, Tel. (0 25 26) 63 61

Gerichtsbezirk Mistelbach

**Marktgemeinde Asparn an der Zaya**

PLZ 2151, Tel. (0 25 77) 82 40

**Marktgemeinde Gaweinstal**

PLZ 2191, Tel. (0 25 74) 22 21

**Marktgemeinde Ladendorf**

PLZ 2126, Tel. (0 25 75) 22 50

**Stadtgemeinde Mistelbach**

PLZ 2130, Tel. (0 25 72) 25 15

**Gemeinde Niederleis**

PLZ 2116, Tel. (0 25 76) 23 05

**Marktgemeinde Wilfersdorf**

PLZ 2193, Tel. (0 25 73) 23 66

Gerichtsbezirk Poysdorf

**Gemeinde Altlichtenwarth**

PLZ 2144, Tel. (0 25 33) 80 18 06

**Marktgemeinde Bernhardsthal**

PLZ 2275, Tel. (0 25 57) 88 0 00

**Gemeinde Drasenhofen**

PLZ 2165, Tel. (0 25 54) 200, 451

**Marktgemeinde Falkenstein**

PLZ 2162, Tel. (0 25 54) 340

**Marktgemeinde Großkrut**

PLZ 2143, Tel. (0 25 56) 72 00

**Marktgemeinde Hausbrunn**

PLZ 2145, Tel. (0 25 33) 80 13 20

**Marktgemeinde Herrnbaumgarten**

PLZ 2171, Tel. (0 25 55) 22 00

**Gemeinde Otenthal**

PLZ 2163, Tel. (0 25 54) 81 81

**Stadtgemeinde Poysdorf**

PLZ 2170, Tel. (0 25 52) 22 52, 22 00

**Marktgemeinde Rabensburg**

PLZ 2274, Tel. (0 25 35) 24 00

**Gemeinde Schrattenberg**

PLZ 2172, Tel. (0 25 55) 23 45

Gerichtsbezirk Wolkersdorf

**Marktgemeinde Bockfließ**

PLZ 2213, Tel. (0 22 88) 22 66

**Gemeinde Großebersdorf**

PLZ 2203, Tel. (0 22 45) 27 14

**Marktgemeinde Groß-Engersdorf**

PLZ 2212, Tel. (0 22 45) 88 2 01

**Gemeinde Hochleithen**

PLZ 2123, Tel. (0 22 45) 89 1 66

**Gemeinde Kreuttal**

PLZ 2123, Tel. (0 22 45) 89 2 60

**Marktgemeinde Kreuzstetten**

PLZ 2124, Tel. (0 22 63) 84 72

**Marktgemeinde Pillichsdorf**

PLZ 2211, Tel. (0 22 45) 24 21

**Marktgemeinde Ulrichskirchen-****Schleinbach**

PLZ 2122, Tel. (0 22 45) 24 32

**Stadtgemeinde Wolkersdorf im****Weinviertel**

PLZ 2120, Tel. (0 22 45) 24 01-0

**Verwaltungsbezirk Mödling**

Gerichtsbezirk Mödling

**BH Mödling**2340, Bahnstraße 2  
Tel. (0 22 36) 208, Fax DW 250  
Parteienverkehr: Dienstag 7.30-12 Uhr  
und 16-19 Uhr, Freitag 7.30-12 Uhr  
Bezirkshauptmann: Eischer Heinz,  
Dr. jur. W. HR d. NÖ LRg.

Gerichtsbezirk Mödling

**Gemeinde Achau**PLZ 2481, Tel. (0 22 36) 71 5 83  
Fax (0 22 36) 72 6 22**Marktgemeinde Biedermannsdorf**PLZ 2362, Tel. (0 22 36) 71 1 31,  
71 1 32, Fax (0 22 36) 71 1 31-85**Marktgemeinde Breitenfurt bei Wien**PLZ 2384, Tel. (0 22 39) 23 42-0,  
31 33, 29 50, Fax (0 22 39) 23 42-23**Marktgemeinde Brunn am Gebirge**PLZ 2345, Tel. (0 22 36) 31 6 01-04  
Serie, Fax (0 22 36) 31 6 01-39**Gemeinde Gaaden**PLZ 2531, Tel. (0 22 37) 203, 81 30  
Fax (0 22 37) 514

**Gemeinde Gießhübl**

PLZ 2372, Tel. (0 22 36) 26 4 64,  
 Kl. 20 DW (Wirtschaftshof)  
 Fax (0 22 36) 26 4 64/33

**Marktgemeinde Gumpoldskirchen**

PLZ 2352, Tel. (0 22 52) 62 1 01,  
 62 4 01, 62 9 40,  
 Fax (0 22 52) 62 1 01-33  
 oder 62 4 01-33

**Marktgemeinde Guntramsdorf**

PLZ 2353, Tel. (0 22 36) 53 5 01-03  
 Serie, Fax (0 22 36) 53 5 01-32

**Gemeinde Hennersdorf**

PLZ 2332, Tel. (0 22 35) 81 2 30,  
 81 5 10, Fax (0 22 35) 81 51 05,  
 81 23 05

**Marktgemeinde Hinterbrühl**

PLZ 2371, Tel. (0 22 36) 26 2 49  
 Serie, Fax (0 22 36) 26 2 49-20

**Marktgemeinde Kaltenleutgeben**

PLZ 2391, Tel. (0 22 38) 71 2 13,  
 Fax (0 22 38) 518

**Gemeinde Laab im Walde**

PLZ 2381, Tel. (0 22 39) 22 06, 30 57,  
 Fax (0 22 39) 24 77

**Marktgemeinde Laxenburg**

PLZ 2361, Tel. (0 22 36) 71 1 01,  
 Fax 73 1 50

**Marktgemeinde Maria Enzersdorf am Gebirge**

PLZ 2344, Tel. (0 22 36) 44 5 01-07  
 Serie, Fax (0 22 36) 44 5 01-46

**Stadtgemeinde Mödling**

PLZ 2340, Tel. (0 22 36) 400 Serie,  
 Fax (0 22 36) 23 3 73

**Gemeinde Münchendorf**

PLZ 2482, Tel. (0 22 59) 22 13, 22 14  
 Fax (0 22 59) 77 13

**Marktgemeinde Perchtoldsdorf**

PLZ 2380, Tel. (01) 86 6 83  
 Fax (01) 86 6 83/60

**Marktgemeinde Vösendorf**

PLZ 2331, Tel. (01) 69 15 79, 69 16 66,  
 Fax (01) 69 16 66-12

**Marktgemeinde Wiener Neudorf**

PLZ 2351, Tel. (0 22 36) 62 5 01,  
 62 5 02, 62 5 03, 63 0 14,  
 63 0 15,

Fax (0 22 36) 62 5 01-36

**Gemeinde Wienerwald**

PLZ 2392, Tel. (0 22 38) 81 06  
 Fax (0 22 38) 85 96

**Verwaltungsbezirk Neunkirchen**

Gerichtsbezirke Aspang, Gloggnitz,  
 Neunkirchen

**BH Neunkirchen**

2620, Peischinger Straße 17  
 Tel. (0 26 35) 707, Fax DW 360  
 Parteienverkehr: Dienstag 7.30-12 Uhr,  
 13-15 Uhr und 16-19 Uhr, Freitag  
 7.30-12 Uhr

Bezirkshauptmann: Hallbauer Karl

Dr. jur. W. HR d. NÖ LRg.  
*Außenstelle Aspang-Markt,*  
 PLZ 2870, *Gemeindeamt,*  
 Tel. (0 26 42) 52 6 30

*Parteienverkehr: Mittwoch 8.30-12 Uhr*  
*und 13.30-15.30 Uhr, Freitag*  
*8.30-12 Uhr*

*Außenstelle Gloggnitz,*  
 PLZ 2640, *Wiener Straße 85,*  
 Tel. (0 26 62) 24 01-11

*Parteienverkehr: Donnerstag*  
*8.30-12 Uhr und 13.30-15.30 Uhr*

Gerichtsbezirk Aspang

**Gemeinde Aspangberg-St. Peter**

PLZ 2870, Tel. (0 26 42) 52 3 52

**Marktgemeinde Aspang-Markt**

PLZ 2870, Tel. (0 26 42) 52 3 03,  
 52 6 60

**Marktgemeinde Edlitz**

PLZ 2842, Tel. (0 26 44) 72 50

**Gemeinde Feistritz am Wechsel**

PLZ 2873, Tel. (0 26 41) 21 63-4

**Marktgemeinde Grimmenstein**

PLZ 2840, Tel. (0 26 44) 72 03

**Marktgemeinde Kirchberg am Wechsel**

PLZ 2880, Tel. (0 26 41) 22 26

**Marktgemeinde Mönichkirchen**

PLZ 2872, Tel. (0 26 49) 225

**Gemeinde St. Corona am Wechsel**

PLZ 2880, Tel. (0 26 41) 22 84

**Gemeinde Thomasberg**

PLZ 2842, Tel. (0 26 44) 26 00

**Gemeinde Zöbern**

PLZ 2871, Tel. (0 26 42) 87 77

Gerichtsbezirk Gloggnitz

**Gemeinde Altendorf**

PLZ 2632, Tel. (0 26 62) 83 80, 82 64

**Gemeinde Breitenstein**

PLZ 2673, Tel. (0 26 64) 24 13

**Gemeinde Buchbach**

PLZ 2630, Tel. (0 26 30) 33 0 33

**Gemeinde Enzenreith**

PLZ 2640, Tel. (0 26 62) 22 36

**Stadtgemeinde Gloggnitz**

PLZ 2640, Tel. (0 26 62) 24 01-0,  
 44 05 00

**Marktgemeinde Grafenbach-St. Valentin**

PLZ 2632, Tel. (0 26 30) 37 2 16

**Gemeinde Otterthal**

PLZ 2880, Tel. (0 26 41) 84 80

**Marktgemeinde Payerbach**

PLZ 2650, Tel. (0 26 66) 24 23

**Gemeinde Prigglitz**

PLZ 2640, Tel. (0 26 62) 435 16

**Gemeinde Raach am Hochgebirge**

PLZ 2640, Tel. (0 26 62) 439 01

**Marktgemeinde Reichenau an der Rax**

PLZ 2651, Tel. (0 26 66) 22 06, 36 01

**Marktgemeinde Schottwien**

PLZ 2641, Tel. (0 26 63) 213

**Marktgemeinde Schwarzau im Gebirge**

PLZ 2662, Tel. (0 26 67) 238

**Gemeinde Semmering**

PLZ 2680, Tel. (0 26 64) 23 26, 23 27

**Gemeinde Trattenbach**

PLZ 2881, Tel. (0 26 41) 82 20

**Gemeinde Vöstenhof**

PLZ 2630, Tel. (0 26 30) 365 35, 363 32

**Marktgemeinde Wimpassing im Schwarzatale**

PLZ 2632, Tel. (0 26 30) 38 3 70,  
 37 1 97

Gerichtsbezirk Neunkirchen

**Gemeinde Breitenau**

PLZ 2624, Tel. (0 26 35) 632 54

**Marktgemeinde Grünbach am Schneeberg**

PLZ 2733, Tel. (0 26 37) 22 00

**Gemeinde Höflein an der Hohen Wand**

PLZ 2732, Tel. (0 26 20) 23 67

**Gemeinde Natschbach-Loipersbach**

PLZ 2620, Tel. (0 26 35) 628 83

**Stadtgemeinde Neunkirchen**

PLZ 2620, Tel. (0 26 35) 62 5 31-0

**Marktgemeinde Pitten**

PLZ 2823, Tel. (0 26 27) 822 12

**Marktgemeinde Puchberg am Schneeberg**

PLZ 2734, Tel. (0 26 36) 22 0 10

**Gemeinde St. Egyden am Steinfeld**

PLZ 2731, Tel. (0 26 38) 74 03, 774 03

**Marktgemeinde Scheiblingkirchen-Thernberg**

PLZ 2831, Tel. (0 26 29) 22 39

**Gemeinde Schrattenbach**

PLZ 2733, Tel. (0 26 37) 27 27, 22 09

**Gemeinde Schwarzau am Steinfeld**

PLZ 2625, Tel. (0 26 27) 823 46

**Gemeinde Seebenstein**

PLZ 2824, Tel. (0 26 27) 472 04

**Stadtgemeinde Ternitz**

PLZ 2630, Tel. (0 26 30) 38 2 40

**Marktgemeinde Warth**

PLZ 2831, Tel. (0 26 29) 22 45

**Marktgemeinde Wartmannstetten**

PLZ 2620, Tel. (0 26 35) 65 1 24

**Gemeinde Willendorf**

PLZ 2732, Tel. (0 26 20) 22 61

**Gemeinde Würflach**

PLZ 2732, Tel. (0 26 20) 24 10

## Verwaltungsbezirk St. Pölten

Gerichtsbezirke Herzogenburg,  
Neulengbach, St. Pölten

### BH St. Pölten

3100, Am Bischofteich 1  
Tel. (0 27 42) 301, Fax DW 206  
Parteienverkehr: Dienstag 8–12 Uhr  
und 16–19 Uhr, Donnerstag und  
Freitag 8–12 Uhr  
Bezirkshauptmann: Josef Sodar,  
Dr. jur, W. HR d. NÖ LRg  
*Außenstelle Kirchberg/Pielach,*  
*PLZ 3204, Schloßstraße 1,*  
*Tel. (0 27 22) 73 09*  
*Parteienverkehr: jeden 1. Freitag im*  
*Monat 8–12 Uhr*  
*Außenstelle Neulengbach,*  
*PLZ 3040, Kirchenplatz 82,*  
*Tel. (0 27 72) 52 2 46*  
*Parteienverkehr: Mittwoch 8–12.30 Uhr*

Gerichtsbezirk Herzogenburg

### Stadtgemeinde Herzogenburg

PLZ 3130, Tel. (0 27 82) 83 31 50

### Gemeinde Inzersdorf-Getzersdorf

PLZ 3131, Tel. (0 27 82) 831 66

(Inzersdorf)

Tel. (0 27 82) 827 50 (Getzersdorf)

### Marktgemeinde Kapelln

PLZ 3141, Tel. (0 27 84) 22 66

### Marktgemeinde Nußdorf

ob der Traisen

PLZ 3133, Tel. (0 27 83) 84 02

### Gemeinde Obritzberg-Rust

PLZ 3123, Tel. (0 27 86) 22 92

### Gemeinde Statzendorf

PLZ 3125, Tel. (0 27 86) 22 47

### Stadtgemeinde Traismauer

PLZ 3133, Tel. (0 27 83) 86 5 10

### Gemeinde Weißenkirchen

an der Perschling

PLZ 3142, Tel. (0 27 84) 23 56

### Marktgemeinde Wöbling

PLZ 3124, Tel. (0 27 86) 23 09

Gerichtsbezirk Neulengbach

### Marktgemeinde Altengbach

PLZ 3033, Tel. (0 27 74) 22 69

### Marktgemeinde Asperhofen

PLZ 3041, Tel. (0 27 72) 58 2 95

### Gemeinde Brand-Laaben

PLZ 3053, Tel. (0 27 74) 83 38

### Marktgemeinde Eichgraben

PLZ 3032, Tel. (0 27 73) 462 31, 462 32

### Gemeinde Kirchstetten

PLZ 3062, Tel. (0 27 43) 82 06

### Marktgemeinde Maria-Anzbach

PLZ 3034, Tel. (0 27 72) 524 81, 538 70

### Marktgemeinde Neulengbach

PLZ 3040, Tel. (0 27 72) 521 05

### Gemeinde Neustift-Innermanzing

PLZ 3052, Tel. (0 27 74) 22 98

Gerichtsbezirk St. Pölten

### Marktgemeinde Böheimkirchen

PLZ 3071, Tel. (0 27 43) 23 1 80

### Marktgemeinde Frankenfels

PLZ 3213, Tel. (0 27 25) 245, 252

### Gemeinde Gerersdorf

PLZ 3385, Tel. (0 27 49) 26 21

### Marktgemeinde Grünau

PLZ 3202, Tel. (0 27 23) 82 42

### Marktgemeinde Hafnerbach

PLZ 3385, Tel. (0 27 49) 22 78

### Gemeinde Haunoldstein

PLZ 3384, Tel. (0 27 49) 22 54

### Marktgemeinde Karlstetten

PLZ 3121, Tel. (0 27 41) 82 76

### Gemeinde Kasten bei Böheimkirchen

PLZ 3072, Tel. (0 27 44) 212

### Marktgemeinde Kirchberg

an der Pielach

PLZ 3204, Tel. (0 27 22) 73 09, 75 33

### Gemeinde Loich

PLZ 3211, Tel. (0 27 22) 82 25

### Marktgemeinde

#### Markersdorf-Haindorf

PLZ 3385, Tel. (0 27 49) 22 61

### Marktgemeinde Michelbach

PLZ 3074, Tel. (0 27 44) 82 20

### Gemeinde Neidling

PLZ 3100, Tel. (0 27 41) 82 86

### Marktgemeinde Ober-Grafendorf

PLZ 3200, Tel. (0 27 47) 23 1 30

### Marktgemeinde Prinzersdorf

PLZ 3385, Tel. (0 27 49) 22 23

### Marktgemeinde Pyhra

PLZ 3143, Tel. (0 27 45) 22 08

### Marktgemeinde Rabenstein

an der Pielach

PLZ 3203, Tel. (0 27 23) 22 50, 23 50

### St. Margarethen an der Sierning

PLZ 3231, Tel. (0 27 47) 34 72

### Gemeinde Schwarzenbach

an der Pielach

PLZ 3212, Tel. (0 27 24) 205

### Gemeinde Stössing

PLZ 3073, Tel. (0 27 44) 352

### Gemeinde Weinburg

PLZ 3200, Tel. (0 27 47) 26 16, 89 62

### Stadtgemeinde Wilhelmsburg

PLZ 3150, Tel. (0 27 46) 23 1 50, 23 16

## Verwaltungsbezirk Scheibbs

Gerichtsbezirk Scheibbs

### BH Scheibbs

3270, Rathausplatz 5  
Tel. (0 74 82) 604, Fax DW 215  
Parteienverkehr: Montag bis Freitag  
8–12 Uhr, Dienstag zus. 16–19 Uhr  
Bezirkshauptmann: Panzenböck  
Berthold, Dr. jur, W. HR d. NÖ LRg

Gerichtsbezirk Scheibbs

### Marktgemeinde Gaming

PLZ 3292, Tel. (0 74 85) 97 30 80

### Marktgemeinde Göstling an der Ybbs

PLZ 3345, Tel. (0 74 84) 22 04, 24 40

### Marktgemeinde Gresten

PLZ 3264, Tel. (0 74 87) 23 10, 23 34

### Gemeinde Gresten-Land

PLZ 3264, Tel. (0 74 87) 22 40

### Marktgemeinde Lunz am See

PLZ 3293, Tel. (0 74 86) 310

### Marktgemeinde Oberndorf

an der Melk

PLZ 3281, Tel. (0 74 83) 258, 358

### Gemeinde Puchenstuben

PLZ 3214, Tel. (0 27 26) 238

### Marktgemeinde Purgstall

an der Erlauf

PLZ 3251, Tel. (0 74 89) 27 11

### Marktgemeinde Randegg

PLZ 3263, Tel. (0 74 87) 62 00

### Gemeinde Reinsberg

PLZ 3264, Tel. (0 74 87) 23 51

### Gemeinde St. Anton an der Jeßnitz

PLZ 3283, Tel. (0 74 82) 48 2 40

### Gemeinde St. Georgen an der Leys

PLZ 3282, Tel. (0 74 82) 62 35

### Stadtgemeinde Scheibbs

PLZ 3270, Tel. (0 74 82) 425 11,  
425 12, 425 13

### Marktgemeinde Steinakirchen

am Forst

PLZ 3261, Tel. (0 74 88) 325, 444

### Marktgemeinde Wang

PLZ 3262, Tel. (0 74 88) 517

### Stadtgemeinde Wieselburg

PLZ 3250, Tel. (0 74 16) 523 19

### Gemeinde Wieselburg-Land

PLZ 3250, Tel. (0 74 16) 522 69

### Gemeinde Wolfpassing

PLZ 3261, Tel. (0 74 88) 200

**Verwaltungsbezirk Tulln**

Gerichtsbezirke Kirchberg am Wagram, Tulln

**BH Tulln**

3430, Hauptplatz 33  
Tel. (0 22 72) 603, Fax DW 222  
Parteienverkehr: Dienstag und Freitag  
8–12 Uhr, Donnerstag 16–19 Uhr  
Kfz-Zulassungen Montag, Mittwoch  
und Donnerstag 8–12 Uhr  
*Außenstelle Kirchberg/Wagram,*  
*PLZ 3470, Marktplatz 5,*  
*Tel. (0 22 79) 25 02*  
*Parteienverkehr: Mittwoch 8–12 Uhr*  
Bezirkshauptmann: Partik Peter,  
Dr. jur, W. HR d. NÖ LRg

Gerichtsbezirk Kirchberg am  
Wagram**Marktgemeinde Absdorf**

PLZ 3462, Tel. (0 22 78) 22 03

**Marktgemeinde Fels am Wagram**

PLZ 3481, Tel. (0 27 38) 23 81, 23 83

**Marktgemeinde Grafenwörth**

PLZ 3484, Tel. (0 27 38) 22 12, 21 63

**Gemeinde Großbriedenthal**

PLZ 3471, Tel. (0 22 79) 72 46

**Marktgemeinde Großweikersdorf**

PLZ 3701, Tel. (0 29 55) 70 2 04

**Marktgemeinde Kirchberg  
am Wagram**

PLZ 3470, Tel. (0 22 79) 23 32

**Marktgemeinde Königsbrunn  
am Wagram**

PLZ 3465, Tel. (0 22 78) 23 38

Gerichtsbezirk Tulln

**Marktgemeinde Atzenbrugg**

PLZ 3452, Tel. (0 22 75) 52 34

**Marktgemeinde****Judenau-Baumgarten**

PLZ 3441, Tel. (0 22 74) 72 16

**Marktgemeinde Königstetten**

PLZ 3433, Tel. (0 22 73) 22 23

**Marktgemeinde Langenrohr**

PLZ 3442, Tel. (0 22 72) 72 00

**Marktgemeinde Michelhausen**

PLZ 3451, Tel. (0 22 75) 52 41

Marktgemeinde Muckendorf-Wipfing

PLZ 3424, Tel. (0 22 42) 312 30/10

**Marktgemeinde St. Andrä-Wördern**

PLZ 3423, Tel. (0 22 42) 322 23

**Marktgemeinde Sieghartskirchen**

PLZ 3443, Tel. (0 22 74) 22 18

**Gemeinde Sitzenberg-Reidling**

PLZ 3454, Tel. (0 22 76) 22 41, 25 55

**Gemeinde Tulbing**

PLZ 3434, Tel. (0 22 73) 22 49

**Stadtgemeinde Tulln**

PLZ 3430, Tel. (0 22 72) 42 85

**Gemeinde Würmla**

PLZ 3042, Tel. (0 22 75) 82 00

**Gemeinde Zeiselmauer**

PLZ 3424, Tel. (0 22 42) 70 4 02

**Marktgemeinde Zwentendorf  
an der Donau**

PLZ 3435, Tel. (0 22 77) 22 09, 23 01

**Verwaltungsbezirk  
Waidhofen an der Thaya**

Gerichtsbezirk Waidhofen an der Thaya

**BH Waidhofen an der Thaya**

3830, Aigner Straße 1  
Tel. (0 28 42) 501, Fax DW 300  
Parteienverkehr: Montag–Donnerstag  
8–12 Uhr, Donnerstag zus. 16–19 Uhr  
Bezirkshauptmann: Proißl Gerhard,  
Dr. jur, W. HR d. NÖ LRg

Gerichtsbezirk Waidhofen an der  
Thaya**Marktgemeinde Dietmanns**

PLZ 3813, Tel. (0 28 47) 24 64, 24 65

**Marktgemeinde Dobersberg**

PLZ 3843, Tel. (0 28 43) 23 32-0

**Marktgemeinde Gastern**

PLZ 3852, Tel. (0 28 64) 23 38

**Stadtgemeinde Groß-Siegharts**

PLZ 3812, Tel. (0 28 47) 23 71, 23 72

**Marktgemeinde Karlstein  
an der Thaya**

PLZ 3822, Tel. (0 28 44) 279

**Marktgemeinde Kautzen**

PLZ 3851, Tel. (0 28 64) 22 41

**Marktgemeinde Ludweis-Aigen**

PLZ 3762, Tel. (0 28 47) 802 84

**Gemeinde Pfaffenschlag bei  
Waidhofen an der Thaya**

PLZ 3834, Tel. (0 28 48) 222

**Stadtgemeinde Raabs an der Thaya**

PLZ 3820, Tel. (0 28 46) 365, 366

**Marktgemeinde Thaya**

PLZ 3842, Tel. (0 28 42) 526 63

**Marktgemeinde Vitis**

PLZ 3902, Tel. (0 28 41) 214

**Stadtgemeinde Waidhofen  
an der Thaya**

PLZ 3830, Tel. (0 28 42) 503

**Gemeinde Waidhofen an der  
Thaya-Land**

PLZ 3830, Tel. (0 28 42) 523 37

**Marktgemeinde Waldkirchen  
an der Thaya**

PLZ 3844, Tel. (0 28 43) 22 82

**Marktgemeinde Windigsteig**

PLZ 3841, Tel. (0 28 49) 23 03

**Verwaltungsbezirk  
Wiener Neustadt**

Gerichtsbezirk Wiener Neustadt

**BH Wiener Neustadt**

2700, Neuklosterplatz 1  
Tel. (0 26 22) 318, Fax DW 207  
Parteienverkehr: Dienstag 7.30–19 Uhr,  
Freitag 7.30–12 Uhr  
Bezirkshauptmann: Marady Herbert,  
Mag. jur, W. HR d. NÖ LRg  
*Außenstelle Gutenstein,*  
*PLZ 2770, Markt 15,*  
*Tel. (0 26 34) 220*  
*Parteienverkehr: Donnerstag 8–12 Uhr*  
*Außenstelle Kirchschatz,*  
*PLZ 2860, Hauptplatz 1,*  
*Tel. (0 26 46) 22 13*  
*Parteienverkehr: Mittwoch 8–12 Uhr*  
*und 13–15 Uhr, Freitag 8–12 Uhr*

Gerichtsbezirk Wiener Neustadt

**Marktgemeinde Bad Fischau-Brunn**

PLZ 2721, Tel. (0 26 39) 22 13

**Gemeinde Bad Schönau**

PLZ 2853, Tel. (0 26 46) 82 84

**Marktgemeinde Bromberg**

PLZ 2833, Tel. (0 26 29) 82 22

**Stadtgemeinde Ebenfurth**

PLZ 2490, Tel. (0 26 24) 522 50, 531 55

**Gemeinde Eggendorf**

PLZ 2492, Tel. (0 26 22) 73 2 34

**Gemeinde Erlach**

PLZ 2822, Tel. (0 26 27) 482 61, 482 14

**Marktgemeinde Felixdorf**

PLZ 2603, Tel. (0 26 28) 63 7 11

**Marktgemeinde Gutenstein**

PLZ 2770, Tel. (0 26 34) 220

**Gemeinde Hochneukirchen-Gschaidt**

PLZ 2852, Tel. (0 26 48) 206

**Gemeinde Hochwolkersdorf**

PLZ 2802, Tel. (0 26 45) 82 22

**Gemeinde Hohe Wand**

PLZ 2724, Tel. (0 26 38) 83 48

**Gemeinde Hollentzen**

PLZ 2812, Tel. (0 26 45) 72 00

**Gemeinde Katzelsdorf**

PLZ 2801, Tel. (0 26 22) 78 2 00

**Marktgemeinde Kirchschatz in der  
Buckligen Welt**

PLZ 2860, Tel. (0 26 46) 22 13

**Marktgemeinde Krumbach**

PLZ 2851, Tel. (0 26 47) 22 38

**Marktgemeinde Lanzenkirchen**

PLZ 2821, Tel. (0 26 27) 454 32

**Gemeinde Lichtenegg**

PLZ 2813, Tel. (0 26 43) 22 09

**Marktgemeinde Lichtenwörth**

PLZ 2493, Tel. (0 26 22) 75 2 27

**Marktgemeinde Markt Piesting**

PLZ 2753, Tel. (0 26 33) 42 2 41

**Gemeinde Matzdorf-Hölles**

PLZ 2751, Tel. (0 26 28) 62 9 07

**Gemeinde Miesenbach**

PLZ 2761, Tel. (0 26 32) 82 35

**Gemeinde Muggendorf**

PLZ 2763, Tel. (0 26 32) 743 30

**Marktgemeinde Pernitz**

PLZ 2763, Tel. (0 26 32) 722 19, 722 20

**Gemeinde Rohr im Gebirge**

PLZ 2663, Tel. (0 26 67) 82 01

**Marktgemeinde Schwarzenbach**

PLZ 2803, Tel. (0 26 45) 52 01

**Marktgemeinde Sollenau**

PLZ 2601, Tel. (0 26 28) 72 85, 74 85

**Marktgemeinde Theresienfeld**

PLZ 2604, Tel. (0 26 22) 71 2 10

**Gemeinde Waidmannsfeld**

PLZ 2761, Tel. (0 26 32) 722 31

**Marktgemeinde Waldegg**PLZ 2754, Tel. (0 26 33) 42 2 85,  
42 8 89**Gemeinde Walpersbach**

PLZ 2822, Tel. (0 26 27) 483 44

**Gemeinde Weikersdorf am Steinfeld**

PLZ 2722, Tel. (0 26 38) 22 26

**Marktgemeinde Wiesmath**

PLZ 2811, Tel. (0 26 45) 22 31

**Marktgemeinde Winzendorf-****Muthmannsdorf**

PLZ 2722, Tel. (0 26 38) 22 12

**Marktgemeinde****Wöllersdorf-Steinabrückl**

PLZ 2752, Tel. (0 26 33) 42 3 20

**Marktgemeinde Zillingdorf**

PLZ 2492, Tel. (0 26 22) 73 2 90

**Verwaltungsbezirk  
Wien-Umgebung**Gerichtsbezirke Klosterneuburg,  
Purkersdorf, Schwechat**BH Wien-Umgebung**3400 Klosterneuburg, Leopoldstraße 21  
Tel. (0 22 43) 405, Fax DW 405

Parteienverkehr: Montag bis Freitag

8–12 Uhr, Dienstag zus. 13–19 Uhr

Bezirkshauptmann: Leiss Helmut,

Dr. jur. W. HR d. NÖ LRg

Außenstelle Purkersdorf,

PLZ 3002, Hauptplatz 4,

Tel. (0 22 31) 621 01, 621 02,

Parteienverkehr: Montag bis Freitag

8–12 Uhr, Dienstag zus. 13–19 Uhr

Außenstelle Schwechat,

PLZ 2320, Hauptplatz 4,

Tel. (01) 707 82 85

Parteienverkehr: Montag bis Freitag

8–12 Uhr, Dienstag zus. 13–19 Uhr

Außenstelle Gerasdorf bei Wien,

PLZ 2201, Kuhngasse 2,

Tel. (0 22 46) 40 39, 40 41

Parteienverkehr: Dienstag bis

Donnerstag 8–12 Uhr

Gerichtsbezirk Klosterneuburg

**Marktgemeinde Gerasdorf bei Wien**

PLZ 2201, Tel. (0 22 46) 22 72

**Stadtgemeinde Klosterneuburg**

PLZ 3400, Tel. (0 22 43) 67 95

Gerichtsbezirk Purkersdorf

**Marktgemeinde Gablitz**

PLZ 3003, Tel. (0 22 31) 34 6 60

**Marktgemeinde Mauerbach**

PLZ 3001, Tel. (01) 97 91 677

**Marktgemeinde Pressbaum**

PLZ 3021, Tel. (0 22 33) 52 2 32

**Stadtgemeinde Purkersdorf**

PLZ 3002, Tel. (0 22 31) 36 01, 36 02

**Marktgemeinde Tullnerbach**PLZ 3013, Tel. (0 22 33) 52 2 88,  
52 6 07**Gemeinde Wolfsgraben**

PLZ 3012, Tel. (0 22 33) 72 12

Gerichtsbezirk Schwechat

**Gemeinde Ebergassing**

PLZ 2435, Tel. (0 22 34) 72 2 86

**Stadtgemeinde Fischamend**PLZ 2401, Tel. (0 22 32) 76 3 23,  
76 3 59**Gemeinde Gramatneusiedl**PLZ 2440, Tel. (0 22 34) 72 2 05, 72 2  
12**Marktgemeinde Himberg**PLZ 2325, Tel. (0 22 35) 86 2 13,  
86 3 12**Gemeinde Klein-Neusiedl**

PLZ 2431, Tel. (0 22 30) 82 44

**Gemeinde Lanzendorf**

PLZ 2326, Tel. (0 22 35) 42 3 11

**Gemeinde Leopoldsdorf**

PLZ 2326, Tel. (0 22 35) 42 4 36

**Gemeinde Maria-Lanzendorf**

PLZ 2326, Tel. (0 22 35) 42 2 04

**Gemeinde Moosbrunn**

PLZ 2440, Tel. (0 22 34) 73 3 27

**Gemeinde Rauchenwarth**

PLZ 2320, Tel. (0 22 30) 23 57, 27 77

**Marktgemeinde Schwadorf**

PLZ 2432, Tel. (0 22 30) 22 40

**Stadtgemeinde Schwechat**

PLZ 2320, Tel. (01) 70 1 08

**Gemeinde Zwölfaxing**

PLZ 2324, Tel. (01) 70 77 342

**Verwaltungsbezirk  
Zwettl**

Gerichtsbezirk Zwettl

**BH Zwettl**

3910, Am Statzenberg 1

Tel. (0 28 22) 505, Fax DW 200

Parteienverkehr: Montag 8–12 Uhr und

16–19 Uhr, Dienstag bis Freitag

8–12 Uhr

Bezirkshauptmann: Werner Nikisch

Dr. jur. W. HR

Gerichtsbezirk Zwettl

**Stadtgemeinde Allentsteig**

PLZ 3804, Tel. (0 28 24) 23 10

**Marktgemeinde Altmelon**

PLZ 3925, Tel. (0 28 13) 292

**Marktgemeinde Arbesbach**

PLZ 3925, Tel. (0 28 13) 213

**Gemeinde Bärnkopf**

PLZ 3665, Tel. (0 28 74) 82 12

**Marktgemeinde Echtsenbach**

PLZ 3903, Tel. (0 28 49) 82 18

**Marktgemeinde Göpfritz an der Wild**

PLZ 3800, Tel. (0 28 25) 310

**Marktgemeinde Grafenschlag**

PLZ 3912, Tel. (0 28 75) 325

**Stadtgemeinde Groß-Gerungs**

PLZ 3920, Tel. (0 28 12) 353

**Marktgemeinde Großgöttfritz**

PLZ 3913, Tel. (0 28 75) 362

**Marktgemeinde Gutenbrunn**

PLZ 3665, Tel. (0 28 74) 242

**Marktgemeinde Kirchschlag**

PLZ 3631, Tel. (0 28 72) 226

**Marktgemeinde Kottes-Purk**

PLZ 3623, Tel. (0 28 73) 228

**Marktgemeinde Langschlag**

PLZ 3921, Tel. (0 28 14) 218

**Marktgemeinde Martinsberg**

PLZ 3664, Tel. (0 28 74) 278

**Marktgemeinde Ottenschlag**

PLZ 3631, Tel. (0 28 72) 330

**Marktgemeinde Pölla**

PLZ 3593, Tel. (0 29 88) 220

**Marktgemeinde Rappottenstein**

PLZ 3911, Tel. (0 28 28) 240

**Marktgemeinde Sallingberg**

PLZ 3525, Tel. (0 28 77) 344, 273

**Marktgemeinde Schönbach**

PLZ 3633, Tel. (0 28 27) 246, 288

**Marktgemeinde Schwarzenau**

PLZ 3900, Tel. (0 28 49) 22 47

**Marktgemeinde Schweiggers**

PLZ 3931, Tel. (0 28 29) 82 34

**Marktgemeinde Traunstein**

PLZ 3632, Tel. (0 28 78) 217, 247

**Marktgemeinde Waldhausen**

PLZ 3914, Tel. (0 28 77) 71 55

**Stadtgemeinde Zwettl**PLZ 3910, Tel. (0 28 22) 52 4 14  
bis 16 Serie

**Städte mit eigenem Statut**

**Krems an der Donau**

Gerichtsbezirk, Finanzamt,  
Vermessungsbezirk

**Gemeinderat und Magistrat**

3500, Rathaus, Obere Landstraße 4,  
Tel. (0 27 32) 801  
Bürgermeister: Hölzl Franz  
Magistratsdirektor: Poyßl Bernd,  
Dr. iur, OSenR

**St. Pölten**

Gerichtsbezirk, Finanzamt,  
Vermessungsbezirk

**Gemeinderat und Magistrat**

3100, Rathausplatz 1,  
Tel. (0 27 42) 333  
Bürgermeister: Gruber Wilhelm  
Magistratsdirektor: Karner Karl,  
Dr. iur, OSenR, Hofrat

**Gemeinderat und Magistrat**

3340, Oberer Stadtplatz 28,  
Tel. (0 74 42) 511  
Bürgermeister: Sobotka Wolfgang, Mag.  
Magistratsdirektor: Höblinger Franz,  
Dr. iur, SenR

**Wiener Neustadt**

Gerichtsbezirk, Finanzamt,  
Vermessungsbezirk

**Gemeinderat und Magistrat**

2700, Hauptplatz 1-3,  
Tel. (0 26 22) 23 5 31-0  
Bürgermeister: Dirdort Traude  
Magistratsdirektor: Stickler Gerhard  
DDr., SenR.

**Waidhofen an der Ybbs**

Gerichtsbezirk Waidhofen an der Ybbs,  
Finanzamt und Vermessungsbezirk  
Amstetten

2

**Service- und Informationsstellen beim Amt der NÖ Landesregierung**

**Beratungen,  
Informationen,  
Beschwerden**

3109 St. Pölten, Landhausplatz 1,  
Haus 1a  
Tel. (0 27 42) 200/25 25, 25 26  
(außerhalb der Amtsstunden)  
Tonbanddienst)

**Telefoninformationen**

**Abfall- und Komposttelefon**  
(0 27 42) 200-5214  
**Ortsbildtelefon**  
(0 27 42) 200-3220  
**Waldtelefon**  
(0 27 42) 200-2999  
**Kinderkummernummer**  
(0 27 42) 200-1709  
**Kinder-Ortsbildtelefon**  
(0 27 42) 200-5656

**Aktuelle  
Tonbanddienste**

**Wasserstandsinformationen**  
(0 27 42) 200-3666  
**Hochwasserinformationen**  
(01) 15 58  
**Luftgüteinformationen**  
(0 27 42) 200-4444  
**Herbst- und Wintertelefon**  
(01) 535 05 05

**Weitere Adressen (Auswahl)**

**Agrarbezirksbehörde**

3109 St. Pölten, Landhausplatz 1,  
Haus 12  
Tel. (0 27 42) 200  
Fax (0 27 42) 200-6190  
Amtsvorstand: W. HR  
Dr. Dietmar Annacker, DW 6080  
Kanzlei: DW 6085

**ABB-Außenstellen:**

2020 Hollabrunn, Pfarrgasse 24  
Tel. (0 29 52) 54 01  
Fax (0 29 52) 54 01-200

**Allgemein-öffentliche  
Krankenhäuser**

**Allentsteig**  
3804, Tel. (0 28 24) 22 35, 22 36  
**Amstetten**  
3300, Tel. (0 74 72) 604 Serie  
**Baden**  
2500, Tel. (0 22 52) 205  
**Eggenburg**  
3730, Tel. (0 29 84) 35 36-35 38  
**Gmünd**  
3952, Tel. (0 28 52) 525 25  
**Hainburg**  
2410, Tel. (0 21 65) 601-0  
**Hollabrunn**  
2020, Tel. (0 29 52) 22 75  
**Horn**  
3580, Tel. (0 29 82) 26 61  
**Klosterneuburg**  
3400, Tel. (0 22 43) 470  
**Korneuburg**  
2100, Tel. (0 22 62) 780  
**Krems an der Donau**  
3500, Tel. (0 27 32) 804

**Lilienfeld**

3180, Tel. (0 27 62) 501  
**Melk**  
3390, Tel. (0 27 52) 21 21, 21 22  
**Mistelbach**  
2130, Tel. (0 25 72) 33 41  
**Neunkirchen**  
2620, Tel. (0 26 35) 602-0  
**St. Pölten**  
3100, Tel. (0 27 42) 300  
**Scheibbs**  
3270, Tel. (0 74 82) 404  
**Stockerau**  
2000, Tel. (0 22 66) 609  
**Waidhofen/Thaya**  
3830, Tel. (0 28 42) 504  
**Waidhofen/Ybbs**  
3340, Tel. (0 74 42) 504  
**Wiener Neustadt**  
2700, Tel. (0 26 22) 23 5 21-0,  
23 6 24-0  
**Zwettl**  
3910, Tel. (0 28 22) 50 40

**A. ö. NÖ Landeskrankenhaus  
Mödling**

2340, Tel. (0 22 36) 204

**A. ö. NÖ Landeskrankenhaus Tulln**

3430, Tel. (0 22 72) 601

**NÖ Landesnervenklinik Ost****Klosterneuburg-Gugging**

3400, Tel. (0 22 43) 401-0

**NÖ Landesnervenklinik West Mauer  
bei Amstetten**

3362, Tel. (0 74 75) 32 33

**Öffentliche NÖ Krankenanstalt und  
Heilstätte Grimmenstein**

2840, Tel. (0 26 44) 82 31, 82 34

**Bauhöfe****Bauhof Absdorf**3462, Kremser Straße 87,  
Tel. (0 22 78) 29 09, 29 08  
Fax 29 09/24**Bauabteilung 1 – Groß Gerungs**

3920, Thailerstraße 363

Tel. (0 28 12) 82 34

Fax (0 28 12) 82 34-230

**Bauabteilung 2 – Eggenburg**

3730, Rechpergerstraße 1

Tel. (0 29 84) 35 51, 31 29

Fax (0 29 84) 42 91 9

**Bauabteilung 3 – Korneuburg**

2100, Mechtlerstraße 3

Tel. (0 22 62) 73 6 31, 73 5 28

Fax (0 22 62) 73 6 31 9

**Bauabteilung 4 – Langenlois**

3550, Bahnstraße 62

Tel. (0 27 34) 35 80, 35 81

Fax (0 27 34) 35 81-9

**Bauabteilung 5 – Waidhofen/Ybbs**

3340, Reichenauerstraße 24

Tel. (0 74 42) 55 510

Fax (0 74 42) 55 5 10 17

**Bauabteilung 6 – Scheibbs**

3270, St. Georgner Straße 22

Tel. (0 74 82) 435 20, 435 21

Fax (0 74 82) 435 20-90

**Bauabteilung 7 – St. Pölten**

3100, Linzerstraße 106

Tel. (0 27 42) 785 15

Fax (0 27 42) 785 15-5821

**Bauabteilung 8 – Neunkirchen**

2620, Schubertstraße 36

Tel. (0 26 35) 641 67, 641 23

Fax (0 26 35) 641 23-20

**Flußbauhof Plosdorf**

3071 Böhheimkirchen, Plosdorf 20,

Tel. (0 27 43) 23 07

**Gewerblicher  
Berufsschulrat für NÖ**

3109 St. Pölten, Wiener Straße 54

Tel. (0 27 42) 200-800

Fax (0 27 42) 200-6969

Amtsleiter: RegRat

Mag. Josef Staar, DW 6960

Kanzlei: DW 6977, 6976

**Gleichbehandlungs-  
beauftragte im Land  
Niederösterreich**3109 St. Pölten, Rennbahnstraße 29  
(Tor zum Landhaus), Stiege C, 3. Stock  
Tel. (0 27 42) 200-6212**Heilpädagogischer  
Kindergarten des  
Landes NÖ**2380 Perchtoldsdorf,  
Leonhardiberggasse 16,  
Tel (01) 869 00 50**Interessenvertretung  
der NÖ Familien****Mag. Elisabeth Eppel-Gatterbauer**3109 St. Pölten, Landhausplatz 1,  
Haus 8,  
Tel. (0 27 42) 200-6495**Kraftfahrzeugprüfstellen  
der Abteilung Tech-  
nische Kraftfahrzeug-  
angelegenheiten****Amstetten**

3300, Preinsbacher Straße 13

Tel. (0 74 72) 76 18-77

**Brunn/Wild**

3595, Betriebsgebiet

Tel. (0 29 89) 26 40

**St. Pölten**

3100, Linzer Straße 106

Tel. (0 27 42) 78 5 15/58 90

Fax (0 27 42) 78 5 15/59 30

**Wokersdorf**

2120, Industriestraße 5

Tel. (0 22 45) 4747

**Wr. Neudorf**

2351, Straße 3, Objekt 25

Tel. (0 22 36) 62 4 15

Fax (0 22 36) 62 4 15-75

**Weikersdorf**

2722, Industriestraße 275

Tel. (0 26 22) 82 8 29

Fax (0 26 22) 82 8 29-29

**Landesstelle für  
Brandverhütung für NÖ**3430 Tulln, Minoritenplatz 1  
Tel. (0 22 72) 619 10-12 DW 6688  
Fax (0 22 72) 619 10-12 DW 6680**Materialamt**Landesgesetzblatt, div. Drucksorten,  
Einreichunterlagen, Antragsformulare  
für Wohnbauförderung  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1  
Tel. (0 27 42) 200-2405**NÖ Gebietsbauämter****NÖ GBA I – Korneuburg**2100, Bankmannring 19,  
Tel. (0 22 62) 756 69**NÖ GBA II – Wiener Neustadt**2700, Grazer Straße 52,  
Tel. (0 26 22) 27 8 56, 27 8 57**NÖ GBA III – St. Pölten**3100, Klostersgasse 31,  
Tel. (0 27 42) 31 19 00**NÖ GBA III – Außenstelle Amstetten**3300, Preinsbacherstraße 13,  
Tel. (0 74 72) 65 5 75, 65 5 76**NÖ GBA IV – Krems/Donau**3500, Dreifaltigkeitsplatz 4,  
Tel. (0 27 32) 82 4 58, 83 2 77**NÖ GBA V – Mödling**2340, Bahnstraße 2,  
Tel. (0 22 36) 208/337**NÖ Kinder- und  
Jugendanwalt****Dr. Walther Launsky-Tieffenthal**3109 St. Pölten, Tor zum Landhaus  
Rennbahnstraße 29  
Tel. (0 27 42) 17 08**NÖ Landes-Feuerwehr-  
schule Tulln**3430 Tulln, Nußallee 14,  
Tel. (0 22 72) 692  
Fax (0 22 72) 692-181**NÖ Landes-  
Pensionisten-  
und -Pflegeheime –  
Vertragsheime**

Bezirk Amstetten

**Amstetten**NÖ Landes-Pensionistenheim  
Amstetten3300, Stefan-Fadinger-Straße 32,  
Tel. (0 74 72) 621 03

Fax (0 74 72) 621 03-42

**St. Peter/Au**

NÖ Landes-Pensionistenheim

St. Peter/Au

3352, Steyrer Straße 1,  
Tel. (0 74 77) 421 02

Fax DW 17

**Wallsee**

NÖ Landes-Pensionistenheim Wallsee  
3313, Bergern 4,  
Tel. (0 74 33) 22 41  
Fax DW 25

**Waidhofen/Ybbs**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Waidhofen/Ybbs  
3340, Im Vogelsang 9  
Tel. (0 74 42) 552 27  
Fax (0 74 42) 552 27-26

Bezirk Baden

**Baden**

NÖ Landes-Pensionistenheim Baden  
2500, Wiener Straße 70,  
Tel. (0 22 52) 848 01-11  
Fax (0 22 52) 848 01-14

**Bad Vöslau**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Bad Vöslau – „Jakobusheim“  
2540, Sooßer Straße 25,  
Tel. (0 22 52) 75 3 92  
Fax (0 22 52) 714 60

**Berndorf**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Berndorf – „Haus Theaterpark“  
Tel. (0 26 72) 88 5 90  
Fax (0 26 72) 88 5 90

**Pottendorf**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Pottendorf  
2486, Esterhazystraße 27,  
Tel. (0 26 23) 75 2 15  
Fax (0 26 23) 75 2 15-79

Bezirk Bruck/Leitha

**Hainburg**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Hainburg – „Ulrichsheim“  
2410, Landstraße 20,  
Tel. (0 21 65) 621 00, 629 37  
Fax (0 21 65) 621 00-33

Bezirk Gänserndorf

**Gänserndorf**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Gänserndorf – „Barbaraheim“  
2230, Wiesengasse 17,  
Tel. (0 22 82) 25 95, 26 11  
Fax (0 22 82) 26 11-13

**Orth an der Donau**

NÖ Landes-Pensionisten- und  
Pflegerheim Orth an der Donau  
2304, Zwenge Nr. 3  
Tel. (0 22 12) 31 40, 31 41  
Fax (0 22 12) 31 40-13

**Zistersdorf**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Zistersdorf – „Elisabethheim“  
2225, Umfahrungsstraße 14-20,  
Tel. (0 25 32) 22 05, 22 06  
Fax (0 25 32) 22 05-30

Bezirk Gmünd

**Schrems**

NÖ Landes-Pensionistenheim Schrems  
3943, Berggasse 5,  
Tel. (0 28 53) 772 25  
Fax (0 28 53) 724 17

**Weitra**

NÖ Landes-Pensionistenheim Weitra  
3970, Zwettler Straße 1,  
Tel. (0 28 56) 22 75, 21 59, 21 81  
Fax (0 28 56) 22 75-30

Bezirk Hollabrunn

**Hollabrunn**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Hollabrunn  
2020, Rapfstraße 12,  
Tel. (0 29 52) 23 75  
Fax DW 9

**Retz**

NÖ Landes-Pensionistenheim Retz  
2070, Rudolf-Resch-Gasse 6,  
Tel. (0 29 42) 22 48  
Fax DW 17

Bezirk Horn

**EGgenburg**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
und -Pflegerheim  
3730, Rechpergerstraße 2  
Tel. (0 29 84) 41 74  
Fax (0 29 84) 41 74-40

**Horn**

„Stephansheim“ der Stiftung  
Bürgerspital zu Horn  
3580, Stephansberg 12,  
Tel. (0 29 82) 26 47

Bezirk Korneuburg

**Korneuburg**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Korneuburg – „Augustinerheim“  
2100, Im Augustinergarten 1,  
Tel. (0 22 62) 72 9 15  
Fax DW 3

**Stockerau**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Stockerau – „Kolomansheim“  
2000, Roter Hof 5,  
Tel. (0 22 66) 639 45, 632 56  
Fax (0 22 66) 639 45-6

Bezirk Krems

**Krems**

Dr.-Thorwesten-Seniorenwohnheim  
3500, Alauntalstraße 80,  
Tel. (0 27 32) 86 5 96  
Altenwohnheim Hohenstein  
3500, Hohensteinstraße 71,  
Tel. (0 27 32) 848 25

**Krems-Brunnkirchen**

Alten- und Pflegerheim Brunnkirchen  
3511, Krems-Brunnkirchen 5,  
Tel. (0 27 39) 22 47

**Mautern**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Mautern – „Severinheim“  
3512, Schubertstraße 84,  
Tel. (0 27 32) 829 02  
Fax (0 27 32) 75 4 88

Bezirk Lilienfeld

**Hainfeld**

NÖ Landes-Pensionistenheim Hainfeld  
3170, Bräuhausgasse 13a  
Tel. (0 27 64) 75 53, 75 54  
Fax (0 27 64) 75 53-9

**Türnitz**

NÖ Landes-Pensionistenheim Türnitz  
3184, Markt 66,  
Tel. (0 27 69) 290, 294  
Fax (0 27 69) 290/9

Bezirk Melk

**Mank**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Mank – „Marienheim“  
3240, Friedhofweg 1,  
Tel. (0 27 55) 22 87  
Fax DW 15

**Melk/Donau**

NÖ Landes-Pensionisten- und  
-Pflegerheim  
3390, Dorfnerstraße 34-36,  
Tel. (0 27 52) 526 80, 526 20  
Fax (0 27 52) 526 80-5

**Ybbs/Donau**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Ybbs/Donau – „Nibelungenheim“  
3370, Klosterhofstraße 9,  
Tel. (0 74 12) 524 40  
Fax (0 74 12) 524 40-22

Bezirk Mistelbach

**Laa/Thaya**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Laa/Thaya – „Vitusheim“  
2136, Gärtnerstraße 33,  
Tel. (0 25 22) 22 28, 76 20  
Telefax (0 25 22) 22 28-13

**Mistelbach**

NÖ Landes-Pflege- und  
Pensionistenheim Mistelbach –  
„Franziskusheim“  
2130, Liechtensteinstraße 71,  
Tel. (0 25 72) 24 02  
Fax (0 25 72) 24 02-40

**Wolkersdorf**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Wolkersdorf – „Margarethaheim“  
2120, Johann-Degen-Straße 21,  
Tel. (0 22 45) 23 22  
Fax (0 22 45) 23 22-34

## Bezirk Mödling

**Mödling**

NÖ Landes-Pensionistenheim Mödling  
2340, Ferdinand-Buchberger-Gasse 4,  
Tel. (0 22 36) 243 34, 446 64  
Fax (0 22 36) 243 34-33

**Perchtoldsdorf**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Perchtoldsdorf – „Beatrixheim“  
2380, Elisabethstraße 30,  
Tel. (01) 86 98 361, 86 98 362  
Fax (01) 86 98 361-90

**Vösendorf**

NÖ Landes-Pensionisten- und  
-Pflegeheim Schloßpark Vösendorf  
2331, Prof.-Peter-Jordan-Straße 96  
Tel. (01) 699 18 40  
Fax (01) 699 18 40-10

## Bezirk Neunkirchen

**Gloggnitz**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Gloggnitz  
2640, Wiener Straße 32–34,  
Tel. (0 26 62) 423 03  
Fax DW 150

**Neunkirchen**

NÖ Landes-Pensionisten- und  
-Pflegeheim Neunkirchen  
2620, Ferdinand-Raimund-Weg 3a  
Tel. (0 26 35) 71 6 62  
Fax (0 26 35) 71 6 62-500  
Außenstelle des Pensionistenheimes  
Gloggnitz

2620, Peischingerstraße 19,  
Tel. (0 26 35) 602/20 95, 20 96

**Hohegg**

NÖ Landes-Pensionisten- und  
-Pflegeheim  
2840 Grimmenstein,  
Tel. (0 26 44) 82 31-371  
Fax (0 26 44) 82 31-539

**Scheiblingkirchen**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Scheiblingkirchen  
2831, Scheiblingkirchen 99,  
Tel. (0 26 29) 23 81, 21 60  
Fax (0 26 29) 23 81-55

## Bezirk St. Pölten

**Herzogenburg**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Herzogenburg – „Martinsheim“  
3130, Schillerring 7,  
Tel. (0 27 82) 833 60, 833 61  
Fax (0 27 82) 821 95

**St. Pölten**

NÖ Landes-Pensionistenheim St. Pölten  
3100, Trautsonstraße 1,  
Tel. (0 27 42) 36 73 83  
Fax (0 27 42) 34 62 45  
Seniorenwohnheim Stadtwald  
3100, Goethestraße 23a,  
Tel. (0 27 42) 73 1 83

**Wilhelmsburg**

NÖ Landes-Pensionisten- und  
-Pflegeheim Wilhelmsburg  
3150, Mühlgasse 14  
Tel. (0 27 46) 60 33  
Fax (0 27 46) 60 33

## Bezirk Scheibbs

**Scheibbs-Neustift**

NÖ Landes-Pensionistenheim Scheibbs  
3272, Gäminger Straße 51,  
Tel. (0 74 82) 423 25, 423 54  
Fax (0 74 82) 42 3 25-13

## Bezirk Tulln

**Tulln**

NÖ Landes-Pensionisten- und  
-Pflegeheim  
3430, Frauenhofner Straße 54,  
Tel. (0 22 72) 647 35, 647 36  
Fax (0 22 72) 647 35-16  
NÖ Landes-Pensionistenheim  
Tulln – „Leopoldsheim“  
3430, Bahnhofstraße 46,  
Tel. (0 22 72) 68 2 68  
Fax DW 4  
NÖ Landes-Pensionistenheim  
Tulln – „Theresiaheim“  
3430, Siegmundgasse 13,  
Tel. (0 22 72) 623 34  
Fax DW 17

## Bezirk Waidhofen/Thaya

**Raabs/Thaya**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Raabs/Thaya  
3820, Hamerlingstraße 8,  
Tel. (0 28 46) 72 93, 72 94  
Fax (0 28 46) 72 93-17

**Waidhofen/Thaya**

NÖ Landes-Pensionisten- und  
-Pflegeheim  
3830, Moritz-Schadek-Gasse 32,  
Tel. (0 28 42) 524 21, 524 22  
Fax (0 28 42) 524 21-30

## Bezirk Wiener Neustadt

**Gutenstein**

Landes-Pensionistenheim Gutenstein –  
„Ferdinand-Raimund-Heim“  
2770, Vorderbruck 38,  
Tel. (0 26 34) 72 67-0, 72 73-0  
Fax (0 26 34) 72 67-33

**Wiener Neustadt**

Stadtheim Wiener Neustadt  
2700, Lazarettgasse 5,  
Tel. (0 26 22) 89 8 20

**Wiener Neustadt**

NÖ Landes-Pensionisten- und  
-Pflegeheim  
2700, Neudörfler Straße 50,  
Tel. (0 26 22) 278 95,  
Fax (0 26 22) 278 95-28

## Bezirk Wien-Umgebung

**Himberg**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Himberg – „Laurentiusheim“  
2325, Laurentiusgasse 1,  
Tel. (0 22 35) 86 2 88, 86 7 85  
Fax (0 22 35) 86 2 88-25

**Klosterneuburg**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Klosterneuburg – „Agneshaim“  
3400, Hofkirchnergasse 3,  
Tel. (0 22 43) 37 5 47  
Fax (0 22 43) 37 5 47-26

**Preßbaum**

NÖ Landes-Pensionistenheim  
Preßbaum – „Wienerwaldheim“  
3021, Hauptstraße 119,  
Tel. (0 22 33) 55 4 00  
Fax (0 22 33) 55 4 00-38

## Bezirk Zwettl

**Zwettl**

Altenheim Zwettl  
3910, Klosterstraße 2,  
Tel. (0 28 22) 52 5 98  
NÖ Landes-Pensionisten- und  
Pflegeheim Zwettl  
3910, Propstei 44,  
Tel. (0 28 22) 51 5 65, 51 5 67  
Fax (0 28 22) 51 5 65-34

**NÖ Landesbildstelle**

3109 St. Pölten, Rennbahnstraße 29  
(Tor zum Landhaus), 4. Stock  
Tel. (0 27 42) 200/6500, 6501  
Fax (0 27 42) 200/6530

**NÖ Landesfeuerwehr-  
kommando**

3430 Tulln, Minoritenplatz 1,  
Tel. (0 22 72) 61 3 03 DW 3170  
Fax (0 22 72) 61 3 03 DW 3135

**NÖ Landeshauptstadt  
Planungsgesellschaft  
m. b. H.**

3100 St. Pölten, Kremser Landstraße 5,  
Tel. (0 27 42) 305  
Fax (0 27 42) 305-17

## NÖ Landesjugendheime

### Allentsteig

3804, Ottensteiner Straße 36,  
Tel. (0 28 24) 23 08  
Fax (0 28 24) 23 08-9

### Hinterbrühl

2371, Urlaubskreuzstraße 15,  
Tel. (0 22 36) 48 5 21  
Fax (0 22 36) 48 5 21-100  
Heilpädagogische Station,  
Fürstenweg 8,  
Tel. (0 22 36) 22 6 73  
Fax (0 22 36) 22 6 73-200

### Hochwolkersdorf

2802, Nr. 11,  
Tel. (0 26 45) 82 05

### Hollabrunn

2020, Elsa-Brandström-Straße 1,  
Tel. (0 29 52) 21 16  
Fax (0 29 52) 25 10-30  
Mutter-Kind-Haus

2020, Brünngasse 2  
Tel. (0 29 52) 20 7 98, 20 7 99

### Korneuburg

2100, Stockerauer Straße 80,  
Tel. (0 22 62) 72 5 91, 72 5 92  
Fax 72 5 92-190

### Lunz am See

3293, Dr.-C.-Kupelwieser-Promenade 5,  
Tel. (0 74 86) 80 97

### Matzen

2243, Hauptstraße 16,  
Tel. (0 22 89) 22 29  
Fax (0 22 89) 32 69

### Pottenstein

2563, Gutensteinerstraße 65,  
Tel. (0 26 72) 82 4 23  
Fax (0 26 72) 82 4 23-23

### Puchberg am Schneeberg

2734, Ehrbarweg 2,  
Tel. (0 26 36) 22 13  
Fax (0 26 36) 22 13

### Schauboden/Erlauf

3251, Nr. 26,  
Tel. (0 74 89) 29 68  
Fax (0 74 89) 22 46-10

### Schwedenstift

#### (NÖ Landes-Kinderheim)

2380 Perchtoldsdorf,  
Leonhardiberggasse 10-12,  
Tel. (01) 86 90 127, Fax DW 33

### Waidhofen an der Ybbs

3340, Reichenauerhof, Weyererstraße 81,  
Tel. (0 74 42) 55 5 11, 55 5 12,  
Fax (0 74 42) 55 5 11-13

## NÖ Landesreisebüro

1014 Wien, Heidenschuß 2,  
Tel. (01) 534 02,  
Fax 535 03 19

## NÖ Landesschulrat

3109 St. Pölten, Rennbahnstraße 29  
Tel. 80 27 42) 280  
Fax 80 27 42) 280-1111

## NÖ Lebensmittelinspektion

2100 Korneuburg,  
Kreuzensteinstraße 18  
Tel. (0 22 62) 73 9 65  
Fax (0 22 62) 73 9 65-5

## NÖ Patientenanwalt

### Dr. Richard Wandl

3100 St. Pölten, Neugebäudeplatz 1  
Tel. (0 27 42) 200-5575

## NÖ Straßenbauabteilungen

### StrBA 1

2020 Hollabrunn,  
Aspersdorfer Straße 28,  
Tel. (0 29 52) 23 81, 23 82,  
Fax (0 29 52) 20 5 88-30

### StrBA 2

3430 Tulln, Bahnhofstraße 35,  
Tel. (0 22 72) 624 68, 28 68, 26 12,  
Fax (0 22 72) 624 68-40

### StrBA 3

2120 Wolkersdorf, Haasgasse 6,  
Tel. (0 22 45) 23 52, 23 75, 23 02,  
Fax (0 22 45) 23 52-90

### StrBA 4

2700 Wiener Neustadt,  
Günserstraße 88,  
Tel. (0 26 22) 22 1 92, 24 8 92,  
Fax (0 26 22) 24 8 92-35

### StrBA 5

3100 St. Pölten, Linzer Straße 106,  
Postfach 18,  
Tel. (0 27 42) 78 5 15  
Fax (0 27 42) 78 5 15-5821

### StrBA 6

3300 Amstetten, Wagmeisterstraße 9,  
Tel. (0 74 72) 64 5 55, 64 5 47, 64 6 81  
Fax (0 74 72) 64 5 55-50

### StrBA 7

3500 Krems/Donau, Bahnhofplatz 6,  
Tel. (0 27 32) 82 1 25, 82 1 67, 81 6 20  
Fax (0 27 32) 82 1 25-45

### StrBA 8

3830 Waidhofen/Thaya,  
Heidenreichsteiner Straße 42,  
Tel. (0 28 42) 52 6 91, 52 6 92, 54 2 87  
Fax (0 28 42) 52 6 91-60

## NÖ Umweltanwalt

### Univ.-Prof. Dr. Harald Rossmann

1014 Wien, Herrngasse 13,  
Tel. (01) 531 10-2972

## NÖ Umweltschutzanstalt

2344 Maria Enzersdorf  
Südstadtzentrum 4/4  
Tel. (0 22 36) 44 5 41-0  
Fax (0 22 36) 44 5 41-220, 333

## Shedhalle St. Pölten

Auskünfte: (0 27 42) 200 DW 5011,  
5012

## Statistik (Abteilung Raumordnung)

2344 Ma. Enzersdorf,  
Südstadtzentrum 4/4  
Tel. (0 22 36) 44 9 86, 44 9 87

## Unabhängiger Verwaltungssenat für das Land NÖ

### Dr. Herbert Boden

3109 St. Pölten, Wiener Straße 54,  
Tel. (0 27 42) 200-5530  
Fax (0 27 42) 200-5540

### UVS-Außenstellen

2700 Wr. Neustadt, Neuklostergasse 4  
Tel. (0 26 22) 318  
Fax (0 26 22) 318-11  
2130 Mistelbach,  
Lichtensteinstraße 44  
Tel. (0 25 72) 47 63  
Fax (0 25 72) 47 63-18

## Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer beim Amt der NÖ Landesregierung

1014 Wien, Schenkenstraße 4  
Tel. (01) 535 37 61

## Weinviertler Jugendservice

2136 Laa/Thaya, Bürgerspitalgasse 1,  
Tel. (0 25 22) 89 90  
Fax (0 25 22) 74 08

## Rückblick 1997, Ziele 1998

3

Schwerpunkte, Probleme und Ziele aus den Tätigkeitsberichten der Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung

**Gruppe Landesamtsdirektion** Abteilung Landesamtsdirektion 40 · Abteilung Personalangelegenheiten A, B, C 52 · Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten 52 · Abteilung Rechtsbüro 54 · Abteilung Pressedienst 54

**Gruppe Finanzen** Abteilung Finanzen 55 · NÖ Landesbuchhaltung 56 · Landesabgabenamt 57 · Abteilung Wohnungsförderung A/B 57 · Abteilung Allgemeine Förderung 58 · Abteilung Stiftungsverwaltung 68

**Gruppe Innere Verwaltung** Abteilung Polizeiangelegenheiten 69 · Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen 69 · Abteilung Gemeinden 70 · Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz 74 · Abteilung Gemeindeärzte 78 · Abteilung Personenstandsangelegenheiten 78 · Abteilung Veranstaltungsangelegenheiten 78

**Gruppe Kultur, Wissenschaft und Unterricht** Abteilung Kultur und Wissenschaft 80 · Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde 86 · Abteilung NÖ Landesbibliothek 87 · Abteilungen Schulen und Kindergärten 89

**Gruppe Land- und Forstwirtschaft** Abteilung Agrarrecht 91 · Abteilung Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft 94 · Abteilung Landwirtschaftsförderung 96 · Abteilung Forstwirtschaft 98 · Abteilung Veterinärangelegenheiten 101 · Abteilung Bodenreform 102 · Abteilung Land- und Forstwirtschaftsinspektion 103

**Gruppe Wirtschaft, Sport und Tourismus** Abteilung Gewerberecht 105 · Abteilung Wirtschaftsförderung 106 · Abteilung Tourismus 107 · Abteilung Berufsschulen 109 · Abteilung Sport 112 · Abteilung Energie- und Strahlenschutzrecht 113 · Abteilung Sparkassen und Stiftungsaufsicht 114 · Abteilung Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten 115

**Gruppe Wasser** Abteilung Wasserrecht und Schifffahrt 117 · Abteilung Wasserwirtschaft 118 · Abteilung Wasserbau 125 · Abteilung Siedlungswasserwirtschaft 128 · Abteilung Hydrologie 130

**Gruppe Raumordnung und Umwelt** Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht 133 · Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik 134 · Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung 141 · Abteilung Umweltrecht und Umweltkoordination 143 · Abteilung Naturschutz 144 · Abteilung Verkehrsrecht 145 · Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten 147

**Gruppe Gesundheit und Soziales** Abteilung Gesundheitswesen 149 · Abteilung Umwelthygiene 152 · Abteilung Lebensmittelkontrolle 154 · Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten 155 · Abteilung Sozialhilfe 160 · Abteilung Jugendwohlfahrt 164 · Abteilung Heime 167 · Abteilungen Arbeitsrecht und Sozialversicherung und Landwirtschaftliche Sozialversicherung 170

**Gruppe Baudirektion** Abteilung Allgemeiner Baudienst 171 · Abteilung Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik 183 · Abteilung Maschinenbau- und Elektrotechnik 185 · Abteilung Umwelttechnik 185 · Abteilung Vermessung 186

**Gruppe Hochbau** Abteilung Landeshochbau A 189 · Abteilung Landeshochbau B 190 · Abteilung Bundeshochbau 190 · Abteilung Haustechnik 191

**Gruppe Straße** Abteilung Allgemeiner Straßendienst 193 · Abteilung Straßenbetrieb 194 · Abteilung Bundesstraßenbau 195 · Abteilung Landesstraßenbau 197 · Abteilung Brückenbau 198 · Abteilung Straßenspezialtechnik 198 · Abteilung Straßenplanung 200 · Abteilung Güterwege 203

**Agrarbezirksbehörde** Organisationsfachabteilung 205 · Rechtsfachabteilung 205 · Agrartechnische Abteilung 206 · Bodenschutzfachabteilung 208

**NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte** 208

**Umweltanwalt** 209

**Unabhängiger Verwaltungssenat** 211

## Innenrevision

### Schwerpunkte und Probleme 1997

Im Bereich der Innenrevision wird die Aktenbearbeitung seit Februar 1997 elektronisch durchgeführt (ELAK). Die Umstellung erforderte in den ersten Wochen einen administrativen Mehraufwand. Die elektronische Aktenbearbeitung im LAKIS erfolgt seither jedoch problemlos.

#### Überprüfung von Dienststellen

Aufgabe der Innenrevision ist die Überprüfung sämtlicher Landesdienststellen und der dort tätigen Mitarbeiter im Auftrag des Landesamtsdirektors. Um für einen einheitlichen und geregelten Geschäftsgang zu sorgen, wird dabei vor dem Hintergrund der Gesetzmäßigkeit, Zweckmäßigkeit, möglichen Einfachheit, Raschheit und Sparsamkeit auf einen entsprechenden Geschäftsablauf in administrativer, kostenmäßiger und organisatorischer Hinsicht geachtet. Im Zuge dieser Prüfungen werden auch Rationalisierungsvorschläge unterbreitet. Bei folgenden Dienststellen wurden Einsichten vorgenommen bzw. abgeschlossen:

- Abteilung Gesundheitswesen
  - Abteilung Umwelthygiene
  - Abteilung Lebensmittelkontrolle
  - Abteilung Gewerberecht
  - Abteilung Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten
  - Landwirtschaftliche Fachschulen (Sooß, Langenlois, Obersiebenbrunn, Bruck an der Leitha, Hollabrunn, Retz, Krems, Tullnerbach, Gumpoldskirchen)
- Bei mehreren Bezirkshauptmannschaften wurden die Strafabteilungen überprüft. Schwerpunkte der Erhebungen waren dabei Verfahrensverzögerungen und Verjährungen sowie die Vorgangsweise bei der Erteilung von Ermahnungen.

Wegen der ständig steigenden Bedeutung der Vollziehung des Fremdenrechts wurden bei einer Bezirkshauptmannschaft Bearbeitungsgrundlagen erhoben. Wegen der notwendigen Kosteneinschränkungen im öffentlichen Sektor wurde bei mehreren Dienststellen die Notwendigkeit der Nachbesetzung freigewordener Dienstposten geprüft.

Koordinierung und Auswertung von Prüfberichten anderer Kontrolleinrichtungen

Der Rechnungshof sowie der Finanzkontrollausschuß des Landtages von Niederösterreich legen ihre Ergebnisberichte der NÖ Landesregierung zur Abgabe einer Äußerung vor. Aufgabe der Innenrevision ist es, von den geprüften Dienststellen Stellungnahmen abzuverlangen, diese zu koordinieren und zur Beschlußfassung durch die NÖ Landesregierung vorzubereiten.

Die Berichte anderer Kontrolleinrichtungen (Fachabteilungen, Buchhaltungsabteilungen) sowie die Stellungnahmen der betroffenen Dienststellen werden ausgewertet und – wenn notwendig – Nachkontrollen vorgenommen.

#### Briefbomben

Seit der ersten Briefbombenserie im Dezember 1993 werden die Mitarbeiter der Landesverwaltung von der Innenrevision laufend auf den richtigen Umgang mit verdächtigen Postsendungen hingewiesen.

#### Dezentralisierung

1997 wurden insgesamt 48 Dienstposten dezentralisiert. Es handelt sich dabei um Mitarbeiter in Baden (Abteilungen Tourismus, Umwelttechnik), in Gmünd (Wohnungsförderung, Umwelthygiene), Korneuburg (Allgemeine Förderung), Maria Enzersdorf (Sport, Agrarrecht), Mistelbach (Umweltrecht und Umweltkoordination, Vermessung), Oeynhausen (Allgemeiner Straßendienst, Brückenbau), Tulln (Wasserrecht und Schifffahrt), Wiener Neudorf (Straßenspezialtechnik) und Wiener Neustadt (Siedlungswasserwirtschaft, Wasserbau).

#### Ziele 1998

Der Schwerpunkt der Prüftätigkeit wird sich weiter von Systemprüfungen zu Querschnittsprüfungen verlagern. Im Hinblick auf einen sparsamen Personaleinsatz bei den Landesdienststellen kommt dabei der Effizienzprüfung besondere Bedeutung zu.

## Bürgerinformation, Beratungsstelle

### Aufgaben und Schwerpunkte 1996

Die Beratungsstelle beim Amt der NÖ Landesregierung war auch im Jahr 1997 von dem Bemühen getragen, dem Landesbürger zu dienen.

Eine der vordringlichsten Aufgaben der Beratungsstelle bestand in der Herstellung des Kontaktes zwischen dem Landesbürger und der Behörde bzw. Dienststelle, welche für die Lösung des Problems zuständig ist.

Die erforderliche Zusammenarbeit mit den Bezirkshauptmannschaften des Landes Niederösterreich sowie den Gruppen und Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung verlief erfolgreich. Viele Probleme konnten weitgehend zur Zufriedenheit der Landesbürger geklärt werden. Schwerpunkte der Anfragen waren auch heuer die vielfältigen Förderungen des Bundeslandes Niederösterreich, wie die Wohnbauförderung, Familienförderung, Gewerbeförderung, Arbeitnehmerförderung und vor allem die Förderungen im Sozialbereich. Bei der Beratungsstelle haben im Jahr 1997 zu folgenden Förderungen nachgefragt:

Allgemeine Förderung (früher Familienförderung)	2.400 Personen
Arbeitnehmerförderung	550 Personen
Wohnbauförderung	3.000 Personen
Energiesparförderung	350 Personen
Wirtschaftsförderung	600 Personen
Tourismusförderung	200 Personen

In der langjährigen Zusammenarbeit mit Tageszeitungen, insbesondere der Kronen-Zeitung, konnten zahlreiche Hilfestellungen für die Landesbürger erreicht werden. Angemerkt muß hier werden, daß sich Anfragen zu Sozialfällen in letzter Zeit stark vermehrt haben.

Rege war auch die Zusammenarbeit, primär auf dem Sektor Soziales, mit der Österreichischen Präsidentschaftskanzlei.

Desgleichen wurden alle von der Volksanwaltschaft der Republik Österreich an Landeshauptmann Erwin Pröll herangetragenen Beschwerden im Zusammenwirken mit den NÖ Bezirkshauptmannschaften sowie den Gruppen und Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung bearbeitet und die erforderlichen Stellungnahmen den Volksanwälten vorgelegt.

## Ziele 1998

Die Beratungsstelle beim Amt der NÖ Landesregierung wird auch in Zukunft bemüht sein, dem NÖ Landesbürger jede Hilfestellung im Rahmen des Möglichen zuteil werden zu lassen.

## Informationstechnologie

### Aufgaben und Schwerpunkte 1997

#### Neues Landhaus

Im neuen Landhaus ist das dzt. in Europa größte Lokale PC-Netzwerk (LAN) mit 4.176 Bodentankdosen und 11.909 Anschlüssen in 8.375 Räumen in Betrieb. Im Netz sind dzt. insgesamt 20 Server (Novell, Unix, Internet) integriert, wobei an diese Server ca. 2000 PCs und etwa 1400 Drucker angeschlossen sind. Aus Wien wurden davon ca. 900 PCs und 700 Drucker übersiedelt, der Rest wurde in St. Pölten neu angeschafft. Die Novell-Server sind als sogenannte SFTIII-Server installiert, was eine erhöhte Ausfallsicherheit bedeutet. In den Serverräumen und Verteilerräumen wurden Feuchtigkeitsfühler mit Fernüberwachung installiert. Über 1.000 Mitarbeiter im neuen Landhaus verfügen mittlerweile über einen Internetzugang mit individueller elektronischer Post. Auch die Landesverwaltung als Gesamtheit sowie die einzelnen Dienststellen verfügen über E-mail-Adressen. Um den Internetbetrieb möglichst sicher zu halten, wurde im Firewallbereich einiges neu implementiert, sowie die Anti-Virus-Software einer vollkommenen Neugestaltung unterzogen. Im Zusammenhang mit der Übersiedlung wurden im Haus Herrengasse 11 in Wien 5 Telearbeitsplätze eingerichtet, über die Mitarbeiter, die in Wien zu tun haben, vor oder nach ihrer Tätigkeit in Wien, ihre elektronische Post bearbeiten können bzw. ganz allgemein die Möglichkeiten des EDV-Netzes wie in St. Pölten nutzen können.

Die Übersiedlung der Bediensteten bis Ende August 1997 wurde glänzend bewältigt, in über 90 Prozent der Fälle konnten die Mitarbeiter nach nur einem Übersiedlungstag in St. Pölten mit der EDV wieder arbeiten. Im Zusammenhang mit der Übersiedlung sowie durch die laufende Wartung und Erweiterung des Netzwerkes in St. Pölten ist es notwendig, daß einige Mitarbeiter fast jeden Mittwoch bis weit in die Nacht hinein tätig sind und außerdem mindestens einmal monatlich ein Wochenende im Interesse eines möglichst ungestörten Netzbetriebes arbeiten. Das Ausmaß und die Funktionalität des Netzes sind international anerkannt, so daß sich unter anderem auch eine Delegation aus Baden Würt-

temberg vor Ort über die Details informiert hat. Die Größe des Netzes und die Komplexität führt dazu, daß es kaum mehr Experten in Österreich gibt, die bei Problemen entsprechende Unterstützung liefern können. Es werden daher mittlerweile vor allem die europäischen Top-Mitarbeiter der einzelnen Firmen zur Unterstützung eingesetzt.

Aufbau von zwei ACCESS-Datenbanken zur Dokumentation von Räumlichkeiten, Personen, Verkabelung (inkl. Meßwerte), Aktivkomponenten (mit angeschlossenen Endgeräten), EDV-Endgeräten (Drucker, PC usw.), Telefon-Endgeräten (Telefon, Fax usw.) sowie der Patchungen aller Endgeräte zwecks späterer Übernahme in das CONDIS CMS (CablingManagementSystem).

Da Informationen auf CDs immer mehr an Bedeutung gewinnen, wurden für einige Gruppen und Abteilungen CD-Server installiert, die es mehreren Mitarbeitern ermöglichen, auf die Informationen zuzugreifen. Da ein derart großes Netzwerk ohne Werkzeug nicht mehr zu betreiben ist, wurde das Produkt Netware-Manager der Fa. Novell zur Unterstützung installiert. 1998 wird dazu dienen, die Möglichkeiten dieses Produktes weiter auszuloten und den Betreuungsaufwand auf diese Art zu minimieren.

#### NÖWAN

(Niederösterreichisches Wide Area Network)

Im ersten Halbjahr erfolgte aufbauend auf Vorarbeiten aus dem Jahre 1996 in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten die Planung, EU-weite Ausschreibung und Vergabe der Errichtung eines landesweiten Netzwerkes für Sprache und Daten mit schnellen Übertragungsgeschwindigkeiten. In beispielloser Schnelligkeit wurde dieses Netz nach der Detailplanung zwischen Oktober und Dezember 1997 mit der Firma NÖKOM (NÖ Telekommunikationsgesellschaft m. b. H.) realisiert, so daß nunmehr außer den 21 Bezirkshauptmannschaften weitere 27 Standorte der Landesverwaltung vernetzt sind und damit auch am weltweiten Datenhighway Anteil nehmen können. An allen diesen Standorten kann EDV-mäßig so gearbeitet werden, als würde die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter in St. Pölten sitzen – ein wesentlicher Vorteil für die Dezentralisierung sowie das flächendeckendste Teleworkingkonzept, das es dzt. in Österreich gibt. Durch diese neue Vernetzung, die nur mehr auf Basis von Glasfaserkabeln realisiert wurde, ist eine weitaus bessere, schnellere und störungsfreie Datenübertragung gewährleistet, als dies bisher der Fall war. Die Standorte sind nicht nur über Datenleitungen, sondern auch über Telefon vernetzt (siehe dazu auch den Beitrag der Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten).

Für 1998 ist eine Erweiterung des Netzes für die Bereiche Straße, Güterwege sowie technische Kraftfahrzeugangelegenheiten geplant. Mit der Realisierung dieses Netzes sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß über einen zur Post alternativen Netzbetreiber auch periphere Regionen Niederösterreichs zu günstigen Bedingungen Anschlüsse an den weltweiten Datenhighway erhalten können. Geographische Nachteile können damit ausgeglichen werden, wie dies bereits im Bangemann-Report der EU ausgeführt ist.

#### NÖ LAKIS

(Niederösterreichisches Landeskommunikations- und Informationssystem)

1997 erfolgte die Vollaussattung der Abteilungen Landesamtsdirektion, Finanzen, Buchhaltung, Pressedienst, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und Gemeinden. Weiters wurden im Zuge der Übersiedlung nach St. Pölten die Landtagsdirektion die Landtagsklubs, die Fraktion des LIF sowie die Büros von Landeshauptmann Dr. Pröll, Landesrat Schimanek und Landesrat Freibauer ausgestattet. Die Ausstattung der restlichen Regierungsmitglieder ist für 1998 geplant. Dzt. sind bereits ca. 950 Arbeitsplätze (inkl. Test- und Schulungsplätzen) mit dem System ausgerüstet. 160 Mitarbeiter arbeiten bereits ausschließlich mit dem elektronischen Akt (VAIS), der um eine Volltextabfrage erweitert wurde. Für 1998 ist die Umstellung der Arbeitsplatz-PCs auf das Betriebssystem Windows-NT-Workstation geplant. Weiters wird der Schwerpunkt 1998 in der weiteren Einführung des elektronischen Aktes liegen.

#### Bezirkshauptmannschaften

##### ● Strafwesen

– Einführung der elektronischen Schnittstelle für die Anlieferung von Radaranzeigen vom Landesgendarmereikommando NÖ an die Bezirkshauptmannschaften

– Festlegung der Schnittstelle zur elektronischen Datenanlieferung von Organmandatsausstellungen an die BHs mit anschließender Anzeigerstellung bei Nichteinzahlung gemeinsam mit der Wirtschaft (Bewachungsgewerbe)

##### ● Gewerbe

– Ausbau der Anwendung im Bereich des Anmeldeverfahrens.

Automationsunterstützte Überleitung der elementaren Daten der Gewerbeberechtigungen und der laufenden Anmeldeverfahren in die Textverarbeitung zur Beschleunigung der Schriftguterstellung.

– Einspeicherung der noch ausstehenden Gewerberegister in das Zentrale Gewerberegister und Aufnahme des Normalbetriebes beim Datenaustausch.

– Begonnen wurde die Erarbeitung von Vorschlägen, wie gemeinsam mit der Wirtschaftskammer NÖ im Bereich der Gewerbeanmeldeverfahren Beschleunigungen und Vereinfachungen (z. B. auch durch einen elektronischen Datenaustausch) umgesetzt werden können.

– Für den Verfahrensexpress wurde ein Monitoringsystem entwickelt.

● **Führerschein**

– Ausbau des Systems insbesondere auf die neuen Führerscheingruppen sowie im Bereich des Entzuges und der Nachschulung

– Vorbereitung der Zusammenführung der Daten zu einer NÖ Zentraldatenbank und damit Schaffung der Möglichkeit, die künftige Zentrale Führerscheindatenbank zu beliefern

● **Fremdenpolizei**

– Ausbau des Systems im Bereich aller fremdenpolizeilichen Maßnahmen und Unterstützung der Kommunikation mit der Sicherheitsdirektion NÖ

– Adaptierung des Systems für die bereits anzuwendenden Bestimmungen des neuen Fremdenrechtsgesetzes

– Vorbereitung der Einbindung der Datenstation der Sicherheitsdirektion NÖ in unser System (Abfragemöglichkeit).

● **Kfz-Zulassung.** Vorbereitung der organisatorischen und technischen Umsetzung der Privatisierung im Rahmen der Mitarbeit im Länderarbeitskreis Kfz-Zulassung.

● Für den Neubau bzw. größere Umbauten von BHs wurde die Verkabelungs- und Netzwerkplanung durchgeführt (Wien-Umgebung in Klosterneuburg, Wiener Neustadt, Bruck/Leitha, Mistelbach, Korneuburg, Amstetten).

● 1998 wird es vor allem darum gehen, die letzten Anwendungen für den Jahrtausendwechsel fit zu machen.

**Personalbereich**

Der Verwaltungsteil des neuen Personalsystems IPA (integrierte Personalverwaltung- und Abrechnung) ist im Volleinsatz, die Gehaltsverrechnung wird über das neue System dzt. bereits parallel zum alten getestet, der Echteintritt wird mit Jänner 1999 erfolgen. Abrechnung der privaten Telefongespräche über eine automatische Schnittstelle zum Telefonsystem.

**Mitarbeiterverwaltung**

Erstellung der Anwendung für die Verwaltung mitarbeiterbezogener Daten, damit verbundenen administrativen Tätigkeiten und zur Führung des Absenzvormerks für die Bezirkshauptmannschaften. Diese Anwendung wurde auf Basis eines Prototyps der BH Melk erstellt.

**Vorbereitung der Wahlen 1998**

Zu den bisherigen Möglichkeiten werden ab 1998 bei Wahlen alle Ergebnisse mit Grafiken laufend im Internet veröffentlicht werden. Das Endergebnis wird ca. 30 Minuten nach Vorliegen im Internet verfügbar sein. Im Vorfeld der Wahl wurden der Wahlkalender sowie weitere Informationen zur Wahl für den Bürger im Internet zur Verfügung gestellt.

**Förderungsbereich**

**Wohnbauförderung:** Diverse Programmadaptierungen für neue Außenstelle Telearbeit BH Gmünd, Integration der Basisförderung in die bestehenden Abläufe sowie Realisierung der Ökoförderung. Realisierung und Einsatz der Superförderung, Standortausgleichsförderung, Notstandsbeihilfe u. Familiennotstand wurde in Zusammenarbeit mit der HTL St. Pölten entwickelt. Nach der Übernahme von der HTL erfolgte der Test, die Adaptierung und Erweiterungen (automatische Datenübergabe an die Kreditverwaltung, Datenabgleich zwischen Außenstelle Korneuburg und St. Pölten zwecks Überprüfung auf Doppelseinreichungen, Prüfung auf Doppelförderungen und Bezüge). 1998 soll in Zusammenarbeit mit den Förderungsabteilungen versucht werden, ein System für das Internet zu entwickeln.

**Mehrphasenbuchführung (MPB), Kreditverwaltung, Verlagsführung**

Nach Umstellung der MPB für Buchungen ab dem Jahr 2000 im Jahr 1996, wurden heuer erstmals seit dem Bestehen der MPB (1981!) Verbesserungen in der Handhabung durchgeführt (Menüführung, einfacherer Programmwechsel). Automatisierung der Schnittstelle zwischen Verlagsstellen (Bauabteilungen) und der Buchhaltung 3. Weiters wurde eine automatische Schnittstelle zwischen der MPB und dem Kreditverwaltungspaket YK zur Übernahme von Buchungen realisiert. Mit Jänner 1998 wird in der Gruppe Straße komplett auf das Kreditverwaltungspaket und Verlagsprogramm umgestellt.

**Landwirtschaftliche Schulen**

● **Lehrerteil:** Echteintritt der Anwendung für die Erfassung der Dienstleistungen der Lehrer und der Eröffnungsberichte an den 25 landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschulen mit anschließender Kontrolle durch die Abteilung „Landwirtschaftliche Bildung und Landwirtschaft“.

● **Schülerteil:** Für die Abteilung „Landwirtschaftliche Bildung und Landwirtschaft“ wurde eine Accessanwendung zur Übernahme und Verwaltung der Schülerdaten von den landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschulen erstellt.

**Feuerwehr**

Zusätzliche Auswertungen für die Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz, Änderung der Mindestausrüstungsverordnung. Planung der Umstellung von DOS auf Windows-NT-Programme, Datenaustausch von den Feuerwehren zum Landesfeuerwehrkommando.

**Lebensmittelkontrolle**

Umfangreiche Änderungen, um die Erstellung der Jahresberichte an die EU-Kommission zu ermöglichen. Ankauf des Programmes ANDULÜ, das mit Jänner 1998 in Echtbetrieb geht.

**Archivsystem**

Ein Archivsystem zum Einsatz in der Kulturabteilung sowie den Landesmuseen wurde ausgewählt.

**Musikschulen**

Gemeinsam mit der HTL St. Pölten wurde ein Programmsystem zur Verwaltung aller niederösterreichischen Musikschulen entwickelt und zum Einsatz gebracht.

**Gemeinden**

● **Katastrophenfonds.** Ergänzung zum bestehenden Programmpaket für die Erfassung und Bearbeitung von Schadensmeldungen und die Anweisung der Zuschüsse zur Schadensbehebung.

● **Aufwendungen für Tagesmütter.** Durch Adaptierung der Programme können nun die Aufwendungen für Tagesmütter direkt durch die dafür zuständige Abteilung Allgemeine Förderung von den Ertragsanteilen der Gemeinden einbehalten werden.

**Europa-Wählerevidenzen**

Eine Access-Anwendung zur Sammlung bzw. Erfassung der von den Gemeinden gelieferten Daten und der Transfer an das Innenministerium wurde fertiggestellt und bereits erfolgreich eingesetzt. Probleme bestehen bezüglich Qualität der gelieferten Daten. Bei der Bereinigung der Daten wurde die Fachabteilung unterstützt.

**Baudirektion**

Für die Bearbeitung und Abfrage der Standortverzeichnisse für Normen und Richtlinien wurde eine Access-Anwendung entwickelt. Diese wird in der Baudirektion, den Bauabteilungen und Gebietsbauämtern eingesetzt.

**Landesgesetzblatt**

Die Grundvoraussetzungen für die Datenübergabe des Landesrechtes an den Bund zur Übernahme ins RIS wurden geschaffen.

## Umstellung auf den Euro

Momentan geht es primär um das Sammeln aller verfügbaren Informationen und erste Planungsüberlegungen für den konkreten Umstellungsprozeß. Wesentlich ist, daß es zu einer stichtagsmäßigen Umstellung kommt und die Parallelführung für eine gewisse Zeit vermieden wird. Leider sind für konkrete Umsetzungen dzt. zu wenige Informationen verfügbar, so daß eine Planung kaum möglich ist. Jedenfalls läßt sich absehen, daß ein Schwerpunkt der Tätigkeit bei vielen Anwendungen im Jahr 1998 die Euro-Umstellung sein wird.

## Neues Vorgehensmodell

Einführung eines neuen Werkzeugs (CASE) für die Unterstützung der Softwareentwicklung im Bereich der Landesamtsdirektion – Informationstechnologie und Anpassen der entsprechenden Dienstanweisungen und Richtlinien. Dabei wird nun zwischen Norm- und Miniprojekten unterschieden und eine angepaßte Vorgehensweise und Dokumentation gewährleistet.

## Qualitätssicherung

Alle Programmentwicklungen werden – soweit es die Kapazität erlaubt – einer internen Qualitätssicherung unterzogen, was ein hohes Ausmaß an Fehlerfreiheit der Anwendungen gewährleistet und hilft, die laufende Betreuung der Benutzer zu minimieren.

## Schulung

An insgesamt ca. 1000 Schulungshalbtagen wurde die MS-Office-Palette sowie LAKIS geschult.

## Kanzleiaufsicht

### Aufgaben und Schwerpunkte 1997

Der Kanzleiaufsicht obliegt die Besorgung der Aufgaben des Inneren Dienstes im Bereich des Kanzleidienstes (Sorge für einen einheitlichen und geregelten Geschäftsgang in der Verwaltung). Die Änderungen in den Anforderungen und das Fortschreiten der technischen Entwicklung sowie eine geänderte Gesetzeslage bedingen eine ständige Aktualisierung der für den Kanzleidienst geltenden Regelungen. Die Übersiedelung des Amtes der NÖ Landesregierung war im Jahre 1997 ein besonderer Schwerpunkt der Kanzleiaufsicht und erforderte einen beträchtlichen Zeitaufwand. Im Zuge der Übersiedelungen konnten im Bereich der „Zentralen Dienste“ Strukturveränderungen durchgeführt werden.

Es wurden die Schreibstelle Operngasse, die Postsammelstelle Operngasse und die Poststelle Bundesländerhaus aufgelassen. Durch die wesentlich verbesserte Unterbringung und Ausstattung der zentralen Dienste in St. Pölten konnten 12 Dienstposten eingespart werden.

Im ständigen Bestreben zu einer kundenorientierten Verwaltung wurden in den Amtsgebäuden in St. Pölten Servicestellen eingerichtet, die jeweils von einer im Haus untergebrachten Dienststelle betreut werden. Die Hauptaufgabe dieser Servicestellen ist, unseren Kunden die gewünschten Auskünfte zu erteilen oder sie an die für ihre Anliegen zuständige Stelle weiterzuleiten. Diese Einrichtungen konnten ohne zusätzliches Personal realisiert werden.

Über Antrag der Abteilungen Personalangelegenheiten wurden zu Anträgen um Zuteilung von Kanzleipersonal bzw. zu dienstrechtlichen Maßnahmen Erhebungen durchgeführt und Stellungnahmen abgegeben.

Im Rahmen der Textkoordinierungsstelle wären, wie in den letzten Jahren, Änderungen bzw. Ergänzungen der Dienstanweisung Texthandbuch wegen weiterer Textprogramme bzw. Gesetzesänderungen erforderlich.

## Aus- und Weiterbildung

Ergänzend zur praktischen Ausbildung des Kanzleipersonals bei den Dienststellen wurde bei Einführungskursen für Neuaufnahmen und Vorbereitungskursen für die Kanzleiprüfung vorgetragen. Bei Kursen für Techniker aus Anlaß ihrer Dienstprüfung sowie in Seminaren der Aus- und Weiterbildung wurde die Materie Kanzleiordnung behandelt. Bei den Prüfungen für den Dienstzweig Kanzleidienst hat die Kanzleiaufsicht ebenfalls mitgewirkt.

Mit den Bürodirektoren wurde wieder ein Seminar im Rahmen der Aus- und Weiterbildung abgehalten. In diesem Seminar wurden aktuelle Problembereiche der Bezirkshauptmannschaften behandelt und Lösungsvorschläge erarbeitet. Mit den Kanzleileitern des Amtes der NÖ Landesregierung wurden in Dienstbesprechungen die aktuellen Anliegen besprochen.

## Überprüfung von Landesdienststellen

Von der Kanzleiaufsicht wurden, wie in den Vorjahren, Kanzleien des Amtes hinsichtlich Personalbedarf sowie rationelle Abwicklung der Kanzleigeschäfte und Einhaltung der für den Kanzleidienst geltenden Vorschriften überprüft. Dabei konnten wieder Personaleinsparungen erzielt bzw. Personalanforderungen vermieden werden. Diese Überprüfungen erfolgten teilweise in Zusammenarbeit

mit der Abteilung Landesamtsdirektion/Innenrevision.

Durch die Umsetzung des Gruppenkonzeptes waren organisatorische Änderungen des Zuständigkeitsbereiches von Kanzleien erforderlich.

## Allgemeine Schreibstelle

In der Allgemeinen Schreibstelle wurde als wichtigste Aufgabe die Schulung von Kanzleibediensteten wahrgenommen. Dabei wurde besonders auf die rationelle, ordnungsgemäße und saubere Herstellung von Schriftstücken geachtet. Von der Allgemeinen Schreibstelle wurden auch 1997 wieder Aufnahmetests für Bewerber um Aufnahme in den Landesdienst durchgeführt.

Beispielhaft wird angeführt, daß darüber hinaus ca. 25.000 Schriftstücke angefertigt, rund 5.000 Schriftstücke mit Adressen versehen und versandfertig gemacht wurden. Weiters wurden fast 2.500 Fernschreiben und rund 8.500 Telekopien abgesendet.

## Poststelle

Der Poststelle obliegt die Übernahme und Aufteilung der einlangenden Post für den gesamten Bereich des Amtes der NÖ Landesregierung sowie der Postversand. Von der Poststelle wird auch der Postdienst zwischen St. Pölten und Wien sowie zu den dezentralisierten Standorten des Amtes der NÖ Landesregierung und allen Bezirkshauptmannschaften organisiert und abgewickelt.

An Portogebühren mußten für die Dienstpost rund 12 Mio. S aufgewendet werden. Durch die Ausweitung des Postdienstes zu allen Bezirkshauptmannschaften und der damit möglichen verstärkten Nutzung von Sammelpost etc. konnte der Aufwand für Portogebühren beim Amt trotz der Portogebührenerhöhung mit Juli 1997 um ca. S 800.000,- gesenkt werden.

Mit dem Verkauf von Ausschreibungsunterlagen und Wohnbauförderungsformularen wurden ca. S 600.000,- an Einnahmen erzielt.

## Zentralregistratur

Die Zentralregistratur hat die Aufgabe alle Akten und Schriftstücke der Gruppen und Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung bis zu deren Übergabe an das Landesarchiv zu verwahren.

Von 58 Gruppen bzw. Abteilungen wurden 1997 1370 Aktenkartons zur weiteren Aufbewahrung übernommen. Zur Reduzierungen des Lagerbedarfes konnte der Inhalt von 473 Aktenkartons zur Verfilmung vorbereitet und der Mikrofilmstelle weitergegeben werden.

Mit dem Papierwolf wurden über 80.000 kg ausgeschiedenes Aktenmaterial zerkleinert und der Altpapierverwer-

tung zugeführt. Weiters wurden Mikrofilme und EDV-Bänder mit einem Mikrofilmvernichter entsprechend den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet.

Im Jahr 1997 wurde die Übersiedelung der Zentralregistratur nach St. Pölten fortgesetzt und abgeschlossen. Dabei wurden die in Wien 1, Bankgasse 1 und 2, und in der Teinfaltstraße 8 gelagerten Aktenbestände sowie die dazugehörigen Nachschlagebücher und Karteikarten übersiedelt. Das Übersiedelungsgut umfaßte 556 Paletten und wurde mit 31 Lkw-Transporten durchgeführt.

### Ziele 1998

- Überprüfung von Landesdienststellen hinsichtlich Arbeitsabläufe und Personaleinsparungsmöglichkeiten teilweise gemeinsam mit der Innenrevision vorrangig bei den Kanzleien beim Amt der NÖ Landesregierung;
- Vorschläge für rationellere Arbeitsabläufe auszuarbeiten und Einsparungsmöglichkeiten vorzuschlagen;
- Mitwirkung bei der Einführung des NÖ Landeskommunikations- und Informationssystem – NÖ LAKIS – bei den Dienststellen des Amtes;
- Mitarbeit bei der Einführung des elektronischen Aktes in der Abteilung Landesamtsdirektion;
- Ausarbeitung einer Neufassung der DA Kanzleiordnung unter Berücksichtigung der Anforderungen durch das NÖ LAKIS;
- Aktualisierung der „Handbücher für Bürodirektoren und Kanzleileiter“;
- Wartung und Ergänzung der für den Betrieb der Servicestellen erforderlichen Unterlagen im NÖ LAKIS „Handbuch für die Servicestellen“;
- Änderungen bzw. laufende Aktualisierung der für den Kanzleidienst maßgeblichen Dienstweisungen (z. B. Materienverzeichnisse);
- Durchführung der Änderungen des Texthandbuches der Bezirkshauptmannschaften auf Grund von Anträgen der Berichterstatter;
- Vorbereitung der Umstellung der Textbausteine von TEXASS auf WinWord;
- Mitwirkung bei der Aus- und Weiterbildung – Schwerpunkt „Anwendung der Kanzleiordnung“;
- Ausbildung von neu aufgenommenen Kanzleibediensteten.

## Verwaltungsinnovation

### Aufgaben und Schwerpunkte 1997

Projekt „Verfahrensexpreß“ – Beschleunigung von Betriebsanlagengenehmigungsverfahren

● **Projekthalt.** Die Situation bei Betriebsanlagengenehmigungsverfahren wurde in zwei Pilotbezirken erhoben und untersucht (Istzustandsanalyse). Aufgrund dieser Analyse wurde ein Konzept erstellt, wie künftig die Abwicklung von Verfahren vom Erstkontakt des Einreichers bis zum endgültigen Bescheid aussehen soll sowie welche Rahmenbedingungen geschaffen und welche Begleitmaßnahmen getroffen werden müssen. In weiterer Folge ist dieses Konzept flächendeckend bei allen Bezirksverwaltungsbehörden in Niederösterreich umzusetzen.

● **Projektziel.** Grobziel im Rahmen dieses Projektes ist die rasche und effiziente Verfahrensabwicklung unter Berücksichtigung eines optimalen Ressourceneinsatzes.

● **Weitere Vorgangsweise.** Mittlerweile ist das Pilotprojekt in Amstetten und Baden abgeschlossen. Im Rahmen einer Großveranstaltung durch Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll und Landesrat Gabmann wurde der Start für die Ausweitung auf alle Bezirke Niederösterreichs bekanntgegeben.

Selbstverständlich sind dabei im Sinne der immer erfolgreich praktizierten Sozialpartnerschaft auch alle zuständigen Interessenvertretungen eingebunden. Um in Zukunft die in diesem Projekt formulierten Ziele messen zu können, wurde ein Kennzahlensystem entwickelt. Mit Unterstützung dieses Systems können auch Defizite rechtzeitig erkannt und sofort Steuerungsmaßnahmen gesetzt werden.

Projekt  
„Kompetenzverlagerung  
Wasser – Gewerbe“

Aufgrund der Novellen zum Wasserrechtsgesetz und zur Gewerbeordnung kommt es zu Kompetenzverlagerungen vom Landeshauptmann zu den Bezirksverwaltungsbehörden und auch umgekehrt.

Um die damit verbunden Organisationsänderungen optimal abzuwickeln, wurde vorerst der Ist-Zustand (Mengengerüst der Akte/Verfahren und die damit verbundene Personalkapazität) erhoben.

In dieses Projekt sind alle betroffenen Gruppen und Abteilungen des Amtes, die Bezirkshauptmannschaften und die Gebietsbauämter sowie die Dienststellen- und die Zentralpersonalvertretung eingebunden. Das Projektmanagement liegt bei der Landesamtsdirektion – Verwaltungsinnovation.

Die tatsächlich notwendige Personalverlagerung und der Zeitplan für die Umsetzung zwischen den betroffenen Dienststellen wird in den Abteilungen Wasserrecht und Gewerberecht und auf den Bezirkshauptmannschaften Anfang 1998 fixiert.

Im nächsten Schritt wird die Seite der betroffenen technischen Abteilungen behandelt, inwieweit es auch in diesem Bereich sinnvoll ist, Personal zu dezentralisieren.

Projekt Landeshauptstadt

● **Abschluß der Besiedelung.** In der dritten Augustwoche fand die Übersiedelung der Dienststellen von Wien nach St. Pölten ihr „glückliches Ende“. Nunmehr sind alle vorgesehenen Abteilungen in der Landeshauptstadt anwesend.

● **Beteiligung an den Tagen der Offenen Türen.** Am 13. und 14. September 1997 sorgte die Landesamtsdirektion für die Präsentation von Büros mit eingehenden Führungen und Erläuterungen.

● **Mängelbehebung.** Die Nachwehen der Mängelfeststellung und Behebung (z. B. Fluchtweg- und Sicherheitskonzept Garage) sind, soweit heute absehbar, noch längere Zeit nicht überstanden, da in diesem Zusammenhang eine Fülle von rechtlichen Fragen zu klären ist.

● **Wieselbusse.** Auf einigen Linien – vor allem Linie L Wien – kam es zu Kapazitätsengpässen, da offensichtlich wesentlich mehr Personen vom Wieselangebot Gebrauch machten, als vorher in allen Umfragen erhoben wurde. Dank einer Sofortentscheidung durch Landeshauptmann Dr. Pröll konnte dieses Problem kurzfristig durch Einsatz zusätzlicher Verstärkerbusse gelöst werden.

● **Broschüre Neues NÖ Landhaus.** Die wesentlichen Schritte im Rahmen des Projektes Landeshauptstadt wurden in einer Broschüre dokumentiert.

Internet: Homepage

Am 31. Jänner 1997 wurde erstmals die „Homepage“ des Landes Niederösterreich im Internet angeboten. Bis Jahresende 1997 haben bereits weit über 40.000 Besucher diese Homepage aufgerufen.

Die Rubrik „Politik“ beschreibt die Aufgaben des Landtages und beinhaltet eine Kurzbiographie aller Regierungsmitglieder sowie eine Liste aller Abgeordneten.

Der Bereich „Verwaltung“ gibt einen Überblick über die Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung und die Organisation der Landesverwaltung (Amt der Landesregierung mit der Gruppenorganisation, Bezirkshauptmannschaften mit Außenstellen, Gebietsbauämter).

Das Kapitel „Service“ ist für die Bürger Niederösterreichs besonders wichtig. Es enthält Informationen über Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung, Familienförderung, Angebote zum Thema Raumordnung und Umweltschutz und vieles mehr. Jede Person, die über einen Internetzugang verfügt, kann daher jederzeit nicht nur Informationen abrufen, sondern gleichzeitig auch allenfalls benötigte Formulare am Drucker zu Hause ausdrucken.

Im Zusammenhang mit der ständigen Ausweitung der Internetaktivitäten wurden auch begleitende Organisationsmaßnahmen wie z. B. die laufenden Kontakte mit den Internetbetreuern in den Gruppen organisiert.

#### LAKIS/Elektronischer Akt (ELAK)

Mit der Einführung des Elektronischen Aktes (ELAK) in LAKIS ist auch das Personaleinsparungspotential festzusetzen. Dazu erfolgten entsprechende Erhebungsarbeiten der Personalzahlen. Der Elektronische Akt wurde mittlerweile bei der Landesamtsdirektion in fast allen Bereichen erfolgreich eingeführt.

#### Test von neuen EDV-Systemen

Als Alternative für das Diktieren auf Tonband wurde im Jahr 1997 das IBM Voice-System einigen weiteren Tests unterzogen.

#### Mitarbeiterverwaltung

Für die Entwicklung einer „Mitarbeiterverwaltung“ bei Bezirkshauptmannschaften wurde Grundlagenmaterial zusammengetragen. Darüber hinaus wurden Stellenbeschreibungen, Arbeitsverteilungspläne und Organigramme für alle Dienststellen des Landes bearbeitet.

#### Öffentlichkeitsarbeit

1997 sind in der Reihe der „NÖ Schriften“ folgende Broschüren erschienen:

Nr. 92: Buchschmuck in Lilienfelder Handschriften, Martin Roland, NÖ Institut für Landeskunde (= Studie und Forschung aus dem NÖ Institut für Landeskunde Band 22)

Nr. 93: Ein Rechnungsbuch Albrechts III, Christian Lackner – Edition und Textanalyse, NÖ Institut für Landeskunde (= Studie und Forschung aus dem NÖ Institut für Landeskunde Band 23)

Nr. 94: Der Landtag von Niederösterreich, NÖ Landtagsdirektion

Nr. 95: NÖ Kinderstudie, Teil 1: Kind sein – Fakten in der Fachliteratur; Martin Peter

Nr. 96: Agenden/Aktivitäten 1996/1997

Nr. 97: Der Landtag von Niederösterreich: Abschied von Wien – Beginn in St. Pölten

Nr. 98: Jugendwohlfahrt – Analyse und Planung; Bedarfsanalyse, Organisationsstruktur, New Public Management – eine wirkungsorientierte Verwaltungsführung

Nr. 99: Festschrift zur Eröffnung des Neubaus der NÖ Landesbibliothek

Nr. 100: Neues NÖ Landhaus – Aus dem Haus der Stände in das Haus der Bürger – Eine Landesverwaltung zieht um, Landesamtsdirektion

Nr. 101: Mit Kindern wachsen – Montessori-Werkstatt 18.–20. April 1996, Emmersdorf an der Donau

Nr. 102: Statistisches Handbuch des Landes NÖ; 21. Jahrgang; 1996/97

Nr. 103: Mit Kindern auf dem Weg II – Referate anlässlich der Kindergartensymposien 1993/94/95

## Verfassungsdienst

### Aufgaben und Schwerpunkte 1997

#### Legistik

Im Bereich Legistik sind sowohl die Fachabteilungen, die Gesetz- und Verordnungsentwürfe erstellen, zu betreuen, als auch die vom Bund ausgesendeten Entwürfe zu begutachten. Darüber hinaus ist die Teilnahme an Besprechungen mit den Fachabteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung sowie mit den Bundesdienststellen erforderlich.

#### Landesrecht

Aus der Fülle der landesrechtlichen Vorschriften, an denen der Verfassungsdienst mitgewirkt hat, wird auf folgende Gesetze und Verordnungen hingewiesen:

#### Neue Gesetze

- NÖ Gesundheits- und Sozialfondsgesetz, LGBl. 8450-0
- NÖ Landeshauptstadt-Errichtungsgesetz, LGBl. 0007-0
- NÖ Sportgesetz, LGBl. 5710-0
- NÖ Gleichbehandlungsgesetz, LGBl. 2060-0
- NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997, LGBl. 0032-0

#### Novellen von Gesetzen

Folgende Gesetze wurden geändert:

- Gesetz über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden, LGBl. 1030-70, -71 und -72
- NÖ Landarbeiterkammergesetz, LGBl. 9000-5
- NÖ Buschenschankgesetz, LGBl. 7045-2
- NÖ Landarbeitsordnung 1973, LGBl. 9020-16
- NÖ Landwirtschaftliches Schulgesetz, LGBl. 5025-5

- NÖ Pflichtschulgesetz, LGBl. 5000-12
- DPL 1972 Dienstpragmatik der Landesbeamten, LGBl. 2200-43
- NÖ Abgabenordnung 1977 (NÖ AO 1977), LGBl. 3400-5
- NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (GBDO), LGBl. 2400-29
- NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1976 (GVBG), LGBl. 2420-34
- NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 (GBGO), LGBl. 2440-34
- NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz 1976, LGBl. 2600-3
- NÖ Schulaufsichts-Ausführungsgesetz 1975, LGBl. 5010-7
- NÖ Wohnungsförderungsgesetz (NÖ WFG), LGBl. 8304-6
- NÖ Bezügegesetz, LGBl. 0030-13
- NÖ Gemeinde-Bezügegesetz (NÖ GBezG), LGBl. 1005-10
- Kremser Stadtrecht 1977, LGBl. 1010-7
- St. Pöltner Stadtrecht 1977, LGBl. 1015-8
- Waidhofner Stadtrecht 1977, LGBl. 1020-7
- Wiener. Neustädter Stadtrecht, LGBl. 1025-7
- NÖ Landwirtschaftskammergesetz, LGBl. 6000-7
- NÖ Krankenanstaltengesetz 1974 (NÖ KAG 1974), LGBl. 9440-12

#### Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG

Im Jahr 1997 wurde folgende Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG abgeschlossen:

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien zur Errichtung und Erhaltung eines Nationalpark Donau-Auen, LGBl. 5506-0.

#### Neue Verordnungen

- NÖ Tagesmütter/-Väter-Verordnung, LGBl. 5065/1-0
- NÖ Tagesbetreuungsverordnung, LGBl. 5065/2-0
- Verordnung über die Umlegung von Landeshaupt- und Landesstraßen, LGBl. 8500/92-0
- Verordnung über die Übernahme von Straßen in das Landesstraßennetz, LGBl. 8500/93-0
- Verordnung: Aufteilung Mandate Vollversammlung NÖ Landarbeiterkammer, LGBl. 9000/10-0
- NÖ Hortverordnung, LGBl. 5065/3-0
- Verordnung über die Geschäftsführung des NÖ Kultursenates, LGBl. 5301/1-0
- Verordnung über Wildtierarten, deren Haltung beschränkt ist, LGBl. 4610/3-0
- NÖ Krankenanstaltengebühren 1997, LGBl. 9440/1-0
- Verordnung über die Höhe der Beitragsleistungen der Gemeinden an die Interessenvertretungen für das Jahr 1998, LGBl. 1005/1-0
- Verordnung über ein Assanierungsgebiet in Neunkirchen, LGBl. 8315/7-0

- Verordnung über ein Assanierungsgebiet in Krems an der Donau, LGBl. 8315/8-0
- NÖ Bau-Übertragungsverordnung, LGBl. 1090/2-0
- NÖ Luftfahrthindernisverordnung, LGBl. 8760/1-0
- Verordnung über die Vollziehung der StVO 1960 in Amstetten, LGBl. 8790/8-0
- Verordnung über ein regionales Raumordnungsprogramm Untere Enns, LGBl. 8000/35-0
- Verordnung über die Festlegung der Wahltag für die Wahl der Organe der Personalvertretung für die Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Niederösterreich, LGBl. 2002/2-0
- Verordnung über die Haltung von Pelztieren, LGBl. 4610/4-0
- Verordnung über den Schulversuch „Fachschole für Biologischen Landbau und Direktvermarktung“, LGBl. 5025/27-0
- Verordnung über die Geschäftsführung der Fachbeiräte und Gutachtergremien, LGBl. 5301/2-0
- NÖ Landwirtschaftliche Schulorganisationsverordnung, LGBl. 5025/1-0
- Verordnung über die Trennung der Gemeinde Zeiselmauer, LGBl. 1000/10-0
- Verordnung über eine gebietsweise Änderung der Schuß- und Schonzeiten für die Fasanhenne im Jagdjahr 1997, LGBl. 6500/5-0
- Verordnung über das Schlachten und Töten von Tieren, LGBl. 4610/1-0
- Verordnung über die Geltung von Verordnungen auf Grund der NÖ Bauordnung 1996 und der NÖ Aufzugsordnung 1995 für bundeseigene, öffentlichen Zwecken dienende Gebäude, LGBl. 8200/5-0
- NÖ Bautechnikverordnung 1997 (NÖ BTV 1997), LGBl. 8200/7-0
- Verordnung über die Übernahme einer Straße in das Landesstraßennetz, LGBl. 8500/94-0
- NÖ Kormoranverordnung, LGBl. 6500/12-0
- NÖ Mopedausweisverordnung, LGBl. 8785/1-0
- NÖ Gemeinde-Ergänzungszulagenverordnung 1998, LGBl. 2400/20-0
- Verordnung über die Vollziehung des Fremdengesetzes 1997, LGBl. 4020/1-0
- NÖ Ergänzungszulagenverordnung 1998, LGBl. 2200/2-0
- NÖ Gemeinde-Überleitungsausgleichzulagenverordnung, LGBl. 2440/1-0
- Verordnung über die Ausschreibung der Wahl des Landtages von Niederösterreich, LGBl. 0300/12-0

#### Novellen von Verordnungen

Folgende Verordnungen wurden geändert:

- Verordnung über die Schulsprengel der berufsbildenden Pflichtschulen in Niederösterreich, LGBl. 5000/60-11
- Verordnung über die Auflassung von Landesstraßen, LGBl. 8500/41-28

- NÖ Pflegebeitragsverordnung, LGBl. 9270/1-5
- NÖ Heim- und Tagesbetreuungsverordnung, LGBl. 9270/10-2
- Gemeinde-Ergänzungszulagenverordnung, LGBl. 2400/20-1
- Verordnung über die Festsetzung von Höchsttarifen für das Gewerbe der Rauchfangkehrer in Niederösterreich, LGBl. 7000/50-13
- Verordnung über die Aufteilung der Mandate der Vollversammlung der NÖ Landarbeiterkammer, LGBl. 9000/10-1
- Verordnung über die Änderung von Bezirksbauernkammerbereichen, LGBl. 6000/1-3
- Verordnung über ein regionales Raumordnungsprogramm NÖ Zentralraum, LGBl. 8000/76-1
- NÖ Kehrgebietsverordnung 1991, LGBl. 7000/51-2
- Verordnung über die Trennung der Gemeinde Wolfsthal-Berg, LGBl. 1000/8-1
- Gemeinde-Verwaltungsabgabenverordnung 1973, LGBl. 3800/2-3
- NÖ Fleischuntersuchungsgebührenverordnung, LGBl. 6401/1-3
- Verordnung über die Organisation und die Lehrpläne der öffentlichen Land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen, LGBl. 5025/1-11
- Verordnung über die Bestellung der Vertreter der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer für den Landwirtschaftlichen Schulbeirat, LGBl. 5025/2-1
- NÖ Schülerheim-, Lern- und Arbeitsmittelbeitragsverordnung, LGBl. 5025/3-8
- Verordnung über den Schulversuch „Betriebs- und Dorfhelferinnen-Ausbildung“, LGBl. 5025/25-1
- Verordnung über den Kostenbeitrag für die feuerpolizeiliche Beschau, LGBl. 4400/9-1
- Verordnung über die Neufestsetzung der schulfesten Lehrerstellen an Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie an Schulen des Polytechnischen Lehrganges, LGBl. 2600/10-8
- Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 1984, LGBl. 3800/1-7
- Verordnung über die Schulsprengel der Hauptschulen und die Hauptschulgemeinden in Niederösterreich, LGBl. 5000/10-14
- Verordnung über Berechtigungssprengel für Hauptschulen und Hauptschulklassen mit besonderer Berücksichtigung der sportlichen Ausbildung in Niederösterreich, LGBl. 5000/11-1
- Verordnung über die Schulsprengel der Volksschulen und die Volksschulgemeinden in Niederösterreich, LGBl. 5000/20-14
- Verordnung über die Schulsprengel der Sonderschulen und die Sonderschulgemeinden in Niederösterreich, LGBl. 5000/30-11
- Verordnung über die Schulsprengel und Schulgemeinden der Polytechnischen Lehrgänge in Niederösterreich, LGBl. 5000/40-10

- Verordnung über die Herabsetzung des Kostenbeitrages der Eltern, LGBl. 5060/3-1
- NÖ Jagdverordnung, LGBl. 6500/1-30
- Verordnung über die Fachprüfung für den Staatsbürgerschaftsdienst, LGBl. 2400/8-1
- Verordnung über die Auflassung von Landesstraßen, LGBl. 8500/41-29
- NÖ Bau-Übertragungsverordnung, LGBl. 1090/2-1
- Verordnung über Betriebszeiten von Gewerbebetrieben an Sonn- und Feiertagen, LGBl. 7005/1-3
- Verordnung über das zulässige Höchstmaß der Aufwandsentschädigung für Funktionäre eines Gemeindeverbandes, LGBl. 1600/1-1
- Verordnung über die Fachprüfung für den Standesbeamtenamt, LGBl. 2400/7-1 und -2
- Verordnung über die Fachprüfung für den Staatsbürgerschaftsdienst (NÖ StbPO), LGBl. 2400/8-2
- NÖ Gemeinde-Ruhegeußbemessungsverordnung, LGBl. 2400/15-2
- Verordnung über die Auflassung von Landstraßen, LGBl. 8500/41-30
- Verordnung über die Umlegung von Landeshaupt- und Landesstraßen, LGBl. 8500/92-1
- Hausbesorgerentgeltverordnung 1972, LGBl. 9100/1-19
- Verordnung über Sozialhilfen, LGBl. 9200/1-26
- NÖ Pflegebeitragsverordnung, LGBl. 9270/1-6
- NÖ Gemeindeverbändeverordnung, LGBl. 1600/2-30

Im Zuge der *Deregulierung* des Landesrechtes wurden folgende Rechtsvorschriften aufgehoben:

Folgende Verordnungen wurden dereguliert, indem sie inhaltlich in die NÖ Bautechnikverordnung 1997 (NÖ BTV 1997), LGBl. 8200/7-0, eingearbeitet wurden:

- Verordnung über die periodische Überprüfung von Feuerungsanlagen, LGBl. 8100/1-1
- Verordnung über die Ausführung der Baupläne (Bauplanverordnung), LGBl. 8200/2-1
- NÖ Garagenverordnung, LGBl. 8200/3-2
- NÖ Heizungsverordnung, LGBl. 8200/4-1
- NÖ Schutzraumverordnung, LGBl. 8200/6-3
- Verordnung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt von Heizöl, LGBl. 8200/10-5

#### Bundesrecht

Im Jahr 1997 wurden 123 Gesetzesentwürfe des Bundes begutachtet (im Jahr 1996 waren es 124). Dazu kommt, daß der Verfassungsdienst des Landes Niederösterreich auch zu grundlegenden Vorhaben des Bundes beigezogen wird,

so z. B. bei den Verhandlungen über den Konsultationsmechanismus und die Bundesstaatsreform.

**Verlautbarung von Rechtsvorschriften**

1997 wurden im Landesgesetzblatt 146 Rechtsvorschriften in 18 Lieferungen verlaubar (1996 waren es 175 Rechtsvorschriften in 13 Lieferungen).

**Europarecht**

● **Mitteilung der Umsetzung von EG-Richtlinien im NÖ Landesrecht.** Im Jahre 1997 wurde die Umsetzung von 16 EG-Richtlinien in 12 NÖ Rechtsvorschriften der europäischen Kommission im Wege des Bundeskanzleramtes mitgeteilt.

● **Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften.** Im Jahre 1997 wurden durch den Verfassungsdienst verschiedene Vorabentscheidungs- und Vertragsverletzungsverfahren betreut.

● **Informationsverfahren.** Weiters wurden die Rechtsabteilungen bei der Mitteilung von Entwürfen von technischen Vorschriften nach der EG-Richtlinie 83/189/EWG in der Fassung 94/10/EG betreut.

**Datenschutz**

Der Einsatz der automationsunterstützten Datenverarbeitung nimmt bei den Dienststellen des Landes weiter zu. Derzeit sind beim Datenverarbeitungsregister insgesamt 667 Verarbeitungen registriert (vgl. Tabelle am Fuß der Seite).

**Verfahren vor den Höchstgerichten**

● **Verfassungsgerichtshof.** Im Jahre 1997 wurden 46 Verfahren mit Bezug zu Niederösterreich entschieden (1996 waren es 57 Verfahren), davon 4 Gesetzesprüfungsverfahren. Bei den Gesetzesprüfungsverfahren führte ein Fall zu einer Aufhebung.

Von 42 Beschwerdeverfahren gemäß Art. 144 B-VG wurden 5 Beschwerden abgewiesen, bei 29 Beschwerden die Behandlung abgelehnt; 1 Beschwerde wurde zurückgewiesen, bei 7 Beschwerden wurde der angefochtene Bescheid aufgehoben.

● **Verwaltungsgerichtshof.** Im Jahr 1997 wurden 237 Beschwerdefälle mit Bezug zu Niederösterreich entschieden (im Jahr 1996 waren es 274 Verfahren).

Ergebnis der Verfahren	Anzahl
Abweisung der Beschwerde	112
Zurückweisung der Beschwerde	28
Einstellung des Verfahrens	44
Aufhebung des angefochtenen Bescheides	30
Ablehnung der Behandlung der Beschwerde	23

**Aus- und Weiterbildung**

Im Jänner 1997 übersiedelte die Stabsstelle Aus- und Weiterbildung von Wien in das neue Landhaus (Haus 3) nach St. Pölten.

Im Jahr 1997 begann die Neustrukturierung der ehemaligen NÖ Verwaltungsakademie voll zu greifen.

Als unmittelbare Nachfolgeorganisationseinheit der NÖ Verwaltungsakademie wurde bei der Landesamtsdirektion die Stabsstelle „Aus- und Weiterbildung“ (kurz LAD1 – AW) gegründet. Diese Stabsstelle nimmt folgende Aufgaben wahr:

- die Planung, Organisation, Durchführung und Kontrolle aller Ausbildungsmaßnahmen in der NÖ Landesverwaltung, insbesondere die Durchführung der Ausbildungsseminare (Einführungs-, Pflicht- und Wahlseminare lt. den jeweiligen Ausbildungsvorschriften);
- die Betreuung und Beratung der Gruppen und Dienststellenleiter bzw. der Ausbildungsbeauftragten in Sachen „Aus- und Weiterbildung“;
- die ständige Adaption und Überarbeitung der Ausbildungssysteme gemeinsam mit Vertretern des jeweiligen Dienstzweiges;
- die Erarbeitung neuer Ausbildungssysteme (gemeinsam mit kompetenten Arbeitskreisen);
- die Planung und Durchführung einer jährlichen Bildungsbedarfserhebung bei allen Dienststellen des NÖ Landesdienstes, die als Grundlage der Beauftragung der NÖ Landesakademie dient;
- die Evaluation von Bildungsmaßnahmen und
- die Kontrolle jener Bildungsmaßnahmen, die auftragsgemäß von der NÖ Landesakademie durchgeführt werden.

**Schwerpunkte 1997**

**Nachwuchsführungskräftelehrgang**

Die Lehrgänge für Nachwuchsführungskräfte des NÖ Landesdienstes werden kontinuierlich fortgesetzt.

Heuer wurden wieder zwei Gruppen mit insgesamt 39 Teilnehmer/innen begonnen.

1997 wurde eine umfassende Evaluationsstudie zur Überprüfung der Qualität des Führungskräftelehrganges in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse werden im Jahr 1998 vorliegen und Rückschlüsse auf mögliche Adaptionen des Führungskräftelehrganges zulassen.

**Aus- und Weiterbildung**

Die Stabsstelle Aus- und Weiterbildung führte auch 1997 zahlreiche Einführungs-, Pflicht- und Wahlseminare für neu aufgenommene Mitarbeiter/innen im NÖ Landesdienst durch.

Erstmals wurden die neuen Landesbediensteten unabhängig von ihrer Verwendungsgruppe in gemeinsamen Einführungsseminaren betreut und eingeschult.

**Abteilungsinterne und abteilungsübergreifende Klausuren**

Ein immer wiederkehrender Schwerpunkt der Arbeit der Abteilung Landesamtsdirektion/Aus- und Weiterbildung ist die Organisation und Durchführung von Problemlöseklausuren und die Mitwirkung in Projektgruppen.

Dieser Schwerpunkt wurde zwar teilweise an die Abteilung Landesamtsdirektion/Verwaltungsinnovation abgegeben. Es zeigt sich jedoch ein kontinuierlich steigender Bedarf an Problemlöse- und Konfliktklausuren.

Insgesamt wurden 1997 12 solcher Klausuren von der Stabsstelle organisiert und durchgeführt.

**Sonderprogramm**

Aufgrund spezieller Anlässe bzw. bei Situationen, die rasch aktuelle Informationen verlangen, wurden Informationsveranstaltungen im Rahmen des „Sonderprogrammes“ organisiert.

Hier ein Auszug der Themen:

- „Die Rechtschreibreform“
- „Effiziente Mitarbeiter- und Dienstbesprechung – ein Erfolgsfaktor“
- 21. Landhausgespräch: „Wie verträglich ist der Donaubau mit dem Nationalpark Donauauen“
- 22. Landhausgespräch: „Europadiplom der Wachau“

Datenverarbeitungsregister – Verarbeitungen	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Amt der NÖ Landesregierung	88	98	107	111	119	123	123
Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich	286	304	314	362	372	436	446
Sonstige Dienststellen des Landes (wie z. B. ABB, Landeskrankenhäuser, Berufsschulen)	49	97	100	102	102	102	98
Summe	423	499	521	575	593	661	667

Bereich Soziales

● Im Bereich „Kindergarten“ wurden die erfolgreichen und intensiven Weiterbildungsmaßnahmen fortgeführt.

● Das Interesse an Supervisionen von Landesbediensteten, die im beruflichen Umgang mit Menschen besonderen psychologischen Belastungen ausgesetzt sind und kontinuierliches Lernen im Umgang mit „schwierigen“, leidenden und verhaltensgestörten Menschen benötigen, nimmt weiter zu. Das Personal der Landeskrankenhäuser, der Landespensionisten- und -Pflegeheime, Sozialarbeiter aus der Jugendwohlfahrt, der Sozialhilfe und dem Psychosozialen Dienst sowie Kindergärtnerinnen und Kindergarteninspektorinnen nahmen an Supervisionen teil. Leider konnten aus budgetären Gründen einige Gruppen nicht genehmigt werden.

Im Anschluß an das tragische Messerattentat Mitte Februar 1996 auf der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt, durch das ein Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin der Sozialabteilung sehr schwer verletzt wurden, wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

● Sofortige „Krisenintervention“ durch einen Therapeuten und einen Psychologen. – Ziel: Betreuung jener Mitarbeiter/innen, die das Attentat unmittelbar bzw. mittelbar erlebten.

● Intensive therapeutische Betreuung der beiden Opfer.

● Gründung des Arbeitskreises „Sicherheit und Bürgerservice“. In zwei Klausurtagen wurde ein Unterstützungsprogramm für jene Mitarbeiter/innen des Landesdienstes erarbeitet, die intensiv mit ausländischen Bürgern zu tun haben.

Die Lösungen beziehen sich auf drei Schwerpunkte:

1. Sicherheitsmaßnahmen für die Mitarbeiter/innen an den Dienststellen;

2. Schulungsmaßnahmen, die das Ziel haben, die betroffenen Mitarbeiter/innen besser auf den Umgang mit Ausländern vorzubereiten.

2.1. Im Auftrag der Abteilung Landesamtsdirektion wurde von der NÖ Landesakademie – Bereich Politik und Verwaltung das Seminar „Umgang mit Ausländern“ ausgearbeitet. Dieses Seminar wird allen BH-Mitarbeiter/innen angeboten.

2.2. Die Abteilung Polizeiangelegenheiten hat das Seminar „Fremdengesetz, Aufenthaltsgesetz und Ausländerbeschäftigungsgesetz“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres für BH-Mitarbeiter/innen organisiert. Dieses Seminar wurde über die Abteilung Landesamtsdirektion/Aus- und Weiterbildung angeboten.

3. Das Angebot von Supervision für jene Mitarbeiter/innen, die unter großem psychischen Druck stehen.

Bildungsangebot

Im Jahre 1997 führte die Abteilung Landesamtsdirektion/Aus- und Weiterbildung gemeinsam mit der NÖ Landesakademie – Bereich Politik und Verwaltung, trotz sehr knapper Budgetmittel, zahlreiche Ausbildungsseminare aus den Bereichen

- Beamter und Bürger,
- Führungskräfte,
- Öffentlichkeitsarbeit und
- Sozialarbeit – Kindergarten – Erziehung und Ausbildung für spezielle Zielgruppen

durch. Neu in das Bildungsprogramm wurden die Bereiche

- Amtssachverständige und Techniker bzw.
- Bezirksverwaltungsbehörden (Seminare für Mitarbeiter/innen an den Bezirkshauptmannschaften)

aufgenommen. Ein besonderer Schwerpunkt wurde im Fortbildungsbereich „Europäische Union“, insbesondere in der Weiterbildung der Landesbediensteten in ihrer Fähigkeit, englische Texte zu bearbeiten, gesetzt.

Dezentrale Schulungsmaßnahmen

● Trainings für die Straßenverwaltungen und für Bezirksverwaltungsbehörden wurden entweder vor Ort oder viertelsweise verstärkt durchgeführt.

● Die Seminare „Telefonieren als Visitenkarte der Verwaltung“ und „Umgang mit Bürgern“ wurde dezentral an Bezirkshauptmannschaften organisiert und durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurden zwei Telefonuntersuchungen an Bezirkshauptmannschaften in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse zeigen, daß die Serviceorientierung der NÖ Landesverwaltung im Vergleich zu Untersuchungsergebnissen der Privatwirtschaft absolut vorzeigbar ist.

Ziele 1998

- Weiterführung der „Bildungsoffensive Neues Landhaus“ als Grundlage für eine gute Aus- und Weiterbildung der NÖ Landesbediensteten;
- Weiterführung EU-Grundausbildung und der weiterführenden Ausbildung in diesem Bereich;
- Schwerpunkt „Weiterbildung der Mitarbeiter/innen an Bezirksverwaltungsbehörden“;
- Durchführung einer Bildungsbedarfs-erhebung als Grundlage des weiteren Bildungs- und Seminarangebotes;
- Verstärkte konzeptive Arbeit zum Themenkreis „Personalentwicklung in der öffentlichen Verwaltung“;
- Umfassende Einführung des „periodischen Einzelgesprächs“ an den Dienststellen der NÖ Landesverwaltung.

Statistik 1997

Siehe Tabellen auf der gegenüberliegenden Seite.

Regierungsdienst

Dem „Regierungsdienst“ obliegt die Organisation der Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation von Regierungssitzungen sowie von Beschlüßfassungen im Umlaufwege. Diese Stabsstelle dient als Servicestelle für die Regierungsmitglieder sowie für die Gruppen und Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung.

Statistik 1997

Im Jahr 1997 haben 36 Sitzungen der NÖ Landesregierung stattgefunden. Zusätzlich erfolgten 9 Beschlüßfassungen im Umlaufwege (davon 8 während der Urlaubszeit).

Dabei wurden rund 1.670 Sitzungsbögen und 188 Umlaufbögen behandelt. 15 Gesetzesentwürfe sowie 82 sonstige Landtagsvorlagen wurden an den NÖ Landtag als Regierungsvorlagen weitergeleitet. Ferner wurden 50 Verordnungen kollegial beschlossen.

Europareferat

Schwerpunkte 1997

Europäische Integration

Auch wenn diesem Thema ein dauernder Prozeß immanent ist, gibt es derzeit doch eine Fülle von Interessen- bzw. Problembereichen in Europa, und daher auch in Österreich und in unserer Region.

So tritt die Einführung des EURO 1998 in ein entscheidendes Stadium, wobei sich die allgemeine Erwartung, daß Österreich und 10 weitere EU-Mitgliedstaaten mit 1. 1. 1999 in die 3. und damit letzte Phase der Realisierung dieser neuen Währung eintreten werden, bestätigt hat.

Das im Juli 1997 von der Europäischen Kommission vorgelegte Dokument „Agenda 2000“ stellt ein detailliertes Strategiepapier für die Stärkung und Erweiterung der Europäischen Union in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts dar.

● Wie können die Politiken der Union so gestärkt und reformiert werden, daß die Erweiterung möglich ist und Wachstum, mehr Beschäftigung und bessere Lebensbedingungen für die Bürger Europas geschaffen werden?

● Wie können die Beitrittsverhandlungen geführt und gleichzeitig die Beitritts-

## Veranstaltungen der Stabsstelle Aus- und Weiterbildung

Veranstaltungen	Anzahl	Tage	Teilnehmer
Ausbildungsseminare	15	35	256
Informationsveranstaltungen	5	5	173
Klausuren	23	35	303
Seminare	9	15	115
Sonderprogramme	6	6	441
Insgesamt	58	96	1.288

## Veranstaltungen der NÖ Landesakademie – Bereich Politik und Verwaltung im Auftrage der Abteilung

Veranstaltungen	Anzahl	Tage	Teilnehmer
Bereich: NÖ Landesbedienstete			
Seminare	123	204	1.649
Führungskräfteschulungen	34	89	543
Fachtagungen	0	0	0
Klausuren	1	2	24
Sonderprogramme	0	0	0
Bereich: Kindergarten			
Seminare	187	309	3.442
Symposium	1	2	800
Fachtagungen	91	91	1.975
Bereich: Soziales			
Seminare	11	24	258
Arbeitsgruppen	3	3	37
Supervisionsgruppen	31	0	242
Sozialabteilungs-Leiter-Lehrgang	4	16	91
Bereich: Öffentliche Funktionäre			
Seminare	2	2	32
Fachtagungen	0	0	0
Enqueten	0	0	0
Symposium	0	0	0
Insgesamt	488	742	9.093

kandidaten wirksam auf den Beitritt vorbereitet werden?

● Wie können die Erweiterung, die Vorbereitung auf die Erweiterung und der Ausbau der internen Politikbereiche der Union finanziert werden?

Diese dreifache Herausforderung verlangt von allen Institutionen, daher auch von den österreichischen Ländern, ganze Arbeit.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß sich die Länder bei der am 17. November abgehaltenen Integrationskonferenz der Länder (IKL) auf eine gemeinsame Stellungnahme zum Thema Agenda 2000 geeinigt und die Bundesregierung um entsprechende Berücksichtigung dieses Papiers bei den weiteren Verhandlungen ersucht haben. Schwerpunkte dieser Stellungnahme sind dem Thema angemessen die Bereiche Strukturpolitik, gemeinsame Agrarpolitik, EU-Erweiterung und der neue Finanzrahmen 2000–2006.

Gerade die EU-Osterweiterung – bekanntlich wurden von der Kommission u. a. die an Österreich direkt angrenzenden Staaten Tschechien, Ungarn und Slowenien (neben Polen, Estland und Zypern) „in die 1. Reihe gestellt“ – verlangt von den derzeit an der EU-Außengrenze gelegenen Regionen besondere

Anstrengungen, bietet auf Sicht gesehen aber große Chancen sowohl in wirtschaftlicher als auch in sicherheitspolitischer Hinsicht. Zum grundsätzlichen Bekenntnis zur EU-Osterweiterung braucht es noch viel Aufklärungsarbeit bei der Bevölkerung, die am besten durch offene, durchaus kritische, aber auch weitblickende Diskussion erreicht werden kann. Dabei sind weder Angstmacherei noch Schönfärberei hilfreich. Um diese zweifellos vorhandene Problematik zu entschärfen, wird als Ergebnis vieler Diskussionen die Schaffung einer besonders von den Strukturfonds zu fördernden Zone entlang der derzeitigen Ostgrenze der Europäischen Union gesehen.

All dies ist nicht zuletzt unter dem Blickwinkel zu sehen, daß Österreich in der 2. Hälfte 1998 die EU-Ratspräsidentschaft innehat und dabei auch alle Bundesländer als Tagungsorte für die informellen Ministerräte mit eingeschlossen sind.

Am 26. 6. wurde der Euro-Info-Point St. Pölten eröffnet, der im Zuge der Errichtung des NÖ Landhauses mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission installiert wurde.

Der Euro-Info-Point (= „Info Point Europe/IPE“) St. Pölten besteht aus einer Regalwand, an der Informations-

material zur Entnahme oder Ansicht für interessierte Vorgesprechende und/oder Landhaus-Besucher bereitgehalten wird, einem „Techno-Turm“ mit einem Fernsehgerät (der u. a. mit Hilfe einer SAT-Anlage Konferenzen, Sitzungen aus Brüssel direkt und live übertragen kann) und aus einem PC-Arbeitsplatz (der über einen Internet-Anschluß verfügt). Der IPE wird von Bediensteten der Abteilung Landesamtsdirektion/Europareferat betreut und ist als Informationsrelais für die niederösterreichische Bevölkerung in EU-Agenden gedacht; und zwar sowohl in „passiver“ Hinsicht, d. h. zur Informationsbeschaffung für Interessierte (Beschaffen von Informationsmaterial, aber auch Einholen von persönlichen Auskünften) als auch in „aktiver“ Hinsicht, d. h. Anbieten von Informationen, wie

● Teilnahme an Messen (Seniorenmesse in Krems) und Ausstellungen (der Österr. Nationalbank) durch die Errichtung eines Informationsstandes und Teilnahme von Bediensteten, die für Informationen zur Verfügung stehen,

● Organisieren von Informationsveranstaltungen (EURO-Informationsveranstaltung mit Hilfe der Hypo Bank, der Nationalbank und der EU-Kommission). Um dem Ziel eines optimalen Informationsangebotes näher zu kommen, muß viel Zeit und Engagement investiert werden.

● **Ausschuß der Regionen (AdR).** Es fanden 5 Plenartagungen des Ausschusses der Regionen statt. Niederösterreich ist Mitglied in der Fachkommission 3 „Verkehr- und Kommunikationsnetze“ und in der Fachkommission 5 „Raumordnung, Umwelt, Energie“.

In der Fachkommission 5 hat Niederösterreich als berichterstattendes Land die Aufgabe, für die anderen Bundesländer und den Städte- und Gemeindebund einen Bericht über den Verlauf jeder Fachkommissionssitzung zu verfassen und Arbeitspapiere über die Stellungnahmeentwürfe, die zur Beschlußfassung in einer Plenartagung anstehen, zu erstellen.

Im Jahr 1997 wurden in der Fachkommission 5 beispielsweise die Wasserrahmen-Richtlinie, der Richtlinienentwurf über die strategische Umweltverträglichkeitsprüfung, Altener II, der Richtlinienentwurf über Abfalldeponien, das Grünbuch über erneuerbare Energien etc. behandelt. Dies alles sind Themen, die sowohl für Niederösterreich als auch für Österreich von ganz besonderer Bedeutung sind und einen hohen Koordinierungsaufwand zur Erarbeitung einer österreichischen Delegationsposition bzw. Abstimmung der österreichischen Änderungsanträge erfordern.

Die Fachkommission 5 ist sicher eine der arbeitsaufwendigsten Fachkommissionen.

## Auslandsbeziehungen

● **ARGE Donauländer.** Unter Vorsitz von Landesamtsdirektor Dr. Karl Kern fand am 13. Juni die Sitzung der Arbeitsgruppe der Leitenden Beamten der Arbeitsgemeinschaft Donauländer in Odessa zur Vorbereitung der Konferenz der Regierungschefs statt. Neben Berichten über den Fortgang der Tätigkeiten in den einzelnen Arbeitskreisen stand auch die Nutzung neuer Technologien auf der Tagesordnung. Da bereits viele Regionen über Internet-Anschlüsse verfügen, wird diskutiert, inwieweit sich dieses moderne Kommunikationsmedium auch für die Zwecke der Arbeitsgemeinschaft nutzen läßt.

Unter reger Beteiligung der Mitglieder tagte die 8. Konferenz der Regierungschefs der ARGE Donauländer am 10. Oktober in Odessa. An der Spitze der niederösterreichischen Delegation stand Frau Landeshauptmann-Stellvertreter Liese Prokop. In ihrer Eigenschaft als Vizepräsidentin der Versammlung der Regionen Europas (VRE) verwies sie auf die gute Zusammenarbeit beider Organisationen besonders bei der Förderung des Regionalismus.

So unterstützt die Arbeitsgemeinschaft die von der VRE beschlossene Erklärung zum Regionalismus, die sehr weitgehende Forderungen zur Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips stellt, vor allem auch für die Regionen in den mittel- und osteuropäischen Staaten.

Breiten Raum nahm auch die Diskussion über die Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft Donauländer am Förderungsprogramm der Europäischen Union INTERREG II C ein.

Ziel dieses zwischen den vier EU-Mitgliedstaaten Österreich, Deutschland, Italien und Griechenland abgestimmten Programms ist es, im Donau- und Südosteuropäischen Raum, die vertiefte Zusammenarbeit der Donau-Anrainerstaaten auch im Hinblick auf die EU-Osterweiterung zu fördern. Von großem Vorteil sind dabei die umfangreichen Vorarbeiten der Arbeitskreise der Arbeitsgemeinschaft, die bereits konkrete Projekte zur Förderung einreichen können. Beispielhaft sei hier das vom von Niederösterreich geleiteten Arbeitskreis Kultur und Wissenschaft vorbereitete Projekt „Kulturstraße Donau“ genannt. Neben einer thematischen Karte werden zahlreiche Veranstaltungen und Seminare angeboten werden, die insbesondere die wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Donaubaum zum Inhalt haben.

Ein weiteres interessantes Projekt stellt die Fortsetzung der Verkehrsstudie dar, die in ihrer zweiten Phase eine genaue Analyse der Verkehrsprobleme im Donaubaum durchführen wird. In einer dritten Phase soll ein Verkehrskonzept erstellt werden.

Die 8. Konferenz der Regierungschefs der ARGE Donauländer hat auch den

Auftrag gegeben, im Sinne ihrer Gemeinsamen Erklärung zu einem informellen Treffen der verschiedenen Institutionen und Organisationen einzuladen, um Programme zu diskutieren, die sich mit der Entwicklung des Donaubaums beschäftigen. Ziel ist es, Parallelarbeiten und unnötige Konkurrenzsituationen sowie den Verlust von möglichen Synergieeffekten zu vermeiden.

Sehr positiv nahmen die Regierungschefs den Bericht über den Abschluß der Arbeiten an der Erstellung der Donaucharta des Europarates zur Kenntnis. Die Arbeitsgemeinschaft hat durch ihre Stellungnahmen wesentlichen Einfluß auf den Entwurf dieses Dokuments genommen, das derzeit vom Ministerkomitee des Europarates beraten wird.

Mit der Konferenz der Regierungschefs in Odessa ging der erfolgreiche und von Kooperation geprägte Vorsitz der ukrainischen Region Odessa zu Ende.

Nun hat Burgenland den Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft übernommen. Seine Vertreter haben angekündigt, den EU-Vorsitz Österreichs in der zweiten Jahreshälfte 1998 zu nutzen, um Themen, die im Interesse der ARGE Donauländer liegen, mit Unterstützung der Europäischen Union zu behandeln. Gerade für die ostösterreichischen Bundesländer als heutige EU-Grenzregionen bedeutet die anstehende Beschlußfassung über die AGENDA 2000 sowie die Aufnahme der Verhandlungen mit einer Reihe von Ländern aus Mittel- und Osteuropa über den EU-Beitritt eine neue und große Herausforderung. Denn diese Region, und damit auch das Burgenland – insbesondere als derzeitiges Ziel-1-Gebiet und Nachbar zu Ungarn – bildet die Schnittstelle zwischen der EU und den Reformländern und ist daher im hohen Maße sowohl von den Chancen als auch von den Risiken einer Osterweiterung betroffen. Dieses Thema wird daher gemeinsam zu erörtern sein, da die EU innerhalb des geeinten Europas den Regionen eine bedeutende Rolle zugeordnet hat.

Die Arbeitsgemeinschaft Donauländer als Plattform der regionalen Zusammenarbeit und Mitstreiterin für die Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips zur Weiterentwicklung eines Europas der Regionen wird unter dem Vorsitz von Burgenland versuchen, dieser Vermittlerrolle gerecht zu werden.

● **Versammlung der Regionen Europas (VRE).** Bei der Hauptversammlung vom 3.-5. 12. 1996 in Basel wurde der flämische Ministerpräsident Dr. Luc Van den Brande zum Präsident der VRE gewählt.

Frau Landeshauptmann-Stv. Liese Prokop wurde von den österreichischen Bundesländern in den Vorstand nominiert (neben dem oberösterreichischen Landeshauptmann-Stv. Christoph Leitl) und vom Vorstand zur Präsidentin der Kommission VI – Kultur, Erziehung und

Bildung, Jugend, Medien und Sport bestellt und ist damit Kraft Funktion Vizepräsidentin der VRE. Die Betreuung der Agenden von Frau Landeshauptmann-Stv. Liese Prokop im Präsidium und Vorstand (die Kommission VI wird von der Kulturabteilung betreut) hat einen erheblichen Arbeitsaufwand bewirkt. Am 21. und 22. Oktober 1997 fand in St. Pölten eine Sitzung der Kommission VI statt. Vom 23.-24. Oktober 1997 tagte das Präsidium und der Vorstand über Einladung von Niederösterreich in Baden/Wien.

Die wesentlichen Themen waren die angespannte Budgetsituation der VRE und damit im Zusammenhang die Frage des Standortes. Die Umsetzung der von der Hauptversammlung 1996 verabschiedeten Erklärung zum Regionalismus sowie die Vorbereitung des Europäischen Rates von Amsterdam und damit eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips (AdR) waren und sind Dauerthemen im Vorstand.

● **Flandern (Belgien).** Seit dem Jahr 1963 bestehen Verbindungen zu Flandern. Nach Eröffnung der Flämischen Repräsentanz in Wien am 24. 11. 1994 (Verfassungsreform in Belgien – die Regionen erhalten „außenpolitische Kompetenz“) wurde im Jahr 1996 ein gemeinsamer „Technologietag“ durchgeführt. Besonders hat sich die Zusammenarbeit im Fachhochschulbereich entwickelt. Es wird an gemeinsamen Projekten wie einem Schüler und Professoren Austausch gearbeitet.

● **Interessengebiet der Tschechischen Republik (Südmähren).** Seit dem Jahr 1987 bestehen zu diesem Gebiet intensive Beziehungen (Rahmen- und Arbeitsprogramme), und es kam in Fortsetzung dieser Zusammenarbeit auf der Basis des am 20. 8. 1996 in Brünn unterfertigten 5. Arbeitsprogrammes 1996-1998 zu etlichen Treffen der eingesetzten Arbeitsgruppen.

In der ersten Jahreshälfte 1998 soll ein Treffen auf hoher Beamtenebene stattfinden, um die Arbeit zu überprüfen und allfällige Korrekturen für die restliche Laufzeit des Arbeitsprogrammes durchzuführen.

Schwerpunkte des Vertrages:

- Umweltschutz
- Kultur, Erziehung und Sport
- Wirtschaft und Tourismus
- Verkehr
- Gesundheitswesen
- Katastrophenschutz
- Raumordnung im Grenzgebiet
- Dorf- und Stadterneuerung
- Zusammenarbeit bei EU-Förderungen

● **Ungarn.** In einem Gespräch mit dem neuen österreichischen Botschafter in Ungarn, Dr. Hannes Porias, wurde vereinbart, die Zusammenarbeit mit Ungarn weiter zu intensivieren und für 1998 einen Besuch von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll in Aussicht zu nehmen.

● **Südafrika.** Über Einladung von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll besucht

der persönliche Berater des Premiers der südafrikanischen Provinz Eastern Cape, P. Ntobeko Maqubela, am 17. und 18. November 1997 Niederösterreich. Seit der Verfassungsreform im Jahr 1993 in Südafrika gibt es neun Provinzen, die derzeit dabei sind, neue Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Daher besteht großes Interesse, den Aufbau der Landes- und Gemeindeverwaltung Niederösterreichs kennenzulernen.

Als Ergebnis dieses Gespräches wurde die Einladung ausgesprochen, Fachbeamte der Provinz Eastern Cape zu Verwaltungspraktiken nach Niederösterreich einzuladen.

Weiters wurden Ansätze für einen Kulturaustausch gefunden. Die Provinz Eastern Cape veranstaltet jährlich ein großes Kulturfestival, und es soll zu Kontakten mit dem Donaufestival kommen. In der Provinz Eastern Cape besteht großer Bedarf hinsichtlich der Ausbildung von Tourismusmanagern. Eine Kooperation zwischen Tourismusschulen und der Austausch von Praktikanten wird geprüft. Auch im Bereich der Wirtschaft besteht großes Interesse an einem Erfahrungsaustausch zwischen den Wirtschaftskammern und Gründerzentren. Besonderes Augenmerk legte der Gast auf den landwirtschaftlichen Bereich, wobei insbesondere das niederösterreichische landwirtschaftliche Ausbildungssystem größte Aufmerksamkeit erweckte. In weiterer Folge wird zu prüfen sein, ob und in welcher Form Landwirten aus der Provinz Eastern Cape eine Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen der niederösterreichischen landwirtschaftlichen Schulen ermöglicht werden kann.

Größtes Interesse zeigte der Gast am neuen Regierungsviertel in St. Pölten; die Verwaltung der Provinz Eastern Cape ist nämlich auf mehrere dezentrale Gebäude in der Hauptstadt Bisho aufgeteilt.

Eastern Cape ist mit fast 6,5 Mio. Einwohnern und 169.600 Quadratkilometern die zweitgrößte Provinz Südafrikas. Bedeutende Zentren sind neben der Hauptstadt Bisho und den Hafen- und Industriestädten Port Elizabeth und East London v. a. Queenstown, Uitenhage, Grahamstown und Graaff-Reinet.

### NÖ Verbindungsbüro Brüssel

Das NÖ VBB hat auch in diesem Jahr seine an ihn gestellten Anforderungen zur vollsten Zufriedenheit erfüllt. Es hat sich wieder gezeigt, daß das Büro auch von nicht-verwaltungsnaher Seite in verstärktem Maße in Anspruch genommen wird, wobei es seine Funktion als Vermittler von Informationen bzw. Kontakten voll ausspielen konnte; primäre Aufgabe des Büros ist das Herstellen von Kontakten zu Spezialisten und das Schaffen von Informationszugängen, nicht jedoch selbst fachspezifische Beratungen

durchzuführen. Unter diesem Aspekt lassen sich auch die Anfragen seitens der NÖ Wirtschaft verstehen, wobei das NÖ VBB ergänzend zur Beratungsfunktion der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung, die eigene, mit Spezialisten besetzte Büros in Brüssel unterhalten, tätig wird. Abgesehen davon ist die NÖ Landesverwaltung ohnedies um weitere Intensivierung der Kooperation Verwaltung/Wirtschaftskammer in EU-Angelegenheiten (aber auch darüber hinaus) bemüht.

Heuer ist das NÖ VBB ganz besonders durch die Realisierung des Modells des Stiftes Melk in Mini-Europe beansprucht worden. Mini-Europe verfügt über ein Grundstück der Stadt Brüssel im Ausmaß von 2,5 ha, auf dem bisher 75 Modelle aus den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgestellt sind. Dieses Gelände liegt im BRUPARK in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Brüsseler Anziehungspunkten Atomium, Heysel-Stadion, Messegelände etc. Der BRUPARK wird jährlich von ca. 4 Mio. Menschen besucht, Mini-Europe etwa von 300.000, wobei ca. die Hälfte ausländische Besucher sind. Das Modell ist eine detailgetreue Wiedergabe des Benediktinerstiftes Melk im Maßstab von 1 : 25, hat eine Länge von 13 m, eine Breite von 12 m und ist 2,8 m hoch.

Dieses erste aus Österreich stammende Modell wurde am 16. Juli 1997 in Anwesenheit von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

### Ausbildung

Auch im abgelaufenen Jahr wurden alle Möglichkeiten aufgegriffen, der Kollegenschaft wertvolles Informationsmaterial an die Hand zu geben und Einladungen zu Informationsveranstaltungen zuzuleiten. Bediensteten konnte es wieder ermöglicht werden, die 1-wöchigen Intensivkurse bei der Europäischen Kommission, Kommissions-Beamtenstagen und Kurzpraktika im NÖ Verbindungsbüro zu absolvieren.

### Ziele 1998

#### Europäische Integration

Im Rahmen der Europäischen Integration ergeben sich für das Jahr 1998 folgende Schwerpunkte:

- Versendung von Informationsmaterial über die gegebenen externen und internen Schulungs- sowie Informationsveranstaltungen und Unterstützung bei der Anmeldung
  - zu den in der Regel 2mal jährlich vom Bund durchgeführten einwöchigen Intensivkursen bei der Europäischen Kommission,
  - zur Absolvierung der 3monatigen Beamtenpraktika in der Kommission,

- zu „Kurzstagen“ im NÖ VBB
- sowie beim Besuch von Seminaren hochqualifizierter Veranstalter (wie z. B. EIPA).

- Ebenso besteht die Bereitschaft, weiterhin bei der „Kompaktschulung“ (Abteilung Landesamtsdirektion/Aus- und Weiterbildung) mitzuwirken.

- Die permanente Informationstätigkeit hat durch den Euro-Info-Point St. Pölten eine gravierende Erweiterung erfahren: Neben der persönlichen Beratung ist das Auflegen und die Weitergabe von Info-Material zu besorgen; der Euro-Info-Point erfordert auch die Teilnahme an „Out-door“-Veranstaltungen (Präsentation des Euro-Info-Points) sowie die Durchführung von Veranstaltungen.

- Die aktive EU-Ratspräsidentschaft Österreichs in der 2. Hälfte 1998 läßt ein weiteres Ansteigen der Dokumentenflut erwarten. In Niederösterreich wird, so wie in jedem anderen Bundesland, ein informeller Rat, nämlich die Bildungsministerkonferenz, am 23. und 24. Oktober 1998 in Baden abgehalten.

### Ausschuß der Regionen (AdR)

Niederösterreich strebt für die neue Periode des Ausschusses der Regionen (konstituierende Sitzung: 18./19. 2. 1998) die Mitgliedschaft in der zukünftigen Fachkommission 4 „Raumordnung, städtepolitische Fragen, Umwelt, Energie“ sowie in der Fachkommission 7 „Bildung, Berufsbildung, Kultur, Jugend, Sport, Bürgerrechte“ an.

In welcher der genannten Fachkommissionen Niederösterreich die Aufgabe als berichterstattendes Land übernehmen wird, ist noch offen.

### NÖ Verbindungsbüro (VBB)

Das NÖ Verbindungsbüro in Brüssel wird neben seinen ihm zugeordneten Aufgaben auch im Jahr 1998 um die Betreuung der NÖ Beamten bei der Absolvierung der Kommissions-Praktika sowie der „Kurzstagen“ bemüht sein, Informationsveranstaltungen durchführen, NÖ-Stellen bei der Durchführung solcher Veranstaltungen behilflich sein etc.

**Abteilung Personalangelegenheiten A, B, C**

In der nachstehenden Übersicht wird der Personalstand der Bediensteten des Landes Niederösterreich einschließlich der Pensionsparteien, soweit diese vom Amt betreut werden, mit Stichtag 1. April 1997 bzw. 1. Februar 1998 aufgezeigt.

Aus dieser Übersicht ist zu ersehen, daß sich der Stand bei den aktiven Beamten (einschließlich der im zeitlichen Ruhestand) um 129 Personen erhöht sowie bei den Vertragsbediensteten um 13 Personen erhöht und bei den Pensionsparteien um 52 Personen vermindert hat.

	1. 4. 1997	1. 2. 1998
Pragmatische Bedienstete (einschl. lw. Lehrer und Landeskinderpädagoginnen)	7.190	7.318
Beamte im zeitlichen Ruhestand	17	18
Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen (einschl. Lehrer und Landeskinderpädagoginnen)	4.819	4.767
Vertragsbedienstete der Entlohnungsschemata I, II, III und IV (einschl. Kindergärtnerinnen weltlichen und geistlichen Standes, Aushilfskräfte, Mutterberatungsärzte, Konsiliarfachärzte, Heilmärzte, Apotheker, Ausbildungsärzte und Primärärzte)	13.617	13.630
Insgesamt	25.643	25.733

**Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten**

**Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung**

**Amtsgebäude des Amtes der NÖ Landesregierung**

- Durchführung laufender Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten
- Dezentralisierung von Bediensteten der Gruppe Wasser, Abteilung Allgemeine Förderung und Abteilung Wohnungsförderung
- Schaffung von Telearbeitsplätzen in Mistelbach
- Abschluß der Übersiedlung der Dienststellen des Amtes der NÖ Landesregierung von Wien nach St. Pölten
- Abschluß der Verkaufsverhandlungen betreffend einer Liegenschaft im Bereich des ehemaligen Krankenhauses Tulln
- Fertigstellung der Kfz-Prüfhalle Brunn/Wild
- Teilnahme an verschiedenen Projektgruppen betreffend das Regierungsviertel
- Übernahme eines Teiles der Außenanlagen betreffend das Regierungsviertel
- Erstellung eines Einsatzplanes für den Winterdienst
- Einbindung der Bezirkshauptmannschaften in das Landesnetz NÖWAN

**Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaften und Gebietsbauämter**

- Weiterführung des Zubaus zum Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft Amstetten
- Beginn der Baumaßnahmen betreffend die Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft Bruck/Leitha und Wiener Neustadt

- Fertigstellung des Zubaus zum Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft Korneuburg
- Abschluß der Planungsarbeiten betreffend den Zubau zum Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft Zwettl

**Ziele 1998**

- Übernahme der restlichen Bereiche im Regierungsviertel St. Pölten
- Abschluß der Baumaßnahmen betreffend die Bezirkshauptmannschaft Amstetten
- Abschluß der Baumaßnahmen betreffend die Bezirkshauptmannschaft Bruck/Leitha
- Beginn des Zubaus zur Bezirkshauptmannschaft Zwettl
- Beginn der Baumaßnahmen betreffend die Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt
- Weiterführung des Verkaufes nicht benötigter Liegenschaften
- Verlegung diverser Dienststellen in das „Tor zum Landhaus“
- Mitarbeit in verschiedenen Projektgruppen betreffend das Regierungsviertel

**Vergabekontrolle**

Seit Inkrafttreten des NÖ Vergabegesetzes am 1. Juni 1995 kann ein Bewerber oder Bieter eines bestimmten Vergabeverfahrens die Nachprüfung einer Entscheidung des Auftraggebers begehren, sofern der Auftragswert oberhalb der im Vergabegesetz normierten Schwellenwerte liegt.

Das Vergabegesetz sieht zunächst ein obligatorisches Schlichtungsverfahren der beim Amt der NÖ Landesregierung

eingerrichteten Schlichtungsstelle für öffentliche Aufträge vor.

Kommt im Schlichtungsverfahren keine gütliche Einigung zwischen den Streitparteien zustande, kann der Bewerber oder Bieter ein förmliches Nachprüfungsverfahren vor dem Unabhängigen Verwaltungssenat beantragen.

1997 wurden 11 Schlichtungsverfahren durchgeführt. In 5 Fällen konnte eine gütliche Einigung erzielt werden bzw. hat der die Nachprüfung begehrende Bieter von einer Anrufung des Unabhängigen Verwaltungssenates Abstand genommen. Ein Schlichtungsverfahren war zum Ende des Berichtszeitraumes noch anhängig. In den übrigen Fällen wurde das Nachprüfungsverfahren beim Unabhängigen Verwaltungssenat beantragt. Von den durchgeführten Schlichtungsverfahren entfiel der überwiegende Teil (8 Fälle) auf Bauaufträge.

**Kopier- und Mikrofilmstelle**

1997 wurden 1.534.212 Aktenseiten für die Mikroverfilmung vorbereitet und verfilmt sowie 259.678 Aktenseiten gescannt und auf 24 CDs gebrannt.

Die Kopierstelle fertigte 1997 folgende Ablichtungen und Drucke von Schriftstücken für die einzelnen Dienststellen an:

Kopierstelle Herrngasse 11	2.628.083
Kopierstelle Operngasse 21	
Drucksysteme und A3-Kopiergerät	2.212.558
Dezentrale Kopiergeräte	6.680.078
Insgesamt	11.520.719

Ferner wurden am Großflächenkopierer in der Operngasse 21 und St. Pölten 10.454 Pläne angefertigt.

## Auszeichnungen und Ehrungen

### Auszeichnungen

1997 wurden verliehen:

Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich	87
Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich	359
Sportehrenzeichen	185
Ehrenring des Landes Niederösterreich	1
Ehrenstatuetten „Heiliger Leopold“ des Landes Niederösterreich	10
Katastropheneinsatzmedaillen	2.550
Dank- und Anerkennungsschreiben anlässlich Katastropheneinsatz	6.669
Gedenkmedaillen des Landes Niederösterreich in der Variante „Dank für freiwillige Tätigkeit“	6
Gedenkmedaillen des Landes Niederösterreich in der Variante „Dank für verdienstvolle Tätigkeit“	2

Im gleichen Zeitraum wurden 53 Berufstitel durch den Herrn Bundespräsidenten verliehen und die entsprechenden Verleihungsdekrete ausgefolgt.

Für die Rettung von Menschen aus Lebensgefahr unter Einsatz des eigenen Lebens wurden 6 Rettungsmedaillen verliehen und je eine Ehrengabe von S 5.000,- übergeben. An 21 Personen, die die Rettung nicht unter Einsatz des eigenen Lebens durchgeführt haben, wurden Dank- und Anerkennungsschreiben übermittelt.

2 Lebensrettern wurden Ehrengaben von insgesamt S 10.000,- zuerkannt. 24 Personen wurde für anerkanntswerte Leistungen ein Dank- und Anerkennungsschreiben des Herrn Landeshauptmannes übermittelt.

### Ehrungen

Anlässlich der Geburt von Drillingen erhielten 1997 2 Ehepaare bzw. anlässlich der Geburt von Vierlingen 1 Ehepaar jeweils eine Ehrengabe von S 10.000,-. 1997 wurden 3.746 NÖ Jugendsportabzeichen verliehen.

Ehrenzeichen für vieljährige Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens	
für 25jährige Tätigkeit	1.586
für 40jährige Tätigkeit	903
für 50jährige Tätigkeit	1.064
insgesamt	3.553

Anlässlich der Feier von Festtagen wurden 1997 5.894 Ehepaare bzw. Personen geehrt. Es handelt sich hierbei um folgende Jubiläen:

Goldene Hochzeit	2.890
Diamantene Hochzeit	226
Eiserne Hochzeit	45
Steinerne Hochzeit	16
Gnadenhochzeit	3
Juwelenhochzeit	1
90. Geburtstag	2.168
95. Geburtstag	433
100. Geburtstag	48
101. Geburtstag	26
102. Geburtstag	20
103. Geburtstag	8
104. Geburtstag	4
105. Geburtstag	6

## Beschaffungsangelegenheiten

In diesem Bereich obliegt der Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten der Einkauf von Bedarfsartikeln, ausgenommen die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, Kunstgegenständen und Baumaterialien.

Der Einkauf der Waren erfolgt auf Grund von schriftlichen, mündlichen oder telefonischen Bestellungen der einzelnen Dienststellen, die für die voranschlagsmäßige Deckung ihrer Erfordernisse verantwortlich sind.

Die Rechnungen werden aus den Mitteln eines Warenbeschaffungsvorschusses beglichen und im Refundierungswege auf die in Betracht kommenden Positionen des Landesvoranschlages überrechnet. Dieser Zahlungsweg erscheint deswegen gerechtfertigt, da durch termingerechte Bezahlung namhafte Preisnachlässe oder Rabatt- bzw. Skontobeträge erzielt werden können. Die Refundierung zugunsten des Warenbeschaffungsvorschusses erfolgt durch Ausstellung von Refundierungsnoten an die einzelnen Warenempfänger.

### Statistik 1997

1997 wurden 1.096 Eingangsfakturen mit einer Gesamtsumme von S 13.822.741,26 angewiesen und 1.094 Refundierungsnoten mit insgesamt S 13.476.793,03 ausgestellt.

## Innere Organisation

### Bedienstetenschutz

Die Kommission gemäß § 6 NÖ Bediensteten-Schutzgesetz, LGBl. 2015-1, der die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des NÖ Bediensteten-Schutzgesetzes obliegt, hat im Jahr 1997 28 Dienststellen mit einer Anzahl von 824 Bediensteten (596 männlich und 228 weiblich) überprüft. Weiters

wurden in 5 Dienststellen Teilbereiche kontrolliert.

Im neuen Landhaus in St. Pölten hat die Kommission die Zentralregistratur, die Druckerei, die Poststelle, die Telefonzentrale und die Fluchtstiege im Haus 4 sowie die Trinkwasserversorgungsanlage überprüft.

Neu in die Überprüfungen einbezogen wurden die Landesberufsschulen. Weggefallen sind hingegen die Überprüfungen der Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime. Da diese Heime als Betriebe im Sinne des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993 gelten, fallen sie hinsichtlich des Arbeitnehmerschutzes in die Zuständigkeit der Arbeitsinspektorate.

## Zivildienstangelegenheiten

Wehrpflichtige, die aus Gewissensgründen von der Erfüllung der Wehrpflicht befreit werden, haben einen Ersatzdienst, den Zivildienst, zu leisten. Der Zivildienst ist in Einrichtungen zu leisten, die als geeignete Träger des Zivildienstes anerkannt sind, wobei der Zivildienstleistende zu Dienstleistungen heranzuziehen ist, die dem allgemeinen Besten, insbesondere der Zivilen Landesverteidigung, dienen. 1997 betrug die Dauer des Zivildienstes zwölf Monate.

1997 wurden fünf Einrichtungen mit insgesamt 21 Zivildienstplätzen neu anerkannt. Somit können in Niederösterreich derzeit bei 82 Einrichtungen Zivildienstleistende eingesetzt werden. Die genehmigten Zivildienstplätze stehen fast ausschließlich im Bereich des Rettungswesens, in der Sozial- und Behindertenhilfe, in Krankenanstalten sowie im Rahmen der Katastrophenhilfe zur Verfügung.

Alle Zivildienstleistenden absolvieren am Beginn ihres Zivildienstes einen Grundlehrgang. Dieser hat die Aufgabe, jene Fertigkeiten und grundsätzlichen Informationen zu vermitteln, die Zivildienstleistende für die Leistung eines außerordentlichen Zivildienstes (Einsatz bei Elementarereignissen, Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs und außerordentlichen Notständen) benötigen. Die praktische Umsetzung der Lehrinhalte erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Rettungsorganisationen, dem Zivilschutzverband und der Feuerwehr. Der Unterricht soll möglichst praxisbezogen gestaltet werden; daher sind im Stundenplan zahlreiche Übungen und Exkursionen vorgesehen.

1997 wurden in vier Kursorten insgesamt 34 Grundlehrgänge durchgeführt und dabei 1.059 Zivildienstleistende ausgebildet. Die Kurse verliefen reibungslos und brachten ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Bei Seminaren wurden Einrichtungen und Vorgesetzte der Zivildienstlei-

stenden sowie Bezirksverwaltungsbehörden über die wesentlichen Inhalte des Zivildienstgesetzes, insbesondere im Hinblick auf die behördliche Überwachung, informiert. Diese Aktivitäten

sollen im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Hinsichtlich der Zuerkennung von Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe hat der Zivildienstleistende die gleichen Ansprüche wie ein Präsenz-

diener. Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Ansprüche liegt bei den Bezirksverwaltungsbehörden; über Berufungen entscheidet der Landeshauptmann.

## Abteilung Rechtsbüro

Der Aufgabenbereich des Rechtsbüros umfaßt die Beratung von Landesdienststellen in Angelegenheiten des Zivilrechtes und des Strafrechtes sowie die Vertretung von zivilrechtlichen Interessen des Landes, insbesondere vor Gerichten.

Die Beratung erstreckt sich auf alle Phasen von der Vorbereitung bis zum Abschluß von Rechtsgeschäften und die Vermeidung bzw. Beilegung von Rechtsstreitigkeiten; insbesondere werden die entsprechenden Verträge erichtet bzw. begutachtet sowie die

grundbücherlichen und abgabenrechtlichen Vorkehrungen getroffen. Ferner sind Forderungen des Landes zu betreiben bzw. solche an das Land abzuwehren, speziell aus dem Titel Schadenersatz und Amtshaftung.

## Abteilung Pressedienst

### Pressedienst

#### Schwerpunkte 1997

Ein Schwerpunkt der Werbeaktivitäten der Abteilung war 1997 das „Jahr der Freiwilligen und Ehrenamtlichen in Niederösterreich“. Die Plakat- und Inseratenkampagne im Frühjahr hat enormes Echo gefunden und die Aktion eine Eigendynamik entwickelt, die sowohl arbeits- als auch kostenmäßig einen erheblichen Aufwand bedingte. In der Berichterstattung war die Übersiedlung des Landtages, der Landesregierung und der Landesverwaltung eine besondere Herausforderung, zumal gleichzeitig die eigene Übersiedlung bewältigt werden mußte. Weitere Bereiche, die in der Pressearbeit ihren Niederschlag fanden, waren vor allem die Sicherheit in allen Bereichen, der Wohnbau, die Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik, die Kultur, die Landes-Außenpolitik und Verkehrsfragen.

Die Abteilung hat bei weiterer technischer Verbesserung ihren Aufgabenbereich quantitativ und qualitativ neuerlich ausgeweitet, die Kapazitätsgrenzen sind erreicht. Dieses weitere Ansteigen der Innen- und Außendienste einschließlich regelmäßiger Wochenend- und Feiertagsdienste findet vor allem in der täglich erscheinenden NLK seinen Niederschlag, darüber hinaus wurden die medialen Kontakte mit APA, ORF und insbesondere den Lokal- und Regionalzeitungen weiter verstärkt. Gute Kontakte bestehen auch mit dem privaten St. Pöltner Fernsehsender P3.

Die Presseabteilung gibt derzeit acht laufende Publikationen heraus: die tägliche Landeskorespondenz (NLK, Auf-

lage 610 Stück), die farbige Wandzeitung NÖ im Bild (Auflage 3.770 Stück, monatlich), die Amtlichen Nachrichten (Auflage 3.200 Stück, vierzehntägig), die NÖ Kulturberichte (Auflage 6.300 Stück, monatlich), die NÖ Perspektiven (Auflage 65.000 Stück, vierteljährlich), die Zeitschrift „Raumordnung aktuell“ (Auflage 6.050 Stück, vierteljährlich) sowie den täglichen Pressespiegel (Auflage 295 Stück) und den wöchentlichen Europa-Pressespiegel (Auflage 210 Stück).

Die Werbeaktivitäten des Landes standen, wie bereits erwähnt, stark im Zeichen des „Jahres der Freiwilligen und Ehrenamtlichen in Niederösterreich“. Eine weitere Plakatkampagne im Herbst hat sich das Ziel gesetzt, durch das Aufzeigen positiver Leistungen der Landespolitik einer Stimmung der Resignation entgegenzuwirken. Themen waren Jugend, Natur, Unternehmensgründungen, Innovation und Nahverkehr. Dazu kamen laufend Insertionen und sonstige Einschaltungen über Schwerpunkte der NÖ Landespolitik, besonders über die Verwaltungsreform unter dem Motto „Näher zum Bürger – schneller zur Sache“. Auch dabei wurden die niederösterreichischen Lokal- und Regionalzeitungen in besonderer Weise berücksichtigt. Darüber hinaus wurden Werbe- und Imageaktivitäten, auch im Zusammenhang mit sportlichen Großveranstaltungen im Land, z. B. das ATP-Turnier in St. Pölten, entfaltet. Schließlich wurde auch in diesem Jahr wieder eine entsprechende Presseförderung realisiert. Personalstand: 5 A, 1 B, 1 b, 2 C, 5 d

#### Ziele 1998

Nachdem das erste Vierteljahr vor allem im Zeichen der Landtagswahl steht – eine besondere Herausforderung für die Abteilung ist z. B. die erstmalige Einrichtung eines Wahl-Pressesentrums in St. Pölten –, ergibt sich im zweiten Quartal insofern ein neues „Umfeld“, als mehrere Privat-Radiosender ihre Tätigkeit aufnehmen. Erste Kontakte mit den Betreibern und Redakteuren wurden bereits geknüpft.

Die technische Ausstattung der Abteilung soll weiter auf dem bestmöglichen Stand gehalten werden. Ausgezeichnet bewährt hat sich dabei die Bildübertragung ISDN, die es ermöglicht, auch von St. Pölten aus die Wiener Redaktionen schnellstmöglich mit aktuellen Fotos zu bedienen.

#### Bildstelle

Die Einsätze der Bildstelle mit allen damit verbundenen Ausarbeitungs- und Archivierungsarbeiten haben gemäß dem Ansteigen der Gesamttätigkeit neuerlich zugenommen. Es gibt weiterhin rege Nachfrage nach aktuellem und archiviertem Fotomaterial. Zahlreiche Medien, Gemeinden, Verlage, Autoren, Private etc. nutzen die vielfältigen Möglichkeiten der Bildstelle, die technisch laufend nachadjustiert wird. Die bewährte Art des Vertriebs und Versands von aktuellem Fotomaterial wird durch viele persönliche Kontakte mit den Medien noch vertieft.

Personalstand: 2 C (1 als Fotograf, 1 in der Archivverwaltung), 5 p

## Schwerpunkte 1997

### Budgetgruppe

- Den Schwerpunkt der ersten Jahreshälfte bildete die Erstellung des Voranschlages 1998, der im Juni 1997 vom Landtag beschlossen wurde.
- In der zweiten Jahreshälfte wurde ein Umschichtungsbudget für 1997 erstellt, das im November 1997 vom Landtag beschlossen wurde. Die Nichtaufhebung eines Teiles der Kreditkürzung, sonstige Einsparungen und Mehreinnahmen, die mit Mehrausgaben in einem ursächlichen Zusammenhang stehen, ermöglichten Ausgaben von mehr als 1 Mrd. S, von denen mehr als ein Viertel auf den Landesanteil zur Förderung der Behebung der Hochwasserschäden vom Juli 1997 entfiel.
- Bei der Verwaltung des Voranschlages 1997 wurde als weitere Absicherung der Erfüllung der finanziellen Maastricht-Kriterien ab Juli 1997 die Bewirtschaftung der Rücklagen neu geregelt.
- Abwicklung des Schuldendienstes für vom Land aufgenommene Darlehen.
- Mitwirkung bei der Abwicklung von Sonderfinanzierungen wie Leasingverträgen.

### Wirtschaftsgruppe

- **NÖ Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden.** Niederösterreichische Gemeinden können gemäß Landtagsbeschluß vom 25. Jänner 1973 durch Übernahme der Haftung gemäß § 1356 ABGB und Gewährung eines 5%igen Zinszuschusses für Kredite, die zur Durchführung außerordentlicher Vorhaben aufgenommen werden, gefördert werden. Schwerpunktmäßig umfaßt die Tätigkeit die Beratung der Gemeinden in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen, Bearbeitung der Anträge und Weiterleitung der Anträge an die Landesregierung zur Genehmigung.
- **Energiekostensenkung.** Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1983 die Einführung dieser Untersektion der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden beschlossen.
- **Landeshaftung für Industriebetriebe/Landeshaftung für Innovation.** Es werden derzeit nur noch bestehende Haftungsfälle abgewickelt. Die Tätigkeit besteht aus der ständigen Betreuung des Förderungswerbers auf Dauer der Landeshaftung, der Überwachung des Eingangs der Haftungsbeiträge sowie Durchführung der Überweisung im Rahmen der Aktion.

● **Beteiligungen des Landes an wirtschaftlichen Unternehmungen.** Im Rahmen des Tätigkeitsbereiches wird vom Land Niederösterreich ein wesentlicher Beitrag zur Belebung der Wirtschaft und Sicherung der Arbeitsplätze im Landesgebiet geleistet. Die Projekte und damit die Investitionskosten haben meist eine Größenordnung, die von privatrechtlich organisierten Gesellschaften ohne zusätzliche Hilfe nicht bewältigt werden können. Die Tätigkeit der Abteilung Finanzen umfaßt in diesem Bereich die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen, die Auswertung des betriebswirtschaftlichen Datenmaterials und die damit zusammenhängende Vorbereitung der Entscheidungen über die Art und Form notwendiger Mittelzuführungen bzw. der Gewinnverwendung. Im administrativen Bereich werden die erforderlichen Regierungs- und Landtagsvorlagen erstellt sowie die Vollmachten des jeweiligen Machthabers des Landes bei den Haupt- und Generalversammlungen ausgefertigt.

● **Regional-, Öko- und Struktursonderaktion.** Mit Beschluß der NÖ Landesregierung vom 25. September 1990 wurden die Mittel aus den neuen drei Sonderaktionen verteilt. Die Abwicklung erfolgt über die jeweils zuständige Fachabteilung im Einvernehmen mit der Finanzabteilung.

### Überregionale und internationale Angelegenheiten

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union erfordert umfangreiche Arbeiten im Rahmen der Finanzverwaltung wie Vorarbeiten zur Abwicklung der Landwirtschaftsförderung, Vorbereitungsarbeiten für die EU-Regionalpolitik, Begutachtungsverfahren bei Harmonisierungen an das bestehende EU-Rechtssystem und bei beabsichtigten EU-Vorschriften.

In den Bereich der Finanzabteilung fällt auch die Verwaltung der Kredite für „Entwicklungs- bzw. Katastrophenhilfe im Ausland“.

### Teilnahme an Baubeiräten

Gemäß der Dienstanweisung der Landesamtsdirektion vom 20. März 1984, Systemzahl 01-01/00-0750, über die Planung und Ausführung von Bauvorhaben, ist der Leiter der Abteilung Finanzen bzw. sein entsendeter Vertreter in jedem Baubeirat Mitglied. Die Tätigkeit des Vertreters der Abteilung Finanzen in den Baubeiräten besteht im wesent-

chen darin, auf eine sparsame Verwendung der Landesmittel zu achten. Von besonderer Bedeutung für diese Tätigkeit ist dabei der in jeder Baubeiratssitzung zu erstattende Bericht über die Finanzierungssituation, die durchgeführten und beabsichtigten Vergaben sowie über die Kostenentwicklung im Vergleich zu den veranschlagten Kosten und zum Baufortschritt.

### Stellungnahmen, insbesondere zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen

Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens ist es in erster Linie Aufgabe der Abteilung Finanzen zu prüfen, ob durch Bestimmungen in Gesetzes- und Verordnungsentwürfen finanzielle Interessen des Landes NÖ berührt werden und sich dadurch Auswirkungen auf das Landesbudget ergeben.

## Probleme 1997

### Budgetgruppe

Das Problem, neben dem herkömmlichen („administrativen“) Defizit auch das in Folge der Mitgliedschaft Österreichs in der EU zu berechnende „Maastricht-Defizit“ darzustellen, wurde bei der Erstellung des Voranschlages 1998 gelöst.

### Wirtschaftsgruppe

● **NÖ Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden.** Probleme traten insofern auf, als durch die außergewöhnlich hohe Anzahl der Anträge bei weitem nicht alle Ansuchen berücksichtigt werden konnten.

● **Energiekostensenkung.** Probleme traten hier auf, weil energiesparende Investitionen aus den Anträgen für die allgemeine Aktion ausgegliedert werden müssen, da sie nur im Rahmen der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – Energiekostensenkung gefördert werden können.

● **Landeshaftung für Industriebetriebe/Landeshaftung für Innovation.** Probleme entstehen dadurch, daß Betriebe trotz Landeshaftung in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

### Teilnahme an Baubeiräten

Für den Vertreter der Abteilung Finanzen ist es mangels technischer oder medizinischer Spezialkenntnisse nicht immer

möglich, die Fragen der Notwendigkeit bzw. Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit von in Baubeiratssitzungen zur Diskussion stehenden Baumaßnahmen bzw. Anschaffungen zu beurteilen. In diesem Fall muß auf die Wohlmeinung des Sachverständigen vertraut werden.

**Stellungnahmen, insbesondere zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen**

Die von den Bundesdienststellen eingeräumten Begutachtungsfristen werden – auch bei wichtigen Gesetzen – oft zu kurz bemessen. Weiters fehlen gelegentlich in den erläuternden Bemerkungen Angaben darüber, wie sich der vorgeschlagene Gesetzes- bzw. Verordnungsentwurf auf die Länder finanziell auswirken wird.

**Ziele 1997**

**Budgetgruppe**

Das Ziel einer benutzerfreundlichen Gestaltung des Voranschlags konnte mit der Zusammenfassung der – ohne den Dienstpostenplan – jahrelang vier und für den Voranschlag 1997 noch zwei Voranschlagshefte in einem einzigen Voranschlagsheft für das Jahr 1998 weitgehend erreicht werden. Das für die Jahre 1996 bis 1998 geltende Budgetprogramm soll durch ein voraussichtlich für fünf weitere Jahre bestimmtes Budgetprogramm fortgesetzt werden.

**Wirtschaftsgruppe**

● **NÖ Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden.** Ziel der Aktion ist es, Einrichtungen zu fördern, die der Verbesserung der Kommunikation innerhalb der Gemeinde dienen. Der Schwerpunkt der Anträge liegt bei Straßenbauten, Mehrzweckhallen, Amtsgebäuden und Badsanierungen.

● **Energiekostensenkung.** Ziel dieser Aktion ist es, den Energieverbrauch in gemeindeeigenen Gebäuden, die öffentlichen Zwecken dienen, sowie in Schulen und Kindergärten zu minimieren.

**Teilnahme an Baubeiräten**

Ziel ist es, daß die vorhandenen Mittel am zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten eingesetzt und die für das jeweilige Projekt genehmigten Gesamtbaukosten nicht überschritten werden.

**Stellungnahmen, insbesondere zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen**

Zielvorgabe ist es, die finanziellen Interessen des Landes wirksam durchzusetzen.

**Statistik 1997**

**Budgetgruppe**

Der Voranschlag 1998 wurde vom Landtag im Juni 1997 mit folgenden Gesamtbeträgen genehmigt:

Voranschlag 1998	
Einnahmen	S 45.926.531.000,-
Ausgaben	S 50.043.303.000,-
Administratives Defizit	S 4.116.772.000,-
Maastricht-Defizit	S 9.948.000,-

Das im November 1997 vom Landtag beschlossene Umschichtungsbudget 1997 war abgangsneutral, da die zusätzlichen Ausgaben von S 1.057.030.000 nicht durch Schuldaufnahmen, sondern durch anderweitige Minderausgaben und mit den zusätzlichen Ausgaben zusammenhängende Mehreinnahmen zu bedecken waren.

**Wirtschaftsgruppe**

● **NÖ Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden.** In der Zeit von 1. Jänner bis 31. Dezember 1997 genehmigte die NÖ Landesregierung in 2 Sitzungen im Rahmen der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden 172 Anträge mit einem Kreditvolumen von S 132.920.000,-.

● **Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – Energie.** In der Zeit von 1. Jänner bis 31. Dezember 1997 genehmigte die NÖ Landesregierung in 3 Sitzungen im Rahmen der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden 7 Anträge mit einem Kreditvolumen von S 7.229.000,-.

**NÖ Landesbuchhaltung**

**Schwerpunkte 1997**

Die NÖ Landesbuchhaltung hat im Rahmen der Vollziehung der Landesgebarung, der Gebarung der mittelbaren Bundesverwaltung und der Auftragsverwaltung des Bundes sowie von Gebarungen der von einzelnen Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung verwalteten Fonds mit Rechtspersönlichkeit den Buchhaltungsdienst zu besorgen, das ist:

● die gesamte Buchführung über die voranschlagswirksame und voranschlagsunwirksame (durchlaufende) Gebarung;

- die Erstellung des Vermögensstandes aus der Bestands- und Erfolgsverrechnung;
- die Einleitung und Überwachung des Vollzuges der Zahlungen;
- die Zahlbarstellung der Bezüge sowie der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Landeslehrer wie auch die Prüfung deren Reisegebühren im Sinne der Reisegebührenvorschrift des Bundes;
- die Verfassung fallweiser Berechnungen und die Verfassung von Monatsabschlüssen und des Jahresrechnungsabschlusses mit den erforderlichen Beilagen, der für das Jahr 1996 nachstehendes Ergebnis vor dem Haushaltsausgleich aufweist:

Gesamteinnahmen	
Ordentliche Einnahmen	S 43.447.493.004,08
Außerordentliche Einnahmen	S 6.273.321.890,22
Summe	S 49.720.814.894,30
Gesamtausgaben	
Ordentliche Ausgaben	S 47.638.895.548,32
Außerordentliche Ausgaben	S 7.174.999.715,75
Summe	S 54.813.895.264,07
Gesamtabgang	S 5.093.080.369,77

- die laufende Nachprüfung der Geld-, Wertpapier- und Sachgebarung der kreditverwaltenden Stellen und der ihnen unterstehenden Kassen, Anstalten, Heime, Schulen, Stiftungen und Fonds;
- die Einhaltung des finanziellen Wirkungskreises und der Gebarungs- und Verrechnungsvorschriften durch die kre-

ditverwaltenden Stellen und der ihnen unterstehenden Kassen, Anstalten, Heime, Schulen, Stiftungen und Fonds;

- die Evidenz von Darlehen und Förderungen des Landes, ausgenommen der Gehaltszuschüsse und die Darlehen aus Bedarfszuweisungen sowie die Verpflegungskostenverrechnung und
- die Überwachung der Liquidität aller Landeskassen, Erstellung von Entscheidungsgrundlagen für Darlehensaufnahmen sowie die Veranlagung nicht sofort benötigter Gelder über Auftrag der Finanzabteilung.

### Ziele 1998

- Einführung einer EDV-unterstützten Personalverwaltung und -abrechnung (Projekt „IPA“) für den Bereich der Landeslehrer;

- Einbindung weiterer Bereiche der NÖ Landesbuchhaltung in das Projekt „NÖ LAKIS“ (NÖ Landeskommunikations- und Informationssystem);
- Mitarbeit bei der Entwicklung eines EDV-Programmes für die Amtskassen der Bezirkshauptmannschaften;
- Mitarbeit bei der Realisierung des EDV-Projektes „Sozialwesen“;
- Mitarbeit in der Projektgruppe für die Aus- und Weiterbildung der B/C/D-Bediensteten;
- Überarbeitung der Richtlinien für die Verwaltung des unbeweglichen Landesvermögens („RUL“);
- Einführung von Telebanking bei kassenführenden nachgeordneten Dienststellen und in der zentralen Kassenverwaltung (Buchhaltungsabteilung 9);
- Vorbereitung der Änderung und Ergänzung der Vorläufigen Verrechnungs- und Zahlungsordnung (VVZO) auf Grund praktischer Erfahrungen;

- Erstellung der EDV-Programme für die großvolumigen Darlehen aus der Wohnbauförderung 1968/73/84/89/90 und Vorbereitung der entsprechenden Maßnahmen für die Auslagerung (Privatisierung) an ein Kreditinstitut (Bank);
- Schwerpunktmäßige Schulungen des Buchhaltungspersonals;
- Testen der Programme für Haftungen und organisatorische Vorbereitung der Anwendung;
- Entwicklung von Programmen für die Inventar- und Liegenschaftsverwaltung im Zusammenhang mit dem Mehrphasenbuchhaltungssystem (MPB);
- EDV-mäßige Adaptierung und Wartung des Mehrphasenbuchhaltungssystems auf Grund der Buchhaltungs- und Kreditverwalterwünsche;
- Vorbereitungsarbeiten zur EURO-Umstellung im Buchhaltungssystem.

## Landesabgabenamt

Der Landtag von Niederösterreich hat am 15. Dezember 1994 eine Änderung des NÖ Anzeigenabgabegesetzes beschlossen, die am 25. Februar 1995 in Kraft getreten ist. Mit dieser Novelle wurde Werbung, die gegen Entgelt durch den Rundfunk (Hör-

rundfunk oder Fernsehrundfunk) verbreitet wird, einer Abgabe unterworfen. Mit Erkenntnis vom 4. Oktober 1997, G-322, 323/97-8, wurde die diesen Abgabentatbestand normierende Bestimmung des NÖ Anzeigenabgabegesetzes als verfassungswidrig aufgehoben.

Das Landesabgabenamt am Sitze des Amtes der NÖ Landesregierung ist, bis zum Wirksamwerden der Aufhebung (30. 12. 1997), in I. Instanz mit der Vollziehung der die Rundfunkabgabe betreffenden Tatbestände des NÖ Anzeigenabgabegesetzes befaßt.

## Abteilung Wohnungsförderung A/B

### Schwerpunkte 1997

#### Einführung der ÖKO-Eigenheimförderung

Das Land Niederösterreich ist dem Klimabündnis beigetreten und hat sich somit zu einer 50%igen Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen verpflichtet. Die CO<sub>2</sub>-Emission und deren Begrenzung durch geeignete technische Maßnahmen lassen sich aus Energiekennwerten (Energiekennzahl) von Gebäuden und deren gesamter technischer Ausrüstung schlüssig ableiten. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ist von der Landesregierung am 9. September 1997 für die Verbesserung der thermischen Qualität der Gebäudehülle (Wärmeschutz) und die Ausnutzung der Alternativ- und Umweltenergie sowie die technische Ausführung des Gebäudes eine sogenannte ÖKO-Eigenheimförderung beschlossen worden. Diese tritt als Zusatzförderung für alle Eigenheimförderungsansuchen ab 1. 1. 1998 in Kraft, und es können zusätzliche

unverzinsliche Direktdarlehen mit einer 25jährigen Laufzeit von bis zu S 178.000,- vergeben werden.

#### Eröffnung des TELE-Arbeitsplatzes Gmünd

Am 3. 11. 1997 ist ein Telearbeitszentrum der Wohnungsförderung im Bereich der Bezirkshauptmannschaft Gmünd eingerichtet worden. Von zwei Mitarbeitern wird die gesamte Solaranlagenförderung abgewickelt.

#### Internet

Am 24. November 1997 startete das Internet-e-mail-Angebot der Wohnungsförderung mit der Solaranlagenförderung.

### Ziele 1998

Die gesamte Wohnungsförderung sollte in das LAKIS möglichst rasch eingebunden werden, beginnend mit dem kleinvolumigen Bereich.

Im Internet werden sämtliche Förderungsbereiche dargestellt werden. Mit der Einführung des EURO werden vor allem im EDV-Bereich zahlreiche Programmänderungen schon im Kalenderjahr 1998 notwendig sein.

### Statistik 1997

#### Eigenheime

Insgesamt sind 5.559 NÖ WFG-Begehren gestellt worden. Im Rahmen der „Sonderaktion Dorferneuerung“ wurden 25 Ansuchen eingebracht. Vergabe: 4 Regierungssitzungen

Begehren	6.741
Wohneinheiten	7.425
NÖ WFG	S 2.233.435.000,-
Landesfonds	S 121.260.000,-

Aufgrund des Baufortschrittes wurden an WBF 1968, WBF 1984 und NÖ WFG-Mitteln S 2.427.745.000,- und an Landeswohnbauförderungsmitteln

S 157.303.760,- ausbezahlt. Für bereits fertiggestellte Eigenheime wurden Annuitätenzuschüsse für Kapitalmarktdarlehen in Höhe von S 639.839,- aus Mitteln der WBF 1968 zum Einzug freigegeben.

Im Bereich der „Sonderaktion Dorferneuerung“ wurden S 6.002.332,- ausbezahlt.

### Gruppenwohnbau

3

Insgesamt wurden 5 Begehren mit 31 Wohneinheiten eingereicht. In 2 Regierungssitzungen wurden für 4 Begehren mit 22 Wohneinheiten ein Darlehen mit einer Gesamtsumme von S 7.405.000,- bewilligt. Auf Grund des Baufortschrittes gelangten S 15.300.200,- zur Auszahlung.

### Mehrfamilienhäuser

#### Neubauten

Es wurden in 9 Sitzungen für 378 Ansuchen mit 4.679 Wohnungen, 3 Ordinationen und 1 Heim sowie diversen Nachförderungen S 222.404.000,- als jährlicher Annuitätenzuschuß auf 25 Jahre (das ergibt auf die Dauer der Förderung einen Gesamtzuschußbetrag von S 5.560.100.000,-) im Rahmen des Förderungsmodells 1993 sowie weiters S 12.143.000,- als Darlehen jeweils aus Mitteln des NÖ WFG sowie S 106.000,- als Darlehen aus Mitteln des Wohnbauförderungsfonds für das BundesLand Niederösterreich bewilligt. Aufgrund des Baufortschrittes wurden an WBF 1984 bzw. NÖ WFG Darlehen S 178.747.000,- und an Landesfondsdarlehen S 11.182.000,- angewiesen.

Bei den bereits fertiggestellten Bauvorhaben gelangten Annuitätenzuschüsse in der Höhe von S 11.800.437,- bzw. im Rahmen des Bundessonderwohnbauprogrammes 1983 S 95.045.517,- zur Auszahlung. Bei der Basisförderung sind S 406.655.826,- bezahlt worden.

### Althausanierung

Im großvolumigen Bereich der NÖ Althausanierung wurden in 7 Sitzungen für 231 Ansuchen mit 2.470 Wohnungen, 8 Ordinationen, 25 Stellplätze für Pkw, 3 Heime und diverse Nachförderungen, Umliegungen und Ergänzungen insgesamt S 15.435.000,- als Darlehen und weiters insgesamt S 19.563.064,- als jährlichen Zuschuß auf die Dauer von 10 bis 25 Jahren bewilligt. Das ergibt im neuen Basisförderungsbereich MHAS 1993 auf die Dauer der Förderung einen Gesamtzuschußbetrag von S 428.650.545,-. Insgesamt gelangten an Darlehen S 49.517.447,- sowie Zuschüsse in der Höhe von S 80.694.790,- zur Auszahlung.

### Althausanierung im kleinvolumigen Bereich

Insgesamt sind 5.739 Förderungsbegehren gestellt worden. In 5.488 Fällen wurde bereits ein Zuschuß mit einer jährlichen Gesamtsumme von S 44.670.446,- bewilligt. An Zuschüssen sind S 1.052.888.803,- angewiesen worden.

### Hauskauf

Ab 1. Jänner 1995 sind auf Grund der Aussetzung der Förderung mit diesem Datum keine Förderungsbegehren eingereicht worden. Für den Ankauf von Häusern und Wohnungen wurden insgesamt S 9.440.000,- ausbezahlt.

### Solar-, Wärmepumpen- und Photovoltaikanlagenförderung

Es sind 2.742 Förderungsbegehren eingereicht worden. Für diese Förderung wurden insgesamt S 60.327.740,- bewilligt und S 60.378.795,- ausbezahlt.

### Übersiedlerförderung

Für Bedienstete, die auf Grund der Verlegung des Dienstortes in die Landeshauptstadt St. Pölten bzw. in dezentrale Außenstellen übersiedeln, wurden 29 Ansuchen sowie 3 Aufstockungen mit Darlehen in der Höhe von 6.227.000,- bewilligt und für 28 Ansuchen S 6.159.000,- angewiesen. Insgesamt sind 23 Ansuchen gestellt worden.

### Wohnbauforschung

Für die in Niederösterreich eingerichtete Wohnbauforschung sind 9 Ansuchen eingelangt und 14 Forschungsvorhaben mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuß in der Höhe von S 6.644.600,- bewilligt worden. Für 13 Vorhaben sind S 3.925.267,- ausbezahlt worden.

### Wohnbeihilfe

6.662 Antragstellern wurde Wohnbeihilfe in der Höhe von S 122.011.601,- bescheidmäßig zugesprochen und insgesamt S 117.916.613,- angewiesen. Insgesamt wurden 8.842 Bescheide erlassen.

### Superförderung

4.242 Förderungswerbern wurde Superförderung in der Höhe von S 118.774.118,- zugesichert und insgesamt S 95.363.421,- angewiesen.

### Eigenmittlersatzdarlehen

In 3 Regierungssitzungen wurden 5 Förderungswerbern S 490.000,- bewilligt und insgesamt S 793.000,- angewiesen.

## Abteilung Allgemeine Förderung

### Arbeitnehmerförderung

Der Schwerpunkt dieser Förderung liegt nach wie vor in der Unterstützung von folgenden Personengruppen:

- Lehrlinge, die außerhalb ihres Hauptwohnsitzes einen Beruf erlernen oder die aus sozial schwächeren Bevölkerungsschichten stammen;
- ArbeitnehmerInnen, die sich berufsspezifisch weiterbilden wollen;

- ArbeitnehmerInnen, die unversichert in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind;
  - ArbeitnehmerInnen, die im 2. Bildungsweg eine Ausbildung im Gesundheitsdienst absolvieren.
- Zusätzlich zu diesen Maßnahmen werden seit 1992 Arbeitgeber gefördert, die ältere bzw. weibliche Arbeitsuchende, die wieder in das Berufsleben einsteigen wollen, einstellen. 1997 wurde für 10 Personen ein Förderungsbetrag von S 149.403,94 bereitgestellt.

Ein weiterer Schwerpunkt der NÖ Arbeitnehmerförderung liegt in der Unterstützung von Arbeits- und Ausbildungsinitiativen, die durch ihre Arbeit die Wiedereingliederung von arbeitslosen Menschen aus und in Problemregionen des Landes erleichtern sollen. Im Jahr 1997 wurden dafür Mittel in Höhe von insgesamt S 13.413.353,- bewilligt. Im Jahr 1997 fanden 9 Sitzungen des Arbeitsausschusses des Arbeitnehmerförderungsbeirates statt. In diesen Sitzungen wurden für 9 Förderungswerber,

die eine Ausbildung im Gesundheitsdienst im 2. Bildungsweg anstreben, Darlehen in der Höhe von S 1.066.000,- bewilligt. Im gleichen Jahr wurden rd. S 1.800.000,- aus den in den Vorjahren bewilligten Darlehen an Raten zurückerstattet.

Daneben wurden 3.544 Anträge um Fahrtkostenzuschuß (ehem. Standortausgleichsförderung-AB) mit einem Betrag von S 5.410.726,- positiv erledigt.

Im Rahmen der NÖ Lehrlingsförderung wurden 1.473 Anträge mit einem Gesamtförderungsbeitrag von S 8.147.300,- bewilligt. Davon sind 847 Anträge um Zuschüsse zu den Verpflegungskosten für Lehrlinge mit einem Betrag von S 3.608.500,- und 626 Anträge um Lehrlingsbeihilfe mit einem Gesamtbetrag von S 4.538.800,-.

634 Ansuchen von ArbeitnehmerInnen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, wurden positiv erledigt; für diese wurde eine Förderungssumme von S 8.611.912,04 zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde ein Betrag von S 108.960,- für 634 ArbeitnehmerInnen für die Übernahme des Zinsendienstes für Kontobelastungen (ArbeitnehmerInnen, deren Arbeitgeber ein Insolvenzverfahren beantragen mußte) bereitgestellt. Zur Unterstützung von arbeitslosen bzw. karezierten Besuchern von Meister- bzw. Konzessionsprüfungskursen wurden Förderungsbeiträge von S 198.500,- für 19 AntragstellerInnen bereitgestellt.

Für 9 Lehrlinge, die während ihrer Ausbildung unverschuldet ihre Arbeitsstelle verloren haben und die Kosten des Besuches der Berufsschule selbst zu tragen hatten, wurden Unterstützungen von insgesamt S 37.000,- bewilligt.

Zusammenfassend ergibt dies bei der Notstandsbeihilfe 887 positiv erledigte Ansuchen mit einer Gesamtförderungssumme von S 8.956.372,04.

## NÖ Pendlerhilfe

Im Jahre 1997 wurden 3.437 Anträge um NÖ Pendlerhilfe eingebracht; von diesen sind 1.112 Erstansuchen. Es wurden 2.276 Ansuchen mit einer Gesamtförderungssumme von S 6.459.634,- positiv erledigt.

## Hausstandsgründung

Um jungen Menschen die erstmalige Hausstandsgründung in Niederösterreich zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, wurden im Jahre 1997 4.567 Anträge mit einem Betrag von S 9.898.353,- als Zinszuschüsse und 467 Anträge mit einem Betrag von S 2.335.000,- als Kinderzuschüsse bewilligt.

Insgesamt wurden somit in 6 Sitzungen 5.034 Anträge mit einer Gesamtförderungssumme von S 12.233.353,- bewilligt.

Ziel dieser Förderung, die von Mitte 1996 bis Ende 1998 ausgesetzt ist, war es, jungen Menschen Hilfe bei der oft schwierigen Situation der Hausstandsgründung anzubieten.

## Gemeinnütziges Wohnungswesen

Die Tätigkeit der Aufsichtsbehörde über die gemeinnützigen Bauvereinigungen in Niederösterreich umfaßt unter anderem die Teilnahme an den Schlußbesprechungen, an den General- bzw. Hauptversammlungen der Bauvereinigungen. Die vom Österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen-Revisionsverband verfaßten Prüfungsberichte werden durchgearbeitet und erforderlichenfalls aufsichtsbehördliche Maßnahmen veranlaßt.

In erster Linie ist die Aufsichtsbehörde bestrebt, daß die den gemeinnützigen Bauvereinigungen gesetzlich vorgeschriebenen Vorschriften – die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit – eingehalten werden. Dies ist im Hinblick auf die Vergabe von Förderungsmitteln aus der Wohnungsförderung besonders hervorzuheben. 1997 wurden 18 Prüfungsberichte kontrollierend eingesehen. Weiters nahmen Vertreter der Aufsichtsbehörde an 17 Schlußbesprechungen über gesetzliche Prüfungen von Bauvereinigungen teil.

Am Verbandstag hat ein Vertreter der Aufsichtsbehörde teilgenommen.

## Verein „Jugend und Arbeit“

Im Jahr 1997 hat der Verein „Jugend und Arbeit“ seine Arbeit in gleicher Weise fortgesetzt wie in den Jahren seit seiner Gründung 1986. Seit Bestehen erhielten rund 1100 Personen einen vorübergehenden Arbeitsplatz. Sie erbrachten ihre Arbeitsleistung vorwiegend bei gemeinnützigen Institutionen, Gemeinden oder dem Land Niederösterreich. Neue Wege wurden in der Überlassung von Arbeitskräften an Betriebe gegangen.

Die Projekte im Jahr 1997:

### Qualifizierung für den NÖ Landesdienst

Ein dreijähriges Projekt, das insgesamt behinderten Personen die Chance geben soll, sich durch „Training on the Job“ für eine Anstellung im NÖ Landes-

dienst zu qualifizieren. Im Anschluß an das erste Beschäftigungsjahr wurden bereits 5 Personen in den Landesdienst übernommen.

### Lehrerbörse

Bedingt durch einen Überhang an ausgebildeten Lehrern können junge Absolventen der Pädagogischen Akademien sowie der Lehramtsstudien erst nach längerer Wartezeit mit einer Anstellung im Schuldienst rechnen. Für diese Junglehrer wurde die Lehrerbörse geschaffen.

Bis zu zwei Jahre lang können 150 Jungpädagogen beim Verein angestellt werden. Die Tätigkeiten reichen von Kinderbetreuung über Behindertenbetreuung und Altenbetreuung bis zur Erstellung von Lehrmaterialien.

### Flying Nannies

Ähnlich wie bei den Junglehrern ist es auch für junge Kindergärtnerinnen derzeit sehr schwer, eine Anstellung in ihrem Beruf zu erlangen.

Als „Übergangsprojekt“ werden 30 junge Kindergärtnerinnen als Flying Nannies eingesetzt. Sie betreuen Kinder, deren Eltern wegen untypischer Arbeitszeiten die üblichen Kinderbetreuungseinrichtungen nicht in Anspruch nehmen können, in der Wohnung der Eltern.

### Wiedereinstiegsprojekt für Kindergärtnerinnen

25 Kindergärtnerinnen, die nach längerer „Familienpause“ wieder in das Berufsleben einsteigen wollen, werden in Theoriekursen und Praxiseinsätzen in ihren Beruf zurückgeführt und mit den neuesten Entwicklungen in diesem Bereich vertraut gemacht.

### Telefit

Auch dieses Projekt richtet sich an Wiedereinsteigerinnen. 17 Frauen wurden in intensiven Schulungen mit den Möglichkeiten der „Telearbeit“, also der Arbeit von zu Hause oder einem Telezentrum aus für einen Betrieb, vorbereitet.

### Teilzeitstudie

Zwei Dienstnehmerinnen untersuchten die Bedürfnisse nach Teilzeitarbeit sowie das Angebot solcher Arbeitsplätze in drei Regionen Niederösterreichs. Im Anschluß wurde ein Beschäftigungsprojekt ausgearbeitet, das ebenfalls für Frauen die Möglichkeit auf Teilzeitarbeitsplätze schaffen soll.

**Job 2000**

Mit diesem Projekt wird ein neuer Weg in der Zusammenarbeit mit Betrieben beschritten. Zu üblichen Tarifen werden vormals langzeitarbeitslose Arbeitskräfte an Firmen zur Arbeitsleistung überlassen. Der Unterschied zu den gewerblichen Überlassern besteht in der Weiterbeschäftigung der Dienstnehmer für bis zu 12 Monaten auch während der „Stehzeiten“. In dieser Zeit haben die Dienstnehmer aber auch die Verpflichtung, an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen und somit ihre Chancen auf die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erhöhen.

**start up**

Ähnlich Job 2000 geht es auch hier um Arbeitskräfteüberlassung, allerdings sind die Dienstnehmer Absolventen von mittleren und höheren Schulen sowie Jungakademiker. Für diese Personen wird die Chance auf dem freien Arbeitsmarkt allein dadurch erhöht, daß sie im Verein Berufserfahrung sammeln können.

Finanziert wird der Verein „Jugend und Arbeit“ durch Mitteln des Arbeitnehmerförderungs fonds des Landes NÖ, der Arbeitsmarktverwaltung, des Europäischen Sozialfonds sowie Beiträge jener Institutionen und Betriebe, an die die Dienstnehmer überlassen werden.

**Landesfamilienreferat**

Bei der Vollziehung des NÖ Familiengesetzes lagen im Jahre 1997 die Schwerpunkte in folgenden Tätigkeitsbereichen:

● **NÖ Familienpaß** (mit Unfallversicherung gegen Unfälle im Haushalt, Zuschuß für eine Begleitperson beim Spitalsaufenthalt eines Kindes, Initiativen zur gemeinsamen Freizeitgestaltung usw.) 62.652 Familien besitzen derzeit den NÖ Familienpaß.

● **NÖ Familienurlaubsaktion.** An 583 NÖ Familien wurden Urlaubszuschüsse mit einem Gesamtbetrag von S 1.251.390,- angewiesen.

● **Familienjournal Niederösterreich.** Die Zeitschrift des NÖ Familienreferates erscheint vierteljährlich und informiert Familienpaßinhaber und alle interessierten Landesbürger über Familienförderung, Initiativen und Familienpolitik in Niederösterreich. Die Ausgaben haben bereits eine Auflage von 70.000 Stück, die unter anderem an alle Inhaber des NÖ Familienpasses gehen, die aber auch durch den Informationsfalter „Service für unsere Familien“ anzufordern sind.

● **Aktion Tagesmütter** Insgesamt wurden den durchführenden Organisatio-

nen (NÖ Hilfswerk, NÖ Volkshilfe, Kath. Familienverband St. Pölten und Caritas St. Pölten) bisher Förderungsmittel von S 25.156.000,- zur Verfügung gestellt. (Zuschuß zum Pflegebeitrag, je nach Familieneinkommen bis zu S 4.000,- monatlich.)

Derzeit werden in Niederösterreich rund 3.700 Kinder von Tagesmüttern betreut.

● **Tagesbetreuungsförderung.** Für diese Förderung wurden Förderungsmittel in der Höhe von S 3.420.356,- zur Verfügung gestellt. (Zuschuß zum Pflegebeitrag, je nach Familieneinkommen bis zu S 4.000,- monatlich). Insgesamt werden in ganz Niederösterreich rund 800 Kinder in Tagesbetreuungseinrichtungen (z. B. Kindergruppen) betreut.

● **NÖ Hortförderung.** Für diese Förderung wurden Förderungsmittel in der Höhe von S 491.730,52 zur Verfügung gestellt. (Zuschuß zum Pflegebeitrag, je nach Familieneinkommen bis zu S 4.000,- monatlich).

● **NÖ Kinderbetreuungsgesetz 1996.** Förderung der Tagesmütter-/väterrechtsträger, der Tagesbetreuungseinrichtungen wie auch der Hortbetreiber durch Zuschüsse zum Personalaufwand sowie zum Schulungs- und Ausbildungsaufwand und zum Aufwand für begleitende Kontrolle und Supervision (S 310,- pro betreutem Kind und Monat). Der Gesamtauszahlungsbetrag betrug 1997 S 16.760.000,-.

● **NÖ Familienhilfe.** Seit 1. Jänner 1989 fördert das Land Niederösterreich auf Grund des NÖ Familiengesetzes Familien durch einen Zuschuß. Die NÖ Familienhilfe wird Kindern von NÖ Familien im Anschluß an den Karenzurlaub (bzw. an die Teilzeitbeihilfe) bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres gewährt. Kinder, deren Mütter kein Karenzurlaubsgeld etc. beziehen, werden schon ab der Geburt gefördert. Die Höhe der NÖ Familienhilfe ergibt sich auf Grund des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens der Familie. Die NÖ Familienhilfe wurde per 1. Jänner 1995 auf maximal S 3.500,- monatlich angehoben, im Jahr 1997 konnten S 87.318.473,49 angewiesen werden.

Da das Karenzgeld des Bundes für Kinder, die nach dem 1. 7. 1996 geboren wurden, nur noch 18 Monate lang bezahlt wird, kann ab diesem Zeitpunkt, also ein halbes Jahr früher, die NÖ Familienhilfe beantragt werden. Im Dezember 1997 wurden rund 7.000 Inhaberfamilien des NÖ Familienpasses darüber mit einem Brief informiert.

● **Förderung von Organisationen und Privatinitiativen im Rahmen des NÖ Familiengesetzes.** An 45 Förderwerber wurden S 1.754.450,- ausbezahlt. So wurde z. B. die Arbeit der Interessenvertretung der NÖ Familien unterstützt, Familienorganisationen, wissenschaftliche Familienarbeit (Österreichisches Institut für Familienforschung, Institut für Ehe und Familie), Elternbildung,

Eltern-Kind-Zentren und NÖ Elternschulen gefördert.

● **Zuschuß zu den Beförderungskosten der Kinder zum Kindergarten.** Das Land Niederösterreich hat an Eltern und Gemeinden Zuschüsse in der Gesamthöhe von S 9.392.000,- überwiesen.

● **Verwaltungsfonds zur Hilfe für NÖ Familien.** Es wurden an 373 in Not geratene NÖ Familien nicht rückzahlbare Beihilfen im Gesamtbetrag von S 4.640.022,58 angewiesen.

● **Familienreferenten auf Gemeindeebene.** Auf Gemeindeebene wurden ehrenamtliche Familienreferenten eingesetzt. Die derzeit 383 Familienreferenten werden vom Familienreferat fachlich betreut und geschult und sollen als Kontakt- und Anlaufstelle für die örtlichen Familien fungieren.

Seit Mitte 1996 erscheinen die „Informationen für Gemeinde-Familienreferenten“ regelmäßig monatlich und beinhalten aktuelle Themen. Zusätzlich erhalten alle Familienreferenten den Pressedienst „beziehungsweise“ des Österreichischen Institutes für Familienforschung.

● **Elternbildungskalender.** In diesem Kalender erfolgte eine Vernetzung der vielfältigen Angebote der Eltern- und Familienbildung (Terminübersicht, Kontaktadressen, Vorstellung der einschlägig tätigen Organisation).

Der Elternbildungskalender wurde Anfang 1997 auf den neuesten Stand gebracht und aktualisiert. Die Auflage betrug 11.000 Exemplare und wurde über die Familienorganisationen und Elternbildungseinrichtungen verteilt.

● **NÖ Elternschule.** Die NÖ Elternschule ist eine Initiative der Abteilungen Jugendwohlfahrt, Sanitätsdirektion und Allgemeine Förderungen – Familienreferat. Gemeinsam mit verschiedenen Organisationen der Erwachsenenbildung werden vier Modelle der „Elternschule“ gefördert. Die Modelle betreffen werdende Eltern und Eltern von Kleinkindern, Eltern von Kindergartenkindern, Eltern von Volksschulkindern und Eltern von Kindern von 10 bis 15 Jahren. In allen Modellen werden von qualifizierten Referenten an drei bis fünf Abenden die jeweilige Entwicklung der Kinder und besondere Fragen und Probleme behandelt.

Im Jahr 1997 fanden 33 Modellreihen statt. Aus dem Budget des Familienreferates wurden die Organisationskosten in der Höhe von rund S 90.000,- gefördert.

● **NÖ Familiensonntag.** Am 22. Juni 1997 fand der 12. NÖ Familiensonntag statt, diesmal war die Stadtgemeinde Horn der Gastgeber für diese Großveranstaltung des NÖ Familienreferates. Hauptattraktion war „Müller's Zauberzirkus“, der mit den Horner Kindern drei Tage lang für die große Galavorstellung am Familiensonntag geprobt hatte. Professionelle und unterhaltende Darbietungen begeisterten die Besucher des

Familiensonntages im großen Zirkuszelt, das bis auf den letzten Stehplatz gefüllt war. Die Veranstaltung wurde von rd. 4.000 Besuchern besucht.

● **Veranstaltungen.** Im Rahmen der Elternbildung organisierte das NÖ Familienreferat Informationsveranstaltungen für Eltern zu Themen wie Drogenprävention und Sektengefahr. Bei vielen Großveranstaltungen und Messen betreute das Familienreferat Informationsstände.

● **„Sucht und Sehnsucht“**

- 14. Februar 1997: Wiener Neustadt – Bildungshaus St. Bernhard
- 21. Februar 1997: Zwettl – Bildungshaus Stift Zwettl
- 28. Februar 1997: Seitenstetten – Stift Seitenstetten
- 7. März 1997: St. Pölten – Bildungshaus St. Hippolyt
- 3. April 1997: Hadres
- 4. April 1997: Wieselburg
- 16. April 1997: Perschling
- 25. April 1997: St. Veit/G.
- 14. Mai 1997: Baden
- 2. Juni 1997: St. Andrä-Wördern
- 18. Juni 1997: Angern/March
- 24. Juni 1997: Kottlingbrunn
- 23. September 1997: Michelhausen
- 29. September 1997: Wullersdorf
- 24. Oktober 1997: Erlauf
- 29. Oktober 1997: Maissau
- 4. November 1997: Gemeinlebarn (bei Traismauer)

● **„Sekten – Wissen schützt!“**

- 21. März 1997: Loosdorf
- 6. Juni 1997: Pernegg
- 16. Juni 1997: St. Andrä-Wördern
- 27. Juni 1997: Schweigggers
- 30. Oktober 1997: Perschling
- 6. November 1997: Prinzersdorf
- 14. November 1997: Ravelsbach
- 20. November 1997: St. Pölten
- 27. November 1997: Pöggstall

● **„Diverse Infostände“**

- 4. März 1997: Enquete „Versorgungsausgleich“ – Wien, Marmorsaal
- 17.–20. April 1997: „Wisa 97“ (Messe) – St. Pölten
- 4. Mai 1997: Familienfest in Eggenburg
- 17. Mai 1997: NÖ Spiellandschaft – Hollabrunn
- 29. Mai bis 1. Juni 1997: „Bioem“ (Messe) – Groß Schönau
- 5. Juni 1997: Info-Veranstaltung „Ich war ein Abtreibungsarzt ...“ – St. Pölten
- 5.–8. Juni 1997: Sozial- und Gesundheitsmesse – Krems (Österreichhalle)
- 10. Juni 1997: Enquete „Sekten – eine Gefahr?“ – Wien
- 22. Juni 1997: NÖ Familiensonntag – Horn
- 13.–17. August 1997: Hollabrunner Weinlandmesse – Hollabrunn
- 22.–24. August 1997 und 29.–31. August 1997: „NÖ Kinder-Sommerspiele“ Herzogenburg
- 1. Okt. bis 2. November 1997: „(K)ein sicherer Ort-sex. Gewalt an Kindern“ – Amstetten

– 3.–5. Oktober 1997: „Bewußtsein '97“ (Messe) – VAZ St. Pölten

– 17. Oktober 1997: Expertengespräch „Familien- und Fertilitäts-Survey 1996“ – Industrieviertelsaal, Landhaus

– 3. November 1997: Konferenz der beamteten Landesfamilienreferenten – St. Pölten

– 7. November bis 3. Dez. 1997: „(K)ein sicherer Ort – sex. Gewalt an Kindern“ – Wiener Neustadt

– 12.–16. November 1997: Familien- und Seniorenmesse – Krems

● **NÖ Landesfamiliensingen 1997.** In Zusammenarbeit mit dem NÖ Bildungs- und Heimatwerk fanden folgende Veranstaltungen statt:

- 12. April 1997: Karlstetten
- 22. Juni 1997: Horn
- 22. August 1997: Traunstein
- 14. September 1997: Asparn a. d. Zaya

– 19. Oktober 1997: Zillingdorf

– 26. Oktober 1997: Ybbs/Donau

● **Landesstelle für Sektenfragen.** Mit 1. Februar 1997 hat Frau Landeshauptmann-Stv. Liese Prokop die Landesstelle für Sektenfragen beim NÖ Familienreferat eingerichtet.

Die Mitarbeiter der Landesstelle für Sektenfragen stehen gemeinsam mit externen Sektenexperten als Kontaktadresse für Anfragen zur Verfügung.

Das Land Niederösterreich leistet über die Sektenstelle Aufklärungsarbeiten in den Bezirken und Gemeinden.

– Information und Dokumentation zu verschiedenen Gruppen und Organisationen;

– Vermittlung von Referenten für Aufklärungs- und Fortbildungsveranstaltungen;

– Bestandsaufnahme der in Niederösterreich existierenden Sekten und sonstigen Gruppierungen;

– Abhalten von Vorträgen;

– Beratung und Information von Behörden und Privatpersonen (nach telefonischer Terminvereinbarung);

– Informationsaustausch über Internet und e-mail;

– Zusammenarbeit mit Sektenberatungen anderer Länder, des Bundes und kirchlicher Einrichtungen.

Im Jahr 1997 erledigte die Landesstelle 350 telefonische Anfragen, davon 180 Telefonate betreffend Esoterik, der Rest betrifft vor allem Sahaja Yoga, Sri Chinmoy, Scientology, Satanismus, Humana, etc.

Die Homepage der Sektenstelle ist unter <http://www.sektenstelle.at> erreichbar.

● **Spiellandschaft Niederösterreich.**

Die im Jahr 1995 ins Leben gerufenen Aktion „Spiellandschaft Niederösterreich“ wurde auch 1997 erfolgreich fortgesetzt. Vier Seminare zu den Themen „Kinderbeteiligung“, „Spielraumgestaltung“ und „Belebung von Spiel-T-Räumen“ vermittelten konkrete Methoden an interessierte Erwachsene, die in ihrer Gemeinde etwas für und mit Kindern tun möchten.

Bereits zum dritten Mal wurde der Wettbewerb „Spiel-T-Räume“ durchgeführt.

Auch diesmal beteiligten sich wieder viele Gemeinden an diesem Wettbewerb. Als Sieger gingen die Gemeinden Alland, Poisbrunn und Stranzendorf hervor. Die Siegergemeinden wurden heuer in Zistersdorf prämiert.

„Spiel-T-Räume – Freiräume für Kinder“ ist der Titel der neuen Zeitschrift, die von der Spiellandschaft NÖ veröffentlicht wird. Sie erscheint vierteljährlich und bietet eine Plattform der Vernetzung und Information unter Spielraumbündeln in Niederösterreich und über Landesgrenzen hinaus.

● **Schüler-Unfallversicherung.**

Auch im Schuljahr 1997/98 bot die Niederösterreichische Versicherung in Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich wieder die kostengünstige Schüler-Unfallversicherung an. Neu ist, daß die Versicherung auch für Kindergartenkinder und Kinder, die zu Hause betreut werden, möglich ist. Bisher langten rd. 61.000 Ansuchen bei der Versicherung ein. Ab dem dritten Kind übernimmt das NÖ Familienreferat die Prämienzahlung.

● **Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen.**

Aus den Bundesmitteln zur Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen wurden Niederösterreich 16,46%, das sind 98.760.000,- bereitgestellt. Für die Vergabe hat der Bund Richtlinien beschlossen. Der Bundeszuschuß erfolgt maximal in jener Höhe, in der das Land oder die Gemeinde die jeweiligen Projekte fördern. Die Administration seitens des Landes erfolgte über das NÖ Familienreferat.

Am 25. Februar 1997 erfolgte die Beschlußfassung der NÖ Landesregierung für den 1. Sammelantrag an den Bund, der am 3. Oktober von einer Bundeskommission behandelt wurde.

Dabei wurden von beantragten 94.000.000,- Förderungsmittel in der Höhe von S 72.497.789,- bewilligt (und zwar für Kindertausbau 50 Mio., für Integrationsprojekte 20 Mio., für Aus- und Fortbildung von Tagesmüttern an die Caritas S 974.000,-, an den Kath. Familienverband S 314.800,-, an die Volkshilfe S 311.700,-, weiters für die Ausbildung von Kindergruppen-Betreuerinnen an die Volkshilfe S 423.800,- und an den Landesverband der Kindergruppen S 318.900,-). Telefonisch wurden ein Nachtrag für das NÖ Hilfswerk (Aus- und Fortbildung von Tagesmüttern) in der Höhe von S 13.811.400,- angekündigt.

Somit verblieben für den 2. Sammelantrag der Landesregierung S 12.450.811,-. Dieser Antrag wurde am 9. 12. 1997 von der Landesregierung beschlossen und teilt sich auf 36 Gruppen bzw. Institutionen auf. Dabei wurden S 16.236.050,- beantragt (weil erfahrungsgemäß einzelne Posten gekürzt werden und kein Geld verfallen soll).

Insgesamt langten für den 2. Sammelantrag 53 Ansuchen beim Familienreferat ein. 17 Anträge mußten ausgeschrieben werden, da sie – auch nach Verbesserungsaufträgen – nicht den Richtlinien des Bundes entsprochen haben.

Durch die Förderung werden rund 8.500 neue Kinderbetreuungsplätze in Niederösterreich geschaffen sowie in 208 Kindergartengruppen Integrationsaktivitäten gefördert.

● **NÖ Familienreferat im Internet.** Seit 15. Mai 1997, dem Internationalen Tag der Familie, ist das NÖ Familienreferat mit einer umfangreichen Homepage im Internet vertreten. Die Seiten informieren über unsere Förderungen (alle Richtlinien, alle Antragsformulare zum Download), unsere Aktivitäten (Presseausendungen, Elternschule, Vorträge etc.), die rechtlichen Grundlagen unserer Arbeit und über unsere Mitarbeiter und Partner. Auf allen Seiten kann man über email direkt mit dem Bearbeiter in Kontakt treten.

Die Adresse unserer Homepage lautet: <http://www.noel.gv.at/service/ff3/index.html>, die email-Adresse lautet: familienreferat@noel.gv.at.

● **Reihe „Blickpunkt“.** Im Jahr 1997 erschienen zwei Kartonschieber der neuen Reihe „Blickpunkt“, und zwar der „Blickpunkt Sekten“ mit Informationen über Gruppen, die uns gefährlich werden können, und der Blickpunkt „Drogen“, der Informationen über die verschiedensten Suchtmitteln liefert.

## „Interessenvertretung der NÖ Familien (IV)“

Niederösterreich ist nach wie vor das einzige Bundesland mit einer im Gesetz verankerten Interessenvertretung für Familien. Die Interessenvertretung der NÖ Familien (IV) – ein Zusammenschluß der drei größten Familienorganisationen: Katholischer Familienverband, NÖ Familienbund und Kinderfreunde NÖ – vertritt Familienanliegen auf Landes- und Bundesebene – wirtschaftlich, rechtlich, sozial und ideell. Hauptziele sind, für die Anliegen der Familien einzutreten, die Familien in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen, den NÖ Familien Lebensqualität zu sichern und ein familienfreundliches Klima zu fördern.

● **TATEN statt WORTE.** Organisation des erstmals in Niederösterreich durchgeführten Wettbewerbs „Frauen- und familienfreundlichste Betriebe in Niederösterreich“: Konzepterstellung, Schwerpunktsetzung, Sponsoring, Erstellung eines Fragebogens, Entwurf der Werbelinie und der Werbeträger, Werbekampagne, Pressekonferenz, permanente Öffentlichkeitsarbeit, Motivation und Akquisition von Betrieben zur Teilnahme, Auswertung der Fragebogen, Betriebsbesuche, Jurysitzung, Endauswahl der Siegerbetriebe, Preisverleihung, Doku-

mentation, Pressespiegel, Nachbereitung. Der erste Wettbewerb, an dem sich 69 Betriebe aus NÖ beteiligt haben, war ein großer Erfolg.

● **Familiensonntag in Horn.** Neben einem Informationsstand wurden Kindern Vorlagen zum Lösen von Rätseln und Knobelaufgaben geboten.

● **Aktion: Familienfreundlicher Gastwirt.** Erfolgreiche Tischset-Aktion. Ansprechende, bunte Tischvorlagen mit Rätsel- und Knobelaufgaben für Kinder werden den Gastwirten kostenlos zur Verfügung gestellt. Mit dieser Aktion sollen Gastwirte in Niederösterreich zu Kinder- und Familienfreundlichkeit motiviert, familienfreundliche Gastwirte ermittelt und prämiert werden. Ein Abschnitt der Tischvorlage dient der Teilnahme am Gewinnspiel und Bewertung der Familienfreundlichkeit des Gastwirtes. Es wurden über 1000 Gewinnkarten (Abschnitt des Tischsets) eingesandt.

● **Medienarbeitskreis „Kinder + Fernsehen“.** Ein auf Wunsch von Eltern eingerichtetes Informations- und Diskussionsforum, dem neben Elternvertretern, PädagogInnen und Vertretern aus Familienorganisationen auch Medienverantwortliche angehören. Ziele: Wirkung und Einwirkung des Fernsehens auf die Familie, Sendungsanalysen, Erarbeiten von Qualitätskriterien für Kindersendungen, Erstellung von Orientierungshilfen für Eltern, Förderung der Medienkompetenz, Initiierung von Medienprojekten in Schulen u. a.

Aufgrund des Vorfalles in Zöbern galt und gilt dem Thema Gewalt ein spezielles Interesse. Neben der Auseinandersetzung mit Gewalt wurde ein Grundsatzpapier für Eltern, PädagogInnen und Medien/Programmverantwortliche, PolitikerInnen „Gesichtspunkte zur Gewaltprävention“ und eine Presseausendung „Gewalt in Medien – Gewalt durch Medien? Verantwortungsvolle Medienpolitik und Medienerziehung als Gewaltprävention“ erstellt sowie die Hauptthesen einer Studie zusammengestellt „Wie Kinder mit Gewaltdarstellungen in Nachrichten umgehen“.

Produkte des Medienarbeitskreises:

- Eltern TV-Ratgeber. Wöchentlich „Tips for kids“ in der NÖN. Beschreibung von Kindersendungen und Kindervideos. Eine Orientierungshilfe für Eltern.
- Eine Liste mit empfehlenswerten Videos für 3 bis 10jährige wird ständig erweitert.
- Sendungsanalysen von Eigenproduktionen bzw Auftragsproduktionen für das Kinderfernsehen des ORF nach folgenden Punkten: Kurzcharakteristik, Plus, Minus, Gesamtbewertung.
- „Medienführerschein“ – Mitarbeit am Konzept und Bewerbung des Ausbildungslehrganges für MedienpädagogInnen, um MultiplikatorInnen und ReferentInnen auszubilden, Zusammenarbeit mit „Lobby für Kinder“ und „Initiative gegen Gewalt am Bildschirm“.

● **Familienpressespiegel.** Alle 2 Monate erscheint ein nach Stichworten geordneter Pressespiegel, der familienrelevante Artikel aus verschiedenen Tages- und Fachzeitingen enthält.

Dieser ergeht an Gemeindefamilienreferenten, Mandatäre und an Familienthemata Interessierte.

## Landesbeirat für Jugend- und Familienpolitik

1997 wurde eine Sitzung des Landesbeirates für Jugend- und Familienpolitik sowie zur Wahrung der Interessen der älteren Generation abgehalten, in der über die NÖ Sektenstelle, den NÖ Lehrlingsgipfel sowie über Förderungen in der EU beraten wurde.

## Auslandsösterreich-Referat

Im Sommer 1997 konnten sich Auslandsösterreicher an insgesamt 11 verschiedenen Aktionen beteiligen: Zigeunerlager Langau, Familiensingen Hohenlehen, Wassersportwochen in Wallsee, Reitwochen Weistrach, Computer + Tenniscamp Annaberg, Intensivsprachkurs in Großpertholz, Sprachkurs im Schloß Haindorf, Ferien in niederösterreichischen Privatfamilien, Ferialjobs in NÖ Wirtschaftsbetrieben.

Das AÖ-Jugendtreffen und das VIP-Auslandsösterreich-Treffen wurden vom AÖ-Referat direkt veranstaltet.

Das Thema des AÖ-Jugendtreffens war: „Umwelt und Kultur ist Umweltkultur“. 30 AÖ-Jugendliche aus 17 Ländern besichtigten eine Reihe von Umweltprojekten in Wald- und Weinviertel.

Das VIP-Auslandsösterreich-Treffen fand nach Baden und Tulbingerkogel in St. Pölten statt. In den Arbeitsgruppen Wirtschaft, Kunst und Kultur, Jugend und Erziehung, Tourismus wurden Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit niederösterreichischen Fachleuten aus den gleichen Bereichen erarbeitet und am dritten Tag des Treffens direkt mit den Niederösterreichern besprochen.

Die verschiedenen AÖ-Gruppen waren zu Gast bei Landeshauptmann Dr. Pröll, Landtagspräsident Mag. Romeder, und Landesrat Blochberger kam zu einem Umweltgespräch mit den Jugendlichen auf die Kaiserkogelalm.

Insgesamt kamen 138 Auslandsösterreicher nach Niederösterreich, aus 36 Ländern in 4 Kontinenten, darunter China, Singapur, Thailand, Philippinen, Indonesien, Indien, Israel, Vereinigte Arabische Emirate, Türkei, Ägypten, Namibia, USA, Kanada, Guatemala . . . und diversen europäischen Staaten.

Jugendlichen aus Albanien konnte ein Aufenthalt in einer Privatfamilie angeboten werden, und aus Namibia konnte eine Studentin im Landwirtschaftlichen Forschungszentrum weiterführende Studien betreiben.

500 Kulturpakete mit deutschsprachigem Lesestoff wurden an AÖ-Kinder und Jugendliche in aller Welt verschickt. Gefördert wurde der „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ und das Auslandsösterreich-Werk in der jeweiligen Höhe des Bundesländer-Anteils.

In arbeitsintensiver Überzeugungsarbeit konnten Sponsoren für die Unterstützung der Auslandsösterreich-Aktionen gewonnen werden.

Die Reaktionen in der Presse waren beachtlich und schlugen sich in zahlreichen Artikeln und Berichterstattungen nieder.

## Landesfrauenreferat

Die Tätigkeiten des Landes-Frauenreferates umfaßte 1997 folgendes Spektrum: An eigenen Veranstaltungen standen das Symposium „Frauen im Fokus – mehr Weiblichkeit an den technischen Fachhochschulen“ in Wiener Neustadt und die 2tägige Veranstaltung „Stress lass nach“ – Frauen in einer männlich dominierten Berufswelt, im Kongreßzentrum Baden im Vordergrund. In beiden Fällen gab es Vorträge von Fachleuten und Workshops.

In den verschiedenen Städten der niederösterreichischen Viertel wurden die Informationsveranstaltungen zum Thema „Klimakterium – Wechseljahre“ fortgesetzt. Eine Psychotherapeutin und der leitende Gynäkologe des Krankenhauses hielten die Fachreferate. Das Interesse der TeilnehmerInnen war überwältigend.

Das Frauenreferat war auch Mitveranstalter der 1. internationalen Bodensee-Dreiländer-Frauenkonferenz in Konstanz im April 1997. Sie stand unter dem Motto „Vernetzen – Verbinden – Verbünden“. Es nahmen daran ca. 150 Expertinnen aus der Schweiz, Deutschland und Österreich teil. Der inhaltliche Fokus war auf den Arbeitsmarkt gerichtet. Es wurden gemeinsame Strategien erarbeitet bzw. andiskutiert.

Gemeinsam mit der NÖ Landjugend wurden Persönlichkeitsbildungsseminare veranstaltet, die sich speziell an junge Frauen in ländlichen Regionen richten.

● **EU-Förderung.** Im sogenannten einheitlichen Dokument für die Programmplanung sind auch Maßnahmen für Frauen in den Zielgebieten 2 und 5b verankert. Um die Lage in diesen Gebieten zu verbessern, wurde heuer gemeinsam mit dem AMS NÖ ein Pilotprojekt zu einem Existenzgründerinnen-Programm durchgeführt, und zwar an 5 Standorten:

Berndorf, Neunkirchen, Wiener Neustadt, Mistelbach und Zwettl. Angeboten wurden Gründerinnentage, Workshops, individuelle Beratung und Nachbetreuung. Wichtige Effekte sind der Abbau von Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Förderung von Eigeninitiative und Selbsthilfe und eigenverantwortliches Handeln.

Zwei weitere arbeitsmarktpolitische Projekte für Frauen in diesem Jahr waren das Kindergärtnerinnen-Wiedereinstiegsprojekt und Telefit. Beide wurden aus Mitteln des Arbeitnehmerförderungsfonds, des Arbeitsmarktservice NÖ und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

Das Wiedereinstiegsprojekt für Kindergärtnerinnen wurde zum zweitenmal durchgeführt. Es soll den arbeitssuchenden Kindergärtnerinnen nach einer familienbedingten Berufsunterbrechung den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern. Geboten wird praxisbegleitende Weiterbildung und das Erarbeiten pädagogischer und systembezogener Veränderungen.

Bei Telefit ist es Ziel, Telearbeitsplätze in Kooperation mit Unternehmen, Organisationen, Vereinen oder Institutionen öffentlichen Rechts zu schaffen. Die Ausbildung beinhaltet neben dem rein fachlichen Aspekt auch eine Schulung der sozialen und kommunikativen Fähigkeiten.

Erfolgreich fortgesetzt wurden auch die Online-Kurse für Frauen, die gemeinsam mit der Wirtschaftskammer NÖ durchgeführt werden. Es wurden insgesamt 10 Kurse angeboten.

Die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt ist ein zentrales Thema im Frauenreferat. Darum haben wir uns auch für die Schaffung eines NÖ Gleichbehandlungsgesetzes eingesetzt bzw. an der Textgestaltung mitgewirkt. Dieses Gesetz ist am 12. Juli 1997 in Kraft getreten. Es gilt für den Landes- und Gemeindedienst.

Die Kinderferienbetreuung für Kinder von NÖ Landesbediensteten wurde heuer zum ersten Mal in St. Pölten abgehalten. Es konnte auch unter den neuen Bedingungen ein interessantes Programm zusammengestellt werden. Einige Highlights: Ausflug in die Wachau mit Donauschiffahrt, Besuch eines Tierparks, Waldjugendspiele, Rätselralley durch St. Pölten etc.

Die referatseigene Bibliothek wurde besonders häufig von SchülerInnen und PädagogInnen in Anspruch genommen. Es wurden auch viele Subventionsansuchen an uns gerichtet. So förderten wir wieder die 7 Frauenberatungsstellen in Niederösterreich.

Wir förderten auch Veranstaltungen mit einem frauenspezifischen Schwerpunkt. Bei der Aktion „Kinderferienbetreuung“ gab es eine finanzielle Unterstützung für Personen, die eine solche Betreuung in den Ferien organisiert haben.

Die Landesfrauenreferentinnen-Konferenz, die heuer in Wien stattfand und die

Frauenpolitischen Föderationsplattformen stellen einen wichtigen Beitrag zur überregionalen Zusammenarbeit mit den Frauenreferaten der anderen Bundesländer, dem Bund bzw. der politischen Ebene dar.

Nicht zuletzt tragen viele Frauen in schwierigen Situationen ihre Probleme an uns heran. Wir versuchen zu helfen soweit es geht. Jedenfalls zeigt uns gerade diese Tätigkeit, wie Frauen auch heute noch behandelt werden und was sie alles hinnehmen müssen.

## Landesjugendreferat

Das Jugendreferat wurde 1947 als Service- und Förderungsstelle für die außerschulischen Belange und die Förderungen nach dem NÖ Jugendgesetz gegründet. Das Jugendreferat versteht sich in erster Linie als Förderungs-, Koordinations-, Grundlagenforschungs- und Entwicklungsstelle für neue Ideen in der Jugendarbeit.

Der direkte Kontakt des Jugendreferates zu den Multiplikatoren in den einzelnen Gemeinden in Niederösterreich (Gemeindejugendreferenten, Obmänner von lokalen Jugendorganisationen) ist in den vergangenen Jahren ein immer wesentlicherer Faktor der Jugendarbeit geworden.

1988 wurde als weitere Maßnahme dazu in Laa/Thaya die Außenstelle des Jugendreferates eröffnet. Dieses Weinviertler Jugendservice hat nicht nur verschiedene Jugendgruppen, Gemeindejugendreferenten und Gemeinden hinsichtlich konkreter Förderungsprojekte informiert und beraten, sondern ist zu einem fixen Bestandteil der Jugendarbeit im Weinviertel geworden.

## Kommunale Jugendarbeit

Eine Veranstaltungsreihe auf verschiedenen Ebenen hat dieses Jahr den Bereich der Kommunalen Jugendarbeit erweitert.

Es fanden Bezirkstreffen (10 Bezirke) der Gemeindejugendreferenten sowie 4 Landesviertelkonferenzen (Mödling, Ernstbrunn, Zwettl, Schallaburg) und der 3. Jugendkommunalkongreß in Tulln statt.

Die durchwegs gut besuchten Veranstaltungen verbreitern die Basis der Information über das Thema kommunale Jugendarbeit.

## Kommunaler Jugendkongreß

Zum Thema „Jugendarbeit in der Gemeinde“ hat am 8. 11. 1997 ein Kongreß im Stadtsaal von Krems stattgefunden. Namhafte Referenten aus Deutschland und Österreich, aus Forschung und Wirtschaft haben Referate gehalten.

### Jugendfreundlichste Gemeinde

Der Bewerb Jugendfreundliche Gemeinde verzeichnete 1997 die Rekordteilnehmerzahl von 160.

Folgende Neuerungen sind 1997 beim Bewerb Jugendfreundlichste Gemeinde eingetreten:

- neuer Name: Jugendfreundliche Gemeinde;
- neues Briefpapier, eigenes Logo;
- neue Kategorieinteilung: Kategorie A für Neueinsteiger, Kategorie B für Viertelssieger, Kategorie C für Modellgemeinde;
- verstärkte Bewerbung des Bewerbes. Die Preisverleihung fand am 25. 11. 1997 erstmals im neuen Landhaus in St. Pölten statt.

### Gemeindejugendreferenten – Jugendleitersausbildung

Die Einführung der Gemeindejugendreferenten in Niederösterreich, die als Bindeglied zwischen den Jugendlichen und Jugendvertretern der Gemeinden zu den Gemeinden sowie in weiterer Folge zum Landesjugendreferat fungieren, hat sich als richtig erwiesen. Mehr als 520 Gemeindejugendreferenten gehen dieser Aufgabe landesweit nach. Als Unterstützung für ihre Tätigkeit bietet das Landesjugendreferat Seminare zu verschiedenen Themenbereichen an, ebenso spezifische Seminare, in denen Jugendaktivitäten vorgestellt und diskutiert werden und auch Seminare zur persönlichen Weiterbildung. Die periodisch erscheinende Gemeindejugendreferentenzeitung ergänzt das Informationsangebot des Jugendreferates für Gemeindejugendreferenten.

Folgende Seminare wurden durchgeführt:

- Rhetorik und Verhaltenstechnik I: vom 21. bis 23. 2. 1997 in Laaben
- Öffentlichkeitsarbeit für Non-Profits im regionalen Bereich: vom 28. 2. bis 1. 3. 1997 in Maissau
- Teamwork und Aufgabenteilung: vom 14. bis 16. 3. 1997 in Laaben
- Rhetorik II: vom 11. bis 13. 4. 1997 in Laaben
- Der Jugendtreff der Zukunft: vom 11. bis 13. 4. 1997 in Laaben
- Werbung I – Einführung in die Grundlagen der Werbung: vom 18. bis 19. 4. 1997 in Böheimkirchen
- Subvention – Anträge erfolgreich stellen: am 26. 4. 1997 Langenlois
- Marketing I für Non-Profit Organisationen: vom 23. bis 24. 5. 1997 im Schloß Haindorf
- Werbung II – Werbegestaltung am Computer: vom 6. bis 7. 6. 1997 in Hollabrunn
- Schülerzeitungsseminar 27. bis 28. Oktober 1997 für Schüler und Jugendzeitungsredakteure
- Werbung III: am 11. 9. 1997 in Wien

- Rhetorik und Verhaltenstechnik I: vom 26. bis 28. 9. 1997 in Böheimkirchen

- Konfliktmanagement: vom 3. bis 5. 10. 1997 in Neuhofen/Ybbs

- Teamwork-und-Aufgabenteilung „Ein Fall für Alle“: vom 17. bis 19. 10. 1997 in Böheimkirchen

- Trendseminar: vom 7.11. bis 8. 11. 1997 in Laaben

- Internet für Non-Profit-Organisationen: vom 21. bis 22. 11. 1997 in Böheimkirchen

- Werbung IV: Jugendzeitungsseminar „Gestaltung am Computer“: vom 5. bis 6. 12. 1997 in Hollabrunn

### Schülerzeitungswettbewerb

1997 wurde bereits der 7. Schülerzeitungswettbewerb in Zusammenarbeit mit NÖN, dem Raiffeisen-Jugendclub und der ÖKISTA durchgeführt.

An dem landesweiten Wettbewerb beteiligten sich 35 Schülerzeitungsteams. Die Preisverleihung wurde am 21. April 1997 in Wien durchgeführt.

### Jugendorganisationen

1997 haben die Untergruppierungen des Landesbeirates für Jugend und Familienpolitik sowie zur Wahrung der Interessen der älteren Generation entsprechend ihrer Geschäftsordnung 4 Sitzungen und eine außerordentliche Sitzung abgehalten, Beratungen geführt und Anträge beschlossen.

### Jungbürgerfeiern

1997 wurden 54 Jungbürgerfeiern mit ca. 4.500 Teilnehmern durchgeführt. Das Landesjugendreferat beteiligte sich an der Durchführung, Mitgestaltung und Mitfinanzierung.

Heuer wurden 32 Jungbürgerfeiern in der Höhe von S 158.318,58,- gefördert.

### Jugendredewettbewerb

Der Jugendredewettbewerb 1997 wurde in 6 Gruppen (Höhere Schulen, Mittlere Schulen, Berufsschulen und Werk tätige Jugend, Polytechnische Lehrgänge, Landjugend und Bundesheer) durchgeführt und brachte ausgezeichnete Leistungen.

Monatelang wurden von Schulen, Jugendorganisationen usw. Orts- und Bereichsbewerbe in festlichem Rahmen veranstaltet.

Der Bundesredewettbewerb wurde im Juni 1997 im Burgenland abgehalten.

### Chorleiter-Seminare

Dabei treffen einander die Jugendchorleiter Niederösterreichs, um sich in Chorleitung und Stimmbildung weiter zu verbessern und um alte und neue Chorliteratur zu erarbeiten. Auch traditionelle und moderne Tänze für junge Leute,

Volkslieder und Volkstänze werden bei diesen Seminaren behandelt.

Etwa 200 Chorleiter, die ihrerseits wieder für je 30 bis 50 junge Chorsänger/innen verantwortlich sind, nehmen pro Jahr an den Seminaren teil. Dadurch vervielfachen sich die positiven Effekte der Ausbildungsarbeit.

Diese langjährige, konsequente pädagogische Arbeit hat dazu geführt, daß NÖ Jugendchöre immer wieder Spitzenplätze beim Österreichischen Jugend-singen erreichen. Die Chorleiter selbst haben mittlerweile ein hohes gesangliches Niveau erreicht.

Aus diesen Aktivitäten entstand die Idee, gelegentlich große Festkonzerte zu veranstalten, bei denen die zahlreichen Chorleiter/innen ihr Können der Öffentlichkeit präsentieren.

Am 16. November 1997 fand im Goldenen Saal des Wiener Musikvereines ein eindrucksvolles Chorkonzert der NÖ Chorleiter statt. Es wurde im „Goldenen Saal“ des Musikvereines „Ein deutsches Requiem“ von Johannes Brahms gemeinsam mit dem Wiener Madrigalchor, dem Wiener Oratoriumsorchester, Ildiko Raimondi (Sopran) sowie Georg Tichy (Bariton) aufgeführt. Dirigent und künstlerischer Leiter war wieder Prof. Xaver Meyer. Für 1998 haben die Vorbereitungen für das „Jugendsingen 1998“ begonnen. Vorbereitungen mit dem Päd. Institut, den Bezirksverantwortlichen, den Referenten sowie mit einzelnen Juroren wurden abgehalten. Auch wurden Informationsschreiben an Musikerzieherinnen, Chorleiterinnen und außerschulische Chöre weitergeleitet.

### Volkskultur

Die Pflege und Weitergabe von Volkskultur, Brauchtum und traditionellem Freizeitgut ist ebenfalls ein wichtiger Teil der kulturellen Jugendarbeit. Durch aktive Pflege der Volkskultur kann die Weitergabe von traditionellen Lebensformen gesichert werden.

Darunter versteht man unter anderem: Volkstanzen, Volksliedersingen, Volksmusik in verschiedenen Besetzungen, Laienspiele, Musikantenstammtische, Mundartaufführungen, Trachtentragen, also alle Aktivitäten, die der Pflege und Erhaltung typisch niederösterreichischen Brauchtums gewidmet sind.

Volkskulturelle Weiterbildungsveranstaltungen 1997

- Seminar für Tänze, Spiele und Lieder für das Pflichtschulalter vom 19. bis 20. 4. 1997 in Tullnerbach.
- Seminar für Gesellige Tänze aus allen Bundesländern – Zielgruppe: Anfänger und Tanzleiter – Tänze lehren lernen vom 24. bis 25. 5. 1997.
- Seminar für Tänze, Lieder mit Kindern und Jugendlichen vom 11. bis 12. 10. 1997 in St. Pölten.

## Kulturelle Jugendarbeit

Das Landesjugendreferat Niederösterreich veranstaltet gemeinsam mit dem Landesverband Niederösterreich für Schulsport, Jugendsport und Amateurtheater nachstehende Jugendtheaterseminare 1997:

### ARGE Jugendtheater

Sitzungen: Die ARGE Jugendtheater hat 1997 3 Sitzungen zur Vorbesprechung der nachstehenden Veranstaltungen gehalten.

#### ● Spielbegegnungen/Festivals

- 27. 3. 1997 – Welttheatertag
- 25. 4. 1997 – Finale des 1. NÖ Jugendtheaterwettbewerb „Kabarett“ im Festsaal Langenzersdorf
- 22. 5. 1997 – Theater mit Partnern – Internationales Jugendtheaterfestival im Stadttheater St. Pölten
- 24. 5. 1997 – 14. NÖ Kindertheatertag im Stadtsaal Tulln
- 21. bis 22. 6. 1997 – Theater total, NÖ Theaternacht in Guntersdorf bei Hollabrunn, Theater im Stadl
- 4. bis 7. 9. 1997 – Theater grenzenlos – internationales Theaterfestival in Waidhofen/Thaya
- 16. bis 19. 10. 1997 – 19. Internationale NÖ Jugendtheatertage in Heidenreichstein mit Gruppen aus Niederösterreich
- 14. bis 16. 11. 1997 – Musical live im Bildungshaus St. Hippolyt

## Jugendschach

Die ausgezeichnete Zusammenarbeit des Landesjugendreferates mit dem NÖ Landesschulrat, dem NÖ Schachverband, den Funktionären und freien Mitarbeitern im Jugendschachbereich ermöglichte die Durchführung einer Vielzahl von Jugendschachveranstaltungen im Schuljahr 1996/97.

Um einen Überblick über die Aktivitäten im Jugendschachbereich zu haben, wurde ein Schachfalter in der Auflage von 4.000 Stück für das Schuljahr 1996/97 erstellt. Die Schachfalter wurden an alle NÖ Schulen, Jugendorganisationen, Gemeindejugendreferenten sowie Gemeinde- und Basisfunktionäre versandt.

Für die Qualifikation des NÖ Landesfinalen der Kadetten- und Schülermeisterschaften 1996/97 wurden Gebietsmeisterschaften in den einzelnen Landesvierteln durchgeführt.

Das NÖ Landesfinale der Kadetten- und Schülermeisterschaften 1996/97 wurde vom 2. bis 6. Jänner 1997 in Bad Großpertholz abgehalten. Zur Ermittlung der NÖ Junioren- und Jugendlandesmeister fanden in allen Landesvierteln Gebietsmeisterschaften statt.

Das NÖ Landesfinale der Junioren- und Jugendmeisterschaft 1996/97 fand vom

3. bis 7. Februar 1997 in St. Peter/Au statt.

Die Mädchen-Landesmeisterschaft U18 fand vom 6.–8. 12. 1997 in Litschau statt. Über Anregung des NÖ Schachverbandes sowie der ARGE Jugendschach führt das Jugendreferat gemeinsam mit dem NÖ Landesschulrat und dem Pädagogischen Institut des Bundes für das Land Niederösterreich gebiets- und typengetrennte Veranstaltungen in den Landesvierteln für folgende Altersgruppen durch:

- Minimeisterschaften bis 10 Jahre
  - Fohlenmeisterschaften bis 12 Jahre
  - Schülermeisterschaften bis 14 Jahre
- Die Ergebnisse werden für die Staatsmeisterschaftsqualifikationsturniere U 10 und U 12 herangezogen.

Der NÖ Landesjugendschachtag wurde am 18. April 1997 in Krems/D. ausgetragen.

Bei dieser landesweiten Jugendschachveranstaltung haben ca. 400 Jugendliche zu 100 Mannschaften teilgenommen. Es wurde auch eine Broschüre von dieser landesweiten Jugendveranstaltung angefertigt, die an sämtliche Schulen in Niederösterreich versandt wurde.

## Jugendaustauschförderungen

Für insgesamt 17 internationale Jugendaustauschprojekte wurden Förderungsmittel in der Höhe von S 244.800,- vom Landesjugendreferat Niederösterreich vergeben.

1 nationaler Jugendaustausch wurde mit einem Betrag von S 13.680,- finanziell unterstützt.

## Internationale Jugendarbeit

Ein wesentlicher Teil des Aufgabenbereiches in der Jugendarbeit ist die internationale Jugendarbeit, die als ein besonderer Teil für die Persönlichkeitsentwicklung des jungen Menschen und als Beitrag zur Friedenserziehung angesehen werden kann.

Ziel der internationalen Jugendarbeit ist die Änderung von Einstellungen unter ganz bestimmten Bedingungen. Der internationale Jugendaustausch ergibt sich aus den pädagogischen und bildungspolitischen geplanten Absichten von gemeinsamen Veranstaltungen junger Menschen verschiedener Nationen.

Im Jahre 1997 wurden folgende Jugendaustauschprojekte durchgeführt:

- Italien vom 23. bis 30. August 1997 in Bibione
- Polen vom 19. bis 26. Juli 1997 in Krakau
- Slowakei vom 12. bis 19. Juli 1997 in Senica
- Ungarn/Vesprem vom 27. Juli bis 3. August 1997

– Ungarn/Zala vom 2. bis 9. August 1997

– Europäisches Jugendleitercamp in Krems/D. vom 28. Juni bis 5. Juli 1997

– Ägyptische Delegation in Niederösterreich vom 7. bis 15. September 1997

– Frankreich/Bordeaux vom 21. bis 28. September 1997

– EU-Enquete vom 24. bis 27. November 1997

Im Rahmen eines Informationsbesuchs der NÖ Partnerorganisationen auf dem Gebiet der internationalen Jugendarbeit wurde für die Teilnehmer aus Niederösterreich, Ungarn, Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik eine EU-Enquete mit Referenten vom Europa-Zentrum, von Eurodesk und vom Sokrates-Büro in Melk organisiert.

Der Schwerpunkt lag dabei besonders in den aktuellen EU-Förderungsmöglichkeiten für bilaterale und multilaterale Jugendaustauschprogramme.

## Krankenversicherung für Kinder aus Osteuropa

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch 1997 eine kurzfristige Krankenversicherung für die Aktion Erholungsaufenthalte für Kinder aus Osteuropa abgeschlossen. Dies ist eine Serviceleistung des NÖ Landesjugendreferates.

Im weiteren wurde auch die Jugendleiterversicherung bei der NÖ Brandschadenversicherung in der üblichen Weise fortgeführt.

## Verkehrserziehung

● Fahrradbewerb „Wer ist Meister auf zwei Rädern?“ Es nahmen im Schuljahr 1996/97 110 Schulen mit Schülern der 5. Schulstufe an diesem Bewerb teil. Es wurde in jedem Bezirk ein Bezirksbewerb abgehalten.

Die Landesmeisterschaft fand am 12. Juni 1997 in Hollabrunn statt. Der Bundesbewerb fand am 18. Juni 1997 in Linz in Oberösterreich statt.

● Mopedbewerb „Wer fährt am besten?“ Diese Aktion betrifft die Schüler der 9. Schulstufe. Die Landesmeisterschaft fand am 11. Juni 1997 in Hollabrunn statt.

## Medienerziehung

Über die beim Landesjugendreferat Niederösterreich geführte ARGE Jugend und Massenmedien wurden an 55 Schulen Filme vorgeführt.

An den Vorführungen nahmen 8.320 Schüler teil.

● NÖ Medientag. Im Zusammenhang mit der Medienerziehung des Jugendreferates wurde am 30. Oktober 1997 der

diesjährige Medientag zum Thema „Medien im Kreuzfeuer“ veranstaltet. Veranstaltungsort war das ORF-Zentrum am Küniglberg in Wien.

### Publikationen

Die vom Landesjugendreferat Niederösterreich herausgegebene Gemeindejugendreferenzenzeitung *Jugend in der Gemeinde* erscheint alle 2 Monate in einer Auflage von 3.800 Stück. Diese ergeht an NÖ Gemeindejugendreferenten, Jugendleiter, Schulen und Jugendorganisationen und informiert diese über Aktuelles in der NÖ Jugendarbeit. Redaktionsschluß ist jeweils der 20. Februar, April, Juni, August, Oktober, Dezember. Seit heuer neu gibt es die Rechtsbroschüre. Diese unerläßliche Orientierungshilfe bietet wichtige Grundinformationen und einen rechtlichen Leitfaden durch die Jugendgesetze. Durch die anschaulichen Beispiele ist der Führer eine unersetzliche Hilfe für die tägliche Jugendarbeit. Für Jugendleiter im Jugendreferat gratis erhältlich.

### Dokumentationen

Für Interessierte steht die umfangreiche Bibliothek des Österreichischen Institutes für Jugendforschung für die Jugenddokumentation zur Verfügung. Damit kann ein reichhaltiger, systematisch zum Thema aufgebauter Literaturfundus kostengünstig benützt werden. Im Landesjugendreferat wurden Videobänder mit Aufzeichnungen von TV-Berichten über Veranstaltungen des Landesjugendreferates zu Dokumentationszwecken angelegt. Ebenso besteht eine kleine Handbibliothek, die laufend um einschlägige Werke erweitert wird (Ausgaben 1997: S 8.880,97)

### NÖ Jugendfußball-Landesmeisterschaft der Polytechnischen Lehrgänge

Von 110 Schulen der Polytechnischen Lehrgänge haben sich die besten 4 Jugendfußballmannschaften über Bezirks- bzw. Viertelsmeisterschaften für das Landesfinale qualifiziert. Das Poly-Cup-Landesfinale wurde am 5. Juni 1997 in Wiener Neustadt ausgetragen. Das Poly-Cup-Bundesfinale wurde vom 12. bis 14. Juni 1997 in Kärnten ausgetragen. Bei der Landesfußballmeisterschaft der Polytechnischen Lehrgänge wurden auch Jugendvereine in die einzelnen Rahmenprogramme eingebunden, die die Möglichkeit hatten, für ihren Jugendverein zu werben. Mehr als 500 Jugendliche waren bei dieser landesweiten Jugendveranstaltung als Mitwirkende aktiv tätig. 6.000 Jugendliche waren bei der Jugendfußball-Landesmeisterschaft als Zuschauer anwesend.

### Aktion Kind sein in NÖ

Im Jahre 1993 wurde die Aktion *Kind sein in NÖ* gestartet.

Zielsetzung ist, die Lebensräume von Kindern kindergerechter zu gestalten und Kinder stärker in Entscheidungsprozesse in demokratischer Weise einzubinden, um sie frühzeitig zu einer demokratischen Lebenshaltung zu erziehen.

#### Aktionen und Angebote 1997

- Animationsberatung, Ideen, Spiele und Aktionen für Feste. Die Animationsberater erarbeiten gemeinsam mit dem Veranstalter ein Motto oder Gesamtkonzept und achten auf die Realisierbarkeit der Ideen.
- Träumen, lesen, kreativ sein . . . Besondere Förderung des guten Kinder- und Jugendbuches und Förderung der Lesefreudigkeit, Wanderbuchausstellung mit 300 Büchern.
- Keine Angst vor Kindern! Kommunale Kinderbeteiligung; in dieser Beratung werden die vielfältigen Möglichkeiten, Kinder mitreden, mitgestalten und mitentscheiden zu lassen, vorgestellt.
- Spielraumgestaltung. Kinder benötigen ein Umfeld, das ihre Kreativität fördert, ihnen Zeit und Raum zum Austoben bietet und wo sie Freunde treffen können. Welche Geräte diese kindlichen Bedürfnisse befriedigen, was sie kosten und auf welche Vorschriften zu achten ist, bietet die Beratung *Spielraumgestaltung* an.
- Spieleausstellung . . . Ausstellung mit ca. 40 Spielen für Kinder.

### Enquete „Sexuelle Gewalt an Kindern“

Zu diesem aktuellen und dramatischen Thema wurde eine Enquete vorbereitet, die am 16. September 1997 im St. Hippolythaus in St. Pölten stattgefunden hat.

Zum Thema „Gegen sexuelle Gewalt an Kindern“ sei noch anzumerken, daß eine Infostelle im Aktionsbüro „Kind sein in NÖ“ eingerichtet wurde, wo man sich zum Thema Infos aus NÖ holen kann. Ebenso gibt es einen Infoständer, wo Broschüren über Hilfseinrichtungen, Referenten, Bücherliste, wichtige Telefonnummern und Arbeitshefte aufliegen.

### Plakatwettbewerb (seit diesem Jahr „Bertha von Suttner Preis“)

Thema: „Nachbar“. Teilnahmeberechtigt sind alle NÖ Schüler ab der 10. Schulstufe. Ausschreibungen an die entsprechenden Schulen. Die Organisation und Abwicklung der großen Schlußveranstaltung mit Preisverleihung erfolgte gemeinsam mit „heimatwerbung nö“.

1997 wurden 115 Arbeiten eingereicht, die Jurysitzung war am 5. August 1997 im Landhaus in St. Pölten. Die Schlußveranstaltung fand am 6. November 1997 in der Synagoge in St. Pölten statt.

### Suchtprävention

Suchtprävention ist seit 1994 ein wichtiges Thema des Jugendreferates, das versucht, alle, die an dem Thema interessiert sind, miteinander zu vernetzen. Das Jugendreferat ist Veranstalter des Basis-Lehrganges zur Weiterbildung von regionalen AnsprechpartnerInnen in der primären Suchtvorbeugung. Der Lehrgang wird in diesem Jahr weitergeführt. Darüber hinaus werden Grundseminare für Multiplikatoren zur primären Suchtprävention veranstaltet.

### Außenstelle des Landesjugendreferates Laa/Thaya

- Jugendschachsitzung in Laa/Thaya. Organisation von diversen Jungschachturnieren im Weinviertel (Poysdorf, Wolkersdorf);
- Filmaktionen im Stadtkino Laa in Zusammenarbeit mit dem Jugendring, der Stadtgemeinde und der Volksbank Laa für Schulen in Laa und Umgebung – (verschiedene Filmaktionen);
- Delegationsleitung im Austauschprogramm mit Jugendleitern aus NÖ in Polen und Ungarn;
- Organisation und Durchführung der Fahrrad- und Mopedbewerbe (Verkehrserziehungsprogramm von JNÖ und ÖAMTC) für Schulen in Niederösterreich;
- Vorbereitung und Organisation der internationalen Jugendveranstaltung (Folkfestival in Mistelbach);
- Mitorganisation des internationalen Sommerjugendcamps in Krems im Juli 1997;
- Organisation und Bestellung eines Theaterfolders für Jugendtheatergruppen des Weinviertels in Zusammenarbeit mit der Weinviertler Kulturnetzungsstelle, dem Landesverband für Amateurtheater und dem NÖ Bildungs- und Heimatwerk;
- Verkehrserziehungstagung in Krems für Bezirksschulinspektoren und Bezirksverkehrsreferenten in Niederösterreich;
- Entwurf und Herausgabe eines Informationsfolders über Angebote und Möglichkeiten der Jugendverkehrserziehung in Niederösterreich;
- Neben Auskünften und den diversen Förderungsmöglichkeiten des Jugendreferates, erfolgte auch eine organisatorische und beratende Unterstützung für Jugendgruppen und -vereine bei Veranstaltungen;

- Förderungen von Jugendtreffs, Jugend- und Schülerzeitungen, Jugendaustausch, Ferienspiele und Jungbürgerfeiern;
- Mitorganisation bei der Einreichung des Projektes „Lesen ohne Grenzen“ – Jugendzeitung für die Region nördliches Wald-Weinviertel und Südböhmen und Südmähren für die Förderung aus Interreg-Mitteln.

### Jugendförderung nach dem NÖ Jugendgesetz

- **Jugendtreffs** sind Einrichtungen, die von Jugendgruppen selbst errichtet und betrieben werden, also autonome Treffpunkte ohne Konsumationszwang. Für den Neubau, Umbau, Ausbau und die Adaptierung sowie für den Ankauf von Einrichtungsgegenständen haben 48 Jugendgruppen zur Realisierung ihrer Projekte Zuschüsse von insgesamt S 1.501.285,49 erhalten.

- **Jugend- und Schülerzeitungen** werden durch Einschaltung von Inseraten des Landesjugendreferates unterstützt. Auf diese Weise haben 27 Herausgeber von Schülerzeitungen bzw. Jugendzeitschriften, insgesamt S 84.388,84 ausbezahlt bekommen.

- **Förderung von wissenschaftlichen Untersuchungen.** Die NÖ Jugendstudie wurde bisher in einem zeitlichen Intervall von etwa drei Jahren vom NÖ Jugendreferat regelmäßig herausgegeben und bildet eine wesentliche wissenschaftliche Grundlage für die praxisbezogene Jugendarbeit in Niederösterreich. Die Herausgabe der NÖ Jugendstudie 1997 „Neuer Zeitgeist – Neue Jugend“ wurde mit einem finanziellen Zuschuß von S 200.000,- sichergestellt. Im Juli 1997 hat Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop die neue Studie der Öffentlichkeit präsentiert.

- **Förderung von Jugendverbänden.** In der Sitzung der NÖ Landesregierung vom 25. November 1997 wurde die Verteilung der für das Jahr 1997 zur Verfügung stehenden Mittel von S 900.000,- an 16 NÖ Jugendorganisationen beschlossen und anschließend die Förderungsverträge an die Jugendorganisationen überwiesen.

### Seniorenförderung

Aufgrund des NÖ Seniorengesetzes wurden 1997 folgende Aktivitäten gesetzt:

- Organisation der Schiffsreise für Nachbarschaftshelfer am 27. August 1997;
- Förderung der Seniorenorganisationen gemäß § 4 des NÖ Seniorengesetzes;
- Überprüfung der Verwendungsnachweise der Seniorenorganisationen über

die gewährten Subventionen aus dem Jahr 1996;

- Förderung des NÖ Schachverbandes;
- Förderung des NÖ Sängerbundes;
- Förderung der AG Seniorentanz NÖ;
- Sitzung des Unterausschusses Senioren des Landesbeirates für Jugend und Familienpolitik sowie zur Wahrung der Interessen der älteren Generation;
- Herausgabe der Seniorenbrochure 1998 (400.000 Exemplare);
- Organisation eines Seniorenpreisspiels im Zusammenhang mit einer Preisverleihung, die in Form einer Veranstaltung im Frühjahr 1998 stattfindet;
- Durchführung der Seniorenurlaubsaktion. Überprüfung der Anträge bezüglich Einkommen, Urlaubszeitraum und Mindestentfernung. 4.300 Anträge wurden im Jahr 1997 positiv erledigt;
- Teilnahme an der Seniorenmesse in Krems im November 1997;
- Organisation der Seniorenevidenz. Das für das Jahr 1997 zur Verfügung gestellte Budget betrug S 6.150.000,-.

### NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft (KJA) wurde erstmals im JWG 1989 BGBl. 161/89 festgelegt. In Ausführung dieses Grundsatzgesetzes wurde im NÖ JWG 1991 vom 20. 12. 1990 LGBl 9270-0 in den §§ 6–8 die Errichtung einer weisungsfreien NÖ KJA normiert.

Der Sitz der NÖ KJA ist vom Beginn ihrer Tätigkeit in der Landeshauptstadt St. Pölten. Die 1. Außenstelle der NÖ KJA wurde am 17. Juli 1996 an der BH Baden eröffnet. An der Außenstelle war aus personellen Gründen nur einmal wöchentlich ein Sprechtag.

Erst die Aufnahme einer weiteren Mitarbeiterin am 1. Oktober 1997 hat es ermöglicht, seit 4. November 1997 die Außenstelle an vier Tagen in der Woche zu besetzen.

### Aufgaben und Schwerpunkte 1997

- Aufgaben der NÖ KJA sind unter anderem die Beratung von Minderjährigen, Erziehungsberechtigten und gesetzlichen Vertretern in allen Angelegenheiten und Konflikten aus dem Erziehungsbereich; Mittler zwischen Eltern, Schule, Lehrbeauftragten, Einrichtungen der Jugendwohlfahrt und den Kindern und Jugendlichen. Anregungen zur Schaffung besserer Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche sowie Anregungen von gesetzlichen Bestimmungen aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen.
- Begutachtung und Stellungnahme zu allen NÖ Gesetzen und Verordnungen, die Belange von Kindern und Jugendlichen direkt betreffen.

- An den Bezirkshauptmannschaften, Außenstellen und Magistraten hielt die NÖ KJA insgesamt 22 Sprechtag ab. Die Bevölkerung wurde von diesen Sprechtagen durch die NLK, Amtsblätter, Gemeindezeitungen und die lokale Presse informiert.

- Organisation und Präsentation der Ausstellung „(K)ein sicherer Ort“ in Amstetten und Wiener Neustadt.

- Eine weitere Werbeaktion (Plakat, Piktogramm und Folder) wurde an allen NÖ Kindergärten, Jugendorganisationen und NÖ Gemeinden sowie an den NÖ Schulen durchgeführt.

- Die Seminarreihe „Suchtgefährdete Jugend – Neue Chancen des vernetzten Handelns“ wurde gemeinsam mit dem Pädagogischen Institut Baden und der Abteilung Jugendwohlfahrt für die Bezirke Neunkirchen und Wiener Neustadt abgehalten.

- Erstellung des 5-Jahres-Berichtes der NÖ KJA.

- Ausbau der Sprechtag in der Außenstelle in Baden und Vorarbeiten für fixe monatlichen Sprechtag in Amstetten und Hollabrunn.

### Öffentlichkeitsarbeit

Um die Einrichtung und Arbeit der NÖ KJA weiterhin in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, wurden die Kontakte zu den Medien (Presse, Rundfunk) weiter ausgebaut.

Am 14. Mai 1997 wurde im Rahmen einer Pressekonferenz der „5-Jahres-Bericht“ der NÖ KJA präsentiert. Presse, Rundfunk und regionale Fernsehsender berichteten laufend über die Schwerpunkte der Ausstellung „(K)ein sicherer Ort“.

Zu aktuellen Themen wurden Presseinterviews gegeben.

Bei Veranstaltungen errichtete die NÖ KJA Infostände (z. B.: „Eine-Welt-Fest“ in St. Pölten, Gesundheitstag in Mödling, „1. Wolkersdorfer Musik- und JugendinfoEvent“) bei denen den Veranstaltungsbesuchern gleichzeitig die Möglichkeit zu Anfragen geboten wurde.

### Thematische Arbeit

- Sitzungen der Arbeitsgruppe „Gewalt in der Familie“ für den Bezirk St. Pölten;
- Diskussionsveranstaltungen zu den Themen „Radikalismus/Extremismus“, „Partnerschaft/Trennung/Trauerarbeit“, „Jugendschutz/Jugendrechte“ in Schulen und Jugendgruppen;
- Informationsgespräche bei Fortbildungen von LehrerInnen, GemeindevertreterInnen, JugendgruppenleiterInnen.

Veranstaltungen, Tagungen, Enqueten

Mitveranstaltet:

- Ständige Konferenz der Kinder- und JugendanwältInnen in Feldkirch

- Ständige Konferenz der Kinder- und JugendanwältInnen in Klagenfurt
- Ständige Konferenz der Kinder- und JugendanwältInnen in Linz
- Arbeitskreis „Gemeinsame Obsorge“ in Graz
- 7 Sitzungen des Arbeitskreises „Gewalt in der Familie“ für den Bezirk St. Pölten

Teilnahme:

- Fortbildungstreffen für PraxisanleiterInnen an der Bundesakademie für Sozialarbeit
- Enquete „Jugend und Drogen, Von Drogen betrogen – Wege aus der Sucht“ im NÖ Landhaus
- Enquete „Sekten – Wissen schützt!“ in Wien
- Tagung „Sexuelle Gewalt an Kindern – zur Notwendigkeit von Rechtsinterventionen für therapeutische Maßnahmen bei sexueller Gewalt“
- Diskussionsabend zum Thema „Alles was Recht ist!“ in Wiener Neustadt
- „3. NÖ Zukunftstag“ in Klosterneuburg
- Eröffnung der Fachstelle für primäre Suchtvorbeugung und Suchtkoordination in Niederösterreich

- Hauptversammlung des NÖ Familienbundes
- Enquete „Sexuelle Gewalt an Kindern“ in St. Pölten
- „Tag der offenen Tür“ im Kinderschutzzentrum St. Pölten
- Fachtagung „Der Wind weht schärfer – immer mehr Jugendliche verlieren im Kampf um Ausbildung und Arbeit“ in Regensburg
- Expertengespräch „Family Fertility Survey“ im Landhaus
- Fachtagung „Gemeinsam mit Eltern etwas bewegen“ im Schloß Judenau
- Fachtagung „Arbeitslos – Los der Jugend?“ im VAZ St. Pölten
- „Medienenquete“ im NÖ Landhaus
- Jurysitzung zum „11. NÖ Umweltpreis“
- 3. Jugendkommunalkongreß in Tulln
- Enquete „Angst vor dem mißhandelten Kind?“ in Wien
- Plattform-Sitzung „Sexuelle Gewalt an Kindern“ im NÖ Landhaus

**Ziele 1998**

- Organisation und Durchführung der Wanderausstellung „(K)ein sicherer Ort“ in Hollabrunn (Juni 1998)

- Schwerpunktveranstaltungen zum Thema Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Bereich
- Installierung fixer monatlicher Sprechertage in den Bezirken Amstetten und Hollabrunn
- Mitveranstaltung der Tagung „Parteilichkeit von Kindern“ in Wien
- Verbesserung der Personalsituation der Kinder- und Jugendanwaltschaft

**Statistik 1997**

1997 erfolgten 1.331 telefonische Anfragen. 100 Personen wandten sich während unserer Beratungsstunden in St. Pölten persönlich an uns. In der Außenstelle in Baden hatten wir zusätzlich 426 telefonische Anfragen und 62 persönliche Beratungsgespräche. In 6 Fällen erfolgte eine Kontaktnahme und Beratung vor Ort, 10mal nahmen MitarbeiterInnen der NÖ KJA bei Tagsatzungen im Außerstreitverfahren bzw. Gerichtsverhandlungen teil.

3

**Abteilung Stiftungsverwaltung**

**Schwerpunkte 1997**

**Stiftungsleistungen**

Die Abteilung verwaltet 14 Bundes- und 4 Landesstiftungen, deren Vermögen vorwiegend aus Haus- und Grundbesitz, Wertpapieren und einem Forstgut in Ottenstein besteht.

Die Erträge dieser Stiftungen dienen gemäß den Bestimmungen des Bundesstiftungs- und Fondsgesetzes, BGBL. Nr. 11/1975 bzw. des NÖ Landesstiftungs- und Fondsgesetzes, LGBL. 4700-0, der Erfüllung gemeinnütziger oder mildtätiger Zwecke.

Die Stiftungsleistungen bestehen daher – entsprechend den Anordnungen des jeweiligen Stifters in den Stiftsbriefen – aus – verschiedenen Stipendien, – Kuraufenthalten, – Sozialbeihilfen und – Internatsfreiplätzen.

Darüber hinaus wurden im Jahr 1997 20 Leistungsstipendien zu je S 20.000,- aus der „Windhag Stipendienstiftung“ für besondere Leistungen von Studenten an der Universität Wien, der Universität für Bodenkultur Wien und der Technischen Universität Wien verliehen.

**Stiftungshausverwaltung**

Es werden insgesamt 32 Stiftungshäuser in Wien und Niederösterreich sowie das Orthopädische Spital in Wien 13,

verwaltet. 21 Objekte werden von Hausbesorgern betreut. Die übrigen Objekte werden von den Mietern selbst oder von Reinigungsfirmen gesäubert. Weiters sind 2 Grundstücke im Gesamtausmaß von rund 20.000 m<sup>2</sup> mittels Baurechtsvertrag vergeben.

- Für die beiden Sockelsanierungen Wien 7, Neustiftgasse 9, und Wien 15., Kranzgasse 11, wurden die Zusicherungen der Förderungsmittel erwirkt.

- Aus wirtschaftlichen Gründen wurden ein Haus und ein Grundstück zu günstigen Konditionen veräußert.

- Im Stiftungshaus Wien 9, Nußdorfer Straße 29, wurde im Zuge des Dachbodenausbaues eine Aufzugsanlage errichtet. Der Wert dieses Objektes ist dadurch erhöht worden.

- In 10 Fällen mußten die Gerichte über die Finanzprokuratur zur Eintreibung von Zahlungsrückständen bemüht werden.

- Aus den Hauseinnahmen wurden 1997 S 8,140.000,- für Stiftungsleistungen zur Verfügung gestellt.

- Als Ersatz für Personalkosten wurde das Hausverwaltungspauschale aller Stiftungshäuser in der Höhe von S 1,910.402,93 dem Land refundiert.

- 1997 wurden 127 Versicherungsfälle mit einer Gesamtschadenssumme von S 1,860.000,- abgehandelt.

- Durch die Erweiterung der EDV-Anlage konnte die durch die Personalreduzierung herbeigeführte Mehrbelastung teilweise vermindert werden.

**Ziele 1998**

- Verbesserung der Ertragsituation einzelner Stiftungen, um eine weitere Steigerung der Stiftungsleistungen zu ermöglichen.

- Modernisierung des bestehenden EDV-Programmes zur Optimierung der abteilungsinternen Arbeitsabläufe.

- Beschaffung von ertragreichen Ersatzobjekten für den Haus- und Grundstücksverkauf.

- Baubeginn der Sockelsanierungen in den Häusern Neustiftgasse 9 und Kranzgasse 11

**Statistik 1997**

1. Stiftungshausverwaltung	
Stiftungs-Liegenschaften	35
zu betreuende Mieter	ca. 700
neu abgeschlossene Mietverträge	33
2. Stiftungsleistungen	
1.090 Stipendien	S 5,791.500,-
620 Beihilfen	S 3,135.500,-
52 Kurdfreiplätze	S 878.468,-
13 Schülerinternatsplätze	S 218.249,35
10 Studentenheimfreiplätze	S 184.020,-
	S 10,207.737,35

**Schwerpunkte 1997**

**Vollziehung des Aufenthaltsgesetzes**

Die Vollziehung des Aufenthaltsgesetzes, welches seit 1. Juli 1993 in Kraft ist, stellt die Hauptaufgabe der Abteilung Polizeiangelegenheiten dar.

Für den Bereich der Städte St. Pölten und Wiener Neustadt werden die Anträge von Fremden auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung (Erstanträge und Verlängerungsanträge) als Aufenthaltsbehörde erster Instanz bearbeitet.

Als Aufsichtsbehörde nach dem Aufenthaltsgesetz erwachsen umfangreiche zusätzliche Aufgaben wie beispielsweise

- Stellungnahmen in den Begutachtungsverfahren zu den Ausländergesetzen und den bezughabenden Verordnungen. Dieses Aufgabengebiet gestaltet sich besonders umfangreich, da mit 1. Jänner 1998 das Fremdengesetz 1997 – das grundlegende Änderungen im Aufenthaltsbereich nach sich zieht – in Kraft tritt.

- Quotenverwaltung für das auf das Land Niederösterreich entfallende Ausländerkontingent;
- Koordinierung der Entscheidungen der Bezirksverwaltungsbehörden.

**Ausschüsse**

Als Vertreter des Bundeslandes Niederösterreich wurde in verschiedenen Ausschüssen der Wirtschaftlichen Landesverteidigung mitgearbeitet.

**Weitere Tätigkeiten**

Weitere Tätigkeiten waren die landesweite Überwachung und Koordination der Abstellung von Mißständen auf dem Gebiet der Prostitution und des Glücksspielwesens in Zusammenarbeit mit der Sicherheitsdirektion, der Vorschlag von Personen für die Strafvollzugskommission, die Erteilung von Buchmacherbewilligungen, Bewilligungen von Sammlungen, Stellungnahmen zu Vereinsstatuten. In erster Instanz wurden Strafverfahren nach dem Datenschutzgesetz erledigt.

**Ziele 1998**

Die Ziele für das Jahr 1998 sind eine weitere Aktivierung der Tätigkeiten auf dem Gebiet der Geistigen und Wirtschaftlichen Landesverteidigung und die verstärkte Überwachungstätigkeit betreffend die Einhaltung des Prostitutionsgesetzes und auf dem Gebiet des Glücksspiel- und Sammlungswesens.

**Statistik 1997**

Strafakte	2
Sammelbewilligungen	19
Buchmacherbewilligungen	85
Aufenthaltsbewilligungen für den Bereich der Städte St. Pölten und Wiener Neustadt	4.945
Erstanträge	453
Verlängerungsanträge	2.492
Bearbeitete Erstanträge für ganz Niederösterreich (Zuweisung an die Bezirksverwaltungsbehörden im Rahmen der Quotenverwaltung)	3.378

3

Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen

**Schwerpunkte 1996**

**Staatsbürgerschaft**

- Staatsbürgerschaftsverleihungsverfahren, -feststellungen und -erklärungen;
- Erteilung von Rechtsauskünften aus dem Aufgabenbereich;
- Berichte über Einbürgerung an das Statistische Zentralamt, Militärkommando für Niederösterreich und an Vertragsstaaten sofern ein Internationales Abkommen besteht;
- Umstrukturierung und vermehrter Einsatz der EDV;
- Überprüfung der Staatsbürgerschaftsevidenzstellen;
- Beratung der Bediensteten der Staatsbürgerschaftsevidenzstellen in Rechtsfragen;
- Aus- und Weiterbildung der mit Staatsbürgerschaftsangelegenheiten befaßten Bediensteten der Gemeinden (Gemeindeverbände) und der Bezirksverwaltungsbehörden sowie der Standesbeamten;
- Abhaltung von kommissionellen Fachprüfungen für Staatsbürgerschaftsevidenzführer;

- Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen;
- Beratung der Staatsbürgerschaftsverbände in organisations- und haushaltsrechtlichen Fragen.

**Kriegsgräberfürsorge**

Instandhaltung und Instandsetzung der Kriegsgräber und Denkmäler der alliierten Mächte und jener anderer Nationen, die sich mit dem Deutschen Reich im Kriegszustand befunden hatten, sowie Instandhaltung und -setzung der Kriegsgräber und der Lagerfriedhöfe des I. und des II. Weltkrieges – soweit sie nicht in Sammelfriedhöfe verlegt wurden – in Kooperation mit dem Österreichischen Schwarzen Kreuz.

**Probleme 1997**

**Staatsbürgerschaft**

Infolge fehlender Personalzuteilung und weiterhin erhöhtem Anfall von Verleihungsanträgen ergeben sich bei der Bearbeitung der zugeordneten Aufgaben

zunehmend Verzögerungen und Rückstände.

Seit 1989 erhöhten sich die Anträge auf Verleihung der Staatsbürgerschaft bei gleichbleibendem Personalstand von 467 auf 2.023 Anträge.

Siehe dazu auch die vergleichende Übersicht.

**Ziele 1998**

**Staatsbürgerschaft**

Ziel der Abteilung ist es, durch ein rasches und verwaltungsökonomisches Verfahren, Anträge auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen in einem möglichst kurzen Zeitraum von etwa sechs Monaten abzuschließen. Leider kann dieser Zielvorstellung infolge der aufgezeigten Probleme nicht entsprochen werden.

Optimale Zielvorstellung ist weiters eine wirtschaftliche, zweckmäßige, sparsame und richtige Evidenzführung aller Evidenzstellen, um der Bevölkerung ein rasches und hochqualifiziertes Service anbieten zu können. In diesem Sinne ist es

auch erforderlich, die Evidenzstellen zu-  
mindest alle zwei Jahre zu überprüfen.  
Im besonderen sind im Rahmen der  
Überprüfung der Staatsbürgerschafts-  
evidenzstellen deren Bedienstete zu be-  
raten und zu schulen.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Abtei-  
lung liegt in der Schulung der Bediensteten  
der Staatsbürgerschaftsevidenzstellen  
und auch der mit Staatsbürgerschafts-  
angelegenheiten befaßten Bediensteten  
der Bezirksverwaltungsbehörden sowie  
der Standesbeamten.

3

**Wahlen, Volksabstimmungen,  
Volksbegehren,  
Volksbefragungen**

Als Zielvorstellung wird in vermehrtem  
Umfang das Service für die wahlwerbenden  
Parteien, dieses inkludiert die Unterstützung,  
Durchführung und Dokumentation der Wahl,  
die Erstellung aussagefähiger Unterlagen in  
kürzester Zeit und die Beratung und Unter-  
stützung der Organe der politischen (wahlwer-  
benden) Parteien in Fragen des Wahlrechtes,  
ausgebaut werden.

**Wählerevidenz, Kostenersätze**

Auf diesem Gebiet wird die Abteilung  
die Anstrengungen weiterhin verstärken,  
die Gemeinden optimal zu informieren  
und zu beraten.

Bezüglich der Kostenersatzanträge ist  
es Zielvorstellung der Abteilung, diese  
weiterhin so rasch wie möglich auf ihre  
sachliche und rechnerische Richtigkeit  
zu überprüfen und anzuweisen.

**Kriegsgräber**

Das vorherrschende Ziel der Abteilung  
ist es, im Sinne der BGBl. Nr. 175 und  
176/1948 sowie des Art. 19, BGBl.  
Nr. 152/1955, für einen würdigen und  
gepflegten Zustand sämtlicher Kriegs-  
gräber und Denkmäler auch unter  
schwierigen finanziellen Situationen  
Sorge tragen zu können.

**Statistik 1997**

Vergleich	1994	1995	1996	1997
Verleihungsanträge	1.685	1.985	2.013	2.023
erfolgte Verleihungen	1.596	2.004	1.732	2.830
erfolgte Zusicherungen der Verleihung	959	1.816	2.582	3.294
Erklärungen, Anzeigen (§§ 25 Abs. 2 und 58 c StbG)	35	21	6	8
Genehmigungen der Beibehaltung	7	7	4	4
Verzichtserklärungen	2	-	-	2

**Abteilung Gemeinden**

Die Gemeindeabteilung war auch 1997  
überwiegend mit aufsichtsbehördlicher  
Tätigkeit befaßt. Diese Aufgabenstellung  
ergibt sich in erster Linie auf Grund der  
Bestimmungen der NÖ Gemeindeord-  
nung sowie zahlreicher anderer Landes-  
gesetze. Gemeinderats- bzw. Gemein-  
devorstandsbeschlüsse sowie eine Viel-  
zahl von Verordnungen wurden auf ihre  
Gesetzmäßigkeit hin überprüft. In eini-  
gen Fällen mußte auch vom Aufsichts-  
mittel der Aufhebung von Beschlüssen  
Gebrauch gemacht werden, wenn Be-  
schlüsse Gesetze oder Verordnungen  
verletzten.

Ein weiterer Schwerpunkt stellte die Be-  
ratung der Gemeinden bei der Umglie-  
derung von Wasserversorgungs- und  
Abwasserbeseitigungsanlagen, von Ein-  
richtungen der Abfallwirtschaft und von  
Wohn- und Geschäftsgebäuden zu Be-  
trieben mit marktbestimmter Tätigkeit  
dar. Durch diese Umgliederungen konn-  
ten die Gemeinden dazu beitragen, daß  
die Maastricht-Kriterien erfüllt wurden.  
Die Gemeindeaufsichtsbehörde hat ins-  
besondere die Aufgabe, die Gebarun-  
gen der Gemeinden einschließlich ihrer  
wirtschaftlichen Unternehmungen sowie  
Gemeindeverbände und Schulgemein-  
den auf ihre Wirtschaftlichkeit, Sparsam-  
keit und Zweckmäßigkeit hin zu prüfen.  
Diese Aufgabenstellung wurde 1997 bei  
insgesamt 167 Gemeinden, 6 Gemein-  
deverbänden und bei 19 Schulgemein-

den vollzogen. In den meisten Fällen  
war jedoch nur eine schwerpunktmäßige  
Prüfung möglich. Auch die bisher er-  
folgte Schlußbesprechung in Gemein-  
den mit mehr als 5.000 Einwohnern  
konnte auf Grund von Einsparungsmaß-  
nahmen nicht mehr in vollem Umfang  
durchgeführt werden.

Die Überprüfungsergebnisse werden  
dem Bürgermeister oder dem Verbands-  
obmann bzw. dem Obmann einer Schul-  
gemeinde in Form eines schriftlichen  
Berichtes zur Vorlage an das zuständige  
Organ mitgeteilt.

**Voranschläge und  
Rechnungsabschlüsse**

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die  
jährliche Kontrolle der Voranschläge,  
Nachtragsvoranschläge und Rech-  
nungsabschlüsse aller niederösterrei-  
chischen Gemeinden und der Gemein-  
deverbände und Schulgemeinden.  
Dabei waren in vielen Fällen Rückfragen  
erforderlich.

Großen Anteil hat auch die Beratungstätig-  
keit der Beamten der Aufsichtsabtei-  
lung für Bürgermeister und Gemeinde-  
amtsleiter. Diese bezieht sich sowohl auf  
allgemeine als auch auf spezielle Ge-  
biete des Gemeinderechtes, auf Voran-  
schlagserstellungen und die Ausarbei-

tung von Finanzierungsplänen für außer-  
ordentliche Vorhaben.

Diese Serviceleistung gewinnt auf  
Grund des immer kleiner werdenden  
budgetären Freiraumes der Gemeinden  
immer mehr an Bedeutung.

Weiters wurde 1997 nach den Ergebnis-  
sen der Rechnungsabschlüsse 1996 die  
Broschüre „Die finanzielle Lage der Ge-  
meinden Niederösterreichs“ erstellt.

**Kommunale  
Aufgabengebiete**

Anträge zur Genehmigung von Darle-  
hensaufnahmen, Kassenkrediten und  
Haftungsübernahmen sowie Leasing-  
verträgen wurden geprüft und für die Sit-  
zungen der Landesregierung vorberei-  
tet. Ebenso wurden die Ansuchen der  
Gemeinden um Zuteilung von Mitteln  
aus den Bedarfszuweisungen nach den  
erstellten Richtlinien der Landesregie-  
rung behandelt und auf die Vollständig-  
keit aller erforderlichen Unterlagen ge-  
prüft sowie die diesbezüglichen Anträge  
gestellt.

Die Berechnung der jährlichen Voran-  
schlagsbeträge auf Grund des Finanz-  
ausgleiches sowie die monatlichen An-  
weisungen der Ertragsanteile bilden  
eine ständige Pflichtleistung für alle Ge-  
meinden. Die jedes Jahr anfallende

Endabrechnung der Abgabenertragsanteile ist dabei eingeschlossen.

Weiters mußten die Vorarbeiten zur Erstellung des Voranschlages 1998 und der damit verbundenen Anpassung an die „Maastricht-Kriterien“ durchgeführt werden.

Weitere Aufgabengebiete ergaben sich durch Vorstellungen gegen Berufungsentscheidungen des Gemeinderates, durch die Ausarbeitung von Vorschlägen für Gesetzes- und Statutenänderungen, Stellungnahmen zu Finanzierungsplänen und Ansuchen um Förderung aus der Finanzsonderaktion des Landes für Gemeinden, aus dem Schul- und Kindergartenfonds, dem NÖ Wasserwirtschaftsfonds sowie zu sonstigen Förderungen des Landes.

## Prüfungs- und Beratungstätigkeit

Wie in den Vorjahren wurden in den einzelnen Verwaltungsbezirken Beratungen der Gemeinden zur Erstellung der Voranschläge 1997 und der Rechnungsabschlüsse 1996 durchgeführt. Bereits im Herbst 1997 wurden bedingt durch die Umstellung auf eine „Maastricht“-konforme Budgetierung auch die Beratungen zur Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1998 durchgeführt. Fast alle Gemeinden haben davon Gebrauch gemacht, da dadurch einerseits bereits vor der Beschlußfassung des Voranschlages bzw. des Rechnungsabschlusses Fehler bereinigt, andererseits Probleme bei der Umgliederung der Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit und Möglichkeiten für verschiedene Förderungen besprochen werden konnten.

## Budgetsanierungen

Ein spezieller Teil der Prüfungs- und Beratungstätigkeit erstreckt sich auf die sogenannten „Abgangsgemeinden“. Darunter sind jene Gemeinden zu verstehen, die nicht in der Lage sind, den Haushalt ausgeglichen zu erstellen.

Die Aufgabenstellung für die Aufsichtsbehörde umfaßt die Klärung der Ursachen für die Budgetabgänge, die Erstellung von Sanierungskonzepten zur Verbesserung der Finanzlage sowie die laufende Überprüfung und Beratung.

Im Rahmen der Finanzberatungen werden verschiedene Empfehlungen abgegeben, durch deren Realisierung eine Budgetkonsolidierung erreicht werden soll.

Von der Verwirklichung dieser vorgeschlagenen Maßnahmen kann die Höhe eventuell zu gewählender Bedarfszuweisungen abhängig gemacht werden.

## Amtshaftungsausgleichsfonds

Der Beirat des Fonds, der zweimal pro Jahr zusammentritt, hat Vergütungen an jene Gemeinden beschlossen, die nach dem Amtshaftungsausgleichsfonds-gesetz schadenersatzpflichtig geworden sind. Auf die Einhebung einer Umlage wurde wie im Vorjahr verzichtet.

## Europarecht

Neben der Erstellung von Informationen zu wichtigen kommunalpolitischen Ereignissen im Rahmen der europäischen Union und der Mitwirkung bei der Umsetzung der Regionalpolitik der europäischen Union im Rahmen der ECO-Plus gehörte die Beratung von diesbezüglichen Anfragen zur Haupttätigkeit in diesem Bereich.

Weiters wurde eine Arbeitsgruppe konstituiert, welche sich in der Folge mit der bevorstehenden Umstellung der Gemeinden und Gemeindeverbände auf den EURO im Zuge der bundesweiten Etablierung der Wirtschafts- und Währungsunion und der damit verbundenen rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Probleme befassen wird.

Für das Jahr 1998 ist geplant, die Gemeinden und die Gemeindeverbände umfassend über die bevorstehende Novelle des NÖ Vergabegesetzes, welche vor allem den Bereich der öffentlichen Dienstleistungsaufträge genau regeln wird, zu informieren.

## Legistische Änderungen

### Gemeinderecht

Nach langen Verhandlungen der Sozialpartner wurde vom NÖ Landtag im Juni 1997 die Besoldungsreform für die NÖ Gemeindebediensteten beschlossen. Am 9. Oktober 1997 wurde die Neuregelung der Bezüge der Gemeindefunktionäre in Anlehnung an die „Bezügepyramide“ des Bundes, am 27. November 1997 eine Änderung des NÖ Kurzparkszonenabgabegesetzes beschlossen. Zahlreiche NÖ Gemeinden haben von der Möglichkeit zur Übertragung der Angelegenheiten der örtlichen Baupolizei bei gewerblichen Betriebsanlagen an die jeweilige Bezirkshauptmannschaft Gebrauch gemacht.

## Legistische Vorhaben

### Gemeinderecht

Die vom NÖ Landtag eingesetzte Arbeitsgruppe zur Änderung des Gemeinderechts erstellte einen Entwurf, der den Interessenvertretungen der niederösterreichischen Gemeinden und den Landtagsklubs als weitere Diskussionsgrundlage übermittelt wurde.

### Gemeindetrennung

Infolge der Trennung der Gemeinde Zeiselmauer per 1. Jänner 1998 wurde eine Novelle des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden vorbereitet.

### Gemeindeverbandsangelegenheiten

In den Angelegenheiten der Gemeindeverbände waren für die Genehmigung durch die Landesregierung Verordnungen zur Genehmigung der Änderung der Satzung von 19 Gemeindeverbänden vorzubereiten.

### Wahlangelegenheiten

In sieben Gemeinden war die Abwicklung von Neuwahlen des Gemeinderates organisatorisch zu betreuen. In den Statutarstädten Waidhofen/Ybbs, Krems und St. Pölten (teilweise Wahlwiederholung) wurden die Gemeinderatswahlen erstmals nach den Bestimmungen der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994 durchgeführt und beratend unterstützt.

### Gemeindefunktionäre

Die organisatorische Abwicklung des Bezügewesens der Gemeindefunktionäre – wozu auch Beitragsleistungen der Gemeinden an die Gemeindevertreterverbände zählen – bereitet auf Grund der Tatsache, daß es neben den Gemeindevertreterverbänden der im Landtag vertretenen Parteien weitere sieben Gemeindevertreterverbände gibt, sowie des Umstandes, daß zwischen diesen Verbänden eine relativ hohe Fluktuation der Mitglieder stattfindet, einen großen organisatorischen Aufwand.

In 80 Fällen wurden Auskünfte über die Funktionszeiten von Gemeindefunktionären für die Verleihung von Ehrenzeichen erteilt. Weiters mußte der Wechsel von 460 Gemeindefunktionären organisatorisch bewältigt und in der EDV dokumentiert werden.

## Grundverkehrs- angelegenheiten

In Angelegenheiten des Grundverkehrs der Gemeinden wurden 385 Verfahren zum Abschluß gebracht.

## Markterhebungen

Im Jahre 1997 hat der Landtag von Niederösterreich die Gemeinde Grafenbach-St. Valentin zur Marktgemeinde erhoben.

## Wappenverleihungen

Zehn Gemeinden hat die NÖ Landesregierung das Recht zur Führung eines Gemeindegewappens und einer Gemeindefahne verliehen.

## Rechtsmittel und Verordnungsprüfungen

Im Jahr 1997 wurden 347 Vorstellungen, größtenteils in Abgabenangelegenheiten, erledigt. Gegenstand der Vorstellungen waren hauptsächlich die Bekämpfung der Vorschreibung von Kanaleinmündungsabgaben, Kanalbenützungsgebühren (insbesondere wegen des Wirksamwerdens der 8. Novelle zum NÖ Kanalgesetz 1977), Wasseranschlußabgaben und Wasserbezugsgebühren. Viele Vorstellungen wurden bei den Müllbeseitigungsgebühren eingebracht. Diese das NÖ Abfallwirtschaftsgesetz 1992 betreffenden Vorstellungen wurden fast ausnahmslos von „Zweitwohnbesitzern“ eingebracht. Diesen ist vielfach nicht verständlich, daß sie an zwei Wohnsitzen Abfallwirtschaftsgebühren bzw. -abgaben bezahlen müssen. Eine Reihe von Rechtsmitteln betraf auch die Vorschreibung der Verbrauchsabgabe, Ankündigung- und Anzeigenabgabe (bzw. Rundfunkwerbeabgabe), Getränke- und Speiseeissteuer, Lustbarkeitsabgabe, Kommunalsteuer sowie der Standortabgabe. Außerdem war zu beobachten, daß vermehrt die Übereinstimmung von landesrechtlichen Vorschriften mit dem Gemeinschaftsrecht der EU bezweifelt wurde.

Weiters waren Aufsichtsbeschwerden wegen der Nichteinhaltung der Bestimmungen der NÖ Gemeindeordnung 1973 zu behandeln. Teilweise waren diese Beschwerden berechtigt, wobei oftmals von den Gemeinden die Sinnhaftigkeit der Einhaltung von formalen Organisationsvorschriften der Gemeindeorgane in Frage gestellt wurde. Hauptsächlich versuchten die Beschwerdeführer dadurch Mehrheitsentscheidungen zu beseitigen.

1997 wurden 1.262 Verordnungen der Gemeinden formell überprüft. Bei diesen Verordnungen handelt es sich größtenteils um Durchführungsverordnungen nach der NÖ Bauordnung 1976, NÖ Raumordnungsgesetz 1976, NÖ Landesstraßengesetz 1979, StVO 1960 usw. In einigen Fällen mußten formalrechtliche Fehler bei den Verordnungen festgestellt werden, welche hauptsächlich darin bestanden, daß die Verordnungen von einem unzuständigen Organ erlassen wurden bzw. Gemeinderäte verspätet zu Sitzungen eingeladen wurden. Bei den 1.262 Verordnungen handelte es sich um 1.243 Durchführungsverordnungen sowie 19 selbständige (ortspolizeiliche) Verordnungen der Gemeinden. Von den ortspolizeilichen Verordnungen blieben nur wenige unbeanstandet. Die Problematik liegt darin, daß von seiten der Gemeinden viele Rechtsbereiche (insbesondere Lärmschutz, Umweltschutz und sonstige öffentliche Gefahrenabwehr) durch ortspolizeiliche Verordnungen geregelt werden, die eigentlich schon in Bundes- oder Landesgesetzen geregelt sind.

## Abgaben – Steuern und Gebühren

1997 wurden 51 Gemeinden hinsichtlich der Vorschreibung und Einhebung der Abgaben, Steuern und Gebühren überprüft.

Von der Abgabengruppe wurden ca. 1.600 Verordnungen überprüft, wovon rund 1.000 ohne Zwischenerledigungen (Einholung von Stellungnahmen bzw. Nachforderungen von Unterlagen) zur Kenntnis genommen werden konnten.

## Gemeindedienstrecht

1997 wurden überwiegend Stadtgemeinden bzw. Großgemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern einer dienst- und besoldungsrechtlichen Einschau unterzogen, die gleichzeitig auch von den Gebarungsprüfungsgruppen und der Abgabengruppe überprüft wurden. Zusätzlich wurden über Anforderung der Gebarungsprüfungsgruppen kleinere Gemeinden und Gemeindeverbände in dienst- und besoldungsrechtlicher Hinsicht überprüft.

Schwerpunkte des Jahres 1997 waren die Vorbereitungsarbeiten für die am 1. Jänner 1998 in Kraft tretende Besoldungsreform für niederösterreichische Gemeindebedienstete.

## Finanzausgleich und Zuweisungen

Im Zuge der zentralen monatlichen Anweisung der Ertragsanteile an die Gemeinden im Gesamtausmaß von Brutto

S 11.632.000.000,- wurden die entsprechenden Programme, Programmänderungen sowie Berechnungsgrundlagen samt Abrechnungsbelegen für jede Gemeinde erstellt.

In diesem Zusammenhang wurden auch sämtliche Abzüge, wie Sozialhilfeumlage, NÖKAS-Beiträge, Beiträge an den Gemeindepensionsverband, Tilgungsraten und Zinsendienst an den NÖ Wasserwirtschaftsfonds und ehemaligen Gemeindeinvestitionsfonds, Beiträge der Gemeinden an die Gemeindevertreterverbände und Schulungsbeiträge der Gemeinderäte sowie sämtliche Abzüge für die Bezirkshauptmannschaften (wie Wohnsitzgemeindebeiträge, Rotkreuz- und Feuerwehrbeiträge etc.) vorgenommen.

Die Abrechnung der Ertragsanteileabzüge erfolgt durch monatliche Vorschreibung. Dadurch können die stark schwankenden Nettoanweisungsbeträge verhindert werden.

Für die Vergabe von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände wurden alle notwendigen Unterlagen erstellt, so daß für das Haushaltsjahr 1997 insgesamt S 770.000.000,- als Beihilfen aus Bedarfszuweisungen von der NÖ Landesregierung bewilligt wurden.

Auch die Bedarfszuweisungen für den NÖ Wasserwirtschaftsfonds und den Schul- und Kindergartenfonds wurden angewiesen.

Die Berechnung und Anweisung der Strukturhilfe (Bedarfszuweisung I für finanzschwache Gemeinden) für das Jahr 1997 wurde mit einem Gesamtbetrag von S 330.000.000,- durchgeführt. Schließlich wurde auch die Aufteilung der Finanzausgleichs des Bundes nach § 21 FAG an die Gemeinden Niederösterreichs im Gesamtausmaß von S 187.700.000,- in zwei Verteilungsvorgängen zeitgerecht vorgenommen.

Die Berechnung des Finanzausgleichs 1998 wurde bereits Ende Oktober 1997 abgeschlossen. Das dazu notwendige Datenmaterial beruht daher teilweise nur auf groben Schätzungen.

## Katastrophenfonds – Umweltschutz

1997 haben 193 Gemeinden um Förderung aus dem Katastrophenfonds zur Behebung von Schäden im Ausmaß von insgesamt S 182.427.000,- angesucht. Nach Überprüfung der von den Gemeinden vorgelegten Kostennachweise wurden Förderungen von insgesamt S 15.648.800,- den Gemeinden überwiesen.

Im Juli 1997 verursachten langanhaltende intensive Regenfälle Katastrophenschäden in zahlreichen niederösterreichischen Gemeinden. 115 Gemeinden erhielten auf Grund von sofortigen kommissionellen Schadensfeststel-

lungen einen Vorschuß auf später abzurechnende Förderungsbeiträge. Insgesamt wurden hierfür weitere S 25.000.000,- an die betroffenen Gemeinden überwiesen.

### EDV-Umstellung

Die Umstellung der Abteilung Gemeinden auf ein flächendeckendes EDV-System (LAKIS) mit 63 Arbeitsplätzen wurde in Angriff genommen. Die dafür notwendigen Schulungen wurden im Frühjahr 1997 begonnen und werden je nach Notwendigkeit bis Ende 1998 fort-dauern.

Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Koordination der Gruppe Innere Verwaltung hinsichtlich der Internetpräsentation. Abteilungsübergreifende Arbeitsgruppen wurden zu diesem Zweck gebildet.

### NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie

Die NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie führte 1997 insgesamt 119 Kurse und Seminare durch. Daran haben 4.801 Interessenten teilgenommen. Die Kurse und Seminare teilen sich nach Kursarten wie folgt auf:

	Teilnehmer
3 einwöchige Grundkurse für Anfänger	89
3 vierwöchige Vorbereitungskurse für die Ablegung der Gemeindedienstprüfung (C-Kurse)	83
1 fünfwöchiger Vorbereitungskurs für die Ablegung der Gemeindedienstprüfung (B-Kurs)	20
4 dreitägige Kurse für leitende Gemeindebedienstete und Gemeindegeschäftsführer	87
3 zweitägige Fachkurse: Abgabewesen	80
9 zweitägige Fachkurse: NÖ Bauordnung	213
3 zweitägige Fachkurse: Abgaben nach der NÖ Bauordnung	86
2 zweitägige Fachkurse: Dienst- und Besoldungsrecht	45
1 zweitägiger Fachkurs: Lohnverrechnung	24
2 zweitägige Fachkurse: Die Gemeinden als Steuerpflichtige	37
6 eintägige Fachkurse: Melderecht	140
3 eintägige Fachkurse: Raumordnungsrecht	85
2 eintägige Fachkurse: Kassenverwalter	40
2 eintägige Fachkurse: Bautechnikverordnung	40
1 eintägiger Fachkurs: Protokollführung	15
2 einwöchige EDV-Grundkurse	21

2 dreitägige EDV-Seminare (Buchhaltung)	22
4 zweitägige EDV-Fortbildungskurse Textverarbeitung (WinWord)	40
5 zweitägige EDV-Seminare (EDV-Excel)	51
5 eintägige EDV-Seminare Windows 95	60
5 halbtägige Informationsveranstaltungen: GSM	179
7 halbtägige Informationsveranstaltungen: NÖ Feuer- und Gefahrenpolizeigesetz	473
8 zweitägige Fachseminare für Kindergartenhelferinnen	295
7 halbtägige Informationsveranstaltungen: Dienst- und Besoldungsrecht	885
5 halbtägige Informationsveranstaltungen: Wasserrechtsgesetz	424
7 halbtägige Informationsveranstaltungen: VRV	815
1 ganztägige Trinkwasserenquête	145
2 eintägige Fachseminare: Die Gemeinderatssitzung	33
2 zweitägige Fachseminare: NÖ Gemeindeordnung	48
2 zweitägige Fachseminare: Gemeindegewirtschaft	39
5 zweitägige Fachseminare: NÖ Bauordnung	105
3 zweitägige Fachseminare: Prüfungsausschuß	56
2 zweitägige Fachseminare: Abgabewesen	26
119 Schulungskurse mit insgesamt	4.801

Die Standardkurse der NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie

- Grundkurse für Anfänger,
  - Vorbereitungskurse für die Ablegung der Gemeindedienstprüfung und
  - Kurse für Gemeindegeschäftsführer und leitende Gemeindebedienstete
- waren auch im abgelaufenen Schuljahr wieder bestens besucht.

An den drei Vorbereitungskursen für die Ablegung der Gemeindedienstprüfung (C) und am Vorbereitungskurs für die Ablegung der Gemeindedienstprüfung (B) haben insgesamt 103 Gemeindebedienstete teilgenommen. Die mündliche Prüfung beim Amt der NÖ Landesregierung bestanden 90 Kandidaten (einschließlich Wiederholungsprüfungen), davon 20 mit Auszeichnungen.

Die für die Gemeindebediensteten angebotenen Fachkurse wie z. B. „NÖ Bauordnung“, „Abgaben nach der NÖ Bauordnung“, „Abgabewesen“, „Dienst- und Besoldungsrecht“, „Protokollführung“ sowie „Die Gemeinden als Steuerpflichtige“ wurden gut besucht.

Das seit dem Jahre 1991 angebotene EDV-Ausbildungsprogramm stand den Gemeindebediensteten auch im letzten Schuljahr zur Verfügung. Zu den 18 EDV-Seminaren kamen insgesamt 194 Teilnehmer, wobei insbesondere die Seminare „EDV Winword“, „EDV – Excel“

und „EDV – Windows 95 für Ein- und Umsteiger“ stark frequentiert wurden.

Im Frühjahr 1997 wurden 7 Informationsveranstaltungen über das NÖ Feuer- und Gefahrenpolizeigesetz abgehalten. An diesen Veranstaltungen haben insgesamt 473 Interessenten (Gemeindegewandante und -bedienstete) teilgenommen.

Weiters wurden 5 Informationsveranstaltungen über das Aufstellen von Funkstationen für die GSM-Telefone durchgeführt und 179 Teilnehmer begrüßt.

Im Juli 1997 wurden, wie in den vorangegangenen Jahren, wieder 8 zweitägige Fortbildungsveranstaltungen für Kindergartenhelferinnen abgehalten. Hierbei konnten insgesamt 295 Kindergartenhelferinnen geschult werden.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete im 2. Halbjahr 1997 die Informationsveranstaltungen zur sogenannten Besoldungsreform, die der Landtag von NÖ am 19. Juni 1997 beschlossen hat und die mit Beginn des Jahres 1998 in Kraft trat.

Die Änderung der Gemeindedienstrechtsgesetze erforderte die Abhaltung von 7 Informationstagen an denen 885 Gemeindegewandante und Gemeindebedienstete teilgenommen haben.

Aufgrund der im Jahre 1997 erfolgten Wasserrechtsgesetznovellen, die wesentliche Auswirkungen auf die Gemeinden hatten, wurden gemeinsam mit den dafür zuständigen Landesabteilungen 5 Informationsveranstaltungen mit 424 Teilnehmern abgehalten.

Einen weiteren Schwerpunkt in der Informationstätigkeit erforderten die Änderungen bzw. Neuerungen in der Vorschlags- und Rechnungsabschlußverordnung. Auch hier konnte an 7 Tagen mit insgesamt 815 Besuchern eine entsprechende Hilfestellung insbesondere für die Erfassung des Gemeindevermögens sowie die Erstellung des Rechnungsabschlusses 1997 gegeben werden.

Das Angebot für die Gemeindegewandante beinhaltete wiederum die Seminare zu den Themen „NÖ Gemeindeordnung“, „NÖ Bauordnung“, „Gemeindegewirtschaft“, „Abgabewesen“, „Prüfungsausschuß“ und „Gemeinderatssitzung“. An den 16 Veranstaltungen konnten 307 Bürgermeister, Mitglieder des Gemeindevorstandes und Gemeinderäte begrüßt werden. Diese Fachseminare haben sich neben den Kursen für die Gemeindebediensteten stetig zu einem weiteren Schwerpunkt in der Schulungstätigkeit der NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie entwickelt.

Die Referenten der NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie sowie die Prüfungskommissäre werden überwiegend seitens der Abteilung Gemeinden gestellt.

Für die immer komplizierter und umfangreicher werdenden Aufgabenstel-

lungen in den Gemeinden ist zu deren Bewältigung eine intensive Aus- und Weiterbildung der Gemeindebediensteten dringend erforderlich. Gleichzeitig ist auch eine verstärkte Informationstätigkeit für die Entscheidungsträger in den Gemeinden unabdingbar.

Die 1997 angeführten Teilnehmerzahlen zeigen, daß das gesamte Kursangebot der NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie von den Gemeindebediensteten, aber auch von den Gemeindefunktionären äußerst positiv angenommen wird.

## Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz

3

### Aufgabenbereiche

Der Aufgabenkatalog umfaßt nach der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung:

- Rechtliche Angelegenheiten der Feuerpolizei
- Feuerwehrangelegenheiten einschließlich der Kreditverwaltung
- Katastrophendienst
- Verwaltung der Landes-Feuerwehrschule
- Angelegenheiten der Zivilen Landesverteidigung
- Verwaltung der Zivilschutzschule
- Rechtliche Angelegenheiten der Überwachung, des Schutzes und der Sicherung der Umwelt hinsichtlich radioaktiver Verunreinigung
- Landeswarnzentrale
- Einsatzopferangelegenheiten
- Flüchtlingsangelegenheiten mit Ausnahme der Flüchtlingsbetreuung im Rahmen der Sozialhilfe

### Schwerpunkte 1997

#### Rechtliche Angelegenheiten der Feuerpolizei und Feuerwehrangelegenheiten

In Vollziehung des NÖ Feuer-, Gefahrenpolizei- und Feuerwehrgesetzes, LGBl. 4400, wurden neben den anfallenden Verordnungsprüfungen, der Behandlung von Vorstellungen und der Erteilung von Rechtsauskünften sowie der Wahrung der gesetzlichen Aufsichtspflicht über die Freiwilligen Feuerwehren und den NÖ Landesfeuerwehrverband folgende Schwerpunkte gesetzt:

Die Verordnung, mit der die Verordnung über den Kostenbeitrag für die feuerpolizeiliche Beschau geändert wurde, ist am 1. Juli in Kraft getreten.

Der Entwurf einer Verordnung über leicht entzündliche, zündschlagfähige und schwer löschrbare Stoffe wurde erarbeitet. Ein Begutachtungsverfahren wurde durchgeführt, dabei eingelangte Stellungnahmen wurden weitgehend berücksichtigt. Der Verordnungsentwurf wurde zur Notifikation an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten weitergeleitet.

An den Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung der Seveso-II-Richtlinie wurde mitgearbeitet.

Ein Vertrag zwischen dem Land Niederösterreich und dem NÖ Landesfeuerwehrverband zur Regelung der Verwendung und Verwaltung jener Mittel, die dem Land Niederösterreich auf Grund der Bestimmungen des Katastrophenschutzgesetzes zur Beschaffung von Einsatzgeräten und Einsatzfahrzeugen der Feuerwehren zur Verfügung stehen, wurde ausgearbeitet und ist am 1. Juli in Kraft getreten.

Der Entwurf eines Vertrages über die Verwendung der Förderungsmittel für die Beschaffung von Funkgeräten, der zwischen dem Land Niederösterreich und dem NÖ Landesfeuerwehrverband abgeschlossen werden soll, wurde erarbeitet.

Eine Rahmenvereinbarung über die Beistellung von Fahrzeugen und Wechselladeaufbauten für die NÖ Landes-Feuerwehrschule durch den NÖ Landesfeuerwehrverband, der zwischen dem Land Niederösterreich als Rechtsträger der NÖ Landes-Feuerwehrschule Tulln und dem NÖ Landesfeuerwehrverband abgeschlossen werden soll, ist in Vorbereitung.

In Vollziehung der Mindestausrüstungsverordnung wurden in einigen Gemeinden Begutachtungen durchgeführt und es wurde, wenn erforderlich, eine Zusatzausstattung vorgeschrieben. Im wesentlichen wurden die Gemeinden durch die neue Mindestausrüstungsverordnung finanziell entlastet, ohne den Sicherheitsstandard abzusenken. Dies wurde durch die Flexibilität bei den vorgeschriebenen Feuerwehrfahrzeugen und neuentwickelten Fahrzeugarten, die berücksichtigt wurden, erreicht.

Es wurden 1997 Anträge von 995 NÖ Freiwilligen Feuerwehren auf Förderung von Fahrzeugen und Geräten bearbeitet.

Der Ankauf von Feuerwehrfahrzeugen wurde im Jahre 1997 durch die von der Abteilung zu verwaltenden Geldmittel (Feuerschutzsteuer, Katastrophenschutzfonds) gefördert.

Im Detail konnten Subventionen für die Anschaffung folgender Fahrzeuge ausbezahlt werden:

- 23 Tanklöschfahrzeuge (zum Großteil mit Allrad)
- 5 Rüstlöschfahrzeuge
- 1 Löschfahrzeug
- 17 Kleinlöschfahrzeuge
- 1 Löschfahrzeug mit Allradantrieb und Bergeausrüstung
- 2 Schwere Rüstfahrzeuge
- 3 Kleinrüstfahrzeuge
- 3 Kommandofahrzeuge
- 1 Versorgungsfahrzeug
- 4 Mannschaftstransportfahrzeuge

Aus Mitteln des Katastrophenschutzfonds wurde die Anschaffung bzw. (Weiter-)Finanzierung folgender Projekte ermöglicht: Weitere Zahlungen für 12 Drehleitern, für ein Wechselladefahrzeug, für ein Feuerwehrinsatzboot sowie für Kranfahrzeuge wurden geleistet.

Ein Wechselladeaufbau Pritsche für das Wechselladefahrzeug sowie Flugdienst-ausrüstung wurden angeschafft.

Aufgrund der Hochwasserkatastrophe vom Juli 1997 wurden im angegebenen Zeitraum S 1.664.560,28 an Kostenersatz an Feuerwehren geleistet. Ebenso wurden 10.000 Stück Jutesäcke aus Mitteln des Katastrophenschutzfonds angekauft.

Die Tätigkeit der Landesstelle für Brandverhütung des Bundeslandes NÖ wurde durch die Gewährung eines Beitrages von S 4 Mio. unterstützt.

Der NÖ Landesfeuerwehrverband wurde mit S 35.171.413,90 gefördert.

Das NÖ Feuerwehrregister, das gemäß § 34 Abs. 1 NÖ FGG, LGBl. 4400-4, bei der Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz zu führen ist, wird laufend evident gehalten.

#### Katastrophenhilfsdienst

1997 wurden bei Unfällen mit Chemikalien und Austritt von Öl in Wasser und Boden sowie bei Boden- und Wasserverunreinigungen wiederholt Sachverständige für Chemie von der Landeswarnzentrale entsandt.

Durch die hohe Schneelage im Februar 1997 wurde die Landeswarnzentrale um Beistellung von Assistenzsätzen des Österreichischen Bundesheeres ersucht. Anlaßfälle waren der starke Schneebruch in den Wäldern (Borkenkäfer im Frühjahr)

und ein Versorgungsflug zu einer Hütte auf dem Schneeberg, da ein Durchkommen auf der Forststraße durch meterhohe und äußerst lange Schneewächten nicht möglich war.

Im Juli ist durch Hochwasser in Teilen Niederösterreichs erheblicher Sachschaden entstanden. Vom 6. Juli bis 11. Juli 1997 wurde in 10 Bezirken Niederösterreichs durch starke Regenfälle an zahlreichen Flußsystemen die Hochwasserlinie überschritten. In gemeinsamer Koordination der Landeswarnzentrale mit dem Landesführungsstab des NÖ Landesfeuerwehrverbandes und den Bezirkshauptmannschaften sowie den Bezirksführungsstäben der Feuerwehr wurde das Hochwasser mit 9000 Freiwilligen Feuerwehrmännern und ca. 2000 Bundesheersoldaten im Assistenz-einsatz unter Zuhilfenahme von mehreren Hubschraubern bekämpft.

Am 10. Juli 1997 trat auch die March aus ihren Ufern. Dies war eine Folge der Hochwässer im osteuropäischen Raum. Diese Bedrohung hielt drei Wochen an. Vom 19. bis 21. Juli 1997 begann auch die Donau über die Hochwassermarken zu steigen. Für mehrere Donaubezirke mußte Hochwasseralarm gegeben werden.

Mit der tschechischen Republik wurde ein Abkommen über gegenseitige Katastrophenhilfe ausverhandelt.

Das EDV-Programm für die Verwaltung der Katastrophenschutzpläne des Landes und der Bezirkshauptmannschaften wurde erarbeitet und mit den Bezirkshauptmannschaften St. Pölten und Korneuburg wurde ein Pilotversuch mit Betreuung durch die Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie gestartet.

Die Einführung dieses Programmes erfolgt einheitlich für alle Bezirkshauptmannschaften und das Land im Frühjahr 1998.

Bei den Vorbereitungsarbeiten zur internationalen Übung COMPROTEX 99 im Rahmen der von Österreich eingegangenen Verpflichtungen nach dem Beitritt zur Nato/Partnership for Peace wurde mitgearbeitet.

Im Rahmen der von den beamteten Katastrophenschutzreferenten gewünschten Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Ausbildungsprogrammes „Integrierte Ausbildung für Führungskräfte im Katastrophendienst“ im Bundesministerium für Inneres sind Vertreter der Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz ebenfalls tätig.

### Verwaltung der NÖ Landes-Feuerwehrschule

Der Lehrgangsbetrieb wurde nach den von der NÖ Landesregierung genehmigten Lehrplänen durchgeführt. Die Lehrgänge wurden teilweise überarbeitet und den Ausbildungserfordernissen angepaßt. Die Verbesserung der Lehr-

pläne im Sinne einer praxisnahen Ausbildung wird weiterhin durchgeführt.

1997 fanden in der Landes-Feuerwehrschule 201 Lehrgänge mit 5.870 Teilnehmern statt. Zusätzlich fanden in den Bezirken 194 Lehrgänge mit 6.324 Teilnehmern statt, die durch Personal der Landes-Feuerwehrschule betreut wurden.

Die Betriebsfeuerwehr der NÖ Landes-Feuerwehrschule wurde zur Unterstützung der örtlichen Feuerwehr im Raum Tulln zu 11 Einsätzen, davon 6 technische Einsätze und 5 Brandeinsätze, herangezogen.

Dies war insbesondere bei solchen Einsätzen der Fall, wo die erforderlichen Geräte und das entsprechend ausgebildete Personal bei den örtlichen Feuerwehren nicht vorhanden waren.

#### Aufstellung der Anschaffungen in der NÖ Landes-Feuerwehrschule im Jahr 1997

Errichtung einer Schutzanzugwerkstätte	S 1.515.808,09
Fenstertausch am Kommandogebäude II	S 327.619,20
Fassadenrenovierung am Kommandogebäude II	S 139.140,—
Errichtung eines Seminarraums	S 129.909,42
Errichtung eines Rettungssilos	S 88.183,06
Bau einer neuen Übungsanlage am Wasserübungsplatz	S 52.980,—
Errichtung eines Schildleitsystems für Lehrgangsteilnehmer	S 44.449,67
Errichtung einer abgehängten Decke oberhalb des Speiseausgabepults	S 21.588,—
Ankauf eines Prüfstandes Preßluftatmer „Multicheck“	S 433.386,30
Ankauf eines hydraulischen Rettungssatzes	S 137.321,52
Ankauf eines Multimedia-Projektors	S 94.633,20
Ankauf eines Kondensations-trockners für Einsatzanzüge	S 39.866,40
Ankauf eines mobilen Schaum-übungsgerätes	S 29.169,97
Ankauf eines Medienschranks	S 24.990,—
Ankauf einer Bodenreinigungsmaschine	S 24.191,67
Ankauf von 3 Vollschutzanzügen	S 21.600,—
Ankauf einer Kleiderablage	S 18.996,—
Ankauf eines Lehrgeschirrwagens (Folgeauftrag zu Speiseausgabepult)	S 18.636,—
Ankauf eines Laptops	S 36.990,—
Ankauf eines PCs für die Nachrichtenzentrale	S 20.328,—

Weiters wurden Instandsetzungsarbeiten an Fahrzeugen, Geräten und Räumen (Malerarbeiten) in der NÖ Landes-Feuerwehrschule durchgeführt.

Die Aufsicht über die Verwaltung der NÖ Landes-Feuerwehrschule wurde durch

regelmäßige Verwaltungsbesprechungen wahrgenommen.

Die monatlichen Abrechnungen wurden neben der rechnerischen Überprüfung durch die Buchhaltung auch Prüfungen in wirtschaftlicher Hinsicht unterzogen.

In der Verwaltung der NÖ Landes-Feuerwehrschule wurde das Kreditverwaltungsprogramm YD, das von der Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie entwickelt wurde, installiert und für die finanzielle Verwaltung der NÖ Landes-Feuerwehrschule eingesetzt.

### Angelegenheiten der Zivilen Landesverteidigung

Die Tätigkeit des NÖ Zivilschutzverbandes wurde 1997 mit S 5.225.000,— gefördert.

Als Folge der Zivilschutzquote des Bundesministeriums für Inneres am 30. Jänner 1985 wurden in den Gemeinden Österreichs fortlaufend Selbstschutzzentren eröffnet, deren Aufgabe es ist, der örtlichen Bevölkerung den Selbstschutzgedanken durch laufende Aktivitäten und Kursangebote nahezubringen. Die Bevölkerung soll in die Lage versetzt werden, bei Unglücksfällen und Katastrophenereignissen die Isolationsphase aus eigener Kraft möglichst ohne Schaden zu überstehen.

Im Jahre 1997 wurden in den Gemeinden Niederösterreichs zwei Selbstschutzinformationszentren eröffnet: St. Martin (Bezirk Zwettl) und Weißenkirchen an der Perschling (Bezirk St. Pölten).

Insgesamt haben bis 31. Dezember 1997 102 Gemeinden in Niederösterreich Selbstschutzinformationszentren errichtet.

#### Warn- und Alarmsystem

In der ersten Ausbaustufe des Warn- und Alarmsystems sollen 60% der Bevölkerung durch die Sirenenalarmierung erreicht werden. Diese Situation ist in allen Bezirken und allen Gemeinden vorhanden.

Zum weiteren Ausbau in den Bezirken Gmünd, Hollabrunn, Horn, Waidhofen/Thaya und Zwettl wurden auf Grund einer EU-weiten Ausschreibung 150 Sirenensteuerungsanlagen und 100 Sirenenzusatzempfänger errichtet, um eine bessere Erreichbarkeit der Bevölkerung zu gewährleisten. Zur Fertigstellung des Ausbaus in diesen Bezirken wurden 183 Sirenensteuerungsanlagen und 50 Sirenenzusatzempfänger mit Regierungsbeschluß vom 16. Dezember 1997 bestellt. Die Geberanlagen in den Bezirkszentralen Baden und Hollabrunn wurden auf Grund ihres Alters und der Reparaturanfälligkeit ausgetauscht.

24 Reparaturen von Anlagen des Warn- und Alarmsystems wurden an Firmen

vergeben. Dafür wurde ein Betrag von S 178.871,94 zur Auszahlung gebracht. Der NÖ Landesfeuerwehrverband und das Personal der NÖ Landes-Feuerwehrscheule Tulln haben Wartungs- und Reparaturarbeiten durchgeführt. Dem NÖ Landesfeuerwehrverband wurden Treibstoffkosten in Höhe von S 16.406,60 ersetzt.

Für Ersatzteilbeschaffungen wurden S 87.081,11 aufgewendet.

Für den Ausbau des Gerichtsbezirkes Purkersdorf wurden für 8 neue Anlagen des Warn- und Alarmsystems sowie für die Umstellung von bereits vorhandenen Anlagen S 904.791,36 aufgewendet.

Im Bezirk Scheibbs wurde der Umsetzer Kogelsbach errichtet, hierfür waren S 121.501,20 aufzuwenden.

Für die in den Vorjahren durchgeführten Forderungskäufe für den Ausbau des Warn- und Alarmsystems waren S 1.668.376,- als Tilgungsraten zu leisten.

Die Vorleistung des Bezirkes Amstetten und des Gerichtsbezirkes Schwechat in der Höhe von S 1.504.000,- wurde refundiert.

**Verwaltung der Zivilschutzschule**

Die jährlichen Verwaltungskosten betragen S 163.000,- (Energie inkl. Heizung, Reparaturen, Lehrmittel, Versicherungen, öffentliche Abgaben, Ausstattung). Die Ausbildung für Zivildienstler und Angehörige des NÖ Zivilschutzverbandes wurde in der Schule mit 33 Kursen an 168 Kurstagen mit insgesamt 620 Teilnehmern durchgeführt.

**Rechtliche Angelegenheiten der Überwachung, des Schutzes und der Sicherung der Umwelt hinsichtlich radioaktiver Verunreinigung**

1997 erfolgten zahlreiche Informationen durch die Bundeswarnzentrale über Störfälle in ausländischen Kernkraftwerken.

Vertreter Niederösterreichs nahmen an den Gesprächen mit den östlichen Nachbarstaaten im Rahmen von Nuklearabkommen sowie an der Tagung des staatlichen Krisenmanagements in Eugendorf teil. Am österreichischen Rahmenplan für Unfälle in Kernkraftwerken und dem Einstieg in die zukünftige Aufgabenstellung „Neue Kommunikationsmittel/Staatsgrundnetz neu“ wurde weitergearbeitet.

**Landeswarnzentrale**

Bei den Planungsarbeiten zum Ausbau der Landeswarnzentrale erfolgte eine Weiterarbeit in technischer Hinsicht

(Hard-/Software). Insbesondere die Verknüpfung von Landeswarnzentrale und NÖWAN verlangt exakte Abstimmungen zwischen dem Planungsbüro, der Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz sowie der Abteilung Landesamtsdirektion-Informationstechnologie.

**Einsatzopferfonds**

Die Rücklagen per 31. Dezember 1996 betragen S 89.716,50. Der Beitrag 1997 in der Höhe von S 22.000,- wurde bereits auf das Konto des Fonds bei der Landes-Hypothekenbank für NÖ, Zweigstelle Herrngasse Wien, zur Überweisung gebracht.

**Überprüfung der Subventionsmittel für Freiwillige Feuerwehren**

Die stichprobenweisen Überprüfungen der Freiwilligen Feuerwehren hinsichtlich der widmungsgemäßen Verwendung der Mittel zur Förderung von Fahrzeugen und Geräten wurden weiter durchgeführt.

**Schutzraumförderung**

1997 wurden zwei Raten für das Schutzraumprojekt der Marktgemeinde Hausbrunn in der Gesamthöhe von S 196.153,- geleistet.

**Flüchtlingsangelegenheiten**

- Flüchtlingswesen in Niederösterreich
  - Unterstützungsaktion für „De-facto“-Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina
- Seit Dezember 1993 erfolgt die Erfassung der Daten aller „De-facto“-Flüchtlinge in Niederösterreich bei der Koordinationsstelle für Ausländerfragen mittels eigenem EDV-Programm.

Auf Grund eines Vertrages, abgeschlossen zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Land Niederösterreich, wird seit Mai 1992 eine Unterstützungsaktion für „De-facto“-Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina durchgeführt. Pro Person und Monat werden S 1.500,- für die in Privatquartieren untergebrachten „De-facto“-Flüchtlinge ausbezahlt, wobei die Aufteilung bei zwei Drittel Bund und ein Drittel Land liegt.

Die Kosten für die Unterbringung von „De-facto“-Flüchtlingen in Großquartieren werden auf Grund eines abgeschlossenen Vertrages zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Land Niederösterreich ebenfalls nach dem Aufteilungsschlüssel zwei Drittel Bund ein Drittel Land getragen.

Von den 36 Großquartieren konnten inzwischen 26 Quartiere aufgelöst werden.

Diese Auflösung war auf Grund der laufenden Integrationsbemühungen und

der somit sinkenden Zahl der noch zu betreuenden De-facto-Flüchtlinge möglich. Ein weiterer Grund ist, daß es sich bei geführten Großquartieren vorwiegend um Pfarrquartiere handelt, die nach nunmehr 5½ Jahren De-facto-Aktion die bisher zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten wieder für eigene Zwecke benötigen.

In den Jahren 1993 bis 1996 wurden insgesamt 42 gastgewerbliche Betriebe angemietet. Von diesen 42 gastgewerblichen Betrieben waren Ende des Jahres 1997 nur mehr in 9 Betrieben Defacto-Flüchtlinge untergebracht.

Als Kostenersatz für Unterkunft und Verpflegung stehen S 150,- pro Person und Tag und während der Wintermonate (Oktober-April) zusätzlich 10% Heizkostenzuschlag zur Verfügung. Für den Ankauf von Hygieneartikeln werden S 200,- pro Person und Monat aufgewendet.

In Großquartieren befinden sich derzeit 150 Personen, in gastgewerblichen Betrieben derzeit 172 Personen. Im Jahr 1997 betreute das Land Niederösterreich monatlich im Durchschnitt ca. 1.100 privat untergebrachte „De-facto“-Flüchtlinge.

Die Kosten für die privat untergebrachten „De-facto“-Flüchtlinge betragen für das Jahr 1997 hochgerechnet S 8.000.000,-, für die Unterbringung in Großquartieren und Gastgewerbebetrieben werden S 8.200.000,- vom Land Niederösterreich aufgebracht.

Die Schülerfreifahrt für jene „De-facto“-Flüchtlingskinder, bei denen die Finanzierung der Schülerfreifahrt mangels Familienbeihilfenbezuges nicht aus dem FLAF erfolgt, wird ebenfalls aus Mitteln der „De-facto“-Aktion für Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina finanziert. Kostenteilung: 50% Bund – 50% Land.

Flüchtlingen, die in Großquartieren untergebracht sind, ein Einkommen aus legaler Beschäftigungsbewilligung beziehen und mit ihrer Familie in eine Mietwohnung ziehen, wird ein Mietkostenzuschuß (beschränkt auf 6 Monate) gewährt.

Für Rückkehrwillige wird eine Rückkehrbeihilfe von S 1.500,- pro Person ausbezahlt.

Die Rückkehrbeihilfe wurde bisher an 450 Personen ausbezahlt, wovon 14 Personen wieder nach Niederösterreich zurückgekommen sind. Außerdem wurden in den Monaten April 1997 bis August 1997 an 266 Rückkehrwillige zusätzlich S 6.000,- Startbeihilfe pro Person ausbezahlt.

Die Krankenversorgung für nicht krankenversicherte „De-facto“-Flüchtlinge wird durch Sozialhilfekrankenscheine sichergestellt, die im akuten Anlaßfall an die Flüchtlinge ausgeteilt werden. Die finanziellen Aufwendungen dafür sind in den vorgenannten Beträgen aber nicht enthalten.

In den Monaten Mai bis August 1997 wurden Rückkehrberatungsgespräche durchgeführt, dabei wurden 2.304 Personen beraten. Bei diesen Beratungsgesprächen wurde die Rückkehrmöglichkeit bzw. Schutzbedürftigkeit im Sinne der Verordnung der Bundesregierung (BGBl. Teil II, Nr. 215) in jedem Einzelfall überprüft; 84 Personen haben sich für ein Reintegrationsprojekt angemeldet. Die bei den Beratungsgesprächen ausgefüllten Beratungsbögen wurden EDV-mäßig erfaßt.

Da für viele Personen eine Rückkehr in ihre Heimatorte nicht mehr möglich ist, da genau dieser Teil Bosnien-Herzegowinas nun zur Republik Srpska zählt, ist es erforderlich, diesen Personen durch diverse Integrations- bzw. Reintegrationsprojekte, wie z. B. Projekt „Bürglkopf“, Projekt „Altenpflege in Bosnien-Herzegowina“ usw., zu helfen.

### Probleme 1997

Ein langjähriges Problem ist die Information und Aufklärung der Bevölkerung in Katastrophenfällen und Zwischenfällen im Bereich des Strahlenschutzes durch die Selbstschutzzinformationszentren. Bei der Bewältigung des Hochwassers mußte festgestellt werden, daß das damals bestehende Kommunikationssystem überlastet war.

Die Flüchtlingsbetreuung aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens ist noch keineswegs beendet, da trotz des Friedensabkommens von Dayton (Ratifizierung am 15. Dezember 1995) und den am 14. September 1996 durchgeführten Wahlen eine generelle Rückkehr aller Flüchtlinge noch nicht absehbar ist.

### Ziele 1998

Der technische Ausbau der Landeswarnzentrale ist voranzutreiben. Das NÖWAN-System ist für Zwecke der Landeswarnzentrale zu adaptieren, um die Kommunikationswege zu den Bezirksverwaltungsbehörden optimal auszunützen. Die internationalen Kontakte betreffend nukleare Abkommen sind weiterzuführen. Es wird getrachtet, daß in weiteren Gemeinden Niederösterreichs Selbstschutzzinformationszentren eingerichtet werden, um die Information und Aufklärung der Bevölkerung zu verbessern. Betreffend die bosnischen Kriegsflüchtlinge wird weiterhin versucht, durch verstärkte Integrationsmaßnahmen (Schulbesuch, Arbeitsbewilligungen) den Flüchtlingen ein selbständiges Fortkommen zu ermöglichen.

Weiters sollen verstärkt Integrationsprojekte, wie z. B. Projekt „Eisentorgasse“, andererseits auch Reintegrationsprojekte, wie z. B. Projekt „Bürglkopf“ oder Projekt „Altenpflege in Bosnien-Herzegowina“, in welchen die Personen auf die Rückkehr in das Gebiet der bosnisch-kroatischen Föderation vorbereitet werden, von der Abteilung unterstützt und durchgeführt werden.

### Statistik 1997

#### Lehrgänge der NÖ Landes-Feuerwehrschnule Tulln

1997 wurden in der NÖ Landes-Feuerwehrschnule

- 201 Lehrgänge mit 5.870 Teilnehmern und
- 194 Lehrgänge in den Bezirken mit 6.324 Teilnehmern abgehalten.

#### Einsätze der Landes-Feuerwehrschnule

Von der Betriebsfeuerwehr der NÖ Landes-Feuerwehrschnule wurden zur Unterstützung der örtlichen Feuerwehr im Raum Tulln 11 Einsätze (6 technisch, 5 Brand) durchgeführt.

#### Aktivitäten des Zivilschutzverbandes

##### Vorträge

2stündiger Informationsvortrag zum Thema „Selbstschutz“ bei Schülern der achten Schulstufe	
Vorträge	396
Teilnehmer	11.368
2stündiger Informationsvortrag zu den verschiedenen Zivilschutzthemen bei Erwachsenen	
Vorträge	50
Teilnehmer	1.586
2stündiger Vortrag zur „Erstellung von Alarmplänen in Schulen“ bei Lehrer/innen	
Vorträge	95
Teilnehmer	1.320
2stündiger Vortrag zur „Erstellung von Katastrophenschutzplänen“ in Gemeinden	
Vorträge	3
Teilnehmer	13

#### Grundunterweisungen

4stündige Unterweisung zum Thema „Zivilschutz als umfassender Katastrophenschutz“ bei Grundwehrdienern	
Unterweisungen	110
Teilnehmer	4.722
10stündige Unterweisung zum Thema „Zivilschutz als umfassender Katastrophenschutz“ bei Zivildienern	
Unterweisungen	34
Teilnehmer	1.020

#### Ausstellungen

Ausstellungen zu den verschiedenen Zivilschutzthemen	
Tage	50
Besucher	6.855
Info-Stände mit Beratung	
Tage	54
Besucher	13.815
Info-Bus und Info-Anhänger	
Tage	37
Besucher	7.423

#### Sonstiges

Beratungen und Kontaktgespräche	
Anzahl	78
Besucher	255
Sitzungen, Arbeitstagen, Dienstbesprechungen	
Tage	51
Besucher	1.097
Eröffnung von „Selbstschutz-Informationszentren“ (St. Martin, Weißenkirchen a. d. Perschling)	
Tage	2
Besucher	450

#### ZS-Schnule Horn

Selbstschutzlehrgänge	
Lehrgänge	20
Kurstage	20
Besucher	294
Grundlehrgänge für Zivildienner	
Lehrgänge	6
Kurstage	126
Besucher	195
Fachkurse	
Lehrgänge	2
Kurstage	4
Besucher	18
Arbeitstagen	
Lehrgänge	2
Kurstage	2
Besucher	38
Sonderveranstaltungen	
Lehrgänge	3
Kurstage	16
Besucher	75

## Abteilung Gemeindeärzte

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der Abteilung Gemeindeärzte haben sich 1997 auf den Bereich von Rechtsauskünften bezogen, welche vor allem von Sanitätsgemeinden, Gemeinden, Gemeindevertreterverbänden und der Ärztekammer von Niederösterreich eingeholt wurden. Derzeit sind 425 bestellte Gemeindeärzte in niederösterreichischen Gemeinden tätig, die laufend um Klärung von

Dienstrechtsangelegenheiten bei der Fachabteilung ersuchen.

Durch das künftige rapide Ansteigen an Neupensionierungen bei Gemeindeärzten erreicht auch die Finanzierbarkeit der Pensionen Grenzen, welche Überlegungen hinsichtlich einer Änderung des gemeindeärztlichen Dienstes in Niederösterreich notwendig machen. Hauptaufgabe war es deshalb auch, entspre-

chende Alternativen zu erarbeiten und Berechnungen vorzulegen, um einerseits den notwendigen gemeindeärztlichen Dienst auch künftig zu gewährleisten und andererseits die Finanzierbarkeit der Pension zu sichern.

Für das Jahr 1998 ist eine Novelle zum Gemeindeärztegesetz in Vorbereitung.

## Abteilung Personenstandsangelegenheiten

### Schwerpunkte 1997

- Durchführung von Namensänderungsverfahren in II. Instanz
- Rechtsauskünfte, insbesondere über ausländisches Recht
- Aus- und Weiterbildung von Standesbeamten
- Kontrolle der Standesämter und Bezirksverwaltungsbehörden
- Beratung der Standesamtsverbände in Haushaltsfragen

### Probleme 1997

Eine starke Zunahme der Personenstandsfälle mit Auslandsberührung bei den Standesämtern erforderte vermehrt Rechtsauskünfte gemäß § 50 PStG.

Durch den engen Kreditrahmen beim Reisekostenbudget (ursprüngliche Zuteilung, Kredit Sperre) konnten vor allem die Kontrolle und Beratung nicht im vorgesehenen Ausmaß durchgeführt werden.

### Ziele 1998

Die Beibehaltung (allenfalls Erweiterung) der auf Grund der aktuellen gesetzlichen Grundlagen (ausländisches Recht, neues Namensrecht) unbedingt notwendigen Weiterbildungsmöglichkeiten für Standesbeamte, Staatsbürgerschaftsevidenzführer und Sachbearbeiter bei den Bezirksverwaltungsbehörden stellt ein wichtiges Ziel dar. Auch eine gründliche und den derzeitigen Erfordernissen entsprechende Ausbildung

der Standesbeamten bzw. Sachbearbeiter bei den Bezirksverwaltungsbehörden wird angestrebt.

### Statistik 1997

- 1 Ausbildungskurs für Standesbeamte
- 1 Weiterbildungsseminar für Standesbeamte
- 2 Vorträge und Teilnahmen bei sonstigen Kursen und Tagungen
- 110 Überprüfungen von Standesämtern und Bezirksverwaltungsbehörden
- 4 zurückweisende Berufungen im Namensänderungsverfahren
- 2 abweisende Berufungen im Namensänderungsverfahren
- 1.937 schriftliche und telephonische Rechtsauskünfte

## Abteilung Veranstaltungsangelegenheiten

### Veranstaltungswesen

#### Schwerpunkte 1997

- Erteilung von Veranstaltungsbewilligungen, vor allem für Theater, Schauspieler, Motorsportvereine, Spielautomatenunternehmer.
- Erteilung von Betriebsanlagengenehmigungen für die Veranstaltungsbetriebsstätten. Bei den Betriebsanlagengenehmigungen für Motorsportveranstaltungen wird stets auch ein Sachverständiger für Umweltschutz beigezogen, um eine Beeinträchtigung der Umwelt durch Lärm, Staub und Abgase hintanzuhalten. Bescheide dieser Art werden unter Vorschreibung von Auflagen zeitlich befristet erteilt.

- Genehmigung und Überprüfung von Theatergebäuden und deren Betriebs-einrichtungen. Auf Grund des NÖ Veranstaltungsbetriebsstättengesetzes sind Veranstaltungsbetriebsstätten mit Voll- und Mittelbühne oder mit besonderen technischen Einrichtungen ausgestattete Kleinbühnen bzw. Szenenflächen jährlich von der Landesregierung zu überprüfen.

#### Probleme 1997

Auch 1997 hat sich gezeigt, daß immer wieder versucht wird, den Bestimmungen des NÖ Spielautomatengesetzes zuwider Geldauszahlungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Automaten durchzuführen. In allen bekanntgewordenen Fällen wurde energisch eingeschritten, und es wurden empfindliche Geldstrafen verhängt.

#### Ziele 1998

Die Arbeiten zur Novellierung des NÖ Veranstaltungsgesetzes werden fortgesetzt. Durch die Änderung der NÖ Landesverfassung wird auch die Novellierung des NÖ Spielautomatengesetzes durchgeführt werden.

**Statistik 1997**

Aufrechte Bewilligungen für das Jahr 1997 nach dem NÖ Veranstaltungsgesetz:

Theaterbewilligungen	42
Tanzschulbewilligungen	33
Kabarett- und Varietébewilligungen	46
Zirkusbewilligungen	11
Schaustellerbewilligungen	142
Durchreisebewilligungen für auswärtige Schausteller	1
Bewilligungen für die Aufstellung von Spielautomaten:	
Spielautomaten (8 Sitzungen des Spielautomatenbeirates wurden abgehalten)	2.452
Aufsteller	140
Bewilligungen für Motorsportveranstaltungen	55
Bewilligungen für diverse andere Veranstaltungen	87

**Lichtspielwesen**

**Schwerpunkte 1997**

- Überprüfung von Betriebsstätten und Betriebseinrichtungen in 5jährigen Abständen nach dem NÖ Lichtschauspielgesetz; Genehmigung von Neu-, Zu- und Umbauten von Betriebsstätten und Betriebseinrichtungen; Erteilung von Lichtschauspielbewilligungen.
- Filmbewertung, Mitarbeit in der Gemeinsamen Filmbewertungskommission der Österreichischen Bundesländer bei der Begutachtung eingereichter Filme auf ihren kulturellen Wert.
- Jugendschutz bei Filmen. Zulassung von Filmen, die zur öffentlichen Vorführung vor Kindern oder Jugendlichen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr bestimmt sind; Mitarbeit in der Jugendfilmkommission des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst.

**Ziele 1998**

- Schutz der Jugend vor Filmen mit schädlichem Einfluß durch Anwendung strenger Maßstäbe im Rahmen der Jugendfilmkommission.
- Die Arbeiten zur Novellierung des NÖ Lichtschauspielgesetzes werden fortgesetzt.

**Statistik 1997**

Aufrechte Bewilligungen nach dem NÖ Lichtschauspielgesetz	
Lichtschauspielbewilligungen	95
Kinobewilligungen	72

**Begutachtungen**

Der Gemeinsamen Filmbewertungskommission der Bundesländer wurden im Jahr 1997 122 Filme vorgeführt. Es wurde 11 Filmen das Prädikat „Besonders wertvoll“ verliehen; 28 Filmen erhielten das Prädikat „Wertvoll“ und 39 Filme das Prädikat „Sehenswert“. 1997 wurden 116 Zulassungsbescheineigungen ausgestellt, aus denen die Einstufung der betreffenden Filme hinsichtlich ihrer Jugendzulässigkeit zu ersehen ist.

Das NÖ Kulturfördergesetz hat sich im Bereich Kunst in den letzten Jahren im wesentlichen auf die Förderung von Kunst im öffentlichen Raum konzentriert. In diesem Bereich wurden im Jahr 1997 140 Aufsteller für Kunst im öffentlichen Raum bewilligt. Die Aufsteller sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen und sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen. Die Aufsteller sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen und sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen.

Die Aufsteller sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen und sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen. Die Aufsteller sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen und sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen.

Die Aufsteller sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen und sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen. Die Aufsteller sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen und sind in der Regel für die Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen.

## Denkmalpflege

Positiv erledigte Subventionsansuchen	
Bürgerhäuser	24
Schlösser, Ruinen, Burgen, Stadtmauer	25
Kirchen, Kapellen, Pfarrhäuser	93
Orgelrestauration	2
Stifte, Klöster	20
Statuen, Wegkreuze, Säulen, Gemälde, Marterl, Bildstöcke	19
Fassadenaktionen	7

Eine große Zahl von Kirchen und Bürgerhäusern erhielten Zuschüsse zur Außenrestauration im Rahmen der Fassadenaktionen.

## Lebensbegleitendes Lernen

Die Zusammenarbeit der NÖ Träger der Erwachsenenbildung wird durch ein neu gegründetes Forum wieder sichergestellt. Angesichts der Bestrebungen innerhalb der Europäischen Union für eine Verstärkung und Neuorientierung der nationalen Bildungssysteme müssen sich auch die Erwachsenenbildungseinrichtungen über ihre künftigen Funktionen klar werden. Dazu soll eine Studie in Auftrag gegeben werden.

1997 wurden 49 Büchereien sowie die Diözesan-Büchereistelle St. Pölten, das Kirchliche Bibliothekswerk der Erzdiözese Wien und die Wanderbücherei der Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung in Niederösterreich gefördert.

## Franz Stangler-Gedächtnispreis

Der Franz Stangler-Gedächtnispreis 1997 wurde als Kulturpreis an folgende Persönlichkeiten vergeben:

- Dipl.-Ing. Herwig Rabl, Würdigungspreis
- Franz Fux, Anerkennungspreis
- Prof. Dr. Erich Rabl, Anerkennungspreis

## Musik

### Musikschulpädagogik

Pädagogische Beratung der 182 NÖ Musikschulen und 65 Filialschulen, in denen 2.648 Lehrer rund 46.000 Schüler betreuen; Zusammenarbeit mit dem NÖ Musikschulwerk einschließlich Lehrerfortbildung, Jugendsymphonieorchester und Landesfacharbeit; Mitwirkung an

den Österreichischen Jugendmusikwettbewerben „Prima la musica“ und „Gradus ad parnassum“, insbesondere am NÖ Landeswettbewerb.

Statistische Datenerfassung des NÖ Musikschulwesens.

### Blasmusik

In Niederösterreich gibt es insgesamt 460 Kapellen mit 19.271 aktiven Musikern; 48 Prozent jugendliche Musiker.

Den 20.176 Proben stehen 15.920 Auführungen und Ausrückungen gegenüber. 226 Kapellen besitzen eigene Musikheime.

### NÖ Tonkünstlerorchester

83 Konzerte in Niederösterreich, 10 Sonntagnachmittagskonzerte, 5 Konzerte für den ÖGB, 20 diverse Konzerte in Wien, 1 Konzert in den übrigen Bundesländern, 215 Proben. Insgesamt 334 Dienste.

### Konzerte

Im Rahmen der Wiener Festwochen wurden traditionsgemäß Serenaden an verschiedenen musikhistorischen Stätten Niederösterreichs durchgeführt. Bei Veranstaltungen im Rahmen des NÖ Musiksommers konnten etwa 14.000 Besucher registriert werden.

### Zeitgenössische Musik

Der Arbeitsbereich Zeitgenössische Musik wurde 1996 neu strukturiert. Grundsätzlich tritt das Land Niederösterreich nicht mehr als Eigenveranstalter oder Mitveranstalter auf, wie dies beim „Zeitgenössischen Herbst“ der Fall war. Programmgestaltung und Koordination der Veranstaltungsreihe „Musik aktuell“, die auch seitens des Bundes gefördert wird, erfolgen durch die „Musikfabrik Niederösterreich“. Deren Vorstand sowie ein Fachbeirat wählen alljährlich einen „Artist in Residence“ sowie ein künstlerisches Jahresmotto aus. 1997 konnte ein Katalog über insgesamt ca. 50 Veranstaltungen einschließlich Vermittlungs- und Seminarprojekte vorgelegt werden.

Zusätzlich wurde mit dem CD-Club „Musik aktuell“ eine Vertriebshilfe für Tonträger ins Leben gerufen. Neben „Musik aktuell“ wurden die Jahresförderungsmittel für die direkte Komponistenförderung in Form von Kompositionsaufträgen, für die Unterstützung von Livekonzerten zeitgenössischer Musik und darauf spezialisierter Ensembles sowie für die IG NÖ Komponisten eingesetzt.

### Kulturpreise für Musik

- Prof. Heinz Karl Gruber, Würdigungspreis
- Reinhard Süß, Anerkennungspreis
- Probst Ulrich Küchl, Anerkennungspreis.

## Bildende Kunst

Mittels Finanzierungsbeiträgen werden künstlerische Projekte von Vereinen und Einzelpersonen in den Regionen, Ausstellungen und Produktionen gefördert, darunter auch der Landesverband der Kunstvereine, das Dokumentationszentrum Moderner Kunst in St. Pölten und das Symposium Lindabrunn. Dies geschieht im Sinne einer komplex verstandenen Regionalisierung, in deren Rahmen auch entsprechende kulturelle Regionalisierungsprojekte der „ECO-Plus Betriebsansiedlung und Regionalisierung in Niederösterreich GesmbH“ abgewickelt werden.

Durch das mit 1. 7. 1996 in Kraft getretene neue NÖ Kulturförderungsgesetz hat sich der Sachbereich „Kunst im öffentlichen Raum“ nunmehr auch finanziell endgültig etabliert. Die sogenannte „Pool-Regelung“ darf bundesweit als vorbildlich bezeichnet werden. Das von der NÖ Landesregierung bestellte Gutachtergremium für Kunst im öffentlichen Raum ist zu einem geschätzten und anerkannten Beratungsgremium geworden.

Die Kunst.Halle.Krems konnte ihre erfolgreiche Entwicklung mit mehreren Ausstellungen und Veranstaltungen fortsetzen.

### Kulturpreise für bildende Kunst

- Christa Hauer-Fruhmant, Würdigungspreis
- Brigitte Lang, Anerkennungspreis
- Alois Lindenbauer, Anerkennungspreis

## Ausstellungswesen

- Museum Alte Textilfabrik Weitra, Sonderausstellung „Einsteigen bitte“
- Krems, Weinstadtmuseum, Kunstausstellungen
- Lothar Ámilian Heinzle, „Freund und Feindbilder“ (Schloß Niederweiden)
- Stadtgemeinde Wolkersdorf, Franz Zelezny
- Österreichische Akademie der Wissenschaften, Fortschritte/Forscherland Österreich 1897–1997

- Dürnhof, Museum für Medizin-Meteorologie, Gesunde Ernährung – heute
- Franz Wiesenhofer, Kriegsgefangenenlager im Erlaufstal 1915–1918
- Industrieviertelmuseum Wiener Neustadt, 200 Jahre Wiener Neustädter Schifffahrtskanal
- Bildungszentrum St. Benedikt, Seitenstetten, Erbstücke
- Dr. Johann Günther (NÖ Landesakademie), Holographieausstellung
- Kulturplattform St. Pölten, Ausstellungen im Rahmen des St. Pöltner Höfefestes
- Künstlergemeinschaft Westliches Weinviertel, Frauendorf, Gedenkausstellung Franz Heis
- Stadtgemeinde Allentsteig, Allentsteiger Stadtfest, Ausstellungen
- Raabs an der Thaya, 5. Österreichisches Dampfpest
- Neuhofen an der Ybbs, Sonderausstellung im Kulturhof
- Verein Unsere Burg – Freunde und Förderer der Burg Raabs
- Kulturverein ARGE MOMO, Ausstellung
- Verein der Krippenfreunde Österreichs, Hollabrunner Krippenschau
- Gutenstein, „Persönliches – Franz Hubmann“
- Schwarzenau
- Stift Altenburg, Paul Troger

### Förderungsmittel für Heimatmuseen und nichtstaatliche Museen

- Museum für Ur- und Frühgeschichte, Stillfried (ECO-Plus)
- Freilichtmuseum, Kalte Kuchl
- Bezirksheimatmuseum „100 Jahre Alpine (Lilienfelder) Schifffahrtstechnik“, Lilienfeld
- Interessengemeinschaft NÖ Museen, Mödling
- Stadtmuseum, Sonderausstellung, Wiener Neustadt
- Zuckermuseum, Tulln
- Heimatmuseum, ARGE Heimatforschung, Ebreichsdorf
- NÖ Lokalbahn, Ybbsthalbahn, Waidhofen/Ybbs
- Landwirtschaftsmuseum Buchinger, Weißenkirchen/Perschling
- Museums-Waldbahn, Naßwald
- Bodenschätzungsmuseum, Hollabrunn
- Römermuseum, Mautern/Donau
- Museum, Schloß, Loosdorf
- Freilichtmuseum, Stübing
- Stadtmuseum, Poysdorf
- Museum im Geburtshaus Dr. Engelbert Dollfuß, Texing
- Heimatmuseum, Absdorf
- Heimatmuseum, Gaaden
- Aktion M, Sektion Museum, Mistelbach
- Weinviertler Museumsdorf, Niedersulz
- Römisches Museum, Mautern (ECO-Plus)

- Kulturverein Südmährerhof, Niedersulz
- Kaiser-Franz-Josef-Museum für Handwerk und Volkskunst, Baden
- Museum für Medizin-Meteorologie, Dürnhof
- Museumsverein, Enzenreith
- Kultur- und Museumsverein, Mannersdorf/Leithagebirge
- Heimatmuseum, Wilfersdorf
- Gemeindemuseum, Kottlingbrunn
- Museumsverein, Lanzenkirchen
- Feld- und Industriebahnmuseum, Freiland
- Waldbauernmuseum, Gutenstein
- Weinstadtmuseum, Krems/Donau
- Österreichischer Club für Dieselloggeschichte, Hadersdorf/Kamp
- Bauernmuseum, Groß-Schweinbarth
- Kultur- und Museumsverein, Thaya
- Mineralien-Fossilien-Bergbau Privatmuseum, Langenlois
- Heimatmuseum, Fels/Wagram
- Heimatmuseum, Langenlois
- Verein NÖ Eisenstraße, Bruderlade St. Anton/Jeßnitz (ECO-Plus)
- Verein NÖ Eisenstraße, Schmiedemeile Ybbsitz (ECO-Plus)
- Verein NÖ Eisenstraße, Museum im Ledererhaus, Purgstall/Erlauf (ECO-Plus)
- Verein Kulturpark Kamptal, Ursinhaus Langenlois (ECO-Plus)
- Verein Kulturpark Kamptal, Steinmetzmuseum Zogelsdorf (ECO-Plus)
- Verein Kulturpark Kamptal, Eingangstor Horn (ECO-Plus)

### Allgemeine kulturelle Aktivitäten

- Kulturveranstaltung im Schloß, Traismauer
- Veranstaltungsreihe, MERKwürdig
- Verein Wurzelwerkstatt
- Kulturprogramm, Prellenkirchen
- Georgifest, Pferdeterminusverband „Tullnerfeld“, Rapoltenkirchen
- Kultursommer Gföhlerwald, Gföhl
- Verein „Kunst auf Rädern“
- Sommerspiele Wolfsthal, CHIARIVARI – Verein zur Pflege von Kultur, Kunst und Wissenschaft
- Waidhofner Sommerarena, Waidhofen/Ybbs
- Kunstseminar in der Landwirtschaftlichen Fachschule Gießhübl, Verein Kulturforum Wien
- Konzert in Bonn, Radovan Andy Music
- Jahreskulturprogramm, Verein Kulturinitiative Gmünd
- Lunzer Sommerspiele, Verein Sommerspiele Lunz/See
- Kulturveranstaltungen, Strasshof/Nordbahn
- Jugend- und Kulturclub TAVERNE, Michelstetten
- Korneuburger Musiksommer
- Verein Kulturzentrum Stiftstaverne, Ardagger-Strudengau

- Idolsberger Musiksommer, Verein „Alte Schule“, Idolsberg
- Projekt „Regionalleitungskreise – Indianer in Südamerika und ihre Lebensweisen“, Katholische Jungschar, St. Pölten
- Ost-West-Musikfest, Krems
- NÖ Song Contest, Brabenetz-Productions, Hollabrunn
- Kulturelle Veranstaltungen, Weitra
- Kulturaktivitäten, Kulturinitiative Weinsbergerwald
- Kultodrom Mistelbach
- Kulturinitiative Freiraum, Bruck/Leitha
- Kulturprogramm, Verein Alhambra
- Kulturplattform St. Pölten
- Schloßkonzerte Laxenburg
- Stadtfest, Allentsteig
- Versetzung eines Kriegerdenkmals, Österr. Kameradschaftsbund, Ortsverband Großmeiseldorf
- das proton, St. Pölten
- AGATHON – Verein Jugend- und Kulturzentrum, Purkersdorf
- Kulturtag Oberes Piestingtal, Kulturverein Orpheus
- Kulturelle Aktivitäten, Verein THYLL KULTUR, Dietersdorf
- Verein zur Förderung der Entwicklungshilfe in Uganda, Unterolberndorf
- Eggenburger Kulturwoche

### Ausstellungen auf der Schallaburg

In der Schallaburg wurde 1997 als Hauptausstellung „Zeugen der Intimität – Privaträume der kaiserlichen Familie und des böhmischen Adels – Aquarelle und Interieurs des 19. Jahrhunderts“ gezeigt. Die Ausstellung zeigte am Beispiel des Wiener Hofes und des böhmischen Adels die Wohnkultur im Wandel von Empire und Biedermeier zum Historismus. Zahlreiche bislang unbekanntes „Interieur-Bilder“ aus tschechischen Sammlungen boten Einblick in die private Lebenswelt und die Einrichtungsgewohnheiten der Donaumonarchie im 19. Jahrhundert.

1997 wurde die bisherige Sonderausstellung zum Thema „Spielzeug – Die Welt im Kleinen für jung und alt – Sammlung Dr. Mayr“ als Dauerausstellung eingerichtet.

Erstmals fand am 7. und 8. 6. 1997 ein Spielefest mit vielfältigen Aktivitäten im Freigelände und in der Burg statt (5.560 Besucher).

Ein stimmigvolles Programm und ein erlebter Markt machten die Schallaburg im Dezember 1997 zu einem märchenhaften Schloß. Zum ersten Advent auf der Schallaburg am 13. und 14. 12. 1997 kamen 3.553 Personen.

Insgesamt wurden 1997 54.295 Besucher gezählt.

## NÖ Landesmuseum

### Kulturbezirk St. Pölten

Die Neuinventarisierung und wissenschaftliche Bearbeitung der Bestände des NÖ Landesmuseums wurde fortgesetzt.

Einen Schwerpunkt bildete 1997 die Konzeption des neu zu errichtenden NÖ Landesmuseums in St. Pölten gemeinsam mit dem Architekten Prof. Hans Hollein sowie des Ausstellungsprogramms bis zur voraussichtlichen Eröffnung des neuen NÖ Landesmuseums im Jahr 2002.

1997 wurde der Betrieb der Shedhalle St. Pölten aufgenommen. Es wurden die Ausstellungen „Architektur bauen. St. Pölten Niederösterreich Österreich“ (24. 5. bis 31. 8. 1997) sowie „Ein Land sammeln. Ein Überblick über das NÖ Landesmuseum“ (6. 9. 1997 bis 4. 1. 1998) gezeigt. Zwei Sonderausstellungen innerhalb der Ausstellung „Ein Land sammeln“ waren bedeutenden Privatsammlungen gewidmet, die 1997 dem NÖ Landesmuseum geschenkt wurden: „Die Künstler aus Gugging 1946–1986 – Sammlung Leo Navratil“ (6. 9. bis 9. 11. 1997) sowie „... wie leicht bricht das – Kostbarkeiten aus der Sammlung Martha Friedmann“ (28. 11. 1997 bis 1. 2. 1998). Am 17. 12. 1997 wurde der Förderungspreis für experimentelle Architektur der Republik Österreich im Rahmen einer kleinen Sonderausstellung in der Shedhalle an die Preisträger überreicht. Die Shedhalle St. Pölten erreichte 1997 eine Besucherzahl von ca. 6.000 Personen.

Die 1993 gegründete Kulturszene Betriebsges. m. b. H. hat 1997 den Spielbetrieb im Festspielhaus mit der bemerkenswerten Auslastung von 70% aufgenommen.

Nach der organisatorischen Konsolidierung wurde eine inhaltliche Linie kreiert, die ihren Schwerpunkt im Bereich des klassischen und modernen Tanzes hat. Diese Positionierung hat bereits überregionale Anerkennung gefunden.

### Außenstellen des NÖ Landesmuseums

Jagd- und Afrikamuseum, Marchegg

6.944 Besucher. Die Umgestaltung des jagd- und kulturhistorischen Teiles wurde in weiten Teilen beendet, jene der naturkundlichen Räume fortgesetzt.

Im Afrikamuseum wurde das Vermittlungsprojekt „Korongo. Ein Afrikamuseum in der Storchenstadt Marchegg“ im Rahmen des sogenannten „Storchenfestes“ unter reger Publikumsbeteiligung durchgeführt.

*Sonderausstellungen:* „Storchenleben“ im Rahmen des Storchenfestes; „Urzeitkrebse Österreichs“ (diese Ausstellung

wurde wegen des großen Publikumsinteresses im Jahr 1996 auch im Jahr 1997 gezeigt).

Fischerei- und Donaumuseum, Schloß Orth/Donau

4.254 Besucher. Die 1996 begonnenen aufwendigen Umbauarbeiten wurden abgeschlossen.

*Sonderausstellung:* „Marchfeldspargel – das Kaisergemüse“.

NÖ Museum für Volkskultur, Groß-Schweinbarth

1997 wegen Bauarbeiten geschlossen.

Barockmuseum, Heiligenkreuz-Gutenbrunn

2.238 Besucher. Zu den Konzert-Matinee im Festsaal kamen insgesamt 483 Besucher.

*Sonderausstellung:* Der Zyklus „Zauberflöte“ von Herbert Fuchs.

Anton-Hanak-Freilichtmuseum, Langenzersdorf

1.239 Besucher. Es wurden 4 Sonderausstellungen und 1 Konzert durchgeführt. Die Skulptur „Pieta“ wurde restauriert.

Wachau-Museum im Teisenhoferhof, Weißenkirchen/Wachau

2.832 Besucher. Infolge der Sanierung des Teisenhoferhofs konnten die Museumsräume vergrößert, umgestaltet und neu eingerichtet werden. Dies ermöglicht eine großzügige Präsentation etlicher Hauptwerke aus der Kunstsammlung des NÖ Landesmuseums und die völlige Neukonzeption des volkskundlich-kulturgeschichtlichen Museumsbereichs. Seitens der Marktgemeinde Weißenkirchen/Wachau wurden 2 *Sonderausstellungen* durchgeführt.

Haydn-Geburtshaus, Rohrau/Leitha

8.975 Besucher.

NÖ Museum für Rechtsgeschichte, Pöggstall

8.025 Besucher.

*Sonderausstellung:* „Bänkelsang und Moritaten“, 1. 4. bis 31. 10. 1997.

Museum für Frühgeschichte, Traismauer

Aktueller Besucherstand nicht vorliegend.

*Sonderausstellung:* „Waffen: Gegeneinander – Nebeneinander – Miteinander“, 23. 3. bis 1. 11. 1997.

Diverse kulturelle Veranstaltungen.

Museum für Urgeschichte, Asparn/Zaya

29.731 Besucher.

*Sonderausstellung:* „Rätsel um Gewalt und Tod vor 7000 Jahren“, 1. 4. bis 15. 11. 1997.

Führungen im Freilichtmuseum, Töpfer-, Spinn- und Webkurse sowie Backen von Fladenbrot nach urzeitlichen Methoden. Im Freilichtmuseum wurde die Rekonstruktion einer altsteinzeitlichen Jurte aufgebaut. Laufend werden bei verschiedenen Seminaren archäologische Experimente durchgeführt, wie Kupfer- und Eisenverhüttung, Holz- und Steinbearbeitung sowie Färben von Wolle mit Naturfarben. Der Anbau von urgeschichtlichen Getreidearten und von Färberpflanzen wurde fortgesetzt.

Im Bereich der ur- und frühgeschichtlichen Landesarchäologie wurde die Funddatenbank weitergeführt.

Alpengarten, Reichenau/Rax

Zirka 1.500 Besucher. Der Pflanzenbestand wurde ergänzt bzw. erweitert. Auch 1997 standen den Besuchern in den Monaten Juli und August Studenten der Botanik für Auskünfte zur Verfügung. Mit Vorbereitungen für das 50jährige Jubiläum des Alpengartens im Jahr 1998 wurde begonnen.

### Sonderausstellungen in Niederösterreich

- „Heilpflanzen im Alltag“, Stockerau, Bezirksmuseum, 16. 3. bis 15. 6. 1997; 522 Besucher.
- „Pflanzliche Naturselbstdrucke“, Maria Enzersdorf, Burg Liechtenstein, 13. bis 15. 6. 1997; ca. 1.000 Besucher.
- Hollabrunn, Krankenhaus, 22. 9. bis 18. 11. 1997; ca. 4.200 Besucher.
- „Gewürze“, Zwettl, landwirtschaftliche Schule, 15. 5. bis 6. 7. 1997; ca. 3.000 Besucher.
- „Airportart aus Afrika“, Klein Wetzdorf, Schloß Wetzdorf, 28. 5. bis 31. 10. 1997; ca. 4.700 Besucher.

### Sonderausstellungen außerhalb von Niederösterreich

- „Eichenwald – ein Lebensraum mit Zukunft?“, Balje (D), Natureum Niederelbe, 22. 3. 1996 bis 15. 2. 1997; ca. 51.000 Besucher.
- Nindorf-Hanstedt (D), Tierpark Lüneburger Heide, 23. 2. bis 31. 12. 1997, ca. 63.000 Besucher.

### Naturwissenschaften

Die Übersiedlung nach St. Pölten, insbesondere jene des Lebendtierbereiches, wurde Anfang April abgeschlossen. Die Neuordnung der Sammlungen in St. Pölten konnte nach Bewältigung anfänglicher

cher haustechnischer Probleme beendet und ihre EDV-mäßige Erfassung fortgesetzt werden.

Aus Schul- und Privatsammlungen wurden 80 Tierpräparate übernommen, restauriert und in die Sammlungen eingegliedert, ca. 40 Wirbeltiere wurden präpariert. Die Neuordnung der Wirbeltiersammlung in Hainburg wurde abgeschlossen. Zahlreiche Objekte der Sammlungen wurden für verschiedenste Ausstellungen verliehen.

Die naturkundliche Bibliothek wurde um rund 100 Bücher, 260 Sonderdrucke und einige Zeitschriften, die Fotothek um rund 100 Dias erweitert. Band 10 der „Wissenschaftlichen Mitteilungen“ ging in Druck, die Bände 11 und 12 sind in Vorbereitung. Bibliothek und Fotothek der naturwissenschaftlichen Sammlung werden zunehmend von verschiedenen Abteilungen und naturwissenschaftlich interessierten Personen in Anspruch genommen.

Weiters wurden die üblichen Betreuungsarbeiten in den Sammlungen, Außenstellen und im Depot Hainburg durchgeführt.

Mitarbeiter der naturwissenschaftlichen Sammlung waren an Konzeption und Durchführung der Ausstellung „Ein Land sammeln“ in der Shedhalle St. Pölten beteiligt.

## Restaurierwerkstätten

In der Restaurierwerkstätte für Kunstgegenstände wurden 1997 vorwiegend Restaurierungen für das Wachaumuseum in Weißenkirchen/Wachau durchgeführt. Weitere Restaurierungsarbeiten betrafen Leihgaben des NÖ Landesmuseums für Grafenegg. Es wurden insgesamt an 20 Gemälden, 12 Skulpturen und 28 Rahmen Restaurierungen vorgenommen.

In den Restaurierwerkstätten in Asparn/Zaya und Traismauer wurden die Funde aus den laufenden Grabungen restauriert. Besonders zeitaufwendig war die Bearbeitung der Grabung Michelstetten, da ein enormer Fundanfall zu verzeichnen ist.

## Archäologische Grabungen

- Asparn/Schletz, Neolithikum (Dr. Windl)
- Michelstetten, Neolithikum bis Mittelalter (Dr. Lauerermann)
- Stillfried, Paläolithikum bis Mittelalter (Univ.-Prof. Dr. Eibner)
- Gars/Thunau, Frühmittelalter (Dr. Szameith)
- Thaya, Mittelalter (Univ.-Prof. Dr. Felgenhauer)
- Rosenberg, Neolithikum (Dr. Lenneis)
- Weinsteig, Neolithikum (Univ.-Prof. Dr. Trnka)

## Regionalisierungsprojekt „Archäologischer Park Carnuntum“ Bad Deutsch-Altenburg und Petronell-Carnuntum

● Ausgrabungen und Restaurierungen im Bereich der Kernzonen 2 und 3:

– Kernzone 2 (Legionslager – Lagerstadt): Amphitheater I, Rechtes Lagertor  
– Kernzone 3 (Zivilstadt): Antikes Stadtviertel bei Schloß Petronell, Mithraeum III, Heidentor

● Wissenschaftliche Projekte und Museologie:

– Münzprojekt Carnuntum (M. Alram, R. Göbl, F. Humer, W. Jobst, F. Schmidt)  
– Projekt Pfaffenberg (W. Jobst, I. Piso, I. Koós, D. Gabler) in Kooperation mit der Universität Cluj (Rumänien) und der Universität Budapest (Ungarn)

– Publikationen: Carnuntum Jahrbuch 1997

● Fundrestaurierungen:

– Fundmünzen  
– Inschriften Pfaffenberg

● Denkmalschutz und Baudenkmalpflege:

– Antikes Stadtviertel bei Schloß Petronell: Errichtung der Terrassenmauer entlang der Südstraße  
– Heidentor

– Fundankäufe

● Archäologische Grabungen und Fundaufarbeitungen:

– Wallsee-Sindelburg, Eröffnung eines Römermuseums (Univ.-Prof. Dr. W. Jobst, Univ.-Prof. Dr. H. J. Ubl, OSR Tscholl)

– Mautern/Donau, Römerzeit (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Forschungsstelle Archäologie): Eröffnung des Römermuseums

– Carnuntum, Römerzeit (Mag. F. Humer, Univ.-Prof. Dr. W. Jobst)

– Comagena-Tulln, Römerzeit – Mittelalter (ASINOE, Abteilung Kultur und Wissenschaft, Bundesdenkmalamt), Ausstellung in der Straßenbaudirektion 2: „Archäologie und Straße, Verkehrsknoten Carnuntum“

– Wiener Neustadt, Ausgrabung und Restaurierung des Befestigungswerkes auf dem Gelände der EVN, Neunkirchner Straße (Univ.-Prof. Dr. W. Jobst, Dipl.-Ing. E. Reidinger)

– Trautmannsdorf-Stixneusiedl, Mithraeum (Univ.-Prof. Dr. W. Jobst, Ing. K. Saupp)

– Archäologie in Höflein bei Bruck/Leitha (Mag. Dr. R. Kastler): Restaurierung und Präsentation der Römervilla.

## Museumspädagogik

Schwerpunktaktivitäten bei der Ausstellung „Zeugen der Intimität – Privaträume der kaiserlichen Familie und des böhmischen Adels – Aquarelle und In-

terieurs des 19. Jahrhunderts“ auf der Schallaburg und der Ausstellung „Ein Land sammeln“ in der Shedhalle St. Pölten.

## Volkskultur und Heimatpflege

Folgende Volkskulturveranstaltungen konnten gefördert werden:

- Volkskulturveranstaltungen, Schönberg/Kamp
- 2. Waldviertler Dorfspele, Schweigers
- Verein von Krippenfreunden, NÖ – Wien

1997 schlossen sich die NÖ Heimatpflege, das NÖ Volksliedwerk und die Internationale Organisation für Volkskunst zur ARGE Volkskultur Niederösterreich zusammen und begannen mit der Adaptierung eines neuen Zentrums im Schloß Atzenbrugg, wofür beträchtliche Mittel eingesetzt wurden. Daneben konnte die Aktion „Musikanten spielt's auf“ des NÖ Volksmusikvereins unterstützt werden und in kleinerem Ausmaß die ARGE Volkstanz sowie die ARGE Singen und Musizieren.

Im Bereich der Heimatpflege wurden 1997 86 Trachten- und Heimatvereine gefördert.

## Medien

Im Sachbereich Medien (Film, Fotografie, Video, Neue Medien) konnte das Land Niederösterreich 1997 durch seine Fördertätigkeit zur Realisierung interessanter Projekte niederösterreichischer Künstler beitragen, die zum Teil auch international beachtliche Erfolge verzeichnen konnten.

Die Fördertätigkeit in diesem Sachbereich betrifft alle apparativen Medien von der Fotografie über Film, Videokunst, Computerkunst und Kunst im elektronischen Raum.

Gefördert wurden Projekte von Einzelpersonen und Vereinen im Sinne einer Produktionsförderung, Verwertungsförderung und Strukturförderung. Budgetär gesehen lag der Schwerpunkt im Bereich Produktionsförderung filmischer Medien und der Förderung der Vermittlungsstruktur für audiovisuelle Medien. Niederösterreichische Landkinos wurden durch eine sogenannte Abspiel- und Kinoprämie gefördert. Durch die finanzielle Unterstützung des Österreichischen Filmarchivs (Wien und Laxenburg) wird die Erhaltung des filmischen Erbes ermöglicht, das sowohl filmgeschichtlich als auch zeitgeschichtlich große Relevanz für Niederösterreich besitzt.

### Kulturpreise für Medienkunst (Dokumentarfilm)

- Michael Pilz, Würdigungspreis
- Manfred Neuwirth, Anerkennungspreis

### Literatur

Insgesamt wurden 1997 3 Literaturzeitschriften, 40 Autoren, 4 Anthologien, 9 literarische Gesellschaften, 7 Lesungen und 2 Symposien unterstützt.

### Kulturpreise für Literatur

- Dr. Peter Steiner, Würdigungspreis
- Patricia Brooks, Anerkennungspreis
- Beatrix Maria Kramlovsky, Anerkennungspreis

### Kulturpreise für literarische Übersetzung (Sonderpreis)

- Dr. Uta Szyszkowitz, Würdigungspreis
- Dr. Christa Rothmeier, Anerkennungspreis
- Dr. Dorothea Müller-Ott, Anerkennungspreis

### Darstellende Kunst

Im Sachbereich Darstellende Kunst wurden neben den beiden Stadttheatern Niederösterreichs auch Veranstaltungsstrukturen in den Regionen mit Saisonbetrieb (z. B. Wald4tler Hoftheater, Theater Westliches Weinviertel) gefördert.

Einen Schwerpunkt der Fördertätigkeit nahmen die Theaterfestivals ein. Durch einen neu abgeschlossenen Fördervertrag zwischen dem Land Niederösterreich und dem Verein Theaterfest Niederösterreich wurden vom Verein 1997 erstmals die Finanzierungsbeiträge des Landes nach einem internen Verteilungsschlüssel an 14 Sommertheaterstandorte weitergegeben.

Daneben wurden auch einige Festivals von regionaler und kultureller Bedeutung außerhalb dieses Vereins gefördert. Das Festival Art Carnuntum in Petronell-Carnuntum und Bad Deutsch-Altenburg zeigte international beachtete Theaterproduktionen.

Die Förderung des Amateurtheaterbereichs wurde erstmals in den Bereichen der Produktions-, Gruppen- und Weiterbildungsförderung vom NÖ Landesverband für Schulschauspiel, Jugendspiel und Amateurtheater koordiniert und abgewickelt.

Wesentliches Augenmerk wurde auch auf die Produktionsförderung Freier Gruppen gelegt.

Zur Beurteilung umfangreicher Förderungsansuchen im Bereich Darstellende Kunst und zur Erarbeitung prinzipieller Richtlinien in diesem Zusammenhang wurde ein neues Gutachtergremium nominiert.

### Kulturpreise für darstellende Kunst

- Prof. Kammerschauspielerin Elfriede Ott, Würdigungspreis
- Mimi Wunderer, Anerkennungspreis
- Nikolaus Büchel, Anerkennungspreis

### Wissenschaft

#### Förderungen

Im Jahr 1997 wurden 208 Förderungsansuchen positiv erledigt.

Wie seit Jahren wurden Aktivitäten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften im Bereich des Landes Niederösterreich unterstützt, weiters langfristige Projekte, die an den Universitäten laufen oder im Rahmen der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft und anderer wissenschaftlicher Institute und Vereine bearbeitet werden. Unter letzteren seien das Konrad-Lorenz-Institut in Altenberg, der Verein für Landeskunde von Niederösterreich, der Waldviertler Heimatbund, der Kulturbund Weinviertel, das Ökologische Forschungslabor in Schrems/Gebharts und die Gesellschaft der Freunde Carnuntums hervorgehoben.

Gefördert wurden aber auch verschiedenartigste Einzelprojekte, Zeitschriften, Diplomarbeiten und Dissertationen sowie wissenschaftliche Veranstaltungen. Unter diesen sind die Tagungen der Österreichischen Ludwig-Wittgenstein-Gesellschaft und die Symposien „Sommerschulen“ und „Kultur-Stammtische“ der Waldviertel Akademie hervorzuheben.

Unterstützt wurden auch zahlreiche Museen, die mit ihren auf oft sehr hohem Niveau stehenden periodischen Editionen, Katalogen und Informationsmaterialien die ähnlich gelagerten Bestrebungen des Landes Niederösterreich hervorragend ergänzten. Hier seien neben dem Museumsverein Alte Hofmühle in Hollabrunn einmal mehr die Aktivitäten der Vereine Kulturpark Kamptal und NÖ Eisenstraße erwähnt.

Nach wie vor bildeten Lokal- und Heimatchroniken, bearbeitet im Auftrag von Gemeinden, Pfarren und lokal tätigen Institutionen, einen zahlenmäßig starken und im Hinblick auf die Stiftung von Identität in ihren Regionen sehr wichtigen Anteil der Wissenschaftsförderung.

### Kulturpreise für Wissenschaft

- o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Gustav Reingrabner, Würdigungspreis/Geisteswissenschaften;
- o. Univ.-Prof. Dr. Hans-Martin Steiner, Würdigungspreis/Naturwissenschaften
- Mag. Dr. Christian Lackner, Anerkennungspreis
- Dipl.-Ing. Dr. techn. Herbert Schedlmayer, Anerkennungspreis
- Univ.-Doz. Dr. Stefan Böhm, Anerkennungspreis
- Dipl.-Ing. Thomas Holzer, Anerkennungspreis

### NÖ Landesakademie

Am 10. 2. 1998 hat die NÖ Landesakademie ihr Gebäude, das Haus St. Pölten, feierlich eröffnet. Die NÖ Landesakademie beschäftigt 32 Mitarbeiter in der Verwaltung, für wissenschaftliche Projekte kommen 22 Projektleiter und weitere 35 Mitarbeiter dazu. Im Studienjahr 1996/97 wurden 23 Lehrgänge mit 601 Teilnehmern und 441 Kurse, Seminare und Einzelveranstaltungen mit 10.100 Teilnehmern abgehalten.

Die NÖ Landesakademie gliedert sich in 4 Bereiche:

- Zukunft und Entwicklung
- Gesundheit und Soziales
- Politik und Verwaltung
- Umwelt und Energie

Beispiele der erfolgreichen Arbeit sind die wissenschaftliche Evaluierung des ökologischen Kreislaufmodells Harbach, ein international anerkanntes Weiterbildungsprogramm für Kindergärtnerinnen, die Profilierung des Lehrgangs „Neurorehabilitation für Therapeuten“ des Instituts zur Erforschung und Verhütung des Schlaganfalls sowie das EU-Forschungsprojekt „Ökologie der Althausanierung“.

Die NÖ Landesakademie begleitet und koordiniert bedarf- und anwendungsorientierte Forschung und sorgt für die effiziente Verwendung der Forschungsmittel. Der Aufbau einer NÖ Forschungsdokumentation und die Entwicklung eines strategischen Forschungsförderungskonzeptes zur Koordination der Forschung in Niederösterreich sind in diesem Zusammenhang wesentliche Aufgaben. Dabei wird die NÖ Landesakademie von in- und ausländischen Wissenschaftsexperten beraten.

### Donau-Universität Krems

Die Donau-Universität Krems ist die einzige Universität Österreichs, die nach privatwirtschaftlichen Kriterien geführt wird und sich ausschließlich der postgradualen Weiterbildung, aber auch der Forschung und Dienstleistung widmet.

Weiters ist sie als einzige Universität Österreichs eine eigenständige juristische Person öffentlichen Rechts. Zufriedene Studierende und ein ungewöhnlich hoher Drittmittelfinanzierungsanteil sind das Ergebnis der kunden- und marktorientierten Ausrichtung. Ihre Erhalter sind das Land Niederösterreich und der Bund.

Im Wintersemester 1997/98 wurden 9 Universitätslehrgänge angeboten:

- MBA Krems
- Banking & Finance
- Telematikmanagement
- Europäische Journalismus-Akademie
- Publishing/Verlagswesen
- EURAS
- EURO-JUS
- Solararchitektur
- Technische Dokumentation

Die Zahl der inskribierten Studierenden erhöhte sich von 196 im Jahr 1996 auf 387 im Jahr 1997, also um nahezu 100%. Der Anteil an ausländischen Studierenden betrug rund 30%.

1997 legte die Donau-Universität Krems als erste österreichische Universität in Form eines Geschäftsberichts Rechenschaft über ihre Aktivitäten ab.

### Fachhochschul-Studiengänge

In Niederösterreich werden – zum Teil bereits seit 1994 und mit massiver Unterstützung des Landes Niederösterreich – an den Standorten Wiener Neustadt (Wirtschaftsberatende Berufe; Präzisions-, System- und Informationstechnik) und Krems (Tourismusmanagement und Freizeitwirtschaft) sowie St. Pölten (Telekommunikation und Medien) Fachhochschul-Studiengänge durchgeführt. Im Zuge des weiteren Ausbaus des Fachhochschulwesens faßte die NÖ Landesregierung den Grundsatzbeschluß, auch einen Fachhochschul-Studiengang in Wieselburg finanziell zu unterstützen, sobald dieser vom Fachhochschulrat und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr anerkannt wird.

### Arbeitsgemeinschaft Donauländer

Die Kofinanzierung des Projektes „Kulturstraße Donau“ durch das EU-Förderprogramm INTERREG IIC wurde vorbereitet. Für die thematische Karte „Kulturstraße Donau“ konnte die Sammlung der Daten sowie die gemeinsame Erarbeitung einer Legende abgeschlossen werden. Die regelmäßige Information besonders der süd- und osteuropäischen

Mitglieder über EU-Förderprogramme kulminierte in einer vom Land Niederösterreich initiierten Einladung mehrerer Delegierter nach Brüssel zu einem Fachvortrag über EU-Förderprogramme.

1997 vergab das Land Niederösterreich in den Bereichen Kultur und Wissenschaft 24 Kurzstipendien an Personen aus den Mitgliedern Bulgarien, Kroatische Republik, Slowakische Republik und Stadt Budapest.

### Versammlung der Regionen Europas

Unter dem Vorsitz des Landes Niederösterreich in der Kommission VI (Kultur, Aus- und Fortbildung, Jugend, Sport und Medien) fanden die Herbstsitzung der Kommission VI in St. Pölten sowie die Sitzungen von Präsidium und Vorstand der Versammlung der Regionen Europas in Baden statt.

Dabei legte das Land Niederösterreich besonderes Augenmerk auf die Ost-West-Zusammenarbeit der Regionen sowie auf Fragen der Erziehung und Weiterbildung. Ferner präsentierte das Land Niederösterreich die Ergebnisse einer Rundfrage über die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den einzelnen Regionen.

### Kulturzentren

Im Rahmen der kulturellen Regionalisierung soll diversen Kulturträgern durch Finanzierungsbeiträge in Form einmaliger Infrastrukturförderungen die Möglichkeit geboten werden, Kulturzentren zu errichten, deren Programm- und Nutzungskonzept sich nach dem lokalen Kulturbedarf richtet bzw. der Bevölkerung den Zugang zu zeitgenössischen innovativen Kunstrichtungen ermöglicht. Durch die Schaffung von Kulturwerkstätten soll das Kulturangebot in den Regionen und die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen gesteigert werden.

### Betriebsgesellschaften

Im Sinne der kulturpolitischen Grundsätze des Landes Niederösterreich wird die Unterscheidung zwischen Finanzierenden und Veranstaltern in die Praxis umgesetzt. Privatwirtschaftlich organisierte Betriebsgesellschaften (NÖ Kulturszene, Kunst.Halle.Krems, Archäologischer Park Carnuntum, NÖ Donaue-

stival) haben jene Flexibilität, die für ihre Tätigkeit nötig ist. Das Land als Mitfinanzierer gibt einen kulturpolitischen Rahmen vor, der inhaltliche Freiheit gewährleistet. Im Wechselspiel von Controlling und Consulting zwischen Land, Gesellschaftern und Geschäftsführung werden die Betriebsgesellschaften strukturell und organisatorisch optimiert.

### Schubertjahr

Aus Anlaß des Schubertjahrs wurde eine Werbekampagne für die zahlreichen landesweit organisierten Veranstaltungen, Konzerte, Ausstellungen etc. organisiert. Diese Dachkampagne umfaßte einen Folder, Plakataffichierung und monatlich aktualisierte ganzseitige Schaltungen in den Printmedien.

### Öffentlichkeitsarbeit

Umfassende Information über die kulturellen Aktivitäten Niederösterreichs im In- und Ausland mit dem Logo „niederösterreich kultur“

- Teilnahme an diversen Fremdenverkehrsmessen wie z. B. FERIENMESSE Wien (23. bis 26. 1. 1997), TOURIST Salzburg (14. bis 16. 2. 1997), TOURIST Linz (21. bis 23. 2. 1997), WELSER MESSE (3. bis 6. 4. 1997)

- Erstellung sämtlicher Werbemittel und eines Werbekonzeptes für die Schallaburg inklusive Mediaplan, Plakataffichierung, Sonderaktivitäten sowie für das Landesmuseum und dessen Außenstellen, insbesondere die Shedhalle St. Pölten (Plakate, Flugblätter etc.)

- Erstellung einer Übersichtsbroschüre über die kulturellen Aktivitäten des Landes Niederösterreich (NÖ Kulturführer)

- Gezielte Betreuung der Schulen in Wien und Niederösterreich mit Informationen über Schallaburg und Landesmuseum sowie dessen Außenstellen

- Verbreitung sämtlicher Druckmittel durch zahlreiche Massenaussendungen (ca. 120.000 Adressen pro Jahr)

- Verbreitung sämtlicher Druckmittel durch 4 Werbefahrten in Wien und Niederösterreich (Jänner, März, Juni und September 1997)

- Laufende Information der Presse im In- und Ausland über die kulturellen Aktivitäten

- Unterstützung kultureller Aktivitäten, die nicht vom Land Niederösterreich veranstaltet werden, wie z. B. NÖ Donaue-

## NÖ Landesarchiv

### Schwerpunkte 1997

Die Arbeit des NÖ Landesarchivs war im Jahre 1997 weitgehend von der Notwendigkeit der Übersiedlung von rund 25.000 Laufmetern Schriftgut in das neue Landesarchiv in St. Pölten bestimmt. In den beiden Archivabteilungen, Regierungsarchiv und Ständisches Archiv, in denen der Lesesaalbetrieb ab Spätherbst 1996 eingestellt war, wurden die Bestände vermessen, EDV-mäßig erfaßt, gereinigt, neu eingeschachtelt und beschriftet sowie für die Überführung nach St. Pölten verpackt. Der Benützerdienst im Außendepot Bad Pirawarth wurde während der gesamten Übersiedlungszeit aufrechterhalten. Die Depots des neuen Archivgebäudes in St. Pölten wurden im März, Werkstätten, Lesesaal und Büroräume im Juli und August 1997 übergeben.

Am 18. 11. 1997 wurde der Neubau des NÖ Landesarchivs durch Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop feierlich eröffnet.

### Neuerwerbungen

An Behördenschriftgut wurden Akten und Nachschlagebücher von Bezirksgerichten übernommen. Eine wichtige Neuerwerbung ist die nach dem Justizpalastbrand von 1927 rekonstruierte „NÖ Landtafel“, die vom Bezirksgericht Wien I, Innere Stadt (Hauptbücher, Anlegungsakten, Urkunden sowie 2080 Landtafelkarten) übergeben wurde. Prof. Dr. Josef Breu übergab dem NÖ Landesarchiv 22 Aktenstücke aus der k. k. Herrschaft Mauerbach als Geschenk, die dem Bestand „Klosterakten, Mauerbach (1782)“ zugeordnet wurden. Weiters wurden Ordnungs-, Inventarisierungs- und Skartierungsarbeiten durchgeführt.

### Gutachten

Zwei Markterhebungsgutachten sowie mehrere Gutachten hinsichtlich der Berechtigung von Orts- und Gemeindejubiläen wurden erstellt.

### Gemeindeheraldik

In Zusammenarbeit mit den Gemeinden Gaubitsch, Heldenberg, Hof/Leithaberge, Opponitz, Otterthal, Röhrenbach, Stetteldorf/Wagram, Viehdorf, Waldenstein und Wienerwald wurden 10 Entwürfe für Gemeindewappen erarbeitet.

### Handbibliothek

Die insgesamt etwa 30.000 Bände umfassende Handbibliothek wurde um 317 Druckwerke erweitert.

### Beteiligung an Ausstellungen

Anlässlich der Eröffnung des NÖ Landesarchivs wurde im Foyer des neuen Archivgebäudes eine Sonderausstellung unter dem Titel „Zimelien aus dem NÖ Landesarchiv“ und „Restaurierung von Archivalien“ gezeigt.

Außerdem wurde von Mitarbeitern der Abteilung zum größten Teil die Dauerausstellung zur Geschichte des NÖ Landtags anlässlich der Eröffnungssitzung des NÖ Landtags in St. Pölten im Foyer des neuen Landtagsgebäudes gestaltet, weiters das wissenschaftliche Konzept für die Dauerausstellung über Waidhofen und die Eisenwurzeln im Stadtturm von Waidhofen/Ybbs erstellt sowie die Kärntner Landesausstellung „Alles Jagd“ durch Leihgaben und Objektbeschreibungen unterstützt.

### Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Zur Eröffnung des neuen Landesarchivs wurde eine Festschrift vorgelegt, die die Geschichte des NÖ Landesarchivs und die Planung des neuen Archivgebäudes dokumentiert sowie einen Überblick über die Bestände gibt.

Aus Anlaß der letzten Regierungssitzung im Mai 1997 in Wien wurde über Auftrag der Landesamtsdirektion eine überblicksmäßige Geschichte der NÖ Landesregierung verfaßt.

Weitere Publikationstätigkeit:

- Projekt „Geschichte der Bundesländer“, Studie „Der Landtag, die NÖ Landesregierung und das Amt der Landesregierung 1945–1955“
  - Projekt „Mahnmale und Gedenkstätten“ betreffend Widerstand und Verfolgung in Österreich
  - Aufsätze über Gemeindeheraldik
- Mitarbeiter des NÖ Landesarchivs nahmen an folgenden Fachtagungen und Festveranstaltungen teil:
- 11 Wappenverleihungs- und eine Markterhebungsfeier
  - Expertenkonferenz der österreichischen Archivdirektoren in Graz
  - 17. Symposium des NÖ Instituts für Landeskunde in Ardagger
  - 27. Österreichischer Archivtag in Schladming
  - Internationaler Kongreß „Old Age and Childhood“ an der Universität Odense (DK)
  - Fachtagung „Geschlechtergeschichte in der Frühen Neuzeit“ der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart (D)
  - Internationales Symposium „Protestantische Mentalitäten“, Universität Wien
  - Kirchenhistorischer Arbeitskreis in St. Pölten

Mitarbeiter hielten Lehrveranstaltungen an der Universität Wien ab, betreuten Dissertationen und Diplomarbeiten (u. a.

„Das Königsgut in Niederösterreich“, „Hardegger Urbar“) und stellten im Rahmen einer Einführung in das neue Landesarchiv für Studenten der Universität Wien themenspezifische Archivalien für das Seminar „Geschichte der Medizin“ zur Verfügung.

### Ziele 1998

Erstmals in der Geschichte des NÖ Landesarchivs sind beide Archivabteilungen, das Regierungsarchiv und das Ständische Archiv, in einem Gebäude, in dem auch das Institut für Landeskunde untergebracht ist, vereinigt. Die Zusammenführung der drei Abteilungen und eine Neuorganisation des Dienstbetriebes und des Benützerdienstes soll den Besuchern eine optimale Betreuung (Bürgerservice) und den Mitarbeitern zeitgemäße Arbeitsbedingungen bieten. In den folgenden Monaten sollen Erfahrungen in der Führung des neuen Hauses gesammelt und der Dienstbetrieb den neuen Erkenntnissen laufend angepaßt werden.

Weitere Ziele:

- Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit
- Schaffung eines Logos für die Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde in Zusammenarbeit mit dem Fachhochschul-Studiengang „Telekommunikation und Medien“ in St. Pölten (Studentenwettbewerb)
- Einrichtung einer EDV-Arbeitsgruppe für NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde
- Sonderausstellungen im Foyer des neuen Archivgebäudes; geplante Ausstellungen 1998: „Spurensuche“. Frauengeschichte in den Quellen des NÖ Landesarchivs, Begleitausstellung zur Landesausstellung in Kirchstetten; Ausstellung der besten Entwürfe eines Logos für die Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde
- Intensivierung der Kontakte zur Universität Wien, um den Standortverlust der früheren Nähe zur Universität Wien auszugleichen und eine Abkoppelung des NÖ Landesarchivs und seiner Bestände von der historischen Forschung zu vermeiden
- Auf Wunsch von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll Herausgabe einer Geschichte der NÖ Landesregierung von 1918 bis zur Übersiedlung nach St. Pölten
- Herausgabe eines gedruckten Gesamtinventars der Bestände des NÖ Landesarchivs (Übersichtsinventar, Teilinventar)
- Neuherausgabe der ab 1977 erschienenen und 1987 eingestellten „Mitteilungen aus dem NÖ Landesarchiv“

## NÖ Institut für Landeskunde

### Schwerpunkte 1997

Planung und Durchführung landeskundlicher Symposien, Herausgabe der Reihe „Studien und Forschungen“, Durchführung landeskundlicher Forschungsprojekte, Fortführung der NÖ Bibliographie und Unterstützung landeskundlicher Aktivitäten in Niederösterreich.

#### Symposion

Anfang Juli 1997 wurde in Ardagger das 17. Symposion zum Thema „Recht und Gericht in Niederösterreich“ durchgeführt. Planung und Vorbereitung des Symposions 1998 in Waidhofen/Ybbs sind bereits weit fortgeschritten.

#### Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

In der Reihe „Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde“ sind Band 22 (Roland, Lilienfelder Buchschmuck) und Band 23 (Lackner, Rechenbuch Albrechts III.) erschienen; in Redaktion sind zwei Aufsatzbände (Krems 1995 und Puchberg 1996) sowie drei Monographien.

Mitarbeiter des NÖ Instituts für Landeskunde vertreten die Abteilung in der Arbeitsgruppe „Wissenschaft“ des NÖ Kultursenats und im Österreichischen Normungsinstitut.

#### Dokumentation und Bibliographie

Rund 27.000 Titel wurden mit dem PC erfaßt, mehr als 23.500 Titel sind in der STAIRS-Datenbank LAKU gespeichert und stehen einem breiten Benützerkreis für Abfragen zur Verfügung. Ein Beitrag zur NÖ Bibliographie ist in der Zeitschrift

„Unsere Heimat 1997“ erschienen. Die Umstellung des ca. 10 Jahre alten EDV-Erfassungsprogrammes für die Bibliographie auf eine moderne Anwendung (MS-Access) konnte abgeschlossen werden.

### Ziele 1998

Das NÖ Institut für Landeskunde ist Ende August 1997 von Wien in das neue Archivgebäude in St. Pölten übersiedelt.

Die Zusammenführung der zwei Archivabteilungen und des NÖ Instituts für Landeskunde in einem Gebäude soll zu einer engen Zusammenarbeit dieser Institutionen führen, so daß die oben formulierten Ziele größtenteils auch für das Institut gelten.

Zusätzlich zu diesen Zielen ist geplant, die Herausgabe der Publikationen des Instituts im bisherigen Umfang weiterzuführen und die Aktivitäten des Vereins für Landeskunde zu unterstützen.

## Abteilung NÖ Landesbibliothek

### Schwerpunkte 1997

Haupttätigkeit des Jahres 1997 war die Übersiedlung und Neuaufstellung der Bestände der NÖ Landesbibliothek in St. Pölten. In 7.562 Kartons wurde auf 50 Lkw-Ladungen das Bibliotheksgut ohne Verluste und nennenswerte Beschädigungen nach St. Pölten übersiedelt und dort im neuen Haus für die Benützung bereitgestellt. Dabei mußten einige organisatorische Neuordnungen bewerkstelligt werden: So wurden die gebundenen Jahrgänge der periodisch erscheinenden Schriften aus den Allgemeinbeständen ausgesondert und in eigenen Periodikamagazinen aufgestellt. Ebenso wurden Publikationen mit einem Erscheinungsjahr vor 1900 in ein eigenes Magazin für historisch wertvolles Buchgut transferiert. Letztlich mußte die mit Jahresende ca. 10.000 Bände umfassende Freihandaufstellung im Lesebereich ausgewählt und eigens adjustiert werden. Für diese Freihandaufstellung war zuvor eine auf die Bedürfnisse der NÖ Landesbibliothek abgestimmte Systematik erarbeitet worden.

Krönender Abschluß dieser Neuordnungsarbeiten war die feierliche Eröffnung der NÖ Landesbibliothek am 29. 9. 1997 durch Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Zu diesem Anlaß hatte die Landesbibliothek auch eine 170 Seiten starke Festschrift herausgegeben. Nach

einem „Tag der offenen Tür“ am darauffolgenden Tag, der reges Publikumsinteresse fand, steht die NÖ Landesbibliothek seit 1. 10. 1997 wieder uneingeschränkt der allgemeinen Benützung zur Verfügung.

### Probleme 1997

Bedingt durch die Übersiedlung der NÖ Landesverwaltung, waren die finanziellen und personellen Ressourcen der EDV-Abteilung des Amtes der NÖ Landesregierung derartig ausgelastet, daß die angestrebte Umrüstung der EDV-Ausstattung, verbunden mit dem Upgrade des Bibliothekssystems, nicht durchgeführt werden konnte. Ebenso konnte durch wirtschaftliche Probleme der beauftragten Softwarefirma die Einbindung des EDV-Kataloges der NÖ Landesbibliothek in die Internet-Homepage der Bibliothek nicht erfolgen.

Wenn auch der Ansatz für den Sachaufwand der Bibliothek gegenüber dem Vorjahr mit S 2.000.000,- gleich blieb, brachte die Kreditsperre eine merkbare Verringerung des Ankaufsbudgets, die sich durch die hohe Inflationsrate bei wissenschaftlicher Literatur doppelt restriktiv auswirkte. Die angespannte Personalsituation wurde durch die Zuweisung eines Maturanten nur marginal entschärft, da dieser durch die intensive Ausbildung – vor allem außer Haus

– nur bedingt für qualifizierte Arbeiten einsetzbar war. Daher sind die im Tätigkeitsbericht 1996 prognostizierten Bearbeitungsrückstände im Bereich der Druckschriftensammlung tatsächlich entstanden.

### Chronik 1997

- 31. 1. Übernahme der Horizontalmagazine
- 10. 2. Übersiedlungsbeginn
- 7. 4. Übernahme der Vertikalmagazine, Beginn der Aufstellung der Periodika
- 9. 6. Beginn der Übersiedlung der Büroräume
- 4. 7. Ende der Übersiedlung
- 6. 9. Übernahme des Bibliotheksgebäudes
- 13./14. 9. Anlässlich des „Tags der offenen Tür“ des Regierungsviertels Veranstaltung eines Literaturwochenendes „Literatur in der Bibliothek“ mit Lesungen von 11 niederösterreichischen Autoren
- 29. 9. Eröffnung der Bibliothek
- 30. 9. Anlässlich des „Tags der offenen Tür der NÖ Landesbibliothek“ Besuch von rund 550 Interessierten
- 1. 10. Aufnahme des Lesebetriebs in St. Pölten; bis zum Jahresende 1997 Besuch von 36 Schulklassen, davon 27 Oberstufenklassen, in angemeldeten Führungen
- 22. 10. Besuch von Vertretern der „Versammlung der Regionen“

- 5. 11. Besuch des „Management-clubs NÖ Mitte“
- 21. 11. Vortrag von Arch. Peter Riepl im Rahmen des Vortragsprogrammes von „Orte, Architekturnetzwerk Niederösterreich“
- 10. 12. Buchpräsentation „Architektur in Niederösterreich 1986–1997“ durch „Orte, Architekturnetzwerk Niederösterreich“

**Leihgaben**

Übersiedlungsbedingt wurde 1997 nur ein Objekt mit einem Versicherungswert von S 15.000,- für die Ausstellung „850 Jahre St. Stephan – Symbol und Mitte in Wien“ zur Verfügung gestellt. 89 Objekte dienten als Reprovorlage.

**EDV-Einsatz**

Die Bereinigung der in das integrierte Bibliothekssystem BIS-C übernommenen Datenbanken HIST und BIBL wurde abgeschlossen. Dabei wurden ca. 80.000 Datensätze korrigiert und vereinheitlicht. Die beiden Pools BIBL und ALTD wurden zusammengeführt und stehen mit 147.143 Titelsätzen als Grundlage für Bearbeitung, OPAC und Entlehnverbuchung zur Verfügung. Bei der Zusammenführung der beiden Pools wurde auf MAB2 umgestellt und überdies die Normdaten aus Schlagwort-, Körperschafts- und Personennormdatei eingespielt, so daß der Bibliothekspool über ca 1,8 Mio. Datensätze (ca. 815 MByte) verfügt.

Mit der Wiedereröffnung am 1. 10. 1997 wurde die automatische Entlehnverbuchung in Betrieb genommen. Bis Jahresende wurden 513 Entlehnausweise ausgegeben.

Im Bereich der RIS-Datenbank wurden u. a. für 6 Personen Abfragen in der EU-Rechtsdatenbank CELEX für 14 Rechtsmaterien durchgeführt.

**Ziele 1998**

- Verstärkte Bestandserweiterung in Hinblick auf den neuen Standort mit besonderer Berücksichtigung der neuen Technologien des Informationswesens
- Wiederaufnahme der bibliothekseigenen Ausstellungstätigkeit
- Umstellung des EDV-Betriebssystems auf Windows NT und Upgrade des Bibliothekssystems BIS-C 2.1 auf BIS-C 3.0
- Anbieten des Bibliothekskatalogs via Internet
- Organisation des 25. Österreichischen Bibliothekartags vom 15. bis 19. 9. 1998 in St. Pölten

**Statistik 1997**

**Druckschriftensammlung**

Bücherzuwachs	
Kauf	1.647 Bände
Tausch	198 Bände
als Bibliotheksstück	1.060 Bände
als Geschenk	1.067 Bände
Gesamtzuwachs	3.972 Bände

Dieser Bücherzuwachs betrug ergab einen Gesamtbestand von 195.866 Bänden. Bei weiteren 5.923 Bänden wurde zwar die Katalogisierung abgeschlossen, übersiedlungsbedingt konnten sie jedoch keiner Endkontrolle und Adjustierung unterzogen werden.

**Periodika**

Zugang	
Kauf	293 bibliograph. Einheiten
durch Tausch	295 bibliograph. Einheiten
als Bibliotheksstück	1.711 bibliograph. Einheiten
als Geschenk	793 bibliograph. Einheiten
Gesamtbestand	3.092 bibliograph. Einheiten

**Benutzerfrequenz**

Anzahl der Benutzer (Lesesaal, Entlehnung u. Ausstellungsbesucher)	2.132 Personen
Entlehnte Werke	1.528 Bände
Aus anderen Bibliotheken entlehnt	44 Bände

Die NÖ Landesbibliothek wurde an 58 Öffnungstagen von insgesamt 2.377 Benutzern frequentiert; das sind pro Öffnungstag durchschnittlich 41 Personen.

**AV-Mediensammlung**

Schallplatten	48
Compact Discs	68 (+3)
Kompaktkassetten	68 (+2)
Videokassetten	88 (+8)

**Landkartensammlung**

Kartentitel	2.851 (+116)
Anzahl der Kartenblätter	14.695 (+524)
Atlanten	343 (+26)

Benutzung: 119 Personen benutzten 476 Signaturen mit 833 Blättern.

**Topographische Sammlung, Porträtsammlung, Flugschriftensammlung und Exlibrissammlung**

Topographische Ansichten	21.355 (+304)
Ansichtskarten und Fotos	53.274 (+128)
Porträts	3.880 (+36)
Flugschriften	551
Exlibris	550
Kupferplatten	352

Benutzung: 31 Personen benutzten 32 Ortsmappen und 10 Foto-Orte.

**Burgenkundliche Sammlung**

Ansichten	28.279 (+35)
Zeitungsausschnitte (Kuverts)	9.672 (+255)
Pläne und Karten	806 (+1)
Negative	6.825
Diapositive	4.759
Korrespondenzmappen	1.967

Benutzung: 95 Personen.

**Restaurierungswerkstätte**

In der Restaurierungswerkstätte der NÖ Landesbibliothek wurden Arbeiten an folgenden Objekten durchgeführt:

Aquarelle, Graphiken und Fotos	3 Stück
Landkarten	106 Blätter
Pergament-, Leder- und Leinenbindungen	174 Bände
Alben, Hefte, Mappen und Schachteln	558 Stück

## Abteilungen Schulen und Kindergärten

### Schulwesen

Ab dem Schuljahr 1997/98 wird die Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die bereits in der Volksschule stattfindet, auch in der Hauptschule fortgesetzt.

### Sonderschulen des Landes

In der Waldschule Wiener Neustadt (Heim mit medizinisch-therapeutischer Rehabilitation und Sonderschule für körperbehinderte Kinder) wurde der Brandschutz fertiggestellt.

Das Dach des „Jägerhauses“ wurde saniert und für eine weitere Nutzung des Gebäudes wurden Entwürfe ausgearbeitet.

In der Landessonderschule Waidhofen/Ybbs wurden die Fenster des Schulgebäudes saniert.

In der Landessonderschule Hollabrunn wurde mit der Realisierung des Brandschutzes begonnen.

### Dienst- und Besoldungsrecht der Landeslehrer

In den Sitzungen der NÖ Landeslehrerkommission für allgemeinbildende Pflichtschulen wurden 41 schulfeste Leiterstellen und 73 schulfeste Lehrerstellen nach Ausschreibung durch definitive Ernennungen besetzt. Bei der Vergabe von Leiterstellen wurden 99 Anhörungen durchgeführt.

Gemäß § 8 LDG wurden 50 Dienstposten besetzt.

Im Zusammenhang mit diesen Ernennungen und Besetzungen wurden 56 abweisende Bescheide für schulfeste Leiterstellen und 66 abweisende Bescheide für schulfeste Lehrerstellen erlassen.

Weiters wurden 30 Entscheidungen über Berufungen gegen dienst- und besoldungsrechtliche Bescheide des Landesschulrates bzw. der Landeslehrerkommission gefällt.

5 Gegenschriften an den Verfassungs- bzw. Verwaltungsgerichtshof wurden erstattet.

### Religionslehrer

Für ca. 390 Laien-Religionslehrer und etwa 380 Geistliche und Ordensangehörige, die als kirchlich bestellte Religionslehrer an Pflichtschulen in Niederösterreich unterrichten, wurde die Anweisung der Bezüge, Fahrtkostenzuschüsse sowie der monatlich anfallenden Reisegebühren und Mehrdienstleistungen vorbereitet bzw. veranlaßt.

Durch das Ausscheiden einer hohen Anzahl von kirchlich bestellten Religionslehrern gegen Ende des Schuljahres 1996/97 und durch Übernahme ins Dienstverhältnis des Landesschulrates für Niederösterreich waren auch 1997 wieder sehr viele Neuanstellungen (per 1. 9. 1997) und damit ein erhöhter Verwaltungsaufwand zu verzeichnen.

Weiters wurden ca. 450 An- bzw. Abmeldungen bei der NÖ Gebietskrankenkasse vorgenommen und etwa 800 Krankenscheine auf Anforderung ausgestellt.

Für die in Niederösterreich bestellten Religionslehrer der Islamischen Glaubensgemeinde (derzeit 43 Lehrer) ergeben sich laufend Probleme bezüglich Stunden- und Gruppeneinteilung bzw. in dienstrechtlicher Hinsicht, welche jährlich höhere Verwaltungstätigkeiten erfordern.

Mit 1. 9. 1997 wurden sämtliche Geistliche der evangelischen Kirche aus der Sozialversicherung wieder herausgenommen. Die entsprechende Umstellung der Bezüge bzw. die Abmeldungen bei der Kasse wurden durchgeführt.

### Förderungen

541 begabten und bedürftigen Schülern und Schülerinnen an allgemeinbildenden höheren Schulen (1. bis einschließlich 5. Klasse) wurden im Schuljahr 1996/97 Schülerbeihilfen im Gesamtbetrag von S 2.370.150,- bewilligt.

Zu den Kosten der Beaufsichtigung von Fahrschülern an allgemeinbildenden öffentlichen Pflichtschulen außerhalb des Unterrichts wurden für das Schuljahr 1996/97 337 Antragstellern Beiträge in Gesamthöhe von S 2.061.000,- bewilligt. Die Förderung betrug durchschnittlich S 28,06 pro Aufsichtsstunde.

Schülerhaltungsbeiträge für Gemeinden und Länder in Gesamthöhe von S 3.000.000,- wurden den gesetzlichen Schulerhaltern angewiesen.

### Bildstellenwesen

#### Tätigkeiten 1997

Schulung und Information der Lehrer und Schulleiter, der Bildstellenleiter, Mitarbeiter sowie der Schulaufsichtsansprüche und der Schulerhalter; Medienverleih, Medienbeschaffung, Geräteservice, Führung der Mediathek.

#### Probleme 1997

Die Medienanforderungen (Filme, Videobänder etc.) der Schulen konnten nur teilweise erfüllt werden. Dies liegt einerseits an der rechtlichen Einschränkung

der Vervielfältigungsmöglichkeiten, andererseits an den vorhandenen Auflagezahlen.

Eine verstärkte spezielle Ausbildung der im Bildstellenwesen tätigen Lehrer (Bildstellenleiter und Mitarbeiter) insbesondere auf den Gebieten der „Neuen Medien“ und der „Telekommunikation“ als Gegenstand von Bildung ist dringend erforderlich, um den Informations- und Schulerfordernissen der Lehrer und Schulerhalter besser gerecht werden zu können.

Die Unterbringung und Versorgung der Bildstellen (Geräte, Einrichtungsgegenstände und Personal) entspricht noch nicht den Erfordernissen.

#### Ziele 1998

- Schulung der Lehrer in der sinnvollen Mediennutzung unter Einbeziehung der Medienpädagogik
- Beratung der Schulerhalter und Schulleiter zur Beschaffung von AV-Geräten und Medien sowie hinsichtlich einer zweckmäßigen Schul- und Klasseninstallation
- Medien- und Gerätebeschaffung (Ankauf) sowie Intensivierung der landesspezifischen Medien-Produktionen mit Planung, Begutachtung, Bewertung sowie Bereitstellung für den Verleih
- Ausbau der Mediathek
- Personeller, räumlicher und ausstattungsmäßiger Ausbau der Bildstellen, um den Anforderungen der Schulen gerecht zu werden
- Zeitgemäße Ausbildung der Bildstellenleiter und des Personals der Landesbildstelle

#### Statistik 1997

Leistungen	
Lehrerschulungen (methodisch-didaktisch und technisch)	4.547
Medienentlehnungen	41.031
Geräteentlehnungen	371
Medienbeschaffung (Selbsterstellung und Ankauf)	3.860
Medien (Filme, Diapositivreihen, OHT-Serien) in Produktion	15
Kostenlose Medienzuteilung an Schulen (OHT-Serien, didaktische EDV-Software)	163
Gerätebeschaffung	1
Geräteservice	768
Bezirksbildstellenleiter- und Mitarbeiter-Schulung	13 Tage
Medien- und Gerätebestand	
Filme	22.112
Diapositivreihen (1 Reihe durchschnittlich 20 Diapositive)	14.935
Videofilme	7.287
Overheadtransparente, Tonbänder u. a.	3.348
AV-Geräte	1.124

### Kindergartenwesen

- Die Funktion der Abteilung Kindergärten als Dienststellenleiter der Kindergärtnerinnen der Städte mit eigenem Statut wurde wie bisher ausgeübt (Personalstand: 177 Kindergärtnerinnen – darunter 25 in Mutterschafts- bzw. Karenzurlaub – und 14 Springerinnen).
- Die Anzahl der Heilpädagogischen Kindergärtnerinnen in der Heilpädagogischen Assistenz betrug 114; 31 Heilpädagogische Kindergärtnerinnen befanden sich in Mutterschafts- bzw. Karenzurlaub. 3 Heilpädagogische Kindergärtnerinnen waren an Heilpädagogischen NÖ Landeskindergärten beschäftigt. 5 Springerinnen waren in den Heilpädagogischen Gruppen tätig.
- Auch 1997 wurden in zunehmendem Maße die bestehenden Heilpädagogischen Gruppen in Heilpädagogisch-Integrative Gruppen umgewandelt. 19 Heilpädagogische Kindergärtnerinnen wurden in Heilpädagogisch Integrativen Gruppen mit verstärktem Personaleinsatz für nichtbehinderte und behinderte Kinder gemeinsam geführt.
- 4 Kräfte aus dem ehemaligen Jugoslawien, eine aus Tschechien sowie 8 aus der Türkei wurden zur Unterstützung der Kindergärtnerinnen, die sehr viele Gastarbeiterkinder in den Gruppen haben, mit

Sondervertrag eingesetzt. 4 fremdsprachige Stützkräfte befanden sich in Mutterschafts- bzw. Karenzurlaub.

- 1997 wurden in NÖ Landeskindergärten 468 Integrationsgruppen gemäß § 6 des NÖ Kindergartengesetzes geführt.
- 186 Veranstaltungen wurden in der Fortbildung der Kindergärtnerinnen und Heilpädagogischen Kindergärtnerinnen vom NÖ Zentrum für Kindergartenpädagogik in Zusammenarbeit mit der Landesamtsdirektion und der NÖ Landesakademie durchgeführt. So fand etwa vom 28. bis 30. 8. 1997 im Festspielhaus St. Pölten das 10. Niederösterreichische Kindertagessymposium („Märchen als Schlüssel zur Welt“) statt, das ca. 900 Teilnehmer besuchten.
- Das Projekt „Interkulturelle Pädagogik in der Praxis und Theorie“ wurde 1997 als EU-Projekt (Cormenius 2) vorbereitet und soll mit Partnern aus Deutschland und Italien eingereicht werden.
- Mit 31. 12. 1997 gab es 1.056 rechtlich errichtete NÖ Landeskindergärten, wovon 1.028 in Betrieb waren. Es bestanden 2.028 rechtlich errichtete Gruppen, wovon 1.983 in Betrieb waren. Die Zahl der Privatkindergärten betrug 47.
- Förderungen für Privatkindergärten: S 25,124.324,-. Beiträge an die Gemeinden zum Personalaufwand der Kindergartenhelferinnen: S 189,664.774,86

### NÖ Schul- und Kindergartenfonds

1997 setzten sich die Einnahmen aus Bedarfszuweisungen, dem Landesbeitrag, aus dem Rückfluß gegebener Darlehen, den Beiträgen der Gemeinden und Gemeindeverbände und aus Darlehensaufnahmen zusammen. Die Ausgaben im Jahr 1997 bestanden aus Beihilfen und Darlehen an die Gemeinden und Schulgemeinden sowie aus den eigenen Verpflichtungen aus Darlehensaufnahmen. Das Budget des Fonds wird auf Jahre im voraus geplant, damit das Gleichgewicht zwischen den Verpflichtungen aus den aufgenommenen Darlehen und den Rückflüssen aus gewährten Darlehen nicht gestört wird. Das Kuratorium trat im Jahr 1997 in zwei Sitzungen zusammen; in diesen wurden Mittel nach folgendem Voranschlag vergeben:

<b>Einnahmen:</b>	
Landesbeitrag	S 127,636.000,-
Bedarfszuweisungen	S 407,154.000,-
Darlehensrückflüsse	S 185,950.000,-
Darlehensaufnahmen	S 140,000.000,-
Innere Anleihen	S 20,000.000,-
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>S 880,740.000,-</b>
<b>Ausgaben:</b>	
Tilgung	S 333,076.000,-
Zinsen	S 164,407.000,-
Kreditsteuer und Verwaltungsgebühren	S 1,995.000,-
Beihilfen	S 345,233.000,-
Darlehen	S 10,887.000,-
Kunstbeitrag	S 298.000,-
Innere Anleihen	S 20,000.000,-
Sonstige Beihilfen	S 4,844.000,-
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>S 880,740.000,-</b>

3

Alle Abteilungen der Gruppe Land- und Forstwirtschaft waren im vergangenen Jahr nach wie vor mit der EU-Abwicklung stark ausgelastet. Die Neueinführung von ÖPUL98 brachte vermehrten Arbeitsaufwand mit sich.

Im Jahr 1997 hat die Übersiedlung der Gruppe, mit Ausnahme der Abteilung Landwirtschaftliche Bildung und Landwirtschaft, eine große Belastung gebracht, die jedoch anstandslos bewältigt wurde.

### Abteilung Agrarrecht

Die Abteilung ist in I. und II. Instanz zur Vollziehung der auf dem Gebiet des Agrarwesens im weitesten Sinn erlassenen Gesetze und Verordnungen zuständig. Dazu gehören vor allem die Angelegenheiten des Grundverkehrs, des Ausländergrundverkehrs, des Marktwesens, des Kulturlächenschutzes, des Jagd-, Fischerei-, Forst-Tierversuchs-, Veterinär-, Pflanzenschutz- und des Futtermittelwesens, des landwirtschaftlichen Bodenschutzes und schließlich die Angelegenheiten der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, der NÖ Landarbeiterkammer und der NÖ Tierärztekammer einschließlich der Durchführung der Wahlen sowie des Aufsichtsrechtes über diese Kammern und den NÖ Landesjagdverband. In den weiteren Aufgabenbereich der Abteilung fallen durch die Vielzahl der zu vollziehenden Materien umfangreichste legistische Arbeiten einerseits durch Erstellung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen und andererseits im Rahmen von Gesetzes- und Verordnungsbegutachtungsverfahren.

#### Probleme 1997

Die legistische Tätigkeit wird durch den Beitritt zur EU und die Vielzahl der zu vollziehenden Materien sowie die damit zusammenhängende Umsetzungs-kompetenz von EG-Vorschriften durch Bund oder Land, welche in einzelnen Rechtsmaterien strittig ist, als auch durch den enormen zeitlichen Umsetzungsdruck immer schwieriger. Dabei wirken sich der geringe Personalstand und Personalwechsel in allen Verwendungsgruppen und sonstige Umstrukturierungsmaßnahmen besonders negativ aus.

#### Ziele 1998

Der Beitritt zur EU macht die ständige Umsetzung und Anpassung zahl- und umfangreicher Rechtsvorschriften an die EG-Normen und Judikatur des EuGH notwendig. Trotz angeführter Umsetzungsschwierigkeiten in sämtlichen Rechtsbereichen sollen Vertragsverletzungsverfahren vermieden werden. Es muß die Aus- und Weiterbildung von rechtskundigen Mitarbeitern im EU-Bereich forciert werden sowie eine Neuorganisation des EU-Informationsflusses (z. B. Amtsblatt der EU) erfolgen.

#### Jagdangelegenheiten

Die Abteilung wird in Vollziehung und Legistik des NÖ Jagdgesetzes 1974, LGBl. 6500-13, der NÖ Jagdverordnung, LGBl. 6500/1-30, sowie sonstiger Verordnungen auf Grund des NÖ Jagdgesetzes sowohl in I. als auch in II. und letzter Instanz tätig. Sie bereitet darüber hinaus die Arbeiten der Landeswahlkommission für Jagdausschuwahlen vor, verwertet die Stellungnahmen des von ihr einzuberufenden Landesjagdbeirates, die Gutachten der Amtssachverständigen und nimmt in Wahrnehmung ihres Aufsichtsrechtes durch einen Vertreter an den Sitzungen der Organe des Landesjagdverbandes teil. Zum weiteren Aufgabenbereich zählt die Kontaktnahme mit verschiedenen Interessenvertretungen und Institutionen in Angelegenheiten des Jagdwesens, ebenso die Vorbereitung und Teilnahme an der Durchführung von Jagdprüfungen und Jagdaufseherprüfungen und nicht zuletzt die Herausgabe einschlägiger Vorschriften und Erlässe. Bei der Abteilung ist die Landeskommission für Jagd- und Wildschäden als Berufungsinstanz in Wildschadensangelegenheiten eingerichtet. Durch die Jagdgesetznovelle, LGBl. 6500-11, § 128a, die am 22. 9. 1995 in Kraft getreten ist, erkennt der beim NÖ Landesjagdverband eingerichtete Disziplinarrat über schuldhaft Verletzungen von Standespflichten durch Mitglieder des NÖ Landesjagdverbandes. Über Berufungen entscheidet der Unabhängige Verwaltungssenat im Land Niederösterreich.

#### Schwerpunkte 1997

- Erledigung von Berufungen gegen Abschußverfügungen, Berufungen betreffend einzelne Ausnahmebestimmungen des NÖ JG (Fangen von Wild), Berufungen betreffend Jagdkartenentzüge
- 29. und 30. Novelle der NÖ Jagdverordnung, LGBl. 6500/1-29 und 30
- Neuerlassung NÖ Kormoranverordnung, LGBl. 6500/12-0
- Vorbereitung NÖ Fischotterverordnung
- Vorbereitung Jagdgesetznovelle (Berufsjäger)

- Verordnung über eine gebietsweise Änderung der Schuß- und Schonzeiten für die Fasanhenne im Jagdjahr 1997, LGBl. 6500/5-0

- Jagdausschuwahlanfechtungen, Rechtsauskünfte und Hilfestellung für die Wahlbehörden bei den Jagdausschuwahlen
- Bärenmanagement – Lifeprojekt/Mitarbeit, Konstituierung der Koordinierungsstelle Braunbär
- Neubestellung der Mitglieder der Landeskommission für Jagd- und Wildschäden

#### Probleme 1997

Vermehrte Anfragen und Hilfestellung für die Wahlbehörden durch die Änderung der Jagdausschuwahlordnung.

#### Ziele 1998

Planung, Setzung und Überwachung von koordiniert adäquaten Maßnahmen bei vermehrt auftretenden jagdbaren Tieren wie Kormoran, Fischreiher, Fischotter und Bär. Schaffung des Berufsbildes: Berufsjäger sowie Umsetzung von EG-Richtlinien.

#### Fischereiangelegenheiten

In diesem Rechtsbereich wird die Abteilung in Vollziehung des NÖ Fischereigesetzes 1988, LGBl. 6550-1, und der NÖ Fischereiverordnung, LGBl. 6550/1-5, in I. und II. Instanz sowie legistisch tätig. Weiters obliegt der Abteilung die Führung der Kanzleigeschäfte des NÖ Landesfischereirates, die Bestellung der Prüfer für die Prüfungskommissionen für Fischereiaufseher sowie an den Sitzungen des Landesfischereirates teilzunehmen, diese vorzubereiten sowie aufzuarbeiten und Prüfungen für Fischereiaufseher vorzubereiten. Ein rechtskundiger Bediensteter der Abteilung wirkt bei der Fischereiaufseherprüfung mit. Im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung erfolgt die Vergabe von Fischereiförderungsmitteln und die Verpachtung landeseigener Fischereireviere.

**Schwerpunkte 1997**

- Vergabe von Sondersubventionen für Hochwasserschäden/Fischerei Juli 1997
- Sonstige Vergabe von Fischereiförderungsmitteln
- Sitzungen sowie Förderung der Aktivitäten des NÖ Landesfischereirates
- Einarbeitung des Begutachtungsergebnisses/Änderung des NÖ Fischereigesetzes 1988
- Arbeitsgruppe Kormoran
- Arbeitsgruppe Fischotter
- Förderung des Beginnes der Umstellung des Fischereikatasters auf EDV
- Neubestellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder des NÖ Landesfischereirates

**Probleme 1997**

Erhöhter Arbeitsaufwand durch vermehrte Problemstellungen, wie Abgelung der Hochwasserschäden Juli 1997 im Bereich der Fischerei, massives Auftreten der Kormorane (Adaptierung der NÖ Kormoranverordnung), starke Zunahme von Förderungsansuchen, Einarbeitung von umfangreichen Änderungen und teilweise gegensätzlichen Standpunkten/Änderung des NÖ Fischereigesetzes 1988 und dadurch intensive Sitzungstätigkeit des Landesfischereirates sowie erhöhter Aufwand bei der Führung der Kanzleigeschäfte.

**Ziele 1998**

- Endfassung zur Novellierung des NÖ Fischereigesetzes 1988 unter Einbindung des NÖ Landesfischereirates
- Gezielter Einsatz von Fischereiförderungsmitteln auch für die Erhaltung der Lebensgrundlage der Fische (Gewässerökologie, z. B. Altarmöffnung, Gewässervernetzung)
- Fortsetzung der Förderung von wissenschaftlichen Projekten zur Ökologisierung der Fischerei
- Beginn der Umstellung des Fischereikatasters auf EDV
- Förderung der Gewässerkartierung

**Forstrechts-angelegenheiten**

Hier hat die Abteilung zum Teil in I., zum Teil in II. und zum Teil in letzter Instanz tätig zu werden (Rechtsgrundlagen: Forstgesetz 1975 sowie Nebengesetze, wie NÖ Kulturlächenschutzgesetz).

**Schwerpunkte 1997**

- Erledigung von Berufungen gegen Rodungen, forstpolizeiliche Aufträge, Waldfeststellungen
- Vorbereitung für eine Novellierung des Kulturlächenschutzgesetzes sowie des Gesetzes über die Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen

**Ziele 1998**

- EDV-mäßige Erfassung und Aufbereitung von forstrechtlichen Erkenntnissen
- Novellierung des Kulturlächenschutzgesetzes sowie des Gesetzes über die Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen
- Novellierung des Forstausführungsgesetzes

**Grundverkehrs-angelegenheiten**

Die Abteilung wird in Vollziehung und Legistik des NÖ Grundverkehrsgesetzes 1989, LGBl. 6800-2, in I., II. und letzter Instanz tätig.

**● Grundverkehrs-Landeskommission.** Bei der Abteilung ist die Geschäftsstelle der als Berufungsbehörde tätigen Grundverkehrs-Landeskommission eingerichtet. Der Vorsitzende und der Berichterstatter sowie deren Stellvertreter werden aus dem Stand der Bediensteten der Abteilung gestellt.

**● Ausländergrundverkehr.** In I. Instanz entscheidet das Amt der NÖ Landesregierung. Über Berufungen entscheidet die Ausländergrundverkehrskommission, wobei ein Beamter der Abteilung Berichterstatter ist. Vorsitzender ist das richterliche Mitglied. Ein Trend in Ausländergrundverkehrsverfahren ist die Zunahme von Grundstückserwerben im Zuge von Betriebsgründungen oder Standortverlegungen von Betrieben mit überwiegend ausländischer Beteiligung nach Niederösterreich.

**Schwerpunkte 1997**

- Erledigung von erstinstanzlichen Anträgen Ausländergrundverkehr
- Berufungsverfahren Ausländergrundverkehr
- Berufungsverfahren landwirtschaftlicher Grundverkehr
- Vorbereitung der Neubestellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Grundverkehrs-Landeskommission
- Neubestellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausländergrundverkehrskommission

**Probleme 1997**

Durch die Ostöffnung vermehrt Anträge von Staatsangehörigen der GUS-Staaten, welche umfangreiche Ermittlungsverfahren wegen Gefährdung staatspolitischer Interessen notwendig machen.

**Ziele 1998**

Optimale Koordination mit Bundesbehörden (Bundesministerium für Inneres, Sicherheitsdirektion) sowie den anderen Bundesländern zum Themenbereich Gefährdung staatspolitischer Interessen.

**Veterinär-angelegenheiten**

Auf diesem Rechtsgebiet wird die Abteilung in Angelegenheiten der Vollziehung und Legistik (Durchführungsverordnungen) insbesondere des Tierseuchengesetzes, RGBI. Nr. 177/1909 in der Fassung BGBl. Nr. 257/1993, des Fleischuntersuchungsgesetzes, BGBl. Nr. 522/1982 in der Fassung BGBl. Nr. 118/1994, dem IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989, der Vollzugsanweisung betreffend die Verwertung von Gegenständen animalischer Herkunft in Tierkörperverwertungsanstalten (Tierkörperverwertung), StGBI. Nr. 241/1919 in der Fassung BGBl. Nr. 660/1977 und des Tierversuchsgesetzes 1988, BGBl. Nr. 501/1989, tätig. In den Aufgabenbereich der Abteilung fällt auch die Koordinierung der legislativen Maßnahmen der Bezirksverwaltungsbehörden, insbesondere bei Erlassung von Verordnungen mit örtlich begrenztem Geltungsbereich im Falle des Auftretens von Tierseuchen (Schweinepest, Wutkrankheit u. a.).

Im Bereich des Tierversuchswesens ist die Abteilung auf Grund des Tierversuchsgesetzes 1988, BGBl. Nr. 501/1989, in I. Instanz durch Entscheidung über Anträge bzw. Meldungen betreffend Tierversuche, Anträge zum Betrieb von Tierversuchseinrichtungen, Anträge um Genehmigung zur Tierversuchsleitung sowie zur Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen des Tierversuchsgesetzes tätig. Durch die Vielzahl der zu prüfenden neuen Grundsubstanzen bzw. Mischungen ist die Anzahl der Tierversuchsmeldungen gestiegen.

**Schwerpunkte 1997**

- Amtshaftungsverfahren Rethmann TBA Tulln GmbH
- Vorbereitung von Gebührenänderungen (Tierkörperverwertung, Fleischuntersuchung)
- Umfangreiche Verhandlungen Bund/Land/EU betreffend Kostentragung im Zusammenhang mit der Vermeidung von BSE auf Grund einer Entscheidung der EU-Kommission

**Ziele 1998**

- Lösung der Kostentragungsfrage Bund/Land/EU im Zusammenhang mit der Vermeidung von BSE auf Grund einer Entscheidung der EU-Kommission, allfällige legislative Umsetzung
- Änderung tierkörperbeseitigungsrelevanter Bestimmungen

## Angelegenheiten der Tierzucht

Der Abteilung obliegt die Legistik und Vollziehung des NÖ Tierzuchtgesetzes, LGBl. 6300-0, des NÖ Bienenzuchtgesetzes, LGBl. 6320-1, und der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Verordnungen neben der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer.

### Schwerpunkte 1997

- Vorbereitung einer Verordnung über Leistungsprüfungen und Zuchtwertfeststellung
- Vorbereitung einer Änderung des NÖ Tierzuchtgesetzes
- Erteilung von Besamungsbewilligungen
- Durchführung von Bewilligungsverfahren zum Betreiben einer Besamungsstation
- Ausnahmeanträge
- Berufungen wegen Verweigerung der Anerkennung als Zuchtorganisation

### Probleme 1997

Kompetenzabgrenzung Bund – Land bei der Umsetzung von Vorschriften im Rahmen der EU.

### Ziele 1998

- Novellierung des NÖ Tierzuchtgesetzes
- Abklärung des Umsetzungsbedarfs von Vorschriften im Rahmen der EU
- Erlassung von weiteren Verordnungen
- Erlassung der Verordnung über Leistungsprüfungen und Zuchtwertfeststellung

## Landarbeiterrecht

Auf diesem Rechtsgebiet wird die Abteilung vorwiegend legistisch tätig. Es obliegt ihr die Erarbeitung von Gesetzesentwürfen in Ausführung des Landarbeitersgesetzes 1984, BGBl. Nr. 287/1984 in der Fassung BGBl. Nr. 514/1994 sowie anderer diesen Bereich berührende Rechtsvorschriften. Ferner fällt in den Aufgabenbereich der Abteilung die Abgabe von Stellungnahmen sowie die Erstattung von Berichten zu internationalen Übereinkommen auf dem Gebiet des Landarbeiterrechtes sowie des Schutzes land- und forstwirtschaftlicher Dienstnehmer. Schließlich ist bei der Abteilung eine Gleichbehandlungskommission errichtet, die sich mit allen die Diskriminierung weiblicher oder männlicher Dienstnehmer bei der Festsetzung des Entgeltes, bei der Gewährung freiwilliger

Sozialleistungen, die kein Entgelt darstellen, sowie bei Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung auf betrieblicher Ebene, beim beruflichen Aufstieg, insbesondere bei Beförderungen, bei den sonstigen Arbeitsbedingungen und bei der Beendigung des Dienstverhältnisses betreffenden Fragen zu befassen hat.

Aufgrund der NÖ Landarbeitsordnung 1973, LGBl. 9020-15, ist bei der Abteilung eine Obereinigungskommission eingerichtet. Diese hat vorwiegend die Registrierung und Kundmachung der hinterlegten Kollektivverträge sowie deren Abänderung oder Verlängerung zu besorgen. Weiters hat sie den für Arbeits- und Sozialrechtssachen zuständigen Gerichtshöfen eine Ausfertigung des Kollektivvertrages mit Angabe des Kundmachungsdatums und der Katasterzahl zu übermitteln.

### Schwerpunkte 1997

- Vorbereitung einer Änderung der NÖ Landarbeitsordnung
- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Landarbeiterkammerwahl 1997
- Berichte über die praktische Anwendung von EG-Arbeitnehmerschutzrichtlinien

### Ziele 1998

Änderung von Dienstnehmerschutzvorschriften.

## Angelegenheiten des Futtermittelrechtes

Durch das Futtermittelgesetz 1993, BGBl. Nr. 905/1993, wurde dem Landeshauptmann die Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes und darauf beruhender Verwaltungsakte in bezug auf den gesamten 5. Teil des Gesetzes z. B. Hygiene sowie das Herstellen, Behandeln und Verfüttern von Futtermitteln übertragen.

### Schwerpunkte 1997

- Zur Vollziehung großer Teile des Gesetzes fehlt das Personal. Die Übertragung an das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft gegen Kostenersatz wurde vorbereitet.
- Die Kontrolle der Verfütterung wurde auf die Amtstierärzte bei den Bezirksverwaltungsbehörden übertragen.
- Teilnahme an Sitzungen zur Vorbereitung eines neuen Futtermittelgesetzes.

### Ziele 1998

- Kontrolle der Herstellung, Behandlung und Hygiene obliegt dem Landeshauptmann und wird ab Februar durch

das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft als Sachverständige für den Landeshauptmann erfolgen.

- Neuerlassung des Futtermittelgesetzes durch den Bund unter Einbindung der Länder.

## Angelegenheiten des Pflanzenschutzes, des Pflanzgutes und der Pflanzenschutzmittel

Mit dem Pflanzenschutzgesetz 1995, BGBl. Nr. 532/1995, in der Fassung BGBl. Nr. 793/1996, unter Umsetzung der Richtlinie 77/93/EWG wurden dem Landeshauptmann verschiedene Vollzugsaufgaben – wie Verbringung von Pflanzen in die EU, Drittlandexporte, Registrierung und Kontrolle der Betriebe – übertragen. Diese Aufgaben sind entsprechend den Möglichkeiten dieses Gesetzes an die Landes-Landwirtschaftskammer übertragen worden. Die Letztkontrolle verbleibt beim Landeshauptmann. Die Vollziehung hinsichtlich des Pflanzgutgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 73/1997 wird in Zukunft weitgehend parallel zum Pflanzenschutzgesetz 1995 verlaufen. Hinsichtlich des NÖ Kulturpflanzenschutzgesetzes 1978, LGBl. 6130, und der NÖ Pflanzenschutzverordnung, LGBl. 6130/1, ist die Abteilung hauptsächlich legistisch tätig. Ebenso verhält es sich mit dem Gesetz über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft, LGBl. 6170.

### Schwerpunkte 1997

- Umsetzung mehrerer EG-Richtlinien bezüglich mehrerer Pflanzenschädlinge auf Landesebene (Umsetzung erfolgt Anfang 1998)
- Änderung der Pflanzenschutzverordnung, BGBl. Nr. 253/1996, des Bundes dahingehend, daß ein Teil der Gebühren bei der vollziehenden Behörde verbleibt
- Vorbegutachtung von Entwürfen von EG-Richtlinien bezüglich Pflanzenschädlingen
- Vorbegutachtung des Pflanzgutgesetzes des Bundes

### Probleme 1997

- Kostenfrage hinsichtlich Monitoringmaßnahmen auf Grund von EG-Richtlinien.
- Für die Vollziehung des Pflanzgutgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 73/1997 und der Pflanzgutverordnung, BGBl. II Nr. 299/1997, fehlt dem Land das erforderliche Personal.
- Umsetzung der Richtlinie 77/93/EWG auf Landesebene.

- Der Bund bereitet ein neues Pflanzenschutzgrundsatzgesetz vor, das es erforderlich machen wird, das NÖ Kulturpflanzenchutzgesetz 1978 neu zu erlassen.
- Aufgrund der Neuerlassung des Pflanzenschutzmittelgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 60/1997, sind eventuell Anpassungen des korrespondierenden Landesgesetzes notwendig.

**Ziele 1998**

- Lösung der Kostenfrage hinsichtlich Monitoringmaßnahmen auf Grund von EG-Richtlinien im Bereich des Pflanzenschutzes.
- Übertragung des Vollzuges des Pflanzgutgesetzes und der dazugehörigen Verordnung an die NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, da dem Land das erforderliche Personal fehlt.

- Neuerlassung des NÖ Kulturpflanzenchutzgesetzes 1978 auf Grund der zu erwartenden Neufassung des Pflanzenschutzgrundsatzgesetzes des Bundes.
- Umsetzung der Richtlinie 77/93/EWG auf Landesebene durch Erlassen eines eigenen NÖ Pflanzenschutzgesetzes (Maßnahmen gegen das Verbringen von Schadorganismen).
- Umsetzung von weiteren EG-Richtlinien.

3

**Abteilung Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft**

**Landwirtschaftliche Bildung**

**Schwerpunkte 1997**

Mit Wirksamkeit vom 1. September 1997 wurden nach längerer Diskussionsphase weitere Maßnahmen im Schulbereich gesetzt, nämlich einerseits die Einführung eines modularen Ausbildungssystems und andererseits die Reduktion der landwirtschaftlichen Fachschulen von 21 auf 18.

**Modulares Ausbildungssystem**

Unter dem Begriff „Module“ sind jeweils abgeschlossene Bildungsgänge zu verstehen, die zu weiteren Bildungsmaßnahmen berechtigen und zusammengesetzt ein Ausbildungssystem ergeben. Wesentliches Element der Modularisierung ist die Mitplanungsmöglichkeit durch Eltern und Schüler. Das dahinterstehende pädagogische Konzept kann wie folgt zusammengefaßt werden:

- Definierte Abschlüsse nach jedem Modul
- Zertifizierung nach jedem Modul
- Qualifikationen nach jedem Modul
- Der Schüler und seine Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt
- Weniger Wochenstunden und weniger Gegenstände
- Mehr Projektunterricht
- Erleichterte Durchstiege
- Flexible Stundentafeln mit großer Schulautonomie: Die Stundentafeln definieren den Kernlehrstoff durch Festlegung von Mindeststunden und Ermöglichen regionale oder fachspezifische Schwerpunktsetzungen
- Der Schüler und seine Eltern haben die Möglichkeit der Bildungsmitplanung durch die Wahl der Ausbildungsschwerpunkte im Modul 2, einer kurzen oder langen Praxis sowie der unterschiedlich zusammensetzbaren Blockseminare (= Pflichtgegenstand Projektunterricht) Ausgehend von diesen Überlegungen ergibt sich folgendes:
  - **Modul 1 = Grundausbildung** in der Dauer von zwei Jahren (wie bisher);

nach der ersten Schulstufe: Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht, nach der zweiten Schulstufe: Erfüllung der Berufsschulpflicht.

● **Modul 2 = Betriebsleiterausbildung.** in der Dauer von sieben Monaten, davon acht Wochen Blockseminare. Die dreistufige Ausbildung der Module 1 und 2 befähigt zum Betriebsleiter und führt in Verbindung mit einer einjährigen landwirtschaftlichen Praxis zum Ersatz von Lehre und Facharbeiterprüfung („Facharbeiterautomatik“).

Zwischen Modul 1 und Modul 2 ist entweder eine kurze landwirtschaftliche Fremdpraxis in der Dauer von vier Monaten oder eine lange landwirtschaftliche Praxis in der Dauer von zwölf Monaten (hievon mindestens vier Monate landwirtschaftliche Fremdpraxis) zurückzulegen; die lange landwirtschaftliche Praxis kann auch durch eine gewerbliche Lehre oder eine gewerbliche Praxis ersetzt werden.

● **Modul 3 = Unternehmergeausbildung.** mit einer Dauer von 500 Stunden, unterteilt in einen Meisterprüfung-Vorbereitungsteil (200 Stunden) und einen kaufmännisch-unternehmerischen Teil (300 Stunden) mit dem Ersatz der gewerblichen Unternehmerprüfung; nach dreijähriger Tätigkeit als Facharbeiter und dem restlichen Teil der Meisterprüfungsvorbereitung kann zur Meisterprüfung angetreten werden.

Absolventinnen der Grundausbildung (Modul 1) der Fachrichtung Ländliche Hauswirtschaft können das Modul 2 jeder anderen Fachrichtung besuchen, sofern sie einen Vorbereitungslehrgang in der Dauer von 150 Stunden mit landwirtschaftlichen Inhalten besuchen; dadurch ergibt sich eine erhöhte Durchstiegsmöglichkeit für diese Absolventinnen.

Sofern ein Schüler nach Absolvierung des Moduls 2 die Aufnahme in die Sonderform einer höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalt (dreijährig, mit Maturaabschluß) anstrebt, kann er einen Förderlehrgang nach dem Modul 2 in der Dauer von 150 Stunden besuchen (mit den allgemeinbildenden Gegenständen Deutsch, Mathematik und

Englisch); dadurch sind Anschlüsse an andere Ausbildungsmöglichkeiten (Maturaabschluß, ev. künftige Fachhochschule) gegeben.

Folgende Zielvorstellungen ergeben sich durch die Modularisierung:

- Erweiterung der bäuerlichen Berufsfelder mit umfassender Zertifizierung
- Weiterentwicklung der pädagogischen Erfordernisse der Schulen
- Verstärkung der Praxisausbildung

**Reduktion der landwirtschaftlichen Fachschulen**

- Umwandlung der LFS Haag in eine Expositur der LFS Gießhübl
- Umwandlung der LFS Unterleiten in eine Expositur der LFS Hohenlehen
- Umwandlung der LFS Gumpoldskirchen in eine Expositur der LFS Tullnerbach
- Einrichtung der neuen Fachrichtung „Landwirtschaft mit Pferdewirtschaft und Haushaltsmanagement“ am Standort Tullnerbach (Modul 1) und am Standort Edelfhof (Modul 2)
- Ermöglichung der Führung der Fachrichtung „Landwirtschaft mit Waldwirtschaft“ (Meisterfachschule) auch an den Standorten Mistelbach, Pyhra und Tulln (neben Tullnerbach)

Folgende Vorteile sind aus beiden Maßnahmen zu erwarten:

- Vorteile für Burschen und Mädchen:
  - höheres Nutzungsangebot von Lehrbetrieben (einerseits landwirtschaftliche Einrichtungen für Mädchen, andererseits hauswirtschaftliche Einrichtungen für Burschen)
  - gesteigerte Möglichkeiten der Wahl für selektive Ausbildungsschwerpunkte
  - entscheidende Verbesserung der Ausbildungsqualität
- Finanzielle Vorteile:
  - Eine zusammengeführte Schule ergibt die Möglichkeit eines effizienteren Personaleinsatzes.
  - Gemeinsame Verwaltung bringt Kostenersparnisse.
  - Eine Schule ist auf Sicht gesehen immer billiger als zwei Schulen.
- Modulares Ausbildungssystem: Durchstiegsmöglichkeiten für Mädchen für eine

landwirtschaftliche Ausbildung (Modul 2 = Betriebsleiterausbildung, Modul 3 = Unternehmersausbildung)  
 Anschlüsse zu anderen Schulsystemen (Wieselburg, künftige Fachhochschule)  
 ● Schulübergreifender Einsatz in den vier Schulverbänden:  
 – z. B. Buchhaltung und Rechnungsführung  
 – z. B. Versuchswesen  
 – z. B. schuleigene Professionisten

**Ziele 1998**

Neben der notwendigen Erhöhung der Bildungsqualität (Modularisierung) ist auch eine Profilierung jedes Schulstandortes erforderlich.

Früher war jede Schule bemüht, möglichst alle Betriebszweige in Schulwirtschaft und Lehrbetrieb zu führen. Künftig muß es darum gehen, daß jede Schule ein eigenes unverwechselbares Profil entwickelt (z. B. *die Weinbauschule, die Milchviehschule, die Bergbauernschule, die Direktvermarktungsschule, die Wald- und Forstwirtschaftsschule, die Gartenbauschule* . . .).

Schulwirtschaften und Lehrbetriebe sind darauf auszurichten und umzustellen und müssen zusammen über Kooperationen mit bäuerlichen Gemeinschaften bzw. deren Einrichtungen den letzten Stand des Wissens in Produktion, Veredelung und Vermarktung anbieten können.

Das bedeutet die Hereinnahme und Einbeziehung von Gemeinschaften und Partnerschaften in die Schulen, deren Lehrwerkstätten, Betriebsflächen und sonstigen Einrichtungen zur Gewährleistung und Demonstration eines zeitgemäßen Angebotes landwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten und Aufgabenstellungen.

Weiters sind zur Verbesserung der Effizienz an allen landwirtschaftlichen Schulen folgende *Begleitmaßnahmen* zu setzen:

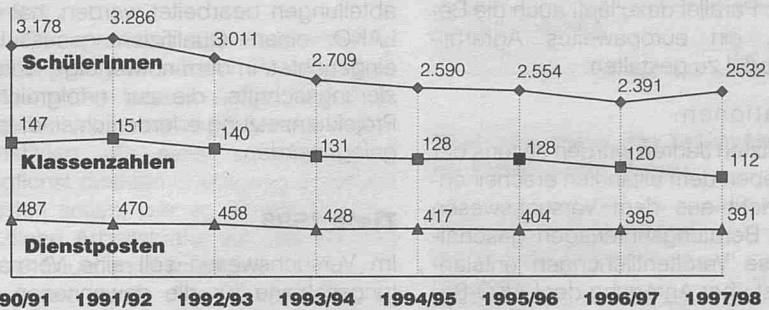
- Erwirtschaftung von Drittmitteln aus Bildungs- und Versuchsaktivitäten.

*Ziel:* Verbesserung der Schulfinanzien durch privatwirtschaftliche Aktivitäten im Bildungsbereich; die daraus lukrierten Einnahmen aus Leistungen, die über den schulisch-gesetzlichen Auftrag hinausgehen, sollen von den Schulen im Rahmen ihres Budgets verwendet werden dürfen. Über Kooperationen mit dem Absolventenverband, der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer und anderen Institutionen des agrarischen Sektors werden Synergien gesucht und genutzt, um die notwendige Professionalisierung und Qualifizierung möglichst ohne Kosten und Investitionen zu erreichen.

- Schaffung von vier regionalen Schulverbänden.

*Ziel:* effizientere und sparsamere Verwaltung und Schulorganisation.

**Land- und forstwirtschaftliches Schulwesen: Schüler- und Klassenzahlen und Lehrerdienstposten 1990/91–1997/98**



- Privatwirtschaftliche Orientierung der Schulwirtschaften, Kooperation mit dem Absolventenverband, teilweise Verpachtung von Schulflächen.

*Ziel:* Verkauf von Know-how aus dem Versuchswesen.

**Weinwirtschaft**

**Schwerpunkte 1997**

Am 18. Dezember 1997 hat der NÖ Landtag eine Änderung des NÖ Weinbaugesetzes 1974, LGBl. 6150, beschlossen. Zielsetzung ist eine Flexibilisierung der Weinbaufluren und eine erleichterte Übertragbarkeit des Auspflanzrechtes innerhalb ganz Niederösterreichs. Damit soll ein befürchteter Verfall von Auspflanzrechten hintangehalten werden. Weiters wurden verschiedene Begriffe an die EU-Terminologie angepaßt.

Im Bereich der Förderung der Weinwirtschaft wurden 1997 Maßnahmen in Höhe von rund 34 Mio. S gesetzt. In erster Linie ist dies der niederösterreichische Beitrag zur Österreichischen Weinmarketing-servicegesellschaft m. b. H. in Höhe von rund 20 Mio. S, Weingartenstilllegungsaktion in Höhe von rund 10 Mio. S sowie Förderungen für Gebietsweinmarken, Weinabsatz und zertifiziertes Rebpfanzgut.

**Landwirtschaftliche Koordinationsstelle**

**Schwerpunkte 1997**

Innovationen im landwirtschaftlichen Versuchswesen

Seit jeher wurde in Niederösterreich großer Wert darauf gelegt, über die an landwirtschaftliche Schulen angeschlossenen Lehr- und Versuchsbetriebe LehrerInnen und Schulsystem an den Fragen der Praxis auszurichten und damit stetig auf den letzten Stand des Wissens hin-

zuführen. Das Versuchswesen hat neuerdings ein überschulisch koordiniertes Programm mit bereits sehr stark ausgebauten Schwerpunkten in Pflanzenbau und Weinbau mit Kellerwirtschaft. Dazu kommen erste zusätzliche Programme für Tierzucht, Gemüsebau und Grünlandfragen. Darüber hinaus gibt es Versuche zu Umweltproblemen und Fragen von umweltschonenden Wirtschaftsweisen (z. B. Erosion, Bodenbedeckung usw.).

Zu diesen Aktivitäten der Lehr- und Versuchsbetriebe bestehen in unterschiedlichsten Bereichen sehr starke Schnittstellen für die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen: LLWK, RWA, BOKU, Bundesanstalten, Firmen sowie erste EU-Partner.

**Erwachsenenbildung**

Zur Kerntätigkeit der LAKO zählt die Organisation von Fachtagungen, die sich mit Fragen der Produktionstechnik in den verschiedenen Landwirtschaftsbereichen auseinandersetzen.

In den letzten Jahren wurde sehr konzentriert am Beratungsschwerpunkt „Bauernzukunft“ gearbeitet. Diese Vortrags- und Seminararbeit der LAKO-Mitarbeiter beinhaltet die ganzheitliche Weiterentwicklung der bäuerlichen Betriebe in Niederösterreich. Insgesamt wurden zu diesem Themenbereich ca. 150 Veranstaltungen durchgeführt, bei welchen ca. 5.000 Teilnehmer gezählt werden konnten.

Im Herbst wurde die neue Broschüre „Kooperationen in der Landwirtschaft“ vorgestellt. Parallel dazu ist auch eine Vortragsserie zum selben Thema gestartet worden, die darauf abzielt, Kostensenkung in der Landwirtschaft durch überbetriebliche Zusammenarbeit zu fördern.

**Europäische Bildungsinitiativen**

Im Hinblick auf die europaweite Zusammenführung von Bildungsinitiativen hat die LAKO im diesem Jahr den österreichweiten Verein „EUROPEA“ gegründet. Diese Organisation befaßt sich mit der Förderung des agrarischen Aus- und Weiterbildungswesens auf europäischer

Ebene. Derzeit wird in diesem Bereich als Arbeitsschwerpunkt eine Homepage aller bäuerlichen Bildungseinrichtungen und Schulen im europäischen Raum angestrebt. Parallel dazu läuft auch die Bemühung, ein europaweites Agrarbildungsmodul zu gestalten.

**Publikationen**

In den letzten Jahren wurden seitens der LAKO neben dem alljährlich erscheinenden Bericht aus dem Versuchswesen mehrere Beratungsunterlagen geschaffen. Diese Veröffentlichungen entstanden meist über Anregung der LAKO-Bereichssprecher in Zusammenarbeit mit anderen fachlich relevanten Stellen.

- „Aktuelle tierfreundliche Rinderstallformen in Niederösterreich“
- „Landwirtschaftliche Kompostierung in Niederösterreich“
- „Brache und Wild“
- „Bauernzukunft/Chancen – Märkte – Beispielsbetriebe“
- „Basisstudie Bauernzukunft“
- „Landwirtschaftliches Aufzeichnungsbuch“
- „Arbeitsheft zum Seminar Bauernzukunft“
- Foliensatz „Bauernzukunft“
- Video „Bauernzukunft“
- Interaktive CD-Rom „Bäuerliche Unternehmerausbildung“
- „Kooperationen in der Landwirtschaft“
- „Erfolgreiche Projekte der Landwirtschaft/Regionalförderung der EU in Niederösterreich“

**5b-Aktivitäten**

Die LAKO-Mitarbeiter sind für 5b-Vorhaben im Bereich der Weinvermarktung, Beratung, Bildung, Forschung sowie der technischen Hilfe als Sachverständige tätig. Insgesamt wurden in diesem Bereich mehr als 170 Projekte beurteilt und bearbeitet. Darüber hinaus konnte im Bildungsbereich eine Refundierungsförderung als Pilotprojekt durchgezogen werden, bei der insgesamt 1000 Bauern Zuschüsse zu ihrer betriebspezifischen

Weiterbildung in Anspruch nehmen konnten.

Für andere Projekte aus dem 5b-Programm, die inhaltlich von anderen Fachabteilungen bearbeitet werden, hat die LAKO einen Qualifizierungsausschuß eingerichtet, in dem notwendige Qualifizierungsschritte, die zur erfolgreichen Projektumsetzung erforderlich sind, festgelegt werden.

**Ziele 1998**

Im Versuchswesen soll eine Vermarktungsschiene für die gewonnenen Ergebnisse aufgebaut werden. Inhaltlich steht die Prüfung unterschiedlicher Bewirtschaftungsformen zur Grundwasseranreicherung am Programm.

Im Erwachsenenbildungsbereich soll die zweite Säule der „Bauernzukunft“, die Professionalität, aufgearbeitet werden. Ein interaktives Lernprogramm, das die Simulation eines bäuerlichen Betriebes beinhaltet, soll der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Die Lehrerweiterbildung soll an die Erfordernisse der Internationalisierung angepaßt werden.

**Landschaftsfonds**

Im Jahre 1997 standen rund 60 Mio. S zur Verfügung. Davon rund 15 Mio. S Budgetmittel und rund 45 Mio. S aus der Landschaftsabgabe. Im Ressortbereich wurden insbesondere folgende Projekte gefördert:

**Schwerpunkte 1997**

- Landentwicklungsprojekte (Raum Hollabrunn, Schönbach, Gars, südliches Waldviertel, Haugsdorf, Moorbad Harbach und die Aktion Landentwicklung mit Ökopunkten)
- Bracheversuche Seefeld-Kadolz
- Obstbaumauspflanzungen
- Anlage von Hecken im Zuge von Gemeinschaftsprojekten

- Dorfpflanzen
- Projektbearbeitung und -betreuung ÖPUL (K1, K2 und K3)
- Neuanlage von Landschaftselementen – Projektanwicklung „Ökopunkte 1997“
- Ökokataster Bergern
- Wanderausstellung „Boden – Gesund Essen“
- Extensive Teichwirtschaft
- Erlebnisschaufenster Bio-Logisch
- Lehrpfade (Reingers – In der Hölle, Peygarten – Ottenstein)
- Musterprojekt Kilb
- Integralprojekt Eschenau
- Holzurückung mit Pferden
- Waldrandgestaltungen
- Birkwildlebensraum Frauenwieserteich
- Rückbringung und Förderung seltener Baumarten

**Probleme 1997**

1997 hat das Kontrollamt eine Prüfung des Landschaftsfonds durchgeführt. Dabei wurde zur Verbesserung der Querinformation innerhalb der abwickelnden Dienststellen eine rasche Realisierung EDV-unterstützter Information und Datentransfers gefordert. Bemängelt wurde weiters, daß in vielen Förderungsfällen die Höchstsätze zur Anwendung kommen. Defizite gab es auch in der Abgrenzung der Zuständigkeiten bei Querschnittsprojekten zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sowie in der Abstimmung der Öffentlichkeitsarbeit zur Gewährleistung eines einheitlichen Erscheinungsbildes des Fonds nach außen.

**Ziele 1998**

In erster Linie wird es um die Umsetzung der aufgezeigten Probleme und der dazu erfolgten Vorgaben der NÖ Landesregierung gehen. Die Förderungsschwerpunkte selbst werden sich im wesentlichen in der Fortsetzung der bisherigen Programme ergeben.

**Abteilung Landwirtschaftsförderung**

Das Land als Träger von Privatrechten ist verpflichtet, durch Förderungsmaßnahmen beizutragen, den Bestand und eine zeitgemäße Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich, insbesondere in ihren Formen der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe, zum Wohle der Allgemeinheit zu sichern (§ 1 des NÖ Landwirtschaftsgesetzes, LGBl. 6100-3).

**Schwerpunkte 1997**

- Koordination der Abwicklung des Ziel-5b-Programmes (EAGFL) und Erarbeitung der entsprechenden Richtlinien für Ziel 5b gemeinsam mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.
- Teilnahme an zahlreichen Gesprächen mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und anderen Bundesländern zwecks Abstimmung und Erarbeitung der Richtlinien für die einzelbetriebliche Investitionsförderung.

- Nachjustierung der Abgrenzung der benachteiligten Gebiete nach EU-Kriterien gemeinsam mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und der NÖ Landwirtschaftskammer.
- Mitarbeit bei der Erstellung bzw. Anpassung sowie Finanzierung des Umweltprogrammes nach der VO (EWG) 2078/92 – ÖPUL.
- Mitarbeit im Fachbeirat und Arbeitskreis für „umweltschonende Wirtschaftsweisen“ des NÖ Landschaftsfonds.
- Mitarbeit in Arbeitskreisen für das Klimabündnis.

- Bauberatung und Erstellung von Entwürfen von landwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, vor allem unter Berücksichtigung einer ortsbildangepaßten Baugestaltung.
- Beratung hinsichtlich der Verwendung von Alternativenergiequellen, der Wärmedämmung und des Energiesparens.
- Teilnahme bei der Bau- und Energiesparmesse in Wieselburg.
- Organisation und Abwicklung des Dorfhelferinnendienstes und der sozialen Betriebshilfe durch den Einsatz von Zivildienern.
- Förderung der Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen von Privatpersonen.
- Gewährung von Förderungen für unverschuldet in Not geratene bäuerliche Betriebe.
- Erstellung des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich.
- Führung der administrativen Geschäfte des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds.
- Durchführung des Siedlungsverfahrens Leiben.
- Laufende Anpassung der einschlägigen Förderungsrichtlinien an die sich ändernden Gegebenheiten.
- Abwicklung der Förderungsmaßnahme „Jungübernehmerförderung“ und „Wohnbau-AIK“ (Ausfinanzierung).
- Abwicklung der Förderungsmaßnahmen „Aufzuchtprämie“ und „Kalbinnenaktion“ und Erstellung der Richtlinien „Mutterschaftprämie“ und „Zuchtwidderankauf“ (derzeit in Brüssel zur Genehmigung).
- Abwicklung von Förderungen der ECO Plus RegionalisierungsgesmbH.
- Abwicklung von Förderungsmaßnahmen für die Errichtung kleinräumiger Fernheizwerke auf Biomassebasis für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.
- Abwicklung der Sektorplanförderung in Niederösterreich gemeinsam mit dem ERP-Fonds und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.
- Abwicklung von Maßnahmen im Rahmen des nationalen Förderungsprogrammes.

## Probleme 1997

Durch den EU-Beitritt ist es erforderlich, daß alle Förderungsrichtlinien der Kommission zur Notifizierung und Genehmigung vorgelegt werden. Die Genehmigung der Richtlinien durch die Kommission dauert oft sehr lange. Damit verzögert sich das Inkraftsetzen von einzelnen Förderungsmaßnahmen wesentlich. Vom 5.-8. Juli 1997 wurden Teile Niederösterreichs von einer außergewöhnlichen Hochwasserkatastrophe betroffen. Insbesondere das südöstliche Landesgebiet war davon besonders betroffen.

In einem Zeitraum von ca. 2½ Monaten wurden der Abteilung Landwirtschaftsförderung ca. 9.500 Schadensfälle gemeldet und mußten sofort bearbeitet werden.

Der Bereich Katastrophenschadensabwicklung ist grundsätzlich mit insgesamt 2 Mitarbeitern besetzt. Aufgrund der außergewöhnlich hohen Zahl von Schadensfällen, die einer sofortigen und möglichst direkten Erledigung zugeführt werden sollen, war es erforderlich, zusätzliche Arbeitskräfte zur Bewältigung dieser Situation einzusetzen.

Erschwert wurde diese Problematik einerseits durch die Urlaubszeit und andererseits durch den Umstand, daß die Übersiedlung der Abteilung von Wien nach St. Pölten erst in der Woche vor Eintritt dieses Schadensereignisses erfolgte.

Insgesamt wurden 1997 ca. 10.500 Schadensfälle bearbeitet, wobei insgesamt ca. 650 Mio. S an Beihilfen ausbezahlt wurden, wovon der Landesanteil ca. 260 Mio. S beträgt. Der Gesamtschaden im Bereich privater Geschädigter wird auf rd. 2 Mrd. S geschätzt.

## Ziele 1998

Zu den bereits allgemeinen Zielsetzungen des § 1 des NÖ Landwirtschaftsgesetzes, LGBl. 6100-3, sind folgende spezielle Ziele zu nennen:

- Direktförderungen für Betriebe in benachteiligten Gebieten (Berggebiet, sonstiges benachteiligtes Gebiet und kleines Gebiet), an denen sich auch die EU beteiligt.
- Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft durch die Maßnahmen des ÖPULs.
- Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen des kofinanzierten Investitionsprogrammes bzw. im Rahmen des nationalen Förderungsprogrammes.
- Verbesserung der Einkommenssituation im ländlichen Raum durch Förderung von Projekten in Richtung Diversifizierung der landwirtschaftlichen Tätigkeit, Tourismusprojekte und Vermarktungsprojekte im Rahmen von Ziel 5b.
- Förderung von Betrieben zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen im Rahmen der Sektorpläne.
- Förderung von landwirtschaftlichen Erzeugergemeinschaften.
- Beratung von landwirtschaftlichen Betrieben, vor allem bei der Gestaltung landschaftsprägender Wirtschaftsgebäude.
- Förderung des Ausbaues des ländlichen Wegenetzes zur Verbesserung der Infrastruktur.

## Statistik 1997

### Landwirtschaftliches Bauwesen

AIK Zinsenzuschüsse (Wohnbau AIK)	S 6,791.294,86
--------------------------------------	----------------

### Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum

Verkehrerschließung ländlicher Gebiete: Bisher ausbezahlte Landesmittel	S 43,300.000,—
---	----------------

### Unterstützungen zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen, der Produktivität und der Erhaltung der Existenz bäuerlicher Betriebe

Unterstützungen zur Erhaltung bäuerlicher Betriebe (Notstands- und Besitzfestigungsdarlehen, Notstandsbeihilfen)	
47 Notstandsdarlehen	S 15,200.000,—
5 Notstandsbeihilfen	S 145,000,—
Landesmittel insgesamt	S 15,345.000,—
Jungübernehmerförderung (2%iger Zinsenzuschuß zu einem aufgenommenen Agrarinvestitionskredit) – ausbezahlte Zinsenzuschüsse	S 1,740.705,95
Kofinanziertes Investitionsprogramm	S 60,014.000,—
Sektorpläne und Erzeugergemeinschaften	S 49,755.439,—
Ziel 5b (EAGFL)	S 37,976.266,12
Nationale Maßnahmen	S 165,002.905,12

### Sozialmaßnahmen

#### Dorfhelferinnendienst

Personalstand: 39 aktive Dorfhelferinnen (33 in Karenz)	
5.768 Arbeitstage zu rd. 10 Arbeitsstunden in 338 Einsätzen (698 Kinder betreut)	S 12,246.975,30

#### Betriebshilfe (Maschinenringeinsätze)

Landesbeitrag Einsatzstunden, Beitrag zu den Verwaltungsaufwänden an Ringe (Maschinenringförderung)	S 343.192,—
---	-------------

**Sonstige Förderungen**

Kalbinnenaktion	S	3.333.300,—
Aufzuchtsprämie	S	15.353.800,—
Öffentlichkeitsarbeit	S	120.000,—
Förderung der Behebung von Katastrophenschäden		
9.645 Beihilfen	S	257.154.931,67
Prämienverbilligung zur Hagelversicherung		
Zuschuß aus Landesmitteln	S	34.723.000,—
Gebietsweinbaumarken	S	502.679,93
Zuckerfabrik Hohenau	S	1.500.000,—

**Beiträge an Interessenvertretungen**

NÖ Landes-Landwirtschaftskammer	S	161.000.000,—
NÖ Landarbeiterkammer	S	9.270.000,—
Insgesamt	S	170.270.000,—

**Direktförderungen**

Ausgleichszahlungen für Bergbauern	S	187.860.000,—
Umweltprogramm (ÖPUL)	S	878.920.900,66
Nationale Mutterkuhprämie	S	4.638.000,—

3

**Abteilung Forstwirtschaft**

Das Aufgabengebiet der Landesforstdirektion umfaßt im wesentlichen vier Bereiche:

- Durchführung der Hoheitsaufgaben für Forst, Jagd und Fischerei
- Sachverständigentätigkeit
- Bewältigung der forstlichen Förderung (waldbauliche Maßnahmen, Forstaufschließung, Aufklärung und Beratung, Forstschutz, Landschaftsfonds)
- Führung der Landesforstgärten

**Schwerpunkte 1997**

**Forstfachangelegenheiten**

Die Sachverständigentätigkeit umfaßt die Erstellung von forstfachlichen Gutachten in Berufungsverfahren sowie in I. Instanz bei bezirksübergreifenden Verfahren (Rodungsanträge).

Der Schwerpunkt der Amtssachverständigentätigkeit lag 1997 bei der Gutachtererstellung in Berufungsverfahren bei Waldfeststellungen im Zusammenhang mit Rodungsverfahren, Waldverwüstungen und Hüttenbau.

**Jagdfachangelegenheiten**

1997 lagen im Bereich der jagdfachlichen Gutachtertätigkeit drei fachliche Schwerpunkte vor:

- Abschlußplanberufungen bei Reh- und Rotwild, teilweise Gamswild
- Ausnahmebewilligungen zum Aufstellen von Totschlagfallen
- Weidgerechte Ausübung der Jagd (Jagdkartenentzug)

Neue Richtlinien zur Beurteilung der flächenhaften Gefährdung des forstlichen Bewuchses durch jagdbare Tiere gemäß § 16 Abs. 5 Forstgesetz 1975 wurden erstellt und als Vorschritt an die Bezirksforstinspektionen übermittelt.

Ein Kriterienkatalog und ein Fragebogen für die Überprüfung von Anträgen auf ausnahmsweise Zulassung anderer Arten von Fallen als Kastenfallen wurden in Zusammenarbeit mit dem NÖ Landesjagdverband erarbeitet und den Jagdabteilungen der Bezirkshauptmannschaften zur Verfügung gestellt.

**Forstschutz**

● Die in den letzten Jahren problematische Borkenkäfersituation der Nadelholzbestände hat sich auf Grund des feuchtkühlen Wetters in weiten Landesteilen weiter deutlich verbessert. In den Hauptschadensgebieten konnte heuer erstmals eine leichte Entspannung der Situation beobachtet werden. Betroffen sind weiterhin der Manhartsberg, das Horner Becken, der Dunkelsteiner Wald und die Ausläufer des Wienerwaldes westlich von Neulengbach. Wurde 1996 noch eine Schadholzsumme von rd. 780.000 fm festgestellt, verringerte sich dieser Wert 1997 auf ca. 460.000 fm. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die langjährigen Durchschnittswerte von ca. 100.000 bis 150.000 fm in Niederösterreich noch lange nicht erreicht sind.

● 1997 wurden 12.428 Fangbäume gefördert; gemeinsam mit anderen Forstschutzmaßnahmen wurden rd. 3,9 Mio. S Förderungsmittel ausbezahlt.

● Entlang der wichtigsten Durchzugsstraßen des Waldviertels kam es durch die Grenzöffnung zu einem sprunghaften Ansteigen jener Teilstücke, die vom Straßen-dienst mit Streusalz behandelt werden. Die daraus resultierenden Randschäden bei Walddurchfahrten brachten es mit sich, daß derzeit an insgesamt 6 Stellen gemeinsam mit der Straßenplanungsabteilung Lösungen zur Vermeidung bzw. Behebung dieser Waldschäden gesucht und zum Teil schon umgesetzt wurden.

- Kontrolle, Überwachung und Dokumentation blatt/nadelfressender Insekten (Nonne, Weidenblattkäfer, Frostspanner . . .).
- Erhebung und Bewertung von Schäden durch Luftverunreinigungen im Rahmen des Bioindikatornetzes und der Eichen-Zustandsinventur.
- Zusammenstellen relevanter Daten für verschiedene Einzelanfragen und Artikel in verschiedenen Printmedien.

**Forstaufschließung**

● Planung neuer Forststraßen. 1997 wurden 231 Projekte mit einer Gesamtlänge von ca. 186 km in der Natur fixiert, vermessen und der Behörde angezeigt. In dieser Zahl sind neben Förderungsprojekten auch jene Bauvorhaben enthalten, wo als „Bürgerservice“ die Projektleitung und die Bauaufsicht durch den Landesforstdienst durchgeführt wurde.

● Projektausarbeitung, Erstellung von Bauprogrammen, Förderungsabwicklung.

● Das Bauprogramm 1997 umfaßt ca. 500 Projekte, welche mit nachfolgenden Förderungsmitteln unterstützt wurden:

EU-kofinanzierte Projekte	
EU-Mittel	S 4.497.000,—
Bundesmittel	S 3.073.400,—
nat. Bundesmittel	S 301.800,—
Landesmittel	S 2.159.000,—
Summe	S 10.031.200,—
National geförderte Projekte:	
Bundesmittel	S 5.520.000,—
Landesmittel	S 2.021.100,—
Summe	S 7.541.100,—

● Überprüfung der technischen Durchführung und Abrechnung von geförderten Forststraßen. 1997 wurden 135 Projekte mit ca. 175 km Länge abgerechnet und kollaudiert.

**Forstliche Aufklärung und Beratung**

Für forstliche Aufklärung und Beratung wurden insgesamt Landes- und Bundesförderungsmittel in der Höhe von ca. S 160.000,- aufgewendet.

- Organisation und Durchführung der 10. NÖ Waldjugendspiele zum Thema „Wald schützt Wasser“. Mit der Teilnahme von zwei Drittel aller 12jährigen Kinder des Landes ist dies wiederum die größte Veranstaltung forstlicher Öffentlichkeitsarbeit gewesen.
- Betreuung der Erholungswaldprojekte
  - „Myrafälle“ (Muggendorf)
  - „4 Teiche“ (Litschau)
  - „Peygarten-Ottenstein“ (Ottenstein)
  - „In der Hölle“ (Litschau/Ilmanns)
  - „Reinthal“ (Hollabrunn)
  - „Weitersfeld“ (Weitersfeld)
- Durchführung verschiedener Exkursionen mit Waldbesitzern
- Pressebetreuung
- Mitarbeit im Klimabündnisbeirat des Landes NÖ
- Bereitstellung und Transport des Christbaumes für das Regierungsviertel in St. Pölten. Der 30 m hohe Baum stammte aus Nöchling (Bezirk Melk).

**Waldbauliche Maßnahmen**

- Umsetzung der Förderungsprogramme gemäß den EU-Verordnungen 2080 und 2078
- Förderung forstlicher Maßnahmen mit ca. 9 Mio. S Bundes- und Landesmittel auf ca. 630 ha
  - Förderung der Begründung von Laub- und Mischwaldkulturen, besonders bei der Wiederaufforstung von Katastrophenflächen
  - Förderung von Läuterungsmaßnahmen
  - Förderung von Einzelschutzmaßnahmen zur Mischwaldbegründung aus Mitteln des NÖ Jagdverbandes
  - Die Entmistung von Eichenbeständen im Weinviertel wurde 1997 sowohl mit nationalen als auch mit EU-Mitteln gefördert. Für die Entmistung von ca. 22.000 Bäumen auf einer Fläche von ca. 300 ha wurden Förderungsgelder in der Höhe von 1 Mio. S vergeben.
  - Durchführung und Betreuung von Regionalprojekten in Hochlagen und im Schutzwaldbereich; schwerpunktmäßig im sommerwarmen Osten Niederösterreichs. Für 21 Projekte wurden ca. 2,0 Mio. S an Bundes- und Landesmitteln vergeben.
  - 54 Neubewaldungsprojekte nach § 18 (3) FG 1975 mit insgesamt 1,8 Mio. S gefördert – Gesamtfläche 98 ha – 10 Projekte wurden neu erstellt – 4 Projekte wurden kollaudiert
  - Sanierung von Windschutzanlagen
  - Wiederholungsaufnahmen des Verjüngungskontrollzaunnetzes

**Landesforstgärten**

- Vermehrte Anzucht von Mischbaumarten heimischer Herkunft (Pflanzenbestand der beiden Landesforstgärten ca. 7,5 Mio. Stück)
- Verstärkte Produktion von Edellaubbaumarten (Eiche, Ahorn, Esche) sowie Douglasie und Lärche als Ersatzbaumarten für die Fichte in Borkenkäferkalamitätsgebieten
- Saatgutbeerntung von Laubhölzern (besonders seltene Baumarten wie Elsbeere, Speierling, Wildapfel und Wildbirne)

**Waldwirtschaftsgemeinschaften für Ziel 5b – EAGFL**

- Zusammenschluß von kleinen (bäuerlichen) Waldbesitzern
- Schlagkräftige Einheiten in Richtung Holzvermarktung
- Erhöhung der Waldgesinnung
- Allgemeine Verbesserung der Waldsituation (Durchforstungsrückstände werden abgebaut . . .) durch Einbeziehung von Fachkräften (Forstwirtschaftsmeister)

**Landschaftsfonds**

- Teilnahme und Mitarbeit in den Arbeitskreisen Gestaltung, Tourismus, Pflege, Gewässer und umweltschonende Wirtschaftsweisen des NÖ Landschaftsfonds.
- Mitarbeit im Fachbeirat und Koordinationskreis sowie an diversen fondsinternen Informationsveranstaltungen.
- Abwicklung von Förderungsprojekten im Rahmen des Arbeitskreises „Wald“. Neben diversen Einzelprojekten wurden insbesondere die Schwerpunkte „Holzrückung mit Pferden“ (S 200.000,-), „Waldrandgestaltung“ (S 500.000,-) und „Rückbringung und Förderung seltener Baumarten“ (S 260.000,-) in Angriff genommen.
- Abwicklung der „Förderung der extensiven Teichwirtschaft“. Es wurden 4,4 Mio. S an Prämien für eine Teichfläche von insgesamt 983 ha ausbezahlt.

**Nationalpark Thayatal**

Im Raum Hardegg ist das Thayatal größtenteils unberührt und hat seine Ursprünglichkeit bewahren können. Nach den Unterschutzstellungsverfahren des Thayatals in zwei Schritten in den vergangenen Jahren ist man nun darangegangen, den 2. niederösterreichischen Nationalpark – den „Nationalpark Thayatal“ – nach der Machbarkeitsstudie der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal umzusetzen und zu errichten. Zu diesem Zweck wurden rund 500 Grundstücke samt Grundstücksdaten

mit einer Gesamtgröße von ca. 1.300 ha erhoben. Weiters wurde mit den 72 betroffenen Grundeigentümern die Idee, der Zweck, die Grenzen, die rechtlichen Konsequenzen, die Vorstellungen, Gebote und Verbote eines Nationalparks in Einzelgesprächen erörtert und die Erlaubnis, die Grundstücke bewerten zu können, eingeholt. Schließlich konnte eine Grenze festgelegt werden, die Grundlage für den Art.-15a-Vertrag ist. Am 26. Oktober 1997 wurde der Art.-15a-Vertrag feierlich zwischen Bund und Land unterzeichnet und so der Grundstein für den Nationalpark Thayatal gelegt. Im Jahr 1998 werden die Bewertungsarbeiten und Verhandlungen sowie die notwendigen vertraglichen Vereinbarungen zwischen Land und Grundeigentümern abgeschlossen.

**Forstliche Raumplanung**

1997 wurden die Erhebungen für die Waldentwicklungspläne Lilienfeld und Scheibbs weitergeführt. Ein besonderer Schwerpunkt stellt die Neukonzeption der Struktur der Datenbank für die Erfassung und Interpretation der WEP-Daten dar, die eine GIS-Bearbeitung zulassen wird. Die Erstellung eines Waldlayer in überarbeiteter Form steht vor der unmittelbaren Fertigstellung. Für die forstliche Raumplanung von Bedeutung war die Mitarbeit bei der Erstellung wasserwirtschaftlicher Rahmenplanungen unter besonderer Berücksichtigung der Schottergewinnung. Die Planung und Umsetzung eines Reitwegekonzeptes durch die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik konnte durch fachliche Beratung unterstützt werden. Für die Erstellung von örtlichen Raumordnungskonzepten (Flächenwidmungsplänen) wurden insgesamt 38 fachliche Gutachten erstellt.

**Gutachtertätigkeit**

Sachverständigengutachten in forstrechtlichen Berufungsverfahren	115
Sachverständigengutachten für die Grundverkehrs-Landeskommission	2
Gutachten für den Landesagarsenat	3
jagdliche Sachverständigengutachten	64
fischereifachliche Sachverständigengutachten	235
Fachgutachten zu Flächenwidmungsplänen und Raumordnungsprogrammen	22
Naturschutzgutachten bzw. Stellungnahmen	6
Gutachten bzw. Stellungnahmen zu ERP-Kreditansuchen	5
Stellungnahmen zu Gesetzes- bzw. Verordnungsentwürfen	27

## Probleme 1997

### Forstfachangelegenheiten

Bei bezirksübergreifenden Verfahren ist wieder ein deutlicher Anstieg bei Rodungsanträgen zur Errichtung von Starkstromleitungen bzw. zur Verkabelung von Leitungen feststellbar.

### Forstschutz

- Starke Fraßtätigkeit von Frostspanner- bzw. Eichenwicklerrauen im Großraum oberes Kampptal auf ca. 1.000 ha. Bleibende Schäden am Wald wurden nicht beobachtet.
- Kahlfraß an Weiden im oberen Kampptal durch den Weidenblattkäfer, keine bleibenden Schäden.
- Verschiedene unbedeutende Laubholzkäfer bekommen durch die deutliche Zunahme der Laubholzaufforstungen regionale Bedeutung. Die entstehenden Ausfälle bzw. Wachstumschwierigkeiten der Bäume haben psychologische Bedeutung für die betroffenen Waldbesitzer, die von den Vorteilen einer Laubholzaufforstung überzeugt werden müssen.
- Die Auswirkungen verschiedener technischer Maßnahmen zur Reduktion forstschädlicher Luftverunreinigungen sind an den Bäumen nur spärlich zu beobachten. Daher wurde zumindest für die Baumart Eiche ein Beobachtungssystem des Verlichtungsstadiums (WZI nach EU-Kriterien) wieder aufgenommen.
- Umstrukturierung der vorliegenden Daten mit Hilfe neuer Computertechnologie im Zuge der Übersiedlung nach St. Pölten.

### Forstaufschließung

- Die Vergabe von Forststraßenbauten an Fremdfirmen bringt mit sich, daß immer neue Firmen an Aufträgen interessiert sind. Dies bedingt insbesondere für die Bauaufsicht einen erheblichen Mehraufwand bei der laufenden Baukontrolle und bei der Abrechnung. Aus den ständig neuen Erfahrungen wurde im letzten Jahr der Ausschreibungstext laufend verbessert.
- Viele Projekte sind nur als Gemeinschaftsprojekte mehrerer Besitzer durchführbar. Dies bringt eine deutliche Ausweitung der Verwaltungstätigkeit mit sich (Genossenschaftsgründungen, Beziehung von widerstrebenden Minderheiten).
- Auf Grund des immer schwieriger werdenden Geländes (leicht zu bauende Projekte wurden bereits verwirklicht) wird der Aufwand für die Trassierung immer größer.
- Der erwartete große Andrang nach Förderung von Forststraßen bei reinen

Forstwirten (= kein landwirtschaftliches Einkommen) und damit das Fehlen von nationalen Geldmitteln ist ausgeblieben.

- Insgesamt war aber die Nachfrage nach der Förderung von Forststraßenbauten sehr groß, und Anträge für kommende Jahre laufen ständig ein.

### Forstliche Aufklärung und Beratung

- Das immer größer werdende Bedürfnis der Bevölkerung, die wachsende Freizeit aktiv im Wald zu gestalten, führt zunehmend zu Konflikten.
- Die in den letzten Jahren in den Vordergrund getretenen Probleme der Forstwirtschaft – Schneebruch, Windwurf, Borkenkäferkalamität, Verfall des Holzpreises u. a. – führen zu einer erheblichen Mehrbelastung des Forstpersonals und erhöhen den Bedarf nach Information und Unterstützung.
- Die Betreuung von Exkursionen von Fachleuten (auch aus dem Ausland), die auf Grund der räumlichen Nähe zur Bundeshauptstadt zumeist nach Niederösterreich führen, nimmt zunehmend mehr Zeit und Kapazität in Anspruch.

### Waldbauliche Maßnahmen

- Infolge der Beratungstätigkeit des NÖ\_Forstaufsichtsdienstes und der Lenkungswirkung der Förderung konnten zwar viele ehemals standortwidrige Fichtenreinbestände im NÖ Zentralraum in Edellaubbestände umgewandelt werden. Leider war es allerdings nur in sehr geringem Ausmaß möglich, die beiden in diesem Raum von Natur aus am häufigsten vorkommenden Baumarten (Rotbuche und Eiche) verstärkt zu pflanzen.
- Verzögerungen bei der Erstellung neuer EU-Richtlinien führen zu Problemen bei der Beratung.
- Die Suche nach geeigneten Rodungs-Ersatzflächen wird zunehmend schwieriger.
- Schwierigkeiten bei der Umsetzung der EU-Förderung wegen Überschneidung mit landwirtschaftlichen Förderungen.
- Wildschäden als Hinderungsgrund für die Durchführung von Schutzwaldsanierungsprojekten.

### Landesforstgärten

- Die Forstpflanzenabgabe pendelte sich gegenüber 1996 auf ein normales Wirtschaftsjahr ein; Schadholzergebnisse und ein relativ schlechter Holzpreis wirken sich aber nach wie vor negativ aus.
- Engpässe gab es vor allem bei der Lärche, die Nachfrage konnte nicht voll befriedigt werden.

- Beschaffung von geeignetem heimischen Saatgut (besonders Stieleiche, Roteiche, Elsbeere und Speierling).
- Schaffung einer längerfristigen Saatgutreserve.

### Waldwirtschaftsgemeinschaften für Ziel 5b – EAGFL

Die genehmigten Fördermittel wurden bisher nur zu einem Viertel in Anspruch genommen. Das gesamte zur Verfügung stehende Fördervolumen ist nur zu gut zwei Dritteln gebunden.

## Ziele 1998

### Forstschutz

- Schutz des Waldes vor biotischen Schäden, insbesondere vor der noch nicht entschärften Borkenkäfergefahr (Betreuung und Beratung der Waldbesitzer, Fangbaumaktion . . .).
- Erreichung des langjährigen Durchschnittswertes für Borkenkäferschadholz von unter 200.000 fm.
- Erfassung durch den Befall fressender Insekten (Nonne) und abtötender Pilze gefährdeter Flächen.
- Fortsetzung des Pheromonvergleiches, um die Abschätzung des Gefährdungspotentials durch die Schädlingsart „Nonne“ zu konkretisieren.
- Erfassung der neuartigen Waldschäden und Feststellung deren Ursachen unter verstärkter Berücksichtigung des Waldbodenzustandes und den Ergebnissen des NÖ Immissionskatasters.
- Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen und Institutionen zur Abklärung waldbelastender Randprobleme (Streu-schäden, Klärschlammprodukte als Walddünger . . .).

### Forstaufschließung

- Weitere Rationalisierung der Planung, um die Durchführung von Forststraßenbauten besonders im Bereich des Kleinwaldes bewerkstelligen zu können.
- Weitestgehende Umstellung des Verwaltungsablaufes auf computergestützte Datenverarbeitung zur rascheren und effizienteren Projektabwicklung.
- Durch die Änderung der Bundesrichtlinien sind nunmehr auch Projekte im Großwald förderbar. Endziel ist eine Aufschließungsdichte mit ca. 50 lfm je Hektar Waldfläche.

### Waldbauliche Maßnahmen

- Standortgerechte Mischwaldbegründung auf Borkenkäferschadensflächen
- Verstärkte Durchführung von Beratungsveranstaltungen mit Schwerpunkt Laubwaldpflege

- Verringerung des Befallsdruckes der Eichenmistel in den Eichenbeständen des Weinviertels
- Forcierung der Schutzwaldsanierung im Weinviertel
- Sanierung von Windschutzanlagen
- Verstärkte Aufklärung der Waldbesitzer im Hinblick auf die genetische Vielfalt der Baumarten und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Waldbewirtschaftung

### Landesforstgärten

- Rechtzeitige Versorgung mit hochwertigem und preiswertem Pflanzgut passender Herkunft besonders im bäuerlichen Kleinwald
- Vermehrte Anzucht von wünschenswerten Mischbaumarten (Edellaubbaumarten, Douglasie und Lärche)

- Qualitäts- und Preisregulator gegenüber Importpflanzen
- Innerbetriebliche Rationalisierung durch Optimierung von Arbeitsabläufen (REFA-Programm) und Produktionskonzentration

### Waldwirtschaftsgemeinschaften für Ziel 5b - EAGFL

- Steigerung der Wertschöpfung durch nachhaltige Nutzung und Beseitigung von Durchforstungsrückständen
- Hebung der Waldgesinnung bei den Mitgliedern
- Verbesserung der Einkommenssituation, vor allem durch Kostensenkung und gemeinsames Anbieten von größeren Holz mengen
- Planungsgrundlagen für die Bewirtschaftung des Eigenwaldes der einzelnen Mitglieder verbessern

- Motivation zur selbständigen Bewirtschaftung der Mitglieder
- Einsatz von Fachkräften (Forstwirtschaftsmeister)

### Landschaftsfonds

- Aktive Teilnahme in den Gremien des Landschaftsfonds
- Abwicklung von Förderungsprojekten im Arbeitskreis „Wald“
- Schwerpunkte werden Maßnahmen in der Waldrandgestaltung, Einbringen und Schutz seltener Baumarten, Holzurückung mit Pferden und Musterprojekte sein
- Abwicklung der „Förderung der extensiven Teichwirtschaft“

3

## Abteilung Veterinärangelegenheiten

### Schwerpunkte 1997

#### Wutkrankheit

Die Impfung der Füchse mit Impfködern (Orale Immunisierung) hat Erfolg gezeigt. Im Jahr 1997 wurden bereits die 12. und 13. Aktion durchgeführt. Positive Wutfälle wurden nicht festgestellt.

Der Verwaltungsbezirk Bruck/Leitha und die Gemeinden Haugschlag und Reingers des Verwaltungsbezirkes Gmünd waren Tollwutsperrgebiete. Der Bund gewährte ab 1. April 1997 nur mehr Abschußprämien für Füchse. Diese Prämien wurden vom Land Niederösterreich verdoppelt.

#### Rauschbrand

In den Verwaltungsbezirken Amstetten, Baden, Lilienfeld, Melk, Neunkirchen, Scheibbs, St. Pölten, Wiener Neustadt und der Stadt mit eigenem Statut Waidhofen an der Ybbs wurden 32.373 Rinder, die auf mit Rauschbrandkeimen verseuchten Weiden verbracht wurden, schutzgeimpft.

Die Zahl der an Rauschbrand erkrankten Tiere blieb im Vergleich zum Vorjahr gleich. Viehverluste, durch Rauschbrand verursacht, wurden aus Geldern des Bundes entschädigt.

#### Schweinepest

Im Verwaltungsbezirk Gänserndorf mußten nach Feststellung von Schweinepest bei Wildschweinen im Jahr 1996 in den Gemeinden Drösing, Ringelsdorf und Angern an der March Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung getroffen

werden. In Zusammenarbeit mit der NÖ Jägerschaft, der Bundesuntersuchungsanstalt Hetzendorf und den NÖ Amtstierärzten wurden Untersuchungen von Blut- und Organproben auf Schweinepest bei erlegten Wildschweinen durchgeführt. Neue Schweinepestfälle wurden im Jahr 1997 nicht bekannt.

#### Aujeszkysche Krankheit (AK)

Gesamt Niederösterreich gilt in der EU als frei von AK, daher ist ein AK-Überwachungsprogramm durchzuführen, um diesen Status zu erhalten. Stichprobenartig wurden die Zuchtschweine (Sauen und Eber) bei der Schlachtung untersucht und keine AK-positiven Tiere festgestellt.

#### Schlachtier- und Fleischuntersuchung

Die im Fleischuntersuchungsgesetz vorgeschriebenen Kontrollen und die nach einem Stichprobenplan angeordneten Rückstandsuntersuchungen wurden regelmäßig durchgeführt.

Zahlreiche Kleinbetriebe nahmen die Erleichterungen gemäß § 38 Abs. 3 Fleischuntersuchungsgesetz in Anspruch.

Durch die Möglichkeit einer Bestellung von Hilfskräften (Jäger) als Trichinenuntersucher soll auch eine lückenlose Untersuchung von Schwarzwild sowie zusätzliche Untersuchungen von Füchsen und Dachsen erzielt werden.

#### Periodische Untersuchung

Auf Grund des Ansuchens Österreichs betreffend „additional guarantees“ für

IBR/IPV wurde von der EU-Kommission ein Screening im Rahmen der periodischen Untersuchung der Rinder und Ziegen genehmigt. Im Jahr 1997 wurden Rinder im Alter von 2 Jahren und darüber auf Tuberkulose, Brucellose, Leukose und IBR/IPV sowie Ziegen ab einem Jahr, die mit Rindern gehalten werden, auf Tuberkulose untersucht. Von dieser Maßnahme waren 165.638 Tiere in Niederösterreich betroffen.

#### Eutergesundheitsdienst

Um Milchproduktionsverluste in Millionenhöhe durch Eutererkrankungen der Rinder zu verringern, wurden in Zusammenarbeit mit der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer und den zuständigen Molkereien amtstierärztliche Kontrollen und Beratungstätigkeiten im Rahmen des Eutergesundheitsdienstes durchgeführt. Die Milch von über 6.000 Kühen wurde bakteriologisch untersucht. In Betrieben, die für die Produktion von „pasteurisierter Kinderfrischmilch“ zugelassen sind, wurden 1997 über 7.000 Kühe viermal amtstierärztlich kontrolliert.

### Probleme 1997

#### IBR/IPV

Im Rahmen der periodischen Untersuchung der Rinder wurden 1997 in 4 Betrieben in den Verwaltungsbezirken Amstetten und Waidhofen/Ybbs IBR/IPV-Regentent festgestellt. Eine Sanierung der Betriebe war daher notwendig, um den Status der IBR/IPV-Freiheit in der EU zu erlangen.

### NÖ Tiergesundheitsdienst

Der auf Freiwilligkeit basierende NÖ Tiergesundheitsdienst wurde 1996 installiert. Unter Beteiligung der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, der Kammer der Tierärzte Niederösterreichs und der NÖ Veterinärdirektion soll durch verstärkte Prophylaxe die Tiergesundheit verbessert werden und das Vertrauen der Konsumenten in Lebensmittel tierischer Herkunft aus NÖ verstärkt werden.

### Schlachtier- und Fleischuntersuchung

Die gesamte Verrechnung der Fleischuntersuchungsgebühren mit den Gemeinden wird durch die NÖ Veterinärdirektion durchgeführt. Zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen für Tierärzte betreffend die Schlachtier- und Fleischuntersuchung wurden abgehalten. Die Anzahl der EU-Schlacht- und Bearbeitungsbetriebe in Niederösterreich konnte erhöht werden. Weiters wurden direkt vermarktende Betriebe mit den gesetzlich geforderten Mindeststandards bekanntgemacht.

### Ziele 1998

Die Kontrolltätigkeit der Amtstierärzte bei den Bezirksverwaltungsbehörden wird auf Grund der Entwicklung von Rechtsnormen des Bundes und des Landes NÖ überproportional zunehmen, obwohl die fachlichen Rechtsgrundlagen nicht im Kompetenzbereich der Veterinärdirektion liegen. Die Tatsache, daß von den Neuerungen Tiere und tierische Produkte betroffen sind, führte zur Beauftragung der Amtstierärzte als Sachverständige mit der Vollziehung der Gesetze und Verordnungen.

### IBR/IPV und Aujeszky'sche Krankheit (AK)

Durch konsequentes Blutproben-Screening von Rindern und Schweinen soll die Anerkennung Niederösterreichs als IBR/IPV- und AK-freies Gebiet in der EU erreicht bzw. erhalten werden. Dies bedeutet einen großen Wettbewerbsvorteil der NÖ Landwirtschaft in der EU.

### Milchhygieneverordnung

Auf Grund der Weisung des Bundesministeriums für Gesundheit und Konsumentenschutz sind 7.000 milchproduzierende Betriebe im Jahr 1998 amtstierärztlich zu kontrollieren.

### Futtermittelgesetz

Die Amtstierärzte sollen das Verfüttern von Futtermitteln in den Betrieben hinsichtlich des Vorhandenseins unerwünschter Stoffe kontrollieren, die geeignet sind, die Gesundheit oder Leistung der Tiere nachteilig zu beeinflussen oder Rückstände in den von den Nutztieren gewonnenen Erzeugnissen hervorzurufen.

### Tiertransportgesetz-Straße

Hiebei werden die Amtstierärzte als Tiertransportinspektoren herangezogen.

### NÖ Tierschutzgesetz

Auf Grund der Umsetzung der Art.-15a-BVG-Vereinbarung werden die Amtstierärzte als Sachverständige verpflichtet, im Jahr 1998 600 Landwirtschaftsbetriebe auf die Einhaltung der Haltevorschriften für Nutztiere zu überprüfen.

Zusätzlich wird auch die Überprüfung der Haltung von Wildtieren (Exoten) vor Ort notwendig.

### Schlachtier- und Fleischuntersuchung

Ziel ist die bundesweite Angleichung der Kontrollpläne und -frequenz in fleischproduzierenden und -verarbeitenden Betrieben. Die Fristen für die Übergangsbetriebe sind im Jahr 1997 ausgefallen. Der Standard aller an die EU-Reife herangeführten Betriebe wird durch fortlaufende Kontrollen und Beratungen auf einem hohen Niveau gehalten.

### NÖ Tiergesundheitsdienst

Das im Jahr 1996 bei Rindern begonnene BVD-Überwachungs- und Bekämpfungsprogramm soll 1998 intensiviert und ausgebaut werden, damit die weitere Ausbreitung des BVD-Virus verhindert wird. Bei Schweinen wird eine Impfung gegen Mykoplasmen, die Verursacher von Atemwegserkrankungen sind, planmäßig durchgeführt.

### Tierkennzeichnung

Mit Dezember 1997 traten die Tierkennzeichnungsverordnung 1997 und die Rinderkennzeichnungs-Verordnung 1998 des Bundes in Kraft. Die NÖ Tierkennzeichnungsverordnung ist daher anzupassen und die Landwirte an die geänderten Bedingungen heranzuführen.

## Abteilung Bodenreform

### Schwerpunkte 1997

#### Landesagrarsenat – Bodenreform

Schwerpunkte der Tätigkeiten sind Angelegenheiten der Bodenreform, soweit diese von der Landesregierung zu besorgen sind, administrative Angelegenheiten des Landesagrarsenates und die Amtssachverständigentätigkeit für den Landesagrarsenat. Weiters ist der Landesagrarsenat Berufungsinstanz in Agrarverfahren.

Bei weitem überwiegender Arbeitsbereich ist die Entscheidung über Berufungen gegen Bescheide der NÖ Agrarbezirksbehörde. 1997 wurden in 29 Senatssitzungen 113 Entscheidungen getroffen.

#### Kollaudierung von Güterwegen

Tätigkeitsschwerpunkte bilden die technisch-wirtschaftliche und finanzielle Überprüfung der Bauarbeiten im Rahmen der Förderung der Verkehrserschließung ländlicher Gebiete und der agrarischen Operationen.

#### Statistik 1997

Kollaudierungen:	
Örtliche Endüberprüfungen	158
Abgeschlossene Bauvorhaben	18
hievon Verkehrserschließung	
ländlicher Gebiete	—
agrarisches Operationen, gemeinsame Anlagen	18
Entlastete Baukosten	S 68,706.032,31
hievon Verkehrserschließung – Güterwege	—
agrarisches Operationen, gemeinsame Anlagen	S 68,706.032,31

**Kreditverwaltung**

Hauptaufgabe ist die Überprüfung der Geldgebarung und die Kreditüberwachung der bereitgestellten Landesmittel hinsichtlich des Sach- und Zweckaufwandes der NÖ Agrarbezirksbehörde. Die Abteilung Bodenreform hat vorzuzusorgen, daß die für die Durchführung der agrarischen Operationen (mit Ausnahme des ländlichen Wegebaues) erforderlichen Mittel vorhanden sind und in den Voranschlägen des Landes Berücksichtigung finden. Die damit verbundene Tätigkeit umfaßt die Bearbeitung der Arbeitsprogramme und der Verwendungsnachweise sowie die Prüfung der Projekte auf Übereinstimmung mit den Richtlinien.

**Statistik 1997**

Landesmittel für Maßnahmen des Bodenschutzes	S 6,597.999,26
Landesmittel für landschaftsgestaltende Maßnahmen	S 2,700.000,—
Landesmittel für den Amtsaufwand der Agrarbezirksbehörde	S 8,197.758,71

**Überprüfung der technischen Operate**

Überprüfung der technischen Operate im Verfahren von agrarischen Operationen vor Erlassung des Zusammenlegungs-, Flurbereinigungs-, Teilungs- und Regelungsplanes durch sachverständige Beamte.

1997 wurden insgesamt 19 agrarische Operate mit einer einbezogenen Fläche von 1.508 Hektar und 516 Parteien überprüft.

**Fachprüfung für den Agrardienst**

Diese Tätigkeit erstreckt sich sowohl auf die administrativen Aufgaben für die Prüfungskommission (wie z. B. Festlegung der Prüfungstermine, Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen, Vorbereitungsgespräche mit den Kandidaten) wie auch auf die Durchführung der schriftlichen und mündlichen Prüfung. Die Dienstprüfungskommission besteht aus vier Technikern und einem Juristen. Geprüft werden Kandidaten für den A-, B-, C- und D-Dienst.

Am 23. Juni 1997 (schriftlich) und am 27. Juni 1997 (mündlich) sowie am 3. November 1997 (schriftlich) und am 7. November 1997 (mündlich) wurden für 4 Landesbedienstete Dienstprüfungen durchgeführt.

Im Zuge der Ausbildung der A- und B-Techniker im Agrardienst im Rahmen eines Rotationsverfahrens ist auch die Abteilung Bodenreform zu durchlaufen. Die dabei anfallenden Aufgaben werden unter der Leitung des Ausbildungsbeauftragten von den aus dieser Abteilung bestellten Mitgliedern des Landesagrarssenates bzw. von den mit der Revision von Agrarverfahren betrauten Beamten wahrgenommen.

**Ziele 1998**

Vorbereitung eines neuen Entwurfes des Flurverfassungs-Landesgesetzes; Fortsetzung des Aufbaues einer agrarrechtlichen Entscheidungssammlung unter Verwendung der automationsunterstützten Datenverarbeitung.

**Abteilung Land- und Forstwirtschaftsinspektion****Schwerpunkte 1997**

- Fortlaufende Betriebskontrollen gemäß dem Gesetzesauftrag in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft. Neben den traditionellen Dienstnehmerbetrieben wurden vorrangig jene Betriebe kontrolliert, die sich als Ausbildungsbetriebe (Fremdpraxis) für landwirtschaftliche Fachschüler gemäß Verordnung über die Organisation und die Lehrpläne der öffentlichen land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen zur Verfügung gestellt haben. Es wird die Einhaltung aller dem Schutz der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer dienenden Gesetze, Verordnungen und Verfügungen überwacht.
- Betriebskontrollen in bäuerlichen Betrieben mit familieneigenen Arbeitskräften, hauptsächlich in Lehr- und Praxisbetrieben. Bei der sicherheitstechnischen Begutachtung und Beratung dieser Betriebe wird auch auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der Abteilung Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft, der NÖ land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle sowie mit den Sozialversicherungsträgern Wert gelegt. Den Lehrbetrieben wurden zeitgerecht Informationen über sicherheitstechnische Anforderungen zur Verfügung gestellt, damit eine rechtzeitige Anerkennung als Lehrbetrieb durch die Lehrlings- und Fachausbildungsstelle erfolgen konnte.

- Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der menschengerechten Gestaltung der Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft durch Veröffentlichung in der Fachpresse, Einrichtung und Betreuung der Sicherheitsstrassen in den landwirtschaftlichen Fachschulen und Ausbildungsstätten, Information der Lehreltern durch Vorträge anlässlich von Lehrelterntagungen, Mitwirkung bei der Ausbildung von Staplerfahrern, Abhaltung von Schulungskursen gemeinsam mit der NÖ Landarbeiterkammer und der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt im Bildungszentrum der LAK in Drosendorf.

- Die Organe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion sind auch begutachtende Fachorgane auf dem Gebiet der Sicherheitstechnik und der Unfallverhütung. Über Antrag von Verwaltungsbehörden und Verwaltungsstellen werden entsprechende Stellungnahmen abgegeben.

- Ständige und direkte Kontaktnahme mit Behördenvertretern anderer Aufsichtsbereiche und Aufsichtsregionen (Bundesländer) zwecks Vermeidung von unterschiedlichen Auslegungen der Bestimmungen über den Arbeitnehmerschutz in der Land- und Forstwirtschaft.

**Probleme 1997**

- Eine Vereinheitlichung der Arbeitsschutzbestimmungen für gleichartige Betriebe und Betreuung aller dieser Betriebe durch nur eine Aufsichtsbehörde, wie dies vor 1974 der Fall war, konnte bisher nicht erreicht werden. Dies ergibt nicht nur eine Rechtsunsicherheit, sondern hinterläßt auch in der Praxis Spuren, wenn beispielsweise in gleichartigen Forstbetrieben unterschiedliche Arbeitsmethoden „aus Sicherheitsgründen“ zur Anwendung kommen oder wenn immer öfter gewerbliche Schlägerungsunternehmen in Forstbetrieben, die in den Zuständigkeitsbereich der Land- und Forstwirtschaftsinspektion fallen, zur Holzernte herangezogen werden, deren Arbeitnehmer jedoch – häufig auch ohne entsprechende Ausbildung – der Arbeitsinspektion unterstehen. Es wäre eine einheitliche Regelung des Dienstnehmerschutzes für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft richtig und wünschenswert. Daher sollten wieder alle diese Betriebe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion als Spezial-Arbeitsaufsichtsbehörde unterstellt werden.

- Das Bemühen, nicht nur durch Rationalisierung, sondern auch durch Steigerung des physischen Einsatzes die stagnierenden oder zum Teil sinkenden Preise für landwirtschaftliche Produkte einigermaßen auszugleichen, wirkt sich offensichtlich auch auf die Gesundheit

der Betroffenen und auch auf das Unfallgeschehen ungünstig aus. Die steigende Zahl der Frühpensionsansuchen ist sicherlich auch ein Ergebnis daraus. Ähnlich negative Folgen ergeben sich auch aus dem starken Rückgang an Arbeitskräften (deutlich sinkende Lehrlingszahlen!), und der vermehrte Trend zum Nebenerwerb läßt befürchten, daß mehr Streß und Belastung das Unfallrisiko vergrößern.

● Das Ausweichen auf Alternativprodukte oder allgemein auf biologisch orientierten Landbau bringt es mit sich, daß neben der mechanischen Bearbeitung (z. B. als Ersatz für Spritzmitteleinsatz) auch reine Handarbeit mit ihren möglichen gesundheitlichen Nachteilen wieder stärker in den Vordergrund tritt. Das Zurückkehren zu „naturnahen“ Arbeitsmethoden kann sich dann auf die Arbeitssicherheit ungünstig auswirken, wenn Geräte, Ausrüstung oder Kenntnis über die Arbeitsmethode bereits nicht mehr überliefert sind. Dies ist beispielsweise beim Einsatz des Pferdes als Zugtier für waldschonende Bringung des Holzes der Fall.

● In der Forstwirtschaft, wo sehr oft Akkordlohn die Regel ist, ist vermehrt ein frühzeitiges Ausscheiden infolge gesundheitlicher Dauerschäden zu beobachten. Die Akkordentlohnung sollte daher dringend neu überdacht werden.

● Für Forstarbeiter hat sich die reine Schnittzeit mit der Motorsäge dort drastisch erhöht, wo zentral und vollmechanisiert entrinndet wird. Wenn dadurch auch einerseits das ungeliebte händische Schälen und die damit verbundenen gesundheitlichen Nachteile (Haltungsschäden) wesentlich gemildert werden konnten, kommen andererseits die enormen gesundheitlichen Gefahren des längeren Motorsägeneinsatzes, wie Gehör- und Vibrationsschäden, aber auch die reine Verletzungsgefahr verstärkt hinzu.

### Ziele 1998

● Der Aufgabenbereich der Land- und Forstwirtschaftsinspektion ist in der NÖ Landarbeitsordnung gesetzlich geregelt. Es ist somit in erster Linie auch

künftig dem Auftrag zur Durchführung fortlaufender Betriebskontrollen Rechnung zu tragen.

● Schwerpunkte werden die Nachkontrollen in Dienstnehmerbetrieben und in den Praxis- und Lehrbetrieben sein, um hier vor allem zu gewährleisten, daß land- und forstwirtschaftlichen Fachschülern und Lehrlingen, die der elterlichen Obsorge entzogen werden, eine möglichst unfallsichere Ausbildung zuteil wird.

### Statistik 1997

Als Aufgabe der Hoheitsverwaltung hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion 1997 938 Betriebe besichtigt, die einen Beschäftigungsstand von 4.995 Arbeitskräften, davon 337 Lehrlinge, aufwiesen.

**Schwerpunkte 1997**

Die Abteilung Gewerberecht ist ausschließlich ein Rechtsreferat. Die Tätigkeit umfaßt im wesentlichen

- die Vollziehung des Gewerberechtes einschließlich der Verkehrsgewerbe in erster und zweiter Instanz, des Rohrleitungsgesetzes, der Wirtschaftstreuhänderberufsordnung, des Berufsausbildungsgesetzes (mittelbare Bundesverwaltung), des Sonn- und Feiertags-Betriebszeitengesetzes, des NÖ Buschenschankgesetzes und des NÖ Privatziemervermietungsgesetzes (Landesverwaltung);
- die Erlassung einer Verordnung über die Festsetzung von Höchsttarifen für das Rauchfangkehrergewerbe, die Erlassung einer Verordnung über die Festsetzung von Höchsttarifen für das Bestattergewerbe, die Erlassung der NÖ Sperrzeitenverordnung, die Erlassung von Verordnungen über die Festsetzung eines verbindlichen Tarifes für das Taxi-gewerbe;
- die Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen; die Abhaltung von Konzessionsprüfungen;
- die Durchführung von Ausbilderprüfungen nach dem Berufsausbildungs-gesetz;
- die Ausbildung von Juristen;
- die mündliche Beratung von Parteien und Dienststellenvertretern.

**Probleme 1997**

Das Hauptproblem liegt im steigenden Arbeitsanfall und in dessen Bewältigung mit dem vorhandenen Personalstand. Für den steigenden Arbeitsanfall sind verantwortlich:

- Die weiter anhaltende Flut neuer Gesetze und Verordnungen, die laufenden Novellierungen von Gesetzen und Verordnungen sowie die zahlreichen Stellungnahmen, die im Rahmen des EWR-Abkommens und der EU abzugeben sind. Durch die Schaffung stets neuer Vorschriften steigt einerseits die Zahl der anhängigen Verfahren, andererseits sind bei der Durchführung der einzelnen Verfahren ständig zusätzliche und kompliziertere Vorschriften zu vollziehen.
- Der Auftrag zur periodischen Überprüfung von Gewerbebetrieben, von denen eine Gefährdung der Umwelt ausgehen könnte.
- Die Schließung von Gewerbebetrieben bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen.
- Die komplizierten Lebensverhältnisse, die Umweltprobleme und die Bürgerinitiativen.

Diese Umstände bewirken, daß der Teil der anfallenden Arbeiten, der an die Bearbeiter im allgemeinen die höchsten qualitativen Anforderungen stellt, besonders stark im Steigen begriffen ist.

**Ziele 1998**

Die Zielvorgabe bleibt weiterhin die Rationalisierung und Vereinfachung der Arbeit, wenn möglich künftig unter Zuhilfenahme der elektronischen Datenverarbeitung und Ausbau der Textverarbeitung. Aufgrund der Verwendung dieser technischen Hilfsmittel soll eine raschere Erledigung im Interesse einer bürger-nahen Verwaltung erreicht werden.

**Statistik 1997**

Anhängige Ansuchen	
Konzessionsverleihungen und Bewilligungen	672
Konzessionserweiterungen	133
Verlegungen des Betriebes	97
Weitere Betriebsstätten	42
Verpachtungen	2
Geschäftsführerbestellungen	123
Gewerbeentziehungen und § 11 = Umgründung	50
Delegierte Betriebsanlagen	123
Betriebsanlagen-Berufungen (neu)	80
Betriebsanlagen-Berufungen (alt)	25
Betriebsanlagen (Volksanwalt)	20
Sonstige Berufungen	121
Genehmigungen für Schädlingsbekämpfung	24
Volksanwaltschaftsbeschwerden (außer BA-Akte)	15
Rauchfangkehrer-Schlichtungsstelle	11
Anfragen allgemein	
von Parteien betreffend Allgemeines Gewerbe, Betriebsanlagenrecht, Diverses vom Bundesministerium	52
von Bezirksverwaltungsbehörden	101
von anderen Behörden und Abteilungen	103
Stellungnahmen zu Verordnungs- und Gesetzesentwürfen	32
Verleihung von Auszeichnungen	15
Verordnungsprüfungen (Gemeinde-Marktkordnungen etc.)	18
Erlaubnisse für die Beförderung von Gütern über die Grenze	4.518
Gewerbereferententagungen	2
Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen (Erstellung)	13
Gleichstellung mit Inländern	124
Nachsichten	
Nachsichten vom Befähigungsnachweis und von den Zulassungsvoraussetzungen	1.254
Nachsichten vom Gewerbeausschlußgrund	217
Genehmigungen neuer Tankstellen	11
Änderungen von Tankstellen	255

Konzessions bzw. Befähigungsprüfungen

Gastgewerbe	371
Immobilienmakler- und Immobilien-verwaltergewerbe	64
Reisebürogewerbe	22
Mietwagengewerbe, Taxi usw.	83
Güterbeförderungsgewerbe	116
Waffengewerbe	2
Technische Büros	85
Detektivgewerbe	5
Ausbilderprüfungen	171

## Schwerpunkte 1997

### NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds

Die Aufgabe des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds besteht in der Durchführung von Förderungsaktionen für die gewerbliche Wirtschaft.

1997 wurde parallel zur Exportoffensive auf Bundesebene die Förderungsaktion „Markterschließung“ als unterstützende Maßnahme für Klein- und Mittelunternehmen beim Eintritt in neue Exportmärkte konzipiert. Die Finanzierung von Markterschließungskosten stellt für kleine Unternehmungen häufig eine Exportbarriere dar.

Die im Vorjahr neu geschaffene Aktion „Gründungssparen“ entwickelte sich vielversprechend; zahlreiche gewerbliche Existenzgründungsvorhaben wurden in Evidenz genommen und können nach einer gewissen Ansparzeit neben der Sparprämie auch die BÜRGES-Jungunternehmerförderung erhalten.

Das vielfältige Förderungsangebot des Fonds wurde 1997 deutlich stärker in Anspruch genommen als im Vorjahr. Der Anstieg der gewerblichen Investitionen weist auf das zunehmende Vertrauen der Unternehmer in die zukünftige Wirtschaftsentwicklung hin.

Ein Großteil der bewilligten Förderungssummen, etwa 78%, entfiel auf den Bereich Zinsenzuschüsse, gefolgt von den Darlehen mit 16% und den Einmalprämien von unter 5%. Die Haftungen betragen etwas über 1%.

### Betriebsansiedlung, Standortberatung, Regionalisierung

Für Standortberatung, Betriebsansiedlung- und Regionalisierungsprojekte ist die ECO-Plus GesmbH zentrale Stabsstelle für das Land Niederösterreich. Die Gesellschaft ist auch Betreiber von Industrie- und Gewerbezentren, welche neben Grundstücken und betrieblicher Infrastruktur auch Beratungs- und Serviceleistungen anbieten.

Weiters ist ECO-Plus an der Umsetzung der EU-Regionalpolitik in Niederösterreich beteiligt. Folgende Regionalisierungsprojekte wurden 1997 der Abteilung Wirtschaftsförderung zur Förderungsabwicklung zugeleitet:

- Regional-Innovationszentrum NÖ-Süd (RIZ), Unterstützung regionaler Entwicklungsagentur
- Verein „Freunde der Heilkräuter“ – Informations- und Präsentationszentrum
- EU-Regionalpolitik Ziel 5b – Sektorübergreifende Regionalberatung

- Symposium „Kunst und Arbeit“, Schneebergbahn – Hohe Wand – Steinfeld

- Gesundheitsregion Nördliches Waldviertel – Südböhmen

- Wirtschaftskooperation in der Österreichisch-Slowakisch-Tschechischen Grenzregion

- Thermen-, Kur- und Sportregion Laa/Thaya

- Gründer- und Beratungszentrum Gmünd, 2. Ausbaustufe

### Technologietransfer

Das Regional-Innovationszentrum NÖ-Süd (RIZ) bietet im Gründerzentrum jungen, innovativen Unternehmen in der Startphase Unterstützung. Angeboten werden außerdem Unternehmensberatung, Qualifikationslehrgänge und anderes.

Für die Errichtung von Regionalen Innovationszentren nach dem Modell des RIZ NÖ-Süd in Wiener Neustadt wird eine Dachgesellschaft, die Regionale Innovationszentren in Niederösterreich Holding Gesellschaft mbH, an der das Land Niederösterreich mit 55% und die ECO-Plus Betriebsansiedlung und Regionalisierung in NÖ Gesellschaft m. b. H. mit 45% beteiligt sind, gegründet.

Das Gründer- und Technologie-Transferzentrum St. Pölten (GTZ) stellt bei technologieorientierten Firmengründungen günstige Räumlichkeiten und Büroinfrastruktur zur Verfügung. Weiters werden Betriebe bei kooperativen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben unterstützt.

1997 wurde von der Abteilung Wirtschaftsförderung gemeinsam mit dem RIZ NÖ-Süd die „Regionale Innovationsstrategie RIS“ ins Leben gerufen. Dieses Projekt zielt darauf ab, mehr innovative Kooperationen (zwischen Unternehmen, wissenschaftlichen Instituten, öffentlicher Hand) und mehr Forschungs- und Entwicklungsprojekte auszulösen. Zu diesem Zweck soll eine Kommunikationsplattform geschaffen werden und die Koordination aller innovativen Kräfte in Niederösterreich erreicht werden.

### Probleme 1997

Die Wirtschaftsförderung steht vor der Aufgabe, möglichst viele heimische Investitionsprojekte in die EU-Förderungsprogramme einzubauen, um die Mittel der EU-Strukturfonds beanspruchen zu können. Diesen Bemühungen sind durch die begrenzte Anzahl geeigneter Förderungsanträge und die engen Vergabemodalitäten der EU Grenzen gesetzt.

Andererseits verlangt die EU-Bürokratie äußerst detaillierte Angaben über Art und Umfang der Förderungsmaßnahmen sowie umfassende Daten zur Evaluierung. In vielen Fällen sind die Daten nur mit großem Aufwand oder gar nicht erfaßbar und verkomplizieren den Verwaltungsablauf beträchtlich.

### Ziele 1998

Die Liberalisierung der Weltmärkte bringt Wachstumschancen, die von unserer Außenwirtschaft zu nützen sind. Österreichs Handelsbilanzdefizit, seit einigen Jahren auch das Leistungsbilanzdefizit, hat unrühmlich Tradition. Der Bedeutung der Exportwirtschaft an der inländischen Wertschöpfung Rechnung tragend wurde eine Exportinitiative gestartet, die von der aktuellen Konjunkturphase noch unterstützt werden dürfte. Die Prognosen lassen auch für 1998 eine mäßige Zunahme der Industrieinvestitionen und positive Impulse für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze erwarten.

### Statistik 1997

#### NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds

Darlehen	
Gemeinsame Kreditaktion Bund – Land – Handelskammer NÖ	
54 Anträge	S 4,675.000,-
Landesinvestitionsförderung	
505 Anträge	S 395,330.000,-
Zinsenzuschüsse	
BÜRGES-Landesregionalprämie	
239 Anträge	S 432,392.000,-
Landesinvestitionsförderung	
281 Anträge	S 546,360.000,-
Existenzgründungsaktion	
931 Anträge	S 179,355.000,-
Innovationsförderung	
17 Anträge	S 107,730.000,-
Nahversorgungsaktion	
350 Anträge	S 140,755.000,-
Sonderaktion	
193 Anträge	S 503,885.000,-
NÖ Beteiligungsmodell	
13 Anträge	S 59,300.000,-#

#### Bürgschaften

NÖ KreditbürgschaftsgesmbH:	
Rückbürgschaft in	
15 Fällen	S 28,991.000,-

Beiträge	
Regionale Innovationsprämie	
15 Anträge	S 29,368.000,-
Investitionsprämie im Fördergebiet 1	
34 Anträge	S 4,530.000,-
Innovationsförderung	
50 Anträge	S 42,249.220,-
Betriebsansiedlung	
2 Anträge	S 4,100.000,-
Landesinvestitionsförderung	
18 Anträge	S 28,834.000,-
Gemeinschaftsinitiative – RETEX	
8 Anträge	S 3,447.500,-

Sonstige Landesbeiträge	
Arbeitsmarktförderung	
7 Fälle	S 3,690.000,-
Notstandsmaßnahmen für	
Angehörige der gewerblichen	
Wirtschaft	S 1,479.580,-
Ausbau der Lehrlingsheime	S 1,013.000,-
Ausbildungsbeihilfen	S 1,323.000,-
Wirtschaftsförderungsanstalt	
Mödling	S 4,050.000,-
Haftungen NÖ Beteiligungsmodell	S 2,553.962,-
Andere Wirtschaftsförderungs-	
maßnahmen	S 11,185.499,-

## Abteilung Tourismus

### Schwerpunkte 1997

#### Fremdenverkehrs- förderungs fonds

Mit 1. 1. 1997 wurde ein völlig überarbeitetes Förderinstrumentarium in Kraft gesetzt und die Förderansuchen nach der neuen Systematik bearbeitet. Organisatorisch wurde die laufende Förderbearbeitung in die Bereiche NÖ Ost und NÖ West unterteilt. Das Bearbeitungsteam NÖ Ost wurde im Zuge der Dezentralisierung auf Telearbeitsplätzen in der Bezirkshauptmannschaft Baden angesiedelt. Die neuen Förderungsrichtlinien mit der Bezeichnung „NÖ. F. I. T. 2001“ bedeuteten eine Generalreform und wurden, soweit erforderlich, der zuständigen EU-Kommission zur Notifizierung vorgelegt. Generell wurde bei der Überarbeitung des Förderinstrumentariums berücksichtigt, daß eine übersichtlichere, noch wirksamere, für Kontrollorgane einfach nachvollziehbare „Förderlandschaft“ entsteht, die einerseits mögliche Bundesförderungen, andererseits EU-Kofinanzierungsmöglichkeiten optimal berücksichtigt. Auch auf die Gestaltung eines einfachen, übersichtlichen Formular- und Richtlinienwesens wurde Wert gelegt. Die verschiedenen Förderschwerpunkte wurden in folgende Aktionen gegliedert:

- **NÖ. F. I. T. 2001 TOP** ist für hochwertige und innovative Investitionsprojekte vorgesehen. Je nach Entsprechung der Qualitäts- und anderer Bewertungskriterien wird entweder die Basisförderung gewährt oder kommt eine Qualitätsförderung zum Tragen.
- **NÖ. F. I. T. 2001 INFRA** für die Förderung von infrastrukturellen Einrichtungen.
- **NÖ. F. I. T. 2001 STANDARD.** Dabei geht es um Investitionen zur Einrichtung grundlegender Qualitätsstandards, wie z. B. Modernisierungen.

- **NÖ. F. I. T. 2001 PRIVAT.** Die 1996 begonnene Qualifizierungsaktion für Privatzimmervermieter und Urlaub am Bauernhof hat Investitionserfordernisse ausgelöst, die über diese spezielle Aktion abgewickelt werden.

- **NÖ. F. I. T. 2001 PROFIL.** Mit dieser gänzlich neuen Aktion werden (im Gegensatz zu den bisherigen Richtlinien) Maßnahmen gefördert, die betriebliche Profilierungen (Angebotsgestaltung), Vermittlung von Know-how und die Entwicklung von Kooperationsmodellen fördern.

Als Schwerpunktaktion des Landes wurde, basierend auf der Aktion NÖ. F. I. T. 2001 PROFIL, zur Profilierung der Beherbergungsbetriebe gemeinsam mit der NÖ-Werbung GesmbH die Plattform „INCENTIVE 2001“ entwickelt. Tourismusbetriebe, die sich daran beteiligen, werden über Erfahrungsaustauschgruppen geschult, entwickeln neue Kooperationsformen und können für belegbare Nächtigungssteigerungen „Marketingprämien“ in Anspruch nehmen. Die Aktion INCENTIVE 2001 stieß auf großes Interesse. 230 Beherbergungsbetriebe in über 30 Erfahrungsaustauschgruppen machen bei INCENTIVE mit und fungieren daher als „Speerpitze“ des NÖ Tourismusangebots.

Neben der Schwerpunktaktion INCENTIVE werden die Fördermöglichkeiten der neuen Richtlinie NÖ. F. I. T. 2001 PROFIL von zahlreichen regionalen Projektgruppen und anderen Initiativen genutzt und tragen damit ebenfalls zu besserer Zusammenarbeit und wachsender betrieblicher Profilierung bei.

Um die Mitarbeiter der Abteilung Tourismus mit der neuen Fördersystematik vertraut zu machen und die Erfahrungen auszutauschen, wurden Schulungsveranstaltungen organisiert und regelmäßig Richtlinienbesprechungen durchgeführt.

#### Förderung touristischer Projekte aus dem Landschaftsfonds

Neben Förderungen aus dem Fremdenverkehrsförderungs fonds können für landschaftsbezogene, umweltverträgliche Projekte, die der Freizeitwirtschaft und dem Tourismus dienen, auch Fördermittel aus dem Landschaftsfonds angesprochen werden. Die Tourismusabteilung ist daher im Arbeitskreis und Fachbeirat vertreten und wickelt die Projekte federführend ab.

#### Projektentwicklung und -betreuung

- Das im Jahr 1996 begonnene touristische Donauraum-Entwicklungsprogramm wurde fortgesetzt. Insbesondere wurde versucht, die Kooperation der Donau-Personenschiffahrtsunternehmen zu verbessern, die Erwerbsinteressen des Landes an den Schifffahrtsländern in Verhandlungen mit dem Finanzministerium zu vertreten und eine Arbeitsgemeinschaft der NÖ Tourismusverbände und -regionen zu gründen.

- Die NÖ Wirtshausaktion wurde mit 1. 1. 1997 in einen eigenständigen Verein umgewandelt, der die Hälfte seines Jahresetats durch Mitgliedsbeiträge und Sponsorengelder aufbringt. Der Landesbeitrag zur Unterstützung der NÖ Wirtshauskultur konnte damit um die Hälfte gesenkt werden, der Umfang der Serviceleistungen (Öffentlichkeitsarbeit, Wirtshauskarte, Wirtshauszeitung, Coaching-Programm sowie Seminar- und Fachveranstaltungen) konnte beibehalten werden.

### Förderung und Weiterentwicklung der Tourismusorganisationen sowie Werbemittelförderung für Gemeinden

Die 24 Tourismusverbände und sieben Tourismusregionen wurden bei Vorstandssitzungen und Generalversammlungen betreut, projektbezogen wurden Landesbeiträge gewährt. Zur Kommunikationsverbesserung wurden in Abstimmung mit der NÖ Werbung monatlich Regionalkonferenzen abgehalten. Zur Weiterentwicklung der Tourismusorganisationen wurde eine Begutachtung und Umsetzungsbetreuung ausgeschrieben und nach Befassung einer Jury die Tourismusberatung Kohl & Partner damit beauftragt. Das Zwischenergebnis wurde im September 1997 des Vorjahres den Funktionären der Verbands- und Regionsebene präsentiert, Sofortmaßnahmen gesetzt, weitere Expertisen in Auftrag gegeben.

### Tourismusmarketing

Das touristische Marketing wird, auf das Bundesland Niederösterreich bezogen, von der NÖ-Werbung abgewickelt. Auf nationaler Ebene werden diese Funktionen von der Österreich-Werbung wahrgenommen. Die Abteilung Tourismus ist sowohl im Aufsichtsrat der NÖ-Werbung als auch in der Arbeitsgemeinschaft der Bundesländer kontrollierend und koordinierend tätig.

Die Einführung eines landesweiten Informations- und Buchungssystems wurde in einer Arbeitsgruppe vorbereitet, zur Systemauswahl wurde ein externer Experte beigezogen. Das in Tirol entwickelte System TIScover wird mehrheitlich von den Bundesländern präferiert und soll daher auch in Niederösterreich eingesetzt werden.

### Legistischer Bereich

Gemeindeverordnungen (Ortstaxen, Interessentenbeiträge) wurden geprüft, zahlreiche Rechtsauskünfte an Gemeinden wurden gegeben.

Ein Entwurf des NÖ Campingplatzgesetzes 1997 wurde erstellt, das Begutachtungsverfahren durchgeführt und dem NÖ Landtag die Ergebnisse dieses Begutachtungsverfahrens vorgelegt. Letztinstanzliche Bescheide, Vorstellungen, Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshofbeschwerden wurden erstellt bzw. abgewickelt.

Die Vorarbeiten für eine Novellierung des NÖ Tourismusgesetzes wurden eingeleitet.

Ein Entwurf über die Änderung der Verordnung über die Gliederung der Gemeinden in Ortsklassen (nach ihrer Tourismusbedeutung) wurde erstellt und das Begutachtungsverfahren durchgeführt.

### Befähigungsnachweisprüfung für das Fremdenführergewerbe

Im Dezember 1997 wurde eine Prüfung abgehalten, 4 Kandidaten nahmen daran teil, davon haben 3 Kandidaten die Prüfung bestanden.

### Probleme 1997

- Knappe Eigenkapitalausstattung der Unternehmer hemmen Investitionserfordernisse
- Teilweise schwierige Koordinierung der Tourismusorganisationen mit den (neuen) Entwicklungsorganisationen

### Ziele 1998

- Implementierung des Systems TIScover
- Abschluß der Abteilungs-Evaluierung
- Abschluß der Begutachtung der regionalen Tourismusorganisationen und Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse
- Vorbereitung der Adaptierungsarbeiten zum touristischen Leitbild „Niederösterreich 2001“

### Bewilligte Anträge nach Förderungsaktionen

	Bewilligungen	durchzuführende Auszahlungen	geförderte Beträge
Gesamt in Niederösterreich	784	170.791.681,10	628.976.171,00
Darlehensaktionen	64	39.595.000,00	39.595.000,00
FV-Regionalförderung (Zinsenlose Darlehen)	12	30.100.000,00	30.100.000,00
Gemeinsame (Illig-) Kreditaktion	23	1.650.000,00	1.650.000,00
NÖ F. I. T. 2001 INFRA Darlehen	2	1.480.000.400,00	1.480.000,00
NÖ F. I. T. 2001 STANDARD Darlehen	6	1.985.000,00	1.985.000,00
Wirtschaftshilfe-Darlehen	21	4.380.000,00	4.380.000,00
Prämienaktionen	490	115.437.310,65	452.376.598,00
Energiesparende Maßnahmen – Prämien	22	665.800,00	5.442.287,00
FV-Regionalförderung (Landesbeiträge)	19	7.350.000,00	7.350.000,00
Gewerbestruktur-Anschlußförderung (Prämie)	17	1.749.429,00	57.085.000,00
Interreg Tschechien	3	1.185.650,00	1.185.650,00
Jungunternehmer-Anschlußförderung	25	1.319.050,00	26.381.000,00
Komfortzimmer-Anschlußförderung	9	228.500,00	244.500,00
Landesgrenzlandförderungsaktion	4	780.000,00	780.000,00
NÖ F. I. T. 2001 INFRA	16	3.659.000,00	3.923.000,00
NÖ F. I. T. 2001 TOP	37	66.344.627,65	104.798.202,00
NÖ F. I. T. 2001 PRIVAT	26	1.642.200,00	1.642.200,00
NÖ F. I. T. 2001 PROFIL	81	20.169.911,00	21.003.471,00
NÖ FIT 2001 STANDARD	87	2.285.300,00	3.542.714,00
NÖ F. I. T. 2001 LEADER	17	4.504.404,00	0,00
Pro Fremdenverkehr	1	3.168.000,00	39.125.000,00
Schöneres Gasthaus – Prämien	27	804.788,00	6.868.616,00
Top-Tourismus RF	2	26.000.000,00	0,00
Verstärkte Regionalförderung (GSVG)	81	3.247.100,00	121.684.000,00
Wirtshausaktion	16	837.955,00	20.816.554,00
Zinsenzuschußaktionen	226	15.747.227,89	113.104.573,00
Energiesparende Maßnahmen – Zizu	1	30.474,00	203.000,00
ERP-Verstärkungsaktion	1	4.660.103,00	33.000.000,00
Exi-Handelskammer/Land NÖ	173	2.399.560,00	33.730.000,00
Privatzimmer-Förderungsaktion	10	672.243,00	3.495.000,00
Schöneres Gasthaus – Zizu	26	1.364.266,00	9.958.666,00
Sonderfälle im Fremdenverkehr	15	6.620.581,89	32.717.907,00
ZIZU / Beteiligungen	4	11.336,11	23.900.000,00
NÖ Beteiligungsmodell	4	11.336,11	23.900.000,00

## Bewilligte Anträge nach politischen Bezirken

	Bewilligungen	durchzuführende Auszahlungen	geförderte Beträge
Gesamt in Niederösterreich	784	170.791.681,10	628.976.171,00
Amstetten	60	10.131.458,65	98.065.599,00
Baden	37	4.805.815,45	50.482.538,00
Bruck a. d. Leitha	19	355.820,00	2.456.760,00
Gänserndorf	23	1.231.683,00	17.707.694,00
Gmünd	38	18.530.268,00	61.883.087,00
Hollabrunn	18	1.445.548,00	6.713.190,00
Horn	24	5.095.330,00	29.879.928,00
Korneuburg	8	437.712,00	1.180.800,00
Krems	77	9.487.218,00	46.725.206,00
Lilienfeld	31	1.520.048,11	9.402.716,00
Melk	63	6.055.172,00	35.093.409,00
Mistelbach	24	1.570.014,00	8.816.273,00
Mödling	21	13.244.573,00	23.492.222,00
Neunkirchen	74	52.209.916,00	117.015.913,00
Scheibbs	47	21.370.097,89	33.958.516,00
St. Pölten	57	3.680.034,00	22.720.180,00
Tulln	17	570.472,00	9.495.100,00
Waidhofen a. d. Thaya	14	617.822,00	7.405.000,00
Wien Umgebung	24	1.174.090,00	7.938.137,00
Wr. Neustadt	49	7.502.585,00	19.371.200,00
Zwettl	59	9.756.004,00	19.172.703,00

3

## Abteilung Berufsschulen

## Privatschulen

Der Abteilung obliegt die Behandlung der Angelegenheiten der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Es handelt sich um folgende Privatschulen.

Landesfachschule für  
Textiltechnik in Groß-Siegharts

Im Schuljahr 1996/97 konnte auf Grund der geringen Anmeldezahlen wieder nur mehr eine 3. Klasse mit 7 Schülern geführt werden. Mit Ende des Schuljahres 1996/97 wurde die Schule aufgelassen und einer Nachnutzung zugeführt, indem das Schul- und Internatsgebäude inkl. Turnhalle befristet auf 5 Jahre an den Verein zur Unterstützung regionaler Kooperation und Bildungsmaßnahmen (Koob) vermietet wurde.

Für das in der Fachschule Groß-Siegharts und dem angeschlossenen Internat tätige Personal konnten in Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat und der Personalabteilung des Landes Lösungen gefunden werden bzw. sind solche in Aussicht. Das sich auf dem Schulareal befindliche, im Eigentum des Landes stehende Lehrerwohnhaus soll verkauft werden. Die dafür erforderlichen Schritte wurden eingeleitet.

Höhere Lehranstalt für Mode  
und Bekleidungstechnik in  
Mödling

Schwerpunkte 1997

- Viertägige Exkursion der Abschlussklassen ins Waldviertel, wo Webereien, Spinnereien, Leinenerzeugung usw. beachtet wurden.
- Schülerinnen nähen Uniformen für alle „Donauland“-Mitarbeiter.
- Teilnahme an der Sport und Freizeit Messe in St. Pölten mit drei Modeschulen.
- RIFFRAFF – Trikot – Designerwettbewerb: 3 Preisträgerinnen von der Schule – Silvija Rapa, Ursula Nowak und Christine Willert.
- Teilnahme am Ideenwettbewerb „Messekleidung“ der NÖ Werbung.
- Nostalgie – Modeschau anlässlich des 40jährigen Firmenjubiläums von „Susi und Filou“ in der Burg von Perchtoldsdorf.
- Designwettbewerb der NÖ VP zur Einkleidung des Begleitteams des Landeshauptmannes bei der Landtagswahl 1998.
- Entwurf und Fertigung von 34 Fasching-Capes für die Gemeinderäte Mödling.
- 28. Februar 1997: Kolleg-Modeschau in Altenmarkt/Pongau.
- Ausstattung des Teams der Raiffeisen-Jugendbank in Mödling mit Sommer- und Winterbekleidung.

● 6. März 1997: Sandra Rettenbacher, Schülerin des Kollegs, gewann den Design-Wettbewerb „101 Dalmatiner“ von Bnena Vista im Hotel Hilton. Preis: Eine Reise nach London.

● Im Frühjahr 1997 fuhren zwei Schülerinnen aus der 4A, Malin Altenby und Tanja Rupp, in die zukünftige Partnerschule nach Finnland. Im Gegenzug kamen drei finnische Schülerinnen für drei Monate nach Mödling, um an der Modeschule zu studieren.

● VL Dorothea Stöger besuchte im Rahmen des EU-Sokrates-Programmes die zukünftige finnische Partnerschule.

● FOL Anna Heliczky und VL Renate Fischbacher besuchten im Rahmen des „Sokrates“-Projektes die Partnerschule in Radolfzell in Deutschland.

● Vom 16. bis 19. Juni 1997 fand die jährliche Modeschau an der Schule statt, die diesmal unter dem Motto „Jung, schrill, wild“ stand. Ca. 2000 Besucher an 5 Tagen waren von der Qualität der Kleider und der Präsentation begeistert.

## Ziele 1998

● Die Schülerinnen und Schüler sollen die Lernziele, die der Lehrplan vorgibt, unter den bestmöglichen Rahmenbedingungen erreichen und auf das Berufsleben optimal vorbereitet werden. Dafür müssen die äußeren, räumlichen Bedingungen geschaffen werden, wie z. B. ein angenehmes Raumklima im Altbau

Schultypus	Schuljahr 1996/97		Schuljahr 1997/98	
	Klasse	Schüler	Klasse	Schüler
Höhere Lehranstalt für Mode und BKT 5jährig	6	123	6	140
Fachschule für Mode und BKT 4jährig	1	18	0	0
Fachschule für Mode und BKT 3jährig, neu	3	47	3	49
Haushaltungsschule einjährig	1	30	1	24
Kolleg für Mode und BKT, 4 Semester	1	19	1	17
Gesamtsumme	12	237	11	230

Personalstand	Schulbeginn 1996/97	Schulbeginn 1997/98
Direktor	1	1
Fachvorstand	1	1
Administrator	1	1
Lehrer		
vollbeschäftigt	28	29
teilbeschäftigt (2 Unterrichtspr. 96/97)	18	15
Karenz	4	5
Buchhaltung und Sekretariat	2	2
Schulwarte und Reinigungspersonal	4,5	4,5
Schularzt	1	1

### Schulorganisation

Auf dem Gebiet der Schulorganisation des NÖ Berufsschulwesens wurden folgende Maßnahmen hinsichtlich der Schulsprengel durchgeführt:

- Generelle Einschulung der Lehrlinge des Lehrberufes Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger aus den Bundesländern Burgenland und Tirol in die Landesberufsschule Lilienfeld
- Generelle Einschulung der Lehrlinge der Lehrberufe Gold-, Silber- und Perlensticker, Großmaschinesticker, Maschinesticker und Wirkwarenerzeuger aus dem Bundesland Niederösterreich in die Berufsschule I Ried, Oberösterreich
- Generelle Einschulung der Lehrlinge des Lehrberufes Leichtflugzeugbauer aus dem Bundesland Oberösterreich in die Landesberufsschule Amstetten
- Generelle Einschulung der Lehrlinge der Lehrberufe Graveur, Gürtler, Metalldrücker und Ziseleur aus dem Bundesland Oberösterreich in die Landesberufsschule Neunkirchen
- Generelle Einschulung der Lehrlinge des Lehrberufes Chemiewerker aus dem Bundesland Salzburg in die Landesberufsschule St. Pölten
- Generelle Einschulung der Lehrlinge des Lehrberufes Musikalienhändler aus dem Bundesland Oberösterreich in die Landesberufsschule St. Pölten
- Generelle Einschulung der Lehrlinge des Lehrberufes Metalldrücker aus dem Bundesland Salzburg in die Landesberufsschule Neunkirchen
- Generelle Einschulung der Lehrlinge des Doppellehrberufes Hörgeräteakustiker und Optiker aus dem Bundesland Niederösterreich in die Landesberufsschule für Optiker und Fotografen in Hall/Tirol
- Generelle Einschulung der Lehrlinge der Lehrberufe Isoliermonteur und Wagner (1. Klasse) aus dem Bundesland Niederösterreich in die Berufsschulen Linz (Isoliermonteur) und Kremsmünster (Wagner), Oberösterreich
- Generelle Einschulung der Lehrlinge des Lehrberufes Messerschmied aus dem Bundesland Wien in die Landesberufsschule Mistelbach
- Generelle Einschulung der Lehrlinge des Lehrberufes Gelbgießer aus dem Bundesland Wien in die Landesberufsschule Neunkirchen
- Generelle Einschulung der Lehrlinge der Lehrberufe Metalldrücker und Notenstecher aus dem Bundesland Tirol in die Landesberufsschule Neunkirchen
- Generelle Einschulung der Lehrlinge des Lehrberufes Recycling- und Entsorgungstechniker aus dem Bundesland Burgenland in die Landesberufsschule St. Pölten
- Generelle Einschulung der Lehrlinge der Lehrberufe Gelbgießer, Metalldrücker und Notenstecher aus dem Bundesland Steiermark in die Landesberufsschule Neunkirchen

3

durch das Austauschen der kaputten und zugigen Fenster.

- Um den sehr wichtigen EDV-unterstützten Unterricht reibungslos durchführen zu können, müssen einige sehr veraltete Computer saniert oder ausgetauscht werden.

- Die Dampfbügelanlagen in den Werkstätten sind zum Teil 20–30 Jahre alt und müssen in kleinen Schritten erneuert werden.

- Um die Modeschau durchführen zu können, werden Bodenfliesen für den Turnsaal ergänzt.

- Die Schüler der Modeschule Mödling nehmen an einem großen EU-Projekt teil, bei dem mit den Partnerschulen in Deutschland und Finnland ein Trachtenprojekt gestartet wird.

- Außerdem bereitet das Kolleg eine Modeschau unter dem Titel „Kunst und Mode“ vor, die am 31. 3. 1998 über die Bühne des Mödlinger Stadttheaters gehen wird.

- Für das Herzogpaar des Mödlinger Faschings wird das aufwendige Kostüm geschneidert, zusätzlich 40 Kostüme für die Alt-Narren.

- Für die große Abschlußmodeschau, die vom 17.–20. Juni 1998 im Turnsaal der Schule stattfinden wird, werden das ganze Jahr hindurch Modelle und Kollektionen genäht.

- Für ein Projekt mit der Porzellanmanufaktur „Augarten“ in Wien werden in diesem Schuljahr Modelle entworfen, auf denen Motive des Porzellans aufscheinen. 1998/99 werden diese Modelle umgesetzt und für die Modeschau genäht.

- Daneben gibt es im März 1998 für die 2. Klasse eine Studiensprachreise nach England und für die 3. Klasse nach Frankreich.

Statistik 1997

Siehe Tabellen am Kopf der Seite.

### Berufsschulen

Darüber hinaus hat die Abteilung Berufsschulen Angelegenheiten der Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen, gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen, Angelegenheiten des Berufsschulbaufonds und personal- und dienstrechtliche Angelegenheiten der Landeslehrer an den gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen wahrgenommen.

In diesen Bereichen wurde die Abteilung u. a. in Zusammenarbeit, im Einvernehmen bzw. auf Antrag des Gewerblichen Berufsschulrates – gemäß den jeweils gesetzlich geregelten Zuständigkeiten – tätig: Letztinstanzliche Entscheidungen über Berufungen von pragmatisierten Landeslehrern an den gewerblichen Berufsschulen, Änderung der Schulsprengel der berufsbildenden Pflichtschulen in Niederösterreich (Schulsprengelverordnung), Schulebau der Landesberufsschulen sowie Mitwirkung in der Legistik.

### Schwerpunkte 1997

#### Personalsektor

Im Schuljahr 1996/97 wurden 18 Vertragslehrer neu eingestellt. Mit Schulbeginn 1997/98 war die Aufnahme von zusätzlichen 10 Vertragslehrern notwendig. Diese Personalmaßnahmen sind durch den Abgang von Lehrern durch Pensionierungen bzw. Lösung des Dienstverhältnisses sowie durch die Unterrichtsorganisation begründet. 17 Vertragslehrer wurden im Schuljahr 1996/97 zur Ablegung der Lehramtsprüfung an der Berufspädagogischen Akademie des Bundes für die Dauer von 2 Semestern beurlaubt. Alle Vertragslehrer bestanden die Lehramtsprüfung.

● **Generelle Einschulung der Lehrlinge des Lehrberufes Hüttenwerkschlosser** aus dem Bundesland Niederösterreich in die Landesberufsschule Knittelfeld, Steiermark  
Insgesamt wurden 1.170 sowohl generell als auch einzeln umgeschulte Lehrlinge aus anderen Bundesländern an NÖ Landesberufsschulen unterrichtet. Aufgrund von generellen Umschulungsmaßnahmen wurden 611 NÖ Lehrlinge in anderen Bundesländern eingeschult.

**Bausektor**

● **Landesberufsschule Lilienfeld**

Die Sanierung des Küchen- und Direktionstraktes mit Kosten von rund S 20,500.000,- exkl. USt., welche im Zuge der Erweiterung des 400-Millionen-Schilling-Ausbau- und Investitionsprogrammes für NÖ Landesberufsschulen genehmigt wurde, konnte abgeschlossen werden.

● **Landesberufsschule Pöchlarn**

Der Zubau zur Zimmererwerkstätte wurde mit Beginn des Schuljahres 1997/98 in Betrieb genommen. Die Gesamtinvestitionskosten betragen ca. S 11,300.000,- exkl. USt. Zusätzlich wurden diese Räumlichkeiten mit einer Schuleinrichtung im Wert von rund S 920.000,- ausgestattet.

● **Landesberufsschule St. Pölten**

Das über das a. o. Budget finanzierte Projekt Schulneubau und Generalsanierung des Altbaues der Landesberufsschule St. Pölten mit Gesamtkosten von ca. S 148,000.000,- exkl. USt. wurde im wesentlichen fertiggestellt. Der Schulbetrieb wurde im sanierten Altbau mit September 1997 im vollen Umfang aufgenommen. Der Schulneubau steht trotz eines Wassereintrages für den Schulbetrieb zur Gänze zur Verfügung. Es müssen jedoch umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden.

● **Landesberufsschulen I und II Theresienfeld**

Im Rahmen des 500-Millionen-Schilling-Ausbau- und Investitionsprogrammes für die NÖ Landesberufsschulen stehen für den Internatsneubau, die Generalsanierung des bestehenden Internates, die Umbaumaßnahmen in der alten Schule und die Errichtung eines Turnsaales Gesamtkosten von rund S 154,000.000,- exkl. USt. zur Verfügung. Der Internatsneubau wurde zu Beginn des Schuljahres bereits in Betrieb genommen. Die bestehende Schule sowie der alte Internatstrakt werden etappenweise umgebaut. Zwei neu adaptierte EDV-Räume im Schulaltbau wurden bereits in Betrieb genommen. Sämtliche Baumaßnahmen einschließlich des Turnsaalzubaus sollen bis Februar 1999 abgeschlossen werden.

**Lehrlingssportfest 1997**

Am 26. Juni 1997 fand in der Landessportschule St. Pölten wieder das ge-

meinsam von der NÖ Landesregierung, der Wirtschaftskammer Niederösterreich und der Kammer für Arbeiter und Angestellte veranstaltete Lehrlingssportfest statt. An Wettkämpfen wurden Leichtathletik, Fußball, Volleyball, Streetball, Tischtennis, Schwimmen und Schach ausgetragen. Es nahmen sämtliche Landesberufsschulen und 15 Firmen mit einer Teilnehmerzahl von insgesamt 1.350 Lehrlingen teil.

**Berufsschulbroschüre**

Wie im Jahr zuvor wurde auch 1997 die Broschüre mit dem Titel „Lehre – Beruf – Zukunft; Die NÖ Berufsschulen – Dein Partner“ herausgegeben. Sämtliche Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen Hauptschule sowie des Polytechnischen Lehrganges in Niederösterreich haben jeweils ein Exemplar dieser Berufsorientierungsbroschüre erhalten.

**Probleme 1997**

Obwohl österreichweit ein starker Rückgang der Lehrlingszahlen festzustellen war, hat sich die Situation in Niederösterreich wesentlich günstiger als in den meisten anderen Bundesländern dargestellt. Die Gesamtschülerzahl hat sich gegenüber dem Schuljahr 1995/96 von 20.467 Schülern auf 20.282 Schüler verringert. Dies entspricht einem Rückgang von nicht ganz 1%. Die Mädchen sind um exakt 279 zurückgegangen, die Burschen jedoch um 94 gestiegen. Rückgänge sind bei den Elektroinstallateuren und im Bereich der Industrie zu verzeichnen, Steigerungen im Baunebenberuf, bei den Tischlern, den Gas- und Wasserleitungsinstallateuren und im kaufmännischen Bereich.

**Ziele 1998**

Aufgrund des Rückganges der Schülerzahlen in einzelnen Lehrberufen werden laufend Anstrengungen unternommen, bei Lehrberufen mit sehr geringen Schülerzahlen eine Konzentration auf einige wenige Standorte österreichweit zu erreichen. Durch die bundesweite Zusammenführung der Gvaurlehrlinge in der Landesberufsschule Neunkirchen – derzeit noch ohne Wien – konnte bereits ein kleiner Erfolg erzielt werden.

Die Berufsschulen sollen sich zu Bildungszentren entwickeln. Um ein Angebot an außerschulische Bildungseinrichtungen wie z. B. WIFI, BFI, AMS, Volkshochschule etc. zur Benützung von Schulräumen speziell am Abend und am Wochenende machen zu können, wurden an sämtlichen Landesberufsschulen die Möglichkeiten der Nutzung erhoben. Es liegt nun ein Katalog aller Klassen, Laborräume und Werkstätten mit entsprechender Beschreibung und der möglichen Zeit der Nutzung vor. Da-

durch soll die Frequenz der außerschulischen Nutzung, die bereits jetzt durch Kurse und Seminare gegeben ist, erhöht werden.

Generell werden Anstrengungen unternommen, um das Qualitätsbewußtsein im Bildungssektor zu stärken und entsprechende organisatorische schulinterne Voraussetzungen zu schaffen. Es soll ein generelles Qualitätsmanagementsystem für den NÖ Berufsschulbereich entwickelt werden. In diesem Zusammenhang wurde bereits ein Leitbild für die NÖ Landesberufsschulen entwickelt. Sämtliche Berufsschulen sollen im Internet auf einer Homepage präsentiert werden.

Die Verwirklichung folgender Bauprojekte ist geplant:

● Der Haupttrakt des Schülerheimes der Landesberufsschule Langenlois befindet sich zum größten Teil in einem schlechten und abgewohnten Zustand. Die Zimmer sollen auf den derzeit üblichen Standard von Wohn-Schlaf-Einheiten mit vorgelagerter Naßgruppe zu je 4 Personen ausgestattet werden. Weiters sollen Aufenthaltsräume und Nebenräume saniert und neu gestaltet werden. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf rund S 44,000.000,- exkl. USt. Seitens des Landes Niederösterreich wurde bereits ein Planungskredit in der Höhe von S 2,500.000,- zur Verfügung gestellt.

● Für die geplante Neugestaltung des Schülerheimes der Landesberufsschule Pöchlarn mit geschätzten Gesamtkosten von ca. S 158,000.000,- exkl. USt. wurde seitens des Landes Niederösterreich ein Planungskredit in Höhe von S 6,500.000,- zur Verfügung gestellt.

**Statistik Schuljahr 1996/97**

Anzahl der Landesberufsschulen:	
Landesberufsschulen	20
Ganzjährig geführte Berufsschule	1
Anzahl der Klassen:	
Landesberufsschulen	835
Ganzjährig geführte Berufsschule	9

	Anzahl der Schüler gesamt männlich weiblich		
Landesberufsschulen	20.282	15.075	5.207
Ganzjährig geführte Berufsschule	132	132	0

Anzahl der Berufsschullehrer	
pragmatisch	453
vertraglich	210
Religionslehrer	
pragmatisch	10
vertraglich	15
Summe	690

## Schwerpunkte 1997

### NÖ Sportgesetz

Dem neuen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umfeld des Sports entsprechend, wurde vom NÖ Landtag ein neues NÖ Sportgesetz beschlossen, das das alte Gesetzeswerk samt Novellierungen aus den Jahren 1990 und 1992 ersetzt. Ein wesentlicher Punkt des neuen Gesetzes sind die Zusammensetzung und der Aufgabenbereich des Landessportrates. In diesem obersten Sportgremium des Landes sind Fachleute des Sports, aus dem Bereich der Politik sowie von den Dach- und Fachverbänden vertreten, aber auch der NÖ Landesschulrat, wodurch auf die wichtige Verbindung von Schule und Sport eingegangen wird. Jetzt sind die Landtagsklubs mit je einem Mitglied sowie drei weiteren Mitgliedern vertreten, die entsprechend dem Verhältniswahlrecht nach der letzten Landtagswahl entsendet werden. Damit sollen eine größere Mitsprache des Landtages und sehr frühzeitige Gestaltungsmöglichkeiten gewährleistet werden.

Neu sind auch die Bestimmungen, die das Land bei der Vollziehung der Anti-Doping-Konvention des Europarates zu erlassen hatte. Obwohl man sich bisher des Doping-Problems bewußt war, fehlte es an gesetzlichen Landesbestimmungen, um Doping im Sport zu verhindern. Neue Trends des Wintersports werden ebenfalls berücksichtigt: So wird das Snowboarden als eine Art des Schilaulens festgeschrieben, die auch in Unterrichtsprogrammen in Schischulen aufscheinen kann.

### NÖ Top Sport Aktion

Die NÖ Top Sport Aktion setzt sich zum Ziel, NÖ Spitzensportler mit internationalem Standard so zu fördern, daß sie sich optimal auf ihren Sport konzentrieren können, um ihnen die Teilnahme bei internationalen Wettkämpfen, Europa- und Weltmeisterschaften sowie Olympischen Spielen zu erleichtern. Es konnten im Jahre 1997 82 Sportler mit insgesamt S 1.225.000,- unterstützt werden.

### Landessportschule St. Pölten

1997 konnte die NÖ Landessportschule 9.800 Nächtigungen verzeichnen. Eine damit verbundene Auslastungssteigerung gegenüber 1996 ist auf gezielte Werbemaßnahmen im schulischen und privaten Bereich zurückzuführen.

Auch 1997 kamen wieder zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland in die

NÖ Landessportschule. Von den einzelnen Dach- und Fachverbänden sowie Vereinen wurden wieder zahlreiche Aus- und Fortbildungskurse mit unterschiedlichsten Sportprogrammen durchgeführt.

Die Tennis-Arena war wieder Schauplatz des ATP-Herren-Tennisturniers, wobei ca. 17.000 Besucher zu diesem Event kamen. Weiters stand die Tennis-Arena für diverse Firmenturniere unterschiedlichster Größenordnungen zur Verfügung.

Die Büroräumlichkeiten im NÖ Fußballhaus waren bis Oktober 1997 an die NÖ Landesakademie vermietet. Mit 1. Dezember 1997 bezog der NÖ Fußballverband die Räumlichkeiten und ist somit der 17. Sportverband im Areal der NÖ Landessportschule.

Auch im Spitzen- und Leistungssportbereich ergibt sich wie in den vergangenen Jahren wieder eine erfreuliche Bilanz:

- UKJ SÜBA Basketball St. Pölten wurde Österreichischer Staatsmeister. Außerdem nahm die Mannschaft an der Superliga sowie am Europacup teil und wurde erstmals zum „Team des Jahres 1997“ in Niederösterreich gewählt.

- Das Karate-Kumite-Damen-Team St. Pölten holte bei der Shotokan-Europameisterschaft in der NÖ Landessportschule die Goldmedaille und das Karate-Kata-Damen-Team die Silbermedaille. An der Europameisterschaft nahmen 20 Nationen mit 300 Startern teil.

- Die im NÖ Turnleistungsmodell integrierten Turnerinnen konnten sich sowohl national als auch international behaupten, wobei erstmals eine Turnerin aus dem NÖ Turnleistungsmodell an der Weltmeisterschaft teilnahm.

### Sportstättenberatung

Die Beratungstätigkeit durch die Sportabteilung im Hinblick auf den optimalen Einsatz der Sportförderungsmittel für den Sportstättenbau wurde weiter intensiviert.

In vielen Fällen konnten dadurch Fehlplanungen vermieden und die Effektivität der eingesetzten Sportförderungsmittel erhöht werden.

Bei besonders bedeutenden Projekten wird auch das Österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau (ÖISS) mit seinen Sachverständigen zur Beratung herangezogen.

Bei größeren Vorhaben von Gemeinden, z. B. Bau von Sport- und Mehrzweckhallen, haben sich die unter der Leitung des beamteten Gemeindeferenten einberufenen Finanzierungsgespräche als sehr erfolgreich erwiesen.

### Sportärztliche Untersuchungsstellen

Eine gründliche sportärztliche Untersuchung ist unbedingt erforderlich, um eine gezielte Sportausübung zu ermöglichen, vor allem im Leistungssport. Bevorzugt wurden zunächst die Angehörigen anerkannter Leistungszentren sowie Schüler von Sporthauptschulen.

1.465 Sportler machten von dieser Möglichkeit Gebrauch und ließen sich in den Untersuchungsstellen in Krems, Wiener Neustadt, Wien (USZ Schmelz) und im sportärztlichen Ambulatorium im BSZ Maria Enzersdorf (Leitung: Dr. med. Ritter, Untersuchungszeiten: Montag, Mittwoch, 15.00 bis 17.00 Uhr) untersuchen.

### Sportehrenzeichen

Am 16. November 1997 erfolgte in der Thermenhalle in Bad Vöslau die Verleihung von Sportehrenzeichen. Von Landeshauptmann-Stellvertreterin Liese Prokop wurden 56 Aktive und 129 Funktionäre geehrt.

Dazu ist zu bemerken, daß die Sportabteilung mit dem Landessportrat im Sinne der NÖ Sportehrenzeichenverordnung die von den Verbänden eingehenden Anträge prüft, die über die Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten an die NÖ Landesregierung zur Beschlußfassung weitergeleitet werden.

### Veranstaltungen und Ehrungen

- Ehrung der NÖ Staatsmeister 1996 am 11. April 1997 in Tulln

- 20. Lehrlingssportfest der NÖ Berufsschulen am 26. Juni 1997 in der Landessportschule St. Pölten

- 21. NÖ Versehrtensporttag am 21. September 1997 im Sportzentrum Hollabrunn

- NÖ Sportehrenzeichenverleihung am 16. November 1997 in der Thermenhalle Bad Vöslau

- Vorstellung und Ehrung der NÖ Sportler und Mannschaften des Jahres 1997 am 29. November 1997 im Landhaus St. Pölten

### Sportkollektivunfallversicherung

Im Jahr 1997 sind ca. 85 Schadensfälle mit einer vorläufigen Leistung von S 1.050.000,- aufgetreten.

## Ziele 1998

### Ausbau der Sportstätten in allen Landesvierteln

Niederösterreich ist flächendeckend mit Sportstätten ausgestattet. In Zukunft geht es darum, die Qualität der Sportstätten zu verbessern und die Bevölkerung für den Sport noch mehr als bisher zu aktivieren. Es werden daher im Zuge der Regionalisierung Projekte in allen Landesvierteln gefördert, und es gibt keine Konzentration auf den niederösterreichischen Zentralraum.

● **Waldviertel.** Neben vielen kleinen geförderten Sportanlagen werden im Waldviertel vor allem zwei neue Sportstätten mit größeren Förderungssummen bedacht: In Eggenburg entsteht eine neue Sportanlage mit einem Kostenaufwand von 4,7 Mio. S. In Waidhofen/Thaya wird an der Fertigstellung der Sportanlage gearbeitet, die 6,3 Mio. S kostet.

● **Weinviertel.** Im Weinviertel entsteht in Wildendürnbach eine Sportanlage mit einem Kostenaufwand von 8,3 Mio. S. In Ernstbrunn wird mit dem Kabinenbau auf der neuen Sportanlage begonnen. Die Gesamtkosten der Anlage betragen 13,6 Mio. S. Die Sportanlage Enzersfeld erhält nach der Fertigstellung der Kabinen ein neues Spielfeld. Gesamtkosten betragen 7,5 Mio. S. Langenrohr im Tullnerfeld erhält eine neue Sportanlage. Die Fertigstellung ist bei Gesamtkosten

von 12,6 Mio. S Mitte 1998 zu erwarten. Der Umbau der Sportanlage Eichgraben wird 1998 fortgesetzt. Nach der Spielfelderrichtung werden die Umkleiden ausgebaut. Die Gesamtkosten des Projekts betragen 8,8 Mio. S.

● **Mostviertel.** In Krummnußbaum wird mit dem Bau einer neuen Sportanlage begonnen. Die Gesamtkosten betragen 16,8 Mio. S.

● **Industrieviertel.** Im Industrieviertel wird ebenfalls an einer neuen Sportanlage gearbeitet. In Hochneukirchens-Gscheidt entsteht eine neue Anlage mit 12 Mio. S. Die Sportschule Lindabrunn des NÖ Fußballverbandes wird weiter ausgebaut.

## Statistik 1997

Der Aufwand beim Ansatz „Besondere Sportförderung – Leistungszentren“ betrug im Jahre 1997 S 8,200.000,- und setzt sich zusammen wie folgt:

Betriebskosten und Verwaltung BSZ	S 1.855.862,-
Veranstaltungen des Landes	S 252.712,-
Kurse der Dach- und Fachverbände	S 1.145.768,-
Sportmedizin und Doping	S 740.072,-
Öffentlichkeitsarbeit (Handbuch und Sportfachrat)	S 184.460,-
LSS St. Pölten	S 3.900.000,-
Gesellschafterbeitrag 1998	S 8.078.874,-

## Bewilligte Förderungen

27 Jugendsportausbildungs- und Trainingszentren und 15 Sporthauptschulen	S 4.116.000,-
40 Vereine für den Ankauf kostenaufwendiger Sportgeräte	S 413.000,-
85 Vereine für den Spitzensport inkl. Jugendstaatsmeister und für den Spitzensport-Fonds	S 12.274.000,- S 600.000,-
51 Vereine und 1 Gemeinde für die Durchführung von Sportveranstaltungen	S 2.012.000,-
3 Dach- und 47 Fachverbände für den Verwaltungsaufwand	S 6.801.270,-
Förderung der Jugendverbände	S 344.000,-
3 Dach- und 46 Fachverbände für den Einsatz von geprüften Trainern und Lehrwarten	S 2.026.000,-
18 Vereine, Hallenmieten	S 852.837,-
51 Ansuchen zur Förderung des Jugendsportes	S 769.000,-
94 Gemeinden und 307 Vereine für den Sportstättenbau	S 34.421.500,-
Sportgymnasium Maria Enzersdorf (Bund)	S 5.000.000,-
Sport-Kollektivunfallversicherung	S 1.572.287,-
SC Landhaus	S 918.000,-
Landessportrat und Landesmeisterschaftsmedaillen	S 192.434,-

Dem Sport in Niederösterreich wurden 1997 S 80,391.202,- zugeführt.

## Abteilung Energie- und Strahlenschutzrecht

Die Tätigkeit der Abteilung umfaßt im besonderen:

- die Vollziehung der Vorschriften auf dem Gebiete des Elektrizitätswesens, der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft, der Elektrotechnik, des Kesselwesens, der Luftreinhaltung hinsichtlich Kesselanlagen und des Strahlenschutzes für medizinische Anlagen,
- die Begutachtung von einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen,
- die Erstellung landesrechtlicher Entwürfe für Rechtsvorschriften.

## Schwerpunkte 1997

Im Jahr 1997 lagen die Schwerpunkte der Tätigkeit vor allem im Bereich der Bewilligung und Überprüfung von elektrischen Leitungsanlagen, Stromerzeugungs- und Gasanlagen und von medizinischen Strahleneinrichtungen sowie im legislativen Bereich.

Umfangreich und zeitaufwendig waren insbesondere die Vorprüfungsverfahren

nach dem NÖ Starkstromwegegesetz für den Bau

- einer 110-kV-Doppelleitung Umspannwerk Rosenburg – Umspannwerk Eggenburg,
  - einer 380-kV-Einbindung in das Umspannwerk Pottenbrunn.
- Die Ermittlungsverfahren für den Bau und Betrieb
- einer Umlegung der bestehenden 110-kV-Leitung Bisamberg – Mistelbach im Bereich Wolkersdorf und
  - einer 110-kV-Doppelleitung Umspannwerk Moosbrunn – Umspannwerk Seibersdorf – Umspannwerk Wasenbruck

konnten abgeschlossen und die Bewilligungen erteilt werden.

Das Ermittlungsverfahren für den Bau und Betrieb einer 110-kV-Einfachleitung Am Schuß – UW Zwettl, Teilstrecke I (Am Schuß – Sallingberg, 21 km) wurde eingeleitet. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten auch die Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen.

Im Jahr 1997 hat die Abteilung in verschiedenen Arbeitskreisen mitgewirkt,

etwa dem Arbeitskreis Klimabündnis, dem Arbeitskreis Biogas und dem Arbeitskreis zur Vereinheitlichung der Gasgesetze der Länder.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Mitwirkung bei der Ausarbeitung eines Entwurfes eines neuen Grundsatzgesetzes betreffend die Elektrizitätswirtschaft. Zeitaufwendig war auch das Bemühen, die Länderstandpunkte zu Fragen der Elektrizitätswirtschaft zu koordinieren.

## Statistik 1997

Es wurden an 217 Tagen mündliche Verhandlungen durchgeführt. Für 345 elektrische Leitungsanlagen wurde die Bau- und Betriebsbewilligung nach dem NÖ Starkstromwegegesetz erteilt (299.353 m bis 30 kV, 43.081 m bis einschließlich 110 kV, 239 Trafostationen, 12 BKÜ-Maste und 1 Umspannwerk). Für 11 Stromerzeugungsanlagen (ein Wasserkraftwerk, ein Kraftwerk, 7 Windkraftanlagen, einer Energieversorgungszentrale und

eine Netzersatzanlage) wurde die Bewilligung nach dem NÖ Elektrizitätswesengesetz ausgesprochen. Es wurden 7 Windkraftanlagen überprüft, und in 89 Fällen erfolgte die Überprüfung elektrischer Leitungsanlagen.

Außerdem gab es 9 Enteignungs- und 2 Leitungsrechtsverhandlungen. Lediglich in 3 Fällen mußte die Enteignung ausgesprochen werden.

Für 34 Erdgasanlagen wurde die Bau- und/oder Betriebsbewilligung nach dem Energiewirtschaftsgesetz erteilt (14.718 m Hochdruck- und 12.200 m

Mitteldruck-Erdgasleitungen einschließlich 9 Erdgasregelanlagen, einer Gaskesselanlage und einer MD/ND-Regelanlage). Außerdem wurden noch 76 Anlagen überprüft.

Für 48 medizinische Strahleneinrichtungen wurden Bewilligungen nach dem Strahlenschutzgesetz erteilt. In 94 Fällen wurden Strahleneinrichtungen überprüft. Die Abteilung nimmt am LAKIS-Projekt des Amtes der NÖ Landesregierung teil. Das System LAKIS kann bereits in vielfacher Weise gewinnbringend eingesetzt werden.

## Ziele 1998

- Umsetzung der EU-Binnenmarktrichtlinie Strom durch Ausarbeitung eines Ausführungsgesetzes
- Novellierung des NÖ Gassicherheitsgesetzes
- Überprüfung der Röntgen- und Windkraftanlagen
- Weitere Vereinfachung und Beschleunigung der Arbeitsabläufe durch eine verstärkte Nutzung des LAKIS-Systems

3

## Abteilung Sparkassen und Stiftungsaufsicht

### Schwerpunkte 1997

#### Sparkassenangelegenheiten

Zur Zeit bestehen 29 selbständige Sparkassen. Aus den von den Sparkassen gebildeten Widmungsrücklagen konnte an Spenden ein Betrag von S 7.704.037,30 bewilligt werden, der sozialen Einrichtungen, wichtigen kommunalen sowie lokal und regional bedeutsamen kulturellen Vorhaben zugute gekommen ist.

- Teilnahme an den Schlußbesprechungen über die Bilanz des jeweiligen Geschäftsjahres unter besonderer Berücksichtigung eventueller Problemfälle
- Bestellung und Abberufung der Staatskommissäre, Vorschreibung und Anweisung der Funktionsgebühren
- Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen des Bankwesen- und Sparkassengesetzes
- Teilnahme an Sparkassenfachtagungen
- Vormerkung und Überwachung personeller Änderungen in den Organen der Sparkassen
- Teilnahme an Sparkassenvereinsversammlungen
- Genehmigung von Sparkassenvereinsstatutenänderungen

#### Preisrechtliche Angelegenheiten sowie Angelegenheiten des Konsumentenschutzes und der Produktsicherheit

- Folgende Gewerbebetriebe (rund 2.570) wurden von den Preisbehörden im Hinblick auf Preisauszeichnung überprüft: Tankstellen, Lebensmitteleinzelhandelsbetriebe, Konditoreien und Bäckereien, Textilfachgeschäfte (Boutiquen usw.), Friseure, Gas-, Wasser- und Elektroinstallationsunternehmen, Gaststätten und Restaurants, Imbißstuben und Buffets in den Bädern, Textilreiniger, Wäscher und Wäschebügler, Fleischer, Drogerien und Parfümerien, Fotohandel, nicht rezeptpflichtige Sachgüter in Apotheken.

- Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen sowie EU-Richtlinien in Preis-, Konsumentenschutz- und Produktsicherheitsangelegenheiten;
- Erlöszusammenstellung, Stromabgabe und Erlöse von 20 kleinen und mittleren EVUs;
- Teilnahme an Preisbehörden-, Produktsicherheits- und Konsumentenschutztagungen;
- Beratung in Angelegenheiten des Konsumentenschutzes (besonders Fragen der Gewährleistung bzw. Rücktrittsmöglichkeiten bei Kaufverträgen);
- Markterhebungen nach dem Produktsicherheitsgesetz.

#### Stiftungsaufsicht

- Beaufsichtigt wurden 73 Landesstiftungen, 17 Landesfonds, ein Landesstiftungsfonds, 21 Bundesstiftungen und ein Bundesfonds.
- Überprüfung der Rechnungsabschlüsse der Stiftungen und Fonds nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit unter Beachtung, daß das Stammvermögen der Stiftung in einer den Vorschriften über Mündergeld gemäßen Art und Weise angelegt ist;
- Beachtung der gesetzlichen Frist zur Vorlage der Rechnungsabschlüsse bis Ende Juni des folgenden Jahres;
- Satzungsänderungen (Anpassungen der Stiftungs- und Fondssatzungen an die Bestimmungen des Gesetzes und an die geänderten sozialen Verhältnisse);
- Auflösung von Stiftungen und Fonds bei Vorliegen eines gesetzlichen Auflösungsgrundes;
- Beratung bei Neuerrichtung von Stiftungen und Fonds und Entscheidung über die Zulässigkeit der Errichtung, Satzungs genehmigungen;
- Überprüfung von Pachtverträgen;
- Überprüfung der Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Stiftungsgrundstücke.

#### Kultusangelegenheiten

Kirchliche Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Landeshauptmannes fallen, z. B. Erbschaften an Kirchen und Orden.

### Probleme 1997

#### Sparkassenangelegenheiten

Die Sparkassen müssen einerseits den Herausforderungen, die die Globalisierung der Wirtschaft und der Binnenmarkt mit sich bringt, gewachsen sein, andererseits vor allem die Chancen, die der Regionalmarkt noch bietet, entsprechend nutzen.

Die anhaltende schwierige Wirtschaftslage, gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Insolvenzverfahren, bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Ertragslage der Kreditinstitute. Die niederösterreichischen Sparkassen haben durch eine entsprechende Vorsorgepolitik (Bildung von Wertberichtigungen und Rücklagen) diese Situation noch ohne Probleme meistern können. Die geringe Zinsspanne und das anhaltend niedrige Zinsniveau wirken sich ebenfalls dämpfend auf die Ertragslage der Sparkassen aus.

#### Preisrechtliche Angelegenheiten sowie Angelegenheiten des Konsumentenschutzes und der Produktsicherheit

Die Überprüfung der Preisauszeichnungspflicht wird nun von den Bezirksverwaltungsbehörden durchgeführt, um die notwendige Information in Form einer korrekten Preisauszeichnung für die Konsumenten verstärkt zu gewährleisten. Eine flächendeckende und dauernde Überwachung ist jedoch auf Grund der Personalsituation nicht möglich, so daß nur monat-

lich Schwerpunktkontrollen vorgenommen werden können. Probleme der Konsumenten im Binnenmarkt (verbesserte Gewährleistung, Fernabsatz) können nur auf EU- bzw. bundesgesetzlicher Ebene geregelt werden.

Die Einrichtung einer wirksamen Marktüberwachung nach dem Produktsicherheitsgesetz bringt in Zeiten restriktiver Personalmaßnahmen Probleme mit sich, so daß nur sehr beschränkt Markterhebungen durchgeführt werden konnten.

### Stiftungsaufsicht

Die Erhaltung der teilweise sehr alten Stiftungshäuser, die kaum oder nur geringen Ertrag abwerfen (Substandard), ist sehr schwierig, weil nur bedingt nach dem Mietrechtsgesetz vorgegangen werden kann, da der ursprüngliche Stiftungszweck in den meisten Fällen die

Unterbringung „bedürftiger Bürger“ in dem Stiftungsgebäude vorgesehen hat. Durch intensive Beratung der Verwaltungsorgane in mietrechtlichen Angelegenheiten konnten durch Einhebung des Erhaltungsbeitrages bzw. durch Abschluß neuer Mietverträge die Erhaltung und Instandsetzung der Stiftungshäuser bereits teilweise in Angriff genommen werden.

## Ziele 1998

### Sparkassenangelegenheiten

Zielvorgabe ist weiterhin die Einhaltung der Bestimmungen des Bankwesen- und Sparkassengesetzes durch die Sparkassen.

## Preisrechtliche Angelegenheiten sowie Angelegenheiten des Konsumentenschutzes und der Produktsicherheit

- Überwachung der Einhaltung der Preisauszeichnung im Sinne einer bestmöglichen Information für Preisvergleiche für die Konsumenten.

- Hilfestellung durch entsprechende Beratung bei Problemen anfragender Konsumenten.

- In Produktsicherheitsangelegenheiten gilt es, den Konsumenten schon vor potentiellen Gefährdungen durch angebotene Produkte zu schützen.

3

### Stiftungsaufsicht

Sicherstellung der Erhaltung des Stammvermögens der Stiftungen, die Erfüllung des Stiftungs- bzw. Fondszweckes und die ordnungsgemäße Verwaltung der Stiftungen und Fonds.

## Abteilung Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten

### KFG und Lenkerprüfungen

#### Schwerpunkte 1997

- Erteilung von Einzel- und Ausnahmegenehmigungen gem. § 31 und § 34 KFG 1967
- Genehmigung von Änderungen gem. § 33 KFG 1967
- Ausnahmegenehmigungen in Fällen, wo das Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst im Einzelfall den Herrn Landeshauptmann gem. § 34 KFG 1967 ermächtigt
- Wiederkehrende Überprüfung von Omnibussen, schweren Lastkraftwagen und Anhängern gem. § 55 KFG und § 15 GGSt
- Besondere Überprüfung von Kraftfahrzeugen und Anhängern gem. § 56 KFG 1967
- Besondere Genehmigungen und besondere Ausnahmegenehmigungen von Fahrzeugen zur Beförderung gefährlicher Güter gem. § 12 und GGSt
- Genehmigung von Bauartmustern von Verpackungen für die Beförderung gefährlicher Güter gem. § 6 GGSt
- Einsatz des Landes-Kfz-Prüfzuges vorwiegend an der Ostgrenze gem. § 58 KFG 1967
- Abgabe von Kfz-technischen Gutachten im Verwaltungsverfahren sowie für den UVS
- Lenker-, Fahrlehrer- und Fahrschullehrerprüfung (§ 126, 127 KFG 1967)
- Prüfungs- und Beobachtungsfahrten bei Aufnahme von Lenkern für den Fahrdienst sowie für Ausgleichseinrichtun-

gen bei Körperbehinderten gem. § 69 KFG 1967

- Begutachtung von Fahrschulfahrzeugen gem. § 112 KFG 1967

- Besichtigung der Geräte und Einrichtungen der Gewerbetreibenden und Vereine, die gem. § 57a KFG 1967 zur wiederkehrenden Begutachtung oder gem. § 24 Abs. 5 KFG 1967 zur Prüfung von Fahrtschreibern ermächtigt sind oder ermächtigt werden sollen

- Weitere Genehmigungen und Begutachtungen gem. §§ 5, 29, 96, 104, 112, 122 und 137 KFG 1967

#### Probleme 1997

##### Kraftfahrzeugprüfungen

Im Sinne der Dezentralisierung stehen die Prüfstellen Amstetten, Brunn/Wild, St. Pölten, Weikersdorf, Wolkersdorf und Wiener Neudorf zur Verfügung.

Die Fahrzeuge, die der amtlichen Überprüfung unterliegen wie Omnibusse, Tankwagen und Tankanhänger, schwere Lastkraftwagen und schwere Anhänger sind zum Großteil im Überlandverkehr eingesetzt, so daß sie nicht immer zu den vorgesehenen Prüfterminen, sondern zu anderen Terminen bzw. bei den Journaldiensten vorgeführt werden.

Die besonderen Genehmigungen und besonderen Ausnahmegenehmigungen gem. §§ 12 und 14 GGSt für Tankfahrzeuge werden bereits auch in den Außenstellen St. Pölten und Wolkersdorf ausgestellt, jedoch fehlen in den Außenstellen Brunn/Wild und Weikersdorf noch entsprechend geschulte Sachverständige.

##### Lenkerprüfungen

Eine besondere Häufung der Termine war vor allem in den Sommermonaten, während der Urlaubszeit, festzustellen. Auch im Jahre 1997 konnten die angeforderten Termine nur mit Hilfe von Lenkerprüfern, die sich bereits im Ruhestand befinden oder von anderen Dienststellen bereitgestellt wurden, wahrgenommen werden.

Die durch die EU-Richtlinien geforderten längeren Prüfungsfahrten im Verkehr werden zu einer längeren Prüfdauer führen. Eine Verringerung der Kandidatenanzahl wird eine größere Anzahl von Prüfterminen erfordern.

Noch immer werden Prüftermine so kurzfristig abgesagt, daß ein anderweitiger Einsatz der Sachverständigen nicht mehr möglich ist.

#### Ziele 1998

##### Kraftfahrzeugprüfungen

- Es wurden Verhandlungen über den Ankauf eines Gefahrgutmobils gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres geführt. Der Einsatz wird voraussichtlich ab Frühjahr 1998 möglich sein.

- Eine gleichmäßigere Verteilung der von den Zulassungsstellen angeforderten Prüftermine über das ganze Jahr wird betrieben. Die vorhandenen Prüfeinrichtungen könnten dadurch besser ausgelastet und Engpässe vermieden werden.

Lenkerprüfungen

Die Abteilung versucht am Führerscheingesetz so mitzuarbeiten, daß kein höherer Aufwand im Zuge der Lenkerprüfungen entsteht.

**Statistik 1997**

Prüfungen gem. § 55 und 56 KFG 1967	
Von Zulassungsstellen vorgeladene	
Fahrzeuge	30.828
davon erschienen	19.842
Nochmals vorführen (wegen schwerer Mängel)	4.346
Kennzeichenentzug	67
Insgesamt geprüfte Fahrzeuge	
Kraftwagen	20.038
Omnibusse	733
Anhänger	7.408
Krafträder	483
Tankwagen	1.150
Tankanhänger	886
Fahrzeuge nach § 122 KFG	130
Mit Prüfzug geprüfte Fahrzeuge:	
insgesamt	3.894
Kraftwagen	2.810
Omnibusse	244
Anhänger	828
Krafträder	12
Genehmigungen nach KFG	
§ 31 KFG 1967	18.756
§ 34 KFG 1967	6.958
§ 33 KFG 1967	2.556
§ 33 KFG 1967	7.214
Sonstige Erledigungen	
Anzahl der Verkehrskontrollen mit Prüfzug dabei eingesetzte Sachverständige	157
Besichtigung bzw. Revision von Gewerbetreibenden (§ 57a KFG 1967)	170
Verhandlungen beim UVS	94
Schriftliche Gutachten zu Verwaltungsstrafakten	32
Lenker-, Fahrlehrer- und Fahrerschullehrerprüfungen	356
Entsendete Sachverständige	1.938
Kandidatenzahl	36.106

An Verwaltungsabgaben wurden S 9,518.859,61 eingenommen.

**Dienstkraftwagenbetrieb und Werkstätte**

**Schwerpunkte 1997**

Im Jahre 1997 konnten die von den verschiedenen Dienststellen des Amtes der NÖ Landesregierung angeforderten Dienstfahrzeuge nur zum Teil durch die Fahrbereitschaft zur Verfügung gestellt werden, da permanent versucht wird, Dienstkraftwagen einzusparen.

Mit den Fahrzeugen der Lkw-Fahrbereitschaft wurden überwiegend Transporte des Gewerblichen Berufsschulrates, des Landesmuseums, der Abteilung Tourismus und der Umweltausstellungen durchgeführt.

Für die Übersiedlung in das neue Regierungsviertel nach St. Pölten konnten Transporte mit den Fahrzeugen der Lkw-Fahrbereitschaft durchgeführt werden.

Für andere Dienststellen wie Bezirks-hauptmannschaften, NÖ Agrarbezirks-behörden, die Gebietsbauämter und verschiedene Landesanstalten wurden eine kraftfahrtechnische Betreuung, Begutachtung und Überprüfung von Reparaturkosten sowie die Neuanschaffung von Dienstfahrzeugen durchgeführt.

Über Auftrag wurden an beamteneigenen Fahrzeugen Reparaturrechnungen überprüft sowie Zeitwertfeststellungen durchgeführt, wenn diese bei einer Dienstfahrt beschädigt wurden.

Die Erhaltung der Dienstfahrzeuge erfolgt durch die angeschlossene Werkstätte, wobei auch Fahrzeuge anderer Landesdienststellen (Bezirkshauptmannschaften, Gebietsbauämter, Agrarbezirksbehörden usw.) betreut werden.

Die Reparaturen und Wartungsarbeiten umfassen die Instandsetzung mechanischer Teile, Inspektionen, Service und Ölwechsel.

Auch Ein- und Umbauten für die spezielle Einsatzart der Fahrzeuge werden vorgenommen. Die zugeteilten Mechaniker wurden aber auch 517mal als Prüfmechaniker bei Kraftfahrzeug-Prüfungen und insbesondere beim Landesprüfzug eingesetzt. Die Werkstattausstattung konnte mit einem sehr hohen Wert von fast 89% auf die betroffenen Fahrzeuge umgelegt werden.

**Probleme 1997**

Die Nachbesetzung von Lenkern nach der Pensionierung erfolgt nur zaghaft, die notwendigen Transportleistungen konnten deshalb nicht vollständig durchgeführt werden.

**Ziele 1998**

Alle Möglichkeiten der Kostenminimierung werden weiter betrieben. Es soll ein Gefahrgutmobil für spezielle Kontrollen von ADR-Fahrzeugen angeschafft werden.

### Tätigkeiten und Schwerpunkte 1997

- Fachliche Koordinierung aller den Wasserbau betreffenden Aufgaben zwischen den Fachabteilungen
- Zusammenfassung der Teilvoranschlagsentwürfe und der Anforderungen für Nachtragskredite; Vertretung des Gesamtvoranschlags
- Angelegenheiten des inneren Dienstes; Abwicklung aller Kanzlei- und Schreiberarbeiten gemeinsam für die einzelnen Fachabteilungen
- Prüfung und Evidenthaltung der monatlichen Reisekosten

In allen Bereichen der Gruppe wurde versucht, mit den im Jahre 1997 zur Verfügung stehenden Landesmitteln die höchstmöglichen Bundesförderungsmitel zu den wasserbaulichen Maßnahmen, entsprechend den gesetzlichen Regelungen, zu erreichen.

Dem Schutz und der Verbesserung der Umwelt, vor allem der Böden, des Grundwassers und der Fließgewässer wurde bei allen der Hebung der Lebensqualität der Niederösterreichischen Bevölkerung dienenden Maßnahmen wie Hochwasserschutz, Bewässerung und Erosionsschutz, Errichtung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen größtes Augenmerk zugewendet.

### Ziele 1998

- Erstellung eines Leitbildes für die Gruppe Wasser
- Verbesserung und Beschleunigung der Verfahrensabläufe
- Vernetzung der Umweltdatensysteme im Bereich Wasser

3

## Abteilung Wasserrecht und Schifffahrt

### Schwerpunkte 1997

#### Wasserrecht

- Außerordentlicher NÖ Wasserrechtsreferententag mit Bezirkshauptmannschaften über die Wasserrechtsgesetz-novellen 1997
- Informationsveranstaltungen für die Gemeinden zu den WRG-Novellen
- Erfassung der personellen Auswirkungen der Zuständigkeitsverschiebungen
- Informationen an die Kammern zu den WRG-Novellen
- Mitwirkung bei der Schaffung von neuen Rechtsvorschriften für die Altlastensanierung
- Mitwirkung bei Stellungnahmen zur EU-Wasserrahmenrichtlinie
- Organisation der Übersiedlung nach St. Pölten und einer bürgerfreundlichen Gestaltung der Arbeitsabläufe im neuen Amtsgebäude
- Mitarbeit im Arbeitskreis Wasserdat-tenverbund
- Grundwasserverunreinigungen im (Einzugs-)Bereich der „Mitterndorfer Senke“ (insbesondere Sanierung von Mißständen)
- Fischer-Deponie; Berger Deponie
- Erstellung von Vorschlägen für wasserwirtschaftliche Rahmenverfügungen
- Wasserrechtsverfahren betreffend Wasserversorgungsanlagen (Schutz- und Schongebiete)
- Ausarbeitung eines Verordnungsentwurfes nach § 33g Abs. 2 WRG 1959
- Anpassungsverfahren betreffend Abwasserbeseitigungsanlagen (Abwasseremissionsverordnungen), insbesondere von Abwasserverbänden und kommunalen Anlagen; sonstige vom Wasserwirtschaftsfonds geförderte Anlagen

- Verfahren zur Anpassung von Mülldeponien an den derzeitigen Stand der Technik
- Kompostieranlagen und Feuchtbio-topie
- Überarbeitung der Organisation der Gewässeraufsicht
- gezielter Einsatz der Gewässerauf-sicht
- Soforteinsätze auf Grund von tages-aktuellen Ereignissen und Medienberichten
- EDV-mäßige Erfassung des Wasserbuches
- Überprüfung alter Wasserrechte zum Zweck der Anpassung des Wasserbuches an den aktuellen Stand
- Koordination der Abteilung mit den Wasserrechtsbehörden I. Instanz (NÖ Wasserrechtsreferententag 1997)
- Mitwirkung bei der Erfassung von Altlasten (Verdachtsflächenkataster und Altlastensanierungsgesetz)
- Erstellung von Verordnungsentwürfen für Grundwassersanierungsgebiete im Sinne des § 33f WRG 1959

#### Schifffahrt

- Vollzug des Schifffahrtsgesetzes 1990 und des Schifffahrtsgesetzes BGBl. I Nr. 62/1997
- Vollzug der Schiffszulassungsverord-nung 1990 und der Schiffszulassungs-verordnung BGBl. II Nr. 296/1997
- Vollzug der Schifffahrtsanlagenverord-nung 1991
- Vollzug des Seeschifffahrtsgesetzes 1981
- Vollzug der Jachtzulassungsverord-nung 1994
- Vollzug der Schiffstechnikverordnung 1993

- Vollzug der Schiffsführerverordnung 1990 und der Schiffsführerverordnung BGBl. II Nr. 258/1997
- Vollzug von Angelegenheiten der Schiffszulassung zur Binnenschifffahrt im Rahmen des Umsatzsteuergesetzes 1994
- EDV-mäßige Bearbeitung von Schifffahrtsangelegenheiten (wie Schiffs-führer und Zulassungen)
- EDV-mäßige Erfassung der Schiffsflän-den (Ländenkataster)
- Verordnungen betreffend die Schiff-fahrt auf NÖ Seen und Flüssen (ein-schließlich Donaualtarme)
- Schifffahrtsrechtliche Regelung betref-fend die Enns-Stauseen im Einverneh-men mit der OÖ Schifffahrtsbehörde
- Umsetzung der Ergebnisse des Schiffsführerprüfungswesens (vor allem auf Grund der Wasserstraßen-Verkehrs-ordnung 1993), einschließlich der Aus- und Weiterbildung der juristischen und technischen Schiffsführerprüfer
- Koordination der NÖ Schifffahrtsbe-hörde mit den Schiffsführerschulen (Schiffsführerschulenbesprechung)
- Überprüfung von Schifffahrtsanlagen
- Überprüfung von sonstigen Anlagen und Arbeiten im Bereich der Wasserstra-ßen
- Überprüfung der Mietboote in Nieder-österreich
- Einrichtung von Dienstländern in Nie-derösterreich
- Präsentation des NÖ Schifffahrtswe-sens und Information im Rahmen der Tullner Bootsmesse 1997

## Ziele 1998

### Wasserrecht

- Umsetzung der WRG-Novellen 1997 („Deregulierungsnovelle“ und „Deponie-novelle“)
- Organisatorische Neustrukturierung auf Grund der Auswirkungen der WRG-Novellen 1997
- Mitwirkung in Arbeitskreisen zur Anpassung des Wasserrechtsgesetzes an die EU-Bestimmungen
- Neuorganisation der Gewässeraufsicht und Neugestaltung des Organisationsstatutes;
- Erarbeitung eines Schwerpunktprogrammes im Bereich Wasserversorgung
- Überarbeitung bestehender Schutz- und Schongebiete auf Grund der Wasserrechtsgesetz-Novelle 1990
- Erlassung von neuen Schongebietsverordnungen
- Schaffung neuer organisatorischer Strukturen zur Bearbeitung von Altlasten und Verdachtsflächen
- Mitwirkung zur Anpassung des Altlastensanierungsgesetzes an die heutigen Bedürfnisse
- Mitwirkung an der Verbesserung der Gewässergüte von Flüssen und Seen
- Mitarbeit im Rahmen der Österreichisch-Tschechischen und -Slowakischen Grenzgewässerkommission
- EDV-mäßige Erfassung der Wasserbuchdaten bei den Behörden I. Instanz auf Grund der WRG-Novelle 1990

- Erstellung der Vorgaben für den Wasserdatenverbund
- Mitarbeit bei der EDV-mäßigen Erfassung von Abwasseruntersuchungsbe-funden
- Weiterer Grundwasserschutz im Bereich potenter Grundwasserkörper (z. B. Mitterndorfer Senke, Marchfeld, Tullnerfeld)
- Kontakt auf dem Gebiet Wasserrecht mit EU-Beamten
- Überprüfung bewilligter Wasserbenutzungsanlagen (Wasserversorgungsanlagen, Abwasserbeseitigungsanlagen, Deponien, Naßbaggerungen und Teiche) in bezug auf ihre Funktion, Auswirkung bzw. Wassergüte

### Schifffahrt

- Vollzug des Schifffahrtsgesetzes BGBl. I Nr. 62/1997
- Vollzug der Schiffszulassungsverordnung BGBl. II Nr. 296/1997
- Vollzug der Schifffahrtsanlagenverordnung 1991
- Vollzug des Seeschifffahrtsgesetzes 1981
- Vollzug der Jachtzulassungsverordnung 1994
- Vollzug der Schiffstechnikverordnung 1993
- Vollzug der Schiffsführerverordnung BGBl. II Nr. 258/1997
- Vollzug von Angelegenheiten der Schiffszulassung zur Binnenschifffahrt im Rahmen des Umsatzsteuergesetzes 1994

- Vollzug der in die Kompetenz des Landeshauptmannes von NÖ fallenden Angelegenheiten der Verordnung 1997, mit der die Wasserstraßen-Verkehrsordnung geändert wird
- EDV-mäßige Bearbeitung von Schifffahrtsangelegenheiten (wie Schiffsführer und Zulassungen)
- EDV-mäßige Erfassung der Schiffs-länden (Ländenkataster)
- Verordnungen betreffend die Schifffahrt auf NÖ Seen und Flüssen (einschließlich Donaualtarme)
- Schifffahrtsrechtliche Regelung betreffend die Enns-Stauseen im Einvernehmen mit der OÖ Schifffahrtsbehörde
- Umsetzung der Ergebnisse des Schiffsführerprüfungs-wesens (vor allem auf Grund der Wasserstraßen-Verkehrsordnung), einschließlich der Aus- und Weiterbildung der juristischen und technischen Schiffsführerprüfer
- Koordinaten der NÖ Schifffahrtsbehörde mit den Schiffsführerschulen (Schiffsführerschulenbesprechung)
- Überprüfung von Schifffahrtsanlagen
- Überprüfung von sonstigen Anlagen und Arbeiten im Bereich der Wasserstraßen
- Überprüfung der Mietboote in Niederösterreich
- Einrichtung von Dienstständen in Niederösterreich
- Präsentation des NÖ Schifffahrtswesens und Information im Rahmen der Tullner Bootsmesse 1998

## Abteilung Wasserwirtschaft

Im Rahmen der Arbeit der *Amtssachverständigen* für Wasserbau, Abwassertechnik, Gewässerbiologie, Deponietechnik werden projekts- und anlagenbezogene Gutachtertätigkeiten sowie Überprüfungstätigkeiten im Rahmen von Behördenverfahren wahrgenommen. Im Hinblick auf die Sachverständigentätigkeiten sind besonders die Konsequenzen infolge der Wasserrechtsgesetz-novelle 1997 anzuführen. Diese bietet die Möglichkeit eines vereinfachten Verfahrens (Anzeigeverfahren ohne mündliche Verhandlung) für die Erweiterung von Trinkwasserversorgungs- und Kanalisationsnetzen.

Da wegen des Entfalls der mündlichen Verhandlung Feinabstimmungen der Projekte und ein Eingehen auf Wünsche betroffener Parteien im Rahmen des Verfahrens nicht mehr möglich ist und die gesamte Akkordierung durch den Projektwerber im Vorfeld zu erfolgen hat, werden an den Planer erhöhte Anforderungen hinsichtlich des Umfangs und der Genauigkeit der Projektbearbeitung gestellt. Auch sind alle üblicher-

weise in Bewilligungsbescheiden (diese entfallen beim Anzeigeverfahren) in Auf-lagenform festgelegten Vorkehrungen nun bereits in das Projekt einzuarbeiten. Da das vereinfachte Verfahren sowohl im Interesse der Gemeinden als auch der Landesverwaltung gelegen ist, war es wesentlich, die Planer bei der Erfüllung der gestiegenen Projektanforderungen aktiv zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurden für Trinkwasserversorgungsnetze und Kanalisationsanlagen Anforderungskataloge ausgearbeitet und den Ziviltechnikern zur Verfügung gestellt.

Für den Fachbereich „Deponietechnik“ ergab sich ein erhöhter Bearbeitungsaufwand infolge von Gesetzesnovellierungen, insbesondere des WRG. Neben der verkürzten Gesamterledigungszeit (für die Behörde und alle befaßten Sachverständigen maximal 3 Monate) ist ein mehrstufiges Anpassungsverfahren eingeführt worden, um den Stand der Technik schrittweise zu erzielen. Durch die relativ knappe erste Frist mit 1. Jänner 1998 wurden intensive Vorbereitungsar-

beiten initiiert, um der steigenden Ver-fahrensanzahl eher gerecht werden zu können.

Infolge der zahlreichen Neuerungen wurden für die Ziviltechniker und Gemeindevorteiler mehrere Informations-veranstaltungen abgehalten, um die gestellten Anforderungen an die Projektunterlagen möglichst rasch erfüllt zu erhalten.

Durch diese neben den regulären Verfah-renstätigkeiten zusätzlichen Aufwendun-gen an Koordination, Qualitätssicherung und Diskussion der Umsetzungsmodalitäten soll eine möglichst technisch standardisierte, fristgerechte Beurteilung der Einzelfälle erleichtert werden.

Die Aufgaben der *wasserwirtschaftlichen Planung* sind in § 55 WRG definiert und umfassen sowohl die Beschaffung von Beurteilungsgrundlagen zu fach-spezifischen Fragestellungen als auch die Evidenz wasserwirtschaftlich rele-vanter Daten, die Entwicklung von Pla-nungszielen für wasserwirtschaftliche Themenstellungen sowie das Einbringen wasserwirtschaftlicher Gesamtspekte

in die Planung von Einzelprojekten und Behördenverfahren.

Im Hinblick auf die Umsetzung planerischer Gesichtspunkte wurden besonders auch die Aktivitäten auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit zur Herstellung notwendiger Information und Akzeptanz gegenüber dem Bürger verstärkt wahrgenommen.

Die Tätigkeit der zentralen *Gewässeraufsicht* umfaßt die Überwachung wasserwirtschaftlich relevanter Anordnungen und Handlungen sowie neben den in der Folge genannten Arbeitsschwerpunkten auch die fachliche Koordination der zentralen Gewässeraufsichtsansprüche bei den Bezirksverwaltungsbehörden.

Die Gewässeraufsicht Niederösterreich wurde im Herbst 1997 auch im Rahmen einer Pressekonferenz durch LR Blochberger der Öffentlichkeit vorgestellt.

Zur Verbesserung der Umsetzung von Altlastensanierungen wurde ein eigenes Referat zur Abwicklung sämtlicher im Zusammenhang mit Fragen der Altlastensanierung stehenden fachlichen Aufgaben eingerichtet.

Zur Optimierung der Informationsstrukturen betreffend wasserwirtschaftliche Daten werden wasserwirtschaftliche Informationssysteme laufend weiterentwickelt und verbessert.

Die angeführten Tätigkeitsbereiche werden durch die Mitarbeit von Vertretern der Abteilung Wasserwirtschaft bei der Erstellung diverser Fachrichtlinien, Regelblätter und ÖNORMEN in Zusammenarbeit mit einschlägigen Verbänden ergänzt.

Die fachlichen Arbeiten im Zusammenhang mit der Begutachtung von EU-Richtlinien, nahmen an Umfang zu.

## Wasserversorgung und Wasserbau

Folgende im Bericht 1996 angesprochenen Arbeiten zur Beschaffung wasserwirtschaftlicher Grundlagen gemäß § 55 WRG wurden fertiggestellt:

● **Trinkwasserversorgung Niederösterreich.** Der Status der Trinkwasserversorgung wurde auf der Ebene von Katastralgemeinden erhoben. Diese Arbeit gibt aus der Sicht der Gemeinden Auskünfte über qualitative und quantitative Probleme bei der Trinkwasserversorgung sowie über Überlegungen der Gemeinden zu Fragen der zukünftigen Bewerkstelligung der Trinkwasserversorgung.

Auf Grundlage dieser Arbeit wurde ein erster vorläufiger Vorschlag für einen Prioritätenkatalog zur Überarbeitung von Wasserschutz- und -schongebieten ausgearbeitet.

Folgende Arbeiten wurden im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Planung 1997 abgewickelt und fertiggestellt:

● **Mathematisches Grundwassermodell** – Transformation des 1996 erstellten

mathematischen Grundwassermodells für das südliche Wiener Becken: Das in Kooperation mit den Ländern Wien und Burgenland erstellte mathematische Grundwassermodell wurde für die bei der Abteilung Wasserwirtschaft installierte Software adaptiert und kann nun im Rahmen laufender Planungs- und Sachverständigentätigkeiten bei der Bearbeitung regionaler wasserwirtschaftlicher Fragestellungen verwendet werden.

● **WGEV-Meßnetzprüfung Tullnerfeld.** Für das Grundwassergebiet Tullnerfeld wurde eine, auf geostatistische Methoden aufbauende Prüfung der Aussagekraft von Grundwasserqualitätsdaten durchgeführt.

Die Ergebnisse dieser Arbeit dienen als Grundlage für die systematische Überprüfung der derzeit für regionales qualitatives Monitoring verfügbaren Meßnetze bzw. zur Festlegung ev. erforderlicher neuer Meßpunkte. Die Repräsentativität von Grundwasserqualitätsdaten für definierbare Grundwasserteilgebiete ist insbesondere im Zusammenhang mit Fragen der Abgrenzung und Festlegung von Sanierungsgebieten von Bedeutung.

● **Kiesleitplan Tullnerfeld.** Für die Region bzw. das Grundwassergebiet Tullnerfeld wurde ein wasserwirtschaftliches Konzept zur Gewinnung von Sand und Kies ausgearbeitet. Dieses Konzept hat die nachhaltige Sicherung der Trink- und Nutzwasserversorgung des Landes, besonders der Region, unter Berücksichtigung bauwirtschaftlicher Interessen zum Ziel und stellt landesintern eine Grundlage für die Überarbeitung des Regionalen Raumordnungsprogrammes und damit auch eine Basis für zukünftige bergbehördliche Aktivitäten dar. Zudem wurde auf Grundlage dieses Konzeptes in Kooperation mit der Abteilung Wasserrecht beim Bund ein Antrag um Erlassung einer „wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung“ gestellt.

● **Schutz- und Schongebiete** – ergänzende Arbeiten zur Erstellung eines Prioritätenkataloges „Schutz- und Schongebiete“: Nach einer Diskussion der Ergebnisse der Gemeindeumfrage mit den fachlich befaßten Fachabteilungen wurden ergänzende Auswertungen und Erhebungen erforderlich, die derzeit für den Bezirk St.Pölten abgewickelt werden. Diese Ergebnisse werden als Entscheidungsgrundlage für die weitere flächendeckende Gangart in Niederösterreich dienen.

Derzeit laufende wasserwirtschaftliche Planungsarbeiten:

● **Erstellung eines Konzeptes für einen „Wasserwirtschaftlichen Rahmenplan für den NÖ Zentralraum (Region Traisental)“.** Die Ist-Zustandserhebung ist abgeschlossen, die Ist-Zustandsanalyse wird, nach Verzögerungen im Projektablauf, noch heuer fertiggestellt werden.

Seitens der Abteilung Wasserwirtschaft ist vorgesehen, zukünftig einen verstärkten Arbeitsschwerpunkt auf die Erstellung inhaltlich umfassender wasserwirtschaftlicher Rahmenplanungen, in welchen vor allem auch regionale Entwicklungen Berücksichtigung finden sollen, zu legen. Damit wird der Notwendigkeit integrierter Problemlösungsansätze für wasserwirtschaftliche Fragen einzelner Regionen und damit auch den prinzipiellen Zielen der bei der Kommission der EU in Ausarbeitung befindlichen „Wasserrahmenrichtlinie“ Rechnung getragen.

● **Geologisch-Hydrogeologische Karte NÖ.** Dieses Projekt dient als Grundlage für die weitere systematische Erkundung und Erfassung von Wasserressourcen sowie der fachlichen Bewertung von Grundwasserdaten in zusammenhängenden Grundwassergebieten und wird unter Federführung der Abteilung Wasserwirtschaft in Kooperation mit den Abteilungen Hydrologie und Allgemeiner Baudienst abgewickelt. Als erster Projektabschnitt wurde der Kartierungsbereich Weinviertel in einem einheitlichen Maßstab 1 : 50.000 kompiliert und derzeit digitalisiert. Bis Mitte 1998 soll eine flächendeckend einheitliche digitale Kartengrundlage vorliegen.

● **NÖ-Kalkalpen.** Dieses Projekt wird unter Federführung der Abteilung Wasserwirtschaft gemeinsam mit den Bundesländern Wien, Oberösterreich und Steiermark sowie dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft abgewickelt. Die Erhebung zu verfügbaren Grundlageninformationen wird heuer mit einem schriftlichen Zwischenbericht abgeschlossen. Anschließend wird über evtl. erforderliche ergänzende Grundlagenarbeiten entschieden werden.

● **Hydrogeologie-Weinviertel.** Nach Fertigstellung regionaler wasserwirtschaftlicher Grundlagen für alle bedeutenden quartären Lockergesteinsgrundwasserleiter wurde mit ebensolchen Arbeiten im Bereich der tertiären Schotter des Weinviertels begonnen. Über diese hydrogeologisch für die regionale Wasserversorgung sowie auch im Zusammenhang mit Tiefengrundwasservorkommen relevanten Strukturen liegen derzeit noch keine geschlossenen Auswertungen und Beurteilungsunterlagen vor und werden derzeit in einem ersten Arbeitsschritt die verfügbaren Fachunterlagen nach fachlichen Kriterien gesichtet. Darauf aufbauend erfolgt die Ausarbeitung eines Untersuchungskonzeptes zur Erfassung der regionalen hydrogeologischen relevanten Rahmenbedingungen sowie eine wasserwirtschaftliche Gesamtbeurteilung.

● **Leitungskataster.** Es wurde mit vorbereitenden Arbeiten zur flächendeckenden, systematischen Erfassung von Transportleitungen von Trinkwasserversorgungssystemen begonnen. Die Kenntnis über Transportleitungssysteme

in Niederösterreich soll zukünftig die Zuordnung von Brunnenstandorten samt dazugehöriger Qualitätsdaten zu den Versorgungsgebieten ermöglichen. In Kombination mit verfügbaren Grundlageninformationen zur Hydrologie und Hydrogeologie und der örtlichen Situation der Wasserversorgung soll damit eine Grundlage für die Konzeption eines Versorgungskonzeptes für Niederösterreich unter besonderer Berücksichtigung von Fragen der Notversorgung geschaffen werden.

● **Gewässerökologische Datenbank und ökomorphologische Gewässerhebung.** Wie die chemisch-physikalischen Gewässergütedaten sollen künftig auch gewässerökologisch relevante Daten EDV-technisch verwaltet werden. Sämtliche für die ökologische Funktionsfähigkeit relevanten Informationen wie Taxalisten, Erhebungsbögen der Ökomorphologie etc. sollen in eine „Gewässerökologische Datenbank“ einfließen. Ergebnisse von gewässerökologischen Auswertungen (z. B. biologische, ökomorphologische Güte) können in der Folge auch in den vom Land Niederösterreich geplanten „Wasserdatenverbund“ eingebunden werden. Im Rahmen eines Vorprojektes werden derzeit

- bestehende Systeme recherchiert,
- die Anforderungen an die Datenbank definiert und
- die Erfordernisse für eine Umsetzung zusammengefaßt.

Diese ersten vorbereitenden Arbeiten sollen im Frühjahr 1998 abgeschlossen sein.

● **Grundwassersanierung.** Dieser Themenkomplex stellte auch 1997 einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt dar, die bereits 1996 eingeschlagenen Wege zur Problemlösung wurden konsequent weiterverfolgt. Es wurde gemeinsam mit Vertretern der NÖ Agrarbezirksbehörde, der LAKO sowie der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer ein Entwurf für ein ÖPUL-konformes Regionalprojekt für Grundwassergebiete erarbeitet. Parallel zur Vorbereitung eines der Grundwassersanierung unterstützenden Förderkonzeptes wurde, ebenfalls in Kooperation mit Vertretern der LAKO und der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, mit der Planung eines Ausbildungslehrganges für Landwirte begonnen; dieser Lehrgang soll Landwirte in Regionen mit Grundwassersanierungsbedarf in die Lage versetzen, im Rahmen einer speziellen Beratertätigkeit als Multiplikatoren für die Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen zu fungieren.

● **Nitratelimination.** Das Forschungsprojekt „Untersuchungen zur verbesserten Nitratelimination aus Grundwasser durch Anwendung von Membranen“ war in der labortechnischen Durchführung derart vielversprechend, so daß 1997 die Vergabe für eine labortechnische Erprobung der Nitratelimination mittels

Membranen in Form eines 2-Jahres-Projektes an die IFA Tulln von der Arbeitsgemeinschaft BMWA, BMUJF, Länder Niederösterreich, Burgenland, Steiermark, Oberösterreich, NÖSIWAG, ÖVWG, Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland erfolgte. Dieses Projekt wird fachlich durch Mitarbeiter der Gewässeraufsicht betreut.

● **Sachverständigendienst.** Im Rahmen des Sachverständigendienstes wird der größte Teil der Tätigkeit durch die Erfordernisse der Behörde(n) vorgegeben. Überwiegend ist es die Wasserrechtsbehörde, für welche die Sachverständigentätigkeit ausgeübt wird; fallweise sind die Eisenbahnbehörde, die Bergbehörde, die Schiffsverkehrsbehörde, die Luftfahrtbehörde, die Abfallbehörde und die Gewerbebehörde Partner für die Sachverständigentätigkeit im Bereich Wasserbau und Gewässerschutz. Daneben erfolgt noch eine Betreuung und Mitarbeit bei wasserwirtschaftlichen Projekten, bei Normenausschüssen und Arbeitskreisen von Fachvereinigungen.

Große Bedeutung nahmen im abgelaufenen Jahr jene Fragen bei Wasserversorgungen ein, die sich mit Grundwasserqualität, Sanierung und Anpassung an den Stand der Technik, Vernetzung von Systemen und die Anpassung von Wasserschutzgebieten an geänderte Rahmenbedingungen befaßten.

Beim Flußbau und bei Wasserkraftanlagen wurde weiterhin ein verstärktes Augenmerk auf den Stand der Technik und die Vernetzung mit der Gewässerökologie gelegt. Dazu zählen auch die Revitalisierungsprojekte von Donauarmen, letztere speziell vor allem im Bereich des Nationalparks Donau, aber auch bei anderen Flußabschnitten.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Beurteilung von Bauten im Hochwasserabfluß und die Erhaltung von Inundationsräumen bei großen Flüssen in Kombination mit Hochwasserschutzanlagen für die Siedlungsgebiete.

Bei Lagerung, Leitung und Umschlag wassergefährdender Stoffe/Mineralöl war die Gewerbebehörde der wesentliche Partner. Der Schwerpunkt war die Anpassung der Beurteilung im Hinblick auf einen verstärkten vorbeugenden Gewässerschutz und die Beratung von Gemeinden und Betrieben. Weiters wurden Prioritätsuntersuchungen bei Mineralöltlasten durchgeführt.

## Abwassertechnik

● Im Bereich der Abwasserentsorgung hat sich der Schwerpunkt der Aktivitäten auf Regionen, die dem sogenannten „ländlichen Raum“ zuzuordnen sind, verlagert. Dies liegt zunächst daran, daß in den vergangenen Jahren vor allem in städtischen Bereichen wirksame Maßnahmen der Emissionsbegrenzung ge-

setzt wurden und dadurch eine wesentliche Verbesserung des Gütezustandes der betroffenen Gewässer erreicht werden konnte. Andererseits wurden durch die Ausarbeitung und Veröffentlichung des NÖ Leitfadens „Abwasserentsorgung im ländlichen Raum“ Konzepte dargestellt, die auch in dünn besiedelten Gebieten eine wirtschaftlich günstige und zugleich effiziente Abwasserentsorgung ermöglichen. Durch die im NÖ Leitfaden vorgenommene inhaltliche Untermauerung des Begriffes der ökologischen Funktionsfähigkeit eines Gewässers konnten wesentliche Entscheidungskriterien für die Prüfung der Eignung von Kläranlagenstandorten gefunden werden. Damit ist es nunmehr möglich, mit einem deutlich verminderten Restrisiko für Gemeinden auch an kleineren Gewässern biologische Abwasserreinigungsanlagen herzustellen. In vielen Fällen konnten auf Basis der exakten Untersuchung der ökologischen Funktionsfähigkeit im Sinne des Leitfadens dezentrale Abwasserentsorgungskonzepte für Gemeinden entwickelt werden.

Wesentliche Gesichtspunkte im Rahmen dieser Vorgangsweise sind:

- Die Umweltverträglichkeit einer Abwasseranlage ist nicht ausschließlich anhand wasserwirtschaftlicher und wirtschaftlicher Kriterien zu beurteilen. Neben den Einwirkungen der Restemissionen auf Gewässer ist im Sinne einer gesamtheitlichen Betrachtungsweise auch auf die Erhaltung wertvoller Landschaftsräume und den sparsamen Umgang mit Ressourcen Bedacht zu nehmen.

– Zur Unterstützung der Gemeinden bei der Lösung dieser komplexen Problemstellung wurde ein Schema für eine gesamtökologische Beurteilung von Abwasseranlagen im ländlichen Raum entwickelt. Die Resultate dieser Arbeiten wurden im Leitfaden „Abwasserreinigung im ländlichen Raum – gesamtökologische Beurteilung“ zusammengefaßt, welcher im April 1996 in St. Pölten im Rahmen eines Symposiums präsentiert und sämtlichen Gemeinden des Landes als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt wurde.

● Spätestens seit der Wasserrechtsgesetz-Novelle 1990 belegt die Abwasserentsorgung bei vielen Gemeinden einen Spitzenplatz im Katalog der ungelösten Probleme. Neben der Errichtung von Kanälen in noch nicht entsorgten Gebieten und der Erschließung neuer Siedlungen sind bestehende Kläranlagen bereits wieder an den Stand der Technik anzupassen. Nach den ursprünglichen Vorstellungen des Bundesgesetzgebers wären alle diese Maßnahmen nahezu zeitgleich abzuwickeln gewesen.

Angesichts notwendiger Sparmaßnahmen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene war es sowohl aus wirtschaftlichen Überlegungen als auch im Interesse des Umweltschutzes notwendig,

ein Konzept zur Verbesserung der Effizienz des Einsatzes öffentlicher Mittel für Zwecke der Gewässerreinigung zu entwickeln.

Kurzfristig sollen Maßnahmen dort gesetzt werden, wo der größte Effekt für die Gewässerreinigung (vor allem für den Schutz des Grundwassers) zu erzielen ist. In NÖ fällt nämlich fast ein Fünftel aller häuslichen Abwässer in Ortschaften an, die noch über keine Kanalisation und Kläranlage verfügen. Durch die Errichtung öffentlicher Abwasseranlagen können hier bestehende Unzulänglichkeiten, wie Abwasserversickerungen und massive Grundwasserverschmutzungen, wirkungsvoll behoben, d. h. eine deutliche Reduktion der Umweltbelastung erreicht werden.

Die fachliche Basis für ein derartiges Vorgehen nach wasserwirtschaftlichen Prioritäten bildet eine unter Mitwirkung der niederösterreichischen Gemeinden erstellte flächendeckende Entsorgungstudie (bekannt unter dem Begriff FANÖ). Durch die enge Kooperation der Gemeindevertreter mit den Landesdienststellen ist es innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes gelungen, die aktuelle Entsorgungssituation im gesamten Landesgebiet nahezu lückenlos zu erfassen. In einem weiteren Bearbeitungsschritt wurden die bestehenden Entsorgungsverhältnisse und die davon ausgehenden Umweltbelastungen den Zielen des Gewässerschutzes gegenübergestellt. Als Ergebnis liegt nun eine nach Umweltauswirkungen gestaffelte Prioritätenreihung vor, welche die wasserwirtschaftliche Dringlichkeit von Entsorgungsmaßnahmen in jeder einzelnen der mehr als 3.000 Katastralgemeinden des Landes aufzeigt.

Eine verstärkte Koordination von Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung soll sicherstellen, daß behördliche Vorschriften von Gemeinden zeitgerecht erfüllt werden können. Sowohl die Festlegung von Fristen durch die Wasserrechtsbehörde als auch die Zuteilung öffentlicher Fördermittel wird daher im Einklang mit der wasserwirtschaftlichen Prioritätenreihung erfolgen.

● Die wissenschaftlichen Untersuchungen bei der nachgeschalteten bepflanzten Bodenfilteranlage in Strengberg wurden nach einer mehr als zweijährigen Versuchsphase im heurigen Frühjahr abgeschlossen. Die neuesten Erkenntnisse über die Reinigungsleistung und Bemessung dieser Anlage wurden in einem Schlußbericht vom Forschungszentrum Seibersdorf dokumentiert.

Aufgrund der strengen Anforderungen des Wasserrechtsgesetzes ist in vielen Gemeinden die bloß biologische Reinigung von Abwässern bei ungünstigen Verdünnungsverhältnissen am Vorfluter nicht ausreichend. Daher werden in Niederösterreich schon seit Jahren Möglichkeiten zur kostengünstigen, weitergehenden und naturnahen Restreinigung von kommunalen Abwässern gesucht.

Pflanzenkläranlagen zur dezentralen Behandlung von häuslichen Abwässern wurden in jüngster Zeit häufig diskutiert. Aufgrund der unterschiedlichen Konzeptionen, Ausbaugrößen und Reinigungsleistungen bestehender Anlagen konnten sich Pflanzenanlagen bisher als Hauptreinigungsstufe nur teilweise – v. a. als Kleinstanlagen – etablieren. Die in Strengberg untersuchte, relativ neue Technologie der schwallartigen und vertikalen Beschickung von bepflanzten Bodenfilteranlagen in Form einer weitergehenden Reinigungsstufe stellt ein System dar, das besonders im Hinblick auf die geringe Wasserführung an kleinen Bächen neben den bisher bekannten Vorteilen (Vergleichmäßigung des Abflusses, Schwebstoffrückhalt) eine weitgehende Restnitrifikation gewährleistet. Da der Einsatz dieses Behandlungssystems als Nachreinigung in der Auslegung und verfahrenstechnischen Betriebsweise Pilotcharakter hat, wurden ca. 2,5 Mio. S in ein mehrjähriges Untersuchungsprogramm investiert. Dabei wurden nicht nur Erfahrungen hinsichtlich der Reinigungsleistung, sondern darüber hinaus auch Erkenntnisse zur Bemessung und Optimierung der Betriebsweise gewonnen.

Um Errichtungs- und Betriebskosten zu sparen kam in diesem Zusammenhang der Auslegung – d. h. der Wahl der ausreichenden Größe – besondere Bedeutung zu, da ab einer bestimmten Fläche eines Pflanzenbeetes praktisch eine lineare Kostensteigerung erfolgt.

Das gesamte Untersuchungsprogramm gliederte sich einerseits in Fremduntersuchungen, wobei jährlich über den Zeitraum von einer Woche vier bis fünf intensive Untersuchungsprogramme durchgeführt wurden, und andererseits in Eigenuntersuchungen durch den Klärwärter, anhand derer eine weitere Verdichtung der Ergebnisse abgeleitet wurde.

Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Steigerung der beaufschlagten Abwassermenge pro Flächeneinheit unter Beibehaltung der erforderlichen Reinigungsleistung gelegt. Im Rahmen der Versuchsreihen wurde der Bemessungswert von 3 m<sup>2</sup> Pflanzenbeet/Einwohnergleichwert (EGW) auf ca. 0,5 m<sup>2</sup>/EGW reduziert. Bis zu dieser Einstellung konnte auch bei tiefen Temperaturen keine Abnahme der Nitrifikationsleistung (Umwandlung des gefährlichen Abwasserinhaltsstoffes Ammonium zu Nitrat) festgestellt werden.

Die Untersuchung aller abwasserrelevanten Parameter (z. B. BSB<sub>5</sub>, NH<sub>4</sub>-N, P-gesamt) wurde bei unterschiedlichen Bedingungen (z. B. Stoßbelastungen) zu allen Jahreszeiten durchgeführt.

Die Ergebnisse können dahingehend zusammengefaßt werden, daß es möglich ist, für den wesentlich güteprägenden Parameter Ammonium-Stickstoff (NH<sub>4</sub>-N) bereits im Kläranlagenablauf

Konzentrationen sicherzustellen, die dem Entwurf der ministeriellen Immissionsverordnung bzw. der Immissionsrichtlinie aus dem Jahr 1987 entsprechen.

Ablaufkonzentrationen teilweise deutlich unter 1 mg/l NH<sub>4</sub>-N sind mit ausreichender Sicherheit bei einem Bemessungswert von 0,5 m<sup>2</sup>/EGW, einer Schichtstärke von 80 cm und entsprechender biologischer Vorreinigung ganzjährig einhaltbar.

Bei den Parametern, die die organische Verunreinigung des Abwassers beschreiben (BSB<sub>5</sub>, CSB), kann eine deutliche Reduktion der Belastung (bis zu 70%) erzielt werden.

Die Reduktion des maßgeblichen Nährstoffes Phosphor, welcher unsere Gewässer durch die Begünstigung von Algenwachstum belastet, ist stark schwankend, und es ist daher auf eine entsprechende gezielte Phosphorentfernung in der biologischen Kläranlage zu achten.

Jahreszeitlich bedingt ergeben sich betriebliche Probleme nur dann, wenn nicht auf eine ausreichende Frostsicherheit der Verteilerleitungen Rücksicht genommen wird; dies ist während der Planungsphase zu berücksichtigen, wobei hier eine Beheizung und Isolierung der Leitungen ausgeführt wurde.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Erwartungen v. a. hinsichtlich der Nitrifikation (Umwandlung des v. a. für Fische gefährlichen Abwasserinhaltsstoffes Ammonium zu Nitrat) bei weitem erfüllt wurden. Für viele Gemeinden kleiner bis mittlerer Größe an kleinen sensiblen Gewässern, wie beispielsweise im Wald- und Weinviertel, bestehen somit neue Möglichkeiten, eine geordnete und kostengünstigere Abwasserentsorgungsanlage zu errichten. Bisher war dies nur mit sowohl in der Errichtung als auch im Betrieb teureren technischen Filteranlagen möglich.

Als grobe Orientierung für die Errichtungskosten eines bepflanzten Bodenfilters können etwa für eine 1500-EGW-Anlage 1,0–1,5 Mio. S veranschlagt werden. Betriebskosten sind im Vergleich zu den bei der biologischen Kläranlage anfallenden Kosten vernachlässigbar.

## Gewässerbiologie

● Die flächendeckende Routineerhebung der saprobiologischen Gewässergüte wurde auch 1997 durchgeführt. In diesem Jahr wurde die Bearbeitung des Waldviertels mit über 200 Untersuchungsstellen abgeschlossen.

Weiters wurden saprobiologische Untersuchungen an der Traisen und Piesting als Unterstützung für laufende Studien („Flußstudie Piesting“ und „Gewässerbetreuungskonzept Traisen“) durchgeführt.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Wassergüteerhebungsverordnung an 36 Untersuchungsstellen neben der saprobiologischen Güte monatlich die chemisch-physikalische Situation erhoben.

● Die in Kooperation mit der Universität für Bodenkultur in Niederösterreich entwickelte Methode des erweiterten Ortsbefundes als eigenständiges Erhebungsniveau fand Einzug in die neu überarbeitete Richtlinie des Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zur „Feststellung der saprobiologischen Gewässergüte von Fließgewässern“.

● Entsprechend neuer wasserwirtschaftlicher Notwendigkeiten erfolgte mit der Bearbeitung der Flußlaufgüte der Traisen gleichsam der Startschuß zur Erhebung der ökomorphologische Situation niederösterreichischer Fließgewässer.

Wertvolle Erkenntnisse wurden bei den Arbeiten um das gewässerökologisch orientierte Leitbild der Pulkau gewonnen. Mit Ende 1997 wird als zweiter Zwischenbericht die ökomorphologische Erhebung der Pulkau und wichtiger Zubringer abgeschlossen.

## Deponietechnik

● Für die fachgerechte Verwertung und Lagerung von Baurestmassen sowie deren Recyclingprodukten, wurde eine Informationsbroschüre geschaffen, welche die Zahl der Behördenverfahren durch vorbeugend richtiges Verhalten beim Bürger senken helfen soll.

● Im Rahmen des Sachverständigendienstes ist die Vollziehung der Bestimmungen des WRG durch die weiterhin nicht geklärte Frage über den Amtssach- und Amtszweckaufwand bzw. dessen Finanzierung durch den BMLF oder den LH von NÖ sehr stark eingeschränkt. Insbesondere betroffen davon sind die amtswegigen Ermittlungsverfahren, welche zur Erstattung begründeter Gutachten als Basis für behördliche Bescheide erforderlich sind. Negativ dabei hat sich ergeben, daß durch die fehlenden Mittel konsenslose Aktivitäten kaum geahndet werden (können), in Genehmigungsverfahren aber vom Antragsteller scheinbar strenge Maßstäbe bzw. Verzögerungen befürchtet werden. Dieses Mißverhältnis sollte im Sinn der Gleichbehandlung und Vertrauensbildung zwischen Verwaltung und Bürger ausgeräumt werden.

● Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stellte die Betreuung der behördlichen Vollstreckungsverfahren (z. B. Berger-, Fischer-Deponie) und gewässerpolizeilich dringender Fälle (z. B. Zwölfaxing) dar. Hier ist eine intensive Einbindung in der Sache selbst erforderlich und gleichzeitig im Hinblick auf die zu gewinnenden Erkenntnisse für andere Verfahren hilf- und lehrreich. Sie stellt eine sehr praxisbezogene Verwaltung dar.

● Im Vordergrund des sachverständigen Dienstes standen die regelmäßige Betreuung der behördenbezogenen Verfahren (z. B. Wasserrechts-, Abfallwirtschafts- und Bergbehörde) und die Beratung der Planer sowie Antragsteller bzw. Wasserberechtigten. Im Rahmen der bürgernahen service- und lösungsorientierten Verwaltung unter Beachtung der gesetzlichen und technischen Randbedingungen sowie Berücksichtigung der wasserwirtschaftlichen Besonderheiten jedenfalls stellten diese Tätigkeiten den Hauptschwerpunkt im Arbeitsbereich dar.

## Altlasten/Verdachtsflächen

● Mit der Gründung des Referates Altlasten und Verdachtsflächenerfassung im August dieses Jahres wurde auch ein wichtiger Schritt in Richtung Erkundung von Verdachtsflächen getan. Durch die verstärkte Mittelinanspruchnahme aus dem Altlastensanierungsfonds wird es möglich sein, vermehrt Gefährdungsabschätzungen durchzuführen und Altlastenausweisungen unter Angabe der Priorität zu machen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden auch im Wasserrechtsverfahren verwendet. Dadurch ist es möglich, für den Bereich der Altablagerungen und Altstandorte (Fälle die vor 1989 entstanden sind) – trotz Mitteleinschränkung auf Grund der nicht geklärten Frage des Amts- und Zweckaufwandes – Erkundungen im Sinne des Gewässerschutzes durchzuführen.

● Im Zeitraum von August 1997 bis November 1997 wurden Ausschreibungen und Vergaben für acht weitere Verdachtsflächen vorgenommen. Bis Jahresende werden noch zwei weitere Vergaben folgen. Insgesamt werden dann 22 sogenannte ergänzende Untersuchungen nach §§ 13 und 14 ALSAG bearbeitet. Zwei davon konnten heuer abgeschlossen werden.

● Insgesamt sind derzeit 26 Verdachtsflächen aus NÖ als Altlasten im Altlastenkataster verzeichnet und somit förderungsfähig.

● Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stellte die Weiterführung der *Verdachtsflächenerhebungen* dar.

Neben den laufenden Verdachtsflächenmeldungen, die einerseits auf Grund von Informationen von Gemeinden, Firmen, Privaten und Amtssachverständigen, andererseits auf Betreiben der Behörde laufend bearbeitet werden, wurden folgende Projekte zur Verdachtsflächenerkundung abgeschlossen:

– Erhebung von Altablagerungen mit Hilfe der multitemporalen Luftbildauswertung im Bereich der bedeutenden Grundwasservorkommen: Mitterndorfer Senke (Bereich Wiener Becken) inkl. Bereich Schwechat-Mannswörth (1. Abschnitt – Luftbildauswertung) und Unte-

res Traisental (Raum St. Pölten zwischen Wilhelmsburg und Traismauer).

Dabei werden in einem ersten Erhebungsschritt mit Hilfe von Luftbildern, die seit den 50er Jahren vorhanden sind, potentielle und bestehende Ablagerungsflächen (Schottergruben, Gräben etc.) erhoben, lagemäßig erfaßt und ihre Verfüllungsentwicklung dokumentiert. Im zweiten Erhebungsschritt werden durch Begehungen, Befragungen und Akteneinsicht nähere Informationen zu den gefundenen Flächen gesammelt. Ziel ist einerseits eine möglichst qualifizierte Verdachtsflächenmeldung an das Bundesministerium für Umwelt zu erarbeiten. Andererseits dienen diese Arbeiten auch als wesentliche Grundlage für die Ausarbeitung von Sanierungskonzepten sowie für aktuelle und zukünftige wasserwirtschaftliche Planungen.

Begleitend zu den Erhebungsarbeiten im Raum St. Pölten wurde eine Optimierungsstudie durchgeführt, um für weitere Arbeiten eine optimale Vorgangsweise zu finden. Die Weiterführung der systematischen Erhebung von Altablagerungen ist nach Auswertung der Optimierungsstudie sowie der im Zuge des Projektabschluß gewonnenen Erfahrungen entsprechend den finanziellen und personellen Ressourcen für den Bereich Mitterndorfer Senke und Raum Schwechat-Mannswörth, Marchfeld, Tullner Feld und andere Gebiete mit bedeutenden Grundwasservorkommen geplant. Langfristiges Ziel ist es, für alle bedeutenden Grundwasservorkommen einen Überblick über die vorhandenen Altablagerungen zu gewinnen.

– Systematische Erhebungen von *altlastenverdächtigen Betriebsstandorten* im Raum St. Pölten (Stadt und Land):

Aufgrund begrenzter personeller Ressourcen konnte die bereits für 1995 geplante systematische Erhebung von altlastenverdächtigen Betriebsstandorten für den Bezirk und für den Magistrat St. Pölten nicht durchgeführt werden. Diese Arbeiten sind nun für 1997/98 geplant. Dabei sollen neben der Lokalisierung derartiger Betriebsstandorte Informationen über den Firmennamen, den Betriebszeitraum, die Betriebsgröße etc. erhoben werden. Beispiele für zu erhebende Produktionszweige bzw. Betriebsarten wären: Kokereien, Gaswerke, Kraftwerke; mineralölbearbeitende Betriebe; chemische Industrie, z. B. Herstellung von Pharmaka oder Farben, Lacken und Abbeizmitteln; Metallindustrie, z. B. Metallguß, -härtung, -umformung, -reinigung etc.; Nahrungsmittelindustrie.

Als Informationsquelle können Industrie- und Handelscompaß, verschiedene Archive und Gewerbebehörden etc. herangezogen werden.

## Gewässeraufsicht

### Grundwasser: Überwachung, Mitarbeit an EDV-Projekten, Forschungsarbeiten

● **Verursachererhebung lokaler Grundwasserverunreinigungen.** Vom Referat Gewässeraufsicht wurden unter Einbeziehung der dezentralen Gewässeraufsichtsorgane der Bezirkshauptmannschaften und in Zusammenarbeit mit den Abteilungen Hydrologie und Vermessung lokalen Grundwasserverunreinigungen einzelner Meßstellen und deren Verursacher nachgegangen.

In diesem Zusammenhang zeigte sich, daß das 1996 erstellte System zur Erkundung und Bearbeitung grober Grenzwertüberschreitungen im Grundwasser ein wirkungsvolles Instrument darstellt. Das gemeinsame Vorgehen mit den dezentralen Gewässeraufsichtsorganen bei der Verursachersuche hat die Bearbeitung von 29 EDV-mäßig ausgewiesenen Fällen von Grundwasserverunreinigungen ermöglicht.

● **Projekt: Digitale Erfassung von Deponiebeweissicherungs sonden.** Das in Auftrag gegebene Projekt zur digitalen Erfassung von Deponiebeweissicherungs sonden anhand 28 bestehender Deponien im Marchfeld wurde erfolgreich abgeschlossen und bildet nunmehr die Basis zur niederösterreichweiten koordinativen Erfassung der Deponiebeweissicherungs sonden zur GIS-mäßigen Anwendung.

● **Mitarbeit an EDV-Projekten.** Das Referat Gewässeraufsicht hat an den aktuellen EDV-Projekten der Abteilung Wasserwirtschaft (Arbeitsgruppe GROGIS, Wasserdatenverbund) zur Verwirklichung kurz- bzw. mittelfristiger Datenstrukturen und Auswertesystemen für die Abteilung Wasserwirtschaft mitgewirkt.

● **Wassergüteerhebungsverordnung.** Im Rahmen der Umsetzung der Wassergüteerhebungsverordnung liefert die Gewässeraufsicht auf dem Bereich der chemisch-analytischen Betreuung ihren Beitrag.

● **Forschungsprojekt Nitratelimination durch Membrantechnologie.** Das Forschungsprojekt „Untersuchungen zur verbesserten Nitratelimination aus Grundwasser durch Anwendung von Membranen“ war in der labortechnischen Durchführung derart vielversprechend, so daß 1997 die Projektvergabe zur „technischen Erprobung der Nitratelimination mittels Membranen“ in Form eines 2-Jahres-Projektes an das Interuniversitäre Forschungsinstitut für Agrarbiotechnologie (IFA) in Tulln von der Arbeitsgemeinschaft BMWA, BMUJF, Länder: Niederösterreich, Burgenland, Steiermark, Oberösterreich, NÖSIWAG, ÖVGW und Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland erfolgte.

## Emissionsüberwachung Abwasseranlagen

● **Monatliche Kläranlagenablaufuntersuchungen.** Bei der öffentlichen Ausschreibung 1996 wurde als Bestbieter die Niederösterreichische Umweltschutzanstalt für die monatliche Beprobung eingesandter Ablaufproben von rund 360 kommunalen Kläranlagen beauftragt. Die Ergebnisse aus diesem Auftrag dienen der Gewässeraufsicht, den wasserbautechnischen Amtssachverständigen, der wasserwirtschaftlichen Planung und den Anlagenbetreibern selbst als Grundlage und wesentliche Zusatzinformation zur Durchführung ihrer Tätigkeit.

Die Untersuchungsergebnisse der beauftragten Ablaufuntersuchungen von kommunalen Anlagen waren Anlaß von Vorortüberprüfungen bei baulich defekten oder mangelhaft gewarteten Abwasserreinigungsanlagen.

● **Kläranlagennachbarschaften.** 1997 nahmen sämtliche Gewässeraufsichtsorgane an den Vortrags-/Ausbildungstagen der Kläranlagennachbarschaft teil. Die Zusammenarbeit des Referates Gewässeraufsicht mit der Abteilung Siedlungswasserbau im Rahmen der Klärwärterbetreuung/Ausbildung hat sich hervorragend bewährt.

● **Indirekteinleiterüberwachung.** Durch die Gewässeraufsicht wurden 1997 rund 10 unangemeldete Beprobungen bei betrieblichen Indirekteinleitern durchgeführt. Aufgrund des Personalaufwandes bei der Beprobung der betrieblichen Indirekteinleiter wurden für einen Teil dieser Tätigkeiten autorisierte Untersuchungs labors beauftragt. Die Indirekteinleiterüberwachung stellt einen wesentlichen Beitrag zur Schadstoffminimierung und damit zur Wiederherstellung/Erhaltung der Funktionssicherheit kommunaler Abwasserreinigungsanlagen, aber auch zur Verbesserung und Erhaltung der Klärschlammqualität dar.

## Deponiekontrollen

● **Schwerpunktprogramm.** Durch die Gewässeraufsicht wurden in einem angehenden Schwerpunktprogramm rund 40 Abfalldeponien überprüft und bei festgestellten Beanstandungen die erforderlichen Veranlassungen behördlicherseits eingeleitet.

● **Berger-Deponie – Verursachersuche.** Seit Oktober 1997 wurde die Gewässeraufsicht im Zuge der Räumung der Berger-Deponie infolge von mehr als 3.000 Faßfunden mit teilweise gefährlichen Abfällen mit der Verursachersuche beauftragt. Die erforderlichen Erkundungen vor Ort und Probennahmen erfolgen durch ein koordiniertes Vorgehen mit der Kriminalabteilung NÖ.

## Soforteinsätze

Erhebungen im Rahmen der Faßfunde Berger-Deponie Weikersdorf, Ölfälle, Deponieböschungsrutschung, nicht konsensgemäße Ablagerungen, Anzeigen bei Deponien und Abwasseranlagen hinsichtlich Konsensüberschreitung sind anzuführen.

## Kreislaufwirtschaft für Klärschlamm

● **Klärschlammhebung 1996.** Im April 1997 wurde die Vororterhebung der Klärschlammfallmengen und Entsorgungspfade von 361 niederösterreichischen kommunalen Kläranlagen abgeschlossen. Das ausgewertete Ergebnis liegt seit Juni 1997 in der Abteilung Wasserwirtschaft als wesentliche Grundlage für weitere Gewässeraufsichtstätigkeiten, wasserwirtschaftliche Aktivitäten sowie als Datenbasis für Bezirksverwaltungsbehörden als auch für den Verein zur Förderung der Klärschlammverwertung vor.

Der 2. Teil der Klärschlammhebung 1996, die Erhebung der „betrieblichen Direkt- und Indirekteinleiter mit biologischer Vor/Endreinigung“ wurde durch Auftrag vergeben und ist ebenfalls bereits abgeschlossen.

● **Klärschlamm pilotprojekt.** Im Juli 1997 wurde die Projektphase 1 des niederösterreichischen Klärschlammkonzeptes abgeschlossen. Zur Fortführung dieses überaus erfolgreichen Klärschlammverwertungskonzeptes wurde die Vergabe der Projektphase II bis zum Jahre 2000 beauftragt. Projektziel ist die Erlangung/Sicherung der Klärschlammklasse II gemäß NÖKSVO sowie die Steigerung der landwirtschaftlichen Verwertungsrate in allen vier Modellgemeinden bis hin zu 100%.

● **Klärschlammkontrollsiegel.** Im Jahr 1997 wurden die Voraussetzungen zur Vergabe eines niederösterreichischen Kontrollsiegels für qualitativ entsprechende Klärschlämme geschaffen. Dieses Siegel wurde im Rahmen der Kommunalmesse in Wien, der Umweltmesse 0-Zero-Emission sowie bei Vortragsreihen und Gemeindeinformationsveranstaltungen beworben. Bisher wurden bereits 5 NÖ Kontrollsiegel vergeben.

● **Klärschlammhaftungsfonds.** Der NÖ Klärschlammhaftungsfonds (Verein zur Förderung der Klärschlammverwertung) hat ab Juli 1997 mit dem Vorliegen der überarbeiteten Treuhand- und Aufbringungsverträge seine Tätigkeit aufgenommen. Derzeit liegen rund neun Beitrittserklärungen zum NÖ Haftungsfonds sowie Interessenbekundungen der Länder Oberösterreich und Burgenland vor.

● **Pressekonferenz „Klärschlammprojekt Amstetten“.** Im Rahmen einer Pressekonferenz auf der Abwasserrei-

gungsanlage des GAV Amstetten wurde vom Landtagsabgeordneten Friewald das NÖ Klärschlammkonzept am Beispiel der Pilotgemeinde Amstetten vorgestellt.

**Koordinierungstätigkeiten/  
Ausstattung Gewässeraufsicht**

- 1997 wurden 3 Koordinierungsgespräche für die fachliche Koordinierung der dezentralen Gewässeraufsichtsorgane abgehalten,
- ein Organisationsseminar gemeinsam mit der Landesamtsdirektion Aus- und Weiterbildung abgehalten,
- die technische Ausstattung der zentralen/dezentralen Gewässeraufsicht adaptiert und
- das Labor der zentralen Gewässeraufsicht in St. Pölten weitestgehend eingerichtet.
- Es wurden allen Gewässeraufsichtsorganen Ausbildungsseminare ermöglicht (Ausbildung am automatischen Probennehmer, Probenahmeseminar aus Gewässern – Mondsee Oberösterreich, Änderungen WRG 1997 etc.).

**Wasserwirtschaftliche  
Informationssysteme**

Die Abteilung Wasserwirtschaft arbeitet an der Erstellung von Wasserwirtschaftlichen Informationssystemen. Vorrangiges Ziel dieser Systeme ist die interdisziplinäre Betrachtung komplexer, wasserwirtschaftlicher Fragestellungen und die transparente Unterstützung von Entscheidungsprozessen. In enger Zusammenarbeit mit dem Geografischen Informationssystem Niederösterreichs (NÖGIS) werden die vorhandenen Informationen raumbezogen verwaltet und ausgewertet.

Im folgenden sind die derzeitigen Schwerpunkte im Bereich wasserwirtschaftlicher Informationssysteme kurz dargestellt.

● **Wasserdatenverbund Niederösterreich.** Der Aufbau des Wasserdatenverbundes Niederösterreich ist ein gemeinsames Anliegen aller mit Wasser befaßten Organisationseinheiten. In diesem integrierten Informationssystem sollen

alle Daten aus dem Bereich Wasser verknüpft werden und allen betroffenen Fachbereichen rasch, einfach, orts- und zeitunabhängig verfügbar gemacht werden. Das Grobkonzept für den Wasserdatenverbund ist fertiggestellt und dessen Umsetzung wurde von den zuständigen Entscheidungsträgern einstimmig beschlossen. Derzeit wird an der Erstellung des Detailkonzeptes gemeinsam mit einem externen Auftragnehmer gearbeitet. Die Realisierung und Einführung des gesamten Vorhabens ist in mehreren Schritten bis ins Jahr 2002 geplant.

● **Trinkwasserentnahmestellen und Wasserschutzgebiete.** Die digitale Erfassung von Trinkwasserentnahmestellen und Wasserschutzgebieten wurde zeitlich gestaffelt und nach Verwaltungsbezirken gegliedert durchgeführt. Die vollständige Erfassung für ganz Niederösterreich wurde im Herbst 1997 abgeschlossen. Durch die Erhebungsarbeiten wurden die räumlichen Abgrenzungen und die relevanten Sachdaten aller wasserrechtlich genehmigten Trinkwasserentnahmestellen und Wasserschutzgebiete in digitaler Form erfaßt. Die Ergebnisse stehen für Auswertungen und Analysen zur Verfügung. Dieser Datenbestand stellt eine wertvolle Grundlage für die fachliche und inhaltliche Überarbeitung der Abgrenzung von Schutzgebieten dar und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Sicherung der niederösterreichischen Trinkwasserversorgung.

● **Qualität des Grundwassers und der Oberflächengewässer.** Für die systematische Überwachung der Qualität des Grundwassers und der Oberflächengewässer Niederösterreichs wurde ein Informationssystem zur Eingabe und Auswertung geschaffen. Damit werden 460 Grundwassermeßstellen und 32 Fließgewässermeßstellen laut Wassergüteerhebungs-Verordnung (WGEV) und zusätzliche Meßstellen (ungefähr 5.000 Grundwassermeßstellen und 1.400 Oberflächengewässermeßstellen) verwaltet. Es werden regelmäßige Auswertungen hinsichtlich der Ausweisung von Sanierungsgebieten durch flächenhafte Betrachtung und von groben Überschreitungen der rechtlich vorgeschriebenen Grenzwerte durch Einzelfallbetrachtung durchgeführt. Die konsequente Nutzung dieses Informationssystems ermöglicht

ein gezieltes Monitoring von Grundwasser und Oberflächengewässer, mit dem sich die Qualität der Entscheidungsgrundlagen für erforderliche Schutz- und Sanierungsmaßnahmen deutlich verbessert.

● **Verdachtsflächen und Altlasten.** Im Bereich der Verdachtsflächen und Altlasten wurde ein Detailkonzept für die digitale Verwaltung der bei der systematischen Erfassung von Verdachtsflächen und der laufenden Erfassung von aus den Aktenbearbeitungen anfallenden Daten erstellt. Die digitalen Ergebnisdaten der systematischen Verdachtsflächenerfassung durch eine multitemporale Luftbildauswertung im Raum St. Pölten sind in das Niederösterreichische Geoinformationssystem integriert und stehen somit für räumliche Analysen und Auswertungen zur Verfügung. Im Sinne einer vorausschauenden wasserwirtschaftlichen Planung werden für interdisziplinäre Fragestellungen im Zusammenhang mit Verdachtsflächen und Altlasten die Analysemöglichkeiten von Geoinformationssystemen verstärkt als Hilfsmittel zur Entscheidungsfindung eingesetzt.

● **Abwasserentsorgung in Niederösterreich.** Mit Hilfe eines Informationssystems im Bereich der Abwasserentsorgung in Niederösterreich wurde eine prioritär gestaffelte Vorgangsweise für den weiteren Ausbau der Entsorgungssituation sichergestellt. Diese Prioritätenreihung wurde für ganz Niederösterreich mit Unterstützung eines Informationssystems in einem vertretbaren Zeitraum bewältigt. Mit dem Projekt „Flächendeckende Abwasserentsorgung von NÖ“ wurde ein auf die einzelnen Katastralgemeinden bezogener Prioritätenkatalog (einschließlich der Darstellung des möglichen Soll-Standes der öffentlichen Kanalisationen) für die Abwasserentsorgung von Niederösterreich digital erstellt. Die darin vorliegenden Daten sind damit flexibel verwaltbar und aktualisierbar. In diesem Zusammenhang wurde auch die Neuerstellung der Abwasserdatenbank Niederösterreich durchgeführt. Diese Datenbanklösung bildet die Basis für alle weiteren Auswertungen und Analysen hinsichtlich der Prioritätenreihung für die derzeitige und zukünftige Abwasserentsorgung von Niederösterreich.

## Abteilung Wasserbau

## Tätigkeiten und Schwerpunkte 1997

Der Arbeitsumfang der Abteilung Wasserbau umfaßt vor allem jene Maßnahmen, die auf einen möglichst wirtschaftlichen Hochwasserschutz für Wohn-, Siedlungs- und Industriegebiete unseres Bundeslandes hinzielen. Er beginnt bei der Bearbeitung diesbezüglicher Ansuchen von Gemeinden, Körperschaften usw. und schließt die Planung sowie die Überwachung der von Zivilingenieuren durchgeführten Planungen, die Erwirkung der behördlichen und finanziellen Genehmigungen, die Ausschreibung, die Bauleitung und die Bauaufsicht oder die Baudurchführung in Eigenregie ein. Weitere umfangreiche Aufgabengebiete sind die Wahrnehmung der Interessen der Schutzwasserwirtschaft in baubehördlichen, gewerbebehördlichen und wasserrechtlichen Verfahren, die Unterstützung der Wasserverbände bei ihren Instandhaltungsaufgaben, die Tätigkeit als Gewässeraufsichtsorgan und im übertragenen Wirkungsbereich – als Bundeswasserbauverwaltung – die Mitwirkung bei der Verwaltung des Öffentlichen Wassergutes sowie die Vertretung der Republik Österreich bei Maßnahmen an Bundesflüssen und Grenzgewässern.

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt im Rahmen der Abteilung Wasserbau in den nachstehenden Fachbereichen:

- Bundes- und Interessentengewässer
- Angelegenheiten der Wildbach- und Lawinerverbauung
- Wasserverbände
- Donau, March und schiffbare Strecke der Thaya
- Grenzgewässer
- Wiener Neustädter Kanal
- Talsperrenaufsicht
- Flußbauhof Plosdorf
- Kulturtechnischer Wasserbau – Bewässerung
- Schaffung von Feuchtbiosphären im Rahmen des NÖ Landschaftsfonds

Entsprechend dem gesteigerten Schutzbewußtsein der Landesbürger werden vermehrt Anträge auf technische Unterstützung und finanzielle Förderung bezüglich Planung und Baudurchführung vorbeugender schutzwasserwirtschaftlicher Maßnahmen an die NÖ Landesregierung gerichtet.

Schon im Zuge dieser Entwicklung wurden seitens der Abteilung Wasserbau wiederholt Forderungen auf Erhöhung der von ihr verwalteten Budgetmittel gestellt, denen auf Grund gespannter Budgetsituation nicht entsprochen werden konnte.

Durch die bei weitem nicht ausreichenden Landesmittel für den Schutzwasserbau wurde die Abteilung Wasserbau im

Jahr 1997 bei der Ausübung ihrer Aufgabengebiete sehr stark eingeschränkt. Zur Sanierung der Hochwasserschäden im Juli 1997 konnten durch Umschichtung und Aufstockung der Landesmittel die Sofortmaßnahmen in Angriff genommen werden.

Mit der im Jahr 1997 vorgesehenen Bereitstellung an Landesmittel für Maßnahmen an Interessentengewässern konnte nur insofern das Auslangen gefunden werden, daß neben der verzögerten Realisierung der laufend durchzuführenden Instandsetzungsarbeiten die Ausarbeitung diverser Gefahrenzonenpläne an den Gewässern Niederösterreichs nicht in Auftrag gegeben werden konnte und sogar dringliche Hochwasserschutzanlagen der Gemeinden und Verbände nach Priorität in künftige Jahre verlagert oder zur Gänze aufgeschoben werden müssen. Nach dem Juli-Hochwasser wurde von den Landesbürgern die schnellere Verwirklichung von Hochwasserschutzanlagen verlangt. Um diesen gestellten und ständig steigenden Anforderungen zu entsprechen, wird eine Erhöhung der Budgetmittel in künftigen Jahren unerlässlich sein.

Die Hochwasserkatastrophe vom Juli 1997 hat in großen Teilen Niederösterreichs zu schweren Zerstörungen und Verwüstungen geführt. Danach haben die Abgeordneten Wöginger, Moser und Dkfm. Rambossek einen Resolutionsantrag eingebracht, der u. a. für die notwendigen Sanierungs- und Nachsorgekosten an Gerinnen eine Erhöhung des Budgetansatzes für Hochwasserschutzbauten beinhaltet.

Das Schwerpunktthema der Abteilung Wasserbau im Jahre 1997 und in den Folgejahren zielt in Richtung Ausbau eines funktionierenden Hochwasserschutzsystems für Donauanrainergemeinden. Davon wurde das Vorhaben „Donau Tullnerfeld Nord HW-Schutz“ entlang der B 3 zwischen Stockerau und Tulln im Herbst 1997 fertiggestellt. Für den 1. Bauabschnitt „HW-Schutz Tullnerfeld-Nord“ zwischen St. Johann und Krampugraben konnten die Grundablöseverhandlungen abgeschlossen werden. Der 2. Bauabschnitt vom Krampugraben bis Tulln soll gemeinsam mit dem vierspürigen Ausbau der B 3 realisiert werden. Koordinierungsgespräche mit der Straßenbauverwaltung finden laufend statt. Das Vorhaben „Donau-Hochwasserschutz Krems-Stein“ wurde abgeschlossen. Für bisher aufgetretene Donauhochwässer hat sich die mobile Hochwasserschutzzeile sehr gut bewährt.

In der Landeshauptstadt St. Pölten wurde das Hochwasserschutzprojekt „Traisen, Hochwasserschutz St. Pölten, Regierungsviertel“ ausgeführt. Mit die-

ser Maßnahme wird das neue Regierungsviertel vor Traisenhochwässern geschützt. Der gesamte Hochwasserschutz besteht aus den außenliegenden Dämmen bzw. im Bereich des Regierungsviertels aus der von der NÖPLAN errichteten Ufermauer, weiters aus den zwei bogenförmigen Sohlstufen, den rechtsufrigen Seitenarmen der Traisen und der Gestaltung der Vorländer und der Sohle des Flußbettes. Mit diesem Projekt wird die notwendige Hochwassersicherheit erreicht, die Stabilität der Flußsohle hergestellt und für die Traisen jene Vorbedingungen geschaffen, die die Natur an Lebensraum bei Fließgewässern benötigt.

Die Detailplanung für das Vorhaben „Kronsegg Dammsanierung“ wurde im Frühjahr 1997 fertiggestellt und bei der Obersten Wasserrechtsbehörde zur Durchführung des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens eingereicht. Die Baumaßnahme beinhaltet die Errichtung einer Schlitzwand bis in den kompakten Gneis, die Herstellung von Grobrechen und stahlwasserbauliche Umbauarbeiten. Diese Gesamtbaukosten wurden mit 42,5 Mio. S errechnet.

Ebenfalls dürfen nachstehend angeführte, von der Abteilung Wasserbau betreute, in Durchführung stehende, vorbeugende schutzwasserbauliche Maßnahmen als „Schwerpunkte 1997“ nicht unerwähnt bleiben:

### Gesamtbaukosten in Mio. S

Bundesflüsse:	
Leitha Bruckneudorf-Wilfleinsdorf Reg.	70,9
Leitha Katzelsdorf HW-RHB	123,5
Leitha Hollern HW-Dammsanierung	16,0
Leitha Lichtenwörth HW-RHB Sanierung	60,0
Traisen St. Pölten HW-Schutz km 27,6–28,9	24,0
Interessentengewässer:	
Bründlgraben Krems Reg. 2. BA	23,0
Eibesbrunn HW-Schutz	17,0
Karlsbach Karlsbach Reg. + RHB	17,7
Natschbach Wartmannstetten HW-RHB	19,0
Ponholzbach Tiefenbach HW-RHB	49,5
Petersbach Ma. Lanzendorf HW-Schutz	33,0
Schwechat HW-Schutz 4. BA	42,5
Donau Tullnerfeld/Nord HW-Schutz 3. BA	36,3
Donau Krems/Stein HW-Schutz	165,6

## Ziele 1998

Wenngleich alle Planungen von den örtlichen Gegebenheiten her unterschiedliche Parameter aufweisen, sind doch die Zielvorgaben, die in einer umweltbewußten Zeit an ein Projekt des Schutzwasserbaues und an die Konsequenzen der in die Natur umgesetzten Planungen gestellt werden, immer dieselben. Diese Zielvorgaben können wie folgt formuliert werden:

- Ausgleich zwischen extremen Hochwasser- und Niederwasserabflüssen durch Schaffung von Speicherräumen zwecks optimaler Nutzung des verfügbaren Wassers

- Vermeidung von Maßnahmen, die den Wasser- und Geschiebefluß unnötig intensivieren

- Klare Abgrenzung der Abfluß- und Gefährdungsräume der Gewässer von den Intensivzonen der Besiedlung, der Wirtschaft und des Verkehrs; Schutz der Intensivzonen vor vermeidbaren Wasserverheerungen

- Anpassung der Bewirtschaftung gewässernaher Zonen an die Möglichkeit exzessiver Abflüsse unter Berücksichtigung der Widerstandskraft und Schadensanfälligkeit der Bewirtschaftungsformen

- Anwendung naturnaher, landschaftsgerechter und wirtschaftlicher Bauformen zur Erreichung einer möglichst großen Schutzwirkung mit möglichst kleinen Eingriffen in das natürliche Geschehen

- Vorbeugende Ordnung des Gewässernetzes anstelle nachträglicher Schadensbehebung

Diese Zielvorstellungen sind eng mit denen der Raumordnung verknüpft. Die Erstellung von Grundsatzkonzepten und Gefahrenzonenplänen sowie die Einbindung der daraus resultierenden Ergebnisse in die Flächenwidmungspläne der Gemeinden wären verstärkt durchzuführen und durch Berücksichtigung im Budget zu ermöglichen. Für Siedlungen und Wirtschaftsanlagen wird im allgemeinen die Gewährleistung eines Schutzes bis zu Hochwasserereignissen mit hundertjähriger Häufigkeit anzustreben sein. Hochwasserschutzmaßnahmen werden sich daher ausschließlich auf Siedlungsgebiete erstrecken.

In jedem Einzelfall wird zu prüfen sein, ob der Hochwasserschutz durch Hochwasserrückhaltmaßnahmen anstelle von linearen Maßnahmen zu erreichen ist. Der Erhaltung und Instandhaltung sowohl von regulierten als auch von natürlichen Gewässern wird weiterhin verstärkte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Im Rahmen der Erhaltungsarbeiten sind Maßnahmen zur besseren Einbindung von alten Regulierungen in die Landschaft vorgesehen.

## Statistik 1997 und Detailbeschreibung

### Bundes- und Interessentengewässer

1997 standen rund 280 Bauvorhaben in Durchführung, und zwar an Interessentengewässern rund 225, an den Bundesflüssen rund 55 Bauvorhaben. Im Zuge der Erhaltungsarbeiten und neu geschaffener Hochwasserschutzanlagen wurden eingesetzt:

	(in Mio. S)
Bundesmitten für Bauarbeiten	223,775
davon für Maßnahmen an:	
Bundesflüssen	137,675
Interessentengewässern	86,100
Mittel des Landes NÖ für den Schutzwasserbau	72,245
Bauvolumen (einschließlich Interessentenbeiträge)	ca. 335,300

### Angelegenheiten der Wildbach- und Lawinenverbauung

Im Jahre 1997 wurden Landesmittel in Höhe von 7,8 Mio. S bereitgestellt. Laut Arbeitsprogramm des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung wären für die Realisierung des Bauprogrammes 1997 jedoch zusätzliche Landesmittel erforderlich gewesen. Der 15%ige Landesbeitrag zu den Baumaßnahmen entspricht dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbeitrag.

Nach dem Juli-Hochwasser wurden zur sofortigen Behebung von Uferbrüchen und Räumungen die Landesmittel um 4,8 Mio. S im Rahmen des Umschichtungsbudgets 1997 aufgestockt.

### Wasserverbände

70 Wasserverbände führen satzungsgemäß Erhaltungsarbeiten an Bächen durch. Bei 18 Verbänden ist das Land Niederösterreich Mitglied und hat hierfür Pflichtausgaben in Höhe von 4,0 Mio. S bereitgestellt. Die übrigen 52 Wasserverbände erhalten je nach Bedürftigkeit alternierend Subventionen in der Höhe von S 30.000,- bis 200.000,-.

Mit Wirksamkeit 31. Dezember 1997 wird die Mitgliedschaft des Landes Niederösterreichs beim Marchhochwasserschutzdamm-Wasserverband Angern-Hohenau beendet.

### Donau, March und schiffbare Strecke der Thaya

An der niederösterreichische Donau traten im Juli 1997 zwei Hochwasserspitzen auf, die statistisch etwa einem 8- bzw. 5-jährlichen Ereignis entsprachen. An der March wurde im Sommer 1997 (Juli) ein Hochwasserereignis von ca. 8-jährlicher Häufigkeit registriert.

Die Tätigkeit der Donauhochwasserschutz-Konkurrenz (DHK) ist durch das Bundesgesetz über die Bildung einer Donauhochwasserschutz-Konkurrenz, BGBl. Nr. 371/1927 in der Fassung, BGBl. Nr. 95/1934 umrissen und erstreckt sich auf die Erhaltung der auf Grund der seinerzeitigen Donauregulierungsgesetze ausgeführten Schutz- und Dammbauten im Bereich von Krems bis zur Landesgrenze bei Hainburg, auf die

Erhaltung, den Betrieb und die Verwaltung der damit zusammenhängenden Anlagen und Grundflächen und auf die Dammverteidigung im Hochwasserfall. Partner der DHK sind der Bund und die Bundesländer Niederösterreich und Wien.

Geschäftsführende Stelle ist die Wasserstraßendirektion. Die Tätigkeit der DHK im Bereich des Bundeslandes Niederösterreich betrifft:

- HW-Schutz Hainburg (Projekt zur technischen Verbesserung der Verschlussorgane); die Detailplanung wurde abgeschlossen. Eine öffentliche Ausschreibung fand statt, die Auftragserteilung an den Bestbieter ist Anfang 1998 erfolgt.

- Sanierung des Marchfeldschutzdammes zwischen Stopfenreuth und Markthof, wozu die Berechnung der Wasserspiegellagen der Donau und March notwendig wird.

- Laufende Erhaltung der Hochwasserschutzanlagen Bereich Krems – Hainburg.

Die Zielvorgaben in der DHK waren durch den Haushaltsplan der DHK für 1997, der vom Ausschuß der DHK beschlossen worden ist, gegeben. Für den Bereich der Donau kann als generelle Zielvorgabe die Wahrung der wasserwirtschaftlichen Interessen Niederösterreichs bei allen Bauvorhaben und geplanten Maßnahmen, die an der oder in der Donau durchgeführt werden sollen, genannt werden.

Für Betriebsabgänge der Rollfähren an der Donau werden Landesbeihilfen gewährt. Von der Marktgemeinde Weißenkirchen wurde ein Antrag um Gewährung einer Beihilfe für große Abgänge aus ihrem Rollfährenbetrieb vorgelegt. Durch die Förderung von Rollfähren, die von Gemeinden betrieben werden, sollen diese in die Lage versetzt werden, den für die Nahkommunikation und den Fremdenverkehr überaus wichtigen Rollfährenbetrieb trotz durchwegs defizitärer Gebarung aufrecht zu erhalten.

Die Tätigkeit bei der March und schiffbaren Strecke der Thaya besteht in der technischen Betreuung der Marchschutzdamm-Wasserverbände Angern-Hohenau und Marchegg-Zwerndorf sowie des Thaya-Wasserverbandes Hohenau-Bernhardsthal. Damit ist eine entscheidende Mitwirkung bei der Verbandsarbeit durch die Vertreter des Landes gegeben. Zu den Dammerhaltungsarbeiten leistet der Bund (Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten) einen 90%igen Beitrag. Das im Zusammenhang mit der Thayadammregulierung stehende Bauvorhaben „Thaya HW-Schutzdamm Hohenau-Bernhardsthal“ ist fertiggestellt. Die Kollaudierung wird im Frühjahr 1997 stattfinden.

## Grenzwässer

Aufgabe bei den Grenzwässern ist es, eine geordnete Wasserwirtschaft in den Grenzräumen im Sinne des Hochwasserschutzes, der Regulierung des Bodenwasserhaushaltes und der Wasserversorgung von Siedlungen und Industrie sicherzustellen. Weiters sind der Charakter und die Erkenntlichkeit der nassen, festen Staatsgrenze zu erhalten. Die Grenzkommision hat die Tätigkeit mit Tschechien und der Slowakei weitergeführt.

Die Aufgaben in den genannten Kommissionen werden unter Wahrung der Interessen des Landes Niederösterreich vom Vertreter der Abteilung Wasserbau ausgeführt, der als Kommissionsmitglied und als Experte an Besprechungen und Tagungen teilnimmt.

Einen Schwerpunkt dieser Tätigkeit stellt die jährliche Tagung der österreichisch-tschechischen bzw. -slowakischen Grenzwässerkommision (GGK) dar. Im Rahmen dieser Tagungen wird über die im abgelaufenen Jahr erbrachte Tätigkeit berichtet und das für das laufende Jahr erforderliche Arbeitsprogramm erstellt.

Die 5. Tagung der Österreichisch-tschechischen Grenzwässerkommision fand in der Zeit vom 21.–25. April 1997 in Prag statt. Dabei wurden unter anderem die zwischenstaatlichen Kollaudierungen und Abrechnungen der Maßnahme „Verwaltung, Betrieb und Erhaltung des Gurwitzer-Wehres und des Thaya-Mühlbaches“, die Abrechnung der „Funkwarnanlage Talsperre Vranov-Hardegg“ für das Jahr 1996 und anderer wasserbaulicher Maßnahmen genehmigt.

In der Zeit vom 7.–15. April 1997 fand die 4. Tagung der österreichisch-slowakischen Grenzwässerkommision in Wien statt.

Der Umfang der Tätigkeit dieser Kommission ist nunmehr auf die March und Donau beschränkt. Durch den Bau der Anlage Nové Mlýny an der Thaya auf tschechischem Gebiet sind wesentliche Auswirkungen auf die Wasserführung der March eingetreten, so daß dieses Problem trilateral behandelt wird.

Vom 17.–26. Juni 1997 fand in Prag die 5. Tagung der österreichisch-tschechischen Grenzkommision statt. Im Rahmen der jährlich im Herbst abgehaltenen Grenzbesichtigung werden zukünftig Tagesordnungspunkte, die im Rahmen der Tagung nicht besprochen werden konnten, behandelt.

Die 4. Tagung der österreichisch-slowakischen Grenzkommision fand vom 3.–7. März 1997 in Eisenstadt statt.

Wesentlicher Bereich ist die Neudefinition der „Richtlinien für die Erstellung des neuen Grenzurkundenvertrages (March, Donau)“.

## Wiener Neustädter Kanal

Die Tätigkeit dieses Fachbereiches umfaßt die Durchführung und Überwachung der Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten des im Eigentum des Landes Niederösterreich stehenden Wiener Neustädter Kanals.

Die Verwaltung des Wiener Neustädter Kanals wird von der Abteilung Wasserbau in technischer Hinsicht und hinsichtlich finanzieller Belange auch unter Mitwirkung der Abteilung Finanzen, Landesbuchhaltung 3, durchgeführt.

Die Erhaltung der rd. 36 Kilometer langen Kanalstrecke (der Abschnitt vom Haidbachauslaß bis zur Mündung des Wiener Neustädter Kanals in den Mödlingbach gehört ECO-Plus, Wiener Neudorf) und des sieben Kilometer langen Katzelsdorfer Zuleitungsgerinnes einschließlich der 38 Schleusen und 7 Kanalbrücken (Querungsobjekte mit Bächen und Flüssen) wurde von zwei Kanalwärtern mit Unterstützung von Eigenregiebautrupps der Wasserbauverwaltung durchgeführt.

Durch die Hochwasserereignisse Anfang Juli 1997, die vor allem im Einzugsgebiet der Schwechat und der Leitha zu über 100jährigen Ereignissen führten, wurden auch die Einrichtungen des Wiener Neustädter Kanals in Mitleidenschaft gezogen. So wurde die Kanalbrücke über die Schwechat in Tribuswinkel schwer beschädigt. Verklausungen bei den Stützen dieser Kanalbrücke führten zu Zerstörungen des Holztrages und der Dichtung. Um die Wasserführung aufrecht erhalten zu können, mußten umfangreiche Sanierungsarbeiten bei der Hauptabkehr des Wiener Neustädter Kanals im September 1997 durchgeführt werden. Eine statische Überprüfung der Kanalbrücke über die Schwechat wurde in Auftrag gegeben. Auch das Speisegerinne des Wiener Neustädter Kanals, der Katzelsdorfer Mühlbach, wurde durch das Hochwasser der Leitha schwerstens beeinträchtigt. Umfangreiche Geschieberäumungen und Reparaturarbeiten bei den Hochwasserentlastungsanlagen waren die Folge. Schließlich führten Starkregenereignisse Mitte Juli 1997 im Raum Gumpoldskirchen und die damit verbundenen Wassereinträge in den Wiener Neustädter Kanal zu weitgehenden Zerstörungen der Kanalböschungen einschließlich des Radwanderweges.

Neben der normalen ganzjährigen Erhaltungstätigkeit (Ziehen des Schlammgrases, maschinelles und händisches Mähen der Kanalböschungen, Turbinendienst, Streckenkontrolle, Erhaltungsarbeiten am Katzelsdorfer Zuleitungsgerinne) bildete die diesjährige Hauptabkehr vom 14. September bis 20. September 1997 einen Arbeitsschwerpunkt. Im einzelnen wären im Jahre 1997 folgende Arbeiten hervorzuheben:

- In den Monaten Jänner bis April wurden verschiedene Abstockungsarbeiten (Gehölzpflegemaßnahmen) in den Gemeindegebieten von Guntramsdorf, Gumpoldskirchen, Traiskirchen und Baden durchgeführt.

- Im April erfolgte eine Instandsetzung des Treppelweges (Uferbegleitweges) am linken Ufer des Wiener Neustädter Kanals zwischen Schafflerbrücke und Tritolbrücke.

- Sanierung des Schwechattrages in Tribuswinkel bei Kanalabkehr (September 1997), Ausbesserungsarbeiten bei Polyesterdichtung und Holzbedielung;

- Räumung in Wiener Neustadt vom Kanalanschluss bis „Am Triangel“ und von Wiener Neustadt bis Traiskirchen in den Brückenbereichen.

Sehr aufwendig sind die bei der Kanalabkehr anfallenden Sperrmüllräumungen. Der Sperrmüll wird von Kanalrainern in das Gewässer eingebracht und muß entfernt, sortiert und entsorgt werden.

Zusätzlich wurde im Juni 1997 eine Abkehr des Katzelsdorfer Mühlbaches und des Katzelsdorfer Zuleitungsgerinnes durchgeführt. Die Instandsetzung des Auslasses war wegen seines desolaten Zustandes bereits eine dringend erforderliche Maßnahme.

Räumungen und Ausbaggerungen nach dem Hochwasser vom Juli 1997 waren zur Aufrechterhaltung des Betriebes zwingend notwendige Maßnahmen.

Probleme verursachen wie schon in den Vorjahren die in den Jahren 1936/37 errichteten sieben Kleinkraftwerke, wo immer wieder Reparaturarbeiten anfallen. Die Stromproduktion 1997 betrug rd. 860.000 Kilowattstunden.

Die für die Erhaltung des Wiener Neustädter Kanals derzeit bereitgestellten Landesmittel sind gerade ausreichend, um die notwendigsten Instandhaltungsarbeiten an den Kanalanlagen durchführen zu können. Darüber hinaus wird für notwendig erachtet, durch laufende Instandsetzungsprogramme und deren entsprechende Dotierung die Voraussetzung für die ordnungsgemäße Erhaltung der Anlagen des Kanals (Schleusen, Haltungen, Kanalbrücken, Kleinkraftwerke) zu schaffen.

Der Wiener Neustädter Kanal, der in den Jahren 1797–1803 errichtet wurde, konnte 1997 das Jubiläum „200 Jahre Wiener Neustädter Kanal“ begehen. Anlässlich des Baubeginns vor 200 Jahren wurde mit Unterstützung der Presseabteilung des Amtes der NÖ Landesregierung und unter Mitwirkung der Abteilung Wasserbau vom

Industrieviertelmuseum in Wiener Neustadt eine Broschüre herausgegeben. Eine vom Industrieviertelmuseum gestaltete Ausstellung in Wiener Neustadt (Mai 1997) würdigte dieses Industriedenkmal.

### Talsperrenaufsicht

Die Überwachung erstreckt sich auf folgende Anlagen:

- Talsperre Ottenstein (EVN/Kamp)
- Talsperre Dobra (EVN/Kamp)
- Talsperre Thurnberg (EVN/Kamp)
- Talsperre Erlaufklause (EVN/Große Erlauf)
- Staudamm Wolfgraben (Stadt Wien/Wienfluß)
- Hochwasserrückhaltebecken Krons-egg (Stadtgemeinde Langenlois/Loisbach)

Die von den Wasserberechtigten an den Talsperren und Staubecken durchzuführenden Messungen und abzufassenden Berichte wurden bearbeitet und an die Staubeckenkommission beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft weitergeleitet.

Von den Stauanlagen wurden seitens der Talsperrenverantwortlichen keine besonderen Vorfälle gemeldet.

Im Oktober 1997 wurden die Sperren Ottenstein, Dobra, Thurnberg und Erlaufklause von der Staubeckenkommission überprüft. Die Sperren der EVN befinden sich in einem sehr guten Zustand. Bei diesen Überprüfungen hat es keine nennenswerten Beanstandungen gegeben.

### Flußbauhof Plosdorf

Der Beschäftigungsstand im Flußbauhof Plosdorf beträgt derzeit 18 Arbeitskräfte (1 Bauhofverwalter, 17 Bedienstete), die als Gerätefahrer bzw. mit der Überholung von Maschinen, Werkzeugen und Geräten voll beschäftigt werden.

Die Einnahmen des Flußbauhofes Plosdorf betragen mit Stand vom 31. 12. 1997 rd. 20,8 Mio. S. Diesen stehen Ausgaben in der Höhe von rd. 18,5 Mio. S. gegenüber.

### Kulturtechnische Maßnahmen, bodenverbessernde Maßnahmen durch Bewässerung

Dieser Begriff umfaßt eine Vielzahl verschiedener Aufgabenbereiche, wie zum Beispiel mechanische, biologische und unterstützende Hilfsmaßnahmen zur Verbesserung der Bodenstruktur, des Wasserhaushaltes sowie flächenhafter Wasserrückhaltemaßnahmen im ländlichen Raum und Erosionsschutz.

Die Bewässerung dient vor allem in den niederschlagsarmen Regionen des Bundeslandes zur Sicherung von gleichbleibenden Erträgen, der Qualitätssteigerung und der Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit und der Möglichkeit des Anbaues von Alternativkulturen (Marchfeld) sowie der Erhaltung der Kulturlandschaft (Terrassenlandschaft in der Wachau).

Der Schwerpunkt auf dem Bewässerungssektor liegt nach wie vor in den niederschlagsarmen Niederungen des Marchfeldes, im Tullnerfeld, im südlichen Wiener Becken und vereinzelt im Laaer Becken. Im Bereich Krems – Wachau wird die Tröpfchenbewässerung für Bergweinbaulagen zur Erhaltung der charakteristischen Terrassenlagen eingesetzt und weiter ausgebaut. Seit vielen Jahren findet die wassersparende Tropfbewässerung lebhaftes Inter-

esse bei den Weinbaubetrieben. Durch den Einsatz dieser Bewässerungstechnik wurde es möglich, den Terrassenweinbau und damit das Landschaftsbild in dieser Region zu erhalten.

Weiters werden im Bereich des Obstbaues neben der Zusatzbewässerung die Frostschuttbewässerung mit großem Erfolg zum Schutze der Kulturen eingesetzt.

Allgemein ist festzustellen, daß die Ergänzung des natürlichen Niederschlages – durchaus mit der Ökologie im Einklang stehend – in diesen Gebieten Voraussetzung für die landwirtschaftliche Produktion sowie auch für Alternativprodukte und die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit ist.

Das einheitliche Programmplanungsdokument für die Strukturinvestitionen der Europäischen Gemeinschaft in den Ziel-5b-Gebieten des Landes NÖ wurde im Dezember 1995 genehmigt. Aus diesem Förderungssatz werden nunmehr kulturtechnische Maßnahmen und Bewässerungen gefördert.

### Feuchtbiotope

Im heurigen Jahr konnten über die Abteilung Wasserbau aus Mitteln des Landschaftsfonds Feuchtbiotope zur Verbesserung des Kleinklimas bzw. Belebung der Landschaft errichtet werden. In diesem Bereich wurden Landesmittel in Höhe von rund 3,5 Mio. S. eingesetzt.

## Abteilung Siedlungswasserwirtschaft

● **Siedlungswasserwirtschaft.** Wasserbauliche Angelegenheiten (Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung) von physischen und juristischen Personen, Genossenschaften, Gemeinden und Verbänden, Feuerlöschanlagen.

● **NÖ Wasserwirtschaftsfonds.** Förderung von privaten und öffentlichen Ver- und Entsorgungsanlagen, Förderung von öffentlichen Feuerlöschanlagen, Förderung von Forschungsprojekten und generellen Studien.

### Aufgaben

#### Siedlungswasserwirtschaft

- Fachliche Beratung in technischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht
- Beratung bei der Ausarbeitung von Studien zur Ermittlung von ökologisch

verträglichen sowie volks- und betriebswirtschaftlich zweckmäßigen Lösungsmöglichkeiten für den Aufgabenbereich der Siedlungswasserwirtschaft

● Überprüfung und Begutachtung der vorgelegten Projekte und Förderungsanträge gemäß den Bestimmungen des Umweltförderungsgesetzes 1993, der zugehörigen Förderungsrichtlinien sowie der Durchführungsvereinbarung

● Erstellung von Vorschlagslisten des Landes NÖ für die Vergabesitzungen des Bundes

● Durchführung der staatlichen Bauaufsicht gemäß den Bestimmungen der Durchführungsvereinbarung

● Die Bauabrechnung und Baukollaudierung gemäß § 31 WBFVG bzw. des UFG 1993

● Entgegennahme und Begutachtung der Anträge um Förderungsmittel des NÖ Wasserwirtschaftsfonds sowie die weitere finanzielle Abwicklung dieser Vorhaben

● Abwicklung von Regionalisierungsprojekten

● Betreuung und Abwicklung von Forschungsvorhaben

● Mitarbeit und Stellungnahmen zu Entwürfen von Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien, Normen, Regelblättern, soweit sie das Aufgabengebiet der Siedlungswasserwirtschaft betreffen

● Mitarbeit bei der Klärwärterausbildung

● Betreuung der Kläranlagennachbarschaften

● Entsendung eines Vertreters zum gemeinsamen Arbeitskreis Bund – Länder gemäß § 22a UFG

#### NÖ Wasserwirtschaftsfonds

● Überprüfung und Bearbeitung der Projekte und Ansuchen für die Bauvorhaben entsprechend den Förderungsrichtlinien des NÖ Wasserwirtschaftsfonds

- Einholung eventuell erforderlicher Auskünfte von Dienststellen des Landes, der Gemeinden und den Verbänden, die zur Beurteilung der Voraussetzungen für die Gewährung einer Förderung und der Berechnung des Förderungsmaßes erforderlich sind
- Errechnung des Förderungsmaßes entsprechend den Förderungsrichtlinien und Vorlage an das Kuratorium
- Erstellung von Zusicherungen, Evidenz und Kontrolle der Förderungsmittel bei der Durchführung von Bauvorhaben, endgültige Festsetzung der Förderungsmittel im Zuge der Endabrechnung
- Vorbereitung der Sitzungen des Kuratoriums, Vorbereitung von Anträgen, Berichten etc., Erstellung von Vorschlagslisten, Abrechnungslisten etc.
- Durchführung der Beschlüsse des Kuratoriums im Auftrage der Geschäftsführung
- Erstellung des Voranschlages und Rechnungsabschlusses des NÖ Wasserwirtschaftsfonds
- Abfassung des Geschäftsberichtes des NÖ Wasserwirtschaftsfonds
- Verrechnung der Fondsgebarung
- Administration des ehemaligen NÖ Gemeinde-Investitionsfonds, Versendung der jährlichen Prognosen über voraussichtlich zu leistende bzw. tatsächlich geleistete Beträge, Überwachung der Darlehensrückzahlungen
- Beratung von Förderungswerbern über die finanzielle und organisatorische Abwicklung des Bauvorhabens

## Schwerpunkte 1997

### Flächendeckende Abwasserstudie NÖ, Teil 1

Der 1. Teil der vom NÖ Wasserwirtschaftsfonds, vertreten durch die Abteilung Siedlungswasserwirtschaft und in weiterer Folge von der Abteilung Wasserwirtschaft gemeinsam beauftragten „Flächendeckenden Abwasserstudie NÖ“ wurde im Frühjahr 1996 fertiggestellt. Im Rahmen dieser Studie wurden für sämtliche Gemeinden des Bundeslandes NÖ die noch zentral entsorgbaren Gebiete erarbeitet und für jede Katastralgemeinde im Rahmen einer 10stufigen Prioritätskala die jeweilige wasserwirtschaftliche Prioritätsstufe festgestellt. Ergänzt durch wirtschaftliche Prioritäten, erfolgte 1997 die Zuteilung der öffentlichen Förderungsmittel gemäß den vorzufindenden wasserwirtschaftlichen Prioritätseinstufungen.

### Forschungsvorhaben „Verwendung von Aushub- und Recyclingmaterial zur Künettenverfüllung“

Dieses Forschungsvorhaben wurde gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt sowie den Bundeslän-

dern Oberösterreich und Steiermark beauftragt.

Durch das Wiederverfüllen mit Aushub- oder Recyclingmaterial können hochwertige Primärrohstoffe eingespart sowie die unnötige Auffüllung von Deponien mit Aushubmaterial vermieden werden. Weiters können dadurch nicht unerhebliche Kosteneinsparungen erreicht werden.

### Änderung der Förderungsmöglichkeiten für Einzelanlagen

Gemeinsam mit der Förderstelle des Bundes wurde für Einzelanlagen ein bedarfsgerechtes und unbürokratisches Förderungsmodell ausgearbeitet. Neben einer vereinfachten Abwicklung werden künftig solche Anlagen mit Pauschalsätzen gefördert.

### Technische Richtlinien

Die von einem bundesweiten Arbeitskreis ausgearbeiteten „Technischen Richtlinien“ wurden im Jahr 1997 in Kraft gesetzt. Sie stellen eine wichtige Handlungsanleitung für Planung und Bau von geförderten Vorhaben der Siedlungswasserwirtschaft dar. Besonderes Augenmerk wurde auf die Abwägung von Ökologie und Ökonomie sowie die Transparenz der Entscheidungsfindung und die Bürgerbeteiligung gelegt.

### Arbeitskreis Systemausschreibung

Dieser abteilungsübergreifende Arbeitskreis soll in rechtlicher und technischer Hinsicht die Vorgangsweise für Systemausschreibungen erarbeiten.

### Probleme 1997

Der zu Jahresbeginn 1997 vorhandene Rückstand an unerledigten Förderungsansuchen hat sich im Laufe des Jahres deutlich vergrößert und beträgt derzeit rd. 7,2 Mrd. S. Diese Zunahme ist auf die im Jahre 1997 besonders große „Antragsflut“ zurückzuführen. Im Berichtsjahr wurden Förderungsanträge mit einem Gesamtvolumen von rd. 4,9 Mrd. S. eingereicht, dem ein Genehmigungsvolumen von rd. 3,7 Mrd. S. gegenübersteht. Dieses Genehmigungsvolumen liegt deutlich über dem bei der Neuordnung der Landesförderung festgelegten jährlichen Bauvolumen von rd. 2,7 Mrd. S. Ermöglicht wurde das erheblich vergrößerte Bauvolumen durch zusätzliche Förderungsmittel von Bund und Land sowie durch Vorgriffe auf künftige Jahresquoten.

Wenn die eingeleiteten Gegenmaßnahmen nicht greifen, muß auch im Jahre 1998 damit gerechnet werden, daß das Antragsvolumen das Genehmigungsvolumen übersteigt.

## Ziele 1998

Als vorrangiges Ziel muß die vorher erwähnte „Antragsflut“ eingebremst und auf ein vernünftiges Ausmaß zurückgeführt werden. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn sowohl die Hoheitsverwaltung als auch die Wirtschaftsverwaltung im Sinne der Prioritätenreihung gemeinsam und koordiniert vorgehen.

An der Hoheitsverwaltung wird es liegen, bei den wasserrechtlichen Fristsetzungen auf das Prioritätenprinzip Rücksicht zu nehmen. Aufgabe der Wirtschaftsverwaltung wird es sein, in zeitlicher Übereinstimmung die öffentlichen Förderungsmittel zur Verfügung zu stellen.

Um ein weiteres Anwachsen der „Altlasten“ zu vermeiden und den erforderlichen „Abbau“ einzuleiten, sollten im Jahre 1998 überwiegend nur Anträge der Prioritätsstufe 1 vorgelegt werden.

## Statistik 1997

### Siedlungswasserwirtschaft

Im Jahre 1997 wurden von der Abwicklungsstelle der Bundesförderung drei Vergabesitzungen durchgeführt. Bei diesen Vergabesitzungen wurden für das BundesLand Niederösterreich Förderungsmittel des Bundes für 196 Neu- vorhaben mit Gesamtinvestitionskosten von S 3.686.031.000,- bewilligt. Die mittlere Förderintensität des Bundes betrug rd. 34,4% der Investitionskosten. Weiters wurden 5 Wiedervorlagen (Erhöhung der zugesicherten Förderungsmittel) positiv erledigt.

1997 wurden Förderungsanträge mit Gesamtinvestitionskosten von rd. 4,9 Mrd. S. eingereicht und nach Begutachtung an die Abwicklungsstelle der Bundesförderung bzw. an den NÖ Wasserwirtschaftsfonds weitergeleitet.

### NÖ Wasserwirtschaftsfonds

Im Anschluß an die Vergabesitzungen des Bundes wurden vom NÖ Wasserwirtschaftsfonds zwei Kuratoriumssitzungen abgehalten. Dabei konnten für 209 Vorhaben mit Gesamtinvestitionskosten von S 3.815.036.299,- Förderungsmittel des NÖ Wasserwirtschaftsfonds in einem Gesamtausmaß von S 581.741.500,- bewilligt werden. Daraus ergibt sich eine mittlere Förderintensität von rd. 15%.

Bereits erteilten Förderzusagen nachkommend, wurden zur Baufinanzierung 1997 für nachgewiesene Errichtungskosten in der Höhe von S 3.800.442.326,- Förderungsmitel des NÖ Wasserversorgungsfonds von S 573.592.847,- an die Förderungsnehmer ausbezahlt.

Hievon entfiel auf Wasserversorgungsanlagen ein Bauvolumen von S 602.273.175,- und auf Abwasserbe-

seitigungsanlagen ein Bauvolumen von S 3.198.169.151,-. Auch bei den laufenden Bauvorhaben konnte eine mittlere Förderintensität von rd. 15% gewährleistet werden.

1997 wurden vom NÖ Wasserversorgungsfonds insgesamt 225 Bauvorhaben mit förderungsfähigen Gesamtinvestitionskosten von S 2.607.565.138,15 kollaudiert und endabgerechnet und die

erforderlichen Förderungsmitel des NÖ Wasserversorgungsfonds endgültig mit S 472.374.795,93 festgesetzt.

Hievon entfiel auf Wasserversorgungsanlagen ein Bauvolumen von S 636.191.838,75 und auf Abwasserbe-  
seitigungsanlagen und Sonstiges ein Bauvolumen von S 1.971.373.299,40. Daraus resultiert eine mittlere Förderintensität von rd. 18%.

## Abteilung Hydrologie

### Aufgaben

Entsprechend den zugewiesenen Aufgaben gliedert sich die Tätigkeit der Abteilung in folgende Hauptgebiete:

- Oberflächenhydrologie (Niederschlag und Abfluß)
- Geohydrologie und Grundwasser
- Hydrographie (Meßstellenbeobachtung- und betreuung)
- Internationaler Wasserstandsnachrichtendienst (Donau und Donauzubringer), Hochwasseralarmdienst

Die ersten zwei Aufgabengebiete „Oberflächenhydrologie“ und „Geohydrologie“ umfassen im wesentlichen jene Aufgaben, welche außerhalb des Rahmens der mittelbaren Bundesverwaltung vor allem im öffentlichen und im Landesinteresse zur Erarbeitung und Beschaffung jener Daten und Unterlagen durchgeführt werden, die für wasserwirtschaftliche Entscheidungen, Gutachten etc. als Grundlagen erforderlich sind.

Die unter „Oberflächenhydrologie“ anfallenden Aufgaben erstrecken sich sowohl auf das Niederschlags- als auch auf das Abflußgeschehen. Insbesondere fallen in diesem Bereich die Erarbeitung von Daten für extreme Situationen (Hoch- und Niederwasserführungen, Starkregen), Untersuchungen über Retentionen und hydrologische Trends, Wasserführungsdauerzahlen sowie die Bearbeitung besonderer hydraulischer Aufgaben, die bei wasserwirtschaftlichen Projekten auftreten.

Die unter „Geohydrologie“ anfallenden Aufgaben umfassen alle jene Untersuchungen, die vorwiegend zur Erkundung der Grundwasservorkommen und der Klärung ihrer Mechanismen durchgeführt werden.

Sie dienen der Erforschung der nutzba-  
ren Grundwasserreserven, der Projektierung und Situierung von Grundwassererschließungen für Wasserversorgungsanlagen, der Beurteilung von Mülldeponien, Schottergewinnungsanlagen etc.

Die unter „Hydrographie“ anfallenden Arbeiten umfassen jene Aufgabengebiete, welche gemäß dem Hydrographiesgesetz 1979 und seiner Novellen zur Erhebung des Wasserkreislaufes im

Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von der ho. Abteilung zu bearbeiten sind und die Grundlage für das Hydrographische Jahrbuch sind. Es sind dies die Erfassung des Niederschlages, der Lufttemperatur und Verdunstung, des Oberflächenabflusses und die Grundwasserstandsbeobachtungen.

Hiezu wird ein umfangreiches Beobachtungsnetz laufend betreut, instandgehalten und weiter ausgebaut.

Für die Messung der meteorologischen Parameter stehen Wetterstationen mit teilweiser Ausrüstung mit Schreibgeräten und Datensammlern zur Verfügung, für die Messung des Oberflächenabflusses Latten- und Schreibpegelstationen und für die Messung des Grundwassers Brunnen und Sonden.

An den Pegelstationen der Oberflächengewässer werden Abflußmessungen in regelmäßigen Abständen nach den Vorschriften des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft (Hydrographisches Zentralbüro) durchgeführt und zwar je nach Stabilität des Pegelprofils bis zu 8mal jährlich sowie während und nach Hochwasserereignissen. Das gesamte Beobachtungsmaterial wird überprüft und statistisch ausgewertet. Seit der Einführung der EDV im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und der damit verbundenen Umstellung des Hydrographischen Jahrbuches muß das gesamte Material für die Eingabe entsprechend aufbereitet werden.

Im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung obliegt der Abteilung weiters das Aufgabengebiet „Wasserstandsnachrichtendienst“. Es umfaßt die Wartung und Bedienung der Fernmeldeanlage im Rahmen des laufenden innerösterreichischen und internationalen Wasserstandsnachrichten- und Vorhersagedienstes an der Donau samt Empfang und Weitergabe von hydrographischen Daten von amtsfremden, innerstaatlichen und internationalen Stellen bzw. an solche. Weiters werden besondere Warn- und Meldedienste im Hochwasserfall durchgeführt. Zusätzlich zur normalen Prognose wird an einer längerfristigen Prognose für den Hochwasserfall gearbeitet.

### Schwerpunkte 1997

#### Oberflächenhydrologie

- Erarbeitung und Überprüfung des Hochwasserkollektivs aller niederösterreichischen Pegelstationen und Erstellung von Hochwasserspendenlinien für einzelne Flußgebiete. Während des Juli-Hochwassers konnten zahlreiche Hochwassermessungen durchgeführt werden, so daß eine weitere Absicherung der Pegelkonsumtionskurven im Hochwasserast erzielt wurde. Dies ist für die Überprüfung des Hochwasserkollektivs von eminenter Bedeutung.

- Weiterführung der Erstellung der Niederwasserspenden der niederösterreichischen Gerinne (dient z. B. für die Vorschreibung von Restwassermengen - Einleitungen von Klärwässern). Bearbeitung zahlreicher Anfragen über charakteristische Wasserführung und über aufgetretene Starkregenschäden.

- Digitalisierung der Wasserstandsganglinien des Jahres 1995 und 1996 und Bearbeitung der Abflußbilanz 1995 und 1996.

- Weiterbearbeitung einer Klimatographie von Niederösterreich, statistische Auswertung des Beobachtungskollektivs von Ombrometerstationen hinsichtlich Jahresmaxima und Gewitterhäufigkeit und Hagelereignissen sowie Einsatz von Wippenmeßgeräten zur Erfassung von Minutenregenereignissen, Überprüfung der Starkregen hinsichtlich der 100jährigen Häufigkeit und ihrer Verteilung in Niederösterreich. Räumliche und zeitliche Verteilung von Starkregen und Trockenwetterindex.

- Stellung von hydrologischen Amtssachverständigen bei WR-Verhandlungen.

#### Geohydrologie

- Bearbeitung der Anfragen über charakteristische Grundwasserstände, Grundwasserströmungsrichtungen und -abstandsgeschwindigkeiten

- Zahlreiche geohydrologische Untersuchungen im Zusammenhang mit Planungen und Erweiterungen von Wasser-

versorgungsanlagen von Gemeinden, Wassererschließungen für Bewässerungen

- Umfassende geohydrologische Erkundung für Grundwassererschließungen von Gemeinden und Genossenschaften oder fachliche Beurteilung derartiger Vorhaben

- Beweissicherungsmaßnahmen bei Eingriffen in den Grundwasserkörper und Grundwasserhaushalt

- Beistellung von geohydrologischen Amtssachverständigen bei WR-Verhandlungen und UVP-Verfahren (deutliche Zunahme der Anzahl der Verhandlungen)

- Umfassende geohydrologische Erkundung und Einschätzung von Depo-niestandorten sowie von Altlasten

## Hydrographie

- Verstärkter Einsatz von Schreibgeräten und Datensammlern.

- Qualitative Verbesserung des Pegelnetzes an den niederösterreichischen Gerinnen um das Abflußgeschehen genauer erfassen zu können. Die Pegelfernübertragung wurde ausgeweitet und dem heutigen Stand der Technik angepaßt (dies betrifft auch die Übertragung von Niederschlagsstationen).

- Während des extremen Hochwasserereignisses im Juli traten starke Schäden an den Pegelmeßstellen auf, die Reparatur beanspruchte einen Großteil der Arbeitskapazität des Personals. Die Fertigstellung der Ausbesserungsarbeiten ist für das Frühjahr 1998 vorgesehen.

- Vorarbeiten für die geplante Umstellung der Auswertungen der Abflußmessungen an Laptops und Standgeräten (nicht mehr über die Landes-EDV).

- Instandhaltung des bestehenden Grundwassernetzes. Aufbau von Quellmeßstationen mit Datensammlern in Karsteinzugsgebieten. Im Weinviertel wurde erstmals eine Bodenwasserhaus-haltsmeßstelle in Immendorf in Betrieb genommen. Diese Station wurde auch zusätzlich mit einer automatischen Verdunstungsmessung ausgerüstet.

## Wasserstandsnachrichtendienst

- Durchführung des täglichen Internationalen Wasserstandsnachrichtendienstes.

- Verbesserung der Hochwasservorhersage und Berücksichtigung des Pegels Wildungsmauer/Donau. Durch die im August vorgesehene Übersiedlung der Abteilung nach St. Pölten mußte die technisch bereits veraltete Fernmeldeanlage für den Wasserstandsnachrichtendienst und Hochwasservorhersage neu konzipiert werden, da ein Transfer dieser Anlage technisch nicht mehr möglich war und auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht vertretbar war. Die

Ausschreibung der neuen Anlage wurde zu Beginn des Jahres durchgeführt, so daß die neue Anlage im September installiert werden konnte und der Probebetrieb begonnen wurde.

## Probleme 1997

Während des Hochwasserdienstes im Juli 1997 waren durch die Überalterung der bestehenden Fernübertragung wiederum zahlreiche Ausfälle sowohl bei den Schreibgeräten als auch bei den Digitalanzeigen zu verzeichnen, was zu einer Erschwerung des Warndienstes führte. Der Probebetrieb der neuen Anlage in St. Pölten zeigte, daß eine einwandfreie Übertragung der von der Donaukraft zur Verfügung gestellten Pegel-daten nur durch eine eigene Standleitung gewährleistet wird. Die derzeitigen Ausfälle sind für einen Betrieb vor allem während eines Hochwassers untragbar. Der verstärkte Einsatz der Datenverarbeitung bei Gutachtenerstellung beziehungsweise bei Untersuchungen über Veränderungen im Wasserkreislauf konnte 1997 durch die derzeit noch nicht realisierte Konvertierung des im Hydrographischen Zentralbüro gespeicherten Meßdatenkollektivs noch nicht durchgeführt werden. Zusätzlich fehlt der Einsatz eines PC-fähigen Geographischen Informationssystems.

Die Erstellung einer auch durch die Abteilung Hydrologie benützbaren Datenbank (WDV) erscheint vordringlich. Die Errichtung einer relationalen Datenbank für die Erfassung des Wasserkreislaufes wird 1997 durch das Hydrographische Zentralbüro durch Einführung der EDV 2001 ermöglicht.

Das geringe Reisebudget für die Abteilung führte wiederum zu einer Reduzierung des Meßnetzes, was sich jedoch deutlich in der Qualität der Urdaten auswirkte. Da überdies während und nach dem Hochwasser im Juli 1997 ein vermehrter Außendienst (Abflußmessungen und Schadenserhebungen sowie Sanierungen an den Pegelstationen) geleistet werden mußte, ist das zu Verfügung stehende Budget für die Bewältigung des gesamten Aufgabenbereiches der Abteilung nicht mehr ausreichend.

## Ziele 1998

- Auf dem Gebiet der Oberflächenhydrologie bestehen weiterhin folgende längerfristige zu bearbeitende Ziele:

- die Untersuchung über Starkregenerie-nisse fortzuführen, um Aussagen über die Eintrittswahrscheinlichkeit von Starkregen zu verbessern, sowie die Erfassung von Trockenperioden, der Niederschlagsverteilung und räumlich-zeitlichen Varianz;

- die charakteristischen Hochwasserabflüsse in Kleineinzugsgebieten durch intensive Beobachtung und Auswertung aufgetretener Ereignisse und durch den Ausbau entsprechender Abfluß- und Niederschlagsstationen besser zu erfassen;

- Zusammenhänge geophysikalischer Natur zwischen Niederschlags- und Abflußgeschehen (Abflußfrachtuntersuchungen, Erarbeitung von Abflußbeiwerten, Trockenwetterabfluß);

- neue Methoden zur Charakterisierung gebietsspezifischer Wasserführungen zu erproben und EDV-Modelle einzusetzen. Bei all diesen Untersuchungen werden die der Abteilung zur Verfügung stehenden Personalcomputer verstärkt genutzt. Eine Unterstützung durch NÖGIS wäre hierbei sehr wertvoll und anzustreben.

- Im Bereich der Hochwasserwarnung wird eine Erweiterung der Zentrale in St. Pölten für eine Abfrage mit Sprachausgabe der Wasserstände von wichtigen Pegelstationen der größeren Einzugsgebiete untersucht.

- Im Bereich der Geohydrologie wird nach wie vor angestrebt, die im Rahmen von Einzeluntersuchungen gewonnenen Daten in Form eines Grundwasserkatasters darzustellen. Des weiteren sollen auch in diesem Gebiete die Möglichkeiten des EDV-Einsatzes verstärkt genutzt werden. Hierbei ist zunächst an die Erstellung von Grundwasserschichtenplänen, Differenzplänen mittels Plotters gedacht, um Veränderungen im Grundwasserhaushalt besser und schneller erkennen zu können. Dieses Programm wird vom BMfLF HZB vorbereitet. Ebenso wäre auch hier eine Unterstützung durch NÖGIS anzustreben.

- Da sich in den letzten Jahren immer häufiger die Fragestellung der Ursachen von qualitativen Veränderungen bzw. Zuständen der Oberflächenwässer und Grundwässer ergeben hat, diese qualitativen Veränderungen jedoch nur in Zusammenschau mit der quantitativen Zustandsänderung sinnvoll zu erfassen sind, werden relevante Umweltparameter (z. B. pH-Wert, Leitfähigkeit, Nitrat, Gesamthärte usw.) bei der Beobachtung des Meßnetzes, mittels des tragbaren Laborgerätes für Wasseruntersuchungen, durchgeführt.

## Statistik 1997

Im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung wurden der Abteilung für das Jahr 1997 vom Bund Budgetmittel (VA 1/6008) in der Höhe von 5,486 Mio. S zur Verfügung gestellt. Die Höhe der Landesmittel betrug im Ansatz 63930 2,054 Mio. S und im Ansatz 63910 S 90.000,- (100.000,- minus 10% Sperre).

Im Zuge der neuen Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung kamen mit Wirkung vom 1. November 1996 die bisherigen Abteilungen II/3 (Naturschutz) und I/7 (Verkehrsrecht) zur Gruppe Raumordnung und Umwelt (vormals Gruppe GR). Sie besteht daher seit 1. November 1996 aus folgenden Abteilungen:

- Bau- und Raumordnungsrecht
- Raumordnung und Regionalpolitik
- Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung
- Umweltrecht und Umweltkoordination
- Naturschutz
- Verkehrsrecht
- Gesamtverkehrsangelegenheiten

### Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit

#### Raumordnung

Örtliche und Überörtliche Raumordnung, EU-Regionalpolitik in Niederösterreich, Statistik, Dorf- und Stadterneuerung, Gesamtverkehrsangelegenheiten.

- Redaktion der Zeitschrift „Raumordnung aktuell in Niederösterreich“
- Redaktion und Neugestaltung der Zeitschrift „Leben in Stadt und Land“
- Wahrnehmung der Auskunftsfunktion gegenüber Medienvertretern für den Raumordnungsbereich
- Folienerstellung für Mitarbeiter der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
- Einsatz der Eigenmedien („Raumordnung aktuell“, „Umwelt und Gemeinde“, DOERN/STERN – Zeitung, Teletext, Landeskorrespondenz, NÖ Perspektiven, Internet)
- Tätigkeiten im Rahmen der Funktion als Internet-Administratorin der Stabsstelle/Gruppe Raumordnung und Umwelt:
  - Konzeption und Produktion der Homepage der Gruppe Raumordnung und Umwelt
  - Konzeption und Produktion der Internet-Seiten „Leitbild für die räumliche Entwicklung Niederösterreichs“
- Mitarbeit bei der Konzeption und Durchführung einer Pressekonferenz mit LR Freibauer zum Thema „Leitbild für die räumliche Entwicklung Niederösterreichs“
- Mitarbeit bei der Pressekonferenz „Pferdereionen in NÖ“
- Statistisches Handbuch: Veröffentlichungs-PR
- Konzeptive und begleitende Maßnahmen zur Fragebogenaktion „Örtliche Raumordnung in NÖ“ von LR Freibauer
- Konzeption von Ausstellungstafeln zum Thema „Raumordnung in NÖ“ im Rahmen der Ausstellung „Aufgaben der Landesverwaltung“ der NÖ Landtagsdirektion

● Konzeption einer Ausstellung der Planungsgemeinschaft Ost zum Thema „Siedlungspolitisches Konzept Ostregion“

- Mitarbeit im Arbeitskreis „Musterregion Niederösterreich in Europa“ der NÖ Landesakademie im Rahmen des Projektes „Leitbild für Niederösterreich“
- Teilnahme am Arbeitskreis „EU-Information“ der Botschaft der EU-Kommission in Wien
- Produktionsleitung bei der Publizierung der EU-Broschüren betreffend Regionalförderung in Niederösterreich:
  - „Leitfaden zur Projekteinreichung INTERREG II“
  - „Leitfaden zur Projekteinreichung LEADER II“
- Herausgabe des gruppeninternen Kommunikationsmediums „RU-Blitzlichter“
- Regelmäßige Printmedien-Beobachtung
- Weiterbildung

#### Abfallwirtschaft und Umweltschutz

- Interne und externe Kommunikation im Bereich Abfallwirtschaft/allgemein: Protokollführung Abfalljourfixe, Konstituierung und Leitung eines NÖ Abfallwirtschafts-Öffentlichkeitsarbeits-Jour-fixe, Produktion von Messeschautafeln, Redaktion eines Abfall-Schwerpunktes in Umwelt & Gemeinde (Frühjahr '97), Redaktion eines Abfalljournals als Media-printbeilage Krone/Kurier (November '97)
- Konzeptive und Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der 1997 weiterlaufenden Abfall-Vermeidungskampagne der NÖ Abfallwirtschaftsverbände, des Landes und des NÖ Abfallwirtschaftsvereines mit dem Titel „Sei g'scheit, vermeid“. Konzeptarbeit im ÖA-Ausschuß des Vereines, Mitarbeit Organisation und Pressebetreuung der Siegerehrung des „Sei g'scheit, vermeid“-Preiswettbewerbens 1996 (Jänner '97), Mitarbeit am und Herausgabe des Abfall-Vermeid-ABC inkl. Pressekonferenz, Koordination mit betrauter Agentur und politischem Büro, begleitende Pressebetreuung, Einsatz von Fremd- und Eigenmedien
- Vorarbeiten zur Hrsg. eines Abfall-Trennwegweisers und Neu-Hrsg. eines Abfall-Graphikhandbuchs
- Konzeptive und begleitende Maßnahmen bis zur Standortbekanntgabe der thermischen Restmüllbehandlungsanlage der AVN in Kontakt mit derselben. Texte für Eigenmedien und Pressebetreuung
- Leitung des Arbeitskreises Baurestmassen gemäß der Einheitlichen Linie in der Abfallwirtschaft, Ausarbeitung von Projektvorschlägen
- Informationsaufgaben im Bereich „Prepare“ und „Ökoprofit“ (Abteilung

Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung), Texte für Fremd- und Eigenmedien, Pressebetreuung der Prepare-Roundtables und der Auszeichnungsveranstaltung Prepare/Ökoprofit (Dez. '97)

- Informationsaufgaben im Bereich „NÖ Baurechtsaktion“ (Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung): Texte für Fremd- und Eigenmedien, Durchführung einer PR-Offensive gemeinsam mit der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung – Information für Bürgermeisterkonferenzen, Erstellung eines Folders, eines Baupakets und von Bautafeln für Großgrundstücke
- Mitarbeit im Klimabündnis-Arbeitskreis Verkehr/Verkehrsspargemeinde (Auswahl der Gemeinde im Jänner '98)
- Vorarbeiten zur Installierung eines Hochwasser-Arbeitskreises
- Koordinationsaufgaben auf Gruppenebene: Start des Pilotprojektes Umweltmanagement-System der Gruppe, Erstellung eines Gruppenkonzeptes, Vorüberlegungen zur Umsetzung von Gruppenleitbild, Effizienzcontrolling und PR-Netzwerk
- Wahrnehmung der Auskunftsfunktion gegenüber Medienvertretern für den Umweltschutzbereich
- Hrsg. des gruppeninternen Kommunikationsmediums „RU-Blitzlichter“
- Regelmäßige Printmedien-Beobachtung

### Stabsstelle Finanzwesen

Durch die notwendigen Einsparungen verschoben sich in der Verwendung der verfügbaren Finanzmittel die Gewichte.

So wurden für jene Bereiche, in denen die Inanspruchnahme von EU-Förderungsmitteln nationale Kofinanzierungsmittel des Landes bedingt, Finanzmittel in voller Höhe zur Verfügung gestellt, so daß in anderen Bereichen erhebliche Kürzungen erforderlich waren.

Die der Gruppe Raumordnung und Umwelt zur Verfügung stehenden Finanzmittel wurden u. a. folgendermaßen verwendet:

- Förderungsausgaben, Zuwendungen an Gemeinden und Einrichtungen, die auf dem Gebiet der regionalen Entwicklung tätig sind
- Sachausgaben, Ausgaben für Leistungen von Gewerbetreibenden bzw. Firmen (Erstellung des NÖ Konjunkturberichtes, Planungen, Untersuchungen usw.)
- Förderung von Gemeinden für die Neuerstellung örtlicher Raumordnungsprogramme und Bebauungspläne

- Baurechtsaktion des Landes Niederösterreich, unbebaute Grundstücke, öffentliche Abgaben
- Raumordnungsmaßnahmen, Subventionen an Gemeinden zur Bewältigung von anstehenden Problemen der Raumordnung; Grunderwerb
- Zentrale und regionale Einrichtungen, Kapitaltransfers an Gemeinden
- Zentralörtliche und regionale Maßnahmen, Kapitaltransfers an Gemeinden
- Verein „Niederösterreich – Wien, gemeinsame Erholungsräume“, Beitrag des Landes
- Planungsgemeinschaft Ost, Ausgaben für Auftragsarbeiten und für den Aufwand der Geschäftsstelle
- Regionalmanagement, Förderungen
- Dorf- und Stadterneuerung, Förderung und Sachausgaben

- Verkehrsverbände, Transfers an Unternehmen
- Nahverkehr; Kapitaltransfer und Sachausgaben
- Badnerbahn, Kapitaltransfer
- Nationalparks, Gesellschafterbeitrag, Errichtungskosten, Betriebskosten
- Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Sachausgaben
- Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal (Umweltschutz), Sachausgaben
- Abfallwirtschaft, Untersuchungen, Studien und Förderungs Ausgaben
- Abfallwirtschaftsverbund, Sachausgaben
- Ökologische Betriebsberatung, Transfers an Kammern der gewerblichen Wirtschaft

- AVN, Gesellschafterzuschuß
- Umweltschutzanlagen, Förderungs Ausgaben
- Umweltschutz, Land, Förderungs Ausgaben
- Umweltschutz, Gemeinden, Förderungs Ausgaben
- Tierschutzorganisationen, Förderungs Ausgaben
- Naturschutz, Förderungs- und Sachausgaben
- Naturschutzgesetz, Förderungs Ausgaben
- Thayatal, Entschädigungszahlungen
- Straßenverkehrssicherheit, Förderungs Ausgaben

## Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht

### Raumordnungsrecht

#### Schwerpunkte 1997

Das regionale Raumordnungsprogramm Untere Enns wurde am 11. Juli 1997 und die 1. Novelle des regionalen Raumordnungsprogrammes NÖ Zentralraum am 26. März 1997 kundgemacht.

Eine neue Verordnung über die Bestimmung des äquivalenten Dauerschallpegels bei Baulandwidmungen wurde einem Begutachtungsverfahren unterzogen und wird voraussichtlich im Jänner 1998 von der Landesregierung beschlossen werden.

Die Ausarbeitung einer neuen Planzeichenverordnung für Flächenwidmungspläne auf Grund der am 1. Jänner 1996 in Kraft getretenen Novelle zum NÖ Raumordnungsgesetz verzögert sich, da sich bei der Auswahl eines entsprechenden EDV-Systems zur Digitalisierung der Flächenwidmungspläne Schwierigkeiten ergeben haben.

Ab 1. Jänner 1998 wird der Ablauf des Widmungsverfahrens bei der Änderung örtlicher Raumordnungsprogramme vereinfacht. Durch diese Vereinfachung soll einerseits das Verfahren beschleunigt und andererseits die Eigenverantwortung der Gemeinden gestärkt werden. Die Stellung des Ortsplaners wird dadurch ebenfalls aufgewertet. Der Erfolg dieser neuen Vorgangsweise soll nach Ablauf eines Jahres geprüft und bei positivem Ergebnis eine endgültige Regelung geschaffen werden.

Bisher haben 508 Gemeinden ein örtliches Raumordnungsprogramm für das gesamte Gemeindegebiet erlassen und weitere 35 ein nach Inhalt oder Geltungsbereich noch unvollständiges, zumeist einen Flächenwidmungsplan;

28 Gemeinden haben einen vereinfachten Flächenwidmungsplan für das gesamte Gemeindegebiet erlassen.

Wie bisher wurde der Prüfung der Gesetzmäßigkeit neuer Bebauungspläne und der Änderungen bereits geltender Bebauungspläne besonderes Augenmerk zugewendet. Nach wie vor nehmen die meisten Gemeinden schon bei der Ausarbeitung des Bebauungsplanes rechtliche Beratung in Anspruch.

Mit der NÖ Bauordnung 1996 wurde der Mindestinhalt der Bebauungspläne reduziert und damit die Erstellung für die Gemeinden erleichtert. Eine Novelle zur Planzeichenverordnung für Bebauungspläne wurde einem Begutachtungsverfahren unterzogen und wird voraussichtlich im Jänner 1998 von der Landesregierung beschlossen werden.

Bisher haben 111 Gemeinden einen Bebauungsplan im Sinne der geltenden Bestimmungen der Bauordnung für ihr gesamtes Bauland und 116 Gemeinden einen solchen für Teile ihres Baulandes erlassen. In 45 Gemeinden steht ein vereinfachter Bebauungsplan für das gesamte Bauland in Geltung, in weiteren 44 ein vereinfachter Bebauungsplan für einzelne Baulandbereiche.

#### Ziele 1998

Die möglichst rasche Erledigung aller Anträge und Anfragen bleibt ständiges Ziel.

Die Gemeinden sollen wie bisher bei der Erlassung und Änderung der örtlichen Raumordnungsprogramme und der Bebauungspläne rechtlich beraten werden.

#### Statistik 1997

Schriftliche Rechtsauskünfte	10
Genehmigte örtliche Raumordnungsprogramme (Erlassung)	17
Genehmigte Änderungen von örtlichen Raumordnungsprogrammen	330
Nicht genehmigte Änderungen von örtlichen Raumordnungsprogrammen	0
Genehmigte Änderungen von vereinfachten Flächenwidmungsplänen	2
Nicht genehmigte Änderungen von vereinfachten Flächenwidmungsplänen	0
Geprüfte Bebauungspläne (Erlassung)	36
Geprüfte Änderungen von Bebauungsplänen	148
Geprüfte Bausperren	47
Geprüfte Aufschließungszonen – Freigabeverordnungen	78
Stellungnahmen zu Beschwerden an die Volksanwaltschaft	1
Erledigte Vorstellungen	2
Gegenschriften an den Verwaltungsgerichtshof	1
Gegenschriften an den Verfassungsgerichtshof	1

### Baurecht

#### Schwerpunkte 1997

Aufgrund der NÖ Bauordnung 1996 wurde die NÖ Bautechnikverordnung 1997 am 24. Oktober 1997 kundgemacht und trat am 1. November 1997 in Kraft. Diese Bautechnikverordnung enthält auch die Bestimmungen für Abstellanlagen, Heizungen samt Luftreinhaltung, Schutzräume und die Lagerung von brennbaren Flüssigkeiten. Sie tritt an die Stelle von bisher 5 Verordnungen und 1 Gesetz.

Mitarbeiter der Fachabteilung haben sich für die Abhaltung von Baurechtsseminaren der NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie sowie der NÖ Landesakademie zur Verfügung gestellt.

Die Erledigung von Vorstellungen konnte mit wenigen Ausnahmen innerhalb der gesetzlichen Frist erfolgen. Überfällige Rechtsmittelentscheidungen stehen nur bei den wenigen Fällen an, bei denen die Erstellung von Gutachten und die Vorlage von Entscheidungsunterlagen notwendig sind und damit die Verfahrensverzögerung auf abteilungsexterne Gründe zurückzuführen ist. Von 33 im Jahr 1997 eingelangten Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes bestätigten 27 die Entscheidungen der Fachabteilung als Aufsichtsbehörde.

Das Ausmaß der Beanspruchung der rechtskundigen Mitarbeiter durch mündliche und telefonische Anfragen baurechtlicher Art außerhalb der Parteienverkehrszeit ist weiterhin groß. Der telefonische Parteienverkehr muß daher auch weiterhin auf den Dienstag sowie je 2 Stunden/Tag und Jurist (im letzten Jahr nur 1 Stunde) eingeschränkt bleiben, um das Entstehen von neuen Rückständen über die 6-Monate-Entscheidungsfrist zu verhindern.

### Ziele 1998

Die Beschleunigung der Erledigung von Rechtsmitteln bleibt unser Ziel. Die Schulung von Gemeindefunktionären, Bausachverständigen und -sachbearbeitern wird insbesondere im Hinblick auf die neue Bauordnung intensiv fortzusetzen sein.

### Statistik 1997

Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen	6
Geprüfte baurechtliche Verordnungen	208
Schriftliche Rechtsauskünfte	184
Erledigte Aufsichtsbeschwerden	10
Berufungsentscheidungen über Bundesbauvorhaben	0
Berufungsentscheidungen in Strafverfahren	0
Berufungsentscheidungen in Zwangsvollstreckungsverfahren	18
Berufungsentscheidungen in Gemeindeaufsichtsbelangen	5
Erledigte Vorstellungen	374
Gegenschriften an den Verwaltungsgerichtshof	37
Gegenschriften an den Verfassungsgerichtshof	11
Stellungnahmen zu Beschwerden an die Volksanwaltschaft	0
Prüfberechtigung für Kleinf Feuerungsanlagen	119

## Straßenrecht

### Schwerpunkte 1997

Ein Entwurf eines neuen NÖ Straßengesetzes 1998 wurde unter der Prämisse einer Deregulierung ausgearbeitet. Er wird im Frühjahr 1998 zur Begutachtung ausgesendet werden.

### Ziele 1998

Nach wie vor ist der zeitgerechten Erledigung von Anfragen und Rechtsmitteln der Vorrang einzuräumen.

### Statistik 1997

Schriftliche Rechtsauskünfte	2
Aufsichtsbeschwerden	1
Ausnahmebewilligungen nach dem Bundesstraßengesetz	17
Vorstellungen	5
Berufungen	0
Geprüfte straßenrechtliche Verordnungen von Gemeinden	644
In Sammelverordnungen erfaßte Fälle der Widmung, Umlegung oder Auflassung von Landesstraßen(-teilstrecken)	6
Stellungnahmen zu Beschwerden an die Volksanwaltschaft	0
Enteignung	0
Gegenschrift an den Verwaltungsgerichtshof	0

## Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik

Die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik übersiedelte im August 1997 mit folgenden Sachgebieten nach St. Pölten:

- Örtliche Raumordnung für die Verwaltungsbezirke Amstetten, Gmünd, Horn, Krems, Lilienfeld, Melk, Scheibbs, St. Pölten, Waidhofen/Thaya, Gerichtsbezirk Retz, Statutarstädte Krems, St. Pölten und Waidhofen/Ybbs.
  - Sektorale Landesraumordnung
  - Geschäftsstelle des Landes Niederösterreich für EU-Regionalpolitik
- Außenstellen der Abteilung bestehen in:
- Baden (Gebäude der Bezirkshauptmannschaft) mit den Sachgebieten Örtliche Raumordnung für die Verwaltungsbezirke Mödling, Gänserndorf, Baden, Neunkirchen, Bruck/Leitha, Tulln, Hollabrunn (ohne Gerichtsbezirk Retz), Korneuburg, Mistelbach, Wien-Umgebung, Wiener Neustadt und die Statutarstadt Wiener Neustadt, Regionalplanung
  - Krems (Gebietsbauamt): Stadterneuerung
  - Hollabrunn: Dorferneuerung
  - Maria Enzersdorf-Südstadt: Statistik
- Weitere Agenden, welche keinem speziellen Sachgebiet zugeordnet werden können, betreffen vor allem:

- Mitarbeit in praktisch allen Unterausschüssen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK). Der Abteilungsleiter ist Vertreter des Landesamtsdirektors in der Stellvertreterkommission der ÖROK.
  - Betreuung der Regionalmanagements
  - Niederösterreichisch-Oberösterreichische Raumordnungskommission
  - Verein Niederösterreich – Wien, gemeinsame Erholungsräume
  - Vereinbarung über die Zusammenarbeit Niederösterreich – Interessengebiet der Tschechischen Republik
  - Österreichisch-Ungarische Raumordnungskommission
  - Arbeitsgruppe Raumordnung der ARGE Donauländer.
- Mitarbeiter der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik arbeiten auch an der Erstellung eines dreisprachigen Handwörterbuches der Raumordnung Österreich – Tschechische Republik – Slowakei mit, welches federführend vom Institut für Städtebau und Raumplanung der Technischen Universität Wien erstellt wird.

## Örtliche Raumordnung

Die am 29. Juni 1995 mit Wirksamkeit vom 1. 1. 1996 vom Landtag beschlossene 6. Novelle zum NÖ Raumordnungsgesetz 1976 erforderte wie in den Jahren zuvor einen verstärkten Einsatz der Amtssachverständigen für Auskunft- und Beratungsaufgaben. Es war notwendig, die vom Gesetzgeber neu festgelegten Inhalte der gesetzlichen Bestimmungen sowohl an die Ortsplaner als auch an die Gemeinden erklärend weiterzugeben. Um den gesetzlichen Intentionen zu entsprechen, wurde die Erarbeitung von Arbeitsbehelfen für die Ortsplaner fortgesetzt.

Bei den von den NÖ Gemeinden angeforderten Änderungs- und Erlassungsverfahren und somit in der Vorbegutachtung und Begutachtung von Flächenwidmungsplänen und Raumordnungsprogrammen war eine etwa gleich hohe Anzahl wie in den Jahren zuvor zu beobachten. Insgesamt waren von den Sachverständigen der örtlichen Raumordnung in diesem Bereich rund 1.000 Akten zu bearbeiten. Die Komplexität und der Schwierigkeitsgrad der einzelnen Änderungspunkte hat durch die

fortschreitende Einbeziehung der für die Widmung immer weniger bis ungeeigneten Lagen und Randlagen zugenommen. Die Konfliktbereitschaft bei benachbarten Nutzungsunverträglichkeiten hat ebenfalls zugenommen und Gutachterkapazität in den unterschiedlichsten Verfahren und Anfragen gebunden. Der Fortschritt in der Ausstattung der NÖ Gemeinden mit Örtlichen Raumordnungsprogrammen im Jahre 1997 wird weiter darin gesehen, daß wieder mehrere Gemeinden ihre Örtlichen Raumordnungsprogramme durch qualitätsverbessernde Überarbeitungen ersetzt haben und daß nun insgesamt in 40 NÖ Gemeinden die Erstellung digitaler Örtlicher Raumordnungsprogramme auf einer digitalen Katastralmappinggrundlage eingeleitet wurde. Drei digitale Ortsplanungen wurden abgeschlossen und anhand der analogen Plots aufsichtsbehördlich genehmigt. Die digitalen Datenträger liegen erst zum Teil vor.

Die für derartige Planungen und auch durch die ROG-Novelle 1995 erforderliche Novellierung der Planzeichenverordnung wurde nach der rechtlichen Beurteilung und zusätzlicher fachlicher Anregungen noch einmal überarbeitet. Die neue Planzeichenverordnung ist so aufgebaut, daß das optische Erscheinungsbild bisheriger Planungen auch in Zukunft weitestgehend beibehalten wird. Die Flächenwidmungs- und Grundlagenpläne können danach jedoch gleichwertig analog (von Hand gezeichnet) als auch digital (EDV-gestützt) ausgeführt werden.

Der im Jahre 1996 begonnene Arbeitsbefehl „Richtlinie für digitale Örtliche Raumordnungsprogramme“ wurde weitestgehend fertiggestellt. Die entsprechend dem Datenstrukturmodell in Hinblick zu liefernden Daten örtlicher Raumordnungsprogramme sollen auch gemeindeübergreifende Analysen und die Ausarbeitung neuer Entscheidungsgrundlagen auf Landesebene erlauben. Als Plangrundlage für digitale Örtliche Raumordnungsprogramme dient die digitale Katastralmappe (DKM).

Um einerseits eine Kostenreduktion und andererseits eine Reduktion des Beschaffungsaufwandes für die NÖ Gemeinden zu erreichen, wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung Vermessung der Ankauf verfügbarer Mappen vom Bundesamt durch das Land Niederösterreich fortgesetzt. Plangrundlagen können dort, wo sie vom Bundesamt fertiggestellt wurden, in einer die Gemeinden unterstützenden Weise weitergegeben werden.

Die im Bericht 1996 aufgezeigten Problembereiche blieben auch 1997 aktuell:

- Handlungsbedarf durch höchstgerichtliche Entscheidungen auf dem Gebiete der Raumordnung
- Verknappung für Bauentwicklung geeigneter Standorte

- Übergroße, blockierte Baulandreserve
- Nutzungskonflikte benachbarter Widmungen
- Unkoordinierte Schotter- und Gesteinsgewinnung auf Grund der Berggesetznovelle

Hinzugekommen ist die Problematik, daß durch die eingeschränkten Budgetmittel die Beratungstätigkeit der Sachverständigen in den Gemeinden zurückgenommen werden mußte. Der Aufwand auf der Verfahrensebene hat sich dadurch jedoch erhöht. Doch auch dieses Erfordernis der Gemeinden konnte durch die Auswirkungen des Sparpaketes nicht voll abgedeckt werden. Zur Aufrechterhaltung der Beratungstätigkeit wurde eine Kostenbeteiligung der Gemeinden eingeführt.

Die Anforderungen an Sachverständigentätigkeiten und Koordinierungsaufwand durch konzipierte Großprojekte in den Ballungsgebieten des Wiener Südraumes bzw. diskutierter Zentren im Norden von Wien blieben auch 1997 aufrecht.

### Schwerpunkte 1997

- Raumordnungsfachliche Vollständigkeitsprüfung von Verfahrensunterlagen
- Vorbegutachtung/Begutachtung von Änderungen Örtlicher Raumordnungsprogramme oder vereinfachter Flächenwidmungspläne sowie der Erlassung Örtlicher Raumordnungsprogramme
- Beratung und Auskunftserteilung über raumordnungsfachliche Probleme
- Sachverständigentätigkeit in NÖ Gemeinden
- Sachverständigentätigkeiten für die Dienststellen des Landes und Bundes
- Erledigung schriftlicher Anfragen
- Bearbeitung von Förderungsansuchen für die Erstellung Örtlicher Raumordnungsprogramme und von Bebauungsplänen.

### Bearbeitung von Sachthemen

- Überarbeitung der Lärmschutzverordnung
- Verbesserungsvorschläge zur Regelungsbestimmung von Einkaufszentren und Fachmarktzentren
- Erarbeitung eines Mustervertrages für die Gemeinden und Grundeigner zur Baulandmobilisierung
- Gemeindebefragung – Akzeptanz der Raumordnung, Verbesserungsvorschläge
- Verfahrensvereinfachung

### Weitere Leistungen des Sachgebietes

- Unterstützung der Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Abteilung Vermessung bei der Beschaffung der digitalen Katasterplangrundlage
- Unterstützung der Gemeinden bei der Umstellung der Ortsplanungen auf digitale Örtliche Raumordnungsprogramme

- Mitarbeit in der Planungsgemeinschaft Ost und im Verein Niederösterreich – Wien – gemeinsame Erholungsräume
- Raumordnungsfachliche Grundsatzüberlegungen zu Themenschwerpunkten wie Erhaltungswerte Bauten im Grünland (Geb), Lärmschutzverordnung, Einkaufszentren, Fachmarktzentren
- Vorträge über örtliche Raumplanung in den Gemeinden bei Amtstagen, bei den Veranstaltungen in den NÖ Gemeinden sowie bei der Baudienstprüfung
- Informationsveranstaltung für Betreuer der Dorf- und Stadterneuerung als Koordinationsplattform über die jeweiligen Interessen und Anliegen der Dorf- und Stadterneuerung sowie der Raumordnung
- Mitarbeit an der Zeitschrift „Raumordnung aktuell“
- Begutachtung von Baugründen im Rahmen der „Baurechtsaktion des Landes NÖ“
- Abgabe von Gutachten an andere Behörden (Gewerbeverfahren, Rodungsverfahren, Bauverfahren)

### Archiv und Zeichenbüro

- Führung des Planarchivs für die Flächenwidmungspläne
- Kontrolle der Nachführung vorangegangener Änderungen bei der Einordnung neuer Plandrucke
- Herstellung von Planunterlagen für Planungszwecke
- Archivierung der durch Änderungen bzw. Neuplanungen ersetzten Ortsplanungen in Form der Mikroverfilmung
- Archivierung der Grundlagenforschung zur örtlichen Raumordnung
- Auskunftserteilung über Flächenwidmungspläne und Grundlagenforschung der örtlichen Raumordnung
- Betreuung des Landkartenarchivs und der Kartengrundlagen
- Erstellen des Kartenmaterials für die Regionalplanung
- Aktualisierung der Baulandbilanzen aller NÖ Gemeinden anlässlich der Erstellung neuer Örtlicher Raumordnungsprogramme oder deren Änderung

### Ziele 1998

- Mitarbeit an den Grundlagen und der Entwicklung des abteilungsübergreifenden RUIS
- Erarbeitung von Grundlagen für eine verbesserte Handhabung der Raumordnungsziele im Zusammenhang mit der Hochwasserproblematik
- Fachliche Vorschläge zur Präzisierung bzw. Verbesserung gesetzlicher Bestimmungen des NÖ ROG 1976, Novelle 1995
- Fertigstellung des Datenstrukturmodells für eine GIS-gestützte Raumordnung
- Erarbeitung einer Schnittstelle für die Übernahme von Raumordnungsdaten auf EDV-Systeme des Landes

- Entwicklung von Konvertierungsprogrammen zur Entgegennahme von Daten von unterschiedlichen Betriebssystemen
- Neuorganisation des Plan- und Grundlagenarchivs
- EDV-mäßige Weiterausstattung (Umstieg, Großrechner auf Access)
- Information der Gemeinden über einen verstärkten Einsatz von Verträgen zur Lösung gemeindlicher Raumordnungs- und Baulandverfügbarkeitsprobleme
- Entwicklung von Konzepten für eine Standardisierung von Arbeitsabläufen im Sachverständigentätigkeitsbereich
- Abwicklung der im Jahre 1997 aus Einsparungsgründen entfallenen Informationsveranstaltung für Architekten und Raumplaner
- Seminar „Ortsplanung miteinander“

## Sektorale Landesraumordnung

### Aufgaben und Schwerpunkte 1997

Aufgabe dieses Sachgebietes ist es, raumstrukturelle und sachbereichsbezogene Probleme, die großräumig bzw. landesweit auftreten, zu analysieren und Lösungen für eine positive, räumlich abgestimmte und nachhaltige Landesentwicklung zu erarbeiten. Daraus ergeben sich u. a. Leitlinien dafür, wie das Land Niederösterreich großräumig räumlich organisiert bzw. strukturiert und entwickelt werden soll. Durch die Sektorale Landesraumordnung werden für verschiedenste Themenbereiche mit Raumbezug wissenschaftliche Untersuchungen und Entscheidungsgrundlagen teils selbst, teils in Form von Auftragsforschung erstellt sowie Raumordnungsprogramme, Raumordnungskonzepte und Gutachten erarbeitet.

Wesentlich ist dabei der koordinative Ansatz zwischen Raumordnung und Sachbereichsproblemen bzw. die Koordination und die Kooperation zwischen der Raumordnungsabteilung und den fachlich zuständigen Stellen, die ihrerseits großteils für Förderungsvergaben zuständig sind, um so eine effektive Raumordnungs- und Regionalpolitik betreiben zu können.

- 1997 wurde das Leitbild für die räumliche Entwicklung des Landes Niederösterreich abteilungsintern fertiggestellt, welches 1998 über Internet sowie – in konventioneller Form – über eine Broschüre zur Diskussion gestellt wird. Das Leitbild basiert auf Auftragsarbeiten (v. a. des Österreichischen Instituts für Raumplanung – ÖIR) sowie eigenen Beiträgen und soll ein Informations- und Koordinierungsinstrument sein. Es behandelt
  - die Ausgangslage und die Rahmenbedingungen der Landesentwicklung

(Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaft und Beschäftigung, Siedlungsentwicklung, Naturraum, Landschaft und Umwelt, Verkehr, Landeshauptstadt und Regionalisierung, Niederösterreichs Stellung im größeren Raum),

- Einfluß- und Eingriffsmöglichkeiten der Raumordnung (örtliche und überörtliche Raumordnung, Infrastrukturausbau, Investitionslenkung),

- räumliche Entwicklungsvorstellungen (Entwicklungstendenzen der Raumstruktur, Grundzüge der Gesamtstrategie der Raumordnung, Grundzüge der Raumstruktur, räumliche Entwicklungsziele),

- Ziele und Maßnahmen für einzelne Sachbereiche (Siedlungsstruktur, Naturraum, Landschaft und Umwelt, Verkehr, Wirtschaft und Beschäftigung, Tourismus, Freizeit und Erholungswesen, Gesundheits- und Sozialwesen, Bildungswesen, kulturpolitische Aktivitäten) sowie die

- Realisierung des Leitbildes (Raumordnungsprogramme und Raumordnungskonzepte, Baulandmanagement, Dorf- und Stadterneuerung, Wirtschafts- und Regionalförderung, EU-Regionalprogramme, Regionalmanagement).

- Ende 1997 wurde für den Bereich „Tourismus, Freizeit und Erholung“ ein Fachkonzept amtsintern fertiggestellt. Dieses befaßt sich u. a. mit den Grundlagen der touristischen Raumordnung, ihren Aufgaben in bezug auf die Tourismuswirtschaft, der Stellung des Fachkonzeptes zum touristischen Leitbild Niederösterreich 2001 und mit den NÖ-bezogenen Grundsätzen und Zielen der touristischen Raumordnung und Regionalpolitik. Ein umfangreicher Maßnahmenkatalog bildet die Grundlage für die Umsetzung, wobei die Koordination und Zusammenarbeit der verschiedensten mit Tourismus, Freizeit und Erholung direkt oder indirekt befaßten Stellen eine wichtige Säule darstellen wird. Dem Fachkonzept ist ein sehr informativer Kartenband zur Tourismusedwicklung in Niederösterreich zwischen 1975 und 1995 angeschlossen.

Eine Broschüre über die Pferderegionen in Niederösterreich, wozu seitens des Sachgebietes die Koordination besorgt und ein Beitrag über Raumordnung und Regionalentwicklung geleistet wurde, konnte abgeschlossen werden.

Begonnen wurde mit der Erstellung eines Konzeptes für die freizeit- und tourismusrelevante Wegeinfrastruktur. Darin reihen sich Projekte zu den Reitwegen (das schon weiter fortgeschritten ist), zu den Radwegen und den Mountainbikewegen ein.

Das Projekt „Eigenständige Regionalentwicklung im Grenzraum“ – es befaßt sich mit den Themenbereichen Tourismus – Landschaft – Landwirtschaft im Raum nördliches Weinviertel – Südmähren – wurde betreut und konnte abgeschlossen werden.

- Zum Themenbereich Einkaufszentren wurden verschiedene Entscheidungsgrundlagen zusammengestellt, u. a. eine kartenmäßige Übersicht über die Standorte von Einkaufszentren in Niederösterreich und der Bezug zur Gemeindegröße nach Einwohnerzahlen sowie über Filialnetze. Darauf basierend wurde ein Konzept zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren entwickelt.

- Für die geplante Novellierung des NÖ Gesundheits-Raumordnungsprogrammes wurden verschiedene Entscheidungsgrundlagen erstellt (EDV-unterstütztes Erreichbarkeitsmodell, Verarbeitung der ÖAW/ÖIR-Bevölkerungsprognose, thematische Karten) sowie die Ergebnisse der Gesundheitsstudie der ARGE-Humanomed-Prognos AG ausgewertet. Der Arbeitskreis „NÖ Spitalsstruktureform“, in welchem die maßgeblichen Weichenstellungen zum Gesundheits-Raumordnungsprogramm vorbereitet werden, tagte zweimal.

- Das NÖ Gewerbe- und Industrie-Raumordnungsprogramm wird novelliert, sobald die für ganz Österreich geltenden sogenannten „Nationalen Regionalförderungsgebiete“ im Sinne des EU-Wettbewerbsrechtes neu festgelegt worden sind. Mit einer Neufestlegung dieser nationalen „Wettbewerbsgebietskulisse“ ist im Jahre 1999 zu rechnen.

- Im Bereich Sozialwesen wurden im Zuge der Grundlagenforschung raumordnungsrelevante Studien und Daten aufbereitet, um das NÖ Sozialhilfe-Raumordnungsprogramm schrittweise in ein Konzept überleiten zu können. Über die psychosozialen Dienste und die Standorte sozialer Einrichtungen wurden Karten erstellt.

- Im Schul- und Bildungswesen ist u. a. die Mitwirkung im NÖ Beratungsgremium für Fachhochschulen zu erwähnen, wodurch in die Gesamtbetrachtung auch regionale Standortfaktoren und regionalpolitische Zielvorstellungen der Raumordnung Eingang finden.

- Zur NÖ Kommunalstruktur wurde ein Gutachten zur Trennung der Gemeinde Zeiselmauer erstellt.

- Am Aufbau eines EDV-unterstützten Informationssystems für Raumordnung und Umwelt (RUIS) wurde intensiv mitgearbeitet und mit dementsprechenden Pilotprojekten für die Sektorale Landesraumordnung begonnen. Die Voraussetzungen für die Grundlagenforschung wurden durch den Ausbau der EDV-Unterstützung erheblich verbessert, weitere Verbesserungen sind aber dringend erforderlich, da dadurch Zeit- und Kostenersparnisse bei gleichzeitig verbessertem Zugang zu Informationen erzielt werden können.

- Für die örtliche Raumordnung wurde auch im Jahre 1997 wieder eine erhebliche Anzahl an Gemeindeformen über Grundlagen der Sektoralen Landesraumordnung ausgefertigt.

## Ziele 1998

- NÖ Landesleitbild: Diskussion über Internet und der noch zu erstellenden Publikation
- Schrittweise Umsetzung des Fachkonzeptes über Tourismus, Freizeit und Erholung
- Fortführung des Konzeptes zur freizeit- und tourismusrelevanten Wegeinfrastruktur
- Freizeit- und Erholungswesen: Projektbegleitung eines Auftrages zur Kulturlandschaftsforschung/Modellentwicklung für die Erholungsraumbewertung
- Entwurf zur Novellierung des NÖ Gesundheits-Raumordnungsprogrammes
- Sozialwesen: schrittweiser Ersatz des Raumordnungsprogrammes durch Konzepte – vordringlich des Bereiches Behindertenhilfe; Revision des Raumordnungskonzeptes über NÖ Pensionisten- und Pflegeheime
- Neue Regelung über Einkaufszentren und Verbrauchermärkte
- Umsetzung des Konzeptes zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren
- Abschluß der Überarbeitung des NÖ Zentrale-Orte-Raumordnungsprogrammes, dazu Vorlage eines Fachkonzeptes
- Beginn mit der Bearbeitung eines NÖ Schul- und Bildungskonzeptes, welches das NÖ Schul-Raumordnungsprogramm ersetzen soll – in Kooperation mit Fachabteilungen, NÖ Landesschulrat und anderen auswärtigen Fachstellen
- Vorbereitungen zur Novellierung des Gewerbe- und Industrie-Raumordnungsprogrammes
- Mitwirkung an RUIS, Verbesserung im Bereich der Grundlagenforschung und Informationsaufbereitung durch EDV-Unterstützung in Abstimmung mit RUIS (Aufbau sachbereichsbezogener Datenbanken in Kooperation mit Fachabteilungen, Erstellung EDV-unterstützter Karten, EDV-unterstützte Kartierungen etc.)

## Sachgebiet EU-Regionalpolitik

Die „Geschäftsstelle des Landes Niederösterreich für EU-Regionalpolitik“, die 1994 eingerichtet wurde, hat die Aufgabe, für eine effiziente Vorbereitung und Umsetzung der EU-Regionalförderprogramme zu sorgen und die hierfür notwendige Planungs-, Koordinierungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Niederösterreich partizipiert in der laufenden Programmplanungsperiode 1995–1999 an insgesamt 8 derartigen Förderprogrammen, an deren Finanzierung die drei EU-Strukturfonds (Agrarfonds EAGFL, Regionalfonds EFRE, Sozialfonds ESF) mit einem Fördervolumen von über 2 Mrd. S beteiligt sind. Es handelt sich dabei um die Programme Ziel 2 (Erneuerung rückläufiger Industriegebiete) und Ziel 5b (Entwicklung ländlicher Gebiete) sowie um die Gemeinschaftsinitiativen INTERREG Österreich

– Slowakei und Österreich – Tschechien, LEADER, KMU, RESIDER, RETEX. Die drei Gemeinschaftsinitiativen, die insbesondere der Bewältigung des industriellen Strukturwandels dienen (KMU, RESIDER, RETEX), werden auf Landesebene von der Abteilung Wirtschaftsförderung verwaltet. Für die Koordinierung der Abwicklung der fünf übrigen genannten EU-Programme ist die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik – Geschäftsstelle für EU-Regionalpolitik zuständig.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bildete 1997 die fachliche Auseinandersetzung mit den Themen Reform der EU-Strukturfonds und EU-Osterweiterung, welche Gegenstand des Grundsatzpapiers „Agenda 2000“ der Europäischen Kommission sind. Die EU-Geschäftsstelle hat dazu Positionspapiere und Stellungnahmen erarbeitet, welche in den gesamtösterreichischen Meinungsbildungsprozesse und Förderskatalog an die EU Eingang fanden.

### EU-Regionalförderprogramme Ziel 2 und Ziel 5b

Rund 90% der im Programmplanungszeitraum 1995–1999 für Niederösterreich vorgesehenen EU-Regionalfördermittel von knapp über 2 Mrd. S entfallen auf die beiden Programme gemäß Ziel 2 und Ziel 5b der EU-Strukturfonds, der Rest wird von den oben erwähnten Gemeinschaftsinitiativen beansprucht. Um die nötige Kontrolle und Erfolgsbewertung der Programme zu gewährleisten, wurden eigene Begleitausschüsse hierfür eingerichtet, denen auch Vertreter der Europäischen Kommission angehören. 1997 fanden im Rahmen von Ziel 2 und Ziel 5b drei Sitzungen dieser Begleitausschüsse unter dem Vorsitz der EU-Geschäftsstelle statt. Dabei wurden erstmals Änderungen in den Finanzplänen der beiden Programme vorgenommen, um der unterschiedlich verlaufenden Nachfrage nach Fördergeldern bei den einzelnen Maßnahmen Rechnung zu tragen. Außerdem wurden im Auftrag der Begleitausschüsse von externen Gutachtern Zwischenevaluierungen durchgeführt, die der Erfolgsbeurteilung der beiden Programme und der Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen für die Programme, die im Rahmen der künftigen Programmplanungsperiode zu erstellen sein werden, dienen.

Die Umsetzung der beiden Zielgebietsprogramme nahm einen erfolgreichen Verlauf. Hinsichtlich der Ausschöpfung der EU-Strukturfondsmittel lag Niederösterreich 1997 unter allen 7 Bundesländern, in denen Ziel-2- bzw. Ziel-5b-Programme eingesetzt werden, an erster Stelle. Rund 3.000 Projekte wurden bisher realisiert bzw. in Angriff genommen und mit einem Förderungsaufwand von 2,45 Mrd. S (davon 0,95 Mrd. S EU-Mittel, 1,50 Mrd. S nationale Mittel) unter-

stützt. Auf diese Weise wurden in den strukturschwächeren Landesteilen Investitionen im Umfang von 10,9 Mrd. S in Gang gesetzt.

### LEADER II

Trotz des späten Programmstarts von LEADER II in Niederösterreich haben die sechs sogenannten lokalen Aktionsgruppen, die Region Schneebergbahn – Hohe Wand – Steinfeld, der Verein NÖ Eisenstraße, die LAG Kulturpark Kampthal, die Ökoregion Retzer Land, der REV Land um Laa an der Thaya und der Verein Vernetzung Waldviertler Grenzland im Jahr 1997 schon etwa 60 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 35 Mio. S begonnen und teilweise auch schon abgeschlossen. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen in innovativen und sektorübergreifenden Projekten in den Bereichen Kulturtourismus, EDV & Telekommunikation sowie der Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion.

### INTERREG II A

Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A unterstützt die sozioökonomische Entwicklung der europäischen Grenzregionen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an den Binnen- und Außengrenzen der EU. Für die niederösterreichischen Regionen an der Grenze zu Tschechien und der Slowakei stehen bis 1999 insgesamt 77 Mio. S aus den 3 EU-Strukturfonds für wirtschaftliche, touristische, landwirtschaftliche und kulturelle Projekte zur Verfügung. Eine erste Zwischenbilanz Ende 1997 zeigt, daß die Förderungsmöglichkeiten gut angenommen werden. So ist es beispielsweise gelungen, zwischen dem Weinviertel, Südmähren und der Westslowakei eine Dreiländer-EUREGIO zu gründen. Ziel ist die weitere Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die Vorbereitung der Regionen auf die EU-Osterweiterung.

### INTERREG II C

Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C unterstützt die transnationale Zusammenarbeit im Bereich der Raumordnung. Niederösterreich ist am Programm „Mittel-europäischer, Adriatischer, Donau- und Südosteuropäischer Raum – CADSES“ beteiligt. Das Programm wurde im Juli 1997 von der Europäischen Kommission genehmigt. Im Rahmen dreier Projekte der ARGE Donauländer kommt Niederösterreich in den Genuß von EU-Strukturfondsmitteln. Für beide Programme liegt die Gesamtkoordination bei der EU-Geschäftsstelle.

## Regionalplanung

Regionale Raumordnungsprogramme, die die Grundlage für die weitere räumliche Entwicklung Niederösterreichs bilden, sollen für alle Landesteile erstellt werden. Sie sollen die sektoralen Raumordnungsprogramme konkretisieren und ergänzen und vor allem die in die Kompetenz des Landes fallenden Maßnahmen verbindlich festlegen. Im Bereich der Entwicklungsplanung sollen kleinregionale Entwicklungskonzepte erstellt werden.

### Schwerpunkte 1997

#### Regionales Raumordnungsprogramm Wiener Neustadt – Neunkirchen

Die Grundlagenerhebung wurde 1997 vervollständigt. Die aus der Grundlagenerhebung resultierende Plandarstellung im Maßstab 1 : 50.000 erfolgte digital und liegt derzeit zur Korrektur vor.

#### Regionales Raumordnungsprogramm Wien-Umland

Aufgrund der dynamischen Entwicklung und Änderungen insbesondere wasserwirtschaftlicher Grundlagen wurde 1997 eine Überarbeitung dieses Regionalen Raumordnungsprogrammes begonnen. Wesentlicher Bestandteil dieser Überarbeitung war es, die Flächenwidmungspläne sämtlicher Gemeinden digital zu erfassen und in der Grundkarte ÖK 1 : 50.000 darzustellen.

#### Regionales Raumordnungsprogramm für den NÖ-Zentralraum

Nach Überarbeitung dieses Regionalen Raumordnungsprogrammes wurde die Novelle im Jahre 1997 rechtskräftig.

#### Regionales Raumordnungsprogramm Untere Erlauf

Der Entwurf wird derzeit auf Grund neuerer wasserwirtschaftlicher Grundlagen überarbeitet und für die Begutachtung vorbereitet.

#### Regionales Raumordnungsprogramm Untere Enns

Nach Einarbeitung des Grobkonzeptes zur Sanierung der Materialabbau-Folgelandschaft „Köttinger-Holz“ in den Entwurf für das Regionale Raumordnungsprogramm Untere Enns, wurde dieser Entwurf vom Raumordnungsbeirat positiv begutachtet und von der Landesregierung verordnet. Am 11. Juli 1997 wurde dieses Regionale Raumordnungsprogramm veröffentlicht.

#### Regionales Raumordnungsprogramm Untere Ybbs

Aufbauend auf den Landschaftsrahmenplan „Untere Ybbs“ ist ein Entwurf für ein Regionales Raumordnungsprogramm

erarbeitet worden. Es ist vorgesehen, diesen Bereich in das in Arbeit befindliche Regionale Raumordnungsprogramm Amstetten aufzunehmen.

#### Regionales Raumordnungsprogramm Amstetten

Die Studie „landschaftsplanerische Fachbeiträge“ dient als naturräumlicher Beitrag für die Erstellung des regionalen Raumordnungsprogrammes.

#### Kleinregionale Entwicklungskonzepte

Kleinregionale Entwicklungskonzepte werden erarbeitet, um die regionale Wirtschaftsstruktur, die Arbeitsplatz- und Einkommenssituation sowie die Lebensqualität im ländlichen Raum zu verbessern. Derzeitige Projekte: „Neulengbach“, „Dobersberg“, „Allentsteig“, „Poysdorf“, „Manhartsberg-Schmidatal“.

#### Raumordnungsprogramm für die Gewinnung grundeigener mineralischer Rohstoffe

Als Vorarbeit zu einer zu erwartenden neuerlichen Novellierung des „Berggesetzes“ wurde der Entwurf eines „Raumordnungsprogrammes für die Gewinnung grundeigener mineralischer Rohstoffe“ erstellt, der Begutachtung zugeführt und dem Raumordnungsbeirat vorgelegt.

Dieses Raumordnungsprogramm legt Verbotszonen für den Abbau von Fest- und Lockergestein fest und wurde landesweit für jene Bereiche erarbeitet, in denen noch keine Regionalen Raumordnungsprogramme den Fest- und Lockergesteinsabbau regeln.

### Ziele 1998

- Begutachtungsverfahren für die Regionalen Raumordnungsprogramme Wiener Neustadt – Neunkirchen, Wien-Umland und Untere Erlauf
- Fertigstellung eines Entwurfes für ein Regionales Raumordnungsprogramm Amstetten
- Erstellung kleinregionaler Entwicklungskonzepte

## Dorferneuerung

### Vom Zuschauer zum Mitspieler

Unzählige Menschen haben sich im Rahmen der Dorferneuerung in etwa 500 Orten engagiert und in intensiver Denkarbeit und in vielen unbezahlten Stunden Vorhaben umgesetzt, die sonst nicht verwirklicht worden wären.

Aus Betroffenen wurden Beteiligte, aus Zuschauern Mitspieler, die grundsätzliche Gedanken über Gegenwart und Zukunft ihres Heimatortes entwickelten und an der Umsetzung dieser Ideen mitwirkten. Aus einem Nebeneinander wurde ein Miteinander.

Der Slogan „Dorferneuerung in Niederösterreich bringt Schwung ins Land“ charakterisiert die Dynamik dieser Bewegung.

### Dorfgespräche und Leitbilder

Die Dorferneuerung beginnt in einem Ort mit Dorfgesprächen, an denen möglichst viele Ortsbewohner teilnehmen und die in der Regel von zwei Betreuern moderiert werden. Dabei werden die Stärken und Schwächen eines Ortes erfaßt und Möglichkeiten der Veränderung diskutiert. Ziele der Erneuerung und ein Leitbild werden formuliert. Dieses Leitbild soll wie Leitplanken den künftigen Entwicklungsweg des Ortes festlegen. Wesentlich ist nun, daß nicht Experten von außen ein Leitbild festlegen, sondern daß es aus den Herzen und den Köpfen der Bewohner selbst kommt. Nur wenn diese voll dahinterstehen, besteht die Chance, daß das Leitbild verwirklicht wird. Wenn die Leitlinien für die künftige Entwicklung festgelegt sind, können Vorhaben umgesetzt werden, die der Verwirklichung der Ziele dienen. Von Anfang an wird bewußt gemacht, daß bauliche Projekte nur einen Teil der Dorferneuerung ausmachen. „Fixe“ Projekte werden verstärkt auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüft. Planereinsatz und -honorierung werden aufgabenbezogen und nachvollziehbar gestaltet.

### Einige Zahlen

Im Jahr 1997 haben über 30 Orte den Weg der Dorferneuerung begonnen und dörfliche Leitbilder erarbeitet. Die Gesamtzahl der Orte ist von 480 auf 514 angestiegen. Für 152 Orte wurden finanzielle Förderungen genehmigt und/oder ausbezahlt.

Das abteilungsübergreifende Steuerungskomitee hat 1997 7 Sitzungen abgehalten. 34 Leitbildberichte, 1 Grundanalyse sowie 16 Dorferneuerungspläne wurden begutachtet.

### Neues Medium für die Dorf- und Stadterneuerung

Das Mitteilungsblatt „Wir erneuern unser Dorf“, welches in einer Auflage von ca. 36.000 Exemplaren erschien, ist 1997 mit 2 Ausgaben herausgekommen.

Themenschwerpunkte waren:

- 1–2/97: Global Denken – Lokal Handeln (Klimabündnis), Gemeinschaftshäuser, Partnerschaft mit Rumänien
- 3–4/97: Stadt und Dorf der Zukunft, Mostviertel, Landentwicklung, Kulturlandschaftsprojekt

Im Herbst erschien erstmals die Broschüre „Leben in Stadt und Land“, die künftig im Vierfarbendruck regelmäßig über die Dorf- und Stadterneuerung berichten soll. Die Auflage der ersten Ausgabe betrug 42.000 Stück. Neben grundsätzlichen Betrachtungen berich-

teten Beiträge über bauliche, kulturelle, soziale und sportliche Aspekte von Dorf- und Stadterneuerung.

### **Dorferneuerung rot-weiß-rot**

Die Verantwortlichen der Dorferneuerung aller österreichischen Bundesländer haben 1997 bei 2 Veranstaltungen Erfahrungen ausgetauscht. Schwerpunkte der Arbeit sind EU-Förderungen die gemeinsame Bearbeitung von Fachthemen sowie die Vertretung der Interessen des ländlichen Raumes nach Außen.

### **Grenzen überschreiten**

Das Engagement für die Heimat verführt manchmal zur Selbstgenügsamkeit und Abgrenzung. Die NÖ Dorferneuerung sieht auf Grund der geographischen Lage eine besondere Aufgabe darin, ihre Erfahrungen den Reformländern des ehemaligen Ostens zur Verfügung zu stellen. Dieses Vorgehen steht nicht zuletzt im konkreten Interesse unseres Landes: Nur funktionierende Orte in funktionierenden Volkswirtschaften können mittelfristig in Mitteleuropa Stabilität und Wohlstand sichern.

Die EU und die Osthilfe des Bundes finanzieren das Projekt „Dorferneuerung in Rumänien“, welches der Landesverband für Dorferneuerung verantwortlich durchführt. 1997 wurde ein landesweiter rumänischer Dorferneuerungsverband gegründet, regionale Multiplikatoren erhielten eine intensive Ausbildung, in Dörfern wurden bereits erste Projekte realisiert.

Die tschechische „Schule des Dorfes“ wurde bei einigen Exkursionen in Niederösterreichische Dörfer betreut. Beim ersten gesamtslowakischen Dorferneuerungskongress referierte auch ein Vertreter der Landesgeschäftsstelle.

Nach Jahrzehnten der Entmündigung sollen Dorfbewohner in ehemals kommunistisch regierten Ländern ermutigt werden, die Gestaltung des öffentlichen Lebens in die Hand zu nehmen und wirtschaftlich, kulturell und sozial einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung ihres Landes zu leisten.

### **Zukunft der Dorferneuerung**

1997 wurde rege über die Weiterentwicklung der Dorferneuerung diskutiert. Ein Leitbild „Dorf- und Stadterneuerung 2000 plus“ steht vor der Fertigstellung. Im Juni 1997 wurden unter dem Motto „Dorf und Stadt der Zukunft“ mehreren tausend Besuchern gelungene Beispiele der Dorferneuerung präsentiert sowie Entwicklungsmöglichkeiten im Zeitalter der Internationalisierung und raschen Entwicklung der Telekommunikation diskutiert.

Die Dorferneuerungsrichtlinien wurden total überarbeitet und der Europäischen

Kommission zur Notifizierung vorgelegt. Dieser Schritt ist notwendig, da die NÖ Dorferneuerung auch aus Mitteln der EU (EAGFL-Fonds für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft) unterstützt wird.

## **Stadterneuerung**

Im Dezember 1992 wurde die Landesaktion „Stadterneuerung in NÖ“ ins Leben gerufen. Sie wird ergänzend zur Dorferneuerungsbewegung durchgeführt.

### **Testphase**

Am Beginn der Arbeit der Stadterneuerung stand eine zweijährige Testphase (im Sommer 1995 ausgelaufen), in der Erfahrungen in sechs Städten gesammelt wurden: in Bruck/Leitha, Eggenburg, Retz, Waidhofen/Thaya, Waidhofen/Ybbs und Wiener Neustadt.

Die Bürger in den Städten Niederösterreichs sollen befähigt werden, ihre Probleme selbst in den Griff zu bekommen und ihre Bedürfnisse zu artikulieren. Dazu werden in den an der Aktion teilnehmenden Städten gemeinsam mit der Stadtverwaltung Stadterneuerungsbüros eingerichtet, die mit den zuständigen Betreuern Hilfe zur Selbsthilfe anbieten und die Bürger bestmöglich unterstützen. Diese Büros sind Informations- und Anlaufstelle für alle Anliegen der Stadterneuerung, bieten ein Diskussionsforum und unterstützen die Stadterneuerung koordinierend, sie sind Bindeglied zwischen Bürgern, Stadtverwaltung und Landesverwaltung. Die Landesstelle für Stadterneuerung ihrerseits dient als Koordinierungsstelle für die einzelnen Stadterneuerungsbüros in den Städten.

### **Ausdehnung der Aktion Stadterneuerung**

Der öffentliche Dialog zeigte Wirkung. Einer der wichtigsten Erfolge der Stadterneuerung ist, daß sie auch außerhalb der Teststädte Fuß gefaßt hat: Viele Städte Niederösterreichs melden laufend Interesse an, an der Aktion teilzunehmen. 1995 wurde die Stadterneuerungsaktion daher auf folgende Städte ausgedehnt: Bad Vöslau, Laa/Thaya, Langenlois, Mistelbach, Pöchlarn, Scheibbs und Zistersdorf. 1997 folgten Traismauer, Wolkersdorf, Lilienfeld, Fischamend, Zwettl und Heidenreichstein.

### **Startprojekte und Stadterneuerungskonzepte**

Zur ersten Maßnahmenverwirklichung wurden in den Teststädten Startprojekte durchgeführt. Deren Inhalte reichen von Verkehr, Verwaltung, Kultur bis hin zum Fremdenverkehr.

Das Hauptaugenmerk wird aber auf eine Stadterneuerung aus ganzheitlicher Sicht gelegt. So wurden in den Städten entsprechend den spezifischen Problemlagen der Städte Erneuerungskonzepte erarbeitet und die Leitbilder vom Gemeinderat beschlossen.

1997 wurde v. a. intensiv an der Umsetzung von Projekten gearbeitet, Stadterneuerungskonzepte wurden erstellt, die Leitbilder wurden vom Gemeinderat beschlossen. In den neu aufgenommenen Städten wurde 1997 durch die Bildung von Stadterneuerungsbeiräten und Arbeitskreisen (Bürger, Politik, Verwaltung) wertvolle Aufbauarbeit geleistet und Arbeitspapiere für die künftige Arbeit erstellt. Zahlreiche Veranstaltungen und Diskussionen zeugen von der Anteilnahme der Bürger, die beginnen, die Planung und Erneuerung ihrer Städte selbst voranzutreiben und ihre Ideen gemeinsam mit Planern zu verwirklichen. Wichtig für die Stadterneuerung in Niederösterreich sind die Bedürfnisse und Ideen der Bürger, da eine Stadterneuerung für die Zukunft nur durch die Bürger selbst erfolgen kann. Nur wenn sich die Menschen mit der Stadterneuerung identifizieren, kann sie als Gesinnung weitergetragen werden und in Niederösterreichs Städten Fuß fassen.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Um regelmäßig über die Entwicklung der Stadterneuerung in Niederösterreich berichten zu können und um ein Diskussionsforum für die Anliegen der Stadterneuerung zu bieten, erschien im Frühjahr 1997 die achte Ausgabe der Broschüre für Stadterneuerung „Leben in der Stadt“. Im Herbst 1997 ist erstmals das gemeinsame Heft der NÖ Dorf- und Stadterneuerung, „Leben in Stadt und Land“, in einer Auflage von 40.000 Stück erschienen. Die Broschüre soll eine gemeinsame Plattform der NÖ Dorf- und Stadterneuerung bilden, die nicht nur informieren, sondern auch zur Diskussion anregen soll. Die Beiträge dieser ersten Ausgabe beschäftigen sich mit beispielgebenden Projekten der NÖ Dorf- und Stadterneuerung.

Außerdem wurde am 15. Juni 1997 in Katzelsdorf eine Veranstaltung zum Thema „Dorf und Stadt der Zukunft“ durchgeführt.

## **NÖ Statistik**

### **Schwerpunkte 1997**

Die NÖ Statistik ist eine Servicestelle, deren Ziel die rasche Beantwortung von Anfragen über statistische Daten von Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung oder von Bürgern ist. Als Überblick über die Vielfalt der Daten wurde der 21. Jahrgang des Statisti-

schen Handbuches des Landes Niederösterreich herausgegeben. Neben der Vermittlung von Daten wurden auch in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen eigene Erhebungen und Ausarbeitungen durchgeführt. Zur Verbesserung der Kommunikation erfolgte der Anschluß der NÖ Statistik an das EDV-Netz des Amtes der Landesregierung und das Internet.

#### Ausarbeitungen

Gemeinsam mit der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung wurde der Abfallwirtschaftsbericht 1996 ausgearbeitet. Die NÖ Statistik führte die Erfassung und Kontrolle der Fragebögen, die Prüfung auf Plausibilität und die Darstellung der gesammelten Daten in Tabellen und Graphiken durch. Aufgrund der bei den bisherigen Ausarbeitungen gesammelten Erfahrungen wurden die Fragebögen für 1997 überarbeitet.

Die im Auftrag des Büros Landesrat Mag. Freibauer von der NÖ Statistik ausgearbeitete Wohnungsbedarfsstudie wurde aktualisiert.

Die 1996 im Auftrag von Landesrat Wagner begonnene Studie zum Thema Mutterberatung in Niederösterreich wurde 1997 abgeschlossen. Bei diesem – gemeinsam mit den Abteilungen Gesundheitswesen und Jugendwohlfahrt, dem Institut für Sozialmedizin und der NÖ Landesakademie durchgeführten – Projekt arbeitete die NÖ Statistik bei der Konzeption und Gestaltung der Fragebögen mit und führte die Erfassung der ca. 2000 eingelangten Fragebögen sowie die Aufbereitung und die Grundauswertung der Daten durch.

#### Anfragen

Auf Anforderung einzelner Dienststellen des Landes und des Bundes, anderer öffentlicher Einrichtungen sowie von Personen aus dem Wissenschaftsbereich wurden zahlreiche statistische Tabellen und Graphiken erarbeitet und zur Verfügung gestellt. Diese Anfragebeantwortungen waren auch 1997 zahlreich.

#### Statistisches Handbuch

Diese Publikation wurde auch 1997 inhaltlich überarbeitet und aktualisiert. Durch Einschaltung von entgeltlichen Inseraten in das Handbuch sowie die Einhebung eines Herstellungskostenbeitrages von S 200,- je Buch (in Diskettenform S 150,-) konnten die Druckkosten verringert werden. Sehr erfreulich ist das rege Interesse an der Publikation.

#### Zusammenarbeit mit dem ÖSTAT

Im Bereich des Mikrozensus verfügt Niederösterreich unter allen österreichischen Bundesländern mit 4.465 Stichprobenadressen, die in 181 Sprengeln von 150 Interviewern zu betreuen sind, über die höchste Anzahl an Adressen

und Interviewern. Im Jahre 1997 wurden rund 51.000 Erhebungsblätter auf Vollständigkeit und inhaltliche Vollständigkeit überprüft und an das ÖSTAT zur Auswertung weitergeleitet. Wie im Vorjahr wurde auch diesmal im März die Arbeitskräfteerhebung durchgeführt, wobei für die berufstätigen Personen weitere rund 16.000 Blätter zusätzlich zu bearbeiten waren. Daneben war die laufende Betreuung des gesamten Interviewerstabes zu bewältigen.

Im Rahmen der für den Bund durchzuführenden Aufgaben erfolgten für das ÖSTAT – zum Teil vierteljährlich – Erhebungen für die Ausländerstatistik, über den Energieverbrauch in der NÖ Landesverwaltung, die Jagderhebung und die Schlachtungsstatistik sowie verschiedene agrarstatistische Erhebungen. Rund 8.000 Zählblätter der Wohnbaustatistik wurden ebenso wie die von den Gemeinden eingesandten Baufortschrittsverzeichnisse nach Überprüfung ihrer Vollständigkeit dem ÖSTAT zur weiteren Bearbeitung übermittelt.

Mit Stichtag 1. 1. 1997 erfolgte für das ÖSTAT die Erhebung der Einwohner mit Hauptwohnsitz (nach Staatsbürgerschaft). Weiters wurde in Zusammenarbeit mit dem ÖSTAT (Abteilung 1) ein EDV-Programm zur Erfassung der Einbürgerungen ausgearbeitet.

Auch 1997 wurden die Interessen des Landes Niederösterreich auf dem Gebiet der Statistik bei den Bundesdienststellen, insbesondere beim Österreichischen Statistischen Zentralamt, in der Zentralkommission und in den Fachberäten, durch die Teilnahme an zahlreichen Sitzungen wahrgenommen. Darüber hinaus wurde der Erfahrungsaustausch mit den statistischen Diensten der anderen Bundesländer fortgesetzt. Bei der Kommunalstatistischen Tagung am 12. und 13. Oktober 1997 vertrat Niederösterreich die Ländersicht bezüglich der Durchführung der Volkszählung 2001.

#### Ziele 1998

Da großer Bedarf an statistischen Daten besteht, stellt auch die Fortführung der Aufbereitung der von Land und ÖSTAT zur Verfügung gestellten Daten einen Schwerpunkt dar, da nur dadurch ein rascher Zugriff auf das Datenmaterial für Auskunftszwecke gewährleistet ist. Anlässlich der Landtagswahl 1998 ist die Herausgabe einer Broschüre mit einer ausführlichen Aufbereitung des Wahlergebnisses vorgesehen. Weiters wird der 22. Jahrgang des Statistischen Handbuches ausgearbeitet werden. Daneben sind gemäß den bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen auch im Jahr 1998 die erwähnten Erhebungen und Arbeiten für das ÖSTAT durchzuführen. Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit im Jahr 1998 sind die Mitwirkung an der Erstel-

lung des Abfallwirtschaftsberichtes 1997 sowie die gezielte Aufbereitung und statistische Auswertung der Daten. Einen wesentlichen Schwerpunkt stellt auch der Ausbau der Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen der Gruppe und des Landes (RUIS) dar. Insbesondere soll die Bereitstellung statistischer Daten auf graphischer Basis ausgebaut werden. Daneben wird auch die Bereitstellung statistischer Daten im Internet erfolgen.

## Planungsgemeinschaft Ost (PGO)

Die Planungsgemeinschaft Ost (PGO) wurde am 13. April 1978 gemäß Art. 15a B-VG als gemeinsames Organ zur Vorbereitung und Koordinierung raumrelevanter Aktivitäten in den Ländern Burgenland, Niederösterreich und Wien gegründet. Der Leiter der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik ist Mitglied der Geschäftsleitung. Seit Bestehen der PGO sind Bedienstete des Landes NÖ in der Geschäftsstelle der PGO in Wien als ständige Mitarbeiter tätig. 1997 hatte Niederösterreich in allen Organen der PGO turnusmäßig den Vorsitz, der 1998 auf Wien übergeht.

Zu den wesentlichen Aufgaben der PGO zählen die Koordination raumrelevanter Planungen innerhalb der Länderregion Ost, die Betreuung von Auftragsarbeiten und Studien, die im gemeinsamen Interesse liegen, und die Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber Dritten.

#### Schwerpunkte 1997

1997 wurden folgende Arbeiten abgeschlossen bzw. weitergeführt:

- Verkehrskonzept Nordostraum – Wien
- Verkehrsentwicklung der Ostregion, Aktualisierung 1989–1995
- Siedlungspolitisches Konzept Ostregion, Maßnahmen zur Umsetzung
- Landschaftskonzept Region Wien – Umland Süd

Folgende Arbeiten wurden 1997 begonnen:

- Erlebnisradrouten Wien – Donauraum – Neusiedler See unter Einbindung der Marchfeldschlösser (Tourismus in der Länderregion Ost)
- Studie über eine eventuelle Verlängerung der U-Bahn-Linien in das Wiener Umland

#### Publikationen

PGO – „Berichte/Veröffentlichungen“:

- Heft 1/1997: Verkehrsentwicklung in der Ostregion, Grenzüberschreitender Verkehr und Entwicklungsspielräume im Straßengüter- und Straßenpersonenverkehr
- Heft 2/1997: Tätigkeitsbericht 1996

## Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung

**Abfallwirtschaft**

Laut Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung werden der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung die Angelegenheiten der Abfallwirtschaft, ausgenommen die rechtlichen Angelegenheiten, sowie die Amtssachverständigentätigkeit zugeordnet.

**NÖ Abfallwirtschaftsbericht 1996**

Aufgrund der Bestimmungen des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992 wurden die Abfallwirtschaftsberichte der Gemeinden ausgewertet und Vorarbeiten für die Neugestaltung des NÖ Abfallwirtschaftsberichtes 1997 getätigt (vgl. Auswertungen der Abfallwirtschaftsberichte 1989 bis 1996).

**NÖ Abfallwirtschaftskonzept**

Gemäß § 4 NÖ Abfallwirtschaftsgesetz 1992 ist das im Jahr 1992 erstellte Konzept alle 3 Jahre fortzuschreiben. Als fachliche Grundlage für die Fortschreibung dienen u. a. die Abfallwirtschaftsberichte und andere in der Folge angeführte Studien, welche im Auftrag der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung durchgeführt wurden. Aufgrund der in Vorbereitung befindlichen Novellierung des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes sowie weitreichender abfallwirtschaftlicher Neuerungen auf Bundesebene (z. B. Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz, Deponieverordnung, Altlastensanierungsgesetz, Verpackungsverordnung) wurde die fällige Fortschreibung des NÖ Abfallwirtschaftskonzeptes auf das Jahr 1998 verschoben. Aufgrund dieser Verschiebung ist vorgesehen, mit der endgültigen Erstellung des NÖ Abfallwirtschaftskonzeptes diese Beschlußfassung abzuwarten, um die Aussagen des Gesetzes dann im Konzept berücksichtigen zu können.

Der Landtag von Niederösterreich hat mit Beschluß vom 24. Februar 1994 die NÖ Landesregierung aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, um eine vorbereitende Behandlung der Abfälle vor der Deponierung zu ermöglichen. In diesem Sinne wurde seinerzeit die Planungsgesellschaft AVN (Abfallverwertungs NÖ Planungsgesellschaft mbH) zwischen dem Land Niederösterreich und der EVN gegründet. Die AVN erstellte eine Machbarkeitsstudie. Ein wesentliches Ergebnis dieser Studie war, daß eine thermische Restmüllbehandlung vorteilhafter als eine mechanisch-biologische ist.

Bei der Ermittlung und Umsetzung der Grundlagen für die zukünftige Restmüllbehandlung in Niederösterreich haben Vertreter der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung mitgearbeitet.

Für die Gestaltung von öffentlichen Altstoffsammelzentren und -inseln wurden bereits 1992 Leitlinien herausgegeben. Diese Leitlinien stellten eine konkrete und detaillierte technische Planungshilfe dar. Um die zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu aktualisieren, war es erforderlich, diese Leitlinien für die Gestaltung der Altstoffsammelzentren und -inseln zu überarbeiten.

Im Hinblick auf eine sinnvolle Abfallverwertung und -entsorgung werden der Altstoffmarkt und die bestehenden Entsorgungswege beobachtet.

Im Zuge der Begutachtung von Gesetzen und Verordnungsentwürfen im Bereich der Abfallwirtschaft wurden mehrere Stellungnahmen abgegeben.

Zur Bewältigung von zusätzlichen organisatorischen und praktischen Maßnahmen auf verschiedenen Gebieten der Abfallwirtschaft besteht der NÖ Abfallwirtschaftsverein. Dieser stellt die Interessenvertretung der Verbände, Statutarstädte, Städte und Gemeinden auf dem Gebiet der kommunalen Abfallwirtschaft dar. Vertreter der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung haben bei der Gründung mitgewirkt und sind im Vorstand des Vereins vertreten. Bei speziellen abfallwirtschaftlichen Themen erfolgte eine Zusammenarbeit mit dem NÖ Abfallwirtschaftsverein.

Zur Abfallvermeidung wurde eine gemeinsame Aktion der NÖ Abfallwirtschaftsverbände, der NÖ Landesregierung und des NÖ Abfallwirtschaftsvereins gestartet. Ziel dieser PR-Aktion „Sei g'scheit, vermeid!“ ist es, Vermeidungsmaßnahmen anhand eines Maßnahmenkatalogs durchzuführen.

Beratungstätigkeit für bestehende Verbände und auch für Gemeinden wurde durchgeführt und organisatorische Hilfestellung geleistet.

Hinsichtlich der Durchführung der Verpackungsverordnung nehmen Vertreter der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung an der Bundesverpackungskommission teil.

Die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung gibt im Rahmen der abfallwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren nach § 29 AWG (BGBl. Nr. 325/1990 i. d. g. F.) Stellungnahmen zum Bedarf der jeweiligen Behandlungsanlagen ab.

Zur gegenseitigen Information und Koordination der Abfallwirtschaft in den einzelnen Bundesländern werden Vertreter der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung in den

Länderarbeitskreis Abfallwirtschaft entsandt.

Zur Verbesserung der abfallwirtschaftlichen Planungsgrundlagen wurde mit dem Aufbau einer Deponiedatenbank für Niederösterreich begonnen. Dabei wurden zunächst die im Amt der NÖ Landesregierung vorhandenen Daten zusammengetragen und in einer Access-Datenbank verarbeitet. Auf Grundlage dieser Basisdatenbank soll in einem weiteren Schritt der aktuelle Stand aller in Niederösterreich in Betrieb befindlichen Deponien samt Daten über Verfüllvolumen (jährlich, gesamt), Verfüllmassen (jährlich, gesamt), abgelagerte Abfallarten, deponietechnische Ausrüstung u. a. wesentliche Daten ermittelt und kontinuierlich fortgeschrieben werden.

**Betriebliche Abfallwirtschaft**

Zur Förderung des vorsorgenden betrieblichen Umweltschutzes in Niederösterreich wurden die Projekte PREPARE und ÖKOPROFIT durchgeführt. Dabei wurden in 18 NÖ Betrieben verschiedenster Branchen Maßnahmen zur Abfall- und Emissionsvermeidung entwickelt und zum Großteil bereits umgesetzt. Anfang Dezember 1997 wurden die 8 PREPARE- und 10 ÖKOPROFIT-Betriebe für ihre hervorragenden Umweltleistungen ausgezeichnet. Weiters wurde in dieser Auszeichnungsveranstaltung die 48seitige PREPARE – ÖKOPROFIT NÖ Broschüre mit den Ergebnissen und Informationen zu den Projekten einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen beteiligte sich die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung und unterstützt NÖ Klein- und Mittelbetriebe bei der Durchführung von umweltschutzrelevanten Messungen.

Im Koordination mit dem Europareferat und der ARGE Donauländer wurden die internationalen Umweltweiterbildungen für Donauländer zum Thema „Siedlungsökologie und nachhaltige Kulturlandschaftsbewirtschaftung“ fortgesetzt. Weiters wurde Koordinationstätigkeit für den bundesweiten Aufbau eines „Rechnerunterstützten Bodensystems“ (BORIS) des Umweltbundesamtes geleistet.

Zur Qualitätssicherung der dezentralen Kompostierung werden regelmäßig Kompostfachkundigenweiterbildungen angeboten und eine Sachverständigenweiterbildung in Kooperation mit der Abteilung Umweltkoordination durchgeführt.

Auf dem Gebiet der Umwelt- und Abfallöffentlichkeitsarbeit wurden ein Abfall-

und Komposttelefon betreut, Medien und Karten zur Darstellung der abfallwirtschaftlichen Mengenbilanzen und Behandlungsanlagen erstellt, welche in der Landes-Homepage im Internet abrufbar sind.

Darüber hinaus ist die gesamte Tätigkeit der Abteilung nach den Themen: Umwelt/Abfallwirtschaft in Haushalten, in Gemeinden, inter/national und in Betrieben; Umweltförderung in Gemeinden und Betrieben; Raumordnungsförderung – Baurechtsaktion weltweit abrufbar.

Wichtige Dokumente und Förderungsansuchen können direkt von der Internetadresse: <http://www.noel.gv.at/service/ru/ru3/index.htm> heruntergeladen werden und erleichtern somit das Bürger- und Kommunenservice.

Die Förderung von Maßnahmen der Abfallvermeidung und -verwertung (Kompostanlagen, Altstoffsammelzentren, u. ä.) nach NÖ AWG §7 erfolgt, nach Maßgabe der Mittel, kontinuierlich.

## Landesgesellschaften, Anstalten und Institutionen

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch 1997 die NÖ Umweltschutzanstalt in rechtlicher, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht beraten. Vertreter der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung sind im Beirat des Vereines „Niederösterreich – Wien, gemeinsame Erholungsräume“, im Kuratorium der „Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal“, im Aufsichtsrat der „Abfallwirtschaftsverbund-Planungsges. m. b. H.“, der „Abfallverwertung Niederösterreich GesmbH.“, der „Consulting und Abfallmanagement GesmbH.“ und im Vorstand des „NÖ Abfallwirtschaftsvereins“ tätig.

## Förderungen

### ● Förderungsaktion des Landes Niederösterreich für Umweltschutzanlagen.

In Niederösterreich wird seit 1978 die „Zinsenzuschußaktion des Landes Niederösterreich für Umweltschutzanlagen“ durchgeführt. Seit 1. Jänner 1995 ist in Österreich das EU-Recht (speziell das EU-Wettbewerbsrecht bezüglich Förderungsvergabe) bindend. Das heißt, daß nach erfolgter Anerkennung der Förderungsrichtlinien durch die EU und der Aufnahme der Zinsenzuschußaktion in die EDPP eine Kofinanzierung durch die EU zu erwarten ist

Zweck dieser Aktion ist die finanzielle Unterstützung von Betrieben der ge-

werblichen Wirtschaft in Niederösterreich bei der Durchführung von Investitionen zur Vermeidung von Umweltbelastungen. Weiters werden Förderungen in Verbindung mit Abfallvermeidung, Rohstoff-Rückgewinnung und der ordnungsgemäßen Deponierung von gefährlichem oder sonstigem Abfall, Energieeinsparung, dem Ersatz fossiler Energieträger und umweltbedingten Betriebsverlagerungen gewährt. 1997 wurden 70 Förderungsanträge eingebracht.

Die Investitionsvorhaben werden nach Feststellung der Förderungswürdigkeit durch die zuständigen Sachverständigenabteilung oder durch einen positiven, schriftlichen, ökologischen Beratungsbericht der Wirtschaftskammer Niederösterreich mit Zinszuschüssen von 4% bis zu 6% p. a. oder in Ausnahmefällen mit entsprechenden einmaligen, kapitalisierten, abgezinsten Investitionszuschüssen unterstützt.

Die NÖ Landesregierung hat 1997 59 Anträge mit Zinszuschüssen oder einmaligen- bzw. mehrmaligen Investitionszuschüssen bewilligt. Damit wurden umweltrelevante Vorhaben in der Gesamthöhe von ca. 76 Mio. S gefördert.

● Weiters verwaltet die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung Förderungsmittel, die an Gemeinden für die Durchführung kommunaler Bauprojekte bzw. für zentralörtliche Einrichtungen vergeben werden können. Neben der Verbesserung der örtlichen Infrastruktur ist davon zweifellos auch eine Belebung der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs zu erwarten, was insbesondere in Gemeinden, die von Abwanderung bedroht sind, von enormer Bedeutung ist. 1997 haben aus diesem Titel 223 Gemeinden nicht rückzahlbare Beihilfen von insgesamt ca. 45,2 Mio. S erhalten. In 26 Gemeinden wurden Aktivitäten und Aktionen, die sich aus deren zentralörtlicher Funktion ergeben, in der Höhe von insgesamt ca. 3,2 Mio. S gefördert.

Bei der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung ressortierten zwei Etats zur Förderung der Erreichung der im Abfallwirtschaftsgesetz vorgegebenen Ziele.

Gemäß § 7 NÖ AWG 1992 kann das Land Investitionen fördern, die eine Abfallverwertung bzw. -vermeidung bewirken. 1997 erhielten aus diesem Titel 63 Gemeinden, 9 Gemeindeverbände, 2 Vereine und 8 Wirtschaftsunternehmen nicht rückzahlbare Beihilfen.

Gemäß § 22 Abs.1 Z. 2 Finanzausgleichsgesetz 1997 gewährt der Bund den Gemeinden Zuschüsse zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen. 1997 erhielten aus diesem Titel 20 Gemeinden und 6 Gemeindeverbände Zuschüsse.

## Grunderwerb

Im Tätigkeitsbereich Grunderwerb ist schwergewichtsmäßig der Ankauf von Grundstücken im Rahmen der „Baurechtsaktion des Landes Niederösterreich“ hervorzuheben, wodurch struktur- und familienpolitische Zielsetzungen erfüllt werden sollen. Bei dieser Aktion werden durch das Land Baugründe in finanzschwachen und von Abwanderung bedrohten Gemeinden angekauft, welche jungen Familien zur Errichtung von Wohnhäusern im Baurecht, d. h. gegen Entrichtung eines Bauzinses, zur Verfügung gestellt werden. 1997 wurden mit 123 Familien in 12 politischen Bezirken Baurechtsverträge abgeschlossen. 95 Grundstücke wurden in 42 verschiedenen Gemeinden des Landes neu angekauft.

Darüber hinaus werden vom Land Niederösterreich nach Maßgabe der verfügbaren Budgetmittel auch größere Baulandflächen angekauft. Im Rahmen dieser Möglichkeiten wurden bisher in 9 Gemeinden Grundstücke im Ausmaß von zusammen 18 ha erworben. Auf diesen Flächen entstehen im Zusammenwirken mit der Baudirektion-Ortsbild bzw. beauftragten Architekten Wohngebiete mit insgesamt rund 265 Bauparzellen, die den Grundsätzen zeitgemäßen Wohnens ebenso entsprechen wie jenen des Orts- und Landschaftsbildes und der Raumordnung. Weiters wurden 10 Parzellen im Rahmen der Baurechtsaktion mit einem Gesamtvolumen von knapp 3 Mio. S von den jeweiligen Bauberechtigten erworben. Die so vereinnahmten Mittel wurden wieder der Aktion zwecks Ankaufs neuer Grundstücke zugeführt.

Neben dieser Standard-Variante der Baurechtsaktion wird es ab Jänner 1998 eine Öko-Variante geben. Sinn dieser Version ist die Förderung der ökologischen Bauweise im Rahmen der Baurechtsaktion des Landes Niederösterreich.

Grund und Boden gehören zu den wenigen nicht vermehrbaren Gütern, und häufig ist der Bedarf an Grundflächen für öffentliche Einrichtungen oder für kultur- und wirtschaftspolitische Aufgaben gerade dort gegeben, wo Gründe ohnedies knapp und teuer sind. Den Gebietskörperschaften kommt hierbei eine vorausplanende und oft auch richtwertgebende Funktion zu, ohne dabei direkten Einfluß auf den Grundverkehr zu nehmen. Die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung verwaltet 53 landeseigene Grundstücke in 9 Gemeinden, wobei lokale Besprechungen und die Erarbeitung von Verträgen zur Begründung von dinglichen und obligatorischen Rechten zu den wesentlichen Aufgaben gehören.

## Umweltrechtsbehörde

### Legistik

- Novellierungsarbeiten: NÖ Abfallwirtschaftsgesetz 1992; NÖ Luftreinhaltegesetz, NÖ Umweltschutzgesetz, Verordnung über den Befähigungsnachweis sowie die übrigen Verfahrensvorschriften zur Bestellung und Abberufung der Umweltschutzorgane
- Erarbeitung von Verfahrensbestimmungen für Großverfahren
- Internationales Umweltrecht
- Festsetzungsverordnung 1997
- Abfallnachweisverordnung

### Gesetzesvollzug

- Vollzug des Abfallwirtschaftsgesetzes (insbesondere Verfahren gemäß §§ 15, 28, 29 und 32 AWG, -ca. 100 laufende Anlagenverfahren), 142 bescheidmäßige Erledigungen
- Vollzug des Smogalarmgesetzes, Ozongesetzes
- Vollzug des Altlastensanierungsgesetzes (insbesondere Verdachtsflächenmeldungen, Führung des Altlastenkatasters, laufende Verfahren ca. 800, 25 eingetragene Altlasten)
- Vollzug des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992 (insbesondere Verfahren gemäß § 22 NÖ AWG 1992)
- Vollzug des NÖ Luftreinhaltegesetzes (insbesondere Typengenehmigungen)
- Vollzug des Umweltinformationsgesetzes
- Vollzug des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) (Bürgerbeteiligungsverfahren und UVP-Verfahren, 4 anhängige Verfahren; 6 Feststellungsverfahren)
- Vollzug des Bundesgesetzes über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen
- Ozonsanierungsplan gemeinsam mit Wien und Burgenland (Vervielfältigung des gesetzlichen Maßnahmenplanes)
- Mitarbeit bei der Erstellung des Umweltdatenkataloges
- Betriebsprüfungen – Kontrolle gemäß § 33 Abfallwirtschaftsgesetz (AWG)
  - Anzahl der Kontrollen bei Abfallerzeugern: 498. Kontrollen nach dem Jahresplan 1997: Betriebe mit galvanotechnischen Prozessen; Kontrollen von Abfallbesitzern, auf Grund vermuteter Mängel bezüglich Aufzeichnungs-, Begleitschein- und Meldepflichten
  - 86 Kontrollen bei Abfallsammlern, -behandlern und -verwertern
- Erstellung von Auswertungen aus dem Abfalldatenverbund über
  - Abfalldaten
  - Firmenstammdaten
  - Begleitscheindaten
 als Basis für Betriebskontrollen gemäß § 33 AWG und als Basis für umweltrelevante Erhebungen

- Kontrolle und Erfassung von Begleitscheindaten gemäß § 19 AWG (Eingang: ca. 91.558)
- Gesamtbearbeitung (einschl. Änderungen ca. 109.200)
- Kontrolle und Erfassung von Firmen- und Abfalldaten im Datenverbund auf Grund von
  - Meldungen gemäß § 13 AWG
  - Bekanntgaben über die Rücknahme gefährlicher Abfälle oder Altöle von erlaubnisfreien Abfallsammlern gemäß § 15 Abs. 2 AWG
  - Bescheiden gemäß § 15 Abs. 1 AWG (Gesamtbearbeitung: Firmenstammdaten: 3.570, Abfalldaten: 15.710)
- Im Abfalldatenverbund registrierte Abfallbesitzer von gefährlichen Abfällen ca. 17.822
- Laufende Aktualisierung der Liste der nach § 15 Abs. 1 AWG befugten Abfallsammler und Abfallbehandler in Niederösterreich (Anzahl der Sammler: 234, Anzahl der Behandler: 111)
- Betreuung des Bürgerbüros Enzersdorf an der Fischa
  - Stellungnahme zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen
  - Aus- und Weiterbildung (Juristen, Techniker)
- Referententätigkeit

## NÖ Koordinierungsstelle für Umweltschutz (KfU)

Die NÖ Koordinierungsstelle für Umweltschutz (KfU) unterstützt die landespolitischen Umweltziele und tritt für vorsorgenden Umweltschutz zu einer nachhaltigen Entwicklung ein. Darüber hinaus versteht sich die KfU auch als Service- und Informationsstelle für alle Landesbürger und -bürgerinnen (Herausgabe von Flugblättern und Broschüren, Verleih von Ausstellungen und Videofilmen zu umweltrelevanten Themen). Folgende Schwerpunkte wurden gesetzt:

### Öffentlichkeitsarbeit

ORF Teletext „Umwelttips“; Kooperation mit NÖN „NÖN Serien“; Konzeption eines NÖ Umweltleitbildes. Periodische Zeitschrift „Umwelt & Gemeinde“; Umweltpressedienst (UPD); Produktion verschiedener Broschüren. Betreuung der Umweltgemeinderäte in Kooperation mit der LAK. Pressekonferenzen/Veranstaltungen: Jugendpressekonferenz, „Ozon-Konsenskonferenz“, Weltumwelttag mit Klimaschwerpunkt, Abschluß des NÖ Umweltsong-Wettbewerbes. Referententätigkeit bei Öffentlichkeitsarbeits-Seminaren. Messe-Teilnahme. Betreuung der Umweltvideothek und -bibliothek.

## Klimabündnis

Leitung und Koordination in Niederösterreich; Betreuung der Klimabündnisarbeitskreise „Land- und Forstwirtschaft“ und „Entwicklungspolitik“, Seminarleitung; Beratung und Referententätigkeit für NÖ Gemeinden, die einen Beitritt zum Klimabündnis erwägen (derzeit 32 Mitgliedsgemeinden); Herausgabe einer Recherche „Niederösterreich – Amazonszone“.

## Umweltpädagogik/-bildung

Schulprojekt „Unser Lebensraum neu entdeckt“ sowie „Kinder fürs Klima“, Umweltolympiade Tulln als Abschluß eines Volksschulprojektes in Kooperation mit der Abteilung Wasserwirtschaft; Umweltausstellung im a. ö. Krankenhaus Tulln, Lehrerfortbildungsseminar „Näher zum Lebensraum“, Lehrerservice-Ordner, Unterstützung der Umweltspürnasen in Niederösterreich, Schulprojekt „Murli kommt in die Schule“, Jugendredaktion der „Umwelt & Gemeinde“; Kompostwerkstatt für Multiplikatoren.

## Landwirtschaft und Ernährung

Fertigstellung der Studie „Agrarinformationstechnologie im Dienste des Umweltschutzes“. Seminare zum Thema „Umweltschutz in der Landwirtschaft und ökologische Landentwicklung“, Fortsetzung des Projektes „Erd- & Herdgeschichten“; Projekt Biogas; Studie „Der Einfluß von Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung auf das Klima“, Konzept zum Thema Biolandbau in Niederösterreich, Mitarbeit im AK „Umweltschonende Wirtschaftsweisen in der Landwirtschaft“.

## Ökologisches Beschaffungswesen

Fertigstellung der Produktvergleichsstudien für den Hoch- und Tiefbau zu den Bereichen „Rohre“ und „Fenster“. Weiterführung der Studie „Bodenbeläge“.

## Österreichisches Umweltzeichen

Zusammenarbeit mit dem Verein für Konsumenteninformation und der „umweltberatung“ (Beratung und Prüfung von Tourismusbetrieben).

## EDV

NÖ Umweltdatenkatalog; GIS-Koordination (NÖGIS) in der Gruppe Raumordnung und Umwelt. Internet-Koordination für dieselbe; Datenaufbereitung für die Umweltschutz-Internet-Homepage.

## Rechtlicher Bereich

### Legistische Maßnahmen im Tierschutzbereich

- 4. Dez. 1996 bis 17. Jänner 1997: Begutachtung der Wildtierverordnung
- 13. Dez. 1996 bis 7. Februar 1997: Begutachtung der Pelztierversordnung
- 11. Februar 1997: Die Landesregierung beschließt die Verordnung über Wildtierarten, deren Haltung beschränkt ist (wurde auf Grund der Änderung des NÖ Tierschutzgesetzes 1985 vom 27. Juni 1996 erforderlich)
- 1. Juli 1997: Die Landesregierung beschließt die Verordnung über die Haltung von Pelztieren (dient der Umsetzung des Art. II Abs. 3 der Art.-15a-B-VG-Vereinbarung über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft bezüglich der Pelztierhaltung)
- 5. bis 29. August 1997: Begutachtung des Schlachtverordnungsentwurfes
- 16. September 1997: Die Landesregierung beschließt die Verordnung über das Schlachten und Töten von Tieren (dient der Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie)
- 13. Oktober bis 21. November 1997: Begutachtung eines Entwurfes zur Änderung der Verordnung über den Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (dient der Umsetzung der Änderungen der EU-Richtlinie über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern und deren Anhang)

### Tierschutz/Artenschutz

- Ausarbeitung von Handlungsrichtlinien, Mindestansprüchen für Giftschlangen und andere Gifttiere (Band 3)
- Bearbeitung von Einfuhr- und Ausfuhranträgen für Exemplare nach dem Washingtoner Artenschutzübereinkommen (WA) – Begutachtung und Überprüfung – und Evidenzhaltung der Nachzuchten von WA-Exemplaren sowie deren Kennzeichnung
- Berufungen, Stellungnahmen,
- Verhandlungen zum Abschluß einer Art.-15a-B-VG-Vereinbarung zur Verbesserung und Harmonisierung der landesgesetzlichen Bestimmungen über außerlandwirtschaftlichen Tierschutz (Auftrag der Landeshauptleutekonferenz vom 5. Juli 1997).

### Nationalpark

- Diverse Auskünfte, Verhandlungen etc.
- Teilnahme an den Sitzungen des Nationalparkbeirates Donauauen
- Verhandlungen zum Abschluß einer Art.-15a-B-VG-Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich zur Errichtung und Erhaltung eines Nationalparks Thayatal (feierliche Ver-

tragsunterzeichnung am 26. Oktober 1997 in Hardegg)

- Vorbereitende Besprechungen für den Managementplan 1999 bis 2008 Donauauen
- Vorbereitungen für eine Kennzeichnungsverordnung Donauauen

### NÖ Naturschutzgesetz 1997

- 22. April bis 5. Juni 1997: Begutachtung eines Entwurfes NÖ Naturschutzgesetz 1997
- Sommer/Herbst 1997: diverse Verhandlungen mit Interessensvertretern, Umarbeitungen des Gesetzesentwurfes

### Naturschutz

- Berufungen, Stellungnahmen, Informationen, Besprechungen etc.
- Entschädigungsverfahren NSG Thayatal

## Rechnungswesen und Kreditverwaltung

### Förderungsausgaben 1997

Gemeinden	627.000,-
Vereine	4.679.200,-
Einzelpersonen	242.000,-
Körperschaften	231.000,-
	5.779.200,-
Entschädigungen	2.572.377,-

- Abschluß von Entschädigungsvereinbarungen zum Naturschutzgebiet Thayatal
- Kreditverwaltung für den NÖ Landschaftsfonds

## Naturschutz-Grundlagenprojekte

- Abgrenzung und Zonierung des Nationalparks Thayatal
- Artenschutzprojekte zu 20 verschiedenen Themen (etwa Wiesenbrüter)
- Ausstellung Gehölzvermehrung, Wildblumen
- Betreuung der Naturdenkmäler (insgesamt etwa 1.500)
- Errichtung eines Feuchtbiotops mit der Hauptschule Blindenmarkt
- Errichtung von Lehrpfaden (etwa Obstbaumlehrpfad)
- Fischotterentschädigungen
- Laufende Wartungsarbeiten zur Kennzeichnung von Schutzgebieten
- Mitwirkung an der NÖ Kormoran-Verordnung und Vorgespräche zur Fischotter-Lebendfang-Verordnung
- Mitwirkung bei der Erstellung eines Naturparkeleitbildes und der Natur-

parkequalitätskriterien im Rahmen des Verbandes der Naturparke Österreichs

- Naturschutzgebietsmanagement: Erarbeitung von Pflegekonzepten, Initiierung und Betreuung spezieller Pflegemaßnahmen und wissenschaftlicher Begleituntersuchungen (Monitoring)
- Ökologische Beweissicherung zum Grundwasserwerk Mitterndorfer Senke (3. Wiener Wasserleitung)
- Weiterentwicklung des NÖ Naturschutzkonzeptes

## Öffentlichkeitsarbeit

- Erweiterung der Sammelmappe – Alte Obstsorten
- Herausgabe der „Rote-Liste“-Bände Vögel, Heuschrecken und Fangschrecken sowie Libellen
- Herausgabe des Naturschutzberichtes 1995/96
- Herstellung der Internet-Seiten des NÖ Naturschutzes
- Herstellung des „Österreichischen Naturparkefolders“
- Heubörse-Wienerwald-Folder
- Kormoranverordnung
- Marchland-Süd-Folder
- Naturparkebeschäftigungsprojekt gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice (AMS)
- Veranstaltung Obstbaumtag 1997
- Vergabe der Schöffelpreise 1997

## Landschaftsfonds-Projekte

- Betreuung der 30 Kulturlandschaftsprojekte
- Informationspublikation über Entstehung, Gefährdung und Schutz von Sanddünen
- LAFO-Projekt Natur vor der Haustüre, Baumpflege
- Projektbetreuung im Rahmen des ÖPUL – Gesamtvolumen rund 250 Mio. S, 9.000 Landwirte, 10.000 ha
- Vorbereitung eines neuen ÖPUL

## EU-Projekte

- Fortführung der LIFE-Projekte „Artenschutzprogramm Braunbär“, „Ramsarmanagement March-Thaya-Auen“ und „Feuchtgebietsmanagement Oberes Waldviertel“
- Genehmigung und Start des LIFE-Projektes „Wildnisgebiet Dürrenstein“
- Natura-2000-Nachnominierungen inkl. Planherstellungen (gemeinsam mit der NÖGIS-Zentrale)
- Vogelschutz- und FFH-Richtlinie – Berichtspflicht
- Vorbereitung eines LIFE-Antrages „Nationalpark Thayatal“

## Abteilung Verkehrsrecht

**Schwerpunkte 1997****Überwachung des Straßenverkehrs**

Die bewährten monatlichen Schwerpunktprogramme wurden auch heuer wieder durchgeführt. Die Umsetzung oblag wie immer der Verkehrsabteilung des Landesgendarmierkommandos für Niederösterreich und den Straßenpolizeibehörden 1. Instanz.

Über die monatlichen Schwerpunktprogramme hinaus wurde der Schwerverkehr unter Zuhilfenahme des Landesprüfzuges und des Prüfzuges der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge laufend gezielt überwacht (Standkontrollen). Spezialeinsätze wie mobile Geschwindigkeitsmessungen, Gewichtskontrollen, Lärmmeßkontrollen, Gefahrgutkontrollen und Planquadrate (Alkoholkontrollen) sowie der Einsatz von Zivilstreifen sorgten zusätzlich für die Hebung der Verkehrssicherheit auf den Straßen Niederösterreichs.

Die seit Jahren systematisch angeordneten Verkehrsüberwachungsmaßnahmen tragen zweifellos zur Hebung der Verkehrssicherheit bei, obwohl eine Steigerung der Unfallzahlen festzustellen ist. Neben der Verkehrsüberwachung tragen auch die gesetzlichen Maßnahmen wie z. B. der Probeführerschein sowie die straßenbaulichen Umgestaltungen (z. B. Kreisverkehre, Straßenrückbauten, Schwellen, Ampelanlagen usw.) ebenso wie die laufende Vergrößerung der Autobahnnetzes (Entflechtung des Verkehrs) zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit bei.

**Straßenpolizeiliche Schwerpunkte**

Die im Vorjahr begonnene Absicherung von Durchzugsstraßen mit Vorrangzeichen sowie die Vergrößerung des Vorrangstraßennetzes in Niederösterreich wurde fortgesetzt. Diese Maßnahmen dienen der Rechtssicherheit und der Erleichterung des Durchzugsverkehrs.

**Verkehrssicherheitsfonds Landesanteil Niederösterreich**

Aus den dem Land Niederösterreich zufließenden Mitteln des Österreichischen Verkehrssicherheitsfonds (Erlös aus den „Wunschkennzeichen“) wurden im Jahre 1997 u. a. finanziell unterstützt:

- Verkehrssicherheitstage bei BH und Berufsschulen
- ÖAMTC-Jugend-Fahrtechnikkurse
- Aktion Förderung von Fahrradhelmen
- Aktion „Hilf Leben retten, kein Alkohol am Steuer“

- Effizienzuntersuchung der Lkw-Überholverbote auf Autobahnen in Niederösterreich

- Versicherung von Schülerlotsen und Schulwegpolizei in Niederösterreich

**Lenkerprüferseminare**

Eine Schulung der Sachverständigen für die Lenkerprüfung erfolgte in Form der Teilnahme an einem Fahrtechnikkurs im Schulungszentrum Teesdorf des ÖAMTC hinsichtlich der Fahrtechnik und der möglichen Auswirkungen von Fahrfehlern bzw. der Bedeutung einer entsprechenden Reifenausstattung.

Außerdem erfolgte eine Information hinsichtlich der im Zusammenhang mit dem Führerscheingesetz erforderlichen Änderungen.

Außerdem wurden 1997 18 Kandidaten für die Aufgabe als rechtskundige Lenkerprüfer an insgesamt 3 Seminartagen hinsichtlich der theoretischen Grundlagen für ihre verantwortungsvolle Aufgabe geschult. Die praktische Schulung ist noch im Gange.

**Fahrschullehrer- und Fahrlehrerprüfung**

Die im Jahr 1996 in St. Pölten festgelegten 22 Prüfstrecken, von denen dem Kandidaten eine Prüfstrecke unter Berücksichtigung der angestrebten Fahrzeuggruppe zugewiesen wird und die er kommentierend befahren muß, haben sich bewährt.

**Eisenbahnwesen**

Die Tätigkeit der Abteilung am Schienenbahnsektor konzentrierte sich auch im Jahre 1997 auf die von der HL-AG (Hochleistungsstrecken AG) für Hochleistungsstrecken beantragten Enteignungsverfahren. Die beantragten Enteignungsverfahren betreffen den Ausbau der Westbahn und die Errichtung des Semmering-Tunnels. Da der Landeshauptmann als Enteignungsbehörde bei Hochleistungsstrecken nicht bloß die Enteignung an sich, sondern auch die Höhe der Entschädigungssumme für die enteigneten Grundstücke festzusetzen hat, bedeuten die Enteignungsverfahren für die Abteilung einen erheblichen Aufwand.

Wegen des Ausbaues der Südbahn haben auch dort die eisenbahnrechtlichen Bauverfahren stark zugenommen.

**Luftfahrtwesen**

Bei den von der Abteilung zu erteilenden Bewilligungen nach dem Luftfahrtgesetz liegt wie bisher der zahlenmäßige Schwerpunkt in der Bewilligung von Außenabflügen und Außenlandungen

und Luftfahrtveranstaltungen – die Zahl der Anträge nimmt jährlich zu – sowie in der Durchführung der beantragten Zivilflugplatzbewilligungsverfahren und Verfahren betreffend zivile Bodeneinrichtungen.

Der weitere Ausbau des Flughafens Wien-Schwechat (Schengen-Adaptierungen und andere Einrichtungen) erforderte eine intensive Verhandlungstätigkeit.

**Kraftfahrlinien**

Für den Betrieb der Wieselbusse mußten für alle Strecken 33 Konzessionserweiterungen erteilt werden. Außerdem liefen mit 31. Jänner 1997 150 Kraftfahrlinienkonzessionen der Post und des KWD ab. Dies erforderte im Jahr 1997 umfangreiche Kommissionierungstätigkeiten.

**Probleme 1997****Verkehrsunfälle**

Die Verkehrsunfälle sind in allen Bereichen gestiegen. Die Zahl der Unfälle durch Trunkenheit hat gegenüber dem Vergleichszeitraum 1996 ebenso zugenommen wie die Zahl der bei Alkoholunfällen Verunglückten. Die Zahl der Toten bei Trunkenheit ist gesunken. Die verstärkte Alkoholüberwachung durch Gendarmerie und Polizei wirkt sich weiterhin positiv auf die Verkehrssicherheit aus.

**Ostverkehr**

Der grenzüberschreitende Lkw-Verkehr bringt ein erhebliches Sicherheitsrisiko mit sich, dem durch besonders strenge Grenzkontrollen hinsichtlich des technischen Zustandes der Fahrzeuge begegnet wird. Die Kontrollen des Lkw-Verkehrs erfolgen bei Tag und bei Nacht. Diese Kontrollen gewährleisten eine ausreichende Erfassung des grenzüberschreitenden Schwerverkehrs.

**Lenkerprüfungen**

Mit dem Inkrafttreten des Führerscheingesetzes mit November 1997 ist es zu einer weitgehenden Umstellung der Organisation der Lenkerprüfung gekommen. Die Trennung der theoretischen computerunterstützten von der praktischen Lenkerprüfung wird notwendig sein. Nach Bestehen der theoretischen Prüfung wird an einem anderen Tag die praktische Prüfung abgenommen werden. Die vorgesehenen langen Fahrzei-

ten werden eine erhebliche Mehrbelastung der Lenkerprüfer mit sich bringen, auch wenn die Abnahme der theoretischen Prüfung wegfällt. Die Prüfungsfahrt, die auch auf Straßen mit starkem Verkehr stattzufinden hat, muß mindestens 25 Minuten für die Klassen A und B und mindestens 45 Minuten für die Klassen C, D und E dauern. In diese Zeiten ist die Zeitdauer für das Prüfen der Vorgangsweise bei der notwendigen Fahrzeugkontrolle vor Antritt der Fahrt und für die Fahrübungen (Umkehren, Rückwärtsfahren, Anfahren auf Steigungen, Einparken, Bremsübungen) nicht eingeschlossen.

3

**Fluglärm**

Auf Grund der immer wiederkehrenden Lärmbeschwerden, insbesondere wegen Fluglärmbelastungen durch startende und landende Flugzeuge, wurden 1997 von der Abteilung Besprechungen gemeinsam mit betroffenen Anrainern und den Haltern bestehender Flugplätze zur Verbesserung der Lärmsituation abgehalten.

Die bisher neu eingereichten Flugplatzprojekte werden insbesondere unter dem Gesichtspunkt Lärmschutz eingehend überprüft.

Eine Novellierung des Luftfahrtgesetzes und der Zivillflugplatzverordnung für die Ausgestaltung von Flugplätzen und im Hinblick auf eine Abstimmung mit den Bestimmungen des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes wäre dringend erforderlich.

**Ziele 1998**

Die Abteilung wird, so wie bisher, darauf bedacht sein, alle Möglichkeiten zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Wahrung des Umweltschutzes weiterhin auszuschöpfen.

Besondere Schwerpunkte für 1998:

- Gezielte Aktionen zur Senkung der Unfallzahlen, insbesondere zur Senkung der Alkoholunfälle (Planquadrate)
- Gezielte Aktion zur Überwachung des Schwerverkehrs, insbesondere des grenzüberschreitenden Lkw-Verkehrs
- Neuorganisation der Lenkerprüfung (Abkopplung der theoretischen Prüfung von der praktischen Prüfung, längere Fahrzeiten)
- Gezielte Maßnahmen zur Verminderung der Lärmbelastigung durch Flugplätze

**Statistik 1997**

**Kommissionstätigkeiten sowie Teilnahme an Besprechungen und Schulungen durch Bedienstete der Abteilung Verkehrsrecht**

Schienenbahnen:

42 Außendiensttage für 84 Projekte

Flugplätze:

26 Außendiensttage für 98 Projekte

Kraftfahrthlinien:

40 Außendiensttage für 67 Projekte

1 Außendiensttag für die Fahrplankonferenz

Fahrschulen:

2 Außendiensttage für 3 neue Fahrschulgenehmigungen

1 Außendiensttag für die Verlegung der Standorte von 2 Fahrschulen

172 Lenkerprüfungen,

4 Fahr(schul)lehrerprüfungen

1 Expertenkonferenz betreffend StVO an 2 Tagen

1 Expertenkonferenz betreffend KFG an 2 Tagen

1 Expertenkonferenz betreffend GGSt/ADR an 3 Tagen

1 Expertenkonferenz betreffend Seilbahnen an 2 Tagen

1 Expertenkonferenz betreffend EisbG an 2 Tagen

An 15 Tagen wurden 8 verschiedene Seminare besucht.

Sonstige Besprechungen außerhalb des Amtes: 59 Außendiensttage.

Büroverhandlungen: 84 Tage.

**Fahrschulwesen und Lenkerprüfungen**

Im Zeitraum vom 1. 1. bis 31. 12. 1997 sind insgesamt 1.915 Lenkerprüfungen angefallen. Dies bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1996 eine Abnahme um 34 Lenkerprüfungen (-1,74%).

Die Anzahl der Führerscheinkandidaten betrug hiebei 36.287, was einer Abnahme von 1.515 (-4,01%) entspricht.

Bei den Führerscheingruppen erfolgte eine Abnahme von 1.154 (-2,28%) auf 49.350.

Der Prozentsatz der Kandidaten, die die Lenkerprüfung nicht bestanden haben, betrug 32,90%. (Im Vergleich dazu betrug die Reprobationsquote im Jahre 1996 33,85%).

Die Zahl der Fahr(schul)lehrerprüfungen betrug im Zeitraum vom 1. 1. bis 31. 12. 1997 22 mit 84 Kandidaten und 146 Gruppen. Die Reprobationsquote betrug 39,72% (gegenüber 38,34% im Jahre 1996).

**Straßenpolizei**

Die Unfallstatistik für den Zeitraum 1. Jänner bis 30. September 1997 findet sich in untenstehender Übersicht:

An sportlichen Veranstaltungen auf Straßen wurden insgesamt 32 (26 radsportliche, 1 motorsportliche und 5 Laufveranstaltungen) genehmigt. Die Gesamtzahl entspricht der des Vorjahres.

**Luftfahrt**

1997 wurden 232 Bewilligungen für Luftfahrtveranstaltungen und Außenlandungen bzw. Außenabflüge erteilt, was eine Abnahme um 46 Bewilligungen bedeutet.

Unfallstatistik	1996	1997*	Abnahme
Unfälle mit Personenschaden	5.317	5.616	+299
Verunglückte	7.146	7.486	+340
Verkehrstote	212	237	+ 25
Unfälle durch Trunkenheit	375	406	+ 31
Verunglückte bei Trunkenheit	559	586	+ 27
Tote bei Trunkenheit	16	15	- 1

\* Jänner bis September

## Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten

Mit Wirksamkeit 1. Dezember 1992 wurde die Abteilung R/5, nunmehr Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten, neu eingerichtet. Der Aufgabenbereich umfaßt die Umsetzung und Weiterentwicklung des NÖ Landesverkehrskonzeptes sowie alle Angelegenheiten der Gesamtverkehrsplanung und der Verkehrsberatung.

### NÖ Landesverkehrskonzept

Bereits im Jahre 1975 wurde über Auftrag der NÖ Landesregierung ein Verkehrsraumordnungsprogramm für Niederösterreich erstellt. Dieses Vorhaben war damals beispielgebend in Österreich.

Auch der Bund begann 1980 ein Gesamtverkehrskonzept für Österreich auszuarbeiten, das nach den damaligen Vorstellungen in kurzer Zeit abgeschlossen werden sollte.

Leider konnte diese Zielsetzung erst 1991 verwirklicht werden. Ein darauf aufbauender Bundesverkehrswegeplan ist zwar in Arbeit, jedoch nicht abgeschlossen.

Das Land Niederösterreich entschloß sich deshalb im Jahr 1990, in Anbetracht des fehlenden Bundeskonzeptes ein eigenes Landesverkehrskonzept zu erstellen. Dies war umso dringender, als damals folgende wichtige verkehrsauslösende Aspekte zu berücksichtigen waren:

- Ernennung St. Pöltens zur NÖ Landeshauptstadt und gleichzeitige Förderung der Eigenständigkeit der Regionen
- Geplanter Beitritt Österreichs zur EG
- Öffnung der Nord- und Ostgrenzen
- Zunehmende Konfliktsituationen im Bereich Umwelt und Verkehr

Zur Erarbeitung dieses Landesverkehrskonzeptes wurde eine Projektgruppe für Gesamtverkehrsangelegenheiten eingerichtet, die diese Aufgabe bis 1991 bewältigte. Das NÖ Landesverkehrskonzept wurde von der NÖ Landesregierung am 11. Juli 1991 beschlossen.

Darin ist ausgehend vom verkehrspolitischen Leitbild „Vermeiden, Verlagern, Verbessern, Fördern“ eine Vielzahl konkreter Maßnahmen mit klaren Prioritäten für alle Bereiche des Verkehrswesens enthalten. Viele dieser Maßnahmen konnten mittlerweile realisiert werden, einige befinden sich in Umsetzung, andere erst in einer konzeptiven Phase. Bereits damals war vorgesehen, das Landesverkehrskonzept nach 5 bis 6 Jahren zu überarbeiten und der Entwicklung anzupassen. Die Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten hat daher Mitte 1995 mit der Erarbeitung der Grundlagen für die verkehrsrelevanten

Einflußgrößen (Bevölkerungsentwicklung, Motorisierung, Verkehrsaufkommen, Verkehrssicherheit etc.) begonnen. Im Rahmen von 4 Facharbeitskreisen sowie 9 regionalen Diskussionsrunden wurden die Ergebnisse mit Fachleuten, den Interessenvertretungen sowie den Landes- und Gemeindepolitikern diskutiert. Das Ergebnis dieser Arbeiten lag als Entwurf '96 des NÖ Landesverkehrskonzeptes 1997 vor.

Dieser Entwurf stand in einem umfassenden Abstimmungsprozeß zur Diskussion. Die abgegebenen Stellungnahmen wurden nach einer fachlichen Beurteilung durch die Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten soweit als möglich eingearbeitet. Das überarbeitete Landesverkehrskonzept 1997 wurde am 7. Oktober 1997 von der NÖ Landesregierung beschlossen und bildet seither den neuesten verkehrspolitischen Handlungsrahmen des Landes Niederösterreich.

Um spezifische Fachthemen umfassender darstellen zu können, wurde seit 1990 ergänzend eine eigene Schriftenreihe aufgelegt.

Bisher sind folgende Hefte erschienen:  
Heft 1: Ausgangslage, Entwicklung, Leitbild

Heft 2: Park-and-Ride

Heft 3: Verkehrsberuhigung

Heft 4: Verkehrsverbünde.

NÖ -Landesverkehrskonzept, Entwurf

Heft 5: Umweltgerechter Straßenbetrieb.

NÖ Landesverkehrskonzept, Kurzfassung und Langfassung

Heft 6: Verkehrssicherheit

Heft 7: Schifffahrtskonzept

Heft 8: Flugverkehrskonzept

Heft 9: Verkehrssteuerung

Heft 10: Güterverkehr

Heft 11: Chancen für Elektrofahrzeuge

Heft 12: Dokumentation Ortsverkehre

Heft 13: Anruf-Sammel-Taxis für den öffentlichen Verkehr in der Region

NÖ Landesverkehrskonzept, Entwurf 96

Heft 14: Gestaltung untergeordneter Straßen – Weniger ist mehr

NÖ-Landesverkehrskonzept 1997

Die Hefte der Schriftenreihe sowie das NÖ-Landesverkehrskonzept 1997 sind über die Kanzlei der Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten gegen Kostenersatz in 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16, Tel.: 0 27 42/2000 DW 4230, zu beziehen.

### Öffentlicher Verkehr

#### Viergleisiger Ausbau der Westbahn

Der durchgehende 4gleisige Ausbau der Westbahn in Niederösterreich ist deshalb notwendig, da die bestehende

Westbahn ausgelastet ist und eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie eine Verlagerung von Gütern auf die Bahn nur durch eine Kapazitätsausweitung möglich ist.

Der Streckenabschnitt Umfahrung Krummußbaum – Säusenstein ist bereits im Betrieb. Die Umfahrung Melk, sowie die Abschnitte Haag – St. Valentin, Sarling – Ybbs und St. Pölten – Prinzersdorf befinden sich derzeit in Bau. Die Umfahrung von Loosdorf steht vor Baubeginn. Alle übrigen Abschnitte der Westbahn in Niederösterreich befinden sich in fortgeschrittenen Planungsphasen. Für die Güterzugumfahrung St. Pölten sowie den Abschnitt Wien – St. Pölten läuft die Umweltverträglichkeitsprüfung.

#### Schnellbusse nach St. Pölten

Zur besseren Integration der Landeshauptstadt St. Pölten in das öffentliche Verkehrsnetz und damit zur besseren Erreichbarkeit aus den Landesvierteln wurden insgesamt 11 Schnellverkehrslinien eingerichtet. Diese „Wiesel-Busse“ stellen aus vielen Regionen das Rückgrat der ÖV-Verbindung dar und erfreuen sich ständig steigender Beliebtheit und Auslastung.

#### Nahverkehrsausbau

Zur Attraktivierung des niederösterreichischen Schienennahverkehrs werden folgende Projekte vorrangig verfolgt:

- Ausbau der Schnellbahnlinie S 2 (Wien – Wolkersdorf – Mistelbach – Laa/Thaya)
- S 7 (Flughafenschnellbahn Wien – Flughafen – Wolfsthal – Verlängerung nach Bratislava)
- 2gleisiger Ausbau der Pottendorfer Linie zwischen Wampersdorf und Meidling
- Bahnverbindung Krems – St. Pölten – Lilienfeld (NÖ Zentralraum)

Für die Bahnlinien S 2 und die Bahnstrecke Krems – St. Pölten – Lilienfeld wurden von der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten gemeinsam mit den ÖBB sowie in enger Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden grundsätzliche Studien durchgeführt, die als Grundlage für den Abschluß entsprechender Verträge mit dem Bund für den Ausbau dienen. Für die S 2 ist ein Vertrag bereits ausverhandelt.

Darüber hinaus wird seit 1996 unter der Federführung der ÖBB unter Beteiligung des Bundes und der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland ein neues Schnellbahnkonzept für die Ostregion erarbeitet. Damit soll sichergestellt werden, daß Schnellbahnnetz und -betrieb langfristig den räumlichen und verkehrlichen Anforderungen entsprechen und alle notwendigen Ausbau-

vorhaben sich an diesem Konzept orientieren. Der Abschluß der Arbeiten ist für das Jahr 1998 geplant.

### Regionalbahnen (Nebenbahnen)

Am 20. Juni 1996 wurde zwischen dem Land Niederösterreich und den Österreichischen Bundesbahnen ein Regionalbahn-Verkehrsdienstvertrag abgeschlossen, der langfristig die Sicherung der bestehenden Regionalbahnen ermöglicht.

### Regionalverkehr auf Hauptbahnen

Ebenfalls am 20. Juni 1996 wurde zwischen dem Land Niederösterreich und den ÖBB ein Vertrag unterzeichnet, der langfristig den Regionalverkehr auf den Hauptbahnen in Niederösterreich gewährleistet. Vertragsgegenstand ist auch die Anschaffung von 120 Doppelstockwaggons, von denen die ersten auf der Südbahn bereits im Einsatz stehen. Mit dieser Maßnahme konnte kurzfristig eine Erhöhung der Kapazität und der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs in Niederösterreich erreicht werden.

### Sicherung der Bahn-Infrastruktur in Niederösterreich

Am 26. Juni 1996 wurde zwischen dem Land Niederösterreich und dem Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst ein Vertrag über die langfristige Sicherung der Bahn-Infrastruktur in Niederösterreich abgeschlossen um die Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen schienengebundenen Personennahverkehrs sicherzustellen.

### NÖ Nahverkehrsfinanzierungsprogramm

Diese Förderung ermöglicht es, den Gemeinden bei der Organisation bzw. Verbesserung des öffentlichen Verkehrs Hilfestellung zu gewähren. So wurden im Jahre 1997 im Rahmen dieses Finanzierungsprogrammes beispielsweise folgende Maßnahmen gefördert:

- Betriebliche Maßnahmen:
  - Linienverlängerungen oder -verdichtungen
  - Alternative Bedienungsformen
- Linienverbesserungen in Gablitz, Kirchsschlag, Perchtoldsdorf, Raach/Hochgebirge und Wolfsthal
- Citybus in St. Pölten, Waidhofen/Ybbs und Wolkersdorf
- Anruf-Sammel-Taxi in St. Pölten
- Rufbus Mödling

### Park-and-Ride

Derzeit bestehen in Niederösterreich rund 19.500 Stellplätze für Pkw an mehr als 300 Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel. Ebensoviele Stellplätze stehen für Zweiräder zur Verfügung.

Um den kurz- bis mittelfristigen Bedarf an Park-and-Ride-Stellplätzen abdecken zu können, ist es notwendig, in den nächsten 10 Jahren rund 20.000 Pkw-Stellplätze zu errichten. Im Dezember 1994 konnte ein Übereinkommen zwischen Niederösterreich und dem Bund abgeschlossen werden, das die Finanzierung dieser dringend benötigten Anlagen regelt. Eine Reihe von Anlagen befindet sich daher in Vorbereitung. Fertiggestellt werden konnten die Anlagen in Baden, Ebenfurth, Ziersdorf, Herzogenburg etc.

### Verkehrsverbünde

Seit 1. Jänner 1992 sind in Niederösterreich flächendeckend Verkehrsverbünde eingerichtet:

- Verkehrsverbund Ost-Region (VOR)
- Verkehrsverbund Nördliches Weinviertel (NWV)
- Verkehrsverbund Waldviertel (WVV)
- Verkehrsverbund NÖ Zentral/Mostviertel (ZMV)
- Verkehrsverbund NÖ Süd/Burgenland Mitte (NBV)

Aufgrund der Vorarbeiten der Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten konnten die Verkehrsleistungen und die Einnahmen in den regionalen Verkehrsverbänden jeweils in einen „Pool“ zusammengeführt werden (Poolung). Dadurch wird es möglich, das Verkehrsangebot auszuweiten und attraktiver zu gestalten. Beispielsweise konnten Werksverkehre in öffentliche Linien übergeführt werden (Wein- und Industrieviertel), Stadtverkehre ausgeweitet werden (Krems, St. Pölten) und in Regionalen Konzepten neue Angebote geschaffen werden (z. B. Linienverkehr nach Rohr/Gebirge).

### Straßenverkehr

Bei Ausbaumaßnahmen des Straßennetzes ist die Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten in beratender Form projektbegleitend tätig. Nachdem die Ausbaumaßnahmen im NÖ Landesverkehrskonzept festgelegt sind, bezieht sich die Tätigkeit der Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten auf gesamtverkehrliche Koordinierung. Dazu zählen beispielsweise die Planungen im Zusammenhang mit einer Südumfahrung von Wien sowie die Planung der Verkehrsinfrastruktur zwischen Bratislava und Wien.

### Güterverkehrszentren/Güterterminals

Über Initiative der Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten wurde im Rahmen der PGO eine Studie über die Notwendigkeit und das Ausmaß von Güterterminals bzw. Güterverkehrszentren in der Ost-Region erstellt. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, mehrere dezentrale Anlagen vorzusehen. Neben Inzersdorf – Hengersdorf kommen dafür die Räume Guntramsdorf, Wien-Albern und Süßenbrunn – Deutsch Wagram in Betracht.

### Schifffahrt und Flugverkehr

1992 wurde das NÖ Landesverkehrskonzept in den Bereichen Schifffahrt und Flugverkehr durch eigene Sachbereichskonzepte ergänzt. Die inhaltliche Aktualisierung dieser beiden Konzepte erfolgte im NÖ-Landesverkehrskonzept 1997.

### Planungsgemeinschaft Ost

In den letzten Jahren wurden im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost mehrere verkehrsträgerübergreifende Untersuchungen durchgeführt. Zu nennen ist das Verkehrskonzept für den Südraum von Wien, das bereits 1994 abgeschlossen wurde, und das derzeit in Bearbeitung befindliche Konzept für den Nordostraum von Wien. In diesem Zusammenhang erfolgt durch die Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten die verkehrliche Fachkoordination.

### NÖ Verkehrsberatung

Innerhalb der Abteilung wurde im April 1995 diese Ansprech- und Servicestelle bei Verkehrsproblemen vor allem für die NÖ Gemeinden geschaffen. Die Hauptaufgabe ist die Verkehrsberatung, vor allem als Entscheidungshilfe und Argumentationshilfe für die Bürgermeister. Schwerpunkte der Verkehrsberatung sind: Verkehrskonzepte; Verkehrsberuhigung; Attraktivierungsmaßnahmen für den öffentlichen Verkehr; Parkraumorganisation; Attraktivierung des nichtmotorisierten Individualverkehrs, Flächenwidmungen, Schulwegprobleme und die Neuorganisation von Verkehrsflächen. Weitere Tätigkeitsfelder sind die Information über Fachthemen und Koordination mit den beteiligten Dienststellen des Landes, Bundesdienststellen und weiteren Institutionen. Die NÖ Verkehrsberatung ist im Haus 16, Zimmer 120, und unter der DW 4047 erreichbar.

### Krankenanstalten

#### Ausbau der Krankenanstalten

Der Ausbau der Krankenanstalten wurde 1997 fortgesetzt. Von der Sanitätsdirektion waren dabei regelmäßig folgende Angelegenheiten zu besorgen:

- Medizinische Beratung bei der Planung, beim Bau und bei der medizinisch-technischen Ausstattung
  - Mitwirkung in Baubehörden für die Ausbauprojekte in den öffentlichen Krankenanstalten
  - Bestellung von Sachverständigen für die Durchführung behördlicher Verfahren nach dem Krankenanstaltengesetz
- Von den 27 öffentlichen Krankenanstalten im Land Niederösterreich waren es im Jahre 1997 nur wenige Spitäler, bei denen weder Planungsarbeiten noch Bautätigkeiten zu verrichten waren.

Der Ausbau der flächendeckenden Versorgung Niederösterreichs mit Computertomographen (CT) in Gmünd, Scheibbs, Lilienfeld, Tulln und Waidhofen/Ybbs und mit Magnetresonanztomographen (MRT) in Mistelbach und Krems wurde vorangetrieben.

Die Computertomographie und die Magnetresonanztomographie sind moderne technische Möglichkeiten in der Radiologie, mit bildgebenden Verfahren die Grenzen der konventionellen Röntgenuntersuchungen zu überschreiten und Körperschnittbilder von hoher Detailerkennbarkeit anzufertigen.

Derzeit sind CTs in den Krankenhäusern Amstetten, Baden, Horn, Krems, Mistelbach, Mödling, Neunkirchen, Scheibbs, St. Pölten, Tulln, Wiener Neustadt, Waidhofen/Ybbs und Zwettl sowie in den beiden Landesnervenkliniken stationär in Betrieb. Da der privat betriebene Mobil-CT seinen Betrieb eingestellt hat, werden zukünftig auch die restlichen Krankenanstalten mit CTs ausgerüstet werden müssen.

Kernspintomographen gibt es derzeit in der Landesnervenklinik Mauer, in St. Pölten und Wiener Neustadt. Konkrete Überlegungen bestehen für die Landesnervenklinik Gugging und das Schwerpunktkrankenhaus Horn. In Mistelbach wird eine MR-anlage derzeit errichtet.

#### Strahlentherapie im KH Wiener Neustadt

Seit Oktober 1997 werden in der ersten Strahlentherapie-Abteilung des Landes Niederösterreich Patienten behandelt. Diese Abteilung wurde in einer länderübergreifenden Form durch Niederösterreich und das Burgenland um 450 Mio. S gemeinsam errichtet und soll die

dringend notwendigen Engpässe in der zeitgemäßen Behandlung von Krebspatienten beseitigen helfen. Diese neue Abteilung soll stufenweise in Betrieb genommen werden, der Vollbetrieb mit der 32-Betten-Station beginnt im Jänner 1998.

Mittlerweile hat auch die vorausschauende Personalpolitik ihre Früchte getragen: Elf der sechzehn frischgebackenen AbsolventInnen der RTA-Akademie konnten in der neuen Abteilung einen interessanten Arbeitsplatz finden. Somit kann das KH Wiener Neustadt ab 1998 eine weitere medizinische Spitzenleistung zum Wohle der niederösterreichischen Patienten anbieten.

Um eine flächendeckende Versorgung aller niederösterreichischen Patienten zu garantieren, wird entweder ein Neubau einer zweiten Abteilung im niederösterreichischen Zentralraum oder eine Kooperation mit den Strahlentherapiezentren in Wien und Linz notwendig werden.

#### Fertigstellung des Landeskrankenhauses in Grimmenstein

Genau im Zeitplan liegt der Baufortschritt des Landeskrankenhauses in Grimmenstein. Mit dem Betriebsbeginn Mai 1998 werden dort eine Abteilung für Lungenkrankheiten, eine neurologische Station zur Behandlung von Multiple-Sklerose-Patienten, eine Nachbehandlungsstation für Patienten nach orthopädischen Operationen sowie ein Landespflegeheim zur Verfügung stehen. Jüngsten Datums sind Kooperationsverhandlungen mit dem nahegelegenen Rehabilitationszentrum Hohegg zur Übernahme von Patienten mit Lungenkrankheiten. Insgesamt wurden für den Neubau dieses den modernsten Erkenntnissen der Medizin und Pflege entsprechenden Krankenhauses 650 Mio. S investiert.

#### Niederösterreichischer Psychiatrieplan: Die Umsetzung beginnt

Der Psychiatrieplan, der auf eine vermehrte Gemeindenähe und eine Forcierung des extramuralen Bereiches der psychiatrischen Versorgung abzielt, soll nun in die Praxis umgesetzt werden. Die stationären Einrichtungen (Abteilungen für Psychiatrie) soll es in Hinkunft nicht mehr nur noch in den beiden Landesnervenkliniken in Gugging und Mauer geben, sondern zusätzlich an fünf weiteren Krankenhaus-Standorten

in Niederösterreich. Auf diese Weise werden sieben Psychiatrieregionen für jeweils 150.000 bis 300.000 Einwohner installiert.

In der Krankenanstalt Hollabrunn ging am 1. 1. 1998 eine Abteilung für Sozialpsychiatrie in Betrieb. In Neunkirchen und Waidhofen/Thaya ist die Schaffung von neuen Abteilungen praktisch fix, in anderen Regionen gibt es Vorgespräche.

#### Medizinisches Zentrum Gänserndorf (MZG)

Ein langgehegter Wunsch der Gänserndorfer Bevölkerung steht vor der Realisierung. Allerdings wird kein neues Krankenhaus gebaut, sondern eine Einrichtung zur 24-Stunden-Versorgung unfallchirurgischer Patienten, eine tagesklinische Station zur Erbringung von operativen Leistungen und eine ärztliche Versorgung für die Nachtstunden. Daneben sollen auch eine (unfall-)chirurgische Nachsorge-Einheit sowie eine Chemotherapie-Station dazu beitragen, der Bevölkerung lange Anfahrtswege nach Mistelbach oder Wien zu ersparen. Um eine gewisse Kontinuität der Behandlung zu gewährleisten, sollen vor allem engagierte Ärzte des KH Mistelbach die Betreuung im MZG übernehmen. Das Projekt ist mit 130 Mio. S veranschlagt und soll in drei bis vier Jahren den Betrieb aufnehmen.

#### Schlaganfall-Überwachungsstation in Gugging eröffnet

In Niederösterreich sterben jährlich etwa 2000 Menschen an den Folgen eines Schlaganfalles, tausende erleiden schwere Behinderungen. Wie bei kaum einer anderen Erkrankung hängt das Schicksal eines Schlaganfallpatienten von der Qualität der Behandlung in den ersten Stunden ab. Die Einrichtung einer „Stroke unit“, wie eine Schlaganfallstation auch genannt wird, soll dazu beitragen, daß derartige Patienten von speziell geschulten Ärzten und Pflegepersonal unter Zuhilfenahme modernster Medizintechnik schnell und richtig behandelt werden können.

#### Neue Form der Spitalsfinanzierung

Mit 1. Jänner 1997 wird in ganz Österreich die Abrechnung der medizinischen Leistungen, welche in Krankenanstalten erbracht werden, nach einem

neuen System vorgenommen (LKF, leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung). Dieses neue System bewertet nicht mehr wie bisher die Liegedauer der Patienten in Form von sogenannten Tagespauschalen, sondern versucht, die tatsächlich am Patienten erbrachten Leistungen mit einem Codiersystem zu erfassen und mit einem Punktesystem finanziell zu bewerten. Für die Abwicklung der damit verbundenen Verrechnung wurden sämtliche bisherigen Finanziers in einen einzigen Landes-Finanztopf zusammengefaßt, der von einem Ende Dezember im NÖ Landtag beschlossenen Niederösterreichischen Gesundheits- und Sozialfonds (NÖGUS) verwaltet wird.

### Notarztrettungsdienst

Das sogenannte integrierte Notarztrettungssystem, bestehend aus Notarztwagen, Notarzt-Hubschrauber und Rendezvoussystem mit praktischen Ärzten, ist seit Ende der siebziger Jahre in verschiedenen Ländern Europas und auch in Österreich als unbedingt notwendige Einrichtung zur Erhaltung des Lebens und zur rascheren Wiederherstellung akut Erkrankter und Schwerverletzter anerkannt.

Für einen flächendeckenden integrierten Notarztrettungsdienst sind grundsätzlich drei Notarztrettungssysteme notwendig, die sich reibungslos ergänzen und unterstützen müssen, und zwar

- das Notarztwagensystem,
  - das Notarzt-Hubschraubersystem und
  - das Notarzt-Rendezvoussystem mit niedergelassenen praktischen Ärzten.
- Der Notarzt-Hubschrauberdienst besteht bereits seit 1983 bzw. 1984 in Niederösterreich mit den Standorten Krems und Wiener Neustadt. Hier wird der Betrieb durch den ÖAMTC und das Rote Kreuz durchgeführt. Seit Mitte 1992 wird für das Weinviertel ein Hubschrauber vom Bundesministerium für Inneres in Kooperation mit der Wiener Rettung und Standort in Wien betrieben. Die Kosten werden von Niederösterreich und Wien geteilt.

Für die flächendeckende Versorgung der niederösterreichischen Bevölkerung sind insgesamt 24 Standorte für den Notarztwagendienst, dessen effizienter Aktionsradius im Durchschnitt mit 15 km begrenzt ist, nötig.

Der Notarztwagendienst wurde in den Städten Amstetten, Baden, Hainburg, Gmünd, Klosterneuburg, Hollabrunn, Horn, Korneuburg, Krems, Lilienfeld, Melk, Mistelbach, Mödling, Neunkirchen, Purkersdorf, St. Pölten, Scheibbs, Tulln, Waidhofen/Thaya, Waidhofen/Ybbs, Wiener Neustadt und Zwettl in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Krankenhaus, in Gänserndorf und Schwechat in Zusammenarbeit mit einem Ver-

ein niedergelassener Ärzte im Rendezvoussystem eingerichtet. Damit verfügt Niederösterreich über ein fast lückenloses Netz an Notarztwagen. Um einen klaglosen und gesetzeskonformen Betrieb des Notarztwagendienstes sicherzustellen, wurde das Stammpersonal der Krankenanstalten, die Standorte eines Notarztwagens sind, aufgestockt. Die Finanzierung der Ärzte erfolgt durch die Bereitstellung von Landesmitteln.

## Krankenpflegepersonal

### Krankenpflegefachdienst

Im Bundesland Niederösterreich sind nunmehr zur Ausbildung im Krankenpflegefachdienst

- 17 Allgemeine Krankenpflegesschulen, wobei an drei Standorten dieser Schulen auch die Ausbildung in der Kinderkranken- und Säuglingspflege möglich ist,
- sowie 2 NÖ Ausbildungsstätten für die Sparte der psychiatrischen Krankenpflege eingerichtet.

Der Schulversuch für die Krankenpflegeausbildung „Modell Kolleg Gesundheits- und Krankenpflege Krems“ (für Maturanten) hat im Juni 1997 den 2. Jahrgang 1995/97 mit dem Diplom abgeschlossen.

### Sonderausbildungs-Spezialisierung für den Krankenpflegefachdienst

- An der Akademie für höhere Fortbildung in der Pflege am a. ö. Landeskrankenhaus Mödling – nunmehr NÖ Landesakademie Höhere Fortbildung in der Pflege:

- Abschluß eines Hochschullehrganges für lehrendes Krankenpflegepersonal
- Abschluß eines Hochschullehrganges für leitendes Krankenpflegepersonal
- Abschluß von drei Sonderausbildungslehrgängen für Stationsführung
- Abschluß von zwei Sonderausbildungslehrgängen für Hygienefachkräfte

- An der Krankenpflegeschule am a. ö. Krankenhaus der Landeshauptstadt St. Pölten: Abschluß eines Sonderausbildungslehrganges für Stationsführung
- An der Krankenpflegeschule am a. ö. Krankenhaus Amstetten: Abschluß eines Lehrganges für Intensivpflege
- An der Krankenpflegeschule am a. ö. Krankenhaus Mistelbach: Abschluß eines Lehrganges für Intensivpflege
- An der Krankenpflegeschule am a. ö. Krankenhaus Wiener Neustadt: Beginn eines Lehrganges für den OP-Fachdienst

## Pflegehelfer

### Aufschulungen

Die auf Grund der Pflegehelfer-Verordnung zwingend vorzunehmenden Aufschulungen von Stationsgehilfinnen zum/zur Pflegehelfer/in wurden an den genehmigten Schulungsstandorten wahrgenommen.

### Pflegehelferausbildungen

An den NÖ Krankenpflegesschulen und an den NÖ Krankenhäusern wurden keine Pflegehelferausbildungen vorgenommen.

### Laufende Pflegehelfer- und Altenhelferausbildung

- Bundesfachschule Horn
- Bundesfachschule Mistelbach
- HBLA Biedermannsdorf
- HBLA St. Pölten
- Caritas Wiener Neustadt
- Caritas St. Pölten
- Fachschule Gmünd
- Fachschule Haag
- Fachschule Gaming
- Fachschule St. Valentin

### Sanitätshilfsdienste

An den bewilligten Ausbildungseinrichtungen im Krankenhausbereich wurden gemäß des Bedarfes die erforderlichen Sparten von Sanitätshilfsdiensten ausgebildet, zusätzlich:

- am Institut für Physikalische Medizin, Prim. DDr. Kern, St. Pölten, Heilmasseur, Ordinationsgehilfen,
- an der Gesundheitsschule, Prim. Dr. Pschill, Wiener Neustadt, Heilmasseur,
- an der Zentralschule des Österreichischen Roten Kreuzes, Sanitätsgehilfen,
- am Institut DUNGL/Heilmasseur

### Ausbildung der medizinisch-technischen Dienste

Da es für niederösterreichische Bewerber immer schwieriger wird, in Akademien für die gehobenen medizinisch-technischen Dienste unterzukommen, war es erforderlich, im Land Niederösterreich mehrere eigene Akademien zu gründen, um den noch immer dringenden Bedarf abdecken zu können. Derzeit gibt es in Niederösterreich folgende Akademien:

- St. Pölten: Akademie für den physiotherapeutischen Dienst, Akademie für den Diätendienst
  - Wiener Neustadt: Akademie für den radiologisch-technischen Dienst
  - Baden: Akademie für den ergotherapeutischen Dienst
  - Mistelbach: Hebammenakademie, Logopädisch-phoniatrisch-audiometrischen Dienst (in Zusammenarbeit mit der Akademie am AKH in Wien)
- Weitere Akademien für den physiotherapeutischen Dienst, medizinisch-technischen

Dienst und logopädisch-phoniatrisch-audiometrischen Dienst sind teils in Planung, teils in Überlegung.

## Landessanitätsrat für Niederösterreich

Dem Landessanitätsrat für Niederösterreich gehören 9 ordentliche und 21 außerordentliche Mitglieder an. Der Landessanitätsrat für Niederösterreich hat 1997 folgende Ansuchen behandelt bzw. Gutachten abgegeben:

Ansuchen um Besetzung von Leiterstellen an Krankenanstalten	2
Ansuchen um Besetzung von Abteilungsleiterstellen an Krankenanstalten	10
Ansuchen um Besetzung von Konsiliarfacharztstellen an Krankenanstalten	9
Ansuchen um sanitätsbehördliche Genehmigung zur Errichtung von neuen Abteilungen, Instituten an Krankenanstalten, Erweiterungsbauten, Zubauten, Adaptierungen in Krankenanstalten bzw. Ambulatorien (auch Privatkrankenanstalten); Ansuchen um sanitätsbehördliche Errichtungs- und Betriebsbewilligung von Krankenanstalten	40
Ansuchen gesamt	61
Grundsatzreferate	2

## Vorsorgemedizin

### Mutterberatung und Säuglingsfürsorge

Die 1996 begonnene „Neuorientierung der Mutterberatung“ wurde weitergeführt. Die Arbeitsgruppen haben Zwischenergebnisse vorgelegt. Eine Fragebogenstudie, das Leitbild und andere Themen wurden erarbeitet und wurden im Jänner 1998 im Rahmen einer Arbeitstagung präsentiert. Die Ergebnisse wurden in den NÖ Schriften Nr. 105 unter dem Titel „Mutterberatung NEU“ veröffentlicht.

Geburten und Beratungen 1997	
Geburten	15.228
Beratungen	56.208
davon erstmalig	7.370
Beratungstage	6.301
Beratungsstellen	505
davon fahrend	184

### Bevölkerungsstatistik und Säuglingssterblichkeit

Nach den vorläufigen Zahlen des statistischen Zentralamtes betrug die Säuglingssterblichkeit bei 15.228 Geburten 1997 4,4 Promille (Bundesdurchschnitt 4,7 Promille). Die Vorjahreszahl betrug für Niederösterreich 4,5 Promille.

## Seh- und Hörtestaktion

Die seit 1978 bestehende Seh- und Hörtestaktion in niederösterreichischen Kindergärten für eingeschriebene und nicht eingeschriebene Kinder wurde fortgesetzt. Im Kindergartenjahr 1996/97 wurden im Rahmen des Sehtests 21.879 Kinder untersucht. Bei 2.492 Kindern (11,4%) wurden Auffälligkeiten festgestellt. Im Rahmen des Hörtests wurden 12.768 Kinder untersucht. Bei 1.287 Kindern (10,1%) wurden Auffälligkeiten festgestellt. Die Eltern werden schriftlich über die bei ihren Kindern festgestellten Auffälligkeiten informiert und aufgefordert, das Kind einem Facharzt vorzustellen.

### Kariesprophylaxe in Kindergärten

Im Rahmen dieser Aktion wurden im Kindergartenjahr 1996/97 3.835 Kinder betreut. 49,54% wiesen ein kariesfreies Gebiß auf, und somit ist das Ziel der Weltgesundheitsorganisation für das Jahr 2000: 50% kariesfreie Gebisse bei den 6jährigen knapp erreicht.

### Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs im Rahmen eines stationären Krankenhausaufenthaltes

Für jede Frau, die in einem niederösterreichischen Krankenhaus auf einer anderen Abteilung als einer gynäkologischen (da die routinemäßige Abstrichuntersuchung dort über die Sozialversicherungsträger verrechnet wird) stationär aufgenommen ist, besteht die Möglichkeit, im Rahmen dieses Spitalsaufenthaltes einen sog. Krebsabstrich vornehmen zu lassen. Die Kosten für die zytologische Auswertung und Befunderstellung werden von der NÖ Landessanitätsdirektion getragen. 1997 machten 10.151 Frauen von diesem Angebot Gebrauch. 390 (3,8%) der Befunde waren positiv und bedurften einer weiteren medizinischen Abklärung.

### Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs und Brustkrebs

Dieses Arbeitsprogramm wurde 1989 in den Bezirken Gänserndorf und Mistelbach als Pilotprojekt begonnen und auf Grund des Erfolges später auf das gesamte Weinviertel (KH Mistelbach, Hollabrunn, Hainburg, Niedergelassene Fachärzte und praktische Ärzte) ausgedehnt.

Eine Konsequenz aus der Studie stellt die Notwendigkeit dar, insbesondere Frauen über 35 und im speziellen jenseits des 60. Lebensjahres über die Notwendigkeit aufzuklären und zur Teilnahme zu motivieren.

## Statistik 1997

### Öffentliche Schutzimpfungen

Impfjahr 1997

Anzahl der durchgeführten Impfungen	
Diphtherie-Tetanus für Erwachsene	27.171
Röteln der Wöchnerinnen	1.636
Röteln der 13jährigen Mädchen	6.212
Masern-Mumps-Röteln (14. Lebensmonat)	12.260
Masern-Mumps-Röteln (7. Lebensjahr)	11.495
Polio-Oral 1996/97	96.249
Polio-Salk	24

### Amtsärztliche Untersuchungen und Gutachten der Abteilung Gesundheitswesen

Amtsärztliche Untersuchungen	364
davon	
Aufnahmeuntersuchungen	31
Dienstfähigkeitsuntersuchungen	33
Erwerbsfähigkeitsminderung als Zivilversehrter	76
Untersuchungen bez. Pflegegeld	59
Nachsicht von der Ablegung der Meisterprüfung	0
Pragmatisierungen	82
Unkündbarstellungen	9
Schiffsführeruntersuchungen (Gruppe A und B)	1
Untersuchungen bez. der Ablegung der Kanzeiprüfung	0
Untersuchungen zwecks Erstellung von Amtssachverständigen-Gutachten bzw. Stellungnahmen betr. Kfz-Lenker im Berufungsverfahren über Auftrag der Abteilung Verkehrsrecht*	65
Untersuchungen zwecks Erstellung von Amtssachverständigen-Gutachten betreffend Waffenpaßangelegenheiten im Berufungsverfahren	1
Amtssachverständigen-Gutachten Stellungnahmen, Ergänzungen (Abteilung Verkehrsrecht)	143
Überbegutachtungen (Stellungnahmen) von amtsärztlichen Zeugnissen von Bezirkshauptmannschaften und Magistraten über Auftrag der Abteilung Personalangelegenheiten	7
Gutachtliche Stellungnahmen über Ersuchen einzelner Abteilungen, vor allem für die Abteilungen Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt, nach dem Sozialhilfegesetz, Blindenbeihilfengesetz und Kriegsopferversorgungsgesetz	26
Erste-Hilfe-Leistungen	64
	14

\* Den Berufungswerbern war in der I. Instanz zum Großteil die Lenkerberechtigung wegen Alkoholmißbrauches entzogen worden. In geringem Umfang befanden sich unter diesen Führerscheinwerbern alte Menschen, die im Straßenverkehr auffällig geworden waren und denen auf Grund einer nachfolgenden Untersuchung beim Kuratorium für Verkehrssicherheit die Lenkerberechtigung entzogen worden war.

### Anzeigen wegen Übertretung des Suchtgiftgesetzes

Von der Erhebungsabteilung des Landesgendarmierkommandos wurde kein Fall wegen Übertretung des Suchtgiftgesetzes angezeigt, von den Krankenanstalten wurde 1 Suchtgiftmeldung abgegeben.

### Sanitäre Überwachung von Geschlechtskrankheiten

Die Zahl der gemeldeten Gonorrhö-Erkrankungen betrug 28, jene der gemeldeten Lues-Erkrankungen 10.

### Plasmapheresestation in Niederösterreich

In der Stadt Wiener Neustadt wurden an der Plasmapheresestelle 582 Spender vermerkt.

3

## Abteilung Umwelthygiene

### Trinkwasserkontrolle

#### Öffentliche Trinkwasserversorgungsanlagen

Die Abteilung Umwelthygiene ist für die amtliche Trinkwasserkontrolle in Niederösterreich nach den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen zuständig. Beim Endlosprodukt „Lebensmittel Trinkwasser“, welches rund um die Uhr großräumig konsumiert wird, ist eine laufende automatische Registrierung der Qualität mit wenigen Ausnahmen (z. B. laufende Registrierung der Leitfähigkeit des Wassers) nicht möglich, so daß die periodisch durchgeführten Wasseruntersuchungen, deren Ergebnisse Tage später vorliegen, nur einen Momentzustand erfassen.

Daher liegt bei der Trinkwasser-Kontrolle der Schwerpunkt der amtlichen Kontrolle in der vorausschauenden Überprüfung der vorgelegten Unterlagen, wie Kontrolle der Betriebstagebücher, Kontrolle der vorgelegten Unterlagen betreffend Bescheidaufgaben, Kontrolle der übermittelten Befundergebnisse, Prüfungsberichte betreffend Orts- und Anlagenbesichtigungen, Berichte von Gemeinden, Gewässeraufsichtsorganen usw. Alleine diese vorausschauende Kontrolle in Zusammenhalt mit den Orts- und Anlagenbesichtigungen geben den Trinkwasser-Kontrollorganen die Möglichkeit rechtzeitig schädliche Veränderungen des Wassers (Wasserversorgungsanlagen), also die potentielle Gefahr einer Trinkwasserverseuchung zu erkennen. Die Ergebnisse der Untersuchungsbefunde haben daher im Zusammenhalt mit den Ergebnissen der Anlagenbesichtigungen vor allem zu bestätigen, ob die getroffene Vorsorge für den Verunreinigungsschutz richtig war und sich auch nach menschlichem Ermessen in Zukunft bewähren wird.

Der Schwerpunkt der amtlichen Trinkwasser-Kontrolle liegt somit nicht in der Probenziehung, sondern in der vorausschauenden Gesamtüberprüfung einer Wasserversorgungsanlage und im Erkennen von potentiellen „Verunreinigungsquellen“, welche auf Anlagengebrechen hinweisen, aber auch auf Ver-

unreinigungen der Schutzgebiete und Wasserfassungen, auf Rohrbrüche, undichte Behälter, Gebrechen von Aufbereitungsanlagen usw. Da sich Anlagenteile, insbesondere bei größeren Trinkwasserversorgungsanlagen, auf weite Gebiete erstrecken und in verschiedenen Regionen situiert sind, und darüber hinaus sich zunehmend eine intensive Netzverquickung durch Zusammenschlüsse entwickelt, sind diese Kontrollen sehr aufwendig.

Die in der Abteilung Umwelthygiene in Zusammenarbeit mit der Landesamtsdirektion – Informationstechnologie entwickelte Trinkwasser-Datenbank stellt eine wesentliche Unterstützung für die Überprüfungen dar (rasche Auffindung von Unterlagen wie Akte betreffend Wasserspender, Wasserfassungen, Netzzusammenschlüsse, Behälter, Aufbereitungsanlagen, behördliche Befundvorgetermine, behördliche Auflagen, Trinkwasseruntersuchungsergebnisse usw.)

#### Bericht an die EU

Im Rahmen der Berichtspflicht gemäß EU-Anforderung wurden die Trinkwasserdaten der NÖ Wasserversorgungsanlagen für das Jahr 1996 erstellt.

Es wurden statistische Auswertungen über

- die Gesamtzahl jener Wasserversorgungsanlagen, die 5000 oder mehr Einwohner versorgen,
- die hierfür aufgewendeten Wassermengen,
- die Anzahl der Wasserversorgungsanlagen, die vorwiegend der Nahrungsmittelproduktion dienen und
- die Herkunft der Wässer getätigt.

Dabei ergab sich folgendes Bild:

Gesamtzahl der Wasserversorgungsanlagen, die 5.000 oder mehr Einwohner versorgen	52
Zahl der Einwohner, die von Anlagen im Sinne des Punkt 1 versorgt wird	665.914
Prozentanteil der Gesamtbevölkerung, der von Anlagen im Sinne des Punkt 1 versorgt wird	45,2%

Wassermenge in m<sup>3</sup>, die von Anlagen im Sinne des Punkt 1 verteilt wird

51,136.200 m <sup>3</sup> /a
------------------------------

Anzahl der Wasserversorgungsanlagen, die hauptsächlich oder vollständig zur Nahrungsmittelproduktion verwendet werden

96
----

Hauptwasserquellen und deren Anteil am Jahresverbrauch:

Oberflächenwasser	467.110 m <sup>3</sup> /a
Grundwasser	111,775.944 m <sup>3</sup> /a

Anzahl der gemäß § 2 der Trinkwasser-Ausnahmereverordnung, BGBl. Nr. 384/1993, ergangenen Bescheide

42
----

Zusammenfassend läßt sich zu den geprüften Untersuchungsparametern sagen,

- daß bei den Rohwässern sowohl in mikrobiologischer als auch in chemischer Hinsicht einige Überschreitungen der zulässigen Höchstkonzentrationen auftraten;
- daß im Zuge der angewandten Aufbereitungsmaßnahmen wie Enteisenung, Entmanganung, Filterung und Desinfektion die chemischen und mikrobiologischen Belastungen entfernt und einwandfreie hygienische Trinkwasserhältnisse in den Ortsnetzen erreicht wurden;
- daß in jenen Fällen, bei denen mikrobiologische Belastungen im Ortsnetz auftraten, durch Sanierungsmaßnahmen bzw. Anordnungen gemäß Lebensmittelbuch, Codex Kapitel B1 „Trinkwasser“ Absatz 22 bis 26, nach Erkennen der Gefahr wieder einwandfreie Verhältnisse erreicht werden konnten;
- daß in Ortsnetzproben keine Überschreitungen des zulässigen Nitratgehaltes auftraten;
- daß bei Wasserversorgungsanlagen, die mehr als 5.000 Einwohner versorgen, nur Desethylatrazin in 13 Fällen auftrat (in allen Fällen von Grenzwertüberschreitungen waren die notwendigen Bescheide im Sinne der Trinkwasser-Ausnahmereverordnung vorhanden). Zur Oberflächentrinkwasser-Verordnung BGBl. 359/1995 ist festzustellen, daß in Niederösterreich nur eine solche Anlage betrieben wird. Das Rohwasser besitzt eine derart gute Qualität, daß diese bereits in die Gruppe

A1 einzuordnen ist, die geringe mikrobiologische Belastung des Rohwassers wird im Zuge der zweistufigen Aufbereitung eliminiert.

**Trinkwasseraufsicht**

Trinkwasserkontrolle in Niederösterreich

Die amtliche Kontrolle des Trinkwassers obliegt gemäß § 35 Abs. 1 des Lebensmittelgesetzes 1975 (LMG 1975) dem Landeshauptmann. Aufgrund der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung ist die Abteilung Umwelthygiene für die Trinkwasserkontrolle zuständig. Zur Unterstützung der Amtsärzte ist für jedes Landesviertel je ein Lebensmittelinspektor der Abteilung Umwelthygiene für die amtliche Trinkwasserkontrolle auf Grund der besonderen Fachkenntnisse (B-Chemiker) und auf Grund der besonderen Ausrüstung zuständig.

Primäre Aufgaben der Trinkwasser-Aufsicht:

- Erfassung aller Wasserversorgungsanlagen (Einrichtungen), welche Trinkwasser in Verkehr bringen
- periodische Kontrolle dieser Wasserversorgungsanlagen
- Kontrolle der Bescheidaufgaben
- Aktenführung
- Schriftverkehr mit Parteien, Beschwerdeführern und Anlagenbetreibern
- Probenziehungen

Die Errichtung der Außenstellen wurde im Jahr 1996 abgeschlossen. Es gibt nunmehr in Zwettl (seit 3. 12. 1997 nach Gmünd verlegt), in Korneuburg, in Melk und in Baden eine Außenstelle.

Übersicht über die Aktivitäten der Außenstellen

Anzahl WVA's < 90 l/min Revisionen	2.235 444
Amtl. Mitteilungen gem. § 40 (3) LMG 1975	59
Amtl. Proben gem. § 39 LMG 1975	15
Neu erfaßte WVA's	294

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, wurden von den Außenstellen der Abteilung Umwelthygiene bei insgesamt 2.235 Wasserversorgungsanlagen, die einen Konsens unter 90 l/min besitzen, 444 Revisionen vorgenommen. 1997 wurden 294 neue Anlagen aufgenommen.

Im Zuge dieser Revisionen wurde mit 59 Mitteilungen gemäß § 40 (3) LMG 1975 die Beseitigung von Mängeln bei Wasserversorgungsanlagen vorgeschrieben. Kleinere hygienische Mängel wurden mit den Betreibern besprochen und deren Beseitigung in angemessener Frist mündlich angeordnet.

Amtliche Probennahme gemäß § 39 LMG 1975 wurden in 15 Fällen vorgenommen.

Gesamtübersicht über die Tätigkeit der Trinkwasserkontrollorgane im Rahmen der Hochwassersituation im Sommer 1997

Überprüfte Gemeinden	40
Überprüfte Einzelwasserversorgungsanlagen	23
Amtliche Mitteilungen gemäß § 40 (3) LMG 1975	21

Im Zuge der Hochwassersituation im Sommer 1997 wurden die Außenstellen in den Bezirken St. Pölten-Land, Scheibbs und Neunkirchen zusammengezogen und die in obiger Tabelle ausgewiesenen Überprüfungen vorgenommen.

Bei den großen Wasserverbänden und den anderen vom Hochwasser betroffenen Gebieten (Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden und NÖSIWAG, Bereiche der Bezirkshauptmannschaften Baden, Lilienfeld, Gänserndorf) wurden die notwendigen Maßnahmen von einer ad hoc gebildeten Einsatzzentrale bei der Außenstelle Baden – in enger Zusammenarbeit mit der in Übersiedlung von Wien nach St. Pölten befindlichen Zentrale – getroffen.

**Umwelthygiene**

**Abwasserhygiene**

Problemstellung und Zielvorgabe für die Sicherung einer hygienisch einwandfreien Trinkwasserversorgung sind untrennbar mit der Abwasserreinigung verbunden. Es ist nicht nur der Ausbau der biologischen Abwasserbehandlung, sondern auch eine zusätzliche Reinigungsstufe zur Stickstoff-Phosphor-Eliminierung erforderlich.

**Abfallhygiene - Deponien**

Durch die Bestrebung, Deponien gegen den Untergrund zunehmend besser abzudichten, ist bei der Beurteilung der Sickerwasserableitung und somit bei den Gehalten von Schadstoffeluat und deren Auswirkungen auf das Grundwasser und Oberflächenwasser eine Verbesserung eingetreten. Um eine etwaige Gefährdung für Brunnen in der Nähe von Deponien frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen auszuschließen, ist eine engmaschige Beweissicherung um die Deponien durch Beobachtungssonden zu installieren.

**Altlasten**

Altlasten stellen aus hygienischer Sicht nach wie vor eine wesentliche Gefahrenquelle für die Trinkwassersituation in Niederösterreich dar. Aus diesem

Grunde wird bei Bekanntwerden von Altlasten die Trinkwasserqualität der in der Nähe befindlichen Brunnen und Quellen sorgsam auf Schadstoffe untersucht. Wenngleich die Trinkwasserdatenbank wesentliche Unterstützung leistet, sind Ortsbesichtigungen und Erkundigungen bei den Bürgermeister über die generelle Situation nach wie vor erforderlich.

**Bodenhygiene**

Durch die Abwasserreinigung wird Klärschlamm erzeugt, der Schwermetalle und organische Schadstoffe enthalten kann.

Die Aufbringung von Klärschlamm und Müllkompost ist in Niederösterreich gesetzlich geregelt. Das Entsorgungsproblem ist damit jedoch nicht gelöst, sondern es wird dieses Problem lediglich verschoben, da Klärschlamm noch Restmengen an Schwermetall und anderen toxischen Substanzen enthält und daher einer Weiterbehandlung als Sondermüll bedarf.

**Gewerbehygiene**

Auf dem Gebiet der Gewerbehygiene hat der ärztliche Amtssachverständige jene Aufgaben wahrzunehmen, welche dem Immissionsschutz dienen sollen.

So waren auch 1997 wieder mehrere Betriebe dahingehend zu beurteilen, welche Auswirkungen die aus solchen Betrieben resultierenden Immissionen nach Art, Intensität, Häufigkeit und Dauer auf einen Durchschnittsmenschen ohne besondere Überempfindlichkeit auszuüben vermögen.

**Strahlenhygiene**

Die Gutachtertätigkeit im Rahmen von Verfahren umfaßt im wesentlichen den medizinischen Strahlenschutz von beruflich strahlenexponierten Personen. Diese Personen unterliegen gemäß Strahlenschutzgesetz und Strahlenschutzverordnung sowohl einer laufenden physikalischen Kontrolle per Dosimeter als auch einer regelmäßigen ärztlichen Kontrolle.

**Tuberkulosebekämpfung**

In Niederösterreich sind 20 Tuberkulose-, Untersuchungs- und Beratungsstellen mit Röntgengeräten (dosissparende Bildverstärkeranlagen) ausgerüstet.

Im Jahr 1997 wurden landesweit 48.017 Landesbürgerinnen und Landesbürger untersucht: 306 waren an Tuberkulose erkrankt, davon 166 an offener TBC, wobei die Betroffenen und deren Angehörige nichts von der Erkrankung wußten.

Durch diese Zahlen wird deutlich, wie wichtig die Vorsorgeuntersuchungen sind, bieten sie doch die Möglichkeit, bisher unbekannte TBC-Fälle aufzudecken.

Die Beratung und Betreuung von Erkrankten, Krankheitsverdächtigen und Risikopersonen erfolgt durch Fachärzte für Lungenerkrankungen und eingeschulte Tbc-Fürsorger/innen. Diese Beratung und Betreuung erfordert genaue Kenntnisse über die tuberkulösen Erkrankungen und über die Wirkung der Medikamente und deren Nebeneffekte.

### Röntgenzug

3

Bereits 1953 wurde vom Lande Niederösterreich eine transportable Röntgenschirmbildanlage angekauft, die 1960 in einen Gelenkautobus eingebaut wurde.

Durch die Anschaffung einer Großbildverstärkeranlage 1992 konnte die Strahlenbelastung der untersuchten Personen auf ein Zehntel reduziert werden. Bei der Überwachung leistet der Röntgenzug des Landes in Niederösterreich wertvolle Hilfe, da der Röntgenzug nicht nur in Altersheimen eingesetzt werden kann und so Untersuchungen an gebrechlichen Personen unkompliziert durchgeführt werden können, sondern sich darüber hinaus für die Überwachung gefährdeter Personengruppen in besonders exponierten Lagen sehr gut eignet (z. B. Einsatz in Lagern, Flüchtlingsheimen usw.). Insgesamt wurden 1997 15.815 Röntgenaufnahmen gemacht.

### Kurorte und natürliche Heilvorkommen

Im Rahmen der Kurorthygiene sind unter den spezifischen Bedingungen des Kurortes die besonderen hygienischen Voraussetzungen in den Kureinrichtungen, die Hygiene der natürlichen Heilmittel und der balneotechnischen Anlagen einschließlich der epidemiologischen Situation zu überwachen. Bei solchen Kontrollen vor Ort konnte festgestellt werden, daß die in Niederösterreich vorhandenen Kureinrichtungen und Kurbetriebe einen hygienisch ausgezeichneten Standard besitzen.

## Abteilung Lebensmittelkontrolle

Die Lebensmittelkontrolle wird in Niederösterreich von den Organen der Abteilung Lebensmittelkontrolle des Amtes der NÖ Landesregierung und den Marktämtern St. Pölten und Wiener Neustadt durchgeführt.

Folgende Rechtsvorschriften dienen als Grundlage für die Kontrolltätigkeit:

- Lebensmittelgesetz
- Qualitätsklassengesetz
- Maß- und Eichgesetz
- Bazillenausscheidergesetz
- Weingesetz
- Chemikaliengesetz

Die Intensität der Kontrollen nach dem Lebensmittelgesetz richtet sich nach einem vom Bundeskanzleramt erlassenen Revisions- und Probenplan. Im Rahmen dieses Planes wurden für das Jahr 1997 5.100 Proben von Lebensmitteln und 20.000 Revisionen vorgeschrieben. Im Jahr 1997 wurden folgende Aufgaben durchgeführt:

- 13.141 Revisionen
- 4.384 Probenentnahmen
  - 849 Anzeigenbearbeitungen
  - 77 Überprüfungen gemäß Chemikaliengesetz
  - 18 Probenziehungen gemäß Chemikaliengesetz
  - 3 Anzeigenbearbeitungen gemäß Chemikaliengesetz
  - 606 Gewerbeverhandlungen

Folgende Schwerpunktaktionen wurden durchgeführt:

- Untersuchung von pasteurisierter Vollmilch einschließlich Schulmilch
- Kontrolle der Temperatur gekühlter Lebensmittel (zum Zeitpunkt des Verkaufs an den Endverbraucher)
- Schankanlagenkontrolle bei Bier und alkoholfreien Getränken
- Kontrolle der Hygiene bei Rohmilch im Rahmen der Direktvermarktung
- Untersuchung von Gänsen, Enten und Puten

- Untersuchung von Pestizidrückständen in Obst- und Gemüse
- Monitoring hinsichtlich Nitrat in Salat und Spinat
- Untersuchung von Nikotin in Eiern
- Untersuchung von Mundpflegemitteln auf Schwermetalle
- Untersuchung der Zusammensetzung von Kürbiskernölen
- Untersuchung von Gewürzen auf Aflatoxine
- Untersuchung der Hygiene bei verpacktem rohem Fleisch in SB-Läden
- Untersuchung von frischen und verpackten Meeres- und Süßwasserfischen
- Untersuchung von tiefgekühlten, panierten Fischen auf Listerien
- Untersuchung von Eiswürfeln aus der Gastronomie
- Untersuchung von Selbstbräunungsmitteln
- Untersuchung von Sardinen auf überhöhten Badgegehalt
- Untersuchung von Frischobst und Gemüse in Selbstbedienung
- Hygiene bei abgefülltem Trinkwasser
- Untersuchung von Handcremen

Umfangreiche Revisionen und Probenentnahmen wurden auf Grund folgender Ereignisse durchgeführt:

- Gesundheitsschädliche Austern aus England
- Sardinen mit überhöhtem Badgegehalt
- Gesundheitsschädliche Nilbarsche aus Uganda und Kenia
- Gesundheitsschädliche Beißbringe mit Phthalaten
- Gesundheitsschädliches Kinder-Box-Set
- Gesundheitsschädliche Eierschwammerl
- Gesundheitsschädliches Speiseeis aus Belgien
- Salmonella enteritidis in Geflügelzubereitungen

- Aflatoxin in Erdnüssen aus Indien
- Gesundheitsschädliche Erdnüsse aus Ägypten
- Gesundheitsschädlicher Gorgonzola aus Italien
- Gesundheitsschädliche Shrimps aus Indien
- Gesundheitsschädlicher Spargel aus Peru
- Gesundheitsschädliche Fischspießchen
- Gesundheitsschädliche Froschschenkel aus Albanien
- Listeria monocytogenes in Gorgonzola aus Italien
- Gesundheitsschädliches Shampoo „Guhl neu“ oder „Guhl neue Formel“
- Gesundheitsschädliches Haarkosmetikum GLYNT – Hair-repair-Joboba aus Deutschland
- Gesundheitsschädlicher Rohmilchkäse aus Frankreich
- Gesundheitsschädliche Kokosraspel aus Malaysia
- Gesundheitsschädliche gefrorene Kraken aus Indien und gefrorene See-teufelstücke aus China
- Gesundheitsschädliches gekochtes Langustenfleisch
- Toblerone mit Lecithin aus genverändertem Soja
- Gesundheitsschädlicher Leuchtstab
- Gesundheitsschädliche Mollusken aus Griechenland
- Gesundheitsschädliche tiefgekühlte Muscheln ohne Schale aus China
- Gesundheitsschädliches „Tiroler Nußöl“
- Überhöhter Wasserstoffperoxidgehalt in „Orgon Körperpflege“
- Aflatoxin in Paprika aus der Türkei
- Aflatoxin in Pistazien
- Gesundheitsschädliche Pistazien in Schale (Iran)
- Gesundheitsschädlicher Schlagoberspender

- Gesundheitsschädlicher Badeschaum aus Holland „Squeezy Squashy Ball“ (auch „Monsterball“)
- Gesundheitsschädliche Schnuller aus Frankreich
- Salmonellen in Schollenfilets
- Gesundheitsschädlicher Schafroh-milchkäse aus Spanien
- Gesundheitsschädlicher Spargel aus Peru

- Gesundheitsschädliches Spielzeug
- Gesundheitsschädliches Dart-Spielzeug aus China und Boxhandschuhe mit Sandsack
- Gesundheitsschädliches selbstquel-lendes Spielzeug in Donald-Duck-Zeit-schriften
- Clostridium botulinum in Thunfisch in Öl

- Salmonellen in Hühnereiweißpulver aus Tschechien
- Tintenfisch aus Indien
- Alsace Edelzwicker aus Frankreich
- Staphylococcus aureus bei Sardinien
- Salmonellen bei gefrorenen Königs-garnelen
- Zu geringer Säuregehalt bei grünen Feigen in Sirup aus Griechenland

## Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten

3

### Schwerpunkte 1997

#### Krankenanstalten

##### Legistisches

Die von der NÖ Landesregierung am 30. September 1997 als Regierungsvorlage beschlossene NÖ KAG-Novelle 1997 wurde vom NÖ Landtag am 9. Oktober 1997 verabschiedet und am 30. Dezember 1997 verlautbart.

Wesentliche Ausführungsregelungen zur KAG-Novelle, BGBl. Nr. 751/1996:

- Verankerung des ÖKAP und des Großgeräteplanes
- Entfall der Verpflichtung zur Führung einer gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung für Standardkrankenanstalten
- Ermöglichung der Zurücknahme von Errichtungs- und Betriebsbewilligungen
- Einführung der leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung
- Definition der Tages- und Nachtambulanz sowie des halbstationären Bereiches
- Regelung der Facharztanwesenheit und Einführung der Rufbereitschaft
- Einrichtung von Landesfonds, in Niederösterreich des NÖGUS, und Ermöglichung der Übertragung der Wirtschaftsaufsicht an diesen
- NÖ-spezifische Bestimmungen im grundsatzfreien Raum:
  - Aufgabenabgrenzung zwischen Landesregierung und NÖGUS
  - Beschreibung des NÖ LKF-Modells
- Neuregelung der Erstellung von Voranschlag und Rechnungsabschluß der öffentl. Krankenanstalten (Richtlinienkompetenz des NÖGUS)
- Neugestaltung der Beiträge zur Krankenhausfinanzierung von Land, NÖKAS und Spitalerhalten.

Da in der NÖ KAG-Novelle 1997 außerdem noch das 2. Sozialrechts-Änderungsgesetz, die Art. 15a B-VG-Vereinbarung über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997–2000 umgesetzt werden mußten und auf das NÖGUS-Gesetz Bedacht zu nehmen war, handelte es sich hierbei um ein äußerst schwieriges legislatives Vorhaben, das nur durch Mitwirkung von Ex-

perten (Gemeindevertreterverbände, Klubs, ARGE, Verwaltungsdirektoren etc.) bewerkstelligt werden konnte.

Zur Umsetzung des KA-Arbeitszeitgesetzes, BGBl. Nr. 8/1997, mußte das mit der Ärztekammer für Niederösterreich, der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und dem Zentralbetriebsrat der NÖ Landeskrankenhäuser erzielte Verhandlungsergebnis in Form einer *Novelle zum NÖ Spitalsärztegesetz 1992*, die nach Genehmigung der Landesregierung am 2. Dezember 1997 vom NÖ Landtag am 18. Dezember 1997, beschlossen wurde, ausgearbeitet werden. Dabei wirkte ebenfalls der oben erwähnte Expertenkreis an der Erstellung des Gesetzestextes mit.

Wesentliche Punkte der Novelle:

- Festsetzung der Zahl der Oberärzte und Ausbildungsassistenten (1.063)
- Definition der Rufbereitschaft samt Bezahlung
- Volle Vergütung der Dienstzeiten während der Nacht
- Verpflichtende Einführung eines Soll-dienstplanes
- Erhöhung der Gefahrenzulage und der Erschwerniszulage
- Neudefinition der Mehrdienstleistungen und Abgeltung von Überstunden mit einem 50%igen Zuschlag
- Einführung einer stundenmäßig abge-goltenen Sonn- und Feiertagszulage
- Einrechnung der Oberarztzulage in die 10%ige MDLE und die Turnusdienst-zulage
- Festlegung des Gehaltsschemas des NÖ Landesvertragsbedienstetengesetzes als Einstufungsgrundlage

Die finanziellen Auswirkungen dieser Novelle für 1998 wurden vom NÖGUS mit 63 Mio. S (einschl. Dienstgeberanteile 78 Mio. S) errechnet, wobei strukturelle Begleitmaßnahmen vorgesehen sind, um den finanziellen Mehraufwand in Grenzen zu halten.

Außer der Vorbereitung des Gesetzesentwurfes mußte die von der Abteilung Personalangelegenheiten B erarbeitete Betriebsvereinbarung von der Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten für die Gemeinde- und Gemeindeverbandskrankenanstalten adaptiert und

mit einem gemeinsam mit der NÖGUS-Geschäftsführung verfaßten Begleite-r-laß versehen werden, um den Rechts-trägern der öffentlichen Krankenanstalten ab Jänner 1998 eine dem KA-AZG konforme Vorgangsweise zu ermöglichen.

Zur Durchführung der erst im Laufe des Jahres 1997 erschienenen KRAZAF-Verlängerung für das Jahr 1996 war die entsprechende Art.-15a-B-VG-Vereinbarung zwecks Genehmigung durch den NÖ Landtag vorzubereiten.

##### Organisatorisches

- Erhebung der Zahl der auf einen Turnusarztplatz wartenden Ärzte in den a. ö. Krankenanstalten Niederösterreichs
- Hinausgabe mehrerer Durchführungserlässe und Besprechungen in einigen Krankenanstalten im Zusammenhang mit dem ab 1. September 1997 gültigen Gesundheits- und Krankenpflegegesetz
- Erarbeitung eines gemeinsamen Erlasses mit der Geschäftsführung Gesundheit des NÖGUS über die Aufgabenabgrenzung zwischen NÖGUS und der Abteilung
- Hinausgabe von Informationsschreiben betreffend die Anordnung des Budgetprovisoriums für 1997 sowie betreffend die Abrechnung mit den Privatversicherungen im Jahre 1997 etc.

##### Krankenanstaltenplanung und Raumordnung

- Mitwirkung am Arbeitskreis zur Erstellung eines dem ÖKAP entsprechenden Raumordnungsprogrammes für das Gesundheitswesen, insbesondere des NÖ Krankenanstaltenplanes unter Berücksichtigung der Ergebnisse der NÖ Gesundheitsstudie
- Vorarbeiten für die Realisierung des Medizinischen Zentrums Gänserndorf und der Sonderkrankenanstalt für Neurologie Allentsteig
- Mitwirkung in einem interdisziplinären Arbeitskreis und Erarbeitung eines Vertragsentwurfes über die Kooperation der a. ö. Krankenanstalten Amstetten, Waidhofen/Ybbs und Scheibbs und der LNK Mauer zur Erlangung der Schwerpunkt-funktion für die Region NÖ-Südwest

● Mitwirkung in einem Arbeitskreis der Schuldirektoren zur Erarbeitung eines Konzeptes für die NÖ Ausbildungsstätten für Gesundheitsberufe bzw. zur Entwicklung von Kooperationsmodellen mit dem Ziel der Reduzierung der Standorte für die Krankenpflegeschule (federführend: NÖGUS)

#### Überprüfungen

- des Finanzkontrollausschusses
  - LKH Mödling, FKA: Wäscheversorgung und Beschaffungswesen
  - LKH Tulln: Medikamentendepot
  - LNK Gugging: Anstaltsapotheke und Kindergarten
  - LNK Mauer: Küche und Werkstätten (Nachkontrolle)
  - LKH Grimmenstein: Anschaffungen und Anlagen, Dienstzeit der Ärzte
- des Rechnungshofes
  - Erhebung Ärzteneinkommen (niederösterreichweit)
  - Querschnittsprüfung Psychiatricversorgung

#### EDV-Organisation

- Installierung, Probetrieb und Echtbetrieb der Patientenadministration (ambulant und stationär), der Material- und Inventarverwaltung und des Personalinformationssystems im Zuge der Umsetzung einer landesweiten EDV-Lösung für 4 der 5 Landeskrankenanstalten; Entwicklung eines Konzeptes für eine digitale Krankengeschichte in der Landesnervenklinik Mauer
- Mitwirkung bei der Erstellung eines Konzeptes für die EDV-unterstützte einheitliche Erstellung, Vollziehung und Überwachung der Voranschläge und der Rechnungsabschlüsse der 27 öffentlichen Krankenanstalten Niederösterreichs nach Pflagetagen und LDF-Punkten
- Mitwirkung bei der Erstellung und Begutachtung eines Konzeptes für den Datenträgeraustausch mit den Krankenkassen und der öffentlichen Krankenanstalten Niederösterreichs untereinander

#### Finanzierung

Nach den von der Geschäftsführung des NÖGUS durchgeführten Budgetverhandlungen weisen die nach dem NÖ LKF-Modell erstellten Voranschläge der 22 öffentlichen Gemeinde- und Gemeindeverbandskrankenanstalten für das Jahr 1997 einen Gesamtaufwand von 11,5 Mrd. S auf, wobei ca. 6,8 Mrd. S auf das Personal und ca. 4,7 Mrd. S auf den Sachaufwand, inkl. Anlagen, entfallen. Das bedeutet gegenüber den Voranschlägen 1996 eine Gesamtaufwandssteigerung um 0,29%. Die Genehmigung der Voranschläge 1997 erfolgte mit Bescheid der NÖ Landesregierung vom 9. Dezember 1997. Da die NÖ KAG-Novelle 1997 erst am 9. Oktober 1997 vom NÖ Landtag verabschiedet wurde, mußten den Rechtsträgern seit dem Beginn des Jahres

1997 bescheidmäßig Budgetprovisorien vorgegeben werden und konnten daher auch nur vorläufige Pflege- und sonstige Gebühren von der Landesregierung genehmigt und kundgemacht werden.

Im Zusammenhang mit den LKF-Modellen 1997 und 1998 und dem Budgetprovisorium für 1997 waren zahlreiche Besprechungen mit dem NÖGUS und der ARGE der Verwaltungsdirektoren durchzuführen. Zur Durchführung der Art. 15a-B-VG-Vereinbarung über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung und zur Klärung diverser Finanzierungs- und Auslegungsfragen zur neuen Krankenhausfinanzierung erfolgen mit den anderen Bundesländern und Landesfonds i. d. R. monatliche Besprechungen, an denen eine Teilnahme notwendig war. Große Sorge bereitet das LKF-System in den 3 Sonderkrankenanstalten des Landes (Landesnervenkliniken Gugging und Mauer, LKH Grimmenstein – Pulmologie, Orthopädie, Neurologie-MS), da der Langzeitbereich in den Landesnervenkliniken nicht über LDF-Punkte finanzierbar ist und auch der orthopädische und neurologische Behandlungsbereich im LKH Grimmenstein vom NÖGUS LKF-mäßig ab 1998 nicht anerkannt wird.

#### Investitions- und Betriebsbeiträge des Landes NÖ

Das Land Niederösterreich leistete zu den Ausbauprojekten der a. ö. Gemeindespitäler von Jänner bis Dezember 1997 Annuitätzuschüsse (für Zinsen und Tilgung) von S 340,786.000,- und beteiligte sich am Betrieb der a. ö. Spitäler mit rd. S 1.440,000.000,- (Einzahlung in den NÖGUS-Topf).

#### Neu- und Zubauten in Landeskrankenanstalten

- Der Neubau des LKH Grimmenstein verläuft planmäßig, die Inbetriebnahme wird voraussichtlich im Mai 1998 erfolgen.
- Die Sanierung des Zentralgebäudes in der LNK Gugging wurde fortgesetzt, die neurologische Überwachungsstation wurde in Betrieb genommen; für den aus hygienischen und betriebsorganisatorischen Gründen notwendigen Neubau der Anstaltsküche wurden im Wege einer Ausschreibung verschiedene Versorgungssysteme untersucht – eine ehebaldige Entscheidung über die weitere Vorgangsweise ist unumgänglich.
- Im a. ö. NÖ LKH Mödling wurde die Sanierung des Unfallbehandlungsbereiches begonnen, diese wird 1998 fertiggestellt werden.
- Im a. ö. NÖ LKH Tulln wurde provisorisch ein CT in Betrieb genommen, die Realisierung eines Zubaus für den CT, für Ärztezimmer und den Notarztwagen konnte hingegen noch nicht in Angriff genommen werden.
- In der LNK Mauer wurde die dringend notwendige Sanierung des Pavillons 2

und 4 in Hinblick auf die im Gang befindliche Umstrukturierung der Anstalt (siehe unten) zurückgestellt; die Verpachtung der zur LNK Mauer gehörenden Landwirtschaft wurde nach einer Ausschreibung bewerkstelligt und der Pachtvertrag von der Landesregierung genehmigt.

#### Ausbau der Gemeindekrankenanstalten

Die Aufgabe der Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten besteht auf diesem Gebiet in der Grundlagenarbeit und in der Vorbereitung der notwendigen Beschlüsse (NÖ Gesundheits- und Sozialfonds, NÖ Landtag, Landesregierung und NÖKAS) sowie in der Vertretung im Baubeirat bei den einzelnen Projekten.

Der Ausbau von 12 Gemeindekrankenanstalten wurde mit einer Landesförderung von ca. 376 Mio. S und einer Beitragsleistung des NÖ Krankenanstaltenprengels von ca. 125 Mio. S weitergeführt.

Erwähnenswerte Bauvorhaben 1997 Jänner bis November 1997:

- Nach Freigabe durch den Ständigen Ausschuss des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds wurden für folgende Projekte die entsprechenden Regierungs- und Landtagsvorlagen erstellt:
  - Bauabschnitt (Neu- und Zubau) im a. ö. Krankenhaus Amstetten mit 381 Betten und einer Gesamtsumme von S 942,200.000,- (exkl. Mwst und ohne Grundkosten).
  - Errichtung des OP-Traktes im a. ö. Krankenhaus Waidhofen/Ybbs mit Gesamtkosten von S 150,853.000,- (unter Berücksichtigung folgender Auflagen: 1. Anpassung an den künftigen Konsiliarplan und 2. Schließung des Not-OP, wenn der neue OP-Trakt in Betrieb geht).
  - Für das a. ö. Krankenhaus Allentsteig wurden die Mittel für die projektvorbereitende Planung und die Vorbereitung für die Gesellschaftsgründungen basierend auf dem Vorschlag der Sanitätsdirektion freigegeben.
  - Für das Medizinische Zentrum in Gänserndorf wurde die grundsätzliche projektvorbereitende Planung freigegeben.
  - Im a. ö. Krankenhaus Eggenburg erfolgte die Planungsmittelfreigabe für die Umsetzung gemäß ÖKAP (Gesamtbettenanzahl 60, davon 30 stationär und 30 halbstationär bzw. tagesklinisch) sowie die Genehmigung für die Durchführung einer Detailstudie auf Kosten des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds.
  - Im a. ö. Krankenhaus Lilienfeld wurde für das Vorhaben Küchenneubau mit begleitenden Umbaumaßnahmen die 2. Rate der projektvorbereitenden Planungskosten von S 7,000.000,- genehmigt.
  - Im a. ö. Krankenhaus Scheibbs wurde für das Bauvorhaben Bauabschnitt II die

1. Rate der projektvorbereitenden Planungsmittel von S 3,500.000,- genehmigt.

● Im a. ö. Krankenhaus Scheibbs wurde, um die Ausschreibung durchführen zu können, die 2. Rate der projektvorbereitenden Planungsmittel in Höhe von S 8,000.000,- freigegeben.

● Für das a. ö. Krankenhaus Mistelbach wurde zur Realisierung der Baustaple E (Neurologie, Tagesklinik, Behandlungs- und Untersuchungseinrichtungen) die 2. Tranche der projektvorbereitenden Planungskosten in der Höhe von S 15,000.000,- freigegeben.

● Im a. ö. Krankenhaus Wiener Neustadt wurde für den Neubau der Pathologie (Baulos 20) die Planungskosten in der Höhe von S 4,500.000,- genehmigt.

● Weiters wurde mit Beschluß vom 3. Juli 1997 vom NÖ Landtag für das a. ö. Krankenhaus Waidhofen/Thaya der 4. Bauabschnitt mit Gesamtkosten in der Höhe von S 56,000.000,- beschlossen.

● Die Freigabe der Planungskosten im a. ö. Krankenhaus Zwettl für den Zu- und Umbau mit Kosten in der Höhe von S 22,000.000,- erfolgte.

● Für das Medizinische Zentrum in Gänserndorf wurden die Mittel für die projektvorbereitende Planung in der Höhe von S 9,100.000,- freigegeben.

Auf Grund der Auflösung des Landtages wurden für dessen letzte Sitzung am 18. Dezember 1997 zur Vermeidung von Bauverzögerungen und Kostensteigerungen Landtagsresolutionen vorbereitet, mit denen der Landesregierung die ausnahmsweise Ermächtigung erteilt wurde, für folgende Projekte die Planungskosten bzw. Gesamtkosten freizugeben und dem Landtag hierüber nachträglich zu berichten:

● A. ö. Krankenhaus Allentsteig (Sanierung des Altbaues als Sonderkrankenanstalt) mit Gesamtkosten von S 120,000.000,-

● A. ö. Krankenhaus Eggenburg (Umbau Altgebäude) mit Gesamtkosten von S 117,000.000,-

● A. ö. Krankenhaus Klosterneuburg (Bauvorhaben Radiologie – Brandschutzmaßnahmen – Eingangsbereich) von S 3,200.000,-

● A. ö. Krankenhaus Korneuburg (Gesamtausbau) mit Gesamtkosten von S 680,000.000,-

● A. ö. Krankenhaus Scheibbs (Baubschnitt II) mit Gesamtkosten von S 174,000.000,-

Die zur Durchführung dieser Beschlüsse erforderlichen Maßnahmen haben vorbehaltlich der Genehmigung durch den NÖGUS zu erfolgen.

#### Psychiatrische Krankenanstalten

● Mehrmalige Überarbeitung des schon 1996 vorbereiteten Grundsatzbeschlusses betreffend den NÖ Psychiatrieplan und die Festlegung der Vorgangsweise für dessen Umsetzung; die Beschlußfas-

sung durch die Landesregierung erfolgte am 28. Oktober 1997.

● Fortsetzung der organisatorischen Bemühungen um die Ausgliederung der geistig Behinderten in den beiden Landesnervenkliniken (in Gugging konnte diese im Laufe des Jahres 1997 abgeschlossen werden);

● Mitwirkung an mehreren Besprechungen des NÖGUS, Bereich Soziales, zur Vorantreibung der Trennung der Landesnervenkliniken in einen Akut(Krankenhaus-) und in einen Langzeit(Pflegeheim-)bereich – diese Maßnahme ist vorerst bis 1. Jänner 1999 aufgeschoben.

● Die vom Ständigen Ausschuß beschlossene Einführung des Spalttarifes für den Langzeitbereich schon ab 1997 hat in den beiden Landesnervenkliniken Mindereinnahmen von mehr als 100 Mio. S zur Folge.

● Aus Anlaß der Umstrukturierung und Spalttariffestlegung mußten die Vorschläge 1997 und 1998 der beiden Landesnervenkliniken kurzfristig mehrmals überarbeitet werden.

● Weiterleitung eines Erlasses des BMGAS zu einer Novelle des Unterbringungsgesetzes, dessen Vollziehung nach wie vor große Schwierigkeiten bereitet.

#### NÖ Krankenanstaltensprengel

Der NÖ Krankenanstaltensprengel ist ein Gemeindeverband, dem alle Gemeinden Niederösterreichs angehören. Von den nicht spitalerhaltenden Gemeinden werden Umlagen eingehoben, aus denen der NÖKAS Beiträge zum Betrieb der Krankenanstalten sowie zur Finanzierung von Ausbauvorhaben der öffentlichen Krankenanstalten leistet.

Im Jahre 1997 wurden an die Träger der Krankenanstalten 240 Mio. S zur Abdeckung der Betriebsabgänge des Jahres 1996 geleistet. Seit dem Monat März werden die Beiträge des NÖKAS für die Finanzierung der NÖ Krankenanstalten an den NÖ Gesundheits- und Sozialfonds zur Weiterleitung an die Krankenanstalten im Rahmen des LKF-Systems überwiesen (Gesamt 1997 – S 1.200,000.000,-).

Als Beitrag des NÖKAS zum Ausbau der NÖ Krankenanstalten wurden im Jahre 1997 ca. S 80,000.000,- ausbezahlt.

Die Geschäfte des NÖKAS werden von der Abteilung geführt.

Besondere Aufgaben 1997:

● Erstellung des Voranschlages des NÖKAS für das Jahr 1997 und des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1996

● Teilnahme an der Überprüfung der Rechnungsabschlüsse 1996 der NÖ Krankenanstalten

● Durchführung der Nachverrechnung der Pflegegebührenersätze für 1995

● Durchführung der Ambulanzendabrechnung für 1996

● Abrechnung der im Jahr 1997 vorgelegten Pflegegebührenabrechnungen für 1996

● Mitwirkung an der NÖ KAG-Novelle 1997

● Durchführung der Endabrechnung der Betriebsabgänge der NÖ Krankenanstalten für die Jahre 1995 und 1996

#### Aufsichtsbehördliche Tätigkeiten und Rechtsträgeraufgaben

Da die Wirtschaftsaufsicht über die öffentl. Krankenanstalten infolge des NÖGUS-Gesetzes und der NÖ KAG-Novelle 1997 nunmehr von der Geschäftsführung Gesundheit des NÖGUS wahrgenommen wird, beschränken sich die Aufgaben der Abteilung in diesem Bereich auf die hoheitlichen und rechtlichen Befugnisse lt. NÖ KAG 1974. In diesem Zusammenhang waren gemeinsam mit dem NÖGUS mehrere Anstrengungen zu unternehmen, um die Vorschläge 1997 und 1998 von den Gemeinde- und Gemeindeverbandskrankenanstalten vorgelegt zu bekommen. Um Doppelgleisigkeiten im Aufsichtsreich zu verhindern und andererseits eine effektive und effiziente Aufsicht über die Krankenanstalten zu gewährleisten, wurden Abstimmungen zwischen der Abteilung und dem NÖGUS dahingehend vorgenommen, daß die Geschäftsführung des NÖGUS primär die Einhaltung der Richtlinien des NÖGUS überwacht, während die Abteilung die Einhaltung des NÖ KAG 1974 und der sonstigen rechtlichen Rahmenbedingungen überwacht und an Ort und Stelle überprüft.

Infolge der Einführung des LKF, das sich v. a. auf die drei Sonderkrankenanstalten des Landes sehr negativ auswirkt, müssen namens der Landesregierung die Rechtsträgeraufgaben bei der Voranschlagserstellung, bei der laufenden Kontrolle des Personal- und des Sachaufwandes etc. viel stärker als bisher wahrgenommen werden – so erfolgte 1997 eine Erhebung in den fünf Landeskrankenanstalten, in welchen Bereichen sich das LKF besonders negativ auswirkt. Diese Prüfberichte müssen nun noch näher analysiert und in der Folge weiter bearbeitet werden. Diese Aufgaben können jedoch mit dem in diesem Bereich tätigen Personal der Abteilung (Abteilungsleiter, 1 Wirtschaftsakademiker, 2 B-Rechnungsbeamte) nur ansatzweise erfüllt werden. Die Abteilung kann daher nur Mißstände oder ungünstige Entwicklungen aufzeigen – eine Steuerung des Betriebsgeschehens i. S. eines modernen Controllings oder einer laufenden und ad hoc agierenden Innenrevision, wie sie vom Finanzkontrollausschuß laufend gefordert wird, ist mit diesem Personalstand keinesfalls möglich. Auf Grund der zu Jahresbeginn erfolgten Abziehung einer der beiden Wirtschaftsakademikerinnen ist jedoch erkennbar, daß kein Interesse an einer ordnungsgemäßen Erledigung der Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung besteht.

## BVA- und VAE-Sondergebühren

In den von pragmatisierten und vertragsbediensteten Primärärzten beantragten Verfahren auf Nachzahlung des sogenannten Hausrücklasses mußten außer laufender Beratung der Rechtsträger wiederholt Absprachen mit dem vom NÖKAS beauftragten Rechtsanwalt vorgenommen und in mehreren Fällen Stellungnahmen an den Verfassungsdienst der Landesamtsdirektion abgegeben werden, da eine Gesetzesprüfung der diesbezüglichen NÖ KAG-Novelle 1997 beim Verfassungsgerichtshof beantragt wurde und überdies mehrere VfGH-Beschwerden von Primärärzten anhängig sind. Durch die restriktive Haltung gegenüber den Nachzahlungsforderungen der Primärärzte sind in der Zwischenzeit mit Sicherheit schon mehr als die Hälfte der 200 Mio. S Nachforderungen verjährt. Im nächsten Jahr sind die endgültigen Urteile von VfGH, VwGH und OGH in dieser Sache zu erwarten.

## Ausbildungswesen für die Gesundheitsberufe

- Einführung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes – Auswirkungen auf Schulen (Wegfall der Internatspflicht und der freien Verpflegung)
- Stellungnahme zu Verordnungen nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (Ausbildungsverordnung)
- Mitwirkung und Beratung im Rahmen der ARGE der Schuldirektoren
- Reform der MTF-Ausbildung, Stellungnahmen
- Genehmigung der Verlegung von Unterrichtgegenständen und Praktikumsfächern in ein anderes Ausbildungsjahr
- Bewilligung von Pflegehelferausbildungen (Wiener Neustadt, Stockerau, Mödling), laufende Verfahren zur Bewilligung von Pflegehelferausbildungen
- Bewilligung der Sonderausbildung „Basale Stimulation“ an der Akademie Mödling
- Fachschulen für Altendienste und Pflegehilfe: Probleme hinsichtlich Lehrkräften und Lehrplan – Klärung mit Landesschulrat für Niederösterreich
- Sozialversicherungspflicht für externe Vortragende an GuK-Schulen – Besprechung mit NÖ GKK, Schriftverkehr
- Zahlreiche Erlässe und Auskünfte zu den den Schulbetrieb betreffenden Rechtsfragen in den 19 Krankenpflegeschoolen und sonstigen Ausbildungsstätten für Gesundheitsberufe

## Wiederkehrende Aufgaben

Beim Vollzug des NÖ KAG 1974 waren laufend Bewilligungsverfahren für öffentliche und private Krankenanstalten sowie für einzelne Abteilungen, Institute und Ambulatorien durchzuführen. Weiters erfolgten Genehmigungen von Anstaltsordnungen, Bestellungen von ärztlichen Leitern und Konsiliarfachärzten, Genehmigungen von Voranschlägen und Rech-

nungsabschlüssen öffentlicher Krankenanstalten, Festsetzung von Pflegegebühren usw. Bei den Privatkrankenanstalten war weiterhin eine starke Zunahme von Computertomographie- und Kernspintomographieinstituten sowie von Privatlaboratorien zu verzeichnen. In der Wirtschaftsverwaltung der öffentlichen Krankenanstalten wurden schwerpunktmäßig folgende Angelegenheiten besorgt:

- Aufsicht und Koordination über die 5 Landeskrankenanstalten;
- Kreditverwaltung hinsichtlich des Sachaufwandes für den laufenden Betrieb und der Mittel zum Ausbau der 5 Landeskrankenanstalten;
- Mitwirkung in Baubeiräten für Ausbauvorhaben in den öffentlichen Krankenanstalten Niederösterreichs
- Mitwirkung in verschiedenen Arbeitskreisen der ARGE der Verwaltungsleiter (Betriebsvergleich, Rechnungswesen, LKF, Sicherheitstechnik, Technik, Einkauf, Abfallbeseitigung, Umweltschutz, Anstaltsordnung, usw.)
- Administration der Strukturmittel
- Abwicklung des Beihilfengesetzes (Äquivalent für den Wegfall des Vorsteuerabzugsrechtes der öffentlichen Krankenanstalten)

## Sonstige Sanitätsrechtsangelegenheiten

## Apotheken- und Arzneimittelwesen

1997 wurden 10 Anträge von praktischen Ärzten auf Bewilligung zur Haltung einer ärztlichen Hausapotheke bearbeitet und hiebei bereits 7 Bewilligungen erteilt. Bezüglich öffentlicher Apotheken wurden 15 Neuanträge gestellt. 9 Bewilligungsverfahren sind noch nicht beendet.

Weiters wurden zahlreiche Gesellschaftsverträge und Pachtverträge bezüglich öffentlicher Apotheken gemäß dem Apothekengesetz genehmigt und mehrere Konzessionen betreffend schon bestehender Apotheken erteilt.

Die Ethikkommissionen für Arzneimittelprüfungen innerhalb und außerhalb von Krankenanstalten lt. Arzneimittelgesetz trat mehrmals zu Beratungen zusammen und erstellte in 70 Fällen entsprechende Gutachten. Da die Beurteilung dieser Akten sehr zeitaufwendig ist und die Gutachten binnen 2 Monaten zu erstellen sind, diese Aufgabe jedoch dem Land nicht unmittelbar gesetzlich auferlegt ist, muß diese Tätigkeit ab dem Jahr 1998 eingestellt werden, sofern nicht der seit mehr als 2 Jahren nicht nachbesetzte Juristenposten der Abteilung wieder zur Verfügung gestellt wird.

Ferner wirkt der Abteilungsleiter und der Abteilungsleiter-Stv. (als Vertreter des NÖ Patienten- und Pflegeanwaltes) in zwei Arbeitskreisen zur Errichtung einer Österreichischen Ethikkommission mit,

welches Vorhaben sich ebenfalls ziemlich arbeitsintensiv gestaltet.

Überhaupt ist festzustellen, daß seit der Installierung des NÖ Patientenanwaltes die Patientenbeschwerden über unsachgemäße oder fehlerhafte Behandlungen massiv zugenommen haben; da die Abteilung im Rahmen der sanitären Aufsicht der Patientenanwaltschaft Hilfestellung anbieten muß, ist daraus eine große Mehrbelastung gegeben – insgesamt fielen ca. 55 Patientenbeschwerden an, die eine Intervention der Abteilung notwendig gemacht haben.

Die Apothekerkammerwahl 1997 wurde durchgeführt, wobei der Abteilungsleiter als Wahlkommissär fungierte.

## Extramurales Sanitätspersonal

Auf Grund von Anträgen der Ärztekammer für Niederösterreich wurden der Jahresvoranschlag 1997, der Rechnungsabschluß 1996, die Kammerumlage etc. genehmigt.

16 Anträge auf Zuerkennung von Zinzenszuschüssen für die Praxisgründung von Fachärzten, Zahnbehandlern und Dentisten konnten positiv erledigt werden.

## Krankenpflegepersonal und med.-techn. Personal

1997 waren 36 Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Krankenpflegediplomen durchzuführen, wobei sich diese Verfahren wegen der Verständigungsschwierigkeiten und den oft unzureichenden Unterlagen, aber auch den fehlenden Vergleichsmöglichkeiten, sehr mühsam und langwierig gestalten. Im Jahre 1997 fielen ca. 260 Anträge auf Erteilung der Bewilligung zur freiberuflichen Ausübung des Krankenpflegedienstes und des gehobenen medizinisch-technischen Dienstes an.

Außerdem waren noch viele Verfahren zur Erteilung von Bewilligungen zur befristeten selbständigen Berufsausübung in NÖ Krankenanstalten bei Ausbildung im Ausland, zur Verwendung von Kinderkranken- und psychiatrischen Krankenschwestern und Hebammen in der allgemeinen Krankenpflege von Krankenanstalten und über Anerkennungen von im Rahmen des Bundesheeres absolvierten Sanitätsausbildung durchzuführen.

Auf Grund der Übergangsbestimmungen in den ab 1. September 1997 gültigen neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetz sind bis zum Jahresende ca. 500 bescheidmäßig zu erledigende Anträge auf weitere Verwendung in diversen Sonderausbildungsbereichen gestellt worden, in den nächsten Monaten ist mit bis zu 3.000 derartigen Verfahren zu rechnen!

## Hebammen

1997 wurden 20 Niederlassungsbewilligungen für freiberuflich tätige Hebammen erteilt.

## Rettungswesen

Aufgrund der Tatsache, daß der Rettungsdienstbeitrag auf S 60,- angehoben wurde, konnten nunmehr fast alle der 1.050 zur Genehmigung vorgelegten Rettungsdienstverträge genehmigt werden. Auf Grund der Absicht des Bundes, die Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen mit den Ländern über die Durchführung der Flugrettung zu kündigen bzw. zu adaptieren, war mehrfach an Besprechungen im Innenministerium teilzunehmen.

## Lebensmittelrecht- und Trinkwasserkontrolle

● **Trinkwasser-Pestizidverordnung.**

Von den seit 1994 gestellten Anträgen gemäß § 5 der Trinkwasser-Pestizidverordnung auf Ausnahme von der Untersuchungspflicht für bestimmte Pestizide konnten im Jahr 1997 weitere 60 Anträge einer bescheidmäßigen Erledigung zugeführt werden.

● **Trinkwasser-Ausnahmeverordnung.**

1997 wurden ca. 60 Anträge auf Aussetzung von Pestizid-Grenzwerten eingebracht; davon konnten alle Verfahren mit Bescheid abgeschlossen werden.

● **Trinkwassernitrat-Verordnung.** Im Rahmen der Vollziehung dieser Verordnung waren ca. 600 Akten zu bearbeiten.

● **Lebensmittelrecht**

– *Milchhygieneverordnung.* Es wurden von bisher 70 eingelangten Anträgen nach Durchführung von Lokalaugenschein ca. 40 Kontrollnummern zugeteilt, 1 Betrieb wurde die Kontrollnummer entzogen; bei den übrigen Anträgen sind noch Unterlagen für das Ermittlungsverfahren ausständig.

– *EU-Verordnung über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse:* Es wurden in Niederösterreich bis jetzt 10 private Kontrollstellen anerkannt. Derzeit werden diese Kontrollstellen auf die Wirksamkeit und Objektivität der Kontrollen überprüft. Weiters wurden 10 Importermächtigungen für die Einfuhr von Produkten aus Drittländern bescheidmäßig erteilt. Im Bereich der Saatgutausnahmegenehmigungen fielen ca. 50 Verfahren an, die mit Bescheid erledigt wurden.

– *Fischhygieneverordnung, Eiproduktverordnung etc.* In diesen Bereichen fielen 1997 ca. 50 Verfahren an, die ebenfalls mit Lokalaugenschein verbunden waren.

Allgemein kann festgestellt werden, daß im Lebensmittelbereich ein großer Arbeitsaufwand durch die Umsetzung der Rechtsvorschriften der Europäischen Union entstanden ist. Da der Trend unvermindert anhält, kann dieser Bereich infolge personeller Unterbesetzung (Nichtnachbesetzung eines Juristenpostens seit mehr als 2 Jahren) der Abteilung nicht mehr ordnungsgemäß abgedeckt werden.

## Epidemiebekämpfung

Nach der Verhängung von Berufsverboten wegen der Feststellung einer ansteckenden Krankheit im Sinne des Epidemiegesetzes 1950 mußten 73 Anträge auf Vergütung für Verdienstentgang bzw. auf Ersatz von durch Bekämpfungsmaßnahmen vernichtete Gegenstände behandelt werden. Weiters wurde ein auf § 23 Tbc-Gesetz basierender Verordnungsentwurf für die Durchführung von Reihenuntersuchungen wegen der Zunahme der Tbc ausgearbeitet.

Außerdem mußte noch ein Verordnungsentwurf für die Festlegung von Badestellen in Niederösterreich lt. Bäderhygiene-gesetz-Novelle erarbeitet werden.

## Leichen- und Bestattungswesen

1997 wurden 5 Anträge von Gemeinden bzw. Pfarren auf Friedhofserweiterung gestellt und konnten entsprechende Bewilligungen erteilt werden.

Zusätzlich wurden nach eingehender rechtlicher Überprüfung 12 Änderungen von Friedhofsordnungen genehmigt und eine große Anzahl von Rechtsauskünften in diesem Bereich erteilt.

## Heilvorkommen- und Kurortegesetz

Es erfolgten mehrere Anerkennungen von Heilvorkommen und Kurorten, sowie Genehmigungen von Kurorten und Bewilligungsverfahren von Kuranstalten, wobei es sich zum Teil um sehr umfangreiche Projekte zur Errichtung von Kuranstalten handelte.

In diesem Bereich sind noch 25 Bewilligungsverfahren bzw. Anerkennungsverfahren offen.

Ferner wurde die Novelle zum NÖ Heilvorkommen- und Kurortegesetz mit folgenden Schwerpunkten ausgearbeitet:

- Zulässigkeit der Anwendung von Zusatztherapien in Kuranstalten
- Wegfall der Anerkennung des Umfanges von Kurorten durch Verordnung der Landesregierung (Deregulierung)
- Erweiterung des Inhaltes von Kuranstaltsordnungen
- EWR-Anpassung
- Schaffung der Zuständigkeit der Patienten-anwaltschaft
- Entfall der Kurkommission
- Ärztliche Anwesenheit während der Therapiezeiten

Diese Novelle wird im Jahre 1998 als Regierungsvorlage für die Behandlung im NÖ Landtag vorbereitet.

## Gesetzes- und Verordnungsüberprüfungen

Zu 45 Gesetzes- und Verordnungsentwürfen mußten 1997 zum Teil von der Sache her umfangreiche Stellungnahmen abgegeben werden.

## Ziele 1998

## Krankenanstalten

● Einleitung tiefgreifender Strukturreformmaßnahmen (Ausgliederung der öffentlichen Krankenanstalten aus der Verwaltung der Gebietskörperschaften, Tageskliniken, Aufnahmestationen, Bettenreduktionen, Schließung von unausgelasteten Abteilungen, Facharzt-Rufbereitschaftsdienst, neuer, dem tatsächlichen Bedarf angepaßter Facharztschlüssel usw.)

● Mitwirkung an der Umsetzung der von der NÖ Landesregierung zur Kenntnis genommenen Strukturanalyse über das NÖ Gesundheitswesen

● Mitarbeit an der Aktualisierung des NÖ Krankenanstaltenplanes auf Grund des neuen Österreichischen Krankenanstaltenplanes

● Fortsetzung der Maßnahmen für die eigenständige Spitalsversorgung Niederösterreichs

● Umsetzung der vom NÖ Landtag freigegebenen Projekte, insbesondere des Medizinische Zentrums Gänserndorf und der Sonderkrankenanstalt Allentsteig

● Verbesserung und Verstärkung der aufsichtsbehördlichen Kontrolltätigkeiten

● Verstärkung der Wahrnehmung der Rechtsträgerfunktion über die Landeskrankenanstalten mit dem Ziel der Verbesserung ihrer Einnahmensituation und der Einleitung der notwendigen Strukturmaßnahmen

● Mitwirkung bei der Umsetzung des NÖ Psychiatrieplanes

● Vorbereitung der organisatorischen Maßnahmen zur Trennung der Akut- und Langzeitbereiche in den beiden Landesnervenkliniken

## Gesundheitswesen

Weiterhin Ergreifung aller behördlichen Maßnahmen, um die Versorgung der NÖ Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser und unbedenklichen Lebensmitteln sicherzustellen.

## EU

Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 müssen auch EG-Verordnungen und Richtlinien im Gesundheitswesen, vor allem im Lebensmittelrecht und beim Sanitätspersonal, übernommen werden.

Die Abteilung hat die erforderlichen legislativen, administrativen und organisatorischen Voraussetzungen für die Umsetzung des Gemeinschaftsrechtes zu schaffen.

## Soziale Dienste

Von den sozialen Diensten fördert das Land Niederösterreich unter anderem

- die sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdienste,
- die Familienhilfe,
- Therapeutische Dienste,
- die Essenzustelldienste im Rahmen der Aktion „Essen auf Rädern“ und
- das Notruftelefon.

### Aufgaben und Schwerpunkte 1997

Das Land Niederösterreich fördert jede nachweislich erbrachte Einsatzstunde aus Mitteln der Sozialhilfe und des NÖ-GUS mit einem Stundensatz zwischen S 303,- (Dipl. Krankenschwester) und S 40,- (freie Mitarbeiter). Die Wohlfahrtsverbände heben von den betreuten Personen ihrem Einkommen angemessene Kostenbeiträge ein. Durch die Befassung mehrerer privater Organisationen mit den sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdiensten wird die Möglichkeit der freien Wahl für die Bevölkerung in den meisten Regionen ähnlich wie im ärztlichen Versorgungssystem gewährleistet. Dadurch ist auch der Vorteil des Wettbewerbs (in St. Pölten-Stadt beispielsweise sind drei Organisationen präsent!) vorhanden.

Die Dezentralisierung der Hauskrankenpflege in Form der Sozialstationen (NÖ Hilfswerk, Volkshilfe) ermöglicht die Organisation der Dienste in kleinen, überschaubaren Einheiten, dadurch kann ein hoher Motivationsgrad der Mitarbeiter erreicht und der Verbürokratisierung vorgebeugt werden.

Sämtliche Leistungen werden dokumentiert. Das Land nimmt außer der Kontrolle auch eine Koordinationsfunktion wahr, damit durch Absprache der verschiedenen Trägerorganisationen beim Ausbau der Sozialstationen eine flächendeckende Versorgung gewährleistet bleibt. Die Voraussetzungen für die Förderung und die Zusammenarbeit wird in den von der NÖ Landesregierung beschlossenen Richtlinien genau geregelt. Mit 1. April 1997 erfolgte eine Änderung der Richtlinien, mit welcher Intensivbetreuungen (= Betreuung von mehr als 55 Stunden pro Monat) Heimwohnern gleichgestellt wurden. Die Durchführung von Intensivbetreuung ist nur im Wege der Bewilligung (Bescheid) durch die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde möglich.

Es werden daher folgende Hilfen angeboten:

- medizinische Hilfen: wie Injektionen, Infusionen, Katheder, Einläufe, Wundversorgung;

- pflegerische Hilfe: wie Körperpflege, Hilfe beim Essen, Hilfe beim Toilettengang;

- praktische Alltagshilfe wie Einkaufen, Putzen, Waschen;

- soziale Kommunikationshilfe: Stützung und Beratung der Angehörigen und des Hilfeempfängers;

- Familienbetreuung: Hilfe zum Weiterführen des Haushaltes sowie zur Pflege und Betreuung von Familienangehörigen bei Krisensituationen (z. B. Krankheit des haushaltsführenden Familienmitgliedes);

- therapeutische Hilfen: Physiotherapie, Heilgymnastik, Logotherapie und Ergotherapie.

Medizinische Hilfen müssen von Diplomkrankenschwestern geleistet werden. Ebenso können therapeutische Hilfen nur von Dipl. Assistenten für physikalische Medizin, Dipl. Ergotherapeuten und Dipl. Logopäden fachgerecht geleistet werden. Aufgrund der 50. Novelle zum ASVG (seit 1. Jänner 1992) ist die medizinische Hauskrankenpflege als Pflichtleistung der Krankenkassen gesetzlich vorgeschrieben.

Alle anderen Tätigkeiten können entweder vom Sanitätshilfsdienstpersonal (Alten- und Familienhelferinnen mit Sanitätsdienstprüfung) oder Haus- bzw. Heimhelferinnen erbracht werden.

Aus dieser Zielvorgabe ergeben sich folgende schwerpunktmäßige Tätigkeitsbereiche:

- Koordination der die Dienste anbietenden privaten Wohlfahrtsträger sowie Förderung der Kooperation der privaten Anbieter

- Vorgabe des Standards sowie die Kontrolle der Einhaltung

- Fachliche Überprüfung sowie auch rechnerische Überprüfung der dem Land verrechneten Leistungseinheiten sowie Kostenbeiträge der Hilfeempfänger durch Einschau in Einzelabrechnungen und die monatlichen Abrechnungen der Rechtsträger

### Familienhilfe

Von Familienhilfe spricht man, wenn es notwendig wird, eine Betreuungsperson, die sonst im familiären Bereich die Kinder oder den pflegebedürftigen Menschen versorgt, für einen begrenzten Zeitraum zu ersetzen. Ein großer Teil der Kosten ist durch einen Beitrag des Landes abgedeckt. Die Familie selbst leistet ebenfalls einen Beitrag. Dabei wird vor allem berücksichtigt, wieviele Personen mit dem Familieneinkommen versorgt werden müssen.

### Essenzustelldienste

In Ergänzung zu den sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdiensten wird betagten, behinderten und kranken Menschen, die nicht mehr in der Lage

sind, sich selbst eine warme Mahlzeit zuzubereiten, Hilfe zum Bezug von Essen angeboten. Zu diesem Zweck fördert das Land Essenzustelldienste, die von Gemeinden oder gemeinnützigen Vereinen durchgeführt werden. Für die Herstellkosten müssen die Hilfeempfänger selbst aufkommen.

### Probleme 1997

- Schwierigkeiten bei der Administration der Verrechnung und Anerkennung der medizinischen Hauskrankenpflege
- Probleme durch die Umstellung bei der Durchführung der Intensivbetreuung

### Ziele 1998

- Ein flächendeckendes Angebot an sozialen und sozialmedizinischen Betreuungsdiensten. Durch die Zusammenarbeit von angestellten Fachkräften und Nachbarschaftshelfern wird neben professioneller Hauskrankenpflege, Hilfe bei der Haushaltsführung sowie Hilfe bei einfachen Handreichungen angeboten und dadurch wird den pflegebedürftigen Menschen die Möglichkeit geboten, auch dann zu Hause betreut zu werden, wenn die Familie und die spontane nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft bereits überfordert oder hierzu nicht in der Lage ist.

- Weiterer Ausbau der sozialen und sozialmedizinischen Dienste, denn nur durch ein Vollangebot an durch Fachkräften geleisteter Pflege können die Krankenhäuser sowie die Pensionisten- und Pflegeheime entlastet werden.

- Vollausbau der sozialen und sozialmedizinischen Dienste (derzeit ca. 60%) sowie Schaffung von „Kurzpflegeeinrichtungen“, denn nur durch diese kann ein neuer „Verrechnungsmodus“ bei der Spitalpflege auch für den Patienten sozial zumutbar umgesetzt werden.

## Hilfe für behinderte Menschen

### Schwerpunkte und Statistik 1997

Aufgabe der Abteilung ist es, infolge ihrer körperlichen, geistigen oder psychischen Leiden oder Gebrechen behinderte NiederösterreicherInnen in das Erwerbsleben oder in die soziale Umwelt einzugliedern sowie ferner ihre berufliche oder soziale Stellung zu erleichtern oder zu festigen. Aus dieser Zielvorgabe ergeben sich folgende schwerpunktar-tige Tätigkeitsbereiche:

- Gewährung von Hilfe für behinderte Menschen,

- Rehabilitationsarbeit,
- Förderung des Umdenkprozesses der Gesellschaft zugunsten der behinderten Menschen.
- Nachgehende Betreuung für behinderte Menschen erfolgte im Rahmen der persönlichen Hilfe.
- Ca. 85 Verträge mit Rechtsträgern von Einrichtungen für behinderte Menschen wurden hinsichtlich Art, Umfang der Betreuung und Höhe der Verpflegskosten geändert bzw. neu abgeschlossen.
- Die Aufsicht über die Rehabilitationseinrichtungen freier Wohlfahrtsträger (ca. 2.896 NiederösterreicherInnen in Heimen und Tagesheimstätten) wurde ständig ausgeübt.
- Im Bereich Bewilligungsverfahren für Behinderteneinrichtungen wurden 4 Lokalausweise durchgeführt, bei 2 Einrichtungen konnte mit Bescheid das Verfahren abgeschlossen werden. Weiters wurden auch 4 Bauberatungen durchgeführt.
- An 108 Tagen erfolgten Rehabilitationsberatungen in den einzelnen Einrichtungen über weitere zu treffende Maßnahmen. Im Rahmen dieser wurden 626 Fälle besprochen.
- An 75 Tagen erfolgte Beratung des Personals der Rehabilitationseinrichtungen, Erstellung von Rehabilitationsplänen für die einzelnen behinderten Menschen in Heimen durch eine Psychologin, 2 Heil- und Sonderpädagogin, Fachärzte für Psychiatrie und SozialarbeiterInnen. Es wurden auch 12 Hausbesuche und 6 Krankenhauskontaktbesuche durchgeführt.
- Den Bezirksverwaltungsbehörden wurden schriftliche Gutachten zur Einstufung des Pflegeaufwandes für geistig oder psychisch behinderte Menschen von SozialarbeiterInnen der Abteilung gegeben.
- Die Organisation von Sprechtagen für hör- und sprachbehinderte Kinder bei den Bezirksverwaltungsbehörden erfolgte wie in den Vorjahren. Bei 7 Sprechtagen wurden insgesamt 257 Kinder vorgestellt und begutachtet.
- Maßgebliche Mitwirkung an der Organisation des Sommersprachheilkurses, Aufnahme und Kurskontrollen (3wöchige Unterbringung von ca. 123 Kindern an 2 verschiedenen Kursorten).
- Die Organisation einer Urlaubsaktion für behinderte Kinder und Jugendliche in der Waldschule Wiener Neustadt wurde für 30 Kinder und Jugendliche durchgeführt.
- Eine EDV-unterstützte Behindertenkartei wurde geführt und weiter ausgebaut und ergänzt.
- Die Ausgliederung geistig behinderter Menschen aus den NÖ Landesnervenkliniken wurde weitergeführt. Eine weitere Gruppe geistig behinderter Menschen wurde in eine neue Einrichtung der Caritas der Diözese St. Pölten überstellt.

- Planung und Organisation von Erweiterungen und Neuerrichtungen von Behinderteneinrichtungen: Wohnheim Waidhofen Thaya, Wohn- und Beschäftigungseinrichtung Breitenfurt, Wohnheim und Beschäftigung für Körperbehinderte in Zwentendorf, Ambulatorium Melk oder St. Leonhard, Tagesheimstätte Mühlbach, Tagesheimstätte und Wohnheim Krems, Tagesheimstätte Oberwölbling, Verein „PSZ“ – Wohngemeinschaft Wiener Neustadt, Club und Wohnungen für psychisch Kranke Wiener Neustadt der Caritas, Wohnungen der Lebenshilfe NÖ: TGH und Wohnplätze der Lebenshilfe NÖ in Aschbach, Baumgarten, Bruck/Leitha, TGH Kemmelbach, TGH Weigelsdorf. Weiters: Wohnheim Mank, Taubblindenzentrum Wiener Neustadt, Einrichtung des Vereines Reintegration Hochwolkersdorf.
- Teilnahme an Sitzungen von Gremien des Fonds zur Schaffung von Wohnraum für behinderte Menschen.
- Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen der Geschützte Werkstätten St. Pölten, Wiener Neustadt und PSZ Schillern.
- Entscheidungen über Anträge auf Hilfe für Behinderte in erster Instanz bzw. als Berufungsinstanz wurden getroffen.
- In Angelegenheiten des Kostenbeitrages wurden 35 Berufungsentscheidungen erlassen sowie 5 Gegenschritten verfaßt.
- Bei der Erarbeitung von Texthandbüchern für die Bezirksverwaltungsbehörden wurde mitgewirkt.

### Probleme 1997

- Die Lösung von Problemen bei der Früherkennung und Frühbehandlung von Behinderten wurde durch die Umsetzung eines Frühförderungskonzeptes fortgesetzt.
- Koordinationsschwierigkeiten auf Grund der wachsenden Zahl von Rehabilitationsträgern (z. B. Nationalfonds, Bundessozialamt) sowie der in immer mehr Gesetzen verankerten finanziellen Möglichkeiten für Behinderte, wie auch die Koordination mit den einzelnen Behindertenverbänden und Vereinen erforderten zahlreiche Kontaktgespräche.
- Vermehrte Probleme mit der Unterbringung behinderter Menschen auf Arbeitsplätzen ergaben sich aus der allgemein schwierigen Situation am Arbeitsmarkt und der Auslagerung von einfachen Beschäftigungen in die Oststaaten.
- Ein vermehrter Bedarf an Wohnheimplätzen für behinderte Menschen, besonders für Schwerstbehinderte trifft nach wie vor mit einer allgemein schwierigen Situation im Wohnungsbereich zusammen.
- Probleme mit und nach der Ausgliederung geistig schwerstbehinderter Menschen aus psychiatrischen Kran-

kenhäusern erfordern vermehrten Einsatz auf diesem Gebiet, um diese Anliegen weiter voranzutreiben.

### Ziele 1998

- Weiterer Ausbau des Netzes von Einrichtungen der beruflichen Eingliederung und Beschäftigungstherapie für geistig und mehrfachbehinderte Menschen; Schaffung verschiedener Unterbringungsmöglichkeiten wie Heime, betreute und teilbetreute Wohngemeinschaften, Wohnplätze.
- Errichtung von Wohnheimen und anderen Wohnmöglichkeiten für körperbehinderte Menschen.
- Errichtung von Tagesheimstätten, betreuten Wohnplätzen, Wohngemeinschaften für psychisch behinderte Menschen.
- Errichtung von Betreuungsplätzen für pflegebedürftige oder schwer verhaltensgestörte behinderte Menschen sowie ältere mehrfachbehinderte Menschen.
- Intensivierung der nachgehenden Betreuung behinderter Menschen.
- Unterbringung von geistig behinderten Menschen in dafür geeigneten Einrichtungen mit spezieller Betreuung. Vermeidung der Einweisung dieser Personen in Pensionistenheime und psychiatrische Krankenhäuser; Überstellung von jüngeren Behinderten in psychiatrischen Krankenhäusern in eigene Heime für behinderte Menschen.
- Koordinierung und weiterer Ausbau eines Netzes von ambulanten Therapieeinrichtungen für die Früherkennung und Frühbehandlung auf Grund des vorhandenen Konzeptes über Frühförderung.
- Intensivierung der Kontakte mit den Sachbearbeitern und den Sozialarbeitern der Sozialabteilungen der Bezirksverwaltungsbehörden.

## Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen

### Aufgabenbereich und Schwerpunkte 1997

Die Tätigkeit im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt (Abschnitt II des NÖ SHG) und der Hilfe in besonderen Lebenslagen (Abschnitt IV des NÖ SHG) ergibt sich aus der Forderung des NÖ SHG jenen Menschen die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen, die dazu der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen. Aufgabe der Hilfe zum Lebensunterhalt ist es, einen Mindeststandard sicherzustellen. Der Mindeststandard wird als jenes Einkommensniveau interpretiert, das auf Dauer nicht

mehr unterschritten werden kann, ohne die Deckung des existenznotwendigen Bedarfes zu gefährden. Der Mindeststandard grenzt jenen Einkommensbereich ab, in dem zwar noch sehr dürftige Verhältnisse herrschen, aber doch eine bescheidene Teilhabe an der modernen Zeit gewährt und damit der „soziale Anschluß“ möglich wird. Aufgabe der Hilfe in besonderen Lebenslagen ist es, Leistungen für Personen zu erbringen, die zur Bewältigung von außergewöhnlichen Schwierigkeiten in ihren persönlichen, familiären, wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnissen der Sozialhilfe bedürfen.

Hilfe in besonderen Lebenslagen besteht in der Gewährung der Pflege in Heimen, Krankenanstalten und insbesondere in Hilfe zur Beschaffung und Beibehaltung des Wohnraumes und Hilfe zum Aufbau und zur Sicherung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage (§§ 30 und 31 NÖ SHG). Diese letzte Form der Hilfeleistung besteht in der Gewährung nicht rückzahlbarer Beihilfen und Darlehen. Für Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Krankenhilfe und Pflege in Heimen ist gemäß § 41 ff. Kostenersatz zu leisten und zwar vom Empfänger der Hilfe, vom Erben des Hilfesuchenden oder von unterhaltspflichtigen Angehörigen. Der Kostenersatz kommt vor allem bei Empfängern der geschlossenen Sozialhilfe (Heimunterbringung) zum Tragen.

- Berufungsentscheidung in allen Angelegenheiten des Abschnittes II und IV des NÖ SHG.

- Administration der im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung des Landes (§§ 30, 31 und 34) gewährten Darlehen und Beihilfen.

- Abschluß von Verträgen mit Rechtsträgern von Einrichtungen für psychisch Kranke und sozialgeschädigte Menschen über Art, Umfang der Betreuung und die Höhe der Verpflegskosten.

- Abschluß von Verträgen mit Einrichtungen zur Eingliederung von Obdachlosen bzw. Beschäftigungslosen in das Erwerbsleben, mit Frauenhäusern, Mutter-Kind-Heimen über Art und Umfang der Betreuung, die Höhe der Verpflegskosten (Zusatzübereinkommen/neuer Vertrag).

- Im Rahmen der Verwaltungsakademie wurden 7 Viertelskonferenzen (Schulung und Information für Sozialabteilungsleiter und Stellvertreter) abgehalten.

### Probleme 1997

- Österreichweit wachsen in der Sozialarbeit die Probleme mit der Überscheidung von Familien und Einzelpersonen. Die Sozialhilfe trifft in derartigen Fällen auch die schwerwiegenden Folgekosten wie Existenzsicherung bei Arbeitsplatzverlust infolge Lohnpfändung und anderen Maßnahmen, insbesondere für Kinder, wenn Familien auf Grund der finanziellen Situation zerbrechen.

Für die Probleme die durch die Praxis der großzügigen Kreditgewährung durch Versandhäuser und Banken ohne Prüfung der Kreditwürdigkeit entstehen, müßte daher im präventiven Bereich flächendeckend in Niederösterreich Vorsorge getroffen werden. Die vom Verein „NÖ Schuldnerhilfe“ in St. Pölten, Wiener Neustadt, Hollabrunn und Zwettl installierten Schuldnerberatungsstellen werden daher vom Land gefördert.

- Trotz guter Konjunkturlage des letzten Jahres steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen weiter an, und die Arbeitsämter sind vielfach nicht in der Lage, diese Personen – insbesondere Sozialhilfeempfänger – am Arbeitsmarkt zu vermitteln. Da die Arbeitsämter außerdem in erster Linie bemüht sind, die Personen, welche in einem Leistungsbezug stehen (ALG etc.), zu vermitteln, besteht für bei Arbeitsämtern vorgemerkte Sozialhilfeempfänger wenig Chance auf einen Arbeitsplatz bzw. wird ihre tatsächliche Arbeitswilligkeit häufig vom Arbeitsamt zu wenig kontrolliert.

Die Sozialämter sind daher gezwungen, zwecks Prüfung der tatsächlichen „Arbeitswilligkeit“ eines Sozialhilfebezieher neben dem Arbeitsamt tätig zu werden und eine Vermittlung des Sozialhilfebezieher am Arbeitsmarkt zu versuchen.

- Am Land gibt es ebenso wie im städtischen Gebiet fast keine billigen Wohnungen. Selbst wenn Mietbeihilfe gewährt wird, sind die Betriebskosten für Bezieher von Mindesteinkommen nicht erschwinglich. Außerdem sind viele Familien, die Einfamilienhäuser fast ausschließlich mit Fremdkapital finanziert haben, bei Verlust des Arbeitsplatzes bzw. nach einer Scheidung nicht mehr in der Lage, die vereinbarten Raten einzuhalten bzw. für die Betriebskosten aufzukommen. Immer mehr Personen, die über ein zwar weit über dem Sozialhilferichtsatz liegendes Einkommen verfügen, steht nach Abzug des Wohnungsaufwandes nur mehr ein unter dem jeweiligen Sozialhilferichtsatz liegendes Einkommen zur Bestreitung der Lebenskosten zur Verfügung. Um Delogierung bzw. Abschaltung des Strombezuges zu vermeiden, muß diesem Personenkreis, der zwar keinen Anspruch auf eine laufende Unterstützung hat, des öfteren, um soziale Härten (Kleinkinder etc.) zu vermeiden, eine einmalige Aushilfe bzw. Darlehen gewährt werden.

- Verschiebung der demografischen Alterslastquote. In Niederösterreich sind derzeit schon 21% der Gesamtbevölkerung über 60 Jahre alt. Diese Entwicklung bedingt ein ständiges Ansteigen der Pflegegeldbezieher und natürlich auch einen vermehrten Bedarf an Pflegebetten in Heimen sowie der Nachfrage nach sozialmedizinischen und sozialen Diensten.

Im Jahr 2030 werden es voraussichtlich 33–35% der Gesamtbevölkerung sein,

wobei der Anteil der über 75jährigen bereits mehr als 10% betragen wird. Im Hinblick auf die zunehmende Überalterung der Bevölkerung ergeben sich durch die damit verbundene Pflegebedürftigkeit gewaltige Probleme bezüglich der Finanzierung des zu erwartenden Pflegebedarfes. Eine befriedigende Regelung der finanziellen Erfordernisse ist nur auf einer gesamtösterreichischen Solidarität der Länder, des Bundes, der Sozialversicherung und der Gemeinden tragbar. Es muß daher der weitere Ausbau der sozialen und sozialmedizinischen Betreuungsdienste forciert werden.

- 1997 hat sich, bedingt durch die schlechte wirtschaftliche Lage und die angespannte Situation am Arbeitsmarkt, die Anzahl der Anträge auf Gewährung von Darlehen gemäß §§ 30 und 31 NÖ SHG weithin erhöht. In Anbetracht der Höhe der dafür im Budget vorgesehenen Mittel und der Vielzahl der Antragsteller, die auf Grund ihrer finanziellen Lage gar nicht in der Lage sind, Darlehensrückzahlungen zu tätigen, ergaben sich Schwierigkeiten bei der Vergabe.

### Ziele 1998

- Verstärkte Kooperation mit den Sozialabteilungen der Bezirksverwaltungsbehörden betreffend Schulungen der Bediensteten, Kooperation mit privaten Rechtsträgern und den Landeseinrichtungen (Pensionisten- und Pflegeheimen).

- Anpassung der Geldleistungen in der Sozialhilfe an die jeweiligen Lohn- und Preisverhältnisse durch Änderung der Verordnung über Sozialhilfen.

- Die gestiegenen Lebenserwartungen und die derzeitige Arbeitsmarktsituation und die vom Bund vorgenommene Reduzierung im Sozialbereich (ALG, FB, ASVG) bewirken eine überdurchschnittliche Zunahme an Sozialfällen. Um trotz der nur beschränkt zur Verfügung stehenden Mittel den sozialen Standard zu halten, muß im einzelnen Förderungsfall in zunehmenden Maße die Familie miteinbezogen werden, um damit das Bewußtsein zu stärken, daß jeder für seine unmittelbaren Angehörigen zunächst selbst sorgen muß, und darüber hinaus die Eigenverantwortung gezielt gefördert werden. Des weiteren muß geachtet werden, das soziale Engagement gegenüber in Not geratenen Menschen ganz allgemein zu heben.

### Psychosoziale Betreuung

Im Einzugsbereich der beiden Landeskrankenhäuser wurde ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen geschaffen. Im Bereich der Landeskrankenhäuser Mauer und Gugging müßte

jedoch die Beratung durch die Sozialarbeiter (Vermehrung der Dienstposten) forciert werden, je nach den vorhandenen finanziellen Mittel sollen auch weitere Übergangwohnheime bzw. Wohnungen errichtet werden.

## NÖ Pflegegeld

### Schwerpunkte 1997

- Seitens des Bundesministeriums bestehen bereits Überlegungen zu einer Evaluierung des Bundespflegegeldgesetzes. Eine Novelle zum NÖ PGG wird auf Grund der Novelle zum BPGG bereits ausgearbeitet.

- An den Sitzungen des Beirates „Vorsorge für pflegebedürftige Menschen“ beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurde teilgenommen und die für den gemeinsamen Jahresbericht (Bund/Länder) erforderlichen Statistiken und Berichte erstellt.

### Ziele 1998

Anpassung des NÖ Pflegegeldgesetzes an die Novelle zum Bundespflegegeldgesetz – NÖ PGG-Novelle 1998.

Die nunmehr zu allen 7 Stufen des Pflegegeldes ergehende Spruchpraxis der Gerichte wird in regelmäßigen Zeitabständen zusammengefaßt als Information den Bezirksverwaltungsbehörden zur Verfügung gestellt werden.

## Sozialhilfebeirat

1997 wurde, da die Budgetvorgaben für 1997 und 1998 genau erstellt wurden, keine Sitzung des Sozialhilfebeirates des Landes abgehalten.

Die Jahresberichte der Sozialbeiräte wurden zusammengefaßt und den Bezirksverwaltungsbehörden Hilfestellungen bei der weiteren Entwicklung der Arbeit der Beiräte geleistet.

## Opferfürsorge

### Aufgaben und Schwerpunkte 1997

Die Vollziehung des Opferfürsorgegesetzes wird im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung wahrgenommen. Der Aufgabenbereich umfaßt die Durchführung des Verfahrens auf Feststellung von Anspruchsberechtigungen nach diesem Gesetz (Opfer des Kampfes um ein freies demokratisches Österreich oder der politischen Verfolgung bzw. Hinterbliebene nach solchen Personen, Ausstellung von Amtsbescheinigungen und Opferaussweisen, Zuerkennung von Hilfen bzw. Entschädigungen und die Rentenfürsorge).

- Vier Bedienstete sind vom Bundesminister für Arbeit und Soziales in die NÖ

Rentenkommission berufen (je zwei Mitglieder bzw. Stellvertreter).

- Dem im Opferfürsorgegesetz umschriebenen Personenkreis (Inhaber von Amtsbescheinigungen und Opferaussweisen) werden gemäß den Beschlüssen eines gebildeten Verwaltungsausschusses finanzielle Hilfen gewährt. Die finanziellen Mittel hierfür werden aus dem Landesbudget zur Verfügung gestellt.

- Mit den Interessenvertretungen der Opfer (Opferverbände) werden laufend enge Kontakte gepflegt, was sich wegen des so erzielten Informationsgewinnes bei der Administration von Anträgen als äußerst wertvoll erweist.

### Probleme 1997

Aufgrund von Publikationen und der ausgezeichneten Informationsarbeit der politischen Verbände sind selbst 50 Jahre nach Kriegsende nach wie vor Neuanträge (Anspruchsberechtigungen) zu verzeichnen, wobei sich das Ermittlungsverfahren in vielen dieser Fälle mangels an geeigneten Beweismitteln als äußerst diffizil und langwierig erweist.

### Ziele 1998

Unter Bedachtnahme auf die gegebene Gesetzeslage sind die Zielvorgaben konstant und darauf beschränkt, den in Rede stehenden Personen die entsprechenden Hilfeleistungen, Unterstützungen u. dgl. zu gewähren.

## Statistik 1997

### Soziale Dienste

Sozialmedizinische und soziale Betreuungsdienste

Sozialstationen	203
Personal mtl. durchschnittl.	314
Hilfeeinpänger mtl. durchschnittl.	9.542
Einsatzstunden	2.064.077,23
davon Diplomkrankenpfleger	386.320,67
davon Altenpfleger/Sanitätshelfer	291.281,63
davon Heimhelfer	1.349.179,93
davon Therapeuten	1.154,25
davon Familienhelfer	36.140,75
Landesförderung SH-Mittel	S 170,5 Mio.
NÖGUS	S 170,5 Mio.

### Essenzustelldienste

Veranstalter	
Gemeinden	130
Private Wohlfahrtsträger	90
Landesförderung	S 18.190.632,50
Portionen	2.301.391

## Behindertenhilfe

- Heilbehandlung.** Medizinische Heilbehandlung durch stationäre Behandlung und Zuschüsse erhielten 198 Personen sowie 2.107 Personen für ambulante Behandlung. An Sommertherapiekursen nahmen 123 Kinder teil.

- Hilfe zur Erziehung und Schulbildung.** Internatsmäßige Hilfe erhielten 162 behinderte Kinder und Jugendliche. Extern untergebracht waren 89 behinderte Menschen.

- Hilfe zur beruflichen Eingliederung.** Internatsmäßig untergebracht waren 436 behinderte Menschen. Extern untergebracht waren 669 behinderte Menschen. Zusätzlich erhielten 6 behinderte Menschen Zuschüsse für Arbeitserprobungen.

- Hilfe durch Unterbringung in geeigneten Einrichtungen.** Unter diesem Titel wurden 49 Personen betreut.

- Beschäftigungstherapie.** Internatsmäßig waren 722 behinderte Menschen untergebracht. Extern untergebracht waren 615 behinderte Menschen.

- Persönliche Hilfe.** Aus diesem Titel wurden 62 Personen nach Heimentlassungen nachbetreut.

- Sonstige Zuschüsse.** Für 858 Personen wurden Zuschüsse für folgende Maßnahmen gewährt:

- Ersatz der Fahrtkosten, die im Zusammenhang mit Maßnahmen der Hilfen für behinderte Menschen entstanden sind (Einzel-, Sammeltransporte, Wochenendfahrten, usw.)

- Hausunterricht
- Hausfrühbetreuung
- Frühförderung

- In 36 besonders berücksichtigungswürdigen Fällen wurden als Sofortmaßnahmen finanzielle Unterstützungen gewährt.

- An 7 Sprechtagssorten wurden 257 sprach- und hörbehinderte Kinder begutachtet und die Angehörigen beraten; 2 Kurskontrollen erfolgten.

- 75 Heimbesuche und 108 Rehabilitationsberatungen durch die Sozialarbeiter der Abteilung wurden durchgeführt.

- 12 Hausbesuche, 6 Krankenhauskontaktbesuche, 2 Außendienste bezüglich Ausgliederungsprojekt Gugging, 35 Termine bezüglich PflegegeldEinstufungen in den Einrichtungen mit nachträglicher Erstattung von Gutachten an die Bezirksverwaltungsbehörden wurden von den Sozialarbeitern der Abteilung durchgeführt.

- An 1 Sozialreferentenkonferenz der Länder wurde teilgenommen.

## Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen

- Hilfe zum Lebensunterhalt.** 41 Berufungsentscheidungen.

- Integrationshilfe für Flüchtlinge.** Aus diesem Titel wurden an Familien bzw. Einzelpersonen einmalige Beihilfen

und Unterstützungen sowie Zuschüsse an Träger der freien Wohlfahrt für Betreuung von Flüchtlingen gezahlt.

● **Hilfe zur Schaffung einer wirtschaftlichen Lebensgrundlage.** In 21 Fällen wurden unverzinsliche, langfristige Darlehen in der Höhe von S 1,417.017,- gewährt. In 67 Fällen wurden einmalige Beihilfen in der Höhe von S 1,567.673,10 gewährt. 45 Anträge wurden negativ erledigt. Ein im Vorjahr gewährtes Darlehen wurde in eine einmalige Beihilfe umgewandelt.

● **Hilfe für Familien.** In 62 Fällen wurden unverzinsliche, langfristige Darlehen in der Höhe von S 4,572.679,14 gewährt. In 145 Fällen wurden einmalige Beihilfen in der Höhe von S 3,421.890,74 gewährt. 59 Anträge wurden negativ behandelt. 3 in Vorjahren gewährte Darlehen wurden in einmalige Beihilfen umgewandelt. 3 Darlehen wurden abgeschrieben (Restbeträge).

● **Hilfe für betagte Menschen.** In 2 Fällen wurden unverzinsliche langfristige Darlehen in der Höhe von S 77.538,- gewährt.

In 14 Fällen wurden einmalige Beihilfen in der Höhe von S 234.443,- gewährt. 11 Anträge wurden negativ erledigt. 2 in Vorjahren gewährte Darlehen wurde in eine einmalige Beihilfe umgewandelt.

Zuschüsse zu den Mietkosten eines Notruftelefons wurden übernommen.

● **Hilfe für pflegebedürftige Menschen.** 45 Klagebeantwortungen, 4 Berufungen, 1 Revision. Außerdem wurden 15 Verhandlungstermine wahrgenommen.

● In 32 Fällen wurde die Altersnachsicht erteilt, wodurch in vielen Fällen die Unterbringung in einem Heim verhindert

werden konnte. In 18 Fällen konnte die Altersnachsicht nicht erteilt werden.

● In 41 Fällen wurde die Nachsicht vom Besitz der österr. Staatsbürgerschaft erteilt. 9 Anträge wurden negativ erledigt.

● **Kostenersatz.** 68 Berufungsentscheidungen.

● **Krankenhilfe.** 6 Berufungsentscheidungen.

● **Pflegeplatzbewilligung.** 4 Berufungen.

● **NÖ Pflegegeldgesetz.** 455 Fälle wurden anhand der erstellten Gutachten bezüglich der Schlüssigkeit der Einstufung überprüft.

● 3 Entscheidungen nach der Ländervereinbarung über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe.

● 6 Gegenschritten in VwGH-Verfahren.

● 7 Viertelskonferenzen (Fortbildungsveranstaltungen) für Sozialabteilungsleiter wurden durchgeführt.

● An drei Sitzungen des Beirates „Vorsorge für pflegebedürftige Menschen“ wurde teilgenommen.

### Opferfürsorge

● Mit Stichtag vom 31. Dezember 1997 waren 441 Amtsbescheinigungsinhaber sowie 942 Opferausweisinhaber, die in Niederösterreich wohnhaft sind, vermerkt.

● 1997 wurden 11 Renten- bzw. Beihilfenleistungen neu zuerkannt. Mit Stichtag 1. Jänner 1998 waren 242 Renteninhaber nach dem OFG, die in Niederösterreich wohnhaft sind, vermerkt. Von diesen Personen sind 125 Selbstopfer und 113 Personen Hinterbliebene nach Opfer.

● Im Rahmen der Opferfürsorgeabgabe (Landesverwaltung) wurden 185 einmalige Beihilfen gewährt und 4 Beihilfeanfragen abgewiesen.

● 1997 wurden 19 Sterbegelder, 4 Diätzuschüsse sowie 4 Gebühren für das Sterbevierteljahr zuerkannt.

● In 84 Fällen wurde eine Renten- bzw. Beihilfenbemessung vorgenommen.

### Subventionen und Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden an Träger der freien Wohlfahrtspflege für deren Aktivitäten am Sozialhilfesektor und Investitionen in Einrichtungen Förderungsbeiträge überwiesen.

Durch die Tätigkeit dieser privaten Träger gelangt ein großer Personenkreis in den Genuß sozialer Einrichtungen, die zwar das SHG vorsieht, von der Behörde allein jedoch ohne Hilfe von außenstehenden Organisationen nicht verwirklicht werden könnten. Ein Teil davon wurde dem „NÖ Fonds zur Schaffung von Wohnraum für behinderte Menschen“ aus zweckgewidmeten Einnahmen der Behindertenhilfe zur Verfügung gestellt.

### Verrechnung

1997 wurden im ordentlichen Voranschlag gebarungsgemäß getätigt:

Ausgaben:	4.536.422.000,-
Einnahmen:	3.240.550.000,-

## Abteilung Jugendwohlfahrt

### Schwerpunkte 1997

● Ausarbeitung der Verordnungen zum NÖ Kinderbetreuungsgesetz für die Bereiche Tagesmütter, Tagesbetreuungs-einrichtungen und Horte

● Vorbereitung und Durchführung der Tagung „Jugendwohlfahrt in Bewegung – Innovationen und Trends“ samt Erstellung der Tagungsdokumentation und Vorbereitung weiterer Schritte zur Entwicklung des Leitbildes

● Erstellung der Jugendwohlfahrtsplanung, Veröffentlichung in der NÖ Schriftenreihe Nr. 98 „Jugendwohlfahrt, Analyse – Planung“

● Einrichtung der NÖ Jugendplattform als Kooperationsform von Dienststellen des Landes, Landesschulrat, Arbeitsmarktservice und Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit zur Vernetzung bestehender Angebote für Jugendliche und zum Aufzeigen von Leer-

feldern in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Freizeit

● Start des Pilotprojekts „Professionelle Pflegeeltern“

● Mitwirkung an einem EU-Projekt „Aus-bildung von Pflegeeltern“

● Erfassung der bestehenden Horte in Niederösterreich und Durchführung von zahlreichen neuen Bewilligungsverfahren

● Mitwirkung an der Studie „Mutterberatung in NÖ“ samt Fragebogenuntersuchung und Vorbereitung einer Arbeitsta-gung „Mutterberatung neu“

● Fortsetzung der Konzeptarbeit für die NÖ Landesjugendheime, Mitwirkung an einer Informationstagung für Privatheimbetreiber und Vorarbeiten für das Konzept „Heimverbund“

● Umstrukturierung des Angebots an Berufsvorbereitungskursen für Jugendliche in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice

● Mitwirkung an einer Bezirksschulinspektorenkonferenz zur Verbesserung der Kooperation zwischen Schule und Jugendwohlfahrt

● Mitveranstaltung der Ausstellung „(K)ein sicherer Ort“ zum Thema Kindes-mißbrauch, Teilnahme an Podiumsdiskussionen in Amstetten und Wr. Neustadt

● Herausgabe von zwei Folgen der Fachpublikation „INFO für MitarbeiterInnen der Jugendwohlfahrt“ und weitere Öffentlichkeitsarbeiten

● Umstrukturierung des Jugendhilfsfonds

● Evaluation der bisherigen Leistungen im Rahmen der Unterstützung der Erziehung

● Lukrierung von Fördermitteln der EU

● Fertigstellung eines Aus- und Fortbildungssystems für Diplomsozialarbeiter an den Jugendabteilungen

● Mitwirkung an einer Arbeitsgruppe zur Festlegung von Kriterien für die Per-

sonalbedarfsplanung samt Erstellung eines Produkt- und Aufgabenkatalogs

- Sicherstellung der Jugendwohlfahrtsaufgaben an den Jugendabteilungen trotz personeller Engpässe durch Entwicklung von Notprogrammen und Stützangeboten
- Geordnete Übersiedlung der Dienststelle nach St. Pölten und Neuaufbau einer funktionierenden Arbeitsstruktur

### Aus- und Fortbildung

- In Zusammenarbeit mit der Landesamtsdirektion – Aus- und Weiterbildung:
  - 1 zweitägiges Seminar für Amtsvormünder zur Vertiefung im Exekutionsrecht
  - 1 dreitägiges Seminar für Amtsvormünder „Umgang mit Klienten“
  - 1 eintägige Großveranstaltung für das Fachpersonal zum Thema „Pflegekinderwesen“
  - 3 dreitägige Berufsanfängerseminare für Diplomsozialarbeiter und Amtsvormünder
  - 2 dreitägige vertiefende Seminare zum Thema Arbeit im Pflegekinderwesen für Diplomsozialarbeiter
  - 1 zweitägiger Gesprächsführungskurs (der 1. von 3 Teilen) für Diplomsozialarbeiter
  - 1 dreitägige Veranstaltung für Ausbildungsbeauftragte an den Jugendabteilungen
  - 1 halbtägige Fortbildungsveranstaltung in der Fachabteilung zum Thema „Inhalte der Fortbildung zum Pflegekinderwesen“ für Diplomsozialarbeiter
  - Supervision:
    - 5 Supervidierende Arbeitskreise, die monatlich abgehalten werden (Korneuburg, Melk, St. Pölten, Wiener Neustadt, Zwettl)
    - 7 Supervisionsgruppen
  - Andere Veranstaltungen:
    - Fortsetzung der Serie von Regionalseminaren mit dem Thema „Suchtgefährdete Jugend – neue Chancen des vernetzten Handelns“ in Neunkirchen
    - Mitwirkung an einer Fortbildungsveranstaltung für Kindergärten zum Thema „Zusammenarbeit Jugendabteilung – Kindergarten“ bei „Gewalt in der Familie“.

### Rechtshilfe

Die Rechtshilfe steht dem Fachpersonal der NÖ Jugendabteilungen und Jugendämter bei Bedarf zur Klärung juristischer und praktischer Probleme zur Verfügung. Diese Beratungsmöglichkeit wird auch (vorwiegend telefonisch) von Privatpersonen in Anspruch genommen.

### Fachaufsicht

Im Rahmen der Fachaufsicht wurden die Jugendabteilungen der Bezirkshauptmannschaften in Scheibbs, Bruck/L., Amstetten und das Stadtjugendamt Waidhofen/Ybbs überprüft.

Im Rahmen der Praxisanleitung von 14 Berufsanfängern wurden 132 Beratungsgespräche geführt.

Auf Ersuchen der Personalabteilung wurden mit 33 BewerberInnen (Diplomsozialarbeiter) Gespräche geführt und Stellungnahmen hinsichtlich ihrer Eignung für eine Tätigkeit im Jugendwohlfahrtsbereich abgegeben. Davon wurden 10 Personen tatsächlich angestellt.

### Heimsozialarbeit

Der Abteilung Jugendwohlfahrt obliegt die Vorsorge für eine bestmögliche Förderung aller in institutioneller Erziehung stehender Kinder und Jugendlicher.

Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimerziehung stellt die schwerwiegendste Maßnahme der Jugendwohlfahrt dar und bedingt dadurch hohe Verantwortlichkeit.

Heimsozialarbeit gliedert sich in administrative, koordinierende, beratende und begleitende Tätigkeiten. Die Tätigkeiten werden in regelmäßigen Abständen von den HeimsozialarbeiterInnen in Zusammenarbeit mit PsychologInnen des Psychologischen Dienstes in NÖ Landesjugendheimen und einigen Privatheimen durchgeführt.

Heimerziehung wird heute grundsätzlich als eine mögliche Hilfe neben anderen für Heranwachsende und ihre Familien gesehen. Sie kann nur dann effektiv sein, wenn bereits vor der Unterbringung gemeinsam mit den Angehörigen und den Kindern/Jugendlichen das Unterbringungs- bzw. Erziehungsziel und die voraussichtliche Aufenthaltsdauer klar definiert und festgelegt werden. In diesem Prozeß bedarf es auch in der Endphase der Einbeziehung der Institution Heim.

Ziel der Heimsozialarbeit ist es, das definierte Erziehungsziel zu verfolgen, zu begleiten und dessen Einhaltung zu kontrollieren. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den SozialarbeiterInnen und AmtsvormünderInnen der Jugendabteilungen, den MitarbeiterInnen der Heime, wichtigen Bezugspersonen des Kindes/Jugendlichen und anderer Institutionen. In jedem Einzelfall wird überprüft, ob und durch welche Schritte während des Heimaufenthaltes das Erziehungsziel erreicht werden kann oder abgeändert und neu festgesetzt werden muß. In regelmäßigen Zeitabständen werden in allen betreuten Heimen gemeinsam mit der HeimsozialarbeiterIn und der PsychologIn des Psychologischen Dienstes Fallverlaufskonferenzen (Gruppenbesprechungen) durchgeführt. Weitere methodische Zugänge stellen Einzelgespräche mit den Kindern/Jugendlichen, Helferkonferenzen und Gespräche mit Eltern und Angehörigen dar.

Heimerziehung sollte großteils als familienergänzende Maßnahme verstanden werden. Aus diesem Grund ist Angehö-

rigerarbeit ein wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit im Heim. Jedenfalls ist während des gesamten Heimaufenthaltes des Kindes/Jugendlichen – je nach Alter – eine mögliche Reintegration in die Familie bzw. eine Verselbständigung vorzubereiten. Jüngere Kinder, bei denen eine Reintegration in die eigene Familie nicht möglich ist, werden – sofern sie hierfür geeignet sind – in Pflegefamilien untergebracht, wobei Pflegestellenwerber sorgfältig ausgewählt und auf ihre Aufgabe vorbereitet werden müssen.

Für die im Rahmen der Behindertenhilfe in den verschiedenen Heimen untergebrachten Kinder/Jugendliche ist die Abteilung Sozialhilfe zuständig – nach Möglichkeit finden gemeinsame Rehabilitationskontrollen statt.

In den Landesjugendheimen Hollabrunn, Hinterbrühl und Hochwolkersdorf/Pottenstein werden in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice Berufsvorbereitungskurse durchgeführt. Zielgruppe sind Jugendliche, die ihre gesetzliche Schulpflicht erfüllt haben, aber auf Grund von Entwicklungsrückständen nicht unmittelbar ins Berufsleben eingegliedert werden können.

1997 wurden im Rahmen der Heimsozialarbeit alle Landesjugendheime (Matzen, Pottenstein, Schauboden, Hinterbrühl, Reichenauerhof, Allentsteig, Korneuburg, Hollabrunn, NÖ Landes-Kinderheim „Schwedenstift“) und 4 Privatheime (Schülerinternat Schloß Judenau, Kinderheim Sitzendorf, Mädchenwohngemeinschaft Brunn/Geb., Mädchenfamilienheim Wiener Neustadt) betreut. In diesen Institutionen leben insgesamt rund 900 Kinder und Jugendliche.

### Pflege- und Adoptivkinderwesen

Im Adoptionsbereich besteht ein großes Mißverhältnis zwischen den vorgemerkten Adoptionswerbern und den zur Adoption freigegebenen Kindern, so daß sich meistens jahrelange Wartezeiten ergeben. Immer mehr Adoptiveltern können sich auf eine offene Adoption – persönliches Kennenlernen der abgebenden Eltern und mögliche Kontakte – einlassen. Im Pflegekinderbereich besteht trotz freier Pflegeplätze ein Defizit an geeigneten Pflegeeltern, die bereit sind, behinderte und verhaltensauffällige Kinder sowie Geschwister und Kinder mit häufigem (oftmals problematischem) Elternkontakt und unsicherer Prognose bezüglich der Dauer des Pflegeverhältnisses aufzunehmen.

Pflegefamilien, die diese Gruppen von Kindern aufnehmen, benötigen Ausbildung, Stützung, Begleitung und Supervision. Derzeit wird geprüft, ob auch in Niederösterreich „professionelle Pflegeeltern“ installiert werden können.

Ein großer Mangel besteht an geeigneten Kurzzeit-Pflegeplätzen. Pflegeeltern und Adoptiveltern können sich bei der

Abteilung Jugendwohlfahrt nach persönlicher Vorsprache vormerken lassen. Im Bedarfsfall werden Beratungsgespräche angeboten.

**Private Kinder- und Jugendheime und sonstige Einrichtungen**

In Niederösterreich gibt es derzeit 19 private Kinder- und Jugendheime und sonstige Einrichtungen (inkl. SOS Kinderdorf) mit zusätzlichen 14 angeschlossenen Außen- bzw. Familienwohngruppen, die entsprechend der NÖ Heimverordnung überprüft worden sind. Neben der Kontrolle steht Beratung, insbesondere über die geltende Rechtslage im Vordergrund. Diese Serviceleistung entspricht den Wünschen der Betroffenen. 1997 wurden 3 Einrichtungen nach Durchführung von kommissionellen Verhandlungen bewilligt, wobei die Überprüfung des sozialpädagogischen Konzeptes durch den Psychologischen Dienst erfolgt ist.

**Private Träger**

Insgesamt erhielten bis Ende 1997 19 Institutionen eine Eignungsfeststellung nach dem NÖ Jugendwohlfahrtsgesetz und dürfen daher privatrechtliche Aufgaben der öffentlichen Jugendwohlfahrt übernehmen. Es handelt sich dabei überwiegend um Aufgaben im Bereich der Sozialen Dienste der Jugendwohlfahrt und hier insbesondere um Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern und Minderjährige bei speziellen Erziehungs- und Entwicklungsfragen. Weiters gibt es z. B. Eignungsfeststellungen für Erholungsaktionen, Bildungsangebote für werdende Eltern und für vorbeugende und therapeutische Hilfen für Minderjährige und deren Familien. Einrichtungen, deren Eignung festgestellt wurde, unterliegen der Fachaufsicht der Landesregierung. Außerdem besteht die Möglichkeit, in den Genuss von Landesförderungsmitteln zu gelangen. An private Träger wurden für Zwecke der Jugendwohlfahrt insgesamt Förderbeiträge von S 15,958.305,- wie folgt zur Verteilung gebracht:

Jugendherbergswerk	S 1,380.000,-
Jugendherbergverband	S 845.000,-
Jugendwohlfahrtsverbände	S 12,878.305,-
Verein „Rettet das Kind“	S 855.000,-
Insgesamt	S 15,958.305,-

Für die Kurse zur Berufsvorbereitung von Jugendlichen, die in Hollabrunn, Hochwolkersdorf (bis Sommer, anschließend in Pottenstein) und Hinterbrühl stattgefunden haben, wurden S 12,500.000,- als Verpflegskostenanteil bezahlt.

**Hortwesen**

In Vollziehung des NÖ Kinderbetreuungsgesetzes 1996 wurde die Hortverordnung ausgearbeitet, die von der NÖ Landesregierung am 13. 3. 1997 beschlossen worden ist. Parallel dazu wurde eine Erhebung über die Anzahl und Art der bestehenden Horte in Niederösterreich durchgeführt.

In Niederösterreich gibt es derzeit ca. 100 Horte, von denen mit Ablauf des Jahres etwa die Hälfte im Rahmen der Hortaufsicht schon erfaßt und beurteilt worden ist. Wichtige Kriterien bei der Aufsicht sind die Erfassung und Bewertung der Anzahl der Kinder, die fachliche Eignung des Betreuungspersonals, Lage, Raumbedarf, Ausstattung, das sozialpädagogische Konzept, die Spiel- und Sportmöglichkeiten, die vorgesehene Zusammenarbeit mit den Eltern und Schulen und die Öffnungszeiten. Seit Inkrafttreten der NÖ Hortverordnung wurden 23 neue Horte nach Durchführung von kommissionellen Verhandlungen bescheidmäßig bewilligt.

**Soziale Dienste**

● **Jugendberatungsstelle.** Die Jugendberatungsstelle dient als Auskunft- und Koordinationsstelle. Sie wird von den Eltern und Jugendlichen nur gelegentlich durch persönliche Vorsprachen in Anspruch genommen, sehr häufig erfolgen telefonische Anfragen.

● **Elternschule.** Die Abteilung Jugendwohlfahrt entscheidet über die Eignung privater Träger zur Durchführung der NÖ Elternschule. Gemeinsam mit den Abteilungen Gesundheit und Allgemeine Förderung wird das Projekt Elternschule laufend ausgebaut.

● **Kinder- und Jugendpsychologischer Beratungsdienst (KJB).** Der KJB ist ein Fachdienst, in dem Klinische und GesundheitspsychologInnen tätig sind. Er übt seine Tätigkeit primär an den Jugendabteilungen der Bezirksverwaltungsbehörden aus. Das Beratungsangebot richtet sich vor allem an Eltern und auch Pflegeeltern, die Fragen hinsichtlich der Entwicklung und Erziehung ihrer Kinder haben. Es umfaßt diagnostische Abklärung von konkreten Verhaltens- oder Leistungsauffälligkeiten, weiters das vertiefte Eingehen auf Erziehungsprobleme, die im Familiensystem auftreten oder als Konfliktfeld zwischen der Familie und der Außenwelt bestehen.

Schließlich beinhaltet das Beratungsangebot auch die gemeinsam mit den Ratsuchenden zu planende weitere Vorgehensweise, wie etwa Zuweisung zu speziellen therapeutischen Einrichtungen bzw. zu regional organisierten Sozialen Diensten oder eine zeitlich und in-

haltlich abgegrenzte Weiterführung der Beratung an der Jugendabteilung.

Ein weiteres Angebot des KJB richtet sich an das Fachpersonal in den Jugendabteilungen der Bezirksverwaltungsbehörden. Verpflichtend als Entscheidungshilfe einzuschalten ist der KJB in all jenen Fällen, in denen ein Kind durch eine Jugendwohlfahrtsmaßnahme aus seiner bisherigen Familiensituation entfernt und in einem Heim untergebracht werden soll. Für eine Unterbringung auf einem Pflegeplatz oder einem Pflegeplatz mit Adoptionsaussicht wird diese Beratungsmöglichkeit ebenfalls angeboten. In speziellen Fällen, etwa wenn sich ältere Paare um die Bewilligung zur Aufnahme für ein ganz junges Kind bewerben oder falls mehrere Kinder bzw. ein behindertes Kind untergebracht werden sollen, ist der Beratungsdienst beizuziehen.

Die Mitarbeiter des KJB stehen auch bei pflegschaftsgerichtlichen Fragestellungen (Zuerkennung der Obsorge an einen Elternteil nach Trennung oder Scheidung, Besuchsrechtsregelung) für Besprechungen sowie nach Maßgabe der Komplexität des Falles auch für Fallberatung und schriftliche Stellungnahmen zur Verwendung der Jugendabteilung zur Verfügung.

Tätigkeit des KJB an den Bezirksverwaltungsbehörden

Beratungstage	466
Kinder	1.243
Gespräche mit Angehörigen	1.840
Fallbesprechungen	1.192

Ein zweiter Schwerpunkt des Einsatzes von PsychologInnen der Abteilung Jugendwohlfahrt ist die Tätigkeit in NÖ Landesjugendheimen und einigen Einrichtungen privater Träger, in denen regelmäßig Kinder und Jugendliche im Rahmen der vollen Erziehung untergebracht sind. Diese erfolgt in enger Zusammenarbeit mit MitarbeiterInnen der Heimsocialarbeit. Das Beratungsangebot soll hier primär den in Heimen untergebrachten Minderjährigen zugute kommen und umfaßt neben Einzelbegutachtungen auch Besprechungen mit dem Fachpersonal der Heime. Dabei werden Erziehungsziele festgelegt bzw. adaptiert, die verpflichtenden jährlichen Fallverlaufskonferenzen für jedes einzelne Kind abgehalten und die Kontakte mit Angehörigen reguliert. Mit steigender Häufigkeit werden – als Begleitmaßnahmen oder im Hinblick auf die bevorstehende Entlassung von Kindern aus dem Heim – Eltern und maßgebliche Angehörige sowie der Sozialarbeiter der Bezirksverwaltungsbehörde, der für die Familie zuständig ist, zu Beratungsgesprächen in die Heime eingeladen.

**Tätigkeit des KJB in den Jugendheimen**

Beratungstage	202
Kinder	363
Gespräche mit Angehörigen	346
Fallbesprechungen	1.177
Fallverlaufskonferenzen	216

Sonstige Tätigkeiten, die von MitarbeiterInnen des Sachgebietes „Psychologischer Dienst“ 1997 durchgeführt worden sind: Lehrbeauftragung und Prüfertätigkeit beim Dienstprüfungskurs für den Erzieherdienst, den Erzieherfachdienst und den gehobenen Erzieherdienst; fachspezifische Vortragstätigkeit im Berufsanfängerkurs für AmtsvormünderInnen und DiplomsozialarbeiterInnen; Mitwirkung an der abteilungsübergreifenden Beratung zur Neugestaltung der sozialpädagogischen Konzepte der NÖ Landeskinder- und -jugendheime; Referate auf Tagungen, Enqueten und Symposien; Mitwirkung am österreichweit tätigen Arbeitskreis der Leitenden JugendamtspsychologInnen.

Die Ursachen für eine verstärkte Nachfrage sind im starken Anstieg von Fällen von Gewalt in Familien sowie Fällen mit Verdacht auf sexuellen Mißbrauch an Kindern gelegen. Hier ist der KJB ein Fachangebot vor Ort, das Jugendabteilungsmitarbeitern und den betroffenen Familien landesweit zur Verfügung steht. Das im Vorjahr in St. Pölten eingerichtete Kinderschutzzentrum bietet hingegen Beratung und Therapie für Betroffene, aber auch Informationen für Ersthelfer an nur einem Standort und ist bereits voll ausgelastet. Weiters ist die Problematik in zunehmenden Zahlen an Familientrennungen und

scheidungen mit gravierenden Folgen für die betroffenen Kinder zu sehen, aber auch in einer zunehmenden Zahl von Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen, bei denen akuter psychologischer Beratungsbedarf besteht. Um die dafür erforderliche Leistung des Dienstes in qualitativer Hinsicht erbringen zu können, sind spezifische Weiterbildungsangebote seitens des Dienstgebers, aber auch von landesfremden Aus- und Weiterbildungseinrichtungen erforderlich.

Die immer noch andauernde personelle Unterbesetzung behindert nach wie vor die notwendige Bearbeitung der neu hinzukommenden Aufgaben sowie die Bewältigung der steigenden Anforderungsmenge. Sowohl die Wartezeiten für Landesbürger, die Beratung suchen, als auch für Antragsteller im Bereich der privaten Jugendwohlfahrt, deren sozialpädagogische Konzepte überprüft werden müssen, hat bereits erheblich zugenommen. Vor allem im Bereich wissenschaftlich fundierter Begleitung und fachlicher Aufsicht neuer Projekte bestehen daher Lücken bzw. müssen Leistungseinschränkungen vorgenommen werden.

**Ziele 1998**

- Erarbeitung von Kriterien zur Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement in der öffentlichen Jugendwohlfahrt samt Entwicklung eines Aufgabenkataloges

- Erarbeitung von Kooperationsstrukturen mit privaten Jugendwohlfahrtsträgern samt Erstellung von Kriterien zur fachlichen Überprüfung der Angebote und Tätigkeiten
- Entwicklung eines Leitbildes für die Jugendwohlfahrt
- Start mit einem Projekt zur Umstellung der Pauschalförderung für die privaten Träger auf eine leistungsbezogene Abrechnung
- Konzepterstellung und landesweite Angebotserweiterung für Hilfen zur Unterstützung der Erziehung
- Ausbau der Förderung der NÖ Elternschulen durch verstärkte Zusammenarbeit mit Schulen, Elternvereinen und Kindergärten
- Durchführung der Tagung „Mutterberatung neu“ samt nachfolgender Umsetzungsschritte
- Erstellung von Beratungsunterlagen für Jugendliche durch die NÖ Jugendplattform bezogen auf die Problembereiche von jugendlichen Randgruppen und von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit bzw. gefährlichen Formen der Freizeitgestaltung
- Erstellung konkreter Kooperationsmodelle zwischen Schule und Jugendwohlfahrt für die Zielgruppe der besonders verhaltensauffälligen SchülerInnen
- Ausbau und Evaluierung des Projekts „Professionelle Pflegeeltern“
- Herausgabe des NÖ Heimkatalogs mit sämtlichen Angeboten für volle Erziehung in Niederösterreich
- Herausgabe einer aktuellen Übersicht über das gesamte Hortangebot in Niederösterreich

3

**Abteilung Heime**

**Schwerpunkte 1997**

**NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime**

Das Land Niederösterreich betreibt 46 landeseigene NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime.

Die Zahl der Plätze in diesen Heimen betrug insgesamt 6.105 und verteilte sich auf

Wohnplätze	1.760
Pflegebetten	4.001
Betreuungsplätze	344

1997 wurden 2.049.253 Verpflegungstage verbucht, das waren 5.615 Heimbewohner. Die Auslastung betrug 97,10%.

	Tage	Personen
Einzelzimmer	607.615	1.665
Pflegestufe 1	243.157	666
Pflegestufe 2	351.581	963
Pflegestufe 3	379.366	1.039
Pflegestufe 4	324.540	889
Pflegestufe 5	370.725	1.016
Pflegestufe 6	141.422	388
Pflegestufe 7	62.517	171

5.132 aller Heimbewohner, das waren 91,4%, waren somit als „pflegebedürftig“ in eine der 7 Pflegestufen eingestuft. 483 Heimbewohner benötigten kaum oder nur wenig Hilfe bei den Verrichtungen des täglichen Lebens und bezogen daher kein Pflegegeld bzw. mußten keinen Pflegezuschlag zahlen.

Die Betreuung der Heimbewohner wurde von insgesamt 2.750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Dienstpostenplan 1997) durchgeführt.

Um die Pflegeleistungen innerhalb der 7 Pflegestufen in den NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimen auf die Leistungen nach dem Pflegegeldgesetz abzustimmen und landesweit eine einheitliche Bewertung der Pflegeleistungen zu gewährleisten, wurde ab Jänner 1997 ein neues Bewertungssystem eingeführt. Etwa 350 HeimmitarbeiterInnen der Heime wurden im Jänner 1997 in mehreren Seminaren über die Anwendung dieses Systems informiert. Nach dem Inkrafttreten des neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes war es notwendig, die Mitarbeiterinnen der Heime über die Vorgaben dieses Gesetzes zu unterrichten. 4 ganztägige Seminare wurden von 320 Mitarbeiterinnen aus dem Pflegedienst besucht.

## Pflegeaufsicht

Die im Jahre 1995 eingerichtete Funktion einer Pflegeaufsicht wurde auch 1997 zur Gewährleistung eines annähernd gleichen Qualitätsstandards in allen NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimen fortgeführt. Dies hat sich in Verbindung mit den regionalen Pflegeaufsichtsmitarbeiterinnen vor allem bei der Einführung des neuen Bewertungssystemes für die Pflegeleistungen und bei den durch das Inkrafttreten des neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes erforderlich gewordenen Seminaren besonders bewährt.

## Dienstwohnungen und Garagierungen

Bei der Abteilung Heime steht eine vollständige Evidenzkartei aller Dienstwohnungen in den NÖ Landes-Pensionisten-, Pflege- und -Jugendheimen zur Verfügung. Da erst mit 1. Jänner 1996 eine neue Dienstwohnungsvorschrift in Kraft getreten ist, gab es keine Änderungen bei der Art der Zuweisung und Verrechnung.

Mit 1. Jänner 1997 ist eine neue Garagierungsvorschrift in Kraft getreten, welche eine günstigere Einstellungsgebühr vorsieht und eine genaue Definition eines Garagenplatzes beinhaltet.

## Zivildienst

Mit Zuteilungstermin 1. Oktober 1997 wurden vom Bundesministerium für Inneres 20 Zivildienstleistende (+ 1 Zivildienstleistender mit 1. 12. 1997) an die Abteilung Heime zugeteilt. Die Abteilung Heime besorgt die Zuteilung der Zivildienstleistenden an die Einsatzstellen, betreut die Zivildienstleistenden und die Heimleitungen bei diesen Angelegenheiten und verrechnet die monatlichen Leistungen mit dem Bund.

## Bauangelegenheiten

● **Zwettl.** Am 20. Juni 1997 wurde das NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheim Zwettl feierlich eröffnet. Das Heim besteht aus 2 Pflegeabteilungen mit je 37 Betten und einer Betreuungsstation mit 25 Betten. Im Erdgeschoß des Heimes ist seit Jänner 1997 ein Ambulatorium zur Frühförderung von Kindern eingerichtet, welches vom Verein für ganzheitliche Förderung geführt wird.

● **Eggenburg.** Das NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheim Eggenburg wurde am 28. Mai 1997 von der Hypo-Leasinggesellschaft an das Land Niederösterreich übergeben. Seit diesem Zeitpunkt stehen 72 Pflegeplätze und 4 Intensivpflegeplätze zur Verfügung. Durch den gleichzeitigen Zu- und Umbau der Sonderkrankenanstalt Eggenburg und die direkte Verbindung beider Einrichtungen können einige Räumlichkeiten gemeinsam genutzt werden.

● **St. Peter/Au.** Am 15. Juni 1997 wurde der Zubau des NÖ Landes-Pen-

sionisten- und -Pflegeheimes St. Peter/Au, bestehend aus 2 Pflegeabteilungen mit je 37 Betten, feierlich eröffnet. In der 2. Bauetappe wurde das bestehende Heim umgebaut. Durch diese Maßnahme stehen nun 32 Wohnteilbetten, die auch bereits pflegegerecht ausgestattet sind, zur Verfügung.

● **Mautern.** Mit Beschluß der Landesregierung wurden am 2. September 1997 rund 1,4 Mio. S für die Dachsanierung im Altbau des Hauses genehmigt. Die Kosten werden aus der Haushaltsrücklage finanziert. Die Arbeiten können aller Voraussicht nach im Frühjahr 1998 abgeschlossen werden. Für erforderliche Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen (Austausch von Fenstern und Fenstertüren) sind Gesamtkosten in der Höhe von S 5,300.000,- (exkl. MWSt.) aus der Investitionsrücklage genehmigt worden. Die Arbeiten werden voraussichtlich bis Herbst 1998 abgeschlossen. Für die Schaffung bzw. Umwidmung von Wohnauf Pflegebetten ist derzeit in Zusammenarbeit mit den fachtechnischen Abteilungen Landeshochbau B und Haustechnik ein Gesamtkonzept in Ausarbeitung.

● **Tulln „Theresiaheim“.** Die Abteilung Landeshochbau B arbeitet in Zusammenarbeit mit der Abteilung Haustechnik ein Gesamtkonzept für die Umstrukturierung des Hauses aus. Mit den Ausschreibungen soll 1998 begonnen werden.

● **Tulln „Frauenhofnerstraße“.** Für den geplanten Zu- und Umbau wurde bereits ein Raumprogramm ausgearbeitet. Im Zuge dieser Umstrukturierung sollen auch neue Formen der Pflege wie Übergangs-, Tagespflege und Hospiz angeboten werden. Mit den Ausschreibungsarbeiten wird voraussichtlich im Sommer 1998 begonnen werden.

● **Himberg.** Für die Schaffung von 26 zusätzlichen Pflegebetten im NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheim Himberg wurden in der Regierungssitzung am 9. Juli 1996 Gesamtkosten in der Höhe von S 10,130.650,- (zusammengesetzt aus 9,1 Mio. S KRAZAF-Strukturmitteln und S 1,030.650,- Mitteln der Haushaltsrücklage des Heimes) genehmigt. Die Arbeiten konnten im Frühjahr 1997 abgeschlossen werden. Die Eröffnung der neuen Pflegestation wurde am 17. November 1997 vorgenommen.

● **Klosterneuburg.** Mit Beschluß der NÖ Landesregierung vom 9. Juli 1996 wurden für die unbedingt notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung der Brandschutzauflagen und die Umstrukturierung von Wohn- auf Pflegebetten Gesamtkosten in der Höhe von 3,9 Mio. S exkl. MWSt. (aufgeteilt in 2,1 Mio. aus der Investitionsrücklage und 1,8 Mio. aus KRAZAF-Strukturmitteln) genehmigt. Die Arbeiten konnten im Frühjahr 1998 fertiggestellt werden.

● **St. Pölten.** Am 30. September 1996 fand die Präsentation des Siegerprojek-

tes des NÖPLAN-Wettbewerb für die Neuerrichtung des NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimes St. Pölten statt. Das Gutachtergremium wählte unter den fünf Projektideen den Entwurf von Herrn Architekt Dipl.-Ing. Georg W. Reinberg aus. Aufgrund der zusätzlichen Unterbringung des Angebotes einer Übergangs- u. Tagespflege mußten Planänderungen durchgeführt werden. Am 8. Jänner 1998 wurde die Bauverhandlung für das Projekt durchgeführt und im April 1998 wird mit den Arbeiten begonnen werden. Die Finanzierung erfolgt durch die NÖ Hypo-Leasing GesmbH.

● **Perchtoldsdorf.** Das Projekt Umstrukturierung und Sanierung des NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimes Perchtoldsdorf wurde im Zeitraum Juni/Juli 1997 mit Gesamtschätzkosten von 35 Mio. S grundsätzlich durch die NÖ Landesregierung und den Baubeirat genehmigt. Mit den Auftragsvergaben wurde im Herbst 1997 begonnen. Baubeginn wird im Frühjahr 1998 sein.

● **Hainfeld.** Für die Umstrukturierung des NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Hainfeld wurde ein Raumprogramm erstellt. Der Baubeginn wird im Sommer 1998 stattfinden.

● **Waidhofen an der Ybbs.** Mit Beschluß der NÖ Landesregierung vom 4. November 1997 wurden Umstrukturierungsmaßnahmen von 26 Wohn- auf 25 Pflegebetten mit Gesamtkosten in der Höhe von S 3,696.000,- exkl. MWSt. aus Mitteln der Investitionsrücklage genehmigt. Das Heim verfügt derzeit über insgesamt 101 Heimplätze, davon 57 Pflegebetten, 26 Wohnbetten und 18 Betten in der Betreuungsstation. Durch den ständig steigenden Bedarf an Pflegebetten konnte mit der vorhandenen Pflegeabteilung nicht mehr das Auslangen gefunden werden. Des weiteren ist im Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Verwaltungsbezirk Amstetten bis zum Jahre 2001 ein zusätzlicher Bedarf von 71 Pflegebetten ausgewiesen.

● **Gänserndorf.** Mit Beschluß der NÖ Landesregierung vom 14. Mai 1996 wurde die Umstrukturierung von Wohnauf Pflegebetten auf Basis von ca. 80% durchgeführter Ausschreibungen zum Betrage von S 12,385.000,- exkl. MWSt. sowie die dringend durchzuführenden Brandschutzmaßnahmen unter Zugrundelegung einer Grobkostenschätzung zum Betrage von S 2,500.000,- exkl. MWSt., somit insgesamt S 14,885.000,- exkl. MWSt. genehmigt. Die bei den Brandschutzmaßnahmen entstandenen Mehrkosten in Höhe von S 856.000,- exkl. MWSt. werden durch Einsparungen beim Gesamtprojekt kompensiert, so daß die genehmigten Gesamtkosten von S 14.885.000,- exkl. MWSt. nicht überschritten werden. Diese Finanzierungsmaßnahme wurde mit Beschluß der NÖ Landesregierung am 21. Oktober 1997 genehmigt.

● **Scheibbs.** Mit Beschluß der NÖ Landesregierung vom 8. Juli 1997 wurden Umstrukturierungsmaßnahmen im Stiftungstrakt von 64 Wohn- auf 80 Pflegebetten sowie Sanierungsmaßnahmen (z. B. Wärmeschutzfassade), mit Gesamtschätzkosten in der Höhe von 46,3 Mio. S exkl. MWSt. (Preisbasis Mai 1997) genehmigt. Diese Maßnahme war notwendig, da im Verwaltungsbezirk Scheibbs für die Versorgung pflegebedürftiger Menschen lediglich 42 Pflegebetten vorhanden sind und dies in ganz Niederösterreich im Vergleich mit anderen Bezirken der geringste aller Werte ist. Bedingt durch den Ausbau der Hauskrankenpflege hat sich in den letzten Jahren auch im Bezirk Scheibbs herausgestellt, daß die Nachfrage nach Wohnbetten ständig abgenommen hat, in den letzten Jahren auf Grund des vorhandenen Angebotes der ursprüngliche Gesamtstand der Betten von ca. 160 Betten bereits auf 136 reduziert werden mußte und seit dem Jahre 1995 bereits 20 Wohnplätze nicht mehr belegt werden können. Auf Grund der Hochrechnung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes 1997 bis zum Jahre 2001 ist ein zusätzlicher Bedarf von 72 Pflegebetten ausgewiesen.

● **Hainburg.** Mit Beschluß der NÖ Landesregierung vom 8. Juli 1997 wurden unbedingt notwendige Sanierungsmaßnahmen an den Fenstern und 2 Terrassentüren zum Betrage von insgesamt 2,6 Mio. S exkl. MWSt. aus Mitteln der Investitionsrücklage genehmigt. Neben dem dringend notwendig gewordenen Austausch erhalten die Fenster den heute üblichen Standard wie Sonnenschutz, wärmegeämmte Fensterprofile und auf Grund der „Donaunähe“ ein Insektenschutzgitter.

● **Hohegg.** Der Baufortschritt bei der Errichtung des NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimes im Rahmen des Neubaus des Landes-Krankenhauses Grimmerstein im Ausmaß einer Station mit 34 Pflegebetten entspricht dem Bauzeitplan. Mitte 1998 wird die Inbetriebnahme erfolgen. Die anteiligen Baukosten betragen rund 27,7 Mio. S.

Im Sommer 1998 werden die im Jahre 1996 begonnenen Bauprojekte der NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime Berndorf, Neunkirchen, Vösendorf und Wilhelmsburg fertiggestellt. Mit der Inbetriebnahme dieser vier Häuser werden zusätzlich ca. 430 dringend benötigte Pflegeplätze geschaffen.

Im ersten Halbjahr 1997 fanden laufend Vorplanungsgespräche mit der Abteilung Landeshochbau B, den betroffenen Heimleitern und Pflegedienstleitungen zur Erarbeitung des Ausbauprogrammes für die Jahre 1998–2002 hinsichtlich der Umstrukturierungs- sowie Adaptierungsmaßnahmen für nachstehende NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime statt: Wiener Neustadt, Melk, Tulln

„Frauenhofnerstraße“, Waidhofen/Thaya, Schrems, Türnitz, Gloggnitz, Zistersdorf, Klosterneuburg, Korneuburg, Stokkerau, Mautern, Perchtoldsdorf, Retz, Baden, Hainfeld, Ybbs/D, Scheiblingkirchen, Tulln „Theresiaheim“, Raabs, Preßbaum, Herzogenburg und Scheibbs.

Für dieses Ausbauprogramm wurde überdies ein entsprechender Finanzierungsplan für die Beschlußfassungen in der NÖ Landesregierung und im NÖ Landtag erarbeitet.

Mit Beschluß des NÖ Landtages vom 3. Juli 1997 wurde für die NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime ein Ausbau- und Investitionsprogramm für die Jahre 1998–2002 in Höhe von insgesamt 1,3 Mrd. S exkl. MWSt. genehmigt. Im Jahr 1997 wurde überdies eine EU-weite Ausschreibung zur Anschaffung von insgesamt 1.118 Pflegebetten samt Zubehör für nachstehende Heime durchgeführt: Amstetten, Baden, Schrems, Weitra, Retz, Mautern, Mödling, Gloggnitz, Herzogenburg, Tulln „Leopoldsheim“, Raabs/Th, Gutenstein, Himberg, Perchtoldsdorf, Mistelbach, Hainfeld, Ybbs/D, Preßbaum, Waidhofen/Ybbs, Hainburg, Scheibbs, Berndorf, Neunkirchen, Vösendorf und Wilhelmsburg.

Mit Beschluß der NÖ Landesregierung vom 28. Oktober 1997 wurden 1.118 Pflegebetten samt Zubehör zum Betrage von insgesamt S 23.426.994,- exkl. MWSt. genehmigt.

Der Ankauf von 710 Stück Standard- und 415 Stück Dekubitusmatratzen für Pflegebetten wurde ebenfalls einer EU-weiten Ausschreibung unterzogen; mit Beschluß der NÖ Landesregierung wurde diese Vergabe zum Betrage von S 1.120.400,- exkl. MWSt. genehmigt.

Eine Zuteilung der genehmigten Strukturmittel aus dem NÖ Gesundheits- und Sozialfonds wurde nachstehenden Heimen zugeführt:

● NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Scheibbs: 1. Teilbetrag zum Betrage von S 8.600.000,- für die Umstrukturierung des Stiftungstraktes von 64 Einzelappartements in 80 Pflegebetten.

● NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheim Perchtoldsdorf: 13,8 Mio. S für die Umstrukturierung von Wohn- auf 33 zusätzliche Pflegebetten.

### Private Pensionisten- und Pflegeheime

Die von privaten Rechtsträgern betriebenen Pensionisten- und Pflegeheime unterliegen nach den Bestimmungen des NÖ Sozialhilfegesetzes der Bewilligungspflicht und Aufsicht durch das Land Niederösterreich.

Im Jahre 1997 wurden S 720.000,- an Förderungen als investiver Beitrag für standardverbessernde Maßnahmen im Bereich der Pflege an private Einrichtungen zugesprochen.

### NÖ Landes-Jugendheime

Das Land Niederösterreich führt nunmehr acht Jugendheime, das Kinderheim Perchtoldsdorf, das Heilpädagogische Zentrum Hinterbrühl, ein Gästehaus in Lunz am See und den Heilpädagogischen Kindergarten Perchtoldsdorf.

Die Funktion der Jugendheime erstreckt sich auf die Betreuung und Pflege von Säuglingen und Kleinkindern, die Betreuung und Erziehung sowie der schulischen Ausbildung (heimintern oder extern) von Kindern, Jugendlichen bis zur beruflichen Ausbildung und Wiedereingliederung in Familie, Gesellschaft und Berufsleben.

Den unterschiedlichsten Betreuungserfordernissen entsprechend, bieten die NÖ Landes-Jugendheime ein differenziertes Leistungsangebot:

- stationäre und teilstationäre Betreuung,
- im Heim integrierte Sonderschulen,
- berufliche Ausbildung für Jugendliche in heiminternen Lehrwerkstätten oder externen Lehrplätzen,
- Berufsvorbereitungskurse,
- Sozialtherapeutische Abteilung,
- ambulante und stationäre, spezifische Therapien und Betreuung für entwicklungs-gestörte Kinder,
- Kinderübernahmestelle für Akutfälle,
- Heilpädagogischer Kindergarten,
- Mutter-Kind-Gruppe,
- Außenwohngruppen.

Die auf dem NÖ JWG 1991 basierende und ab 1992 begonnene strukturelle Anpassung der Jugendheime und Schaffung neuer Betreuungsbereiche stellt umfangreiche Anforderungen an die Einrichtungen in baulicher, personeller und finanzieller Hinsicht.

Die Umsetzung nach den Zielsetzungen des „Sozialpädagogischen Konzeptes 1991“ erfolgt schrittweise nach Maßgabe der organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten, wobei vor allem personelle, organisatorische, aber auch bauliche Maßnahmen laufend umgesetzt werden.

● Entwicklung von bedarfsorientierten individuellen Betreuungsangeboten in den NÖ Landes-Kinder- und Jugendheimen unter Berücksichtigung und in Abstimmung mit der Bedarfsentwicklung der Jugendwohlfahrt.

● Neben Adaptierungsarbeiten in verschiedenen Jugendheimen wurden zwei Außenwohngruppen in den Jugendheimen Matzen und „Reichenauerhof“ Waidhofen/Ybbs in Betrieb genommen.

● Im Rahmen der Lehrlingsoffensive wurden Lehrstellen in den NÖ Landes-Jugendheimen Hollabrunn und Korneuburg zusätzlich geschaffen.

● In den NÖ Landes-Jugendheimen Schauboden, Pottenstein und Waidhofen/Ybbs wurden individuelle teilstationäre Betreuungsangebote mit Schwerpunkt spezifische Förderung in der schulfreien Zeit eingerichtet.

- Praktisches Arbeitstrainingsprojekt im NÖ Landes-Jugendheim Waidhofen/Ybbs in Zusammenarbeit mit Firmen der Region.
- Einstellung des Betriebes in den NÖ Landes-Jugendheimen Hochwolkersdorf und Puchberg mit Integration des Berufsvorbereitungskurses in das NÖ Landes-Jugendheim Pottenstein und Übernahme der internatsmäßigen Betreuung der Jugendlichen von Puchberg durch die Lebenshilfe.

## Ziele 1998

- Weiterführung des vom NÖ Landtag beschlossenen Ausbau- und Investitionsprogrammes 1994-1998
- Planung der Bauvorhaben und Vorbereitung der Ausschreibungen für die Maßnahmen im Zuge des Ausbau- und Investitionsprogrammes für die NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime 1998-2002
- Inbetriebnahme der NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime Berndorf, Neunkirchen, Vösendorf und Wilhelmsburg
- Umsetzung der durch die Bestimmungen des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes notwendig gewordenen Maßnahmen (Arbeitsmedizin, Sicherheitsfachkraft, Evaluierung)

- Weitere Umsetzung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes von Univ.-Prof. Dr. Amann
- Entwicklung und Umsetzung eines Aus- und Fortbildungsprogrammes für das pädagogische Personal in den NÖ Landes-Jugendheimen
- Pilotprojekt Gänserndorf – ambulanter Familiendienst – Etablierung intensiver begleitender Elternarbeit während des Heimaufenthaltes eines Kindes/Jugendlichen
- Entwicklung von Projekten, die eine Betreuung von Kindern und Jugendlichen in ihrer Region ermöglichen
- Entwicklung und Umsetzung eines im Rahmen des Europäischen Sozialfonds geförderten EU-Projektes über Modulare Anlehre im Bereich Gärtnerei und Grünflächenpflege im NÖ Landes-Jugendheim Korneuburg

3

## Abteilungen Arbeitsrecht und Sozialversicherung und Landwirtschaftliche Sozialversicherung

### Schwerpunkte 1997

#### Sozialversicherung

Es kam auch im abgelaufenen Jahr zu einem weiteren Ansteigen der Zahl der anfallenden Rechtsmittelverfahren in Verwaltungssachen der Sozialversicherung. Eine Zunahme trat insbesondere bei Verfahren zur Feststellung der Versicherungspflicht im Bereich von Musiklehrern, Vertretungsärzten in Krankenanstalten sowie freien Mitarbeitern bei privaten Versicherungsgesellschaften ein. Auch in den Angelegenheiten der Geschäftsführerhaftung für sozialversicherungsrechtliche Beitragsrückstände kam es zu einem Ansteigen, was auf vermehrte Insolvenzfälle zurückzuführen ist.

Das mengenmäßige Hauptgewicht der Rechtsmittelverfahren ergab sich jedoch weiterhin durch die Berufungen der Gemeinden hinsichtlich des Drittelkostensatzes für die vom Arbeitsmarktservice gewährte Sondernotstandshilfe.

#### Arbeitsrecht

Durch das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG) kam es zu einem weiteren Ansteigen der Zahl der Verfahren zur Erteilung von Arbeitsstättenbewilligungen, wodurch auch die Durchführung einer größeren Anzahl von mündlichen Verhandlungen, verbunden mit Ortsaugenschein, erforderlich war.

Nach mehreren Jahren kam es auch zu einem Ansteigen der Zahl der Berufungsverfahren in Angelegenheiten der Haftung nach dem Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, ein Umstand, der auf vermehrte Insolvenzverfahren im Bereich der Bauwirtschaft zurückzuführen ist.

Ebenfalls angestiegen ist die Zahl der Berufungsverfahren hinsichtlich der Einschätzung des Grades der Behinderung nach dem Behinderteneinstellungsgesetz sowie der Verfahren nach dem Bundesbehindertengesetz hinsichtlich der Ausstellung von Behindertenpässen.

### Probleme 1997

#### Sozialversicherung

Das Hauptproblem lag und liegt weiterhin darin, die noch nicht abgeschlossenen Berufungsverfahren im Bereich der Sondernotstandshilfe zu bearbeiten, was auf Grund der hohen Anzahl der Verfahren – auch unter Heranziehung der zur Verfügung stehenden Bürotechnik – einen erheblichen Aufwand bedeutet.

### Ziele 1998

Die Zielvorgabe der Abteilungen kann, wie schon bisher, im wesentlichen dahingehend verstanden werden, die anfallenden Verwaltungsverfahren richtig und möglichst zügig zu entscheiden sowie auskunftsuchenden Bürgern beratend an die Hand zu gehen.

Die Aufgaben der Gruppe Baudirektion bestehen in der Leitung und Koordination des gesamten Baudienstes, der Gebietsbauämter und der technischen Amtssachverständigen.

## Schwerpunkte 1997

- Organisationsentwicklung für die technischen Sachverständigen
- Verbesserung der Effizienz der gesamten Amtssachverständigentätigkeit
- Erstellung eines Leitbildes für Amtssachverständige

## Ziele 1998

- Verbesserung der Effektivität im Bauverwaltungs Bereich
- Vereinfachung von Bauverwaltungsakten – konzentrierte behördliche Verfahren
- Weitere Auswertung der Studie für die Organisationsentwicklung für die technischen Sachverständigen
- Regelung des Vergabewesens für immaterielle Leistungen in Niederösterreich
- Ausbau des Querinformationsnetzes für Amtssachverständige
- Aufbau einer Notfallorganisation für die technischen Sachverständigen

3

## Abteilung Allgemeiner Baudienst

### Allgemeine Bauwirtschaft

- Regelung des Vergabewesens für immaterielle Leistungen
- Ökologisches Beschaffungswesen im Baubereich
- Gesetzliche Regelungen im technischen Bereich – Begutachtungen

### Wettbewerb „Vorbildliche Bauten“

Am 4. April 1997 wurden von Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll die Auszeichnungen der im Rahmen des 32. Einreichungstermins des jährlichen Wettbewerbes ausgewählten Bauwerke an die Architekten und Vertreter der Bauherrschaft übergeben. Die gemeinsam mit der Verleihung der „Goldenen Kellen“ veranstaltete Feier fand im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Waidhofen/Ybbs statt.

Ausgezeichnet wurden das Rathaus Waidhofen/Ybbs (Umbau), die Bezirksstelle der EVN in Amstetten sowie die Rosenbrücke in Tulln.

Die 33. Einreichung wurde Ende April 1997 ausgeschrieben. Bis Anfang September lagen 20 Bewerbungen vor. Diese Bewerbungen wurden in zwei Bürobereinigungen und zwei Bereisungen im September, Oktober und November 1997 beurteilt und als Ergebnis sieben Bauwerke dem Herrn Landeshauptmann für die Verleihung einer Anerkennung vorgeschlagen. Es sind dies drei Bildungs- und Kulturbauten, ein Einkaufszentrum, ein Hotel, ein Sportbauwerk sowie ein Gesundheitsbauwerk.

Die Auszeichnungen werden voraussichtlich im ersten Quartal 1998 überreicht werden.

### Umweltschutz-Aktionen

Die Mittel der Umweltschutz-Aktionen dienen der schwerpunktmäßigen Verstärkung der Umweltpolitik des Landes Niederösterreich, insbesondere durch Aktionen mit regionaler Bedeutung, Öffentlichkeitsarbeit, Erarbeitung von Grundlagen.

1997 wurden u. a. folgende Projekte bearbeitet:

- Abwicklung, Organisation sowie Dotierung des NÖ Umweltpreises
- Umweltschwerpunkt Thermenregion
- Dokumentation „Das sonnengestützte Niedrigenergiehaus“
- Umweltschutzaktivitäten des Vereines EUPRI
- Kommunalpolitikerseminare für Umweltschutzfragen
- Aktion „Nie wieder Tschernobyl“
- Konzepte zum Elektronik-Recycling
- Vorerhebung der Luftbelastung St. Pölten

- Luftbelastungs-Meßsystem OPSIS
  - Pannonisches Ozonprojekt
  - Öko-Kataster Bergern
  - Umwelt-Management Krems
- Insgesamt wurden 35 Förderungsansuchen bzw. Auftragsvergaben bearbeitet und mit Förderungs- und Kreditmitteln von rd. 3,8 Mio. S honoriert bzw. mitfinanziert.

### Katastrophenschutz

Evidenzhaltung des im Rahmen des Katastrophenschutzplanes für das Landesgebiet erforderlichen Alarmplanes für den Zusammentritt des Hilfsdienstes Räum- und technischer Dienst samt der Zusammenstellung der landeseigenen Fahrzeuge, Maschinen und Geräte. Ebenso wird die Bezirksaufstellung der im Katastrophenfall für die Einsatzlei-

tung der Bezirksverwaltungsbehörde in Frage kommenden Techniker der NÖ Gebietsbauämter aktualisiert. Weiters wurde begonnen das Einsatzorganisationsschema der technischen Amtssachverständigen neu zu organisieren.

### Ziviltechnikerwesen

Anlässlich von Befugniserteilungen durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten wurden 24 Vereidigungen vorgenommen.

Zu den Ziviltechnikerprüfungen für die Befugnisse Architektur, Bauingenieurwesen, Kulturtechnik und Wasserwirtschaft, Vermessungswesen sowie Forst- und Holzwirtschaft traten insgesamt 34 Kandidaten an.

### Querinformationsgespräche

Es fanden 8 Querinformationsgespräche der Sachverständigen statt. An diesen Veranstaltungen nahmen sowohl Vertreter des Amtes der NÖ Landesregierung als auch der NÖ Magistrate und Gemeinden teil.

Dabei erfolgte die organisatorische Bearbeitung von der Erstellung der Tagesordnung über Einladungen bis hin zur Protokollerstellung.

### Normenwesen

Es erfolgte die Bearbeitung und Koordination der Stellungnahmen der Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung zu rund 1.000 seitens des Österreichischen Normungsinstitutes vorgelegten Entwürfen von ÖNORMEN sowie DIN und ISO-Normen.

7 Nominierungen von Mitarbeitern des Amtes der NÖ Landesregierung in Fachnormenausschüsse und Arbeitsgruppen des Österreichischen Normungsinstitutes wurden veranlaßt.

**EU, EFTA, GATT**

Es fielen rund 300 Akten an. Diesbezügliche Stellungnahmen ergingen an die Abteilung Landesamtsdirektion.

**Befähigungsprüfungen**

Es wurden rund 340 Ansuchen um Zulassung zu den Befähigungsprüfungen für die Baugewerbe (Baumeister, Zimmermeister, Steinmetzmeister und Brunnenmeister), das Gewerbe der Elektrotechniker sowie das Gewerbe der Gas- und Wasserleitungsinstallateure bearbeitet.

Gewerbe	angetreten
Baumeister	82
Zimmermeister	22
Steinmetzmeister	6
Brunnenmeister	1
Elektrotechniker	93
Gas- und Wasserleitungsinstallateure	112
Ausbilderprüfung	176

**Technische Dienstprüfungen**

Hier wurden rund 40 Ansuchen um Zulassung zu den Dienstprüfungen für die Bau- und technischen Dienste der Verwendungsguppen A, B, C und D gestellt.

Dienstzweig	angetreten
Höherer Bau- und technischer Dienst (A)	9
Gehobener Bau- und technischer Dienst (B)	16
Bau- und technischer Fachdienst (C)	9
Mittlerer Bau- und technischer Dienst (D)	1

**EDV-Koordination**

Die EDV-Koordination der Abteilung Allgemeiner Baudienst sowie der 5 NÖ Gebietsbauämter ergab neben diversen Hilfestellungen für Bedienstete bei den kleinen Problemen des Alltages auch zahlreiche Kontakte mit der Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie, vor allem in Zusammenhang mit der Anforderung neuer Hard- und Software.

Als Schwerpunkt dieser Tätigkeit kann jedoch die bevorstehende Komplettvernetzung aller NÖ Landesdienststellen (Projekt NÖWAN) angesehen werden. Hierbei waren umfangreiche Erhebungen und Vorbereitungsarbeiten im Bereich der 5 NÖ Gebietsbauämter erforderlich.

**Geologischer Dienst**

**Schwerpunkte 1997**

Die Schwerpunkte der Arbeit des Fachbereiches Geologie lagen im Jahr 1997, ebenso wie in den Vorjahren, auf der geologischen Amtssachverständigentätigkeit in Behördenverfahren, der geologisch-geotechnischen Gutachtertätigkeit für Landesdienststellen und Gemeinden, der Erhebung und Zusammenstellung von geologischen Grundlagen für regionale Projekte (Raumordnung, Wasserwirtschaft, Rohstoffwirtschaft etc.) sowie auf den Agenden der Rohstoff-, Energie- und Umweltforschung im Rahmen der Bund-Bundesländer-Kooperation.

Wie in den Vorjahren wurden weiterhin die Interessen des Landes Niederösterreich in Verfahren der Bergbehörde wahrgenommen und, wenn notwendig, entsprechende Berufungen gegen Bescheide der Berghauptmannschaft Wien eingebracht. Im einzelnen wurden 142 geologische Erhebungen und 112 Begutachtungen für den Katastrophenfonds durchgeführt sowie an 105 kommissionellen Verhandlungen, davon 32 Verhandlungen der Berghauptmannschaft Wien, teilgenommen. In 20 Verfahren der Bergbehörde wurde eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Berufungen wurden gegen drei Bescheide dieser Behörde eingebracht.

Auf Grund der Bestrebungen, vor allem des Landes NÖ, eine Novellierung des Berggesetzes zu erreichen, wurde im Frühjahr 1997 vom Parlamentsklub der ÖVP eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Klubobmannes Univ.-Prof. Dr. A. Khol einberufen, in der auch der Geologische Dienst der Baudirektion (wirkl. Hofrat Dr. Gottschling) vertreten war. Von dieser Arbeitsgruppe wurde ein Novellierungsentwurf ausgearbeitet, der sowohl die Wünsche der Interessenvertretungen, der Länder (insbes. NÖ und OÖ) als auch des BM für wirtschaftliche Angelegenheiten – Oberste Bergbehörde – berücksichtigt. Dieser Entwurf wurde Ende des Sommers fertiggestellt und nach einer externen Begutachtung durch die Länder und Kammern dem Parlament zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

Der Entwurf sieht im wesentlichen die Einbeziehung aller mineralischen Rohstoffe unabhängig von ihrer Verwendung und chemischen Zusammensetzung unter das Berggesetz, jedoch bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Raumplanungsinteressen der Länder vor.

Das bedeutet, daß die Länder gemeinsam mit dem Bund jene Gebiete festlegen müssen, in denen eine Gewinnung mineralischer Rohstoffe möglich ist. Außerhalb solcher Gebiete sollen keine Rohstoffgewinnungen bewilligt werden.

In diesem Zusammenhang wurde von der NÖ Raumordnungsabteilung eine Verordnung vorbereitet, in der vorläufig jene Gebiete festgelegt werden, in denen keine Gewinnung grundeigener, mineralischer Rohstoffe erfolgen darf. Im Rahmen der Bund-Bundesländer-Kooperation für Rohstoff-, Energie- und Umweltforschung haben wiederum zwei Koordinierungssitzungen im Frühjahr (19. März 1997) und Herbst (15. Oktober 1997) stattgefunden, bei denen neue Projektanträge besprochen und über den Stand laufender Projekte berichtet wurde.

1997 wurden 7 neue Projekte vergeben, 11 Projekte laufen weiter. Von der Thematik her handelt es sich um 5 erdwissenschaftliche Projekte (Geologie, Hydrogeologie, Naturraumpotential), 5 landwirtschaftliche Projekte, 7 Umweltprojekte und 1 Energieprojekt.

Von den im Jahre 1997 abgeschlossenen Projekten sind besonders das Projekt NA 6k „Karsthydrogeologie Kalkalpiner Wienerwald“ sowie NU 15/F „Umweltgeochemie der Bach- und Flußsedimente NÖ, 2. Abschnitt“ zu erwähnen. Die Ausführung beider Projekte oblag dem Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal, Abteilung Hydrogeologie bzw. Abteilung Umweltgeologie. Die Ergebnisse des Projektes „Karsthydrogeologie Kalkalpiner Wienerwald“ liegen nicht nur in Berichtsform und auf Datenträger vor, sondern wurden auch am 18. November 1997 im Rahmen einer Präsentation für die Vertreter der Abteilungen Wasserrecht und Schifffahrt, Wasserwirtschaft, Hydrologie, der Geologischen Bundesanstalt, des Hydrographischen Zentralbüros sowie von Gemeinden erläutert und diskutiert. Eine ähnliche Präsentation der „Bachsedimentgeochemie“ ist für Jänner 1998 vorgesehen.

Die Starkniederschläge Anfang Juli 1997 führten wiederum zu zahlreichen Erdstößen, Vermurungen und Schäden an Gebäuden, wobei die Schwerpunkte diesmal eher im östlichen Niederösterreich (Wienerwald, Bezirke Baden, Lilienfeld) lagen. Ebenso waren einige Steinschlag- und Felssturzereignisse zu begutachten. Bei einer tiefgreifenden Rutschung im Raum Waidhofen/Ybbs wurde gemeinsam mit der zuständigen Bauabteilung erstmalig eine Sanierung mittels Entwässerungsbohrungen gewählt. Die Arbeiten wurden im Herbst 1997 durchgeführt und zeigen zunächst eine gute Entwässerungswirkung.

Zur Überprüfung von Anrainerbeschwerden über unzumutbare Erschütterungen durch Abbauspargungen in Steinbrüchen wurden drei Erschütterungsmessungen, und zwar in St. Veit/Gölsen sowie in Lichtenau (2mal) durchgeführt. In der erstgenannten Gemeinde konnte durch die gemeinsam mit der Dynamit-Nobel AG vorgenom-

menen Messungen gezeigt werden, daß ein weiterer Gesteinsabbau in dem alten Steinbruch mit Rücksicht auf die in unmittelbarer Nähe stehenden Häuser ohne schwere Beeinträchtigung der Bewohner praktisch nicht möglich ist.

Für die vom NÖ Landesmuseum im Jahre 1998 vorbereitete Ausstellung „Über die Berge“ wurde ein Konzept für den erdwissenschaftlichen Teil ausgearbeitet, die Exponate besorgt und entsprechende Texte verfaßt. Der geologische Dienst ist auch in die Besprechungen über den Neubau des Landesmuseums (Raumbedarf, Exponate) mit Architekt H. Hollein eingebunden.

Eine beratende Tätigkeit erfolgte für die Krahuletz-Gesellschaft Eggenburg bei der Einrichtung des Steinmetzhauses in Zogelsdorf.

Die Aufstellung der großteils bereits im Herbst 1996 ausgewählten typischen Gesteinsblöcke aus den verschiedenen geologischen Zonen Niederösterreichs im Park am Westrand des Regierungsviertels erfolgte im Juni/Juli 1997 unter Aufsicht des geologischen Dienstes. Da die Bepflanzung des Parkes noch nicht fertiggestellt werden konnte, wurden provisorische Beschriftungen für den „Tag der offenen Tür“ angebracht.

Die Datensammlung „Baugrundkataster“ umfaßt derzeit 4.508 Dokumente. Die Bohrdatei umfaßt 8.012 Bohrungen (ORACLE-Datenbank): Die Hardware für die Bohrdatei wurde durch Installierung eines Pentium-200-Rechners, der gleichzeitig für die Handhabung der Software für die Aufgaben des Internet-Koordinators notwendig wurde, aufgerüstet und die Daten aus der bestehenden HADES-Datenbank importiert. Damit ist fast der gesamte Datenbestand mit Ausnahme von ca. 200 Bohrungen, die aus technischen Gründen momentan nicht konvertierbar sind, auf einem zentralen ORACLE-Server verfügbar. Diese Daten sind auch über das Netzwerk für andere Arbeitsplätze zugreifbar.

### Tagungen, Sitzungen, Vorträge

- Expertenberatung Rohstoffsicherung und Raumordnung, Amt der OÖ Landesregierung, Linz, 23. Jänner 1997 (Dr. P. Gottschling)
- Ingenieurgeologisch-geotechnische Fachkursion Schweiz, 13.–16. 9. 1997 (Dr. P. Gottschling)
- 20. Arbeitstagung Bund-Bundesländer-Kooperation für Rohstoff-, Energie- und Umweltforschung, 22.–24. Oktober 1997, Feldkirch (Dipl.-Ing. M. Bertagnoli)
- NÖVAK-Kurs „Wirtschaftsenglisch“, 19.–21. November 1997, Petronell (Mag. H. Steininger)
- Tagung „Barbaragesprache 1997“, 4.–5. Dezember 1997, Payerbach (Dr. P. Gottschling, Dr. H. Hinteregger, Dipl.-Ing. M. Bertagnoli)

### Probleme 1997

Auf Grund der laufenden Arbeiten konnte 1997 die Aufarbeitung der Bohrdaten aus Niederösterreich und die Eingabe in die Datenbank nicht weitergeführt werden.

Da noch umfangreiches Material, vor allem an OMV-Schubbohrungen, aber auch Baugrundbohrungen, vorliegt und die Daten für andere Begutachtungen häufig sehr wertvoll sind, wird es notwendig sein, die Erfassung und Eingabe, wenn notwendig, durch auswärtige Kräfte ev. über Werkverträge weiterzuführen.

### Ziele 1998

- Erweiterung der Datenbanken „Baugrundkataster“ und „Bohrdatei“ durch Eingabe der laufenden Neuzugänge (Gutachten, Stellungnahmen etc.) sowie Aufarbeitung der älteren Bestände.
- Zusammenstellung der Grundlagen für die Festlegung von Eignungszonen und Sicherungsgebieten zum Abbau mineralischer Rohstoffe (Lockergesteine und Festgesteine).

### Ortsbildpflege

#### Schwerpunkte 1997

- **Vorgaben.** Maximale Serviceleistung für Bevölkerung, Gemeinden und Institutionen, bestehend aus
  - Information
  - Beratung
  - Hilfestellung
- Problemlose Abwicklung von Kontakten, Beratungen und Informationen. Selbständig arbeitende Kanzlei bezüglich Terminabwicklung der Beratungsaufträge und Kontakte mit den freien Mitarbeitern.
- **Auslandskontakte.** Kontakte in faktisch alle Kontinente, im wesentlichen aber schriftlicher Natur betreffend die Broschüren bzw. Broschürenabonnements.
- **Fotowettbewerb 1996 „Gärten“.** Zu diesem Thema kamen ca. 700 Einsendungen. Es wurden 7 Preise ausgewählt, welche von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll persönlich an die Gewinner überreicht wurden.
- **Goldene Kellen.** Preisgekrönt aus den Einsendungen 1996 wurden:
  - Pfarrsaal in Payerbach
  - Gemeindezentrum Loosdorf
  - Wasserturm in Schwarzenau
  - Radwanderweg Retzbach (künstlerische Ausgestaltung)
  - Wohnhaus in Tullnerbach
  - Reihenhausanlage in Laab im Walde
  - Sparkasse in Zwettl
  - Wohnhaus in der Hinterbrühl
  - Gemeindezentrum Hofstetten

Die Verleihung der Goldenen Kellen erfolgte durch Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll an die Bauträger bzw. Bauherren. An die Gemeinden wurden Ehrenplaketten überreicht.

#### ● Teilnahme an Veranstaltungen und eigene Veranstaltungen

- Teilnahme an der Wieselburger Messe durch Beratungen und Vorträge
- Ein Vortrag in Zürich in Vertretung von LH Dr. Pröll
- Teilnahme an der Dorferneuerungsmesse in Katzelsdorf
- Ortsbildmatinee in Krems „15 Jahre NÖ Gestalten“

● **Seminare.** Insgesamt 78 Seminare über Baualternativen, Gestaltungsproblematik, Rechtsfragen, Radiästhesie, Grünraumplanung, Baubiologie u. Sonnenenergie, Sanierung von Altbauten, Wintergärten und Holzbauten in zentralen Orten in Niederösterreich.

– Weiters Folgeseminare auf dem Sektor Radiästhesie 11mal in Hofstetten-Grünau.

– Seminarteilnahme an 10 Seminaren durch die Mitarbeiter der Baudirektion.

– Seminare zur NÖ-BO 1996, mit freiberuflichen Fachleuten zum Schwerpunkt Ortsbildgutachten.

● **Vorträge.** 15 Vorträge zum Thema „Ortsbildpflege“ und „Radiästhesie“.

● **Jurys.** Sechs Tagungen des Gutachter-Gremiums Kunst im öffentlichen Raum; Teilnahme an Jurysitzungen im Zuge von Gemeinde- und Dorferneuerungswettbewerben.

● **Kolloquium.** 25. Kolloquium unter dem Titel „Wie gestaltet man öffentliche Bereiche in Ortschaften?“.

● **Bebauungspläne.** Amtsinternes Befassen über Neuregelung der Bestimmungen für Bebauungspläne im Rahmen der NÖ Bauordnung.

● **Gutachtenerstellung.** Insgesamt 13 Gutachten in diversen Bauverfahren zum Schutze des Orts- und Landschaftsbildes; 100 Stellungnahmen zu gleichen rechtlichen Angelegenheiten zur Vermeidung aufwendiger Gutachten.

#### ● Mitarbeit.

- im Arbeitskreis „Straße und Ortsraum“;
- im Steuerungskomitee der Dorferneuerung und Stadterneuerung;
- im Arbeitskreis „Energie/Klimabündnis“ (6mal);
- mit Straßenmeistereien zur Sanierung von Unfallstellen im Bereich von Landesstraßen auf radiästhetisch-geomantischer Basis;
- im Arbeitskreis „Naturnahe Gärten, Naturnaher Grünraum“ (3mal);
- im Arbeitskreis für die Broschüre „Ruhender Verkehr“ der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten (3mal);
- Mitarbeit im Arbeitskreis für Windkraftanlagen.
- Weiters Kontakte mit dem NÖ Familienreferat, dem NÖ Jugendanwalt und dem NÖ Jugendreferat zum Problem Spielplatzerrichtung.

**● Broschüren**

– Herausgabe von 6 Broschüren mit einer durchschnittlichen Auflage von 70.000 Stück der Serie „NÖ schön erhalten – schöner gestalten“, davon eine Sondernummer an alle Haushalte

– Erhöhung der Vielfalt der Beiträge

– Vertiefung des vernetzten Denkens bis zum Aussenden von Samensäckchen auf Grund telefonischer Bestellungen

● **Beratungen.** 2.206 Bauberatungen und 1.426 Grünberatungen wurden durchgeführt.

● **Dokumentation.** Weitere Dokumentation von Farbdias und Videos.

● **Förderungen.** Grünflächenförderungen: 24 Gemeinden und 6 Vereine und Institutionen.

● **Lehrbeihilfe.** Druck und Ausgabe der Broschüre Bauen, Wohnen, Gestalten für Schüler der 5. Schulstufe.

● **Resonanztherapie.** Weitere energetische Untersuchungen im Laxenburger Park mit positiven Ergebnissen.

**Probleme 1997**

Im wesentlichen keine Probleme durch den Einsatz freiberuflicher Mitarbeiter, welcher dem Land Niederösterreich beträchtliche finanzielle Mittel ersparte.

**Ziele 1998**

● Weiterführung der oben genannten Aktivitäten, die sich als „Gratisserviceleistung“ sehr bewährt haben

● Weitere intensive Zusammenarbeit mit allen Abteilungen des Landes

● Beibehaltung und weiterer Ausbau des dichten Netzes von Seminaren und Kolloquien

● Weitere Zusammenarbeit mit dem Verein „Orte“ zur Förderung guter zeitgemäßer Architektur

● Ausbildung und vermehrter Einsatz von freiberuflichen Gutachtern, die den Bürgermeistern als Baubehörde I. Instanz zur Verfügung gestellt werden sollen

**Sachverständigentätigkeit für Naturschutz**

**Schwerpunkte 1997**

Hinsichtlich des Aufgabenspektrums der Naturschutzsachverständigen ist gegenüber den Vorjahren bis auf einige Erweiterungen keine grundsätzliche Änderung eingetreten. Zu den Schwerpunkten der Naturschutzsachverständigentätigkeit im vergangenen Jahr sind folgende Aufgabenbereiche zu zählen:

● Naturschutzfachliche Begutachtungen zu Änderungen von regionalen und

örtlichen Raumordnungsprogrammen sowie Bebauungsplänen der Gemeinden

● Erstellung von Gutachten zu Naturdenkmalerkklärungen

● Begutachtungen für wasserrechtliche, schiffahrtsrechtliche und eisenbahnrechtliche Angelegenheiten

● Naturschutzfachliche Beurteilungen von Projekten in bergrechtlichen Verfahren

● Begutachtungen nach dem NÖ Naturschutzgesetz sowohl in erstinstanzlichen als auch in Berufungsverfahren

● Artenschutzgutachten im Rahmen des Washingtoner Artenschutzübereinkommens

● Gutachtenerstellung nach dem NÖ Tierschutzgesetz

● Beurteilung von Leitungstrassen und Windkraftanlagen

● Mitarbeit in den einzelnen Arbeitskreisen des NÖ Landschaftsfonds

● Gutachtenerstellung für Umweltverträglichkeitsprüfungen – im besonderen für die Müllverbrennungsanlage Zistersdorf

● Stellungnahmen im Rahmen internationaler Naturschutzabkommen bzw. zu EU-Richtlinien

● Fachliche Betreuung der NÖ Naturparke und Mitarbeit an diversen Lehrpfadprojekten sowie Zusammenarbeit mit dem NÖ Dachverband für alle österreichischen Naturparke

● Bearbeitung von Subventionsansuchen und Förderungen im Wege der Naturschutzabteilung

**Probleme 1997**

Hinsichtlich besonderer Probleme der Naturschutzsachverständigentätigkeit im Jahre 1997 ist nach wie vor auf die verschiedenen Ansuchen zur Errichtung von Sendemasten für GSM-Anlagen hinzuweisen. Da mittlerweile mit Connect Austria neben Mobilcom und Max-Mobil eine dritte Betreibergruppe auftritt, ist eine Koordination der verschiedenen Mastenstandorte noch schwieriger geworden. Die derzeitige Linie der Naturschutzsachverständigen besteht vor allem darin, Doppel- und Dreifacherrichtungen von Masten an einem Standort hintanzuhalten und die einzelnen Betreibergruppen zu einer einheitlichen Lösung zu bewegen bzw. an einem Standort zu einem für alle Betreibergruppen benutzbaren Sendemasten zu gelangen. Die besondere Problematik liegt vor allem darin, daß es dafür keine eigene Koordinationsstelle bzw. kein entsprechendes firmeneigenes Management für diese Zwecke gibt.

Auf Grund einer Novellierung des Tierschutzgesetzes und der damit verbundenen endgültigen Meldefrist für gefährliche Wildtierarten erfolgte auch ein verstärkter Arbeitsaufwand für die Zoologen innerhalb des Fachbereiches Naturschutzsachverständige der Abteilung

Allgemeiner Baudienst, da die entsprechenden Begutachtungen seitens der Veterinärärzte an die Naturschutzsachverständigen weitergegeben werden. Darüber hinaus war auch gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg bei den Begutachtungen für Wildtierarten mit besonderen Ansprüchen gegeben.

Im Rahmen der UVP für die Müllverbrennungsanlage Zistersdorf hat sich gezeigt, daß gerade in diesem Verfahren für den jeweiligen Sachverständigen ein großer zeitlicher Aufwand entsteht und sich daher die Frage ergibt, inwieweit die anstehenden UVP-Verfahren z. B. für die B 301, die Klosterneuburger Umfahrung, die HL-Strecke Wien – St. Pölten bzw. die HL-Strecke sowie die B 1 von Ennsdorf nach Enns seitens der Naturschutzsachverständigen personell bewältigbar sind.

**Ziele 1998**

Hinsichtlich der Zielsetzungen der Naturschutzsachverständigen für 1998 ist nach wie vor die fachliche Weiterbildung von besonderer Bedeutung. Die Mitarbeit an einem Naturparkekonzept ist gemeinsam mit dem Tourismus im Wege des Landschaftsfonds vorgesehen. Inwieweit die Ausarbeitung eines neuen NÖ Naturschutzgesetzes im Jahre 1998 geplant ist und auch zu einer wesentlichen fachlichen Mitarbeit der Naturschutzsachverständigen führen wird, ist derzeit noch nicht abschätzbar.

**Geschäftsstelle für Energiewirtschaft**

**Schwerpunkte 1997**

NÖ Energiebericht 1997

Im Auftrag von Herrn Landeshauptmann wurde der „Bericht über die Lage der Energieversorgung in Niederösterreich – 1996“ ausgearbeitet, der dem NÖ Landtag vorzulegen ist.

Energiekonzept für das Land Niederösterreich

Entsprechend dem Resolutionsantrag des NÖ Landtages wurden die Arbeiten zur Erstellung eines Landesenergiekonzeptes weitergeführt und abgeschlossen. Nachdem nun die verschiedenen Berichtsteile:

- Leitlinien der NÖ Energiepolitik
  - Bericht zu den Grundlagen
  - Bericht zu Bilanz und Entwicklung
  - Bericht zu Maßnahmen und Szenarien
  - Bericht zur Umsetzung und
  - Energiekonzept Niederösterreich – Kurzbericht
- vorliegen, können notwendige Maßnahmen und Schritte erfaßt und in Abstimmung

mung durchgeführt werden. Dadurch soll es möglich sein, das angestrebte Ziel – Energie sparsam zu nutzen und die Emissionen zu reduzieren – zu erreichen.

### Klimabündnis

Das Land Niederösterreich ist dem internationalen Klimabündnis beigetreten. Ziel ist unter anderem bis zum Jahr 2010 eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 50% gegenüber 1988 zu erreichen. Die Geschäftsstelle für Energiewirtschaft wurde mit der Leitung des Arbeitskreises „Energie“ beauftragt, in dem Strategien für die Erreichung des Zieles beraten und erarbeitet werden. Schwerpunktartig wurde 1997 dabei ein Diskussionsprozess bei der Erstellung des NÖ Energiekonzeptes durchgeführt.

### Flußstudien

Für alle ausbauwürdigen Flußläufe Niederösterreichs sollen entsprechende Studien erstellt werden, weil nur so eine umfassende Beurteilung und breite Zustimmung zur Nutzung der Wasserkraft erreicht werden kann. Damit werden möglicherweise auftretende Nutzungskonflikte durch einen Ausgleich der Interessen überwunden.

Die in Auftrag gegebene „Flußstudie Piesting“ wird derzeit bearbeitet und steht kurz vor der Fertigstellung.

### Fernwärme

1997 wurden 60 Projekte bearbeitet, bei denen koordinierend, beratend und unterstützend im Rahmen von Erhebungen, Wirtschaftlichkeitsabschätzungen und -prüfungen, Förderungs- und Kommissionsgesprächen, Informationsveranstaltungen, Zwischenkontrollen, Beratung und Überprüfung der Fernwärmeabnehmer mitgearbeitet wurde. 39 Förderungsanträge wurden neu eingebracht, wobei der überwiegende Teil auf den landwirtschaftlichen Bereich entfällt. 10 Fernwärmeprojekte nahmen den Betrieb auf, und bei 6 Anlagen wurde mit dem Bau begonnen. Für 9 Ansuchen um Förderung von Energieversorgungsstudien wurde gemäß Fernwärmeförderungsgesetz die Vorprüfung erstellt und an das BMWA übermittelt. Die zur Verfügung stehenden Förderungsmittel werden in Form von Darlehen bzw. als Direktzuschüsse für die Anlagenbetreiber, als Fernwärmeeinstiegsprämie für die Wärmeabnehmer und für die Erstellung von Studien vergeben.

### Energie im Fremdenverkehr

Für die Abteilung Tourismus wurden im Rahmen der Förderungsaktion „Energiesparende Maßnahmen im Fremdenverkehr“ die Beratung der Förderungswerber und die technische Begutachtung von 11 Förderungsansuchen durchgeführt.

### Energiebuchhaltung in Landesgebäuden

Die Energiebuchhaltung besteht aus monatlichen Aufzeichnungen des Energieverbrauches und einer jährlich erfolgenden Bestimmung der Abgasverluste der Heizkessel. Aus den monatlichen Verbrauchsaufzeichnungen der Liegenschaften wird der Jahresverbrauch errechnet und eine Energiebilanz erstellt. Ziel der Energiebuchhaltung ist es, neben der Stabilisierung des Energieverbrauches jederzeit kurzfristig Aufschluß über auftretende Mängel zu erhalten.

### Überprüfungen nach dem NÖ Luftreinhaltegesetz

1997 wurden 195 Wärmeerzeuger von landeseigenen Gebäuden einer derartigen Überprüfung unterzogen. Bei den meisten beanstandeten Anlagen war eine kurzfristige Mängelbehebung im Rahmen der normalen Anlagenwartung möglich.

### Energiekostensenkung in gemeindeeigenen Gebäuden

Im Rahmen der „Allgemeinen Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden“ wurde eine eigene Sparte zur Förderung energiesparender Investitionen bei gemeindeeigenen, öffentlichen Zwecken dienenden Gebäuden geschaffen.

10 Förderungsansuchen konnten technisch positiv begutachtet werden.

### Biogas

Ein eingesetzter „Biogas-Arbeitskreis“ erarbeitete einen Entwurf zur „Sicherheitstechnik und Genehmigungsablauf für landwirtschaftliche Biogasanlagen“.

### Windenergie

Die Stromerzeugung aus Windkraft stellt eine Form der Nutzung erneuerbarer Energie und somit einen Beitrag zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen dar.

In Niederösterreich besteht großes Interesse an der Errichtung von Windkraftanlagen. Aus diesem Grund wurde das „Forschungsprojekt zur Optimierung der Windkraftnutzung in NÖ Windparks im Praxistest“ in die Wege geleitet. Dieses Projekt erstreckt sich auf folgende 5 Windparkprojekte:

- Pottenbrunn
  - Deutsch Wagram
  - Oberstrahlbach
  - Simonsfeld
  - Grafenschlag
- mit insgesamt 15 Windkraftanlagen. Dabei sollen die ökologischen und energiewirtschaftlichen Auswirkungen von Windparks in Niederösterreich wissenschaftlich untersucht werden, um Erfahrungen in verschiedenen Bereichen zu gewinnen.

### Energieberatung

Ein wesentlicher Punkt zur Erreichung der energiepolitischen Ziele des Landes Niederösterreich ist der im „NÖ Landes-

energiekonzept“ angeführte Bereich der Beratung und Information in Energiefragen. Das Land Niederösterreich hat eine Landes-Energieberatung eingerichtet und in jedes der NÖ Gebietsbauämter einen Techniker als Energiebeauftragten entsandt. Die Energieberater haben den Auftrag, den Landesbürgern, den Gemeinden, den Verbänden und Vereinen in Energiefragen beratend zur Verfügung zu stehen.

#### NÖ Gebietsbauamt I – Korneuburg,

Ing. Franz Wohlgemuth  
2100 Korneuburg, Bankmannring 19  
(0 22 62) 756 74/24

#### NÖ Gebietsbauamt II – Wr. Neustadt,

Ing. Harald Barnert  
2700 Wr. Neustadt, Grazer Straße 52  
(0 26 22) 278 56/51

#### NÖ Gebietsbauamt III – St. Pölten,

Ing. Anton Pasteiner  
3100 St. Pölten, Klostersgasse 31  
(0 27 42) 311 900/318

#### NÖ Gebietsbauamt IV – Krems,

Ing. Otto Hanzlik  
3500 Krems/D., Dreifaltigkeitsplatz 4  
(0 27 32) 824 58/230

#### NÖ Gebietsbauamt V – Mödling,

Ing. Helmut Krenmayr  
2340 Mödling, Bahnstraße 2  
(0 22 36) 208/349

Die Schwerpunkte der Energieberatungstätigkeit waren 1997 die Energienutzung aus heimischer Biomasse, die Schaffung regionaler, biomassebetriebener Fernwärmeversorgungsanlagen, die Nutzung der Solarenergie, die Nutzung der Windenergie, die gutachterliche Tätigkeit für die Sanierung bestehender Gebäude (Wärmedämmung) und deren energietechnischer Anlagen (Modifizierung der Heizungsregelungen, Verbesserung des Kesselwirkungsgrades und Jahresnutzungsgrades bei konventionell befeuerten Anlagen).

### Probleme 1997

Das größte Problem ist nach wie vor, daß beim derzeitigen Stand von Mitarbeitern die im erhöhten Maß anfallenden Aufgaben kaum mehr im nötigen Umfang und Qualität zeitgerecht erledigt werden können. Bedingt durch die Übersiedlung von Wien nach St. Pölten trat dieses Problem noch in verstärktem Maße auf.

### Ziele 1998

- Weiterführung der bisherigen Aktivitäten mit dem Schwerpunkt erneuerbare Energie
- Umsetzung des NÖ Energiekonzeptes
- Energiekennzahl und Energieausweis für Gebäude
- Beratung und Begutachtung im Rahmen der ÖKO-Eigenheimförderung
- Vorbereitung der Kesseltauschaktion

**Statistik 1997**

Energieberatungen

- 1.580 Kurzberatungen (mündlich)
- 575 Ausführliche Beratungen (Berechnungen)
- 44 Vorträge

Messen und Ausstellungen

Die Geschäftsstelle beteiligte sich 1997 mit einem Informationsstand an 4 Veranstaltungen (Fachmessen):

- Hausbau und Energiesparmesse vom 7. bis 9. März 1997, Wiener Neustadt
- BIOEM vom 29. Mai bis 1. Juni 1997, Groß Schönau
- NÖ Bau & Energie vom 19. bis 21. September 1997, Wieselburg
- Umweltmesse Purkersdorf vom 26. bis 27. September 1997

Publikationen

- NÖ Energiebericht 1997 – „Bericht über die Lage der Energieversorgung in Niederösterreich – 1996“

**NÖ Geoinformationssystem (NÖGIS)**

**Schwerpunkte 1997**

- Öffentlichkeitsarbeit: Durch den Versand des NÖGIS-Posters und einer Informationsbroschüre zum Thema „Digitale Orthofotos“ an alle Landesdienststellen konnte der Bekanntheitsgrad von NÖGIS gesteigert werden.
- Eine Verbreiterung der personellen Basis in der NÖGIS-Zentrale konnte durch die Beschäftigung von zwei Halbtagskräften erreicht werden.
- Ein Werkzeug zur Abfrage/Verwaltung digitaler Orthofotos konnte auf Basis eines ArcView-Projektes realisiert werden.

Verwaltung und Bereitstellung von Basisdaten

Folgende Daten kamen 1997 neu zu den NÖGIS-Basisdaten in Form einer Generallizenz für das Amt mit Weitergaberecht an Auftragnehmer des Landes:

- Postleitzahlgebiete (vom Vermessungsbüro Schubert): Vektordaten (Maßstab 1 : 50.000)
- Digitale Orthofotos 1 : 10.000 (vom BEV): rd. 60% der NÖ Landesfläche (550 Stück) sind vorhanden (Bezirk Amstetten, Umland Wien, NÖ Zentralraum, Tullnerfeld, Wachau)
- Amtliche digitale Katastralmappe (DKM) (vom BEV): Alle in Niederösterreich verfügbaren Mappenblätter (d. h. rd. 30% der NÖ Landesfläche) wurden von der Vermessungsabteilung zu einem Großabnehmertarif erworben.

Im Jahre 1997 wurden in 41 Fällen (eine Steigerung zu 1996 um den Faktor 2,5) Daten an Auftragnehmer des Landes abgegeben. Dieses Datenvolumen stellt einen Beschaffungswert von rd. 5,4 Mio. S dar.

NÖGIS-Bearbeitungen (Auswahl)

- **Baudirektion, NÖGIS-Zentrale**
  - *Leitfaden zur Bestellung Digitaler Orthofotos* – Erstellung und Realisierung eines Konzeptes für die Verwaltung und amtsinterne Bereitstellung der Daten; Produktion und Versand einer farbigen Broschüre
  - *Metadatenkatalog* – Definition und Test des Prototyps eines Werkzeugs zur Dokumentation vorhandener Geodaten auf Basis MS Access und ArcView
  - *Nationalpark Thayatal* – Erstellung aller Planunterlagen und einer Übersicht auf Basis digitaler Orthofotos (i. A. der Abteilung Naturschutz)
  - *NATURA 2000 Gebiete* – Digitalisierung und Erstellung aller Kartenunterlagen für 18 Gebiete in 1 : 50/100.000 für die EU als Basis für Fördermittel (i. A. der Abteilung Naturschutz)
  - *NÖ Abfallwirtschaftskonzept 1997* – Erstellung von abfallwirtschaftlichen Karten (auch digital für das Internet) (i. A. der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung)
  - *NÖ Landesverkehrskonzept 1997* – Aufbau eines GIS-Datenbestandes für die Maßnahmen (auch digitale Karten für die Druckerei) (i. A. der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten)
  - *Kamp-Thaya-March-Radweg* – Unterlagen für die Planung der 400 km langen Route (Karten, Höhenprofil, Stationierung) (i. A. der Abteilung Tourismus)
  - *Hochwasser 1997* – Berechnung der Niederschlagsverteilung aus rd. 500 Meßstellen und Ausgabe von Karten in 1 : 650.000 (i. A. der Abteilung Hydrologie)
  - **Abteilung Wasserwirtschaft** mit Beteiligung der NÖGIS-Zentrale:
    - *Wasserdatenverbund (WDV)* – Vernetzung aller Datensysteme im Themenbereich Wasser mit Einbeziehung der GIS-Technologie: Abschluß der Machbarkeitsstudie, Beginn der Realisierungsphase mit dem Detailkonzept
    - *Geohydrologische Arbeitskarte NÖ 1 : 200.000* – GIS-mäßige Aufbereitung aller relevanten Unterlagen
  - **Gruppe Raumordnung und Umwelt** gemeinsam mit NÖGIS-Zentrale:
    - Fachinformationssystem der Gruppe Raumordnung und Umwelt (RUIS)* – Machbarkeitskonzept für Koordination/Unterstützung von GIS-Bearbeitungen in der Gruppe Raumordnung und Umwelt
  - **Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik** gemeinsam mit NÖGIS-Zentrale:
    - *NÖGIS-Projekt GIS-Einsatz in der Regionalplanung am Beispiel des regionalen Raumordnungsprogramms Untere Enns*: Abschlußpräsentation der Ergebnisse
    - *Novellierung des regionalen Raumordnungsprogrammes Wien-Umland* – GIS-Bearbeitung von der Datenerfassung (z. B. Grenzen der Baulandwidmungen) bis zur Kartenbeilage im LGBl. aufbauend auf den Erkenntnissen des Projektes „Untere Enns“

Software

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung gilt das Produkt ArcView der Fa. ESRI (USA) als Landesstandard für GIS-Abfragen am PC. Durch die zentrale Bestellung über NÖGIS konnten auch günstigere Preise erwirkt werden. Es wurden 12 Lizenzen bestellt, insgesamt sind mit Ende 1997 19 ArcView-Lizenzen im Einsatz.

**Probleme 1997**

- Übersiedlung und netzwerktechnische Einbindung der speziellen EDV- und Grafikgeräteausrüstung
- Hohe Zahl an z. T. dringenden Datenabgaben bei gleichzeitiger Übersiedlung und Personalengpaß
- Schleppende Projektbearbeitung durch Überlastung oder mangelndes Engagement mancher Ansprechpartner in den Fachabteilungen
- Wünsche nach Datennutzung (z. B. im Internet), die nicht durch die derzeit gültigen Verträge mit dem BEV gedeckt sind

**Ziele 1998**

Internet/Intranet

Neben einer Präsentation des NÖGIS im Internet ist auch eine Überprüfung der derzeitigen Softwarearchitektur in Richtung GIS-Intranet unter Nutzung von kostengünstigen WWW-Browsern in Verbindung mit entsprechender Serversoftware geplant.

Metadatenkatalog

Der vorliegende Prototyp soll in den Routinebetrieb übergeführt und die Daten über vorhandene Geodaten (= Metadaten) eingegeben werden.

GIS in den Außenstellen

Mit einer Außenstelle (BH, GBA) soll ein Pilotversuch zur GIS-Nutzung gestartet werden. Dabei soll auch der Einsatz von CD-Servern für die umfangreichen NÖGIS-Basisdaten getestet werden. So ein CD-Server könnte zur Entlastung des NÖGIS-Servers auch im Landhaus zum Einsatz kommen.

## Statistik 1997

Unter der Leitung bzw. auf Anregung des NÖGIS-Koordinators fanden

- 3 Sitzungen der NÖGIS-Koordinierungsgruppe,
- 3 Sitzungen des NÖGIS-Lenkungsgremiums,
- 4 Treffen zum Erfahrungsaustausch der GIS- bzw. ARC/INFO-Anwender beim Amt der NÖ Landesregierung (NÖ AUG) und
- 2 Schulungen zu je zwei Tagen statt.

Weiters nahm der NÖGIS-Koordinator an 5 Arbeitskreissitzungen bzw. Tagungen teil.

## NÖ GBA I – Korneuburg

### Aufgaben und Schwerpunkte 1997

Sachverständigentätigkeit für die technischen Fachbereiche Gewerbe, Bauwesen, Maschinenbau, allgemeiner Wasserbau, Naturschutz und Agrartechnik für die Verwaltungsbezirke Gänserndorf, Hollabrunn, Korneuburg und Mistelbach.

Schätzungen von Gebäuden und Grundstücken, Nutzerermittlungen, Überprüfung von Kostenvoranschlägen für Ersatzmaßnahmen oder Bedarfszuweisungen. Erhebungen von Katastrophenschäden, die im heurigen Jahr zwar in anderen Bereichen auftraten, für die jedoch auch Mitarbeiter des GBA I gebietsübergreifend tätig waren. Mitwirkung als Sachverständige und Berater im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden. Beratung von Gemeinden und Bürgern im Rahmen der Ortsbildpflegeaktion „NÖ schöner erhalten – schöner gestalten“. Beratung von Gemeinden und Bürgern sowie anderen Institutionen über energiesparende Maßnahmen. Überprüfung von Landesdienststellen nach dem Landesbedienstetenschutzgesetz. Ausbildung der Bediensteten des technischen Verwaltungsdienstes. Darüber hinaus wird auch die Beratungstätigkeit in allgemeinen verwaltungstechnischen Angelegenheiten für Bürger und Gemeinden jeweils entweder extern oder individuell durchgeführt.

Weiters war auch ein Schwerpunkt 1997 die örtliche Bauleitung für die Arbeiten am Schloß Kirchstetten im Zuge der NÖ Landesausstellung 1998 in Zusammenarbeit mit dem GBA IV – Krems.

### Probleme 1997

Probleme im Jahr 1997 ergaben sich am GBA I in erster Linie auf Grund der angespannten Personalsituation. Diese Lage wurde verschärft durch die lan-

desinterne Führungskräfteausbildung sowie von Dienstprüfungen, wobei allein dadurch vier Fachkräfte insgesamt mehrere Wochen für den Dienstbetrieb ausfielen. Die dadurch erforderlichen personellen Umschichtungen sind äußerst problematisch und können im allgemeinen nur durch entsprechende Einschränkung der Tätigkeit für Dritte – also der Gemeinden – durchgeführt werden. Im Hinblick auf die auf längere Sicht nicht mehr zu erwartenden Neuaufnahmen ist derzeit auch keine Lösung dieses Problems absehbar.

Besonders zu betonen ist die Situation der wasserbautechnischen Amtssachverständigen – derzeit sind nur zwei für den gesamten Dienstbereich von vier Bezirken tätig, von denen einer zusätzlich auch den gesamten kulturtechnischen Naturschutz für alle vier Bezirke bearbeitet. Durch die Kompetenzübertragungen der WRG-Novelle 1997 an die Bezirkshauptmannschaften wird dies zu einem unhaltbaren Zustand für die wasser- und naturschutzfachliche Amtssachverständigentätigkeit führen, sofern nicht entsprechende Neuzugänge erfolgen.

In bautechnischer Hinsicht ergab sich durch die 1997 in Kraft getretenen neuen Gesetze – BO, BTVO, GewO – ein großer Bedarf an fachlicher Schulung, der aber durch die Zusammenarbeit zwischen der Baudirektion und den anderen Gebietsbauämtern weitgehend abgedeckt wurde und auch wird.

Die bisherigen Probleme im Zusammenhang mit den anfallenden Reisekosten dürften aller Voraussicht nach durch die Zweckbindung eines Teiles der Einnahmen durch Tätigkeit für Dritte für das Reisekostenbudget der Gebietsbauämter gelöst sein.

### Ziele 1998

Das Hauptziel der Tätigkeit des Amtes ist nach wie vor in der Amtssachverständigentätigkeit und Beratung von Landesdienststellen, Gemeinden und Landesbürgern in möglichst bürgerfreundlicher, effizienter und ökonomisch günstiger Weise zu sehen. Besonderes Augenmerk bei der Beratung von Bürgern und Gemeinden wird auf eine rasche und unbürokratische Form in allen vom Amt betreuten verwaltungstechnischen Angelegenheiten gelegt. Damit ist eine Verbesserung des Ansehens der Sachverständigen und des Landesdienstes im allgemeinen gegeben.

Die hauptsächlichen Ziele liegen nach wie vor in der Lösung der personellen Situation, die lediglich am Sektor der Agrartechnik durch die Dienstzuteilung einer Kollegin verbessert wurde. Besonders wichtig ist die Lösung der Problematik im wasserfachlichen Amtssachverständigen-Bereich, der kurzfristig sicherlich nur durch Versetzungen und

Dienstzuteilungen von anderen durch die WRG-Novelle entlasteten Dienststellen möglich sein wird.

Ein weiteres Ziel, welches jedoch voraussichtlich erst im kommenden Jahr erreicht werden kann, ist die Lösung des Problems der Rufbereitschaft für Unfälle, da damit eine jederzeitige Erreichbarkeit des jeweiligen Amtssachverständigen verbunden ist.

Zusammenfassend kann aus heutiger Sicht gesagt werden, daß die Aufgaben und Schwerpunkte soweit im Hinblick auf die oben angeführte Personalsituation möglich wahrgenommen und die Probleme beziehungsweise Ziele für 1998 infolge der guten und qualifizierten Mitarbeiter in befriedigender Weise gelöst und erreicht wurden bzw. werden.

## NÖ Gebietsbauamt II – Wiener Neustadt

### Schwerpunkte 1997

Das Gebietsbauamt II in Wiener Neustadt umfaßt den Gebietsbereich der Verwaltungsbezirke Baden, Wiener Neustadt und Neunkirchen. An Fachgebieten zu betreuen sind: Gewerbeteknik, Wasserbautechnik, Bautechnik, Naturschutz, Grund- und Objektschätzung sowie die Energieberatung. Zur Bearbeitung dieser Fachbereiche sind Techniker der Fachrichtungen Architektur, Bauingenieurwesen, Raumordnung, Kulturtechnik, Geohydrologie, Biologie, Agrartechnik, Maschinenbau und Bauwesen eingesetzt.

Der Einsatz in den vor erwähnten Fachbereichen erfolgt als Dienstleistung durch Amtssachverständige als Gutachter für die Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung des Landes und als Fachberater für Antragsteller und Projektanten. Erweiterte Tätigkeiten ergeben sich aus der Mitwirkung an verschiedenen Aktionen des Landes Niederösterreich, wie z. B. „Niederösterreich schön erhalten – schöner gestalten“, „Schöneres Gasthaus“ sowie der Zurverfügungstellung von Amtssachverständigen „für Dritte“, insbesondere für Gemeinden im Rahmen der personellen Ausstattungsmöglichkeit. Das abgelaufene Arbeitsjahr war von zahlreichen Gesetzes- und Verordnungsnovellierungen geprägt. Die Beobachtung dieser neuen Bestimmungen einschließlich deren Umsetzung in die Praxis erforderte von den Sachverständigen viel Zeit. Hier bewährten sich die seit längerer Zeit eingeführten „Koordinierungsgespräche“ der einzelnen Fachbereiche. Der Informationsfluß mit den entsprechenden Rechtsabteilungen erscheint jedoch verbesserungswürdig.

Schwerpunktmäßig ist zu den einzelnen Agenden während des Arbeitsjahres 1997 folgendes zu berichten:

## Gewerbetechnik

Vom Gebietsbauamt II Wiener Neustadt werden Sachverständige für Gewerbeverfahren beigelegt und dabei die Fachbereiche Bauwesen und Brandschutz, Maschinenbau und Wasserbautechnik abgedeckt.

Im Zuge der Aktion „Verfahrensexpreß“ zur Beschleunigung und Dokumentierung des Fortschrittes bei den Betriebsanlagengenehmigungsverfahren wurden für den östlichen Teil von Niederösterreich die vom Gebietsbauamt II betreute Bezirkshauptmannschaft Baden als „Versuchs-Bezirkshauptmannschaft“ ausgewählt. Im Rahmen einer eigenen Arbeitsgruppe der Landesamtsdirektion – Innovationsabteilung der NÖ Landesregierung wurden Projektunterlagen und die schematisierten Vorgangsweisen bei Betriebsbewilligungen mit dem Ziel einer Beschleunigung dieser Verfahren erarbeitet. Es wurden auch die Sprechtag bei den Bezirkshauptmannschaften auf mindestens 2 pro Monat ausgeweitet. In weiterer Folge werden die Mitarbeiter des Arbeitskreises – Sachverständige der Gebietsbauämter II und III und die Gewerbejuristen der Bezirkshauptmannschaften Baden und Amstetten – im ersten Halbjahr 1998 entsprechende Schulungen für die Kollegen auf den anderen Gebietsbauämtern und Bezirkshauptmannschaften durchführen.

Ein weiterer Schwerpunkt für die künftige Tätigkeit wird eine Standardisierung der Vorgangsweise bei den sogenannten Konzentrationsverfahren im Rahmen der NÖ Bauübertragungsverordnung sein. In jenen Gemeinden, die für Betriebsanlagen ihre Kompetenz als Baubehörde an die Bezirkshauptmannschaft übertragen, werden die ehemals getrennten Bau- und Gewerbeverfahren als eine einzige Verhandlung in der Kompetenz der Bezirkshauptmannschaft durchgeführt. Dadurch soll ein ökonomischer Verwaltungsablauf und ein verbessertes Bürgerservice erreicht werden. Wesentliche Voraussetzung für den Erfolg dieser Serviceleistung und einer raschen Erteilung der Genehmigungsbescheide wird die Qualität der eingereichten Projekte sein. Als Arbeitshilfe für Projektanten wurden dazu im „Verfahrensexpreß-Projekt“ die standardisierten Anforderungen der Einreichunterlagen erarbeitet, die unter anderem auch über das Internet abrufbar sein werden. Für Detailfragen stehen die Sachverständigen wie bisher bei den Sprechtagen am Gebietsbauamt und bei den vermehrten Sprechtagen bei den zuständigen Bezirkshauptmannschaften den Konsenswerbern und Projektanten zur Verfügung.

## Kulturtechnik und Wasserbau

Die Haupttätigkeit des Referates Wasser beim NÖ Gebietsbauamt II bezieht sich auf Bewilligungs- und Überprüfungsver-

fahren der Wasserrechtsbehörden. Es werden auch Verfahrensakte des Amtes der NÖ Landesregierung, Abteilung Wasserrecht und Schifffahrt, nach direkter Übermittlung oder im Wege von Delegationen bearbeitet.

Außerordentliche Schwerpunkte der Tätigkeit sind in immer wieder auftretenden Grundwasser- bzw. Gewässerverunreinigungen, z. B. bei Auffassung von Tankstellen, Öllagerungen und nach Verkehrsunfällen, zu sehen. Die Zahl der Unfälle ist ständig zunehmend, wobei in diesem Zusammenhang auch die Rufbereitschaft – die derzeit nur auf freiwilliger Basis erfolgt – einer besseren Organisation zuzuführen wäre. Ein entsprechender Vorschlag wurde im Jahre 1997 den zuständigen Dienststellen vorgelegt.

Einen weiteren Schwerpunkt in der Tätigkeit des Referates Wasser stellen die Altlasten im Bereich der Mitterndorfer Senke dar, von denen die Fischer-Deponie in Theresienfeld und die Berger-Deponie in Weikersdorf/Steinfeld besonders hervorzuheben sind. Bei beiden Deponien sind Exekutionsverfahren anhängig. Im Zuge dieser Zwangsräumungen werden Sachverständige verschiedenster Fachgebiete des Gebietsbauamtes II herangezogen. Die Arbeitsbewilligung ist dabei oft nur durch Inanspruchnahme von Mehrdienstleistungen außerhalb der regulären Dienstzeit möglich. Bei der Berger-Deponie wurde die Räumung im Jahre 1997 ohne besondere Probleme und Vorkommnisse weitergeführt. Bis Ende 1997 wurden rund 463.000 t Abfälle geborgen und auf verschiedene Zieldeponien abgeführt. Für diese Transportleistung waren 19.860 Lkw-Fahren erforderlich.

In enger Zusammenarbeit mit den Wasserbautechnikern vollzieht der geohydrologische Amtssachverständige seine Tätigkeit in Form von Verhandlungen, Überprüfungen und Beratungen für die drei Bezirkshauptmannschaften des Gebietsbereiches, den Magistrat der Stadt Wiener Neustadt und die Wasserrechtsbehörde des Landes Niederösterreich.

## Naturschutz

Einen wesentlichen Arbeitsaufwand in naturschutzfachlichen Bereichen stellen die Maßnahmen im Zusammenhang mit Grünlandbauten, die Prüfung und Begutachtung von Sand- und Kiesgruben, Steinbrüchen, von Abfallbehandlungsanlagen sowie von Funkmasten für das Mobiltelefonnetz und die Einleitung von Verfahren betreffend konsensloser Ablagerungen im Grünland dar.

Durch die Fachbesetzung Biologie beim NÖ Gebietsbauamt II kann vor allem auf dem Fachgebiet Botanik wertvolle Naturschutzarbeit geleistet werden. Die Tätigkeiten umfassen dabei Unterschutzstellungen von Feuchtbiosphären, Trockenrasen und Magerwiesen sowie die

fachliche Betreuung von bestehenden Naturdenkmälern.

Die Sachverständigen nehmen auch häufig an wasserrechtlichen Verhandlungen teil, dabei erfolgt die Beurteilung der ökologischen Funktionsfähigkeit von Gewässern bei Regulierungsprojekten und Kraftwerksbauten, wobei zunehmend bereits im Projektstadium Kontakte mit den zuständigen Fachabteilungen (Abteilung Wasserbau, Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung) erfolgen.

Schwerpunkte der Naturschutzarbeit waren im Jahre 1997 einerseits die Begutachtung des geplanten Semmeringtunnels, andererseits zahlreiche Erhebungen und Besprechungen im Zusammenhang mit dem Megaprojekt „Magna Globe“ in Ebreichsdorf, was letztlich zur Unterschutzstellung zumindest von Teilen des wertvollen Feuchtgebietes „Welsche Halten“ als Naturdenkmal führte.

## Agrartechnik

Ein agrartechnischer Sachverständiger deckt den Bereich der Gutachter- und Berater Tätigkeit für die Hoheitsverwaltung des Landes Niederösterreich und der Gemeinden noch ausreichend ab. Bei Behördenverfahren werden unter anderem Beurteilungen gemäß dem Kulturflächenschutzgesetz, dem NÖ Naturschutzgesetz und nach dem Gesetz über Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen durchgeführt. Darüber hinaus erstellt der landwirtschaftliche Sachverständige nach dem NÖ Raumordnungsgesetz Gutachten im Zusammenhang mit Bauvorhaben im Grünland.

## Maschinenbau

Seit März 1996 wurde ein zweiter Amtssachverständiger für Maschinenbau am Gebietsbauamt tätig. Dadurch ist eine wesentliche Entspannung bei der Betreuung der drei Bezirkshauptmannschaften eingetreten. Auch der geringe Bedarf der Sachverständigentätigkeiten für Gemeinden, einschließlich des Magistrates Wiener Neustadt, kann erfüllt werden.

Bei der gebotenen und angestrebten Raschheit des Verfahrensverlaufes bei Betriebsanlagengenehmigungen und der Einführung eines zweiten Sprechtages je Monat bei allen Bezirkshauptmannschaften („Verfahrensexpreß“) werden auch die maschinenbautechnischen Sachverständigen mit den Aufgaben von Vorprüfungen und Beratungen für Konsenswerber und Projektanten bis zur Fertigstellung von verhandlungsreifen Projekten eingebunden.

Neben den Vorprüfungen von Einreichunterlagen werden bei den Verhandlungen Gutachten erstellt. Die Anforderungen an die maschinenbautechnischen Gutachten sind durch die NÖ Bauübertragungsverordnung gestiegen, weil bei

gewerblichen Verhandlungen auch Agenden der Baubehörde wahrgenommen werden müssen. Ebenso wurden Überprüfungen und Erhebungen durchgeführt. Zusätzlich wurde bei den Bauprechstagen der Bezirkshauptmannschaften (teilweise 2mal pro Monat) teilgenommen und auch dort für die Parteien Beratungen und die Vorprüfung eingereicherter Projekte durchgeführt.

Nach dem NÖ Gassicherheitsgesetz wurden Flüssiggasanlagen im Genehmigungsverfahren erledigt. Eine weitere Tätigkeit ergab sich durch die Mitarbeit an der Projektgruppe „Verfahrensexpreß“. Ebenso ergibt sich eine Tätigkeit durch die Sachverständigentätigkeit im Kraftfahrwesen (Lenkerprüfung).

Die Quervernetzungen und Koordinierungen der maschinenbautechnischen Sachverständigen auf den einzelnen Gebietsbauämtern wird periodisch mit Erfolg durchgeführt. An den Koordinierungsgesprächen mit der Abteilung Maschinenbau und Elektrotechnik wird regelmäßig teilgenommen.

#### Objekt- und Grundstückschätzungen

Bei den Liegenschaftsbewertungen, eine Agenda der Wirtschaftsverwaltung, erfolgen Objekt- und Grundstückschätzungen über Anforderung der zentralen Landesämter. Die Schätzungssachverständigen des Gebietsbauamtes II sind aufgerufen, auch bei verschiedenen Aktionen Gutachten abzugeben. Dazu zählen z. B. „billige Baugründe für Niederösterreichische Jungfamilien“ und „Baurechtsaktionen“. Umfangreiche Schätzungen waren erforderlich, die Angemessenheiten von Liegenschaften bei Kauf oder Verkaufstätigkeit sowohl für das Amt der NÖ Landesregierung als auch bei Angemessenheitsprüfungen der Gemeinden im Zustimmungsverfahren durch das Landesamt zu beurteilen. Des weiteren vorgenommen werden Wertfestsetzungen im Zuge von Einlösungen bei Landes- und Bundesstraßen, Liegenschaftsbewertungen für die Sozialabteilungen und andere Abteilungen der Bezirkshauptmannschaften sowie Überprüfungen von Kostenvorschlägen für die Bezirkshauptmannschaften, z. B. im Zuge von Zwangsvollstreckungen.

#### Energieberatung

Die Aufgaben des am Gebietsbauamt II tätigen Energieberaters bestehen weiterhin in einer verstärkten Beratung nach den Leitlinien der NÖ Energiepolitik mit dem Schwerpunkt der Nutzung heimischer Biomasse und alternativen Energiequellen nach den Leitlinien der NÖ Energiepolitik. Dazu zählen Beratungen, Informationen und Förderungsmöglichkeiten für energiesparende Maßnahmen und Alternativenergie. Näheres siehe im Bericht der Geschäftsstelle für Energiewirtschaft.

#### Bauwesen – Tätigkeit für Dritte

Im Jahre 1997 wurden die bautechnischen Amtssachverständigen mit einigen gesetzlichen Reformen konfrontiert. Diese begannen mit der Änderung der Bauordnung, die am 1. Jänner 1997 rechtswirksam wurde, und endeten mit der Ergänzung bzw. Novellierung der Bautechnikverordnung im Oktober 1997.

Dazwischen wurden diverse Versuche durchgeführt, um eine Beschleunigung von Verfahren, sei es nun im Gewerbe- oder Bauverfahren, zu erzielen.

Unter dem Titel der Verfahrensbeschleunigung („Verfahrensexpreß“) wurde z. B. die NÖ Bauübertragungsverordnung LGBl. 1090/2-0 mit der Stammverordnung 64/97 vom 3. Juni 1997 ins Leben gerufen. Die Rechtskraft dieser Verordnung begann mit 1. August 1997. Mit der Novelle 112/97 vom 24. Oktober 1997 wurde die Stammverordnung durch die Hinzunahme von weiteren Gemeinden mit Rechtskraft vom 1. November 1997 erweitert.

Parallel zu dieser Übertragungsverordnung wurde seitens der Gewerbebehörde versucht, eine Beschleunigung der Verfahren durch Beiziehung von nichtamtlichen Sachverständigen (z. B. Zivilingenieure) zu erzielen. Zivilingenieure wurden vorwiegend für die Sachgebiete „Lärm, Luft und Verkehr“ herangezogen. Bei diesen Sachgebieten kam es offensichtlich immer wieder zu Verzögerungen, sei es auf Grund der Sensibilität und Kompliziertheit dieser Materien oder einfach aus Personalmangel. Um die wahren Ursachen erfassen zu können, wurde der Verfahrensexpreß gegründet; mit entsprechenden Ergebnissen kann im Jahr 1998 gerechnet werden.

Hinsichtlich der Betreuung von Gemeinden („Tätigkeit für Dritte“) besteht eine klare Aussage dahingehend, daß die Sachverständigen der Gebietsbauämter in der frontnahen Tätigkeit der Gemeindegemeinschaft beteiligt sein sollen, gelegentlich Planungs- und Baukontrollen für Landes- und Bundesbauten vornehmen und begleitend für Baumaßnahmen der Gemeinde zur Verfügung stehen sollen, um die Beziehung zur Praxis nicht zu verlieren. Der Bedarf an Beratungstätigkeit ist enorm und zeigt sich an der Mitwirkung der Sachverständigen an der Aktion der Abteilung Baudirektion – Ortsbildpflege „Niederösterreich schön erhalten – schöner gestalten“.

Durch die großteils positiven Reaktionen von Gemeinden, Bauherren und der damit betrauten Professionisten ist aus der Sicht der Amtssachverständigen großer Bedarf an weiterer Betreuung gegeben, dem jedoch wegen der personellen Ausstattung nicht voll nachgekommen werden kann.

#### Ziele 1998

Angestrebte Ziele für 1998 decken sich weitgehend mit der Umsetzung der Ergebnisse des Projektes Organisationsentwicklung technische Sachverständige, die in einigen Bereichen noch nicht abgeschlossen ist. Dazu zählt:

- Ausreichende Ausstattung mit finanziellen Mitteln aus einem „Weiterbildungskonto“ für die fachlich-technische Weiterbildung der Amtssachverständigen. Daß nach derzeitiger Regelung Seminargebühren noch immer fast ausschließlich aus dem der Dienststelle zugewiesenen Reisekostenkonto bezahlt werden müssen, obwohl dieses als reine Aufwandsentschädigung für die Reisekostenvergütung anzusehen ist, ist gänzlich unbefriedigend, nicht ausreichend und entspricht nicht der Wertigkeit und Bedeutung des notwendig gebotenen Weiterbildungsbedarfes der Sachverständigen.

- Schaffung zeitlicher Ressourcen für die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter(innen). Derzeit befinden sich Amtssachverständige und Kanzlei- wie Schreibkräfte an der Grenze der Belastbarkeit des organisatorischen Dienstbetriebes. Um den hohen Standard des Wissens und Könnens verantwortungsgerecht erhalten zu können, wird für die Weiterbildung (technisches Fachwissen, EDV-Kenntnisse und dgl.) die erforderliche Zeit zur Verfügung gestellt werden müssen.

- Die bisher erfolgreich stattgefundenen Koordinierungsgespräche für die fachliche Quervernetzung der Gebietsbauämter und Fachabteilungen, insbesondere für die Bereiche Agrartechnik, Maschinenbau, Naturschutz und Schätzungen sollen auch für die anderen Fachbereiche intensiviert werden. Die maßgebenden Rechtsabteilungen sollen periodisch in Vernetzungsgespräche eingebunden werden.

- Einbindung der wasserbautechnischen Amtssachverständigen in die amtsinterne organisierte Rufbereitschaft außerhalb der regulären Arbeitszeit, um bei Not- und Katastrophenfällen Soforteinsätze rasch und effizient bewerkstelligen zu können. Ein schon erarbeiteter Vorschlag für die Notfallorganisation harret noch der endgültigen Umsetzung.

- Erhöhung der Verlagskosten in Anpassung an die gestiegenen finanziellen Anforderungen einschließlich eines Amortisationskontos für das Dienstkraftfahrzeug, welches hier als unverzichtbares Arbeitsmittel angesehen wird.

- Abgrenzung und klare Definition des Aufgabenbereiches der Gebietsbauämter und Ausführung desselben in der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung.

## NÖ Gebietsbauamt III – St. Pölten

### Aufgaben und Schwerpunkte 1997

Grundsätzlich decken sich die Schwerpunkte mit der umfangreichen Auflistung im Jahresbericht 1996.

Speziell kamen hierzu:

- Die katastrophalen Sommerhochwässer, namentlich in den Bezirken Lilienfeld und St. Pölten einschließlich Magistratsbereich der Landeshauptstadt St. Pölten, verlangten das Äußerste an Einsatz zur Abklärung nötiger Sofortmaßnahmen, sodann zur raschen und problemlosen Abwicklung unzähliger Hochwasserschadenskommissionen. Dabei wurden im Interesse des Bürgers unbürokratisch auch andere als reine Gebäudeschäden von den Mitarbeitern des Gebietsbauamtes miteingeführt, ebenso in dringenden Fällen jene Schäden an Wasserbauten bzw. wasserbauliche Anlagen, für welche an und für sich die Fachabteilungen Abteilung Wasserbau und Güterwege zuständig gewesen wären. Der enorme Zeitaufwand bzw. Arbeitsanfall erforderte die Urlaubsunterbrechung aller erreichbaren Mitarbeiter. Trotzdem waren gewisse Engpässe unvermeidbar. Mit den beiden ha. zur Verfügung stehenden Amtssachverständigen für Maschinenbau konnte ebenso wenig das Auslangen gefunden werden. Für die tatkräftige Unterstützung durch Bausachverständige aus den Gebietsbauämtern I und IV und durch maschinenbautechnische Amtssachverständige der Abteilung Maschinenbau und Elektrotechnik sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

- Die Bezirkshauptmannschaft Amstetten war eine der beiden im Bundesland Niederösterreich ausgesuchten Verwaltungsbehörden für das Pilotprojekt „NÖ Verfahrensexpreß“, initiiert von der Landesamtsdirektion – Verwaltungsinnovation. Zwei ha. bautechnische Amtssachverständige arbeiteten deshalb gemeinsam mit dem ha. Amtssachverständigen für Maschinenbau intensiv am Pilotprojekt „NÖ Verfahrensexpreß“ (Beschleunigung der Betriebsanlagengenehmigungen im Gewerbeverfahren).

- Der Amtssachverständige für Energietechnik beschäftigte sich eingehend mit den Vorbereitungen zu „Änderungen der Wohnbauförderung in Richtung energiegerechtes Bauen“, initiiert von der Abteilung Wohnbauförderung. Bei den Schätzungen fiel die Zunahme der Verfahren nach dem Sozialhilfegesetz für die Sozialabteilungen der Bezirksverwaltungsbehörden auf.

- Für Ankäufe der Stadtgemeinden Pöchlarn bzw. Waidhofen a. d. Y. mußte zu einem Internatsgebäude der Tischlereiinnung bzw. zu einem ehemaligen Schloßgebäude jeweils ein ausführli-

ches Schätzgutachten erstellt werden. Die umfangreichen Gebäudekomplexe erforderten jeweils erheblichen Zeitaufwand für exakte Aufnahmen und Ausarbeitungen der Gutachten.

- Die neue Bautechnikverordnung 1997 erbrachte den maschinenbautechnischen Amtssachverständigen eine deutliche Mehrbelastung. Zahlreiche Baubehörden und Gemeinden ersuchten um Beurteilungen nach dem Stand der Technik hinsichtlich Heizungen mit Mineralöl und Flüssiggas, dieselölbetriebener Eigentankanlagen, aber auch im Zusammenhang spezieller Probleme bei Garagen (Lüftungen). Enorm war auch der Arbeitsaufwand der Maschinenbauer hinsichtlich Wärmepumpen mit Flüssiggasbetrieb.

- Eine Fülle von Funkmasten und Windräder beschäftigte diesmal zusätzlich die Naturschutzsachverständigen.

- EDV-mäßig war auch an der ha. Dienststelle die Vernetzung aller Landesdienststellen zum einen mit der Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie abzustimmen, zum anderen mit der Fa. NÖKOM abzusprechen. Vorbereitende Arbeiten fielen an (Verlegung eines Online-Kabels, Aufstellung eines Servers).

### Probleme 1997

- Die neuen Novellen im Gewerberecht und Wasserrecht führten zu einer enormen Mehrbeanspruchung. Es kann mit dem jetzigen Mitarbeiterstand sicherlich nicht mehr das Auslangen gefunden werden. Dies gilt vor allem hinsichtlich wasserfachlicher Amtssachverständiger.

- Weil sechs Bezirkshauptmannschaften und zwei Magistrate zu betreuen sind, gestaltet sich die regelmäßige Besetzung der Außensprechtage zusehends schwieriger. Die einzelnen Bezirksverwaltungsbehörden verlangen immer mehr nach Aufstockungen der Sprechtage. Engpässe ergeben sich im besonderen bei der Besetzung mit den maschinenbautechnischen Amtssachverständigen. Es stehen für insgesamt acht Verwaltungsbehörden bloß zwei Maschinenbautechniker zur Verfügung.

- Die Deckung des Reisebudgets jetzt anteilsweise aus den Einnahmen für die Gemeindebetreuung erbrachte eine wesentliche Erleichterung gegenüber der bisherigen Problematik.

### Ziele 1998

- Die für 1997 gesteckten Ziele (siehe Jahresbericht 1996/1997) konnten grundsätzlich eingehalten werden. Sie sollen auch für das kommende Jahr abgesichert bleiben. Wichtig und unabkömmlich ist die Personalaufstockung durch bereits langjährig eingeschulte und erfahrene Amtssachverständige für die Sparten „Abwassertechnik“ und

„Reinwassertechnik“, um die enorme Mehrbelastung aus der Wasserrechtsnovelle 1997 sofort bewältigen zu können. Als erster Schritt wird die Zuteilung eines Amtssachverständigen für Abwassertechnik als unabdingbar erachtet.

- Eine weitere Umsetzungsphase zur EDV-Vernetzung kommt an der ha. Dienststelle im Jänner und Februar 1998 zu tragen.

## NÖ Gebietsbauamt IV – Krems

### Schwerpunkte 1997

Der Aufgabenbereich ist weitgehend im Rahmen des vorhergehenden Jahres geblieben. Die Anteile der einzelnen Sparten zueinander haben sich gegenüber dem Vorjahr etwas verschoben. Die Zahl der erledigten Fälle ist gestiegen.

### Hoheitsverwaltung

Diese Sparte beansprucht durch die Beistellung von Amtssachverständigen für fünf Bezirkshauptmannschaften etwa drei Viertel der gesamten Aktivitäten. Neben Vorbegutachtung, Gutachtenerstellung und Verhandlungsteilnahme ergab sich weiter zunehmend Beratungstätigkeit und die Überprüfung von Anlagen durch Sachverständige im kurzen Weg. Diese verwaltungs-ökonomisch richtigen Maßnahmen bedeuten für das Gebietsbauamt Personalbelastung und erhöhten Reisekostenaufwand, helfen aber an anderen Stellen zu sparen und Verfahren zu beschleunigen.

### Gewerberecht

Der Arbeitsanfall hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas erhöht. Die Behandlung von Problemen im Umweltbereich stagnierte.

Die Verhandlungskonzentration im Gewerbeverfahren wurde auch auf andere Bezirke erweitert. Dies brachte eine deutliche Verlängerung der Dauer der einzelnen Verhandlungen.

### Wasserrecht

Der Arbeitsanfall ist gegenüber 1996 um ca. 20% gewachsen, die Anzahl der Überprüfungen, Vorbegutachtungen und Erhebungen sowie der nötige Zeitaufwand stiegen ebenfalls. Der Anteil der Delegationen hat sich etwas reduziert. Die Anzahl der Erledigungen konnte gesteigert werden, trotzdem wurde der Aktenrückstand weiter größer. Die Auslastung bei wasserrechtlichen Verfahren ist für jeden einzelnen Sachverständigen sehr hoch, so daß bei gleichbleibendem Arbeitsanfall ein zusätzlicher Sachverständiger erforderlich wird.

## Naturschutz

Der Arbeitsanfall ist gegenüber 1996 um das fünffache gestiegen! Der Zeit- und Reiseaufwand ist durch die weite Streuung der Einzelfälle hoch, besonders aber auch durch die zur Einhaltung der gesetzlichen Fristen kurzfristig erforderlichen Erhebungen.

## Agrartechnik

Für diesen Fachbereich ist ein Sachverständiger zur Gänze und ein weiterer teilzeitbeschäftigt im Einsatz. Von ihnen werden Gutachten für Verfahren der Bezirkshauptmannschaften, weit überwiegend aber für die Baubehörden zur Übereinstimmung von Bauwerken mit der Flächenwidmung Grünland-Landwirtschaft erstellt. Wegen der weiten Streuung der Fälle ergibt sich hoher Zeit- und Reiseaufwand. Der derzeitige Arbeitsanfall kann durch die beiden Amtssachverständigen abgedeckt werden.

## Maschinenbautechnik

Die beiden Amtssachverständigen für Maschinentechnik beim GBA IV tragen durch die rasche Verfügbarkeit für die Gewerbebehörde zur Beschleunigung der Verfahren bei, allerdings stieg dadurch auch der Aufwand am GBA.

## Bauverhandlungen für Bundesgebäude

1997 ist der Anfall gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Durch Zusammenlegung mit anderen Amtstätigkeiten konnte der Zeit- und Kostenaufwand wirtschaftlich gehalten werden.

## Wirtschaftsverwaltung

Der Anfall ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, da ein Mitarbeiter die Bauaufsicht und Organisation für das Ausstellungsschloß zur NÖ Landesausstellung 1998 innehatte.

Weiters wurden Grundeinlöseverfahren und Beweissicherungen für die Straßenverwaltung, Schätzungen und Überprüfungen von Kostenvoranschlägen für verschiedene Stellen des Landes (z. B. Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Wohnungsförderung, Stiftungsverwaltung und Naturschutz) und Bezirkshauptmannschaften und Planung, Baukontrolle und Abrechnung sowie Überwachung der öffentlichen Subventionen für Arbeiten an denkmalgeschützten Gebäuden, besonders Stift Zwettl, durchgeführt.

Katastrophenschäden sind 1997 in großem Ausmaß aufgetreten. Für die Hochwasserschadensfeststellung waren zwei Mitarbeiter aushilfsweise auch bei anderen Gebietsbauämtern im Einsatz.

## Diverses

● **Aktion „Niederösterreich schön erhalten – schöner gestalten“.** Wie schon in den vorhergehenden Jahren wurde diese Aktion von allen in den Bauverfahren der Gemeinden und im Naturschutz tätigen Amtssachverständigen besonders an Ort und Stelle wahrgenommen, aber auch Skizzen als Planungsgrundlagen oder für erforderliche Änderungen angefertigt.

● **Bürgerservice.** Monatliche Sprechtag bei den Bezirkshauptmannschaften, gemeinsam mit der Abteilung Maschinenbau und Elektrotechnik, dem Arbeitsinspektorat und fallweise der Abteilung Umwelttechnik werden von der Bevölkerung gut angenommen. Besonders gilt dies für gewerbebehördliche Angelegenheiten, wo durch gezielte Beratung Verfahrensabläufe stark beschleunigt und vereinfacht werden können. Auch die Sprechtag mit wasserbautechnischen Sachverständigen werden gut angenommen.

Die Sprechtag werden, ausgenommen bei der Bezirkshauptmannschaft Krems, jeweils an Freitagen gehalten. Bei der BH Horn wird ab November 1997 ein ganzer Tag und bei der BH Zwettl ein zweiter Halbtage für die Bausprechtag verwendet.

Der auftragsgemäß weiter angebotene verlängerte Parteiensprechtag am Dienstag wird nicht beansprucht. Die effektivste Form des Bürgerservice findet hingegen vor Ort in den Gemeinden, besonders im Rahmen von Bauverhandlungen durch Vorprüfungen und Beratungen – ohne Kostenersatz – statt und wird dort sehr gut angenommen.

● **Energieberatung** (siehe getrennten Bericht). Von der Geschäftsstelle für Energiewirtschaft ist eine Energiebeauftragter beim Amt eingesetzt.

● **Außenstelle der Landesgeschäftsstelle für Dorferneuerung** (siehe getrennten Bericht der Landesgeschäftsstelle).

● **Außenstelle der Landesgeschäftsstelle für Stadterneuerung** (siehe getrennten Bericht der Geschäftsstelle). Es sind drei Mitarbeiter am Gebietsbauamt untergebracht.

● **Überprüfung von Landesdienststellen nach Landesbedienstetenschutzgesetz und -verordnung.** Bei den durch die Landesamtsdirektion durchgeführten Überprüfungen wird ein Sachverständiger des hiesigen Amtes beigezogen. Der Anfall war 1997 relativ gering, aber sehr zeitaufwendig.

## Tätigkeit für Dritte

● **Bausachverständige.** Die Sachverständigentätigkeit wird von vielen Gemeinden und sehr stark in Anspruch genommen. Eine Ausweitung dieser Tätigkeit ist wegen der Personalbelastung nicht möglich. Die Zusammenarbeit mit

den Gemeinden verläuft in überwiegender Maß sehr positiv und störungsfrei. Im Rahmen dieser Gemeindetätigkeit werden die Interessen der Ortsbildgestaltung, des Naturschutzes und die Bauberatung von Einzelpersonen wahrgenommen. Dadurch wird Bürgerservice in wirksamster und unmittelbarster Form geleistet.

● **Raumordnung.** Die Erstellung von raumordnungsfachlichen Gutachten bei erhaltenswerten Bauten, Lagerplätzen und Materialgewinnungen im Grünland bringen beträchtlichen Arbeitsaufwand. Dabei wird versucht, durch Zuteilung der Fälle an die in den betroffenen Gebieten in anderen Angelegenheiten beschäftigten Mitarbeiter Zeit- und Reiseaufwand möglichst niedrig zu halten. In diesen Sektor fällt auch ein Großteil der Arbeiten der Agrartechniker.

## Probleme 1997

Gewerbe- und Bauverhandlung zum selben Termin haben noch nicht den erhofften Effekt gezeigt. Um die komplexen konzentrierten Verfahren für Antragsteller, Beteiligte und Behörden rationaler gestalten zu können, ist besonders von den Amtssachverständigen ein hohes Maß an fachlicher und menschlicher Qualifikation nötig. Die dazu erforderliche laufende Weiterbildung kann nur durch hohen ideellen und zeitlichen Einsatz der Mitarbeiter erlangt werden. Das Problem von Terminkollisionen konnte durch die Festlegung von Fixterminen für Bezirkshauptmannschaft etwas entschärft werden, jedoch sind außertourliche Termine nur sehr schwer unterzubringen.

Der geplante Anschluß des Gebietsbauamtes an das neue Landeskommunikationssystem konnte wegen notwendiger baulicher Vorbereitungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden.

## Ziele 1998

Der gegebene hohe fachliche Standard der Sachverständigen soll gewahrt bleiben. Es ist von großer Wichtigkeit, den Mitarbeitern unter Freihaltung der hierfür nötigen Zeit die fachliche und technische Weiterbildung und fallweise Spezialisierung innerhalb ihres großen Fachgebietskreises zu ermöglichen, aber auch ihre menschlichen Qualitäten zu fördern, da nur dadurch sowohl einwandfreie Leistungen erbracht als auch Bürgernähe und Serviceleistung sichergestellt werden können.

Die Umwandlung der internen Strukturen ist entsprechend der Infora-Studie abzuschließen.

## NÖ Gebietsbauamt V – Mödling

### Schwerpunkte 1997

Im Jahre 1997 stellte sich als Schwerpunkt heraus, daß es besonders wichtig war, den Dienst so zu organisieren, daß er trotz des unerwartet aufgetretenen Personalmangels so durchgeführt werden kann, daß nur geringe Auswirkungen für die Bürger und die betroffenen Gemeinden eintreten bzw. daß die Tätigkeit für Bezirkshauptmannschaften nicht eingeschränkt wird.

Ein weiteres Hauptaugenmerk wurde auf die EDV-Umstellung im Bereich der Kanzlei gelegt, wobei insbesondere die Erfassung der Akten durch die EDV anstelle einer Handkartei angestrebt wurde.

Auch wurde darauf Wert gelegt, daß die Gutachten formal und inhaltlich richtig erstellt werden und dementsprechend wurden die Aus- und Weiterbildung zur Erlangung von fundiertem Fachwissen forciert.

Weiters wurde die Verstärkung des Wissens- und Informationsaustausches unter den Gebietsbauämtern, aber auch mit den anderen Amtssachverständigenabteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung durch Ausbau der Quervernetzungen angestrebt, was insbesondere im Hinblick auf die neu in Kraft getretene Bauordnung erforderlich war. Dazu kam, daß gegen Ende des Jahres eine neue Bautechnikverordnung in Kraft trat, für deren Aneignung den Amtssachverständigen praktisch keine Zeit verblieb. So war es erforderlich, entsprechende Einschulungen zu organisieren, damit in absehbarer Zeit eine rasche und einheitliche Kenntnis der Gesetzesmaterie vorliegt.

Durch die Wasserrechtsgesetzesnovelle 1997 und die Gewerbeordnungsnovelle 1997 bedingt, sind ebenfalls Umstrukturierungen erforderlich, so daß dem erhöhten Bedarf an Amtssachverständigen im Zuge dieser Verfahren trotz geringem personellen Spielraum weitgehend Rechnung getragen werden kann. Im Zusammenhang damit wurde es notwendig, die Arbeitsabläufe im Gebietsbauamt zu durchleuchten, um Grundlagen für eventuelle Neuverteilungen zu bekommen.

Überdies wurde weiterhin Wert darauf gelegt, daß der Leitfaden für Amtssachverständige „Rolle und Image des Amtssachverständigen“ mit Leben erfüllt wird, um so die allgemeine Qualität der Amtssachverständigen zu verbessern.

### Probleme 1997

Probleme ergaben sich im Zusammenhang mit der Verfahrensbeschleunigung insofern, als einerseits nach wie vor sehr oft mangelhafte Einreichunterlagen vorhanden sind, aber andererseits gewünscht wird, daß Verfahren möglichst rasch abgewickelt werden. Hier ist es nach wie vor wünschenswert, daß die Innungen bzw. Kammern auf ihre Mitglieder einwirken, um die Einreichunterlagen in so eine Qualität zu bringen, daß daraus keine Verzögerungen eintreten. Im Zuge des sog. Verfahrensexpreß sind diese Probleme ebenfalls aufgegriffen und entsprechende Leistungen gefunden worden, und es ist zu hoffen, daß hier eine deutliche Entspannung eintritt. Nicht verschwiegen soll dabei werden, daß durch die Verfahrenskonzentrationen einerseits Gewerbeordnung – Bauordnung, andererseits Gewerbeordnung – Wasserrecht die Amtssachverständigen weitaus mehr gefordert sind und die personellen Engpässe besonders gravierend sind. Trotzdem wird festgehalten, daß die Verfahrenskonzentration im Sinne der Konsenswerber und der Bürger voranzutreiben ist.

Nach wie vor besteht das Problem der Gemeindebetreuung, die weiterhin politischer Wille ist und so der Wunsch nach bestmöglicher Bürgerbetreuung besteht. Im Laufe des Jahres 1997 wurden zwar die Probleme im Zusammenhang mit der Reisetätigkeit im wesentlichen gelöst, aber es ergab sich am Gebietsbauamt durch einen unerwartet aufgetretenen Personalmangel die Notwendigkeit, derzeit gewisse Betreuungstätigkeiten einzuschränken.

So wurden einige Gemeinden auf jenen Zeitpunkt vertröstet, bis diese Probleme gelöst sind, und andere Gemeinden er sucht, nur in ganz dringenden Fällen das Gebietsbauamt zu Rate zu ziehen. Nicht verschwiegen werden soll in diesem Fall, daß auf Grund der Wasserrechtsgesetzesnovelle die Gemeinden mit hoher Wahrscheinlichkeit verstärkt an die Gebietsbauämter herantreten werden, da die Kriterien für Indirekteinleiter oft nur teuer von Ziviltechnikern oder kostengünstiger und damit auch bürgerfreundlicher durch die Gebietsbauämter beurteilt werden können.

Als ungelöstes Problem erscheint unverändert, daß für die Aus- und Weiterbildung kein ausreichendes Budget vorhanden ist, so daß sehr oft kostenintensive, doch sehr wichtige Seminare, insbesondere wenn sie z. B. im Ausland stattfinden, kaum oder nur sehr eingeschränkt besucht werden können. Hier sollten doch Überlegungen angesetzt werden, die vielleicht in Richtung persönliches Bildungsbudget oder dergleichen verlaufen.

### Ziele 1998

Für 1998 erhoffen wir eine weitere Ausrüstung mit entsprechenden EDV-Anlagen. Wir streben an, daß die Umstellung der Registratur auf eine EDV-Kartei abgeschlossen wird und daß auch in Zusammenhang damit die Verrechnung der Kosten mit den Gemeinden und ev. die Verrechnung der Reisekosten vereinfacht werden können.

Eine Anpassung des Personalstandes an die Erfordernisse der Wasserrechtsgesetzesnovelle und der Gewerbeordnungsnovelle ist ebenso anzustreben, wie eine Beseitigung des personellen Engpasses am Gebietsbauamt V – Mödling, so daß die Gemeinde- und Bürgerbetreuung wieder im gewünschten Umfang vorgenommen werden kann.

1998 wird auch angestrebt, daß die Bestimmungen der NÖ Bauordnung und der NÖ Bautechnikverordnung von allen Amtssachverständigen in allen Bereichen einheitlich vollzogen werden, insbesondere daß die Gemeinden im Sinne der NÖ Bauordnung einheitlich handeln. Ein weiteres Ziel sollte die Lösung des Problems der Aus- und Weiterbildung sein sowie die Verstärkung einheitlicher Vorgangsweisen im Bereich der Verwaltungsverfahren im gesamten Bundesland. Die Gebietsbauämter sind hier vor allem im Bau-, Wasserrechts- und Gewerbeverfahren betroffen.

Im Bereich des Naturschutzes erscheint es unbedingt notwendig, daß bei immer mehr auftretenden Anbietern und der damit verbundenen Verdichtung von Funkstationen für Mobilfunkanlagen eine einheitliche, anwendbare Vorgangsweise gefunden wird.

Seitens des Gebietsbauamt V – Mödling wäre es auch wünschenswert, wenn es zu Kostenrechnungen bei allen Dienststellen käme, wobei auf das Vorbild der NÖ Straßenverwaltung hingewiesen wird. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die NÖ Gebietsbauämter ja nicht nur Ausgaben verursachen, sondern sehr wesentliche Einnahmen im Zuge der Sachverständigentätigkeit erzielen. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß wesentliche Serviceleistungen wie die Energieberatung oder die Beratungen im Zuge der Aktion „NÖ schön erhalten – schöner gestalten“, aber auch Beratungen für Konsenswerber kostenlos sind und jedem Bürger zugute kommen. So wird auch auf die Bausprechtage vorwiegend auf den Bezirkshauptmannschaften, aber auch auf den Gemeinden hingewiesen. Diese Bausprechtage, die sehr gut angenommen werden, sollen auch in Zukunft noch mehr ausgebaut werden.

## Statistik 1997

### Geldgebarung der Gebietsbauämter I-V

Allgemeiner Arbeitsaufwand, Dienstkraftwagenbetrieb Ermessens- ausgaben (Maschinen, Amts- ausstattung)	S 2,164.928,—	Österr. Institut für Bautechnik	S 1,325.673,25	Forschung (Rohstoffe, Energie, Umwelt)	S 7,281.700,—
Einnahmen bei den Gebiets- bauämtern an Kostenersätzen für Leistungen an Dritte	S 10,776.520,—	Ortsbildpflege: Aktion „NÖ schön erhalten, schöner gestalten“, Förderungen von Grünflächen- gestaltungen, Buswartehäuschen – Ausstattung, Broschüren, Mitarbeiterhonorare, Kolloquien und Sonstiges	S 18,068.000,—	Geschäftsstelle für Energiewirtschaft	S 1,435.000,—
NÖ Geo-Informationssystem (NÖGIS)	S 1,676.941,61			Fernwärmeförderung	S 14,859.000,—
				Umweltschutz-Aktionen	S 3,126.505,10
				NÖ Luftgüteüberwachungsnetz	S 6,034.778,50

3

## Abteilung Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik

### Schwerpunkte 1997

#### Sachgebiet Bautechnik

- Ausarbeitung einer neuen Bautechnikverordnung (NÖ Bautechnikverordnung 1997), in der gemäß der Resolution des Landtages vom 28. März 1996 die bautechnischen Bestimmungen für Ein- und Zweifamilienhäuser in übersichtlicher Form zusammengefaßt und die derzeit in Sondervorschriften der Garagenverordnung, Heizungsverordnung, Schutzraumverordnung, Mineralölordnung, des Luftreinhaltgesetzes und der Verordnung über die periodische Überprüfung von Feuerungsanlagen enthaltenen technischen Bestimmungen eingegliedert wurden. Die neue Bautechnikverordnung 1997, von der Landesregierung am 7. Oktober 1997 beschlossen, soll dem Anwender ermöglichen, sämtliche für ein Bauvorhaben geltenden Vorschriften in einem Zusammenhang dargestellt zu finden

- Abfassung von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen sowie zu EU-Dokumenten betreffend den bautechnischen Fachbereich

- Mitarbeit beim Österreichischen Institut für Bautechnik (OIB): im Vorstand, im Sachverständigenbeirat „Österreichische technische Zulassung“ und „Europäische technische Zulassung“ sowie im Grundsatzausschuß für technische Fragen

- Vortragstätigkeit: Information von Dienststellen des Landes, der Gemeinden und von Interessenvertretungen im bautechnischen Bereich

- Gutachterstätigkeit in den Arten einer Amtssachverständigentätigkeit für die Hoheitsverwaltung des Bundes und des Landes Niederösterreich sowie einer Sachverständigentätigkeit für die Wirtschaftsverwaltung des Landes Niederösterreich. Erstellung von bau-, brand- und sicherheitstechnischen Gutachten

- Ausarbeitung von Gutachten über den Verkehrswert von Grundstücken im Bauland bzw. baulich genutzten Liegenschaften

- Mitarbeit in diversen Ausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes (ON) und im Ausschuß Technische Integration Bauprodukte (ATIB) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten

- Wahrnehmung der Interessen des Landes Niederösterreich in den Lenkungsorganen der Landesstelle für Brandverhütung (BV) und der Österreichischen Gesellschaft für das Erdbebeningenieurwesen (OEG)

- Erlassung von österreichischen technischen Zulassungen (ÖTZ) für Bauprodukte (z. B. Schornsteinsysteme)

- Ausbildung von „A- und B-Technikern“ verschiedener Fachsparten im Rahmen der „Training-on-the-job“-Ausbildung

#### Sachgebiet Agrartechnik

- Amtssachverständigentätigkeit für Landwirtschaft mit den Schwerpunkten Wasserrechtsverfahren betreffend Wasserversorgungsanlagen (Schutz- und Schongebiete) und landwirtschaftliche Beregnungsanlagen sowie Grundeinlöungsverfahren für den Ausbau von Bundesstraßen

- Teilnahme an diversen Koordinierungsgesprächen (z. B. Schutz- und Schongebiete, Abwasser)

- Mitwirkung bei der Erstellung von Unterlagen für Grundwasserschutz-, Schon- und Sanierungsgebiete

- Abfassung von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen sowie zu EU-Schriftstücken betreffend den landwirtschaftlichen Fachbereich

- Ausbildung von „A- und B-Technikern“ verschiedener Fachsparten im Rahmen der „Training-on-the-job“-Ausbildung

#### Sachgebiet Verkehrstechnik

- Erstellung von verkehrs-, straßenbau- und eisenbahntechnischer Gutachten

- Sachverständigentätigkeit im Lawnenwarndienst

- Mitarbeit bei der Überarbeitung der Eisenbahnkreuzungsverordnung

- Mitarbeit bei der Erstellung von Normen und Regelwerken im Rahmen des Österreichischen Normungsausschusses sowie der Österreichischen Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen

- Mitarbeit bei richtungweisenden Publikationen (z. B. Handbuch der Straßenraumgestaltung)

- Mitarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern verschiedener Dienststellen des Landes und bei Dienstprüfungen

- Mitarbeit bei der Aus- und Weiterbildung im Rahmen externer Veranstaltungen (z. B. Schulung von Bauleitern durch das Kuratorium für Verkehrssicherheit)

- Weiterentwicklung eines Terminverwaltungsprogrammes mit integrierter Reiserechnungserstellung

- Weiterführung der Datenbank für den Kraftfahrlinienverkehr

### Probleme 1997

#### Sachgebiet Bautechnik

- Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung und Abgabe von Stellungnahmen zu den umfangreichen EU-Papieren. Die Gründe hierfür sind: fremdsprachige Arbeitsunterlagen und kurzfristige Termine. Durch die Einrichtung des Österreichischen Instituts für Bautechnik (OIB) trat jedoch eine merkliche Verbesserung ein.

- Erheblicher Termindruck im Zuge der Ausarbeitung der neuen NÖ Bautech-

nikverordnung 1997 in Zusammenarbeit mit der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht.

**Sachgebiet Agrartechnik**

- Im Wasserrechtsgesetz und im NÖ Bodenschutzgesetz fehlen nach wie vor eindeutige Regelungen.
- Im Naturschutzverfahren erschweren unklar definierte Bescheidaufgaben die Entschädigungsberechnungen.
- Die laufende Personalreduktion in Verbindung mit der im Jahr 1997 überdurchschnittlich hohen Anzahl an Grundeinlösungsverfahren verhindert fristgerechte Erledigungen und führt zu Aktenrückstand.

**Sachgebiet Verkehrstechnik**

- Begutachtungen erst nach Durchführung von Verkehrsmaßnahmen auf Grund von Anrainerbeschwerden infolge mangelnden Kontaktes mit Betroffenen.
- Das aus Sicherheitsgründen notwendige Pfeifen bei Eisenbahnkreuzungen führt zu erheblichen Belästigungen der Anrainer.
- Für einfache Bauvorhaben sind viele verschiedene Behörden und Stellen zuständig (z. B. Zufahrt Gewerbebetrieb an Bundesstraße im Freiland: Gemeinde Baubewilligung – Bezirkshauptmannschaft Gewerbebewilligung – Bezirkshauptmannschaft Bodenmarkierung StVO-Verordnung – Land Ausnahme Bauverbot – Straßenverwaltung Zufahrtsbewilligung).
- Unvollständige, z. T. fehlende Unterlagen als Grundlage für Verfahren.

**Ziele 1998**

**Sachgebiet Bautechnik**

- Mitwirkung an der Novellierung von Baugesetzen betreffend die Anpassung an Vorgaben der Europäischen Union
- Mitarbeit beim Österreichischen Institut für Bautechnik (OIB) betreffend die österreichische technische Zulassung, die europäische technische Zulassung, die Akkreditierung von Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen für Bauprodukte und die Harmonisierung der Bauvorschriften der Länder
- Mitarbeit an einer neuen Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Regelung der Verwendbarkeit von Bauprodukten für den übergangsweise bestehenden nationalen Bauproduktenmarkt
- Koordinierung mit den NÖ Gebietsbauämtern auf dem Gebiete des NÖ Bedienstetenschutzgesetzes und der Liegenschaftsbewertung im Bauland
- Vermittlung der technischen Kenntnisse (z. B. Bauordnung, Bautechnikverordnung) und der praktischen Erfahrungen an andere Dienststellen, Behörden und Interessenten durch Vortragstätigkeit bei Seminaren, Kursen und Techniker Ausbildung

**Sachgebiet Agrartechnik**

- Weitere Intensivierung der Kontakte zu den Behörden und zu den betreffenden Fachabteilungen
- Teilnahme an Querinformationssprachen (z. B. der agrartechnischen Amtssachverständigen der Gruppe

**Statistik 1997**

**Tätigkeit Jänner bis Dezember 1997 (ohne die umfangreiche Bearbeitung der NÖ Bautechnikverordnung und EU-Papieren)**

Sachgebiet	Außendiensttage	komm. Verhandlungen	Beweisaufnahmen	Gutachten
Bautechnik	437	471	160	177
Agrartechnik	291	508	209	170
Verkehrswesen	1.180	2.795	274	699
Insgesamt	1.908	3.774	643	1.046

Die angegebenen Ziffern stellen lediglich die Anzahl der Tätigkeiten dar, jedoch nicht deren Umfang.

Baudirektion), aber auch an gruppenüberschreitenden fachspezifischen Besprechungen (z. B. Schutz- und Schongebiete, Klärschlamm, Abwasserbeseitigung)

- Einbindung agrartechnischer Amtssachverständiger in Querinformationsgespräche der Sachverständigen im Naturschutzverfahren
- Weiterbildung und Teilnahme an fachspezifischen Seminaren und Veranstaltungen sowie Vervollständigung der facheinschlägigen Literatursammlung

**Sachgebiet Verkehrstechnik**

- Verstärkte Weiterbildung der Mitarbeiter zur Weiterführung der Gutachtertätigkeit auf dem letzten Stand des Wissens
- Änderung der Eisenbahnkreuzungsverordnung
- Weiterführung der Mitarbeit bei der Regelsetzung, richtungweisenden Publikationen und Erstellung von einfach handhabbaren Arbeitsunterlagen einschließlich zugehöriger EDV-Programme
- Weiterführung der Mitarbeit bei Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern des Landes
- Intensivierung der bundesländerübergreifenden Koordination auf dem Gebiet der Sachverständigentätigkeit
- Mitarbeit bei der Vereinfachung und Konzentration der Verwaltungsverfahren

## Abteilung Maschinenbau- und Elektrotechnik

### Tätigkeitsbereiche

- Teilnahme als technische Amtssachverständige zu kommissionellen Verhandlungen der
  - Abteilungen der NÖ Landesregierung
  - Bezirkshauptmannschaften
  - Gemeinden und Magistrate
  - Berghauptmannschaft
  - Bundesministerien
- Die Amtssachverständigen sind in folgenden Fachgebieten tätig:
  - Lagerung brennbarer Flüssigkeiten und Gase
  - Heizungsanlagen und Lüftungsanlagen
  - Dampfkesselanlagen
  - Fernleitungen für Gas und Mineralöl
  - Energiewesen und Energiewirtschaft
  - Förderanlagen, Sessel- und Schlepplifte, Aufzüge und Materialseilbahnen
  - Beurteilung von Sicherheitsanalysen
  - elektrotechnische Belange der Elektrifizierung, Leitungsanlagen und Tarifangelegenheiten
  - Röntgenanlagen und Neonanlagen
  - Sicherheitsbeleuchtungsanlagen
  - Veranstaltungsstätten
  - Beurteilung von Funkanlagen
- Mitarbeit im Normungsinstitut bei der Erstellung einschlägiger Normen
  - Mitarbeit bei der Ausarbeitung von Gesetzen
  - Mitarbeit bei der Ausarbeitung von ÖVE-Vorschriften

- Begutachtung von gefahrgeneigten Anlagen nach der Störfallverordnung – Beurteilung von Projekten in elektrizitätswirtschaftlicher Hinsicht

### Probleme 1997 und Ziele 1998

Im abgelaufenen Jahr wurde die Abteilung für Maschinenbau und Elektrotechnik vermehrt für eine intensive Prüftätigkeit in bezug auf die Umweltverträglichkeit der Müllverbrennung herangezogen. Für diese Tätigkeit ist ein aufwendiges Literaturstudium neben der Prüfung der sehr umfangreichen Projektunterlagen und die Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen sowie mit externen Gutachtern erforderlich.

Eine weitere Nachfrage bei den Beurteilungen ist durch den rasanten Ausbau der Funkanlagen (Handynetze) und die dabei vermehrt auftretenden Einwendungen der Bevölkerung betreffend elektromagnetischer Felder eingetreten. Durch die derzeitige Errichtung von Windenergieanlagen und die damit verbundenen Diskussionen, ist ebenfalls ein vermehrter Arbeitsanfall vorhanden. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung erneuerbarer Energieformen und die damit zusammenhängende energie-wirtschaftliche Bedeutung sowie die

sprunghafte Entwicklung auf technischem Gebiet ist für die Zukunft eine noch intensivere Weiterbildung der Sachverständigen erforderlich.

### Statistik 1997

Im Rahmen der Tätigkeit wurden folgende Leistungen erbracht:

- Kommissionelle Verhandlungen und Erhebungen

Gemeinden und Magistrate:	
501 Verhandlungen	995 halbe Stunden
Bezirkshauptmannschaften:	
2.635 Verhandlungen	6.579 halbe Stunden
Abteilungen der NÖ Landesregierung:	
1.747 Verhandlungen	5.436 halbe Stunden
Bundesministerien und Berghauptmannschaft:	
38 Verhandlungen	323 halbe Stunden

- Für die Überwachung technischer Anlagen wurden folgende Beträge eingehoben:

Dampfkesselwesen	S 235.870,-
Aufzugsanlagen	S 687.675,-
Seilliftanlagen, Hebezeuge	S 114.000,-

## Abteilung Umwelttechnik

### Strahlenschutz

#### Schwerpunkte 1997

- Überprüfung von Projekten hinsichtlich der technischen Erfordernisse und der Strahlenschutzvorschriften
- Gutachten bei Genehmigungs- und Überprüfungsverhandlungen, bzw. im Zuge von Errichtungs- und Betriebsbewilligungen
- Sachverständigentätigkeit bei Gewerbe- und Bauverhandlungen für Anlagen zum Umgang mit radioaktiven Stoffen, Strahleneinrichtungen und Strahlenschutzräume
- Technische Begutachtung medizinischer Strahlungsanlagen, z. B. für Gesundheitsabteilungen der Bezirkshauptmannschaften

### Technische Luftfahrtangelegenheiten

- Gutachten zur sicheren Durchführung von Außenlandungen und Außenabflügen sowie von zivilen Luftfahrtveranstaltungen
- Gutachter- und Beratungstätigkeit bei der Errichtung von Hubschrauberflugplätzen; Erhebungen zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen

### Luftreinhaltung und Luftgüteüberwachung

#### Luftreinhaltung

Amtssachverständigentätigkeit und Abgabe von gutächtlichen Stellungnahmen zu Fragen der Verringerung und Ausbreitung von Luftverunreinigungen.

#### Schwerpunkte 1997

- Mitarbeit am Projekt „Verfahrensexpreß“, das der Beschleunigung gewerbebehördlicher Betriebsanlagengenehmigungsverfahren dient
- Bausprechtage in den Bezirkshauptmannschaften
- Geruchsimmissionserhebung bei einem Metallschmelzbetrieb im Bezirk Baden
- Mitwirkung an der Räumung der „Berger-Deponie“ durch begleitende Kontrolle

#### Luftgüteüberwachung

- Großflächige Überwachung der Luftgütesituation in Niederösterreich zur Dokumentation des Ist-Zustandes und der Immissionsentwicklung
- Vollziehung des Smog- und Ozongesetzes
- Schaffung von Grundlagen für Planungen etc.

Schwerpunkte 1997

- Kontinuierliche Luftgüteüberwachung mit 35 Meßstellen des Landes NÖ und 8 Meßstellen der EVUs bzw. Industrie.
- Das Meßnetz wurde teilweise durch Austausch veralteter Meßwerterfassungsanlagen in 18 Meßstellen dem neuesten Stand der Technik angepaßt. Betreuung der Informationssysteme: Regionaltelefone, Ozontelefon, Luftgütelefon usw. Kontrolle der Emissionsdaten aus den Kraftwerken Dürrrohr, Korneuburg und Theiß.
- Aufbau eines standardmäßigen Qualitätssicherungslabors.

**Gewässergüte**

Erfassung der chemischen, physikalischen und biologischen Gewässergüte von Grund- und Quellwässern sowie von Oberflächengewässern, vor allem im Hinblick auf die damit verbundenen Gütefragen.

**Schwerpunkte und Probleme 1997**

- Die Untersuchungen zur aktuellen Gewässergütesituation der Fließgewässer in Niederösterreich wurden in Zusammenarbeit mit der Abteilung Wasserwirtschaft und der Universität für Bodenkultur wie im Vorjahr im Rahmen einer neuen, erweiterten Studie mit insgesamt über 800 Probestellen weitergeführt. Das biologische Untersuchungsprogramm für das Grundmeßstellennetz (nach der Wassergüteeerhebungsverordnung) wurde ebenso wie die chemische Probenahme weitergeführt.
- Die Funktionsüberprüfungen von Kläranlagen (über 120 im Jahr) wurden weitergeführt und liefern gemeinsam mit dem Ablaufprogramm weitere interessante Ergebnisse über die saisonalen Schwankungen.
- Teichuntersuchungen (Feststellung der Eutrophierungstendenz; über 500 Untersuchungen pro Jahr) durch vermehrte Messungen des Chlorophyllgehaltes.

● Stark erweitert wurden die biologischen Güteuntersuchungen im Nachfolgeprogramm im Stauraum Melk, ebenso wurden im Rahmen der Arbeiten für die Marchfeldkanalbetriebsgesellschaft sowohl die Oberflächengewässer in diesem Raum (Donau, Rußbach, Weidenbach) als auch das Grundwasser auf zahlreiche Schwermetalle und organische Stoffe untersucht.

**Bädertechnik**

**Schwerpunkte 1997**

- Überprüfung des Standes der Technik in den kommunalen Frei- und Hallenbädern wie auch in den gewerblich genutzten Anlagen im Hotelgewerbe und in Freizeiteinrichtungen
- Überprüfung der Einhaltung der Technik von Vollvakuumchlorgasanlagen, wie sie in der Badewasserdesinfektion Verwendung findet
- Technische Beratung und Überprüfung der Frei- und Hallenbadsanierungen
- Überprüfung von gewerblich genutzten Bräunungsanlagen in Hotels, Fitnesszentren, Sonnenstudios und dgl. bei deren Inbetriebnahme wie auch im laufenden Betrieb

**Sicherheitstechnik im Gesundheitswesen**

**Schwerpunkte 1997**

- Sachverständigentätigkeit im Bereich der Sicherheitstechnik im Gesundheitswesen, insbesondere bei baubehördlichen, sanitätsrechtlichen und Arbeitnehmerschutzverfahren sowie Krankenhauseinschaukommissionen, Teilnahme an Baubearatssitzungen und Arbeitsauschusssitzungen
- Beratung und Begutachtung bei der Planung bzw. Prüfung und Überwachung bei der Errichtung und beim Betrieb von technischen, medizin- und elektromedizinischen Einrichtungen sowie elektrotechnischen, Lüftungstechni-

schen und medizingastechnischen Anlagen und Geräten in Kranken-, Kur- und Heilanstalten und ähnlichen Anstalten

- Koordinierung der technischen Sicherheitsbeauftragten der NÖ Landeskrankenanstalten, Aufbau einer Datei über Technische Sicherheitsbeauftragte, die für die NÖ Krankenanstalten verantwortlich sind
- Meßtechnische Geräte- und Anlagenprüfung und Ermittlung bei Unfällen. Sicherheitstechnische Prüfung der medizin-technischen Geräte und Anlagen (Raumlufttechnische Anlagen, medizinische Gasanlagen, Elektro- und Brandschutzanlagen) vor der erstmaligen Inbetriebnahme in a. ö. Krankenanstalten, NÖ Landeskrankenanstalten und in Notarztwagen im Bundesland Niederösterreich
- Wiederholungsprüfungen der raumlufttechnischen Anlagen in a. ö. Krankenhäusern und NÖ LKA gem. ÖNORM M 6020, Teil 2

**Lärm- und Erschütterungsschutz**

**Schwerpunkte und Probleme 1997**

- Befunde und Gutachten über die Höhe der in der Nachbarschaft von Betrieben und Anlagen zu erwartenden Lärmimmissionen;
- Beratung bei der Planung von Gewerbe- und Industrieanlagen hinsichtlich Lärmthematik, Prüfung der Standortfrage und generelle fachliche Beratung und Aufklärung.
- Durch die Tendenz, Straßen- und Schienenverkehrswege aus Lärmschutzgründen unterirdisch zu verlegen, kommt dem Erschütterungsschutz steigende Bedeutung zu. Mögliche Auswirkungen von Neuprojekten werden bereits im Vorfeld der Projektierung untersucht.

**Abteilung Vermessung**

**Aufgaben und Schwerpunkte 1997**

Der Abteilung Vermessung sind nach der Geschäftseinteilung die Vermessungsangelegenheiten übertragen worden. Aus diesen Agenden ergeben sich nachstehende Tätigkeiten für landes- und bundeseigene Liegenschaften:

- Erstellen von grundbuchsfähigen Teilungsplänen
- Erstellen von Bestandsplänen für Straßenbaumaßnahmen
- Wiederherstellen von verlorengegangenen Grenzzeichen
- Vorbereiten und Vergeben von vermessungstechnischen Arbeiten an Ingenieur-Konsulenten für Vermessungswesen

- Überprüfen von Angeboten vermessungstechnischer Arbeiten
- Veranlassen der Grundbuchsordnung
- Evidenzhalten der Liegenschaften
- Erteilen von Zustimmungserklärungen für die Umwandlung von Grundstücken in den Grenzkataster gemäß § 43 Abs. 6 VermG und Beurkundungen gemäß § 43 Abs. 5 VermG

- Zustimmung zu rechtlich gesicherten Grenzen von landeseigenen bzw. in der mittelbaren Bundesverwaltung von bundeseigenen Grundstücken gem. § 19 der NÖ Bauordnung
- Zentrales Evidenzhalten der Festpunkte des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen
- Wahrung der Eigentumsinteressen im Einvernehmen mit den verwaltenden Dienststellen bei Einmessungen durch Vermessungsämter oder Agrarbezirksbehörde
- Erstellen von Lage- und Höhenaufnahmen
- Erstellen von vermessungstechnischen Gutachten im Zuge von Behördenverfahren
- Mitarbeit bei der Schaffung des Nationalparks Thayatal
- Mitarbeit im österreichischen Fachnormenausschuß 084 (Vermessungstechnik und Plandarstellung)
- Mitarbeit am NÖGIS
- Durchführen sonstiger technischer Vermessungen über Antrag von anderen Abteilungen
- Koordination bei der Erstellung und Beschaffung von Plänen und Karten innerhalb der Landesverwaltung
- Abfragen aus der Grundstücks- und Grundbuchsdatenbank
- Beraten von Gemeinden bei Erstellen von DKM und digitalen Flächenwidmungsplänen

### Vermessung

Bei der Vermessung wurde der Schwerpunkt entsprechend den anfallenden Arbeiten auf die Erstellung grundbuchsfähiger Teilungspläne nach Korrektur von Landesstraßen, Landeshauptstraßen, Bundesstraßen A, S und B sowie nach Regulierungsmaßnahmen des öffentlichen Wassergutes gesetzt.

(Angaben in km)	E	G
Landesstraßen	29,0	138,1
Bundesstraßen A, S und B	2,6	67,9
Wasserbau	0,3	12,9

E = Eigenleistung

G = Grenzverhandlung mit anschl. Vergabe der Planerstellung

Für die Vermessung und Verbücherung wurden für die Landeshaupt- und Landesstraßen Kreditmittel in der Höhe von 14,7 Mio. S, für die Bundesstraßen 3,9 Mio. S und für das öffentliche Wassergut S 250.000,- an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen vergeben.

1 Mio. S wurde für Gebühren, für Planbescheinigungen, Bestellung von Katastermappenblätter und Plandrucke aufgewendet.

Weitere Schwerpunkte lagen bei folgenden Tätigkeiten:

- 15 Lage- und Höhenaufnahmen für Naturschutz, Wasserrechtsbehörde und Hochbau

- 42,6 km Rekonstruktion von Straßen- und Gerinnegrenzen
- 7,5 km Grenzverhandlungen für Grenzkataster und Agrarverfahren
- 29,7 km Straßenbestandspläne für Grundeinlösung
- 45 Termine für vermessungstechnische Sachverständigentätigkeit
- 10 Teilungspläne für Liegenschaftsverwaltungen
- Einmessung von Naturdenkmälern
- Schutzzonenabgrenzung von Brunnenfeldern im Raum St. Pölten

### Grundbuchsangelegenheiten

In diesem Bereich lag der Schwerpunkt auf folgenden Tätigkeiten:

- Bearbeitung von 2.045 Grundbuchsbeschlüssen in der abteilungseigenen Liegenschaftsevidenz
- Erteilen von 1.031 Grundabtretungs- und Zustimmungserklärungen gem. Vermessungsgesetz
- Erstellen von 51 Grundbuchsunterlagen für die Bundes- und Landesstraßenverwaltung
- Bearbeitung von Anträgen um Auszug aus der Grundstücksdatenbank im Ausmaß von 17.209 Eingaben
- Bearbeiten von 508 Ladungen zu Bauverhandlungen gem. § 19 NÖ Bauordnung betreffend rechtlich gesicherter Grenzen

Weiters war die Teilnahme an Gerichtsterminen in Grundbuchssachen und Tagsatzungen erforderlich, ebenso die Durchführung zahlenmäßig nicht erfaßbarer Evidenzhaltungsarbeiten über den landes- und bundeseigenen Liegenschaftsbesitz.

### Liegenschaftsevidenz für landes- und bundeseigene Grundstücke

Die Daten der bei der Abteilung Vermessung aufliegenden Liegenschaften der Landes- und Bundesverwaltung sind in der EDV eingespeichert.

Diese Datei wurde unter Mitarbeit der betroffenen verwaltenden Abteilungen weiter ausgebaut und verbessert und evident gehalten.

### Probleme 1997

- Durch die Übersiedelung des Dienstortes nach St. Pölten kam es für die Mitarbeiter zu zusätzlichen Belastungen, da der Betrieb, die Betreuung der Anrainer, der Gemeinden und Ingenieurkonsulenten ohne Unterbrechung weitergeführt werden mußte. Dabei wirkte sich auch aus, daß zu diesem Zeitpunkt wegen der vom Land durchgeführten Sparmaßnahmen, durch Kündigungen bzw. Pensionierungen freigewordene

Dienstposten nur teilweise nachbesetzt wurden.

● Die Dezentralisierung von Mitarbeitern nach Horn und Baden brachten zwar für die Betroffenen von ihrem Wohnsitz her große Vorteile, jedoch ist die Kommunikation mit der Zentrale äußerst schwierig. Fachgespräche und Fragen bzw. rechtliche, personelle und technische Probleme können nicht sofort behandelt und besprochen werden, sondern erst wenn eine eigens dafür anberaumte Dienstbesprechung eingeplant ist. Dadurch ist es für die Führung der Abteilung schwierig für ein einheitliches und kontinuierliches Arbeiten bzw. Auslegen von rechtlichen und technischen Problemen zu sorgen.

● Durch die Novellierung der NÖ Bauordnung ist die Abteilung Vermessung verpflichtet, im Rahmen von Bauverfahren gem. § 19 NÖ Bauordnung die rechtlich gesicherte Grenze nicht nur der Straßen, sondern auch des öffentlichen Wassergutes zu bestätigen. Dafür ist oft eine Rekonstruktion oder Vermessung des Gerinnes erforderlich. Die dafür anfallenden Kosten in einem jährlichen Gesamtausmaß von ca. S 100.000,- müssen den Planverfassern angelastet werden, da die Abteilung Vermessung dafür über keine Budgetmittel verfügt und auch seitens des zuständigen Bundesministeriums dafür keine Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Dies führt zu Unverständnis und Unmut bei den betroffenen Gemeinden und Bauwerbern.

● Durch die Eingliederung der Vermessungsabteilung in die Gruppe Baudirektion ist es erforderlich, auch den Abteilungen anderer Gruppen bewußt zu machen, daß die Vermessungsabteilung trotz der Zuordnung zur Gruppe Baudirektion weiterhin für alle Vermessungs- und Grundbuchsangelegenheiten sowie für die in diesem Zusammenhang stehenden Finanzangelegenheiten befugt und zuständig ist.

### Ziele 1998

- Einbindung von Daten der digitalen Katastermappe (DKM) in das NÖGIS
- Abschluß der Tarifverhandlungen gemeinsam mit der Bundesingenieurkammer und den Experten der Bundesländer im Bereich des Vermessungswesens
- Unterstützung der Gemeinden und Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen bei der Erstellung der digitalen Katastermappe
- Ankauf der digitalen Mappe vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen und Weitergabe an die Gemeinden
- Beratung der Gemeinden beim Einsatz digitaler Plangrundlagen

- Beratung der Gemeinden und Ingenieurkonsulenten bei Erstellung und richtiger Anwendung der DKM
- Einmessen von Wasserbauvorhaben, deren Verbücherung vor Jahren seitens des Bundes unterblieben ist
- Umstellen der photomechanischen Plandokumente auf EDV-Datenträger
- Verstärkter Einsatz von neuen Technologien im Bereich der Vermessung
- Anwendung des GPS-Systems im Rahmen großflächiger Vermessungen

- Informationsveranstaltung über die Novellierung der NÖ Bauordnung hinsichtlich der rechtlich gesicherten Grenzen für Gemeinden, Sachverständige usw.
- Informationsveranstaltungen im Rahmen der Landesverwaltung über den möglichen Einsatz der neuen Technologien (GPS-System)
- Zurverfügungstellung bzw. fachliche Beratung und Einsatz von vermessungstechnischen Leistungen
- Fachliche Beratung bei der Erstellung von GIS in den verschiedenen Abteilungen

Die Baudirektion der Landesregierung hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

3

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

Die Baudirektion hat im Rahmen der Novellierung der NÖ Bauordnung die folgenden Aufgabenstellungen übernommen:

**Schwerpunkte 1997**

- Erstellung von EDV-Programmen gemeinsam mit EDV-Koordinatoren der einzelnen Abteilungen zum Zwecke einer Vereinheitlichung und Verbesserung des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung mit den Schwerpunkten: Kostenverfolgung, Vergabe und Rechnungsprüfung
- Schulung der EDV-Anwender mit Schwerpunkten Ausschreibung und Vergabe (ABKx), Kostenverfolgung und Rechnungsprüfung (BKE) und automationsunterstütztem Zeichnen (AUTOCAD Rx)
- laufende Betreuung und Benutzerunterstützung der EDV-Anwender
- Laufende Koordinierung der Aktivitäten der zur Gruppe Hochbau gehörenden Abteilungen, der Gruppenkanzlei und der Schreibstelle sowie Servicestel-

lenbetreuung im Haus 7 im Sinne einer bürgernahen Verwaltung

- Teilnahme an Arbeits- und Fachausschüssen sowie Mitwirkung in den Gremien zur Errichtung des Regierungsviertels und des Kulturbezirkes in der Landeshauptstadt
- Wahrnehmung aller Koordinierungsaufgaben auf dem Personal-, Sach- und Fachsektor sowie Mitarbeiterweiterbildung (es wurden 11 Fachvorträge veranstaltet)
- Baukoordination mit Prognose des Jahresbauvolumens

**Ziele 1998**

- EDV-Schulungen der Mitarbeiter mit dem Schwerpunkt automationsunterstütztes Zeichnen

- Überarbeitung und EDV-mäßige Umsetzung der in der Gruppe Hochbau verwendeten Formulare (Formularwesen)
- Einstieg in das Landeskommunikations- und Informationssystem (LAKIS)
- Optimierung des Vergabewesens für immaterielle Leistungen

**Statistik 1997**

Die geschätzten Gesamtherstellungskosten der Bauvorhaben betragen rund 13,69 Mrd. S.

Die Baurate der 1997 abgewickelten Vorhaben belief sich auf rund 3,33 Mrd. S.

3

**Abteilung Landeshochbau A**

**Schwerpunkte 1997**

- Planung und organisatorische Durchführung von Neu-, Zu- und Umbauten der landeseigenen Objekte für Bezirkshauptmannschaften, Gesundheits-, Kultur- und Museumswesen sowie der landwirtschaftlichen Bildungsangelegenheiten
- Organisatorische Betreuung, Planung und Beratung von Neu-, Zu- und Umbauten sowie Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der vom Land zur Verfügung gestellten Kreditmittel für geförderte Bauvorhaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, hier ausschließlich von Krankenanstalten, Leasinggesellschaften und Bauträgern
- Erarbeitung der technischen Beilagen für Regierungsvorlagen landeseigener Objekte und aus Landesmitteln geförderter Vorhaben der Gemeinden und Gemeindeverbände

- Teilnahme an Bauberatungssitzungen, Arbeits- und Finanzausschüssen
- Stellung von Experten zur Beratung bei Gesetzesentwürfen bzw. -änderungen
- Stellung von Sachverständigen für die Durchführung behördlicher Verfahren nach dem Krankenanstalten-, Heilvorkommen- und Kuranstalten-, Krankenpflege- und fallweise Sozialhilfegesetz
- Entsendung von Mitgliedern für Prüfungskommissionen;
- Begutachtung und Überwachung von Planungen, Koordinierung von Planungsbeauftragten, geschäftliche und technische Oberleitung, Durchführung von Ausschreibungen und Auftragsvergaben, Bauaufsicht und Koordinierung der Fachabteilungen, Abnahme der Bauleistungen und Abrechnungsarbeiten.

Der Schwerpunkt lag auf dem Ausbau der mit hohem Standard ausgestatteten

Krankenanstalten, den durch die Dezentralisierung vermehrten Aktivitäten auf dem Gebiet der Bezirkshauptmannschaften sowie den Renovierungs- und Instandsetzungstätigkeiten an Kulturbauten bzw. an Bauten des landwirtschaftlichen Bildungswesen.

**Ziele 1997**

Die Zielvorgaben sind durch den Rahmen des Voranschlages 1998 des Landes Niederösterreich bestimmt und umfassen Bauvorhaben mit Eigenplanungen der Abteilung Landeshochbau A sowie solche mit Planungsbeauftragten bei Projekten mit Landeszuschüssen.

**Statistik 1997**

Bauvorhaben	Anzahl	Gesamtkosten in Mio. S	Baurate 1997 in Mio. S
Amtsgebäude	7	433,700	34,891
Landw. Fach- und Berufsschulen	8	41,211	11,240
Kulturabteilung	2	36,500	4,246
Krankenhäuser			
Rechtsträger Bundesland NÖ	4	1,365,662	187,691
Rechtsträger Gemeinden und Gemeindeverbände	13	2,611,910	532,721
Insgesamt	34	4,488,983	770,089

**Schwerpunkte 1997**

- Vorbereitung von Planungen bzw. Betreuung und organisatorische Abwicklung von Neu-, Zu- und Umbauten sowie von Sanierungsmaßnahmen bei Kindergärten, Pflichtschulen, Landesberufsschulen, Landespensionistenheimen, Landespflegeheimen, Landesjugendheimen, Landesfeuerwehrschule, Sonderschule für körperbehinderte Kinder „Waldschule“ in Wiener Neustadt, Säuglings- und Kleinkinderheim „Schwedentift“ in Perchtoldsdorf und Stiftungshäusern.
- Stellung von Amtssachverständigen für die Durchführung von Behördenverfahren entsprechend dem Sozialhilfegesetz für Pensionisten- und Pflegeheime sowie für das Kindergartenwesen und den Pflichtschulbereich.
- Koordinierung der Projektabwicklung, Begutachtung von Planvorlagen und teilweise Durchführung von Ausschreibungen und Auftragsvergaben, Bauaufsicht und Koordinierung der Sonderfachleute, Abnahme der Bauleistungen und Abrechnungen.

3

**Gewerbliche Berufsschulen**

Im Zuge des Ausbaues der Gewerblichen Berufsschulen mit einem Investitionsvolumen von 500 Mio. S befinden sich die Schulen Theresienfeld, St. Pölten im Bau. Der Um- und Zubau der Berufsschule Pöchlarn wurde abgeschlossen.

**Landespensionisten- und -pflegeheime**

Aus dem laufenden Bauprogramm wurde das Projekt Eggenburg mit 75 Pflegebetten seiner Bestimmung übergeben. Die Pflegeheime St. Pölten sowie Berndorf, Neunkirchen, Vösendorf und Wilhelmsburg befinden sich in der Umsetzungsphase, wobei die letzteren bereits 1998 fertiggestellt werden.

**Schul- und Kindergartenbau**

Die Bauinvestitionen wurden in diesem Bereich im bisherigen Rahmen von rund 1.300 Mio. S fortgesetzt, wobei die Ge-

bäudeerhaltung mit Verbesserung der Wärmedämmung (CO<sub>2</sub>-Reduzierung) neben der Neubautätigkeit einen Schwerpunkt bildete.

**Ziele 1998**

Neben dem Aufgabenbereich Kindergarten- und Schulbau wird vor allem die Umsetzung des vom Landtag beschlossenen Ausbauprogrammes 1998 bis 2000 von 1.300 Mio. S für Pensionisten- und Pflegeheime ein großer Schwerpunkt sein. Wobei vordringlich die Erarbeitung der Grundlagen und Ziele für die Umstrukturierung bestehender Heime von Wohn- auf Pflegebetten und die Vergabe der immateriellen Leistungen, entsprechend der Dienstleistungsrichtlinie und der ÖNORM sein wird.

**Statistik 1997**

	Anzahl	Gesamtkosten in Mio. S inkl. MWSt.	Baurate 1997
Kindergärten	65	606.000	333.930
Pflichtschulen	208	2.522.668	872.572
Summe Schulen und Kindergärten	273	3.128.668	1.206.502
Gewerbliche Berufsschulen	21	575.952	182.646
Pflege- und Pensionistenheime	36	2.165.208	487.656
Instandsetzungen und Standardverbesserungen sonstiger Landesbauten	13	56.354	27.038
Summe Landesbauten	70	2.797.514	697.340
Insgesamt	343	5.926.182	1.903.842

Abteilung Bundeshochbau

**Schwerpunkte 1997**

**Bundeshochbau**

Planung und organisatorische Durchführung von Neu-, Zu- und Umbauten bundeseigener und in Bestand genommener Objekte für Hochschulen und wissenschaftliche Anstalten, Allgemeine und Berufsbildende mittlere und höhere Schulen, Anstalten der Lehrer- und Erziehungsbildung, Land- und Forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten, Bun-

desversuchswirtschaften, Gendarmerie- und Bundespolizeidienststellen, Strafvollzugsanstalten und Gerichte, Finanz- und Zollämter, Vermessungsämter, Strombauämter, Bundesflüchtlingslager, veterinärbehördliche Gebäude, bundeseigene Mietwohngebäude, Allgemeine Leasing- und Sonderfinanzierungsbauten.

Die bautechnische Betreuung wird unter Kontaktnahme mit den Dienststellen der jeweils zuständigen Bundesministerien, Verwaltungsdienststellen im Amt der NÖ Landesregierung, dem Landesschulrat

für Niederösterreich, der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes, des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich und der BBD für Wien, Niederösterreich und Burgenland durchgeführt.

Die Aufgabenstellung ist grundsätzlich durch die Wahrnehmung der Projektleitungs- und Auftraggeberfunktion definiert und reicht von Planungseinleitung, Bauvorbereitung, Planungsbeauftragung, Ausschreibung, Auftragsvergabe,

örtlicher Bauaufsicht, Abrechnung bis zur Übergabe der Objekte an die jeweiligen Nutzer sowie sämtlicher Instandhaltungsmaßnahmen. Die Zielvorgaben sind durch den Bundesvoranschlag (Baukredite) und den Landesvoranschlag (Planungskredite) bestimmt.

### Bundesgebäudeverwaltung

Die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zugewiesenen Liegenschaften, Gebäude und Wohnungen, die im Besitz des Bundes stehen, werden verwaltet bzw. sämtliche An- und Verkäufe von Liegenschaften und Gebäuden durchgeführt.

### Amtshilfe

Die Tätigkeiten im Rahmen der Amtshilfe für einzelne Ressorts werden je nach Erfordernis durchgeführt, wobei die Baukosten seitens der Ressorts getragen, und dem Land Niederösterreich von den tatsächlichen Bauausgaben gemäß FAG 12% Aufwendungsrückvergütung erstattet wird.

### Rechnungswesen

Buchhalterische Erfassung aller Aufträge, Rechnungen, Vorschauen und Kostengebarungen im Bereich Hochbau, Planung und Bauprogramme.

### Probleme 1997

Seitens des BMWA werden derzeit auf Grund eines Rechnungshofberichtes Überlegungen über eine Neuorganisation des gesamten Bundeshochbaues angestellt, wobei insbesondere eine Effizienzsteigerung durch entsprechende Aufgabenverteilungen thematisiert ist.

### Ziele 1998

Realisierung und Umsetzung aller in den Bauprogrammen des BMWA enthaltenen Planungen sowie Fortführung bereits im Bau befindlicher Vorhaben, je nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Budgetmittel und örtlichen Besonderheiten.

### Statistik 1997

#### Bundesgebäudeverwaltung

Von der BGV I/NÖ werden 55 allgemein-öffentlich genutzte Liegenschaften (Amtsgebäude, Lehr- und Versuchsanstalten, Heime, Flüchtlingslager usw.), 20 gemischt genutzte Gebäude, 15 Wohn- und Geschäftsgebäude, mehrere Bauplätze, 10 Eigentumswohnungen, rund 300 Hektar landwirtschaftlich genutzter Flächen, ein Teil des Donau-Oder-Kanals sowie 13 Kriegerfriedhöfe einschließlich Aus- und Einnahmengeräte für 53 Mietwohnungen, 118 Naturalwohnungen, 20 Einzelräume und 6 Geschäftslokale sowie die Besoldung von 3 Hausbesorgern verwaltet und 15 Bundesbedarfsumfragen durchgeführt.

Für die Verwaltung wurden S 9,400.000,- und für den Ankauf von Liegenschaften S 5,586.636,- aufgewendet.

Aus der Vermietung und Verpachtung S 5,835.236,60 sowie durch Geldmittelzuweisungen konnten gemäß FAG S 1,745.249,54 erzielt werden.

Angaben in Mio. S inkl. MWSt.	Bauvorhaben 97		Bauvorhaben 98		Planungsvorhaben 98
	ges. K.	Ausg. 97	ges. K.	Ausg. 98	ges. K.
<b>Neubau – BPR des BMWA</b>					
Bauträgervorhaben	301,000	2,300	301,000	1,200	0,000
Schulen der Unterrichtsverwaltung	264,000	40,992	121,000	57,000	255,000
Schulen der Wissenschaftsverwaltung	0,000	0,000	0,000	0,000	110,000
Land- und forstwirtschaftliche Schulen u. Anstalten	397,330	51,491	354,200	55,600	316,700
Sonstige Bundesamtsgebäude	1.530,000	274,902	1.069,100	227,800	1.314,100
<b>Summe Neubau</b>	<b>2.492,330</b>	<b>369,615</b>	<b>1.845,300</b>	<b>341,600</b>	<b>1.995,800</b>
<b>Instandsetzung – RBPR des BMWA</b>					
Schulen der Unterrichtsverwaltung	171,000	74,000	215,000	90,000	40,000
Schulen der Wissenschaftsverwaltung	19,000	9,138	13,000	8,000	10,000
Land- und forstwirtschaftliche Schulen u. Anstalten	40,000	16,773	53,000	25,000	11,500
Sonstige Bundesamtsgebäude	285,000	107,958	310,000	98,000	106,000
Amtshilfetätigkeit für Ressorts	18,100	17,250	18,000	18,000	26,000
<b>Summe Instandsetzungen</b>	<b>533,100</b>	<b>225,119</b>	<b>609,000</b>	<b>239,000</b>	<b>193,500</b>
Planung, Bauführung und Bauaufsicht	0,000	37,350	0,000	41,500	0,000
<b>Insgesamt</b>	<b>3.025,430</b>	<b>632,084</b>	<b>2.454,300</b>	<b>622,100</b>	<b>2.189,300</b>

## Abteilung Haustechnik

### Schwerpunkte 1997

- Wahrnehmung der Aufgaben und Zielsetzungen der Wirtschaftsverwaltung auf dem Gebiet der Haustechnik.
- Kontaktnahme und Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Bundes in mittelbarer Bundesverwaltung und in Form der Amtshilfe, dem Landesschulrat für Niederösterreich, dem Landesgendarmeriekommando für Niederösterreich,

dem Arbeitsmarktservice für Niederösterreich.

- Zusammenarbeit mit Gemeinden, Gemeindevertreterverbänden, Leasinggesellschaften und Baurägern.
- Kontaktnahme mit sonstigen Rechtsträgern, wie Elektrizitäts- und Energieversorgungsunternehmen, der Generalpostdirektion und deren nachgeordnete Dienststellen, Vorschriften- und Normenausschüsse usw.

- Planung und bautechnische Betreuung von haustechnischen Anlagen in Neu-, Zu- und Umbauten, wie z. B. für Hochschulen und wissenschaftliche Anstalten, berufsbildende mittlere und höhere Schulen, Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, land- und forstwirtschaftliche Schulen, Bundesversuchswirtschaften, land- und forstwirtschaftliche Bundesanstalten, Gendarmerie- und Bundespolizeidienststellen, Straf-

vollzugsanstalten und Gerichte öffentlichen Rechts, Finanz- und Zollämter, Bundesflüchtlingslager, bundeseigene Mietwohngebäude, Arbeitsämter, Amtsgebäude, Landeskrankenhäuser, gewerbliche Landesberufsschulen, landwirtschaftliche Fach- und Berufsschulen, Landesjugendheime, Landespensionistenheime, Landespflegeheime, Stiftungshäuser, Landesausstellungen und Museen, niederösterreichische a. ö. Krankenanstalten, Pflichtschulen, Kindergärten.

● Fachliche Betreuung für die Landesausstellung 1998 in Kirchstetten. Sicherheitstechnische und technisch-museale Beratung auch für Bundesdenkmalamt, Diözesen, Stifte und Gemeinden.

● In Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle für Energiewirtschaft und den Energiesonderbeauftragten des Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten für Bundesbauten wurden Maßnahmen zur Einsparung von Energie gesetzt. Zur Verwendung alternativer bzw. erneuerbarer Energien wurde die Entwicklung derselben beobachtet, Untersuchungen in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht angestellt und gegebenenfalls der Einbau entsprechender Anlagen veranlaßt. So wurden in die in Bau befindlichen Landes-Pensionistenheime in Berndorf, Neunkirchen, Vösendorf, Wilhelmsburg Solaranlagen zur Warmwasserbereitung eingebaut.

● Die bereits mehrfach in Heizungsanlagen eingesetzte geregelte Strahlpumpe brachte gute technische und wirtschaftliche (Investition, Strom, Wartung) Ergebnisse, und es wird ihr Einsatz weitergeführt werden. Die Kraft-Wärme-Kupplungsanlagen (Blockheizkraftwerke) in diversen NÖ Kranken-

anstalten werden weiter beobachtet und im a. ö. Krankenhaus Amstetten eingepplant. Die Errichtung einer modernen Müllverbrennungsanlage für das a. ö. Krankenhaus Baden ist nach engem Kontakt mit den zuständigen Rechts- und Sachverständigenabteilungen genehmigt und steht vor der Fertigstellung.

● Der Schwerpunkt lag weiterhin auf dem Ausbau der mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Haustechnik ausgestatteten, technisch komplizierten NÖ Krankenanstalten, den Neu- und Zubauten der Landespensionistenheime, Landesberufsschulen und Landwirtschaftlichen Fachschulen sowie weiteren Großbauvorhaben des Landes und Bundes. Weitergeführt wurde der Ausbau der Zollämter und die Unterkünfte für die GREKO (Grenzgendarmarie). Begonnen wurde der Einbau der Sicherheitseinrichtungen in Gerichtsgebäuden mit den Bezirksgerichten des Gerichtssprengels des Landesgerichtes Krems/Donau. Fast alle fördertechnischen Anlagen, viele Großküchen sowie medizinische Großgeräte der Krankenhäuser wurden neben einzelner Bauvorhaben besonders des Landes Niederösterreich durch Mitarbeiter der Abteilung selbst projektiert, ausgeschrieben und bis zur Übergabe betreut.

● Großen Arbeitsaufwand erforderten die Entscheidungsfindungen bei den Vergabeverfahren für die immateriellen Leistungen, die gem. dem NÖ Landesvergabegesetz bzw. der ÖNORM A 2050 ausgeschrieben wurden. In Vertretung der Nutzerinteressen am neuen „NÖ Landhaus St. Pölten“ intensive Mitarbeit in fachtechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht bei der Übernahme und Betriebsführung der haustechnischen Anlagen.

**Ziele 1998**

- Moderne und betreiberfreundliche Anlagen wirtschaftlich und dem Budgetrahmen entsprechend errichten, wobei die rasche Entwicklung der Technik besonders im Haustechnikbereich und die langjährigen praktischen Erfahrungen in die Planung und Ausführung der haustechnischen Anlagen einfließen.
- Verringerung von Schadstoffen in den Emissionen der Heizungs- und Müllverbrennungsanlagen durch Wahl des Energieträgers und Beobachtung der Entwicklung am Sektor Alternativenergie und Umweltschutz unter Ausnützung neuester Technologien.

**Statistik 1997**

	Anzahl	Gesamtkosten in Mio. S	Baurate
Bundesbauten	282	758,803	204,654
Landesbauten	135	773,897	227,222
Gemeindebauten	46	1.396,664	209,638
Öffentliche Beleuchtung:			
Museen und Ausstellungen	1	0,599	0,000
	32	252,085	28,060
<b>Gesamtsumme</b>	<b>496</b>	<b>3.182,048</b>	<b>769,569</b>

Zentrale Aufgabe der Gruppe Straße ist es, die „Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs“ auf dem rd. 14.000 km langen Straßennetz in Niederösterreich zu gewährleisten. Der Ausbau und die Erhaltung dieses Straßennetzes ist eine der wichtigsten Dienstleistungen unseres Bundeslandes. Um einen raschen, aber auch sicheren Verkehrsablauf zu gewährleisten, stehen in Niederösterreich fast 4.000 Mitarbeiter in 66 Straßen- und Brückenmeistereien, in 8 Straßenbauabteilungen sowie in der zentralen Verwaltung im Einsatz.

### Schwerpunkte 1997

#### Strukturreform

1995 wurde im NÖ Straßendienst eine Strukturreform eingeleitet, deren Umsetzung im letzten Jahr im wesentlichen abgeschlossen werden konnte. Wichtigster Teil dabei war die Einführung sog. Mischmeistereien. Konkret heißt das, daß eine Meisterei neben den Bundes- und Landesstraßen auch Autobahnen und Schnellstraßen betreut und von Linienbetreuung auf Flächenbetreuung umgestellt wird. Die Betreuung von Landesstraßen in der Umgebung der bisherigen Autobahnmeistereien ermöglicht ein höchstes Maß an Wirtschaftlichkeit, was sowohl den Einsatz der Mitarbeiter, aber auch die effiziente Nutzung des Maschinen- und Fuhrparks betrifft. Damit verbunden war auch eine Änderung der Personalzahlen. Die für die einzelnen Dienststellen vorgesehenen Personalzahlen ergeben sich aus dem jeweiligen Betreuungsnetz. Hier liegt ein einheitlicher Berechnungsschlüssel zugrunde,

der pro Mann die Betreuung von 10 km Bundes- bzw. 12 km Landesstraßen (Fahrstreifenkilometer) vorsieht. Generell sind die Personalzahlen auf die Bewältigung des Winterdienstes ausgelegt. Durch die Umstellung auf Flächenbetreuung kam es auch zu geringfügigen Verschiebungen im Betreuungsbereich. Die Umstrukturierung ist damit im wesentlichen abgeschlossen. Durch die bisherigen Maßnahmen konnte bereits ein erheblicher Teil der Personaleinsparungen erreicht werden, und zwar durchwegs durch den natürlichen Abgang. Betriebliche Gründe haben aber auch Nachbesetzungen notwendig gemacht. Damit ist eine sehr mitarbeiterfreundliche Umsetzung gelungen, wie sie auch in verbleibenden Maßnahmen gefunden werden wird.

#### Winterdienst

Der letztjährige Winter erreichte gegenüber dem Vergleichszeitraum 1995/96 ein eher durchschnittliches Ausmaß, wodurch auch die damit verbundenen Zahlen in ebensolcher Höhe blieben. In 1.006.858 Arbeitsstunden sorgten die Mitarbeiter des Winterdienstes auf etwa 3.000 km Salzstreu- und ca. 10.000 km Splittstrestrecken für Sicherheit auf Niederösterreichs Straßen. Die Gesamtkosten für den Winterdienst beliefen sich auf 544 Mio. S. Neben gut funktionierenden Räum- und Streuplänen, Wetterinformationsdiensten und Glatteiswarnanlagen erhöhten auch tägliche Straßenzustandsberichte an interne wie externe Stellen den Sicherheitsgrad für die Benützung des NÖ Straßennetzes während der Wintermonate (siehe auch Abteilung Straßendienst).

#### Aktion „Mehr Verkehrssicherheit für Kinder“

Die Aktion „Mehr Verkehrssicherheit für unsere Kinder“ hat Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll im Jahr 1995 gemeinsam mit dem NÖ Straßendienst gestartet. Der große Erfolg war schließlich der Grund dafür, daß auch 1997 Gemeinden, Schulen und Kindergärten aufgerufen wurden, Ausschau nach weiteren neuralgischen Punkten im Straßennetz zu halten und diese dem Straßendienst bekannt zu geben. Insgesamt 325 Gefahrenstellen konnten durch geeignete Maßnahmen entschärft werden. Die Palette reicht von baulichen Maßnahmen wie der Errichtung von Gehsteigen und Mittelseln, über die Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen und Schutzwegen bis hin zu Einführung von Schülerlotsen, Geschwindigkeitsbeschränkungen u. v. m. Neben diesen gezielten Maßnahmen hat gerade die menschengerechte Ortsbildgestaltung, die seit 10 Jahren Hauptanliegen des Straßendienstes ist, wesentlich zur Reduktion der Unfallzahlen speziell im Ortsgebiet beigetragen. Allein in den letzten 5 Jahren wurden mehr als 300 km Ortraum menschen- und umweltgerecht gestaltet. Mit der Wiederentdeckung des Kreisverkehrs, mittlerweile geht es in Niederösterreich an mehr als 80 Kreuzungen im Straßennetz „rund“, konnte ebenfalls eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht werden. 90% der Kreisverkehre wurden allein in den letzten 5 Jahren errichtet, weitere sind in Planung oder bereits in Bau.

### Abteilung Allgemeiner Straßendienst

#### Kostenrechnung - Controlling

Die Einführung einer Vollkostenrechnung für mehr Transparenz und Kostentransparenz sowie Management nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen hat sich in Zusammenhang mit dem Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 als richtiger Schritt erwiesen. Sie ist ein wichtiges Instrument zur zukunftsweisenden Absicherung des NÖ Straßendienstes. Die Umsetzung der Grundsätze der Kostenrechnung für VB I und Beamte wurde weiterbetrieben. Im abgeschlossenen Werkvertrag mit der ASFINAG ist die Installation einer Kostenrechnung bis zur

Jahrtausendwende festgehalten. Die Einhaltung des Termins scheint auf Grund des derzeitigen Einführungsstandes gesichert.

In weiterer Folge wurde auch ein Controlling initiiert, das neben dem Finanzbereich auch Großbauvorhaben einschließt. In Zusammenarbeit mit Zivilingenieuren werden zur Zeit für drei Großbauvorhaben eine Supervision und ein Controlling vorgenommen.

Bei drei weiteren Projekten wird ein Controlling in Angriff genommen. Die Übernahme dieser modernen betriebswirtschaftlichen Instrumente sichert eine Verbesserung der Effizienz und Effektivität im Straßendienst.

#### Bürgerinformation

Der NÖ Straßendienst hat sich auf Grund seiner vielfältigen Berührungspunkte mit Natur und Umwelt zu einer sehr sensiblen Branche entwickelt. Für den Straßenbau genügt nicht mehr nur technisches „Know-how“, Straßenbau und Straßenerhaltung sind zu einer ganzheitlichen Aufgabe geworden. Ein wesentliches Aufgabengebiet dabei ist die richtige und regelmäßige Information der Betroffenen. Durch Transparenz kann eine Vertrauensbasis geschaffen werden, die einen breiten Konsens der Bevölkerung mit den Projekten ermöglicht. Unter Einsatz der gesamten me-

dialen Möglichkeiten wird daher vom Fachbereich Bürgerinformation versucht, die Aufgabenbereiche und speziell die geplanten Projekte des Straßendienstes verständlich darzustellen.

Neben der projektbezogenen Öffentlichkeitsarbeit informiert der Straßendienst im Zuge von Messeveranstaltungen über aktuelle Schwerpunkte in der Dienstleistung „Straßendienst“. Ausgewählt werden die Messebeteiligungen nach den jeweiligen Zielgruppen, bei denen eine Verbesserung des Images erreicht werden soll. Mit Informationsbroschüren, die die wesentlichen Aufgaben- und Problembereiche abdecken, stehen zusätzliche Instrumente zur Verfügung. Durch interdisziplinäre Zusammenarbeit, insbesondere mit verwandten Institutionen (ÖAMTC, Kuratorium für

Verkehrssicherheit, Landesgendarmeeriekommando, ÖGS, Gestrata, ORF Radio Niederösterreich, Ö3-Verkehrsredaktion und dgl.) konnten neue Zielgruppen erreicht und damit der Informationsgrad verbessert werden.

## Boden- und Baustoffprüfstelle

Die Tätigkeit der Boden- und Baustoffprüfstelle umfaßte die Beratung des Straßendienstes für Maßnahmen der Baukontrolle, der Bauvorbereitung, Schadensuntersuchungen und Griffigkeitsmessungen. Weiters wurde Grundlagenforschung über die Erprobung neuer Bauweisen und Baustoffe und der

Planung von Bauvorhaben, sowohl landesintern als auch im Rahmen der internationalen Tätigkeit, betrieben. Besonders zu erwähnen ist auch die technologische Beratung bzw. Vertretung des Straßendienstes bei Fragen der nationalen und internationalen Normung.

Im Detail hervorzuheben sind die Umsetzung der Erkenntnisse über Recyclingbauweisen für die Straßendimensionierung, die internationale Kooperation zur Analyse des Lastverkehrskollektivs und dessen Auswirkung auf hochbelastete Straßen. Dazu verfaßte Gutachten und Prüfberichte betrafen Baukontrolle, Bauvorbereitung, Schadensuntersuchungen und Griffigkeitsmessungen.

## Abteilung Straßenbetrieb

Der Abteilung Straßenbetrieb obliegt die zentrale Koordination des Betriebes der NÖ Bundes- und Landesstraßen. Das vorrangige Ziel größtmöglicher Sicherheit soll in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen auf Grundlage der in den jeweiligen Bauprogrammen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erreicht werden. Diese Aufgabe wird von den 5 Fachbereichen der Abteilung Straßenbetrieb wahrgenommen.

### Betriebswirtschaft und Kostenrechnung

Der NÖ Straßendienst bedient sich seit 1990 im handwerklichen Bereich einer Kostenrechnung, die als Steuerungselement für den gesamten Straßenbetrieb dient. Zur Erreichung einer Vollkostenrechnung wurde 1997 mit der Einführung einer Overheadkostenrechnung begonnen. Ein Kostenvergleich zwischen Eigen- und Fremdleistung ist auf Grund der Ergebnisse der Kostenrechnung möglich. Durch sinnvolle Kooperation zwischen dem NÖ Straßendienst und der Privatwirtschaft soll der größtmögliche volkswirtschaftliche Nutzen bei gleichem Leistungsstandard erreicht werden.

Im Jahr 1997 wurde die Umsetzung der Strukturmaßnahmen für Straßenmeistereien im Mischbetrieb (zusätzliche Betreuung der Autobahnen neben den Bundes- und Landesstraßen) fortgeführt. Dabei konnten diese Strukturmaßnahmen in den NÖ Straßenbauabteilungen Tulln und Amstetten umgesetzt und in der NÖ Straßenbauabteilung St. Pölten mit den erforderlichen Maßnahmen begonnen werden.

Die Spezialleistungserhebungen über verschiedene Erhaltungsarbeiten wur-

den in den Straßenbauabteilungen weitergeführt, um Hilfen für die „Make-or-buy“-Entscheidung zu erhalten. Laufende Wirtschaftlichkeitsberechnungen und regelmäßige Informationen über wirtschaftliche Innovationen dienen der Steigerung der Effektivität der Straßen- und Brückenmeistereien.

Das Autobahnen- und Schnellstraßenparkplatzkonzept wurde entsprechend dem festgelegten Zeitplan umgesetzt und ein ergänzendes Parkplatzkonzept für hochrangige Bundesstraßen erstellt. Die Autobahnraststation Zöbern konnte durch Fertigstellung und Inbetriebnahme des Rasthauses im Sommer 1997 komplettiert werden.

Bei der Rasthausanlage Guntramsdorf konnten die Behördenverfahren für die Anbindung an die RFB Wien abgeschlossen und auch die Bauarbeiten begonnen werden. Die Fertigstellung ist für Ende 1998 vorgesehen.

### Grünverbau

Im Aufgabenbereich des Fachgebietes Grünverbau wurden diverse Neubaulose begrünt und mit Sträuchern und Bäumen bepflanzt. So wurden im Bereich der Spange A 2/A 3 und der Umfahrung Münchendorf rd. 52.000 Sträucher, Heister und Bäume gepflanzt sowie die dazugehörige Anwuchspflege durchgeführt. In dieser Form wurden auch die Baulose „Stockerau – Perzendorf“ der B 3 und die Anschlußstelle „Stockerau Mitte“ der A 22 sowie viele andere Abschnitte in ganz Niederösterreich begrünt und bepflanzt. Darunter befinden sich auch verschiedene Lärmschutzeinrichtungen wie Dämme und Wände sowie Ortsdurchfahrten und

Kreisverkehre. Zahlreiche Baulose wurden nach Beendigung der Erhaltungspflege in die Erhaltung der Straßenmeistereien übergeben.

Im Sinne der Erhaltung der Artenvielfalt wurden in Zusammenarbeit mit einzelnen Straßenmeistereien auf begrünten Flächen Samen der vom Aussterben bedrohten Kornrade aufgebracht. In verschiedensten Teilen Niederösterreichs wird daher nächsten Sommer die violettrote Blüte der Kornrade wieder zu sehen sein. Sie soll mittelfristig soweit verbreitet werden, daß sie von der „Roten Liste“ genommen werden kann.

Bürgerinformationen, fachliche Beratung verschiedener Landesdienststellen in ökologischen Fragen sowie Öffentlichkeitsarbeit sind bereits zu einem fixen Bestandteil der Aufgabenpalette geworden.

Zur Sicherung des Baumbestandes und damit Erhaltung alten Kulturgutes an NÖ Straßen wurden weitere Erhebungen in bezug auf die Verkehrssicherheit der Bäume durchgeführt. In weiterer Folge wurden wieder Baumschnittschulungen durch eigenes Fachpersonal im Bereich der Straßenmeistereien abgehalten. Dieses Schulungsprogramm in vorwiegend praktischer Form zeitigt bereits die ersten Früchte.

### Kraftfahrzeuge, Maschinen und Geräte

Für einen funktionierenden Arbeitseinsatz ist auch eine entsprechende Ausstattung mit modernen und funktionierenden Maschinen und Geräten notwendig. Beim Austausch erneuerungsbedürftiger Fahrzeuge, Winterdienstgeräte und Straßenerhaltungsgeräte lag der Schwer-

punkt auf den Geräten des Winterdienstes. So wurden 50 Schneepflüge, 14 Streuautomaten und 26 Anhängerstreuer erneuert. Zur Hebung der Verkehrssicherheit wurden Straßen auf Salzstreuung umgestellt und dafür 6 Streuautomaten angekauft. Aus Rationalisierungsgründen wurde die Anzahl der Lkw bzw. Geräteträger um 8 Fahrzeuge reduziert. Durch die Erweiterung der Betreuungsbereiche mit Bundes- und Landesstraßen bei den Autobahnmeistereien wurden 4 zusätzliche Streckendienstfahrzeuge in Betrieb genommen.

Durch die Anschaffung winterdienstgeeigneter Lkw können die Brückenmeistereien Aschbach und Korneuburg auch im Winterdienst eingesetzt werden. Ein Schwerpunkt war wieder die Ausbildung der Bediensteten: Für die in den Betriebswerkstätten erstmalig aufgenommenen Kfz-Mechaniker-Lehrlinge wurden die technisch-organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, 85 Straßenmeister nahmen an Fahrtechnikkursen, 189 Bedienstete an Ausbildungskursen für Staplerfahrer teil, 68 Mechaniker besuchten Weiterbildungskurse für Bremsanlagen-, Dieseleinspritzung- und Autokranreparaturen sowie Thermisches Aufspritzen.

Seit der Übersiedelung in die Landeshauptstadt im August 1997 ist der Fachbereich in St. Pölten-Spratzern untergebracht. An diesem Standort sind auch die Zentralbetriebswerkstätte und u. a. die Autobahnmeisterei St. Pölten.

## Straßenausrüstung

Die Bodenmarkierungsarbeiten für alle Autobahnen, Schnellstraßen, Bundesstraßen und Landesstraßen Niederösterreichs wurden gemeinsam ausgeschrieben und werden 1998 neu vergeben. Im Zuge von Neu- und Ausbaumaßnahmen im hochrangigen Straßennetz wurde die Beschilderung der A 2 zwischen Vösendorf und Wien, der Anschlussstelle Stockerau-Mitte der A 22 sowie der autobahnmäßig ausgebauten B 3 zwischen Stockerau und Perzendorf ausgeschrieben und durchgeführt.

Zur Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens für die Anbringung von Transparenten über Autobahnen und Schnellstraßen wurde eine Dienstvorschrift erstellt, wonach ein von der jeweiligen Verkehrsmenge abhängiger Bestandszins eingehoben wird.

## Dienstnehmerschutz

Die Abteilung Straßenbetrieb hat an der Schaffung des neuen NÖ Bedienstetenschutzgesetzes mitgearbeitet. In der Projektgruppe Dienstnehmerschutz wurde vor allem auf die Probleme Bedienstetenmotivation, Lärmuntersuchungen und Grundlagen der Evaluierung eingegangen.

## Verkehrsmanagement und Winterdienst

Der Winter 1996/97 begann erst gegen Ende November und verlief gegenüber dem „Rekordwinter 1995/96“ eher durchschnittlich. In höheren Lagen gab es im April 1997 zum Teil noch massive Schneemengen. Die Gesamtkosten betrugen 544 Mio. S und beinhalten auch die vorbereitenden und abschließenden Maßnahmen. Vom zu betreuenden Straßennetz mit einer Länge von 14.000 km wurden 3.000 km mit Salz (über diese laufen mehr als 80% des Gesamtverkehrs) und über 10.000 km mit Splitt gestreut. Auf ca. 870 km des Landesstraßennetzes besteht eine Wintersperre. An Streusalz wurden 43.000 t, an Streusplitt 234.000 t verbraucht. Gegen Schneesperren wurden mehr als 700 km Schneezäune aufgestellt. An Räum- und Streufahrzeugen standen 430 eigene und 320 aus der Privatwirtschaft angemietete Fahrzeuge zur Verfügung. Insgesamt waren diese Fahrzeuge etwa 2,5 Mio. km für die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer unterwegs. Straßenzustandsberichte wurden in der Winterdienstperiode täglich an alle betroffenen internen Dienststellen sowie externe Institutionen weitergegeben. Aktuelle Baustelleninformationen wurden sowohl als Quartals- als auch Wochenübersichten an ORF, Presse und Verkehrsinformationszentralen weitergegeben.

## Abteilung Bundesstraßenbau

Die Abteilung Bundesstraßenbau ist Stabsstelle für den Ausbau und die bauliche Erhaltung des gesamten NÖ Bundesstraßennetzes. In mittelbarer, für den Bund besorgter Verwaltung werden von der Abteilung rund 328 km Autobahnen, 61 km Schnellstraßen und 3.396 km Bundesstraßen B betreut, wofür im Jahre 1997 von seiten des Bundes ein Kredit von 2.348,1 Mio. S zur Verfügung gestellt worden ist. Durch das am 11. 9. 1997 in Kraft getretene Infrastrukturfinanzierungsgesetz wurde die Autobahn- und Schnellstraßen-Finanzierungs Aktiengesellschaft mit der finanziellen Kompetenz für das Autobahnen- und Schnellstraßennetz betraut. Damit hat die Gesellschaft das 100%ige Fruchtgenüßrecht am hochrangigen Straßennetz sowie den daraus anfallenden Mauteinnahmen erhalten. Im Rahmen eines Werkvertrages bleibt das Land Niederösterreich jedoch weiterhin im bisherigen Umfang in Bau, Betrieb und Erhaltung tätig. Durch die dezentrale Organisation können die im Bereich der Bundesstraßen anfallenden Aufgaben und verwaltungsmäßigen Abläufe ordnungsgemäß, zweckmäßig und bürgernah bewältigt werden.

## Schwerpunkte 1997

### Wichtigste Baumaßnahmen

Im Jahre 1997 konnten auf NÖ Bundesstraßen wieder einige wichtige Ausbauprojekte und dringend notwendig gewordene Erhaltungsmaßnahmen in Angriff genommen werden, wie die Umfahrung Eibesbrunn-Wolkersdorf im Zuge der B 7, der noch nicht entsprechend ausgebauter Straßenabschnitt der B 37 zwischen den beiden in den letzten Jahren errichteten Umfahrungen von Großmotten und Sperkental, die straßenbauliche Erweiterung des Grenzüberganges Neunagelberg oder die rund 8 km lange Generalerneuerung der Westautobahn bei Ybbs. Eine Reihe von bedeutenden Straßenbauvorhaben sind im Jahre 1997 fertiggestellt und dem Verkehr übergeben worden: Die Zulegung einer 4. Spur auf der Richtungsfahrbahn Wien der Südautobahn zwischen Vösendorf und der Landesgrenze, die neue Anschlussstelle Stockerau-Mitte auf der Donauuferautobahn A 22, die Ortsumfahrung Au im Zuge der Laaer Straße B 6, der Ausbau der bisher zweispurig geführten

Donau Straße B 3 auf 4 Spuren mit einer Betonleitwand als Mitteltrennung und die Umfahrung von Großmotten im Verlauf der Kremser Straße B 37.

### Kreisverkehrsanlagen

Im vergangenen Jahr wurden zur Hebung der Verkehrssicherheit bestehende Kreuzungen in Suttensbrunn, Traisen, Zwettl, Waidhofen/Ybbs, Emmersdorf und Förthof bei Krems in Kreisverkehre umgebaut.

### Ortsdurchfahrten

Auch in mehreren, im Verlauf von Bundesstraßen gelegenen Ortsdurchfahrten wurden zur Verbesserung der Sicherheit auf der Straße sowie der Lebensqualität der Bewohner und Passanten bauliche Umgestaltungen vorgenommen, wie etwa in Poysdorf, Gänserndorf, Mistelbach, Dobersberg, Angern oder Rossatz.

### Lärmschutz

Als aktive Lärmschutzmaßnahmen an Bundesstraßen wurden 1997 Lärm-

schutzwände an der Westautobahn bei Hubertendorf und Altengbach-Steinhäusl sowie an der Wiener Außenringautobahn bei Brunn/Geb. – Perchtoldsdorf fertiggestellt. An der Kremser Schnellstraße S 33 bei Herzogenburg wurde die bestehende Lärmschutzwand zur Verbesserung der Lärmschutzwirkung teilweise erhöht. An der Südauto- bahn bei Breitenau und an der Wiener Außenring-Autobahn bei Brunn/Geb. – Gießhübl wurde jeweils mit dem Neubau einer Lärmschutzmaßnahme begonnen. Auf dem Gebiet des passiven Lärm- schutzes wurden 1997 für den Einbau von Lärmschutzfenstern 178 Förde- rung Zusagen erteilt und ein Gesamtbe- trag von rund 7,0 Mio. S an Förderungs- werber ausbezahlt.

**Straßenzustandserfassung**

1997 wurde die auf dem gesamten NÖ Bundesstraßennetz durchgeführte Er- fassung des vorhandenen Straßenzu- standes abgeschlossen. So war es möglich, entsprechend den vorgefunden- en Schadensbildern einen Maßnah- menkatalog zu erstellen und darauf ba- sierend den für die Straßeninstandset- zung erforderlichen Investitionsbedarf zu berechnen.

Die gewonnenen Daten wurden tabella- risch sowie in Form von Diagrammen – getrennt nach Straßenbauabteilungen – dargestellt und in einer digitalisierten Straßenkarte übersichtlich veranschau- licht.

Bei künftigen Entscheidungen und Stra- tegien im Bereich der Straßenerhaltung kommt diesem nun zur Verfügung ste- henden Hilfsmittel für einen bedarfsori- entierten und nachhaltigen Investitions- einsatz eine besondere Bedeutung zu.

**Grundeinlösungen**

Zu den wichtigsten Voraussetzungen für den Ausbau und die Umgestaltung von Bundesstraßen, zählt zumeist der für den Straßenbau erforderliche Grunder- werb. Als bauvorbereitende Maßnah- men des Jahres 1997 wurden die Grundeinlösungen für die Errichtung einer Anschlußstelle Stockerau-Mitte im Zuge der Donauuferautobahn A 22 sowie für die Umfahrung von Mörters- dorf im Zuge der Horner Straße B 4 ab- geschlossen. Mit einem Enteignungs- verfahren sind die begonnenen Einlö- sungen für die Entlastungsstraße Am- stetten der Wiener Straße B 1 verbun- den. Die Grundeinlösung für die Umfah- rung Eibesbrunn-Wolkersdorf im Zuge der Brünner Straße B 7 war mit Aus- nahme des Grunderwerbes von der Ge- meinde Großbebersdorf bereits 1996 ab- geschlossen. Das gegen die Gemeinde eingeleitete Enteignungsverfahren ist im Jahre 1997 rechtskräftig geworden. So- mit sind alle erforderlichen Grundflä- chen verfügbar.

**Übersicht der Bauvorhaben**

Fertiggestellte Bauvorhaben

- A 2 Vösendorf, 4. Spur RFB Wien
- A 2 Wiener Neudorf, Spurrinnen- sanierung
- A 3 Spange A 2 – A 3, Definitive Decke
- A 4 Fischamend, Deckensanie- rung RFB Wien
- A 4 ASt Fischamend, Rampe B 9 – RFB Wien
- A 22 ASt Stockerau Mitte
- B 1 Prinzersdorf – Mitterau, Beton- deckensanierung
- B 3 Stockerau – Perzendorf, 4spu- riger Ausbau
- B 3 Kreisverkehr Emmersdorf
- B 3 Kreisverkehr Förthof
- B 6 Umfahrung Au
- B 7 Ortsdurchfahrt Poysdorf, Be- reich Schule
- B 8 Ortsdurchfahrt Gänserndorf, Kreuzung Strassergasse
- B 17 Neunkirchner Allee Süd, Dek- kenerneuerung
- B 18 Berndorf-Pottenstein, Decken- erneuerung
- B 20 Kreisverkehr Traisen
- B 22 Gstadt
- B 26 Wiener Neustadt – Weikers- dorf
- B 28 Neubruck – St. Anton/J., Sa- nierung
- B 30 Ortsdurchfahrt Dobersberg, Abschnitt II
- B 34 Altenhof – Plank, Beton- deckensanierung
- B 37 Umfahrung Großmotten
- B 38 Kreisverkehr Zwettl Ost
- B 38 Groß Gerungs, Engstellenbe- seitigung
- B 40 Ortsdurchfahrt Mistelbach West
- B 40 Ortseinfahrt Mistelbach, Sa- nierung
- B 43 Ortseinfahrt Gemeinlebarn
- B 46 Hörersdorf – Frättingsdorf, Sa- nierung
- B 49 Ortsdurchfahrt Angern, Kreu- zung B 8
- B 119 Etlas
- B 121 Kreisverkehr Waidhofen/Ybbs, Unterer Stadtplatz
- B 122 Weistrach, Sanierung
- B 124 Arbesbach Ost, Sanierung
- B 303 Kreisverkehr Suttensbrunn
- B 303 Stoitzendorf – Roseldorf, Sa- nierung
- B 303 Groß Burgstall, Sanierung

Neu begonnene Bauvorhaben

- A 1 Generalerneuerung Ybbs, RFB Linz
- A 1 Amstetten Ost – Amstetten West – St. Valentin, Betonfel- dersanierung
- S 33 Hollenburg – Krems Süd, Dek- kensanierung
- B 6 Eichenbrunn – Unterstinken- brunn, Abschnitt III

- B 7 Umfahrung Eibesbrunn – Wol- kersdorf
- B 15 Donnerskirchner Berg, Sanie- rung
- B 33 Ortsdurchfahrt Rossatz
- B 37 Gföhl – Großmotten
- B 39 Hofstetten Süd
- B 49 Ringelsdorf – Hohenau, Ab- schnitt II
- B 211 Bruck – Rohrau, Sanierung
- B 303 Grenzübergang Neunagel- berg

Weitergeführte Bauvorhaben

- B 208 Leobendorf (Westumfahrung Korneuburg)
- A 2 Einhausung bei Königsberg
- A 3 Pottendorf
- A 21 Heiligenkreuz, Definitive Decke RFB St. Pölten
- A 22 ASt Korneuburg West

**Probleme 1997**

Die Zunahme des Verkehrsaufkommens, insbesondere die Steigerung des Schwerverkehrs und die Beanspru- chung der Straßen durch zu hohe Achs- lasten, aber auch die Gemeinden und Einbautenträger, welche nach Aufgra- bungen eine Wiederinstandsetzung nicht ordnungsgemäß vornehmen, füh- ren in zunehmendem Maße zu einer fort- schreitenden Zerstörung des Straßen- oberbaues. Dies hat zur Folge, daß die nach wie vor zu geringe Budgetmittelzu- teilung des Bundes vermehrt in Erhal- tungs- und Instandsetzungsmaßnahmen investiert werden muß und nur mehr zu einem geringen Teil in Ausbaumaßnah- men umgesetzt werden kann. Durch das gestiegene Umweltbewußtsein der Be- völkerung und die zumeist sehr knapp kalkulierten Angebote der im Straßen- bau tätigen Bauunternehmungen war die Bundesstraßenverwaltung bei der Umsetzung der Baumaßnahmen und Durchsetzung einer vertragsgemäßen Erfüllung der Bauaufträge mit zuneh- menden Schwierigkeiten konfrontiert. Die für das Baugeschehen im Sommer sehr ungünstige Wetterlage führte bei mehreren Bauvorhaben zu Verzögerun- gen. Die meisten Bauvorhaben konnten jedoch durch effizientes Baumanage- ment noch rechtzeitig vor Winterbeginn abgeschlossen werden. Auch bei den Grundeinlösungen für die anstehenden Bauvorhaben gestalteten sich die Ver- handlungen mit den Grundbesitzern immer schwieriger, da einerseits ein Preisverfall bei den Grundstückspreisen zu verzeichnen ist und andererseits die Grundeigentümer von immer höheren Preisvorstellungen ausgehen.

## Ziele 1998

Die Zielvorgaben des Bundesstraßenbaues bleiben weiterhin die Fertigstellung der in Planung oder in Bauvorbereitung befindlichen Straßenabschnitte sowie eine ordnungsgemäße Substanz-erhaltung des Bundesstraßennetzes mit

einem sparsamen, jeweils an die Erfordernisse angepaßten Einsatz der Kreditmittel. Oberstes Ziel ist es hierbei, das schon bestehende Bundesstraßennetz in verkehrssicherem Zustand zu erhalten und dies wiederum durch die Wahl kostengünstiger Bauweisen sowie Ausschöpfung aller technischen und wirt-

schaftlichen Einsparungsmöglichkeiten zuwege zu bringen. In der Phase der Bauvorbereitung ist auf eine Optimierung der zeitlichen Abläufe abzielen und durch zeitgerechte Koordinierung der Baustellen ein Beitrag zur Erhaltung der Sicherheit und der Flüssigkeit des Verkehrs zu leisten.

## Abteilung Landesstraßenbau

Die Organisationsform des Landesstraßenbaues mit der Abteilung Landesstraßenbau als Zentrale und den 8 NÖ Straßenbauabteilungen mit insgesamt 59 Straßenmeistereien sichert seit Jahrzehnten den ordnungsgemäßen und bürgernahen Ablauf aller in Zusammenhang mit dem Bau und der Erhaltung des Landesstraßennetzes auftretenden Aufgaben. Zur Ermittlung des zustandsbedingten erforderlichen Investitionsbedarfes wurde im Jahre 1995 eine Bewertung des gesamten NÖ Landesstraßennetzes vorgenommen und darauf aufbauend das „Mittelfristige Bauprogramm 1996–2000“ als Rahmenplanung ausgearbeitet. Für das Jahr 1997 wurde ein Arbeitsprogramm erstellt, in dem die Ergebnisse dieser Rahmenplanung und die sich in Zusammenhang mit Arbeiten nach Einbauten, mit Niveaufreimachungen, mit Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit oder mit Maßnahmen aus besonderen Anlässen ergebenden Bauerfordernisse berücksichtigt wurden. Die darin vorgesehenen Baumaßnahmen wurden erfüllt, wobei insgesamt an 531 Baulosen gearbeitet wurde. Bedingt durch die im heurigen Jahre deutlich reduzierten Budgetmittel konnten auch nur geringere Bauleistungen erbracht werden.

In Anbetracht dieser budgetären Situation wurde 1977 für die kommenden 2 Jahre ein „Regionalprogramm 1998/99“ erstellt, mit dessen Hilfe eine noch feinere Justierung der zu erwartenden Budgetmittel in den folgenden Jahresarbeitsprogrammen erzielt werden soll.

Das NÖ Landesstraßennetz, das eine Gesamtlänge von rund 10.675 km hat, enthält noch 4 km Schotterstraßen, die im Laufe der kommenden Jahre staubfrei gemacht werden. Daneben gibt es noch 104 km „Naturstraßen“, die nicht asphaltiert sind, und auf Grund ihres Charakters und der mangelnden Verkehrsbedeutung nicht staubfrei gemacht werden.

In Ortsgebieten wurden im Rahmen von 197 Baumaßnahmen Instandsetzungen und ortsbildgerechte Gestaltungen vorgenommen, wobei nachfolgende Baulose hervorzuheben sind.

LH 12 Korneuburg  
L 5152 Markersdorf  
LH 42 Eggenburg

L 5102 Ochsenburg  
L 1066 Guntersdorf  
L 5140/L 5144 Hafnerbach  
L 2043 OD Maria Ellend  
L 6142 Wieselburg  
LH 45 Grafenwörth – Marktstraße  
LH 89 Steinakirchen/F.  
LH 116 Weidling  
L 6125 Ulmerfeld – Grabenstraße  
LH 2/L 3018 Raasdorf  
(Kreuzungsplateau)  
LH 45 OD Stratzdorf  
L 3055 Stützenhofen  
L 7085 Egelsee  
L 3094 Ebendorf  
L 7169/L 8273 Kottes  
LS 4130 Ternitz Kreisverkehr  
LH 59 Böhmigasse Waidhofen/Th.  
L 4178/L 4184 Aspang  
LH 71 OD Zwettl  
L 4020 OD Berndorf  
L 8008 OD Burgwiesen  
Bedingt durch die drastisch reduzierten Budgetmittel, die im heurigen Jahr für Bauleistungen zur Verfügung standen, konnten nur jene Um- und Ausbaumaßnahmen durchgeführt werden, die entweder aus Verkehrssicherheitsgründen oder wegen des Straßenzustandes unbedingt erforderlich waren. Außer den vorangeführten Ortsdurchfahrten wurden neben anderen Baumaßnahmen nachfolgende wichtige Baulose ausgeführt:

L 1155 Weitersfeld – Prutzendorf  
LH 100 Verbreiterung Praterstraße, St. Pölten  
LH 12 Korneuburg, Kleinengersdorfer Straße  
L 5101 Stattersdorfer Str. Nord  
L 6015 Trewaldstraße  
L 4106 Kienegg  
LH 84 Umfahrung Aschbach  
LH 157 Umlegung Oeynhausen  
LH 78 Schoberhof  
LH 110 Herzogenburg Nord, Kreisverkehr  
LH 81 OD Trandorf

Auf dem Gebiet des passiven Lärmschutzes wurden bisher 160 Ansuchen um Förderung von Lärmschutzeinrichtungen an Landeshaupt- und Landesstraßen bearbeitet, wobei rund 4,8 Mio. S an Förderungswerber zugesagt bzw. ausbezahlt wurden.

## Schwerpunkte 1997

● **Bau- und Erhaltungsprogramme zu Saisonbeginn.** In Fortsetzung der Handhabung der vergangenen Jahre wurde auch heuer durch eine rasche Genehmigung der jährlichen Bau- und Erhaltungsprogramme ein früher Arbeitsbeginn und damit eine kontinuierliche Auftragserteilung an die Wirtschaft über das Kalenderjahr erzielt.

● **Bodenmarkierungen.** Neben dem jährlichen Markierungsprogramm auf den verkehrsreichsten Landeshaupt- und Landesstraßen wurden heuer, gemäß 19. STVO-Novelle 1994, zusätzlich 487 km Straßen mit einer Fahrbahnbreite von mehr als 5,5 m außerhalb von Ortsgebieten beidseitig mit Randlinien versehen. Insgesamt wurden für Bodenmarkierungen rund 20,5 Mio. S aufgewendet.

● **Katastrophenschäden.** Die Katastrophenschäden im heurigen Jahr haben besonders durch die mehrfach aufgetretenen Hochwässer ein enormes Ausmaß erreicht. Insgesamt wurden bisher rund 44 Mio. S aufgewendet. Es waren vor allem Orte an den Flüssen Traisen und Triesting sowie zahlreiche Gebiete im Wienerwald, im Industrie- und Mostviertel, aber auch im Waldviertel betroffen.

● **Wildbachverbauung.** Für 3 Sanierungsmaßnahmen wurden insgesamt rund S 611.000,- Zuschüsse geleistet.

● **Niveaufreimachungen von Eisenbahnkreuzungen.** In Erfüllung des mit den ÖBB aus Anlaß der „Neuen Bahn“ abgeschlossenen Übereinkommens (1988) zur Niveaufreimachung von 35 Eisenbahnkreuzungen sind 9 Niveaufreimachungen noch zu verwirklichen. Die Projektierungsarbeiten bezüglich L 4163 „Gloggnitz“ wurden in Angriff genommen.

## Wiederverwertung von Altmaterialien

Die in den vergangenen Jahren schon gehandhabte Wiederverwertung von Asphaltaufruch für neue ungebundene Tragschichten wurde auch heuer weitergeführt. In Summe wurden rund 112.000 t Altmaterial einer Wiederverwertung zugeführt, wodurch ein wertvoller Beitrag für den Umweltschutz geleistet werden konnte.

## Abteilung Brückenbau

### Schwerpunkte 1997

Die Abteilung Brückenbau ist zuständig für Brücken mit einer Stützweite größer als 10 m, für Signalbrücken und Überkopfwegweiser, für Tunnel sowie für geankerte Konstruktionen. Im November 1997 wurde eine eintägige Schulung der A- und B-Techniker mit dem Schwerpunkt Stahlbeton-Berechnung und -Bemessung gemäß Eurocode durchgeführt, weiters fanden zwei technische Schulungen der Brückenmeister statt. Die Ausschreibung für die Donaubrücke Pöchlarn wurde fertiggestellt, die Anboteröffnung wird am 10. Februar 1998 erfolgen. Im Bereich der Brückenprüfung und Begutachtung von Schwertransporten wurden im Interesse der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer beachtliche Leistungen erbracht. Ein 450-Tonnen-Schwertransport wurde vom Hafen Wien über eine Spannbetonbrücke über die Schwechat in das OMV-Gelände geführt. Das technische Personal der Abteilung hat rund 2.300 Stellungnahmen zur Befahrbarkeit mit Schwertransporten abgegeben und 315 Brückenprüfungen für Brücken mit Stützweite größer als 10 m durchgeführt. Für 9 Brücken wurden Untersuchungen des Chloridgehaltes erstellt, eine Studie „Straßenbrückenmanagement“ wurde ausgearbeitet. Beim Juli-Hochwasser 1997 wurden zahlreiche Begutachtungen über die Befahrbarkeit von Brücken unmittelbar nach Rückgang der Hochwasserwelle durchgeführt.

An Zivilingenieure wurden 18 Brückenprüfungen und drei Prüfungen von geankerten Konstruktionen vergeben.

### Neubautätigkeit bei Autobahnbrücken

- **A 2.** Bei der „Einhausung der Südautobahn bei Königsberg“ zur Stabilisierung eines Rutschhanges wurde der

187 m lange Tunnel für die Richtungsfahrbahn Wien hergestellt, 1998 folgt der Tunnel für die Richtungsfahrbahn Graz.

- **A 2.** Anschlußstelle der BP, Guntramsdorf: 3 Brücken in Bau.
- **A 21.** Anschlußstelle der „BOE“, Brunn/Geb.: 4 Brücken in Bau.
- **A 22.** Anschlußstelle „Korneuburg, West“: 4 Brücken und Wanne im Bau.

### Neubautätigkeit bei Bundesstraßenbrücken

- **B 3.** Verbreiterung: 5 Überführungen – fertig.
- **B 7.** Umfahrung Wolkersdorf: 4 Brücken in Bau.
- **B 31.** Einhausung Schillerpark, Waidhofen/Ybbs – fertig.
- **BN 37.** Talübergang Gernitzbach bei Großmotten – fertig.
- **B 209 bei Pöchlarn.** 3 Objekte in Bau.

### Neubautätigkeit bei Landes-Brücken

Das Bauprogramm Land wurde mit dem Neubau von 39 teils lastbeschränkten Brücken erfüllt.

- LH 137.09 Trattenbachbrücke Kirchberg/Wechsel
- L 5117.03 Traisenbrücke Wilhelmsburg
- L 7020.01 Kampbrücke Stiefern
- L 8245.S2 Fußgängersteg beim Stift Zwettl

### Instandsetzung

Autobahnen

- A 1 Traisenbrücke Spratzern – fertig
- A 1 Talübergang Giggereith – fertig

### Bundesstraßenbrücken

- B 19 Donaubrücke Tulln (alt)
- B 49 Donaubrücke Hainburg, Vorlandbrücke
- B 210 Talübergang Baden

### Landes-Brücken

- L 8245 Kampbrücke beim Stift Zwettl, die älteste Brücke Niederösterreichs, aus dem 13. Jahrhundert stammend, wurde renoviert

### Ziele 1998

Der bisherige Erfolg der Brückenbauabteilung bei der konsequenten Verminderung der noch vorhandenen belastungsbeschränkten Brücken im NÖ Bundes- und Landesstraßennetz wird weiter verfolgt. Die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit sind der Neubau der Donaubrücke Pöchlarn, Brücken der Umfahrungen Wolkersdorf, Amstetten, Wiener Neustadt und Tulln.

### Statistik 1997

An Brückenprojekten wurden bearbeitet:

auf Autobahnen	33
auf Schnellstraßen	8
auf Bundesstraßen	71
auf Landeshaupt- und Landesstraßen	41

Die Gesamtausgaben für Projektierung, Neubau und Erhaltung betrugen 367,913 Mio. S. Der Anteil der Erhaltung am Gesamtaufwand beläuft sich auf 26,78%.

## Abteilung Straßenspezialtechnik

Die Abteilung Straßenspezialtechnik hat die betrieblichen Hochbauten des NÖ Straßendienstes zu errichten, auszustatten und zu erhalten. Dazu zählen neben den Straßen-, Autobahn- und Brückenmeistereien auch Winterdienststützpunkte sowie die Verwaltungsgebäude der acht NÖ Straßenbauabteilungen und die Autobahngendarmerien. Weiters ist sie auch für die Errichtung sowie Aufrechterhaltung des Funknetzes und der Verkehrssicherungseinrichtungen zuständig.

Die Abteilung Straßenspezialtechnik schafft somit jene Voraussetzungen und Einrichtungen, die für Erhaltung und Betrieb des Straßennetzes erforderlich sind.

### Schwerpunkte 1997

#### Straßenhochbau

Bei allen Bauvorhaben wurde auf die Ortsbildgestaltung, den Umwelt- und den Dienstnehmerschutz sowie auf einen sparsamen und zugleich zweckmäßigen Ausbau geachtet. Die Innovationen bei Heizung (alternative Anlagen) und Warmwasserbereitung (Solaranlagen) wurden ebenso weitergeführt wie

die Nutzung von Regenwasser und die Aufbereitung des Nutzwassers.

Neben Anpassungen der Entsorgungen der betrieblichen Abwässer an das Wasserrechtsgesetz wurden Mängelhebungen nach Überprüfungen durch den Dienstnehmerschutz vorgenommen.

Schwierig war es, die Strukturmaßnahmen (Zusammenführung von Straßenmeistereien mit Autobahnmeistereien und anderen Dienststellen) hochbaulich umzusetzen und dabei einen geordneten Dienstbetrieb zu gewährleisten.

Vorrangiges Ziel für 1998 sind Ausbau und Verbesserung der betrieblichen Hochbauten der Straßenverwaltung als funktionierende Einsatzbasis des Straßendienstes. Auf die Ausnutzung des vorhandenen Hochbauvolumens wird bei Zusammenführungen von Dienststellen besonders geachtet.

Folgende betriebliche Hochbauten der Straßenverwaltung werden betreut:

- 8 Autobahngendarmeriedienststellen
- 11 Mischmeistereien
- 2 Autobahnaußenstellen
- 1 Boden- und Baustoffprüfstelle
- 1 Zentralbetriebswerkstätte
- 8 Amtsgebäude für die NÖ Straßenbauabteilungen
- 7 Betriebswerkstätten für die NÖ Straßenbauabteilungen
- 55 Straßenmeistereien
- 10 Brückenmeistereien
- 105 Dienststellen insgesamt (zuzüglich Stützpunkte, Straßenwärterhäuser, Lagerplätze, Salzsilos, Streugutsilos...)

Bei 79 Anlagen wurden 1997 Maßnahmen gesetzt. Die wichtigsten sind:

in Mio. S (Klammerwert = Gesamtbaukosten)	
Strm. Haag: Ausbau und Instandsetzung	2,4 (12,0)
Strm. Mödling: Ausbau	4,2 (15,0)
Strm. Mank: Instandhaltung	1,9
Strm. Neunkirchen:	
Zu- und Umbauten	5,5

Folgende Bauvorhaben wurden fertiggestellt:

in Mio. S (Klammerwert = Gesamtbaukosten)	
Strm. Zwettl: Lagerhallen	4,9 (11,9)
Strm. Poysdorf: Endausbau	8,9 (42,0)
Stützpunkt Lunz: Streuguthalle	1,8 (6,5)
Strm. Ottenschlag: Ausbau	1,5 (28,3)
Strm. Herzogenburg: Lagerhallen	2,5 (9,0)
Stützpunkt Altenmarkt: Endausbau	4,1 (7,0)
Strm. Gänserndorf: Endausbau	3,6 (6,7)

Folgende Bauvorhaben sind noch in Richtung:

in Mio. S (Klammerwert = Gesamtbaukosten)	
Strm. Waidhofen/Ybbs: Endausbau	15,1 (29,0)
Strm. Laa/Thaya: Ausbau	11,0 (50,0)
Strm. Wolkersdorf: Endausbau	19,0 (83,3)
Strm. Schrems: Endausbau	1,5 (12,5)
Strm. Allentsteig: Ausbau	1,5 (18,5)
Strm. Mank: Salzsilos	1,9

### Funk- und Haustechnik

#### Hackschnitzelheizungsanlagen

In den Holz-Hackschnitzelheizungsanlagen wurden im letzten Jahr insgesamt 9.700 Schüttraummeter verheizt. Weiters sind einige Straßenmeistereien an Biomasse-Fernheizwerke angeschlossen, wodurch zusätzlich 1.300 Schüttraummeter Hackschnitzel verbraucht wurden. So wurden 715 t Erdöl eingespart, die die Luft mit 6.600 kg Schwefeldioxyd belastet hätten.

Während der Energieverbrauch durch den Bau neuer und größerer Straßenmeistereien sowie durch die strengen Winter der letzten Jahre angestiegen ist, konnte die Abgabe von CO<sub>2</sub> aus fossilen Quellen gesenkt werden. Als Folge des gezielten Einsatzes von Hackschnitzelheizungen stieg parallel dazu jedoch die Abgabe von CO<sub>2</sub> aus erneuerbaren Quellen.

### Kommunikationsanlagen

In den Straßenmeistereien Baden-Oeynhausen und St. Pölten wurden die alten Telefonanlagen durch neue ersetzt. In den Straßenbauabteilungen 4 und 6 sowie in den Außenstellen der Abteilungen Bundesstraßenbau und Brückenbau in Oeynhausen wurde eine strukturierte Verkabelung ausgeführt, die es ermöglicht, EDV-Daten und Telefongespräche zu übertragen. Zwischen der Straßenmeisterei St. Pölten-Spratzern und dem Landhaus St. Pölten wurde ein Lichtwellenleiter zur Übertragung von EDV-Daten und Telefongesprächen verlegt.

#### Windkraftanlagen

Die Windkraftanlage in St. Pölten befindet sich bereits 3,5 Jahre in Betrieb und hat bisher 584.000 kWh Strom erzeugt. Die Windkraftanlage in Zistersdorf ist knapp 3 Jahre in Betrieb, die Stromerzeugung beläuft sich auf 97.000 kWh. Damit haben beide Anlagen ihre vorausgerechnete Stromproduktion deutlich übertroffen.

#### Funk

Für das Gleichwellenfunknetz in der Straßenbauabteilung 3 wurden die baulichen Maßnahmen bei den Relaisstellen durchgeführt und die Funkgeräte in der Werkstätte zusammengebaut. Die Projektierung der Gleichwellenfunkanlagen

### Einsatz Erneuerbarer Energien im Straßenhochbau



Stand Dezember 1997

für die Bauabteilung 2 wurde in den Grundzügen fertiggestellt. Neben den üblichen Heizungs- und elektrischen Anlagen in den Hochbauten sind folgende Anlagen und technische Geräte zu betreiben:

Hackgutheizungen	18
Fernwärme-(Biomasse-)heizungen	5
Photovoltaikanlagen	10
Warmwasser-Sonnenkollektor-Anlagen	31
Wärmepumpen (Raumheizung und/oder Warmwasserbereitung)	14
Windkraftanlagen	2
Funkrelaisstationen	24
Funkgeräte	1.000
Mobiltelefone	25

**Verkehrssicherungseinrichtungen**

Verkehrssicherungs- und Verkehrsleit-einrichtungen wie Lichtsignalanlagen, Blinklichtanlagen, Beleuchtungen, Verkehrsleitanlagen und elektrotechnische Ausrüstungen in Tunnelbauten, sind Voraussetzung, um den Straßenverkehr in vielen Teilen Niederösterreichs möglichst unfallfrei und flüssig abzuwickeln. Besonderes Augenmerk bei Bau und Planung sämtlicher Anlagen liegt auf möglichst geringem Energieverbrauch sowie auf einer zum Ortsbild passenden Gestaltung.

Von der ortsansässigen Bevölkerung sowie von Elternvereinen wird aus wachsendem Sicherheitsbedürfnis heraus der weitere Bau von Signalanlagen gefordert. Dieser Gegebenheit trägt auch die Aktion des Herrn Landeshauptmann „Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“ Rechnung. Allein aus dieser Aktion wurden acht derartige Ampelanlagen errichtet.

Besondere Anforderungen werden an die Ampelanlagen im Umland Wiens gestellt. Dort sind die Verkehrsmengen so groß, daß sie zeitweise die Leistungsfähigkeit der Straßen übersteigen. Diesem Problem wird durch den Bau von verkehrsabhängigen Ampeln begegnet. Diese können plötzlich auftretende Verkehrsspitzen besser bewältigen (z. B. Stausituationen auf der A 2).

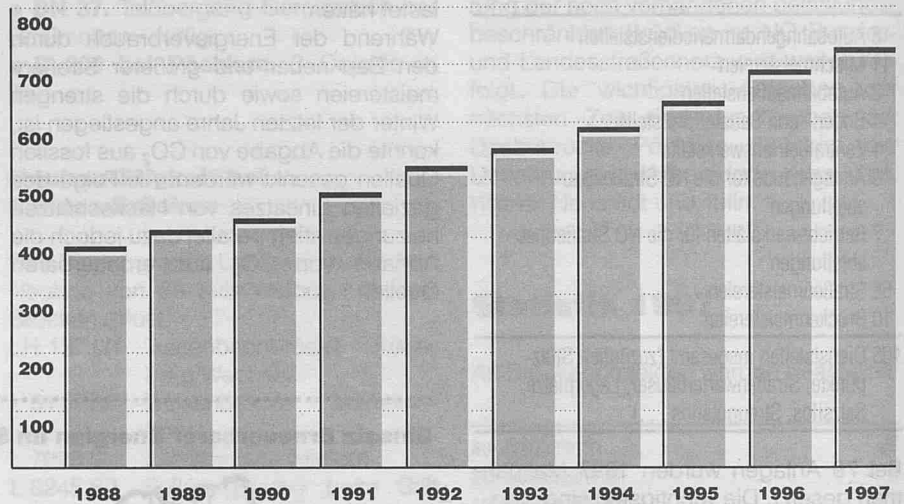
Der Forderung in der Bevölkerung nach einer Bevorzugung des öffentlichen Personennahverkehrs wird mit der Bevorzugung der Wiener Lokalbahn längs der B 17 Rechnung getragen, außerdem wurde in diesem Zusammenhang in Wiener Neustadt eine Busbeschleunigung realisiert.

Auf Grund behördlicher Anordnung wurden im letzten Jahr zwecks Hebung der

Verkehrssicherheit und Unfallreduktion 28 Ampelanlagen, 6 Blinklichtanlagen, 11 Beleuchtungsanlagen und 2 Sonderanlagen errichtet sowie wichtige Ampelanlagen in Brunn/Gebirge, Perchtoldsdorf, Wiener Neustadt und Amstetten. Zwei Verkehrslichtsignalanlagen wurden durch Kreisverkehrsanlagen ersetzt. Die Erhaltung umfaßt derzeit 731 Verkehrssicherungseinrichtungen:

171 Beleuchtungsanlagen
115 Blinklichtanlagen
412 Verkehrssignalanlagen
33 Sonderanlagen (z. B. Tunnel)
110 Radaranlagen
30 Zählstellen
29 Steuerzentralen

**Verkehrssicherungseinrichtungen (ohne stat. Radaranlagen)**



**Abteilung Straßenplanung**

Die Abteilung Straßenplanung versucht, durch gesamtheitliche und vernetzte Planung Straßen und Brücken nur dort vorzusehen, wo in Zukunft die größten Gesamtvorteile zu erwarten sind. Diese Vorteile sind heute ohne gesamtheitliche Planung und ohne die Begriffe „Umweltverträglichkeit“ sowie „Verbesserung der Lebensqualität in Niederösterreich“ nicht mehr denkbar.

Es gilt daher, den neuen Entwicklungen Richtung Straße und Ortsraum, Einpassung in die Landschaft sowie Ostliberalisierung Rechnung zu tragen. Dies ist zu erreichen durch:

- Verstärkte Einbindung der Bevölkerung
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerinformation

- Maßvolle Anlageverhältnisse mit Zwischenausbau bzw. Ertüchtigungsmaßnahmen
- Strategische Vorsorgeplanung für eine verbesserte Infrastruktur Richtung Norden und Osten

Problematisch ist jedoch die rechtzeitige Bereitstellung der Infrastrukturplanungen auf Grund der vielen Behördenverfahren und letztlich des UVP-Gesetzes. Dementsprechend sind lange Planungs- und Untersuchungsvorläufe erforderlich. Neue Wege sind auch in der Abwicklung des Projektmanagements zu finden, um die Vielzahl der Fachdisziplinen zielorientiert zu bündeln. Dies ist sowohl kostenaufwendig als auch arbeitsintensiv.

**Verwaltung und Controlling**

Für die Durchführung von Vermessungs- und Projektierungsarbeiten wurden im Zeitraum Jänner 1997 bis Dezember 1997 aus Landesmitteln aufgewendet:

Für Bundesstraßen A, S (bis 30. 9. 1997) und B	S 37,699.154,98
davon für Druck und Pausarbeiten	S 1,950.063,71
ASFINAG (seit 1. 10. 97)	S 3,165.000,44
Landesmittel für Landes- und Landeshauptstraßen	S 3,021.118,64

Für diese Ausgaben war die Bearbeitung von 659 Honorarrechnungen und 469 Anweisungsakten erforderlich. Neue Vergaben erfolgten mittels 259 Vergabeakten (mit 262 EDV-Bestellscheinen):

Gesamtvergabesumme	S 40,028.633,81
davon für Autobahnen	S 6,840.567,69
für Bundesstraßen S und B	S 30,172.257,90
für Landesstraßen L und LH	S 3,015.808,17

Brückenplanung Brücken < 10 m

B 2 Umfahrung Jetzelsdorf (4 Brücken < 10 m)
Katzelsdorf Tulbing
B 121 Kreisverkehr Waidhofen/Ybbs
L 2151 St. Pölten West

### Amphibienschutz

Amphibienschutzanlagen dienen dem Schutz frei lebender Tiere im Sinne des Naturschutzgesetzes sowie zur Vermeidung von Verkehrsunfällen bzw. zum Schutz der Verkehrsteilnehmer.

Maßnahme	Anzahl
Zaun-Kübel-Methode	66
Amphibientunnel	17
Ersatzbiotop	1
Summe	84

### Autobahnen

- **A 1.** GE Ybbs – Amstetten/Ost: Richtungsfahrbahn Wien, Detailprojekt fertiggestellt, Bau 1998.
- **A 1.** Anschlußstelle Loosdorf: Einreichprojekt fertiggestellt, UVP-Verfahren (Bürgerbeteiligung) beantragt.
- **A 1.** Raum St. Pölten: Die Verkehrsuntersuchung Südraum St. Pölten im Zusammenhang mit A 1, S 33, S 34, Güterzugumfahrung ist fertiggestellt; die Erstellung des Einreichprojektes für die dreispurige A 1 gemeinsam mit HL-AG (Behördenprojektes) mit Bürgerbeteiligung ist in Bearbeitung.
- **A 2.** Knoten Vösendorf – Einbindung A 3, vierspurig: Unterlagen für Ertüchtigung erstellt.
- **A 2.** Vierspurige Führung Knoten A 3/A 2 bis Knoten Vösendorf: Leistungsfähigkeitsuntersuchung ist fertiggestellt.
- **A 2.** Anschlußstelle Kottlingbrunn und Bad Vöslau: Verkehrsuntersuchung und Machbarkeitsstudie mit zusätzlicher Variante (Bürgerinitiative) in Bearbeitung (mit Kosten-Nutzen-Untersuchung) fertiggestellt, Entscheidung bei ASFINAG.
- **A 4/B 50.** Spange Kittsee: Machbarkeitsuntersuchungen von 3 Trassenvarianten Preßburg – Wien sind abgeschlossen, Vorprojekte beauftragt, Planungsarbeiten für Variantenentscheidung im Gange.

- **A 22.** Stockerau Ost bis Autobahnende: Im Zuge der Sanierung der Fahrbahnoberfläche ist die Verbreiterung des Pannestreifens gemäß den Ergebnissen der ALS-Untersuchung vorgesehen, Projekterstellung bis Oktober 1998.
- **A 22.** Stockerau Mitte: Detailprojekt fertiggestellt, gebaut.

### Bundesstraßen S und B

Von den rund 100 laufenden Projektierungen, die abgeschlossen, weiterbearbeitet bzw. begonnen wurden, werden auszugswise die wesentlichsten genannt:

- **S 34, A 1 – B 20.** Machbarkeitsstudie fertiggestellt, Vorlage nach Bürgerbeteiligung Mai 1998.
- **B 1.** Umfahrung Amstetten: §-4-Verfahren ist vorhanden, Einlösungen im Gange.
- **B 1.** Umfahrung Ennsdorf: Generelles Projekt gemeinsam mit OÖ ausgearbeitet, genehmigt; Umweltverträglichkeitserklärung und Einreichprojekte in Arbeit.
- **B 2.** Umfahrung Jetzelsdorf: Einreichentwurf in Arbeit. Fertigstellung Frühjahr 1998.
- **B 2.** Hollabrunn – Suttensbrunn: Einreichentwurf in Arbeit; Fertigstellung Ende 1998.
- **B 3.** Bereich Perzendorf – Krems/Donaubrücke Traismauer: Verkehrsuntersuchung für den Raum Tulln/Krems/St. Pölten fertig; Generelle Planung für den vierspurigen Ausbau bis Bierbaum fertig/Einreichprojekt in Arbeit, Machbarkeitsstudie fertiggestellt.
- **B 4.** Umfahrung Mold: Anzeige für die UVE liegt im BMwA, Vorverfahren für Bürgerbeteiligungsverfahren im Gange.
- **B 4.** Umfahrung Ziersdorf: Detailprojekt genehmigt und Vorverfahren für Umweltverträglichkeitsprüfung-(UVP-) Bürgerbeteiligungsverfahren läuft.
- **B 7.** Umfahrung Gaweinstal: Vorprojekt in Arbeit; bei Bürgerversammlung zusätzliche Variante eingebracht.
- **B 11, B 15, B 16, B 301.** Südraum Wien: Aufgrund des integrierten Verkehrskonzeptes Südraum Wien sind neben der B 301 Maßnahmen im Bundesstraßengesetz in Form von Umfahrungen der NÖ Gemeinden Achau, Leopoldsdorf, Maria Lanzendorf, Lanzendorf, Himberg und Zwölfaxing erforderlich. Eine Entscheidung vom BMwA liegt für die Umfahrung B 15, B 16 und B 318 vor; Detailprojektplanung (Vermessung etc.) in Angriff genommen; für die Umfahrung Achau, B 11, sind zusätzliche (Bürgerinitiative) Varianten in Arbeit (generelles Projekt).
- **B 14.** Umfahrung Klosterneuburg: Grundsätzliche Genehmigung des BMwA zum generellen Projekt liegt vor; die Planungsgebietsverordnung liegt vor; Verkehrsuntersuchung mit Berücksichtigung einer Donaubrücke fertigge-

stellt; Einreichprojekt in Arbeit, Bürgerbeteiligung beginnt.

- **B 21.** Nordspange Wiener Neustadt: §-4-Verordnung liegt vor.
- **B 37.** Gföhl – Großmotten, Abschnitt I: Einreichentwurf fertiggestellt.
- **B 41.** Rindberg: Einreichentwurf fertiggestellt. Vorverfahren für UVP-Verfahren (Bürgerbeteiligung) läuft.
- **B 48.** provisorischer Grenzübergang Hohenau/March: Generelle Studie fertiggestellt, BMwA vertritt Rechtsansicht, daß B 48 in diesem Abschnitt keine B-Straße ist.
- **B 208.** Bereich B 6 – B 7: Vorprojekt in Arbeit, Fertigstellung Mitte 1998.
- **B 216.** Tunnel Weiteneck: Detailprojekt und UVP werden erstellt, Antrag BMwA gestellt.
- **B 302.** Umfahrung Gerasdorf: Generelles Projekt wurde fertiggestellt.

### Kreisverkehrsanlagen

Auf Grund der ausgezeichneten Erfahrungen mit bereits gebauten Kreisverkehrsanlagen in Niederösterreich sowie infolge abgeschlossener Vorher-Nachher-Untersuchungen wurden auch im Jahr 1997 in einzelnen Detailprojekten wie auch an konkreten Stellen Kreisverkehrsanlagen geplant und gebaut. Viele stehen bereits sehr erfolgreich unter Verkehr.

### Grenzübergänge

B 2	Grenzübergang Kleinhaugsdorf
B 46	Laa/Thaya-Umfahrung
B 48	Grenzübergang Hohenau
B 303	Grenzübergang Neunagelberg

### Straßenbauliche Maßnahmen in Ortsgebieten

Gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden wurden zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, besonders für die schwachen Verkehrsteilnehmer (Radfahrer, Fußgänger), straßenbauliche Maßnahmen in Ortsgebieten gesetzt. Einige davon seien beispielhaft angeführt:

B 6	Ortsdurchfahrt Korneuburg
B 7	Ortsdurchfahrt Gaweinstal
B 7	Ortsdurchfahrt Gerasdorf
B 10	Ortsdurchfahrt Bruck/Leitha
B 16	Ortsdurchfahrt Münchendorf
B 49	Ortsdurchfahrt Waltersdorf
B 60	Ortsdurchfahrt Fischamend

### Lärmschutzeinrichtungen

Im Jahr 1997 wurden rund 40 lärmtechnische Untersuchungen (LTU) bzw. Bauprojekte ausgearbeitet.

Die wichtigsten sind:

- A 1 St. Pölten (gemeinsam mit HL-AG)
- A 1 LTU Raggendorf
- A 1 LTU Blindenmarkt
- A 1 LTU Guggenreith
- A 2 Wiener Neudorf, Buchenweg
- A 2 LTU Gießhübl
- A 4 Mannswörth-Bauprojekt
- B 10a Schwechat
- B 9 LTU Petronell-Carnuntum
- B 210 LTU Oeynhausen
- S 33 LTU Thallern-Bauprojekt
- S 33 LTU Herzogenburg-Bauprojekt

Nach wie vor ist zu beachten, daß auf Grund der steigenden Verkehrsmengen der Wunsch auf Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen besteht. Als besonders planungsintensives Gebiet sind der Südraum Wien mit der A 2 bis Wiener Neustadt und der A 21 von Brunn bis Klausenleopoldsdorf sowie die Westautobahn A 1 auf der gesamten Strecke anzusehen.

### Landesstraßenplanung

Ein wesentliches Aufgabengebiet des Fachbereiches Planung von Landes- haupt- und Landesstraßen besteht in der Ausarbeitung von Projekten mit allen zugehörigen Verhandlungen einschließlich des Schriftverkehrs.

Die Zielsetzung ist die Sicherung, Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes in Niederösterreich, insbesondere die Erstellung von technisch und wirtschaftlich entsprechenden Planungen für die Landeshaupt- und Landesstraßen.

Dabei finden Fragen der Gesamtgestaltung des Straßenraumes und des Umfeldes der Straße sowie der Umwelt (Landschaftsbild, Ortsbild u. ä.) besondere Beachtung.

Die Probleme bei der Projektierung decken sich im wesentlichen mit jenen, die im Rahmen der Abteilung in sämtlichen Fachbereichen auftreten.

Von den Bereichen, für die im Jahr 1997 Planungen fertiggestellt wurden bzw. werden, seien nun besonders wichtige erwähnt:

- LH 6 Ortsbereich Niederkreuzstetten
- LH 6 LH 12, Obersdorf – Stierkreuz
- LH 11 Umfahrung Großenzersdorf
- LH 18, L 3159 Matzen
- LH 84 Umfahrung Aschbach Änderung
- LH 85 Ortsdurchfahrt St. Valentin
- LH 86 Ortsdurchfahrt Ertl
- LH 112 Ortsdurchfahrt Pischelsdorf
- LH 128 Ortsdurchfahrt Wolfgraben
- LH 154 L 2007, Kreisverkehr Vösendorf
- LH 157 Ortsdurchfahrt Tattendorf II
- L 1086, L 1086b, B 19 Umlegung Göllersdorf

- L 2151 Südumfahrung Tulln
- L 3103 Ortseinfahrt Riedenthal
- L 2135 Ortsdurchfahrt Katzelsdorf/Tulbing
- L 4020 Berndorf – Hernsteinerstraße
- L 6258 St. Peter/Au – Dobragraben
- L 6274 Ein Projekt soll nochmals besonders Erwähnung finden, und zwar die Hauptplatzgestaltung in Retz.

Der Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr wird bei den Gestaltungsprojekten für die Ortsdurchfahrten in den letzten Jahren besonderes Augenmerk geschenkt.

Neben den Besprechungen und Informationen während der Projektierung, bei denen die betroffenen Grundeigentümer über die vorgesehenen Maßnahmen schon im Planungsstadium informiert werden, kommt es auch zu Verhandlungen gemäß § 6 NÖ LStG. Bei diesen werden die Projekte unter Zuladung sämtlicher betroffener Anrainer nach den Forderungen des Landesstraßengesetzes geprüft, um so zu beurteilen, ob eine Bewilligung nach diesem Gesetz möglich ist. Dabei werden z. B. bei Ortsdurchfahrten, auch wenn keine Grundeinlösung erforderlich ist, die Anrainer geladen. Das Projekt wird im Rahmen dieser Verhandlung mit den anwesenden Anrainern im Detail erörtert und in der Natur begangen. Auch die Belange der Umwelt werden dabei im Einvernehmen zwischen Behörde, Sachverständigen, Grundeigentümern und Straßendienst berücksichtigt.

Wie schon in den Vorjahren wurde auch im Jahr 1997 bei einigen Detailprojekten der Planungsablauf etwas abgeändert. So wurde die Vermessung durchgeführt und schon anhand eines ersten Vorentwurfes die geplante Straßenachse in der Natur abgesteckt. Weiters wird mit den Grundeigentümern Kontakt gehalten und so die Linie weitgehend fixiert wie auch die Gestaltung der Nebenflächen besprochen. Wenn es erforderlich war, wurden auch Abänderungen vorgenommen und dann erst das Projekt bis zur Fertigstellung des Detailprojekts weiter bearbeitet.

Ein wesentlicher Tätigkeitsbereich ergab sich wie in den Vorjahren auch durch die Maßnahmen im Zuge der Verbesserung der ÖBB-Strecken. Wegen des dichten Landesstraßennetzes in Niederösterreich ergeben sich bei diesen Maßnahmen der HL-AG und der ÖBB zahlreiche Berührungspunkte mit der NÖ Landesstraßenplanung.

Die für die einzelnen Querungsbereiche notwendigen Projekte werden zwar hauptsächlich durch die HL-AG bzw. die ÖBB ausgearbeitet, doch sind umfangreiche Koordinierungsbesprechungen, Begehungen, Untersuchungen sowie Verhandlungen für die endgültige Realisierung notwendig. Dabei sind auch sehr viele Amtsbesprechungen durchzuführen, und es ist auch erforderlich,

beispielsweise Überlegungen bezüglich der Netzgestaltung miteinzubeziehen. Auch eine Teilnahme an den entsprechenden Behördenverfahren ist in den meisten Fällen notwendig.

Als wichtiger Punkt ist noch festzuhalten, daß die Umstellung auf EDV-mäßige Bearbeitung der Projekte nicht zuletzt durch das Engagement der Mitarbeiter weiter betrieben werden konnte.

Im Zeitraum vom 1. Jänner 1997 bis 31. Dezember 1997 wurden folgende Arbeiten abgeschlossen:

	Anzahl	km
Detailvermessung Amt	17	6,6
Detailvermessung Ziviltechniker	5	6,15
Detailprojektierung Amt	21	10,5
Detailprojektierung Ziviltechniker	5	6,9

### Verkehrsplanung

Der Fachbereich Verkehrsplanung hat im Jahr 1997 Projektierungen für Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA), Kreisverkehre, Unfallhäufungspunkte, allgemeine Projekte für Verkehrssicherheit, für Verkehrssteuerungsanlagen, Radaranlagen, Radwege und Verkehrsuntersuchungen bearbeitet. Sonderaufgaben sind die EDV-Bearbeitung der digitalen Straßenkarte, die Erhebung und Auswertung der Verkehrsfrequenzen an den Grenzübergängen sowie die Organisation und Bearbeitung der ECE-Verkehrszählung (flächendeckend alle 5 Jahre europaweit).

Ein Schwerpunkt war die Aktion „Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“ des Herrn Landeshauptmann. Schulen, Gemeinden, Kindergärten, Vereine etc. wurden aufgerufen, Gefahrenpunkte aufzuzeigen, an denen besonders Kinder wiederholt Opfer von Verkehrsunfällen wurden oder besonders gefährdet sind.

Diese Aktion läuft aus, im Jahr 1998 beginnt die Aktion „Sicherheit für Senioren im Straßenverkehr“ des Herrn Landeshauptmann.

### Statistik 1997

Ca. 30 Projekte wurden 1997 fertiggestellt, davon sind beispielhaft hervorzuheben:

#### Autobahnen und Schnellstraßen

Darstellung der Verkehrsbelastung, Verkehrsentwicklung und/oder des Verkehrsaufkommens:

- B 303 Niveaufreimachung des Knotens B 303/L 1018, generelles Projekt
- B 21 Wiener Neustadt, Knoten B 21/Brüder-Renner-Gasse, VLSA

B 60	Ebreichsdorf, Knoten B 60/LH 168, Kreisverkehr
B 27	Payerbach, Knoten B 27/L 4166 (Bahnhofstraße), VLSA
B 129	Weistrach, Ausbau der Bundesstraße, Detailprojekt
B 19	Tulln, Knoten B 19/Bahnhofstraße, Kreisverkehr
B 40	Paasdorf, Umgestaltung des Knotens B 40/LH 35/LH 35a, Entschärfung einer Unfallhäufungsstelle
LH 100	St. Pölten Umgestaltung der LH 100
LH 118	Königstetten, Knoten LH 118/LH 120, VLSA

Weiters wurden auch einige Eigenprojektierungen durchgeführt.

### Radwege

- Verbesserungsmaßnahmen und Ausbau am Donauradweg
  - Weiterer Ausbau des Kleinen Ybbsweges von Waidhofen/Ybbs nach Ybbsitz (Fahrradfreundliche Gemeinde 1997)
  - Ausbaumaßnahmen des Kamptalweges 1997 abgeschlossen
  - Verlängerung des Römerweges
- Routenplanung wichtiger Netzanschlüsse und Haupttrouten (Beispiele)
- Verlängerung des Radweges Thermerregion

- Leitha-Ursprungsweg als Anbindung von Wiener Neustadt an die Radrouten in der Buckligen Welt
- Verbindung Triestingtal – mit dem Göl-sentalweg

### Radwegplanungen entlang Bundesstraßen

B 18	Pottenstein
B 3	Großenzersdorf
B 33	Melk – Donauradweg

3

## Abteilung Güterwege

Das ländliche Wegenetz ist eine der Voraussetzungen für eine zeitgemäße Führung und Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe und somit für die Pflege der Kulturlandschaft.

Die Förderung des Ausbaues und die Erhaltung der ländlichen Straßen und Wege erfolgt auf Antrag von Interessenten und Erhaltungsverpflichteten. Ein Großteil der Baukosten wird durch Bundes- und Landesmittel abgedeckt, daneben unterstützen auch die Gemeinden die Förderungsmaßnahmen.

### Aufgabenbereiche und Schwerpunkte 1997

- Beratung und Projektierung
- Hilfestellung bei der Regelung der notwendigen rechtlichen und finanziellen Erfordernisse
- Förderungsabwicklung
- Organisation und Überwachung der Baudurchführung im Auftrag des jeweiligen Bauherren
- Erstellung von Fachgutachten über die Höhe von Abschwemmungs- und Vermurungsschäden an landwirtschaftlichen Wegen
- Sanierung von ländlichen Wegen und landwirtschaftlichen Kulturflächen nach Katastrophenschäden über den Katastrophenfonds
- Durchführung und Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung des ländlichen Wegenetzes in Zusammenarbeit mit den Wegerhaltern

Zur Bewältigung dieser Aufgaben sind neben der Abteilungszentrale in St. Pölten und dem Bauhof in Absdorf acht in Niederösterreich verteilte Bauabteilungen eingerichtet. Diese Organisation ermöglicht es, direkt und bürgernah auf die Wünsche der Bevölkerung einzugehen sowie bei Unwetter- und Katastrophenschäden rasch und unbürokratisch zu helfen.

### Alm- und Weideverbesserung

Neben der Bedeutung der Alpwirtschaft für die Landwirtschaft gewinnt die damit verbundene Landschaftspflege erhöhte Aufmerksamkeit. Almgebäude wurden adaptiert, Dränungen und Kultivierungen durchgeführt sowie Wasserversorgungsanlagen und Alpwege geplant, errichtet und gefördert.

Neben dem Alpwegeausbau, der im Rahmen der ländlichen Verkehrerschließung erfolgt, wurden Maßnahmen im Gesamtvolumen von rund S 200.000,- bearbeitet und mit rund S 90.000,- Landesmittel gefördert.

### Bewertung und Behebung von Katastrophenschäden

Durch die Abteilung Güterwege werden Schätzgutachten für Schäden nach Katastrophenergebnissen an Gemeindestraßen, ländlichen Straßen und Wegen sowie von Rutschungen an landwirtschaftlichen Kulturflächen erstellt.

1997 konnten in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gemeinden und der Abteilung Landwirtschaftsförderung 639 Schadensfälle mit einem Gesamtausmaß von S 193.650.000,- bewertet und einer Sanierung im Rahmen des Katastrophenfonds zugeführt werden.

### Probleme 1997

Auf Grund der wirtschaftlichen Situation der landwirtschaftlichen Betriebe ist es unmöglich, ländliche Wege und Anlagen ohne Subventionen in Form von Beihilfen und zinsverbilligten Krediten zu errichten. Auch im Bereich der Wegerhaltung sind verstärkt Förderungsmittel erforderlich, um die Lebensdauer der ausgebauten Straßen und Wege zu verlan-

gern. Seit dem Beitritt zur Europäischen Union ergeben sich in Verbindung mit dem § 3 des Landwirtschaftsgesetzes verschiedene Förderprogramme.

- Das Programm zur Ausfinanzierung von Förderungsvorhaben mit einem Baubeginn vor dem EU-Beitritt. Für diese Vorhaben ist die Vorbelastung der Bundesmittel durch das Bundesministerium anerkannt. Die erforderlichen Bundesmittel werden in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen.

- Für Vorhaben, die seit dem EU-Beitritt begonnen wurden, müssen die Bundesmittel im Rahmen des 40-Milliarden-Paketes bereitgestellt werden. Die vorhandenen Beträge reichen derzeit aber nicht aus, um eine kontinuierliche Beschäftigung der niederösterreichischen Bauwirtschaft und der Zulieferfirmen durch die Güterweginteressentengemeinschaften zu gewährleisten.

- Die Förderung von Güterwegen im Zuge der Maßnahme 2 in Ziel 5b-Gebieten im Zeitraum bis 1999 wurde in den betroffenen Gemeinden begonnen. Es sollen in diesem Programm bis 1999 Förderungsmittel von ca. S 264.000.000,- zur Errichtung von ländlichen Wegen bereitgestellt werden. Die Bundesmittel für diese Programme werden gemäß Landwirtschaftsgesetz mit mindestens zwei Dritteln Landesmittel gegenübergestellt.

### Ziele 1998

Die Zielvorstellung der Abteilung besteht in der zeitgerechten Behandlung und Förderung der vorliegenden Anträge um Ausbau der äußeren und inneren Verkehrerschließung sowie der Alm- und Weideverbesserung unter Berücksichtigung der Förderungsmöglichkeiten im Rahmen der EU-Programme. Besonders vordringlich sind:

- Abschluß der Förderprojekte mit Baubeginn vor dem EU-Beitritt
- Beschleunigte Planung und Förderung von Projekten, um Streusiedlungen und Einzelgehöfte wirtschaftlich an das übergeordnete Straßennetz anzuschließen
- Verstärkte Einbeziehung von Grünmaßnahmen in die Planung und Ausführung
- Verstärkung der Erhaltungsarbeiten für die ländlichen Straßen und Wege, um einen funktionsgerechten Ausbauzustand zu erhalten

3

**Personal im NÖ Straßendienst (Stand 31. Dezember 1997)**

Zentrale	192	5,0%
Auswärtige Dienststellen mit Zentralaufgaben	84	2,2%
NÖ Straßenbauabteilungen (ohne ES II)	184	4,8%
Straßen-, Brücken- und Autobahnmeistereien, Zentralbetriebswerkstätten und Betriebswerkstätten	3.361	88,0%
<b>Insgesamt</b>	<b>3.821</b>	<b>100,0%</b>

**Ausmaß des von der Gruppe Straße betreuten Straßennetzes**

Art der Straßen	Länge km
Bundesstraßen A, Autobahnen	328
Bundesstraßen S, Schnellstraßen	61
Bundesstraßen B, Bundesstraßen	3.096
Landeshauptstraßen	3.371
Landesstraßen	7.304
B 306 im BSTG nicht enthalten	5
<b>Insgesamt</b>	<b>14.165</b>

**Anzahl der Brücken in Niederösterreich: 4.919 (einschließlich 12 MFK-Brücken)**

Bundesstraßen	A	S
davon Autobahn-(Schnellstr.)		
Brücken einschl. Rampenbauwerke	430	88
davon Überführungs- und Seitenbauwerke für Gemeinde- und Güterwege	93	17
<b>Insgesamt</b>	<b>523</b>	<b>105</b>

**Statistik 1997**

1997 lagen 1.857 Anträge für 1.380 km Hoferschließungen (äußere Verkehrerschließung) vor, womit 3.150 Höfe zeitgemäß erschlossen werden sollen. Im Bereich der Wirtschaftswege (innere Verkehrerschließung) außerhalb von Grundzusammenlegungsverfahren beträgt der Antragsstand 1.018 Ansuchen mit 900 km Weglänge. Insgesamt ergibt sich daher eine notwendige Ausbaulänge von 2.280 km. Im Bereich der Ge-

meinsamen Anlagen warten ca. 150 km Wege auf die Realisierung. Das bisher geförderte und errichtete Wegenetz umfaßt ca. 6.760 km Güterwege und 11.280 km Gemeinsame Anlagen. Im Jahre 1997 wurden im Zuge der Erhaltung an 863 km Wegen Arbeiten mit einem Bauvolumen von 108,3 Mio. S, davon rund 47 Mio. S Landesmittel, bewältigt.

**Gesamtumsatz der NÖ Straßen- und Brückenverwaltung im Vergleich zum Vorjahr (ca. Mio. S)**

Verwaltung	Gesamtumsatz 1996	Erfolg 1997
Bundesstraßen A, S und B	2.268,5	2.284,3
Landeshaupt- und Landesstraßen	2.851,0	2.800,0
<b>Insgesamt</b>	<b>5.119,5</b>	<b>5.084,3</b>

**Ausbauleistung und Finanzierung der Güterwege 1996**

Verkehrerschließung	bearb. Vorhaben	fertiggest. Wegstrecke (km)	Erschl. Höfe	Brücken	Jahresbaukosten in Mio. S	ÖM Bund	ÖM Land	EAGFL
Nationale Maßnahmen	713	175,0	217	17	208,0	64,4	45,7	
EU-kofinanzierte Maßnahmen	233	100,6	184	12	150,2	25,6	17,1	22,7
Gemeinsame Anlagen	97	26,0	0		3,8	0,0	1,4	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.043</b>	<b>301,6</b>	<b>401</b>	<b>29</b>	<b>362,0</b>	<b>90,0</b>	<b>84,2</b>	<b>22,7</b>

	Bundesstraßen		Landesstraßen	
	B	LH	LH	L
Für alle gem. KFG zugelassenen KFZ geeignet	1.295	1.056	1.056	1.727
Bis 20 t belastbar	7	0	0	83
Bis 16 t belastbar	2	11	11	48
Bis 12 t belastbar	0	1	1	3
Bis 9 t oder weniger belastbar	0	2	2	34
<b>Insgesamt</b>	<b>1.304</b>	<b>1.071</b>	<b>1.071</b>	<b>1.904</b>

Die NÖ Agrarbezirksbehörde gliedert sich in

- die Organisationsfachabteilung
- die Rechtsfachabteilung
- die Agrartechnische Abteilung
- Zusammenlegungsabteilungen
- Fachabteilung für Teilung, Regelung und Forstwirtschaft
- Landwirtschaftliche Fachabteilung
- die Bodenschutzfachabteilung

### Aufgaben

- Zusammenlegungs- und Flurbereinigungsverfahren
- Teilungs- und Regelungsverfahren
- Bringungsrechtsverfahren
- Landwirtschaftliche Siedlungsverfahren
- Alm- und Weideangelegenheiten

- Privatwirtschaftsverwaltung
- Bodenschutzmaßnahmen
- Flurplanungen
- Bearbeitung der der NÖ Agrarbezirksbehörde zugewiesenen Agenden des Landschaftsfonds
- Förderung von landschaftsgestaltenden Maßnahmen

## Organisationsfachabteilung

### Tätigkeiten und Schwerpunkte 1997

- Öffentlichkeitsarbeit
- Kulturtechnische Sachverständigentätigkeit
- Koordinierung der Dorferneuerungsaktivitäten
- Sonstige Aufgaben der Abteilung:
  - Führung einer Kartei über die statistischen Daten bei Zusammenlegungen
  - Sammeln aller wissenschaftlichen Veröffentlichungen über Bodenreformmaßnahmen des In- und Auslandes
  - Redigierung des Tätigkeitsberichtes der NÖ Agrarbezirksbehörde und aller anderen Berichte
  - Ausarbeitung der Stellenbeschreibung der NÖ Agrarbezirksbehörde
  - Ausarbeitung des Arbeitsverteilungsplanes der NÖ Agrarbezirksbehörde
  - Herausgabe des Nachrichtenblattes der NÖ Agrarbezirksbehörde

- Mitarbeit bei der Dezentralisierung der Behörde
- EU-Beauftragter
- Ausbildungsbeauftragter
- Übersiedlungsbeauftragter

Im laufenden Jahr mußten für 29 Veranstaltungen (Messen, Dorferneuerungspräsentationen, Projektpräsentationen) Ausstellungen konzipiert und auf- und abgebaut sowie die Standbetreuung durchgeführt werden. Für die Landespräsentation bei der Bau- und Energiemesse wurde die Koordination und Abrechnung für die gesamte Landesverwaltung übernommen.

### EU

Bereits 5 Kollegen, die mit Förderangelegenheiten der Europäischen Union befaßt sind, konnten eine 1monatige Stage in Brüssel absolvieren.

### Dezentralisierung der NÖ Agrarbezirksbehörde

Ende Juli 1997 sind als Abschluß der Dezentralisierung 63 Bedienstete der Behörde in das Haus 12 des neuen Regierungsviertels gezogen. Die Adresse lautet:

Landhausplatz 1  
3109 St. Pölten, Haus 12  
Tel. 0 27 42/200

### Dorferneuerung

Durch die Gründung des NÖ Dorferneuerungs-Landesverbandes wurde die Dorferneuerungsbetreuung privatisiert. Die NÖ Agrarbezirksbehörde betreut aber weiter in enger Zusammenarbeit mit dem Landesverband ihre begonnenen Verfahren. Es sind vor allem jene Verfahren, wo in Verbindung mit der Dorferneuerung auch eine Berührung mit der Bodenordnung und Landentwicklung erfolgt.

## Rechtsfachabteilung

### Tätigkeiten und Schwerpunkte 1997

Die Rechtsfachabteilung muß die Aufgaben der NÖ Agrarbezirksbehörde in rechtlicher Hinsicht betreuen und unterstützen. Dieses Feld ist sehr weit gesteckt.

Die Mitarbeiter der Abteilung haben daher

- 1.459 Verhandlungen geführt; im Vordergrund standen dabei im wesentlichen stets Fragen, die mit dem Grundeigentum zusammenhängen und deshalb mit Fingerspitzengefühl behandelt werden müssen, nämlich in den hoheitsrechtlichen Bereichen des Flurverfassungsgesetzes (Zusammenlegungen, Flurbereinigungen, Haupt-, Einzel- und Sonderteilungen, Regelungen), des Güter- und Seilwege-Landesgesetz-

zes (Bringungsrechte, Bringungsanlagen, Güterweggemeinschaften) und des Gesetzes zur Erhaltung der Weidewirtschaft in Niederösterreich (Weideerklärungen, Genehmigung von Weidepachtverträgen, Aufhebungen der Weideerklärung);

- 84 Genehmigungen im Zusammenhang mit der Aufsichtspflicht über Agrargemeinschaften erteilt (§§ 47 und 48 des Flurverfassungsgesetzes);
- 1.046 Feststellungsbescheide im Siedlungsverfahren und
- 823 Feststellungsbescheide im Flurbereinigungsverfahren (nach Vorlage entsprechender Verträge) erlassen;
- an der Betreuung von Agrargemeinschaften mitgewirkt, indem verschiedenste rechtliche Probleme behandelt und Fragen beantwortet wurden, die sich in diesen Gemeinschaften ergaben;

- im Rahmen der Aufsichtspflicht die finanzielle Gebarung von drei Zusammenlegungsgemeinschaften geprüft. Zahlenmäßig nicht erfaßbar sind darüber hinaus die vielen anderen Bescheide, Verordnungen, Verfügungen und sonstigen Mitteilungen, die das Haus in schriftlicher Form verlassen haben.

### Probleme 1997

Auch 1997 war die Rechtsfachabteilung ständig damit beschäftigt, alle Mitarbeiter auf dem neuesten Stand der Rechtsprechung sowohl der Oberinstanzen als auch der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts zu halten. Dies ist ein Prozeß, der nie abgeschlossen werden kann.

Der Betrieb der bereits bisher bestehenden Dezentralen in Hollabrunn und St. Pölten sowie der neu eingerichteten in Baden und deren Besetzung mit insgesamt acht Mitarbeitern der Rechtsfachabteilung bereitete zunehmend Schwierigkeiten bei der innerbehördlichen Kommunikation, die mit Hilfe von gemeinsamen Dienstbesprechungen nur unzureichend gelöst werden konnten. Die Abteilung mußte der Oberbehörde einen bestens eingearbeiteten Mitarbeiter zur Verfügung stellen, bekam dafür

zwar auch personellen Ersatz, doch wird die Einarbeitung des neuen Mitarbeiters in die doch sehr komplexe Materie erfahrungsgemäß längere Zeit in Anspruch nehmen. Anträge auf Eigentumszuteilung im Flurbereinigungs- und Siedlungsverfahren stiegen – wie zu erwarten war – nach wie vor an. Dieser Aktenanfall kann mit dem vorhandenen Personal kaum mehr bewältigt werden. Verzögerungen in der Bearbeitung sind deshalb kurzfristig zu erwarten.

## Ziele 1998

- Klausurtagungen und Mitarbeiterbesprechungen mit dem Ziel, eine weitestgehend einheitliche Vorgangsweise zu finden
- Stetige Verbesserung der innerbehördlichen Zusammenarbeit mit den anderen Fachabteilungen
- Verstärkte Kontakte mit den Oberbehörden
- Bewältigung der organisatorischen und personellen Probleme, die sich aus dem Betrieb der Dezentralen ergeben

3

## Agrartechnische Abteilung

### Tätigkeitsbereiche und Schwerpunkte 1997

Die Agrartechnische Abteilung wird vom Technischen Leiter fachlich geleitet. Sie umfaßt fünf technische Fachabteilungen (drei Zusammenlegungsfachabteilungen, die Fachabteilung für Teilung, Regelung und Forstwirtschaft, die landwirtschaftliche Fachabteilung) und die Stelle Ökologie, Alm und Weide.

#### Zusammenlegungsfachabteilungen

Die Zusammenlegungsfachabteilungen betreuen die einzelnen Zusammenlegungs- und Flurbereinigungsverfahren. Aufklärung und ständige fachliche Beratung der Operationsleiter gehören ebenso zur Aufgabe der Zusammenlegungsfachabteilungsleiter wie die Erfüllung von Spezialaufgaben:

- Luftbild GIS (geograph. Informationssystem)
- Elektronische Vermessung
- EDV-Koordinierung
- Gruppenflurbereinigung
- Amtsinterne Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen
- Betreuung von Pilotprojekten
- Verhandlungen mit dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen
- Kontakte mit anderen Dienststellen des Landes und des Bundes bei der Klärung von Grundsatzfragen Agrarverfahren betreffend
- Aufklärung und Motivation für die Durchführung von Agrarverfahren

#### Statistik 1997

27	Flurbereinigungsverfahren mit 477 ha und 182 Parteien
5	Zusammenlegungsverfahren mit 867 ha und 328 Parteien
32	Verfahren mit 1.344 ha und 510 Parteien

#### Flurplanung

Die Flurplanung dient den Gemeinden als Entscheidungshilfe für die Einleitung eines Zusammenlegungs- oder Flurbereinigungsverfahrens. Darüber hinaus kann auch der vielfach gewünschte Güterwegeausbau sinnvoll erfolgen. Richtet er sich nach der Flurplanung, dann kann er ein später nachfolgendes Agrarverfahren nicht behindern.

Die Gemeinden bekommen als Ergebnis der Flurplanung Planungsunterlagen (Luftbilder, Wegenetzvorschläge, Kostenpläne), die ihnen die Entscheidung: „Kommissierung ja oder nein“ erleichtern. Die Flurplanung kann aber auch in anderen Bereichen wertvolle Arbeit leisten. In vielen Gemeinden besteht der Wunsch nach Landschaftsplanung; ohne zunächst an ein Bodenordnungsverfahren zu denken, können mittels Flurplanungsverfahren Landschaftspläne erstellt werden.

Die traditionelle Flurplanung muß durch die veränderten Rahmenbedingungen, die hauptsächlich durch den Beitritt Österreichs zur EU erfolgt sind, zu einer neuen Qualität entwickelt werden, die auch Fragen der Flächenstilllegung, EU-Fördermöglichkeiten, beantworten kann.

#### Fachabteilung für Teilung, Regelung und Forstwirtschaft

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Fachabteilung für Teilung, Regelung und Forstwirtschaft lag bei der Teilung von agrargemeinschaftlichen Grundstücken, teilweise in Verbindung mit einem Zusammenlegungsverfahren.

Regelungsverfahren und die in diesem Zusammenhang anfallenden forstlichen und vermessungstechnischen Arbeiten sind ein weiterer Tätigkeitsbereich. Gutachten und Stellungnahmen für Rodungen, Bringungsrechte, Weideangelegenheiten, Aufforstungen und Flurbereinigungen wurden ebenfalls durchgeführt.

Die NÖ Agrarbezirksbehörde ist Aufsichtsbehörde für sämtliche Agrargemeinschaften Niederösterreichs. Zum Zwecke der besseren Bewirtschaftung der Agrargemeinschaften wurden 5 Forstexkursionen für Mitglieder von Agrargemeinschaften durchgeführt.

Es wurden darüber hinaus zwei ausländische Delegationen betreut, an fünf Tagen wurden Schulklassen bei den Niederösterreichischen Waldjugendspielen geführt und 3 km Forststraßen projektiert. Die Forstabteilung hat weiters ein Vorprojekt zum Landschaftsfonds-Projekt „Naturnahe Waldwirtschaft“ in der Marktgemeinde Eschenau abgewickelt.

#### Statistik 1997

9	Flurbereinigungsverfahren mit 102 ha und 85 Parteien
2	Teilungsverfahren mit 67 ha und 775 Parteien
19	Revisionen (Wirtschaftsplanerneuerung) mit 1.814 ha und 775 Parteien

#### Landwirtschaftliche Fachabteilung

Die Haupttätigkeit der landwirtschaftlichen Fachabteilung lag in der amtlichen Bewertung der Grundstücke im Zuge von Zusammenlegungsverfahren und in der Erstellung von Gutachten für alle Bodenreformmaßnahmen sowie in Rodungsverfahren für die zuständige Forstbehörde.

Für Zusammenlegungsverfahren wurden für die besonders erosionsgefährdeten Bereiche Erosionsberechnungen durchgeführt, die den Landwirten deutlich vor Augen führen, welche Mengen wertvollsten Bodens durch Wind- und Wassererosion jährlich verloren gehen.

#### Stelle Ökologie, Alm und Weide

- Landentwicklung, NÖ Landschaftsfonds
- Weidewirtschaftspläne

- Grünordnung und Ökologie bei Agrarverfahren
- Pilotprojekte
- Agrarpolitische Konzepte

### Landentwicklung

Zur Diversifizierung, Neuausrichtung und Anpassung der Land- und Forstwirtschaft und des ländlichen Raumes werden innerhalb des 5b-Gebietes in Niederösterreich verschiedene Maßnahmen angeboten. Projekte der Landentwicklung ergänzen die Dorferneuerung, sie beziehen die Landschaft, welche die Dörfer umgibt, in ihre Maßnahmen ein.

Im Rahmen der Landentwicklung werden regionale Gemeinschaften unterstützt, die in ihren Aktionen folgende Grundsätze verfolgen: dezentrale Kreisläufe, Wertschöpfung in der Region, Umweltverträglichkeit, Vernetzung und ganzheitliches Denken bei allen Maßnahmen.

Ziele der Landentwicklung sind die Entwicklung einer ökologischen Kulturlandschaft, die Erstellung von sinnvollen Konzepten für Landschaftshaushalt und Flächennutzung, der Einsatz von erneuerbarer Energie und die Stärkung der kulturellen und sozialen Identität.

Durch die Richtlinien des NÖ Landschaftsfonds ist die NÖ Agrarbezirksbehörde für die Bereiche Landschaftsgestaltung und die umweltschonenden Wirtschaftsweisen, das Öko-Punktemodell für die Landwirtschaft, das in unserem Haus entwickelt wurde, zuständig. Sollten sich im Zuge eines Landentwicklungsprojektes Ausweitungen in Richtung bäuerliche Direktvermarktung, erneuerbare Energien und bäuerlicher Tourismus ergeben, wird die Bearbeitung und Förderung dieser Maßnahmen von den dazu vorgesehenen Stellen durchgeführt.

### Umweltschonende Wirtschaftsweisen (Ökopunkte)

1997 nahmen 986 Betriebe mit 17.700 ha, davon

- 6.300 ha Ackerschläge,
  - 11.400 ha Grünlandschläge,
  - 60 ha Spezialkulturschläge,
- daran teil. Die Dateneingabestellen sind die Telehäuser Edelfhof, Tulln an der Donau, Eschenau und Warth.

### Landschaftsgestaltung

Im Rahmen dieser Aufgabe des NÖ Landschaftsfonds wurden 335 Gestaltungsprojekte betreut.

Obstbäume/Baumreihen	255
Feldgehölze	6
Hecken	29
Waldrandgestaltung	1
Wiesenprojekte	4
Uferänder-/Grabenbepflanzung	1
Mischprojekte	39

16.430 Obstbäume wurden gesetzt, des weiteren 27.000 Bäume und Sträucher. Diese Maßnahmen inklusive Pflanzarbeit, Beratung und Verbißschutz wurden mit S 5.120.000,- gefördert.

Es wurden 22 Baumschnittseminare, 9 Veredelungsseminare und 2 Seminare, die sich mit der Wühlmausproblematik befassen, für 473 Teilnehmer veranstaltet. In der Fördersumme stecken Bundes-, Landes- und EU-Mittel.

Einige Projekte der Landentwicklung:

● **Landentwicklung Schönbach.** Bäuerliche Kulturlandschaft statt Verwaltung

● **Wanderausstellung Boden, Gesund, Essen.** Informationskampagne zum Thema umweltschonende Landwirtschaft

● **Extensive Teichwirtschaft.** Multifunktionale Bedeutung für Wasserhaushalt und Kulturlandschaft

● **Landentwicklung Haugsdorf.** Nachhaltige Schonung der Ressourcen Wasser und Boden

● **Landentwicklung Moorbach Harbach.** Ökologischer Kreislauf Moorbach Harbach

● **Ökokataster Bergern**

● **Landentwicklung Gars.** Nachhaltiger Umgang mit Boden und Wasser

● **Alm- und Weideprojekt Traisenberg.** Externe umweltschonende bäuerliche Bewirtschaftung

● **Alm- und Weideland Türnitz**

● **Wassermanagement Missingdorf.** Verbesserung des Wasserhaushaltes

● **Landschaftsgestaltung Raum Hollabrunn.** Verbesserung des Wasserhaushaltes

### Telehäuser

Die in unserem Haus entwickelte Idee der Telehäuser, mit dem 1. Telehaus in Niederösterreich in Eschenau (Bezirk Lilienfeld), hat in weiterer Folge zu einer Kette von fünf ländlichen Telehäusern in Niederösterreich geführt, die untereinander vernetzt sind und Telematik auch für den ländlichen Raum erfolgreich anbieten. Folgerichtig ist ein Kollege unserer Behörde zum Geschäftsführer der Telehaus NÖ Ges. m. b. H. bestellt worden.

### Grünordnung

In allen laufenden Zusammenlegungs- und Flurbereinigungsverfahren wurde auf Basis eines Öko-Ist-Standes, ein Öko-Soll-Plan erstellt.

### Alm und Weide

Die NÖ Agrarbezirksbehörde stellt den NÖ Alminspektor und führt das Weidebuch, welches derzeit auf EDV umgestellt wird.

Für sechs Almen mit einer Fläche von 1.486 ha wurden Weidewirtschaftspläne fertiggestellt.

Für Studenten der TU-Wien und der Uni Dresden wurden Exkursionen zu Alm- und Weidefragen mit besonderer Be-

rücksichtigung der Möglichkeiten der Fernerkundung durchgeführt. Für Pädagogen der AHS aus Niederösterreich und für eine albanische Delegation wurden ebenfalls Veranstaltungen durchgeführt.

Um in Zukunft auch im Bereich der Berglandwirtschaft vermehrt 5b-Förderungen zu lukrieren, wurde ein „Leitprogramm für die Berglandwirtschaft“ Alm und Weideland in Niederösterreich erstellt. Aufgrund dieses Programmes hat sich eine Reihe von neuen vielversprechenden Projekten ergeben.

### Invecos

Invecos ist das Kontrollorgan der EU. Die NÖ Agrarbezirksbehörde ist Invecosstelle bei der ÖPUL-Abwicklung der 5- bzw. 20jährigen Flächenstilllegungen auf der Basis von Projekten. Solche Flächen sind Wiesen, Böschungen und Streuobstbestände. Diese Projekte werden an private Planer vergeben. Die Kontrolle der Maßnahmen erfolgt nach diversen Parametern durch die Behörde.

Ebenfalls kontrolliert wurden 18 Almen sowie die Öko-Punkte für die Landwirtschaft.

### Öffentlichkeitsarbeit

Neben einer Unzahl von Aufklärungsvorträgen für zusammenlegungsinteressierte Gemeinden wurde auch die Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Schulen fortgesetzt. In 3 Fachschulen wird ein Projektunterricht betreut.

Die landwirtschaftlichen Schulen werden von uns laufend eingeladen, an den Landespräsentationen bei verschiedenen Messen teilzunehmen.

Sie lockern mit ihren Aktivitäten, wie

- Mostpressen,
  - Dörrobstherstellung,
  - Präsentation von Mohnspezialitäten und
  - Weinverkostungen
- die Atmosphäre der reinen Fachpräsentation auf. Sie erleichtern uns damit das Herantreten an den Bürger.

Für die Höhere Technische Lehranstalt Wieselburg wird alljährlich ein Projektunterricht mit Exkursion in Weidewirtschaftsfragen durchgeführt.

Zwei Kollegen sind als Universitätslektoren tätig und halten damit unseren engen Kontakt zur Wissenschaft aufrecht.

Kontakte und gemeinsame Projekte gibt es mit:

- Raiffeisenverband
- NÖ Umweltakademie
- Landesjagdverband
- Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz
- World Wildlife Fund
- ORF
- Universitätsinstituten
- Dienststellen anderer Bundesländer
- NÖ Dorferneuerungs-Landesverband
- ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung

## Schwerpunkte 1997

Die Bodenschutzfachabteilung befaßt sich mit der Errichtung und Pflege von Bodenschutzanlagen. Sanierung von Bodenschutzanlagen aus den Anfangsjahren der Fachabteilung sowie Anlagen aus der Zeit der Wohlfahrtsaufforstung durch die Forstbehörden (Schutzwaldsanierungen).

Für die Wiederbegründungen von alten, sanierungsbedürftigen Bodenschutzanlagen besteht seit 1991 eine neue Förderungsform unter dem Titel „Schutzwaldsanierungen“. Mit Hilfe dieser Förderung wird das Ausbohren der Wurzelstöcke und die anschließende Bodenvorbereitung abgedeckt. Die Abwicklung der Förderung basiert auf einer engen Zusammenarbeit zwischen Anlageneigentümer, Bodenschutzfachabteilung, Bezirksforstinspektion, Landesforstdirektion und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Die Bodenschutzfachabteilung hat hierbei die Aufgabe, die Schutzwaldprojekte zu erstellen und die Wiederbegründungen der Anlagen nach der Entfernung des Altbestandes durchzuführen.

1997 wurden 6 neue Projekte erstellt, die in den Jahren 1998 und 1999 zur Sanierung (Auspflanzung) vorgesehen sind.

1997 wurden 6 Projekte mit einer Flächen-summe von 3,54 ha neu ausgepflanz.

## Statistik 1997

- In 57 Gemeinden 271 Bodenschutzanlagen mit 77 km und 62 ha.

- Es wurden ca. 216.000 standortrechte Bäume und Sträucher gesetzt.

- Um im Kreuzungsbereich von Bodenschutzanlagen mit Drainsystemen das Einwachsen der Wurzeln in die Drainrohre zu verhindern, werden Drainab-

sicherungen durchgeführt. Das Ausmaß von verlegten PVC-Rohren und aktiven Supplementärsträngen beträgt 5.670 lfm. Derartige Absicherungen wurden in 12 Gemeinden durchgeführt. Die Kosten dieser Arbeiten für die Bodenschutzfachabteilung betragen unter Berücksichtigung einer teilweisen Kostenbeteiligung der Grundeigentümer S 595.400,- (inkl. MWSt.).

- Die Pflegearbeiten erstrecken sich auf die dreijährige Intensivpflege (maschinelle und händische Unkrautbekämpfung, häckseln der Krautzone, Wildabwehr und Nachbesserungen) sowie den Heckenschnitt bei älteren Anlagen.

- Es wurden insgesamt ca. 430 ha Bodenschutzanlagen gepflegt, das sind ca. 1.500 Einzelflächen in 170 Gemeinden. An Nachbesserungspflanzen wurden etwa 12.000 Stück versetzt (aus Programm 1997).

## NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte

### Vorgeschichte

In Österreich wurde das erste Gleichbehandlungsgesetz im Jahr 1979 verabschiedet. Dieses Gesetz normiert die arbeits- und damit auch entgeltrechtliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Bereich der Privatwirtschaft. Dieses Bundesgesetz nimmt jedoch Arbeitsverhältnisse des öffentlichen Dienstes ausdrücklich von seinem Geltungsbereich aus, da sich das Gleichbehandlungsgebot ursprünglich vor allem auf die Entgeltfestsetzung bezog und dieses Prinzip – gleiches Entgelt für gleiche Arbeit –, im öffentlichen Dienst ohnehin besoldungsrechtlich garantiert ist. Im Laufe der Zeit wurde jedoch der Rahmen eines bloßen „Gleichlohngesetzes“ überschritten, so daß sich auch die Notwendigkeit einer Regelung für die Bediensteten des öffentlichen Dienstes ergab.

Im Jahr 1982 ratifizierte Österreich die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau und verpflichtete sich damit, Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu setzen. Art. 4 dieser UN-Konvention enthält die Feststellung, daß vorübergehende Sondermaßnahmen zur beschleunigten Herbeiführung der De-facto-Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht als Diskriminierung gelten.

Im Jahr 1993 trat das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz in Kraft, in welchem

für die Bediensteten des Bundes ein umfassendes Gleichbehandlungsgebot sowie besondere Förderungsmaßnahmen für Frauen statuiert sind.

Im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Europäischen Union müssen in Österreich zwei EU-Richtlinien betreffend die Grundsätze „Gleiches Entgelt für Frauen und Männer“ und „Gleichbehandlung von Frauen und Männern hinsichtlich des Zuganges zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in bezug auf die Arbeitsbedingungen“ umgesetzt werden. Die Umsetzung dieser Rechtsvorschriften erfolgt in Niederösterreich in den vom Land zu regelnden Kompetenzbereichen durch das seit dem 12. Juli 1997 in Kraft befindliche NÖ Gleichbehandlungsgesetz 1997, LGBl. 2060-0.

### NÖ Gleichbehandlungsgesetz

Das NÖ Gleichbehandlungsgesetz gilt für alle Bediensteten des Landes (Amt, Bezirkshauptmannschaften, Landeskrankenanstalten, Heime . . .), der Gemeinden und Gemeindeverbände in Niederösterreich sowie für die Landeslehrerinnen und Landeslehrer (hinsichtlich der materiellen Gleichbehandlungsregelungen gilt das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz 1993).

Es ist unabhängig davon zu berücksichtigen, ob es sich bei den betreffenden

Personen um vertragliche oder beamtete Bedienstete oder Lehrlinge handelt. Zielsetzung des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes ist es – ähnlich wie beim Bundes-Gleichbehandlungsgesetz –, jegliche Benachteiligung im Berufsleben auf Grund des Geschlechtes sowie sexuelle Belästigungen zu vermeiden und Frauen im Landes- und Gemeindedienst durch festgeschriebene Vorgaben (Frauenförderprogramme) zu fördern. Das Gesetz richtet sich primär an die Dienstgeber Land und Gemeinden und verpflichtet diese, bei allen dienst- und besoldungsrechtlichen Vorgängen die Prinzipien des Gleichbehandlungsgebotes und – nach Maßgabe von Frauenförderprogrammen – des Frauenfördergebotes zu beachten. Im Falle der Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes sieht das Gesetz Sanktionsmöglichkeiten vor.

### Gleichbehandlungsgebot

Das Gleichbehandlungsgebot gilt für Frauen und Männer gleichermaßen. Unmittelbare und sofort auf den ersten Blick als solche erkennbare Benachteiligungen im Berufsleben, bei denen eine Ungleichbehandlung ausdrücklich davon abhängig gemacht wird, daß die betroffene Person eine Frau oder ein Mann ist, sind relativ selten. Viel häufiger finden Diskriminierungen versteckt statt. Diese Benachteiligungen sind in der Praxis gar nicht gleich auf den ersten

Blick erkennbar. Ein Beispiel für eine mittelbare Diskriminierung ist es etwa, wenn Teilzeitkräfte gegenüber Vollzeitkräften ohne entsprechende sachliche Begründung benachteiligt werden und die Teilzeitkräfte überwiegend einem Geschlecht angehören.

Das Prinzip der Gleichbehandlung Frauen – Männer hat insbesondere Berücksichtigung zu finden bei der Ausschreibung von Dienstposten und Funktionen, Aufnahme in ein Dienst- oder Lehrverhältnis, Miteinbeziehung in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Beförderung, Betrauung mit höherwertigen Funktionen.

So ist beispielsweise nicht gestattet, Frauen unter Hinweis auf ihr Geschlecht bestimmte Dienstposten vorzuenthalten; Lebensalter und Familiensituation dürfen beim beruflichen Aufstieg, Beförderung und bei den sonstigen Arbeitsbedingungen keine nachteiligen Auswirkungen haben.

Sexuelle Belästigungen, egal ob körperlich, verbal oder non-verbal sind unter bestimmten Voraussetzungen einer Diskriminierung gleichzuhalten und daher verboten. Dazu gehören z. B. das Anbringen oder Verteilen von Kalenderblättern und Zeitschriften mit pornographischem Inhalt, abwertende Bemerkungen über berufliche Kompetenz oder besondere Betonung der Geschlechterrolle, eindeutige sexuelle Gesten, die die Betroffenen in eine unangenehme und peinliche Lage versetzen oder ihre berufliche Kompetenz mißachten.

## Frauenfördergebot

Das vom Gesetz vorgegebene Ziel ist, in allen Personalständen und vor allem auf allen dienstrechtlichen Ebenen des Landesdienstes und der Gemeindedienste ein möglichst ausgeglichenes Zahlenverhältnis von Frauen und Männern zu erreichen. Es obliegt somit den Dienstgebern, bestehende Unterrepräsentation

von Frauen zu beseitigen. In Anlehnung an den Frauenanteil an der gesamten unselbständig erwerbstätigen Bevölkerung hat sich der Niederösterreichische Landtag zu einer 40%-Frauenquote bekannt. Die Festsetzung der konkreten Maßnahmen, mit denen die bestehende Unterrepräsentation von Frauen beseitigt werden soll, wird in den noch auszuarbeitenden Frauenförderprogrammen erfolgen. Diese über Vorschlag der Gleichbehandlungskommission erstellten Frauenförderprogramme werden in der Folge von der Landesregierung, von den Gemeinderäten und von den Vorständen der Gemeindeverbände für einen Zeitraum von 6 Jahren beschlossen und erforderlichenfalls angepaßt.

Gezielte Frauenförderung ist somit nach Maßgabe der Frauenförderprogramme bei der Aufnahme in ein Dienst- oder Lehrverhältnis, bei der Besetzung mit höherwertigen Funktionen und bei der Aus- und Weiterbildung geboten.

## Umsetzung des Gesetzes

Das NÖ Gleichbehandlungsgesetz wird unter anderem umgesetzt von der Gleichbehandlungsbeauftragten bzw. ihrer Stellvertreterin, der Gleichbehandlungskommission und den Koordinatorinnen an den Dienststellen.

Die Gleichbehandlungsbeauftragte ist u. a. zuständig für die Information und Beratung der Landes- und Gemeindebediensteten über ihre Rechte und die Möglichkeiten des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes. Sie ist weiters berechtigt, jeden begründeten Verdacht einer Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes dem Dienstgeber anzuzeigen. Neben der Gleichbehandlungsbeauftragten und der Stellvertreterin wird eine Gleichbehandlungskommission eingerichtet, die als vorgelagerte „Schlichtungsstelle“ ohne behördliche Zwangs-

gewalt zwischen betroffenen Bediensteten und den Dienstgebervertretungen fungiert und die behaupteten Benachteiligungen oder Verletzungen des Gesetzes überprüfen wird. Die Gleichbehandlungskommission ist paritätisch besetzt und besteht aus 6 Mitgliedern.

Konsequenzen aus der Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes sind einerseits Schadenersatz und andererseits die Zuerkennung einer vorenthaltenen Leistung. Im Falle einer Diskriminierung sind Ansprüche von Vertragsbediensteten innerhalb bestimmter Fristen mit Klage beim Arbeits- und Sozialgericht durchzusetzen, Beamtinnen und Beamte leiten mittels Antrag an die Dienstbehörde ebenfalls unter Beachtung von Fristen ein Dienstrechtsverfahren ein.

An Dienststellen/Betrieben des Landes Niederösterreich, der Gemeinden und der Gemeindeverbände mit mindestens sieben Bediensteten haben Koordinatorinnen die Bediensteten über die Möglichkeiten des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes zu informieren und sie zu unterstützen.

## Ziele

- Konstituierung der NÖ Gleichbehandlungskommission
- Bestellung der Koordinatorinnen
- Erarbeitung von Frauenförderprogrammen

Das Ziel des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes und der mit seiner Umsetzung betrauten Personen ist es, dazu beizutragen, daß Frauen und Männer im Landes- und Gemeindedienst neben ihren Pflichten auch faktisch gleiche Rechte, Möglichkeiten und Chancen vorfinden und sie somit in Zukunft in allen Personalständen und vor allem auf allen dienstrechtlichen Ebenen gleichmäßig vertreten sein werden. Im Zusammenspiel aller beteiligten Personenkreise wird dieses Ziel erreicht werden können.

## Umweltanwalt

### Aufgaben und Schwerpunkte 1997

#### Vertretung von Umweltschutzinteressen im Verwaltungsverfahren

Die Umweltanwaltschaft vertritt die Interessen des Umweltschutzes mit Parteistellung in den behördlichen Verfahren, die in den Vollziehungsbereich des Landes fallen, sowie in Verfahren im

Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden, wenn die umweltrelevanten Auswirkungen eines Vorhabens über die Gemeindegrenzen hinausgehen.

Im Bereich der Bundesverwaltung versucht sie, mit ihrer Koordinationskompetenz die nach dem Kumulationsprinzip durchzuführenden Verwaltungsverfahren auf Bundes- und Landesebene formell durch Verfahrenskonzentration und materiell durch Abstimmung der einzelnen Verfahrensergebnisse effizienter

zu gestalten und für den Bürger transparenter zu machen.

In den Verfahren, die seit 1. 7. 1994 nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungs- und Bürgerbeteiligungsgesetz, BGBl. 697/1993, fakultativ und ab 1. 1. 1995 obligatorisch einer UVP bzw. Bürgerbeteiligung unterliegen, kommt der NÖ Umweltanwaltschaft ebenfalls Parteistellung zu. Im Rahmen ihrer Parteistellung hat die NÖ Umweltanwaltschaft nicht nur die Möglichkeit, Umweltinteressen im administrativen Instanzenzug zu

verfolgen, sondern auch die externe Überprüfung durch den Verwaltungsgerichtshof, im Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren auch durch den Verfassungsgerichtshof zu beantragen.

Weiters kommt dem Umweltanwalt im Ökoauditverfahren (EMAS-Verordnung der EU) ein Mitwirkungsrecht als Partei bei der Überwachung der bestellten Umweltgutachter zu.

Schwerpunktmäßig standen folgende Aufgaben im Vordergrund:

- Verfahren nach dem NÖ Naturschutzgesetz (ca. 1.800), Mitwirkung bei zahlreichen Naturdenkmalverfahren
- Berücksichtigung von Umweltschutzinteressen in der örtlichen und überörtlichen Raumordnung
- Angelegenheiten der Abfallwirtschaft (insgesamt AWG und NÖ-AWG ca. 100), Standortbeurteilung; Verbrennungsanlagen – Verfahren nach dem UVP-Gesetz (z. B. Zistersdorf und Zwentendorf)
- Betriebsanlagenrecht mit dem Schwerpunkt Emissionsbegrenzung; Vertretung von Anrainern in Betriebsanlagengenehmigungsverfahren
- Wasserrecht mit dem zentralen Problem der Abwasserentsorgung und der Anpassung von Altanlagen an den Stand der Technik; Wasserrechtsnovelle 1997: Zahlreiche Probleme mit der Anpassung von Altanlagen an die Deponie-VO; neue Zuständigkeiten der Gemeinden und Wasserverbände für Indirekteinleiter
- Bergrecht: schwerpunktmäßig ein zentraler Aufgabenbereich; sonstige Materialgewinnungen und Folgenutzung; Mitarbeit bei der auszuarbeiten den BergG-Novelle
- Verkehrsinfrastruktur (überwiegend Verfahren nach dem UVP-Gesetz): Neubau der Hochleistungsstrecke Wien – St. Pölten, Güterzugumfahrung St. Pölten, Semmeringbasistunnel, viergleisiger Westbahnausbau; Errichtung bzw. Verlegung von Bundesstraßen, Ortsumfahrungen wie B 301, Verbindung Donauuferautobahn B 7
- Themenparks (SCS, Magna)

### **Unterstützung von Landesbürgern und Gemeinden**

Die NÖ Umweltnwaltschaft unterstützt Landesbürger und Gemeinden bei allen Verwaltungsverfahren über Maßnahmen oder Anlagen, die die Umwelt betreffen bzw. spezifische Umweltauswirkungen in Gemeinden haben.

In dieser Funktion hat die Umweltnwaltschaft in zahlreichen Verfahren des Bundes (vor allem im Betriebsanlagen- und Wasserrechtsverfahren) Bürger und Gemeinden vertreten und beraten.

Um den Bürgern den Zugang zur NÖ Umweltnwaltschaft zu erleichtern, wurden auch im Jahr 1996 Sprechstage am Sitz der Bezirksverwaltungsbehörden durchgeführt. Dieses zusätzliche Service wird vor allem in jenen regionalen Bereichen verstärkt angenommen, die vom Amtssitz weiter entfernt liegen.

### **Beratungsfunktion**

Die NÖ Umweltnwaltschaft beriet Landesbürger auch über private Maßnahmen, die für den Umweltschutz von Bedeutung sind. Derartige Beratungen, die sowohl in rechtlicher wie in fachlicher Hinsicht vorgenommen wurden, erstreckten sich von der Prüfung beabsichtigter Vorhaben auf ihre Kongruenz mit den für ihre Realisierung geforderten Rahmenbedingungen über Auskünfte in Rechts- und Sachfragen bis hin zur maßgeschneiderten Einzelberatung mit konkretem Problemlösungsansatz (rd. 2.000 Beratungen pro Jahr bei steigender Tendenz).

Die Beratungsfunktion wurde in Anspruch genommen

- bei den Sprechtagen im und außerhalb des Amtssitzes,
- bei Teilnahme an spezifischen Veranstaltungen (z. B. Figurteich, Magna-Projekt),
- im Zuge der Erhebungs- und Verhandlungstätigkeit.

### **Informationsaufgabe und Öffentlichkeitsarbeit**

Die NÖ Umweltnwaltschaft führt Informationsveranstaltungen über für den Umweltschutz bedeutsame Planungen oder über Angelegenheiten des Umweltschutzes auf Ersuchen von Behörden, von Gemeinden, von Bürgerinitiativen oder aus eigenen Antrieb durch. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben verfügt sie auch über entsprechend gute „Informationskanäle“ zu den Medien.

In Erfüllung dieses Gesetzauftrages wurden von der NÖ Umweltnwaltschaft im Jahr 1997 beispielsweise folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- Diskussionsveranstaltungen mit der Bürgerinitiative zur Rettung des Biotopkomplexes „Figurteich“
- Diskussionen im Zusammenhang mit geplanten Vorhaben im Raum südlich von Wien
- Diskussionsveranstaltung über die geplante Müllverbrennungsanlage in Zwentendorf
- Neue Rechtslage für Indirekteinleiter

● Themenparks Ebreichsdorf (Magna Globe) und SCS

- Berggesetz – Round Table und Teilnahme an verschiedenen Podiumsdiskussionen und als Experte im Parlament
- Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit der NÖ Landesakademie, mit der Akademie für Umwelt und Energie, der Kommunalakademie und dem Ökologieinstitut (z. B. Fortbildungsseminare für Umweltgemeinderäte und Gemeindefordernisse)

### **Beobachtung der Verwaltungspraxis und Anregung zur besseren Gestaltung der Umwelt**

Die NÖ Umweltnwaltschaft begutachtet Gesetze, Verordnungen und sonstige Rechtsnormen aus der Sicht des Umweltschutzes und leistet Anregungen zur besseren Gestaltung der Umwelt. In Begutachtung von Gesetzentwürfen wurden z. B. kritische Stellungnahmen zur Gewerbeordnungsnovelle 1997, zur Wasserrechtsgesetznovelle 1997 und zum Naturschutzgesetz (Problematik des § 2 Abs. 3) abgegeben.

Die Beobachtung der Verwaltungspraxis führt im einzelnen auch zu Reformvorschlägen, die in Zusammenarbeit mit den beteiligten Verwaltungsbehörden arbeitet und umgesetzt werden, wie etwa

- Mitarbeit an den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Indirekteinleiter
- Abänderung von nicht mehr zeitgemäßen Erlässen.
- Mitarbeit an den NÖ Nationalparkprojekten

### **Ziele 1998**

- Harmonisierung des Berggesetzes mit der Raumordnung der Länder und Verbesserung der Mitsprachemöglichkeiten für die Betroffenen und die Gemeinden
- Wahrnehmung der Parteistellung in allen Verfahren nach dem UVP-Gesetz, vor allem verstärktes Engagement bei der Verkehrsinfrastruktur sowie bei Müllverbrennungs- und -behandlungsanlagen
- Initiativen zur Schaffung neuer Naturdenkmäler und „Natura-2000“-Gebiete
- Intensivierung der Bildungs- und Informationsschiene (z. B. Weiterführung von Umweltseminaren mit spezifischen Problemstellungen für das Bundesheer)
- Teilnahme an Gemeinschaftsprojekten mit anderen Landesumweltnwaltschaften (z. B. Klimabündnis u. dgl.)

## Unabhängiger Verwaltungssenat

### Aufgaben

Der Auftrag für den Unabhängigen Verwaltungssenat ist die Sicherung der Gesetzmäßigkeit der öffentlichen Verwaltung gemeinsam mit dem Verwaltungsgerichtshof gemäß Artikel 129 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG).

Die landesrechtliche Grundlage stellt das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich (NÖ UVSG), LGBl. 0015, dar.

Der Sitz des Senates ist von Beginn seiner Tätigkeit an die Landeshauptstadt St. Pölten (derzeit Haus: Neugebäudeplatz 1).

Zur Erfüllung seines Auftrages hat er im wesentlichen die Aufgaben der Entscheidung über Berufungen in Verwaltungsstrafverfahren (ausgenommen Finanzstrafsachen des Bundes), der Entscheidung über verschiedene Beschwerden im Verwaltungsbereich (z. B. gegen sogenannte faktische Amtshandlungen, gegen die Verhängung von Schubhaft oder gegen das Verhalten von Sicherheitsorganen) und der Entscheidung über Berufungen in bestimmten Angelegenheiten (z. B. Entzug der Güterbeförderungskonzession).

Darüber hinaus gibt es laufend Gesetze, welche den Unabhängigen Verwaltungssenat einbinden, bzw. entsprechende Gesetzesvorhaben.

Der Unabhängige Verwaltungssenat ist ähnlich einem Gericht organisiert. Die Mitglieder des Unabhängigen Verwaltungssenates sind bei ihren Entscheidungen an keine Weisungen gebunden. Sie bilden die Vollversammlung, welche eine Reihe wichtiger Aufgaben hat, etwa die Beschlußfassung über die Geschäftsverteilung.

### Außenstellen

In Mistelbach und Wiener Neustadt sind Außenstellen des Unabhängigen Verwaltungssenates eingerichtet. Diese sind ständig besetzt. Das sachliche und örtliche Aufgabengebiet der Außenstellen ist in der Geschäftsverteilung festgelegt. Nach mehrjährigem Betrieb der Außenstellen kann einwandfrei festgestellt werden, daß sich diese im Sinne der Dezentralisierung und Bürgernähe bestens bewährt haben.

### Verfahren

Die für die Unabhängigen Verwaltungssenate geltenden Verfahrensbestimmungen führen in vielen Fällen zu einem beachtlichen Aufwand.

Als Besonderheit im Land Niederösterreich ist zu betonen, daß in der Regel die Verhandlungen vor Ort, d. h. am Ort der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft, durchgeführt werden. Diese Regelung

dient der Bürgernähe im Interesse der Parteien, vor allem der Zeugen, aber auch der betroffenen Behörden. Sie bringt jedoch für den Senat einen ganz erheblichen Aufwand an Reisezeiten. Dieser enorme Zeitbedarf ist bei der Einschätzung der Tätigkeit des Senates – insbesondere im Vergleich mit der Tätigkeit der Senate anderer Bundesländer – besonders zu beachten.

### Vorsitzendenkonferenz

Die Vorsitzenden und Vorsitzendenstellvertreter der Unabhängigen Verwaltungssenate aller Bundesländer arbeiten österreichweit in einer Konferenz zusammen. Diese hält in regelmäßigen Abständen Tagungen ab. Dabei geht es hauptsächlich um den Austausch von Erfahrungen und um die Behandlung von gemeinsamen Problemen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Konferenz war – wie schon in den Vorjahren – die Frage des Ausbaus der Unabhängigen Verwaltungssenate zu Landesverwaltungsgerichten. Wann und wie eine Lösung erfolgen wird, ist derzeit schwer abschätzbar.

### Evidenz

Zu den Aufgaben des Vorsitzenden zählt es, bei voller Wahrung der Unabhängigkeit der einzelnen Mitglieder auf eine möglichst einheitliche Entscheidungspraxis Bedacht zu nehmen.

Dazu ist auch eine Evidenzstelle eingerichtet, welche die Entscheidungen des Unabhängigen Verwaltungssenates in einer übersichtlichen Art und Weise dokumentiert. Es erfolgt die Einspeisung von ausgewählten Entscheidungen in anonymisierter Form in das Rechtsinformationssystem des Bundes (sowohl Rechtssätze als auch Volltext).

Vom Unabhängigen Verwaltungssenat NÖ wurden bisher etwa 7.240 seiner Entscheidungen überarbeitet und daraus insgesamt 616 Rechtssätze und 594 Volltexte an das Bundeskanzleramt zur Eingabe in das Rechtsinformationssystem weitergeleitet und eingegeben. Zusätzlich besteht für interne Zwecke und zur Sicherstellung von Auskünften eine Volltextspeicherung jener Entscheidungen, die nicht im Rechtsinformationssystem eingegeben sind.

### Schwerpunkte und Probleme 1997

Aus dem Aktenanfall im Lauf des Jahres 1997 und mit Rücksicht auf die aus den Vorjahren noch offenen Verfahren ergibt sich, daß nach wie vor ein weiterer Ausbau in personeller und materieller Hinsicht notwendig ist.

Die in Vorberichten bereits angeführten Einsparungsbemühungen wurden fortgesetzt.

Dabei zeigte sich naturgemäß wieder das Spannungsverhältnis zwischen Einsparungsbemühungen und Bürgernähe.

Trotz des Personalmangels hat sich der Unabhängige Verwaltungssenat – so wie in den Jahren vorher – bemüht, seinen gesetzlichen Auftrag und seine Aufgaben nicht nur durch termingerechte Erledigung der anfallenden Berufungen und Beschwerden, sondern vor allem auch im Sinne einer bürgernahen Verwaltung wahrzunehmen. Mit den Außenstellen wurde ein Beitrag zur Dezentralisierung geleistet. Die Einrichtung der Außenstellen hat sich im Sinne der Bürgernähe bewährt.

1997 fiel die Entscheidung, daß der Unabhängige Verwaltungssenat im Land Niederösterreich Büroräume im Haus „Tor zum Landhaus“ beziehen soll. Daraus ergab sich die Notwendigkeit intensiver Gespräche insbesondere über den Raumbedarf, die Raumeinteilung und Sicherheitsvorkehrung.

Weiters ist für die Außenstelle Wiener Neustadt die Errichtung von Büroräumlichkeiten im Neubau der Bezirkshauptmannschaft vorgesehen. Nach grundsätzlichen Beschlüssen über den Neubau (1996) erfolgten 1997 im wesentlichen Planungsarbeiten und der Beginn der Bauarbeiten.

### Personalstand

Derzeit besteht der Unabhängige Verwaltungssenat aus 24 Mitgliedern.

### Ziele 1998

Es wird getrachtet, die für den Jahresbeginn 1998 vorgesehene Übersiedlung der Dienststelle in St. Pölten in das „Tor zum Landhaus“ reibungslos und ohne wesentliche Unterbrechung der laufenden Arbeitstätigkeit durchzuführen.

Vorrangiges Ziel für 1998 bleibt jedoch nach wie vor die termingerechte Erledigung der anfallenden Berufungen und Beschwerden. Um dies zu ermöglichen ist noch die Ernennung weiterer Mitglieder erforderlich.

Durch die Zielvorgabe soll – so wie bisher – die rechtlich richtige, rasche und in einer bürgerverständlichen Sprache abgefaßte Erledigung der einlangenden Berufungen und Beschwerden sichergestellt werden.

Der Unabhängige Verwaltungssenat wird weiterhin bemüht sein, seinen gesetzlichen Auftrag und seine Aufgaben im Sinne einer bürgernahen Verwaltung wahrzunehmen.

Unter Hinweis auf die oben geschilderten Erfahrungen wird zum wiederholten Male ausdrücklich betont, daß ein bürgernahes und den Bestimmungen der Menschenrechtskonvention entsprechendes Verfahren (Verhandlungen vor Ort etc.) einen beachtlichen Aufwand erfordert. *Wahrung der Menschenrechte und Bürgernähe haben ihren Preis!*

### Statistik 1997

3

Zahl der anfallenden Akte: 4.219, 3.867 konnten abschließend erledigt werden. Da zusätzlich Akte aus den Vorjahren noch offen sind, ergibt sich nach wie vor eine sehr große Belastung der einzelnen Mitglieder. Die weitaus überwiegende Zahl der einlangenden Berufungen und Beschwerden betrifft Verwaltungsstrafsachen, und hier wieder in erster Linie Übertretungen des Straßenverkehrsrechtes.

Zur Zahl der Fälle wird darauf hingewiesen, daß es sich dabei grundsätzlich um die Zahl von Akten und nicht von Delikten handelt. Vielfach sind mehrere Übertretungen in einem Straferkenntnis – und somit in einem Fall – erfaßt.

In 141 Fällen erfolgten gegen Entscheidungen des Senates Anfechtungen beim Verwaltungs- bzw. Verfassungsgerichtshof. Es waren 85 Gegenschriften zu verfassen.

In 134 Fällen wurden von den Höchstgerichten Entscheidungen übermittelt. Diese hatten folgenden Inhalt:

- Verfassungsgerichtshof: 2 Zurückweisungen der Beschwerde, 2 Ablehnungen eines Antrages auf Verfahrenshilfe, 7 Abtretungen an den Verwaltungsgerichtshof, 1 Aufhebung des Bescheides, 2 Abweisungen der Beschwerde, 8 Abweisungen von Anträgen auf Aufhebung von Gesetzesbestimmungen des NÖ Vergabegesetzes, 3 Einstellungen des Verfahrens;

- Verwaltungsgerichtshof: 20 Aufhebungen des Bescheides, 61 Abweisungen der Beschwerde, 22 Einstellungen des Verfahrens, 1 Beschluß an den Verfassungsgerichtshof, einen Antrag auf Gesetzesänderung zu stellen, 4 Zurückweisungen der Beschwerde, 1 Stattgebung eines Wiederaufnahmeantrags.

Zusätzlich wurde in 72 Fällen von den Höchstgerichten die Behandlung, in 6 Fällen der Antrag auf aufschiebende Wirkung abgelehnt. In 8 Fällen wurde Anträgen auf aufschiebende Wirkung stattgegeben.

Überdies erfolgten 2 Anfechtungen von Gesetzesbestimmungen wegen Verfassungswidrigkeit.

Die Entscheidungen betreffen vielfach Beschwerden, die bereits in den Vorjahren eingebracht wurden. Hinsichtlich der Zahlen kann es daher zu Überschneidungen mit den Vorjahren kommen.

### Personalstand

Der Senat besteht aus 14 unabhängigen Verwaltungsmitgliedern, 11 Männern und 3 Frauen. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt 6 Jahre.

### Arbeitsjahr 1997

Die Arbeit des Senates im Jahr 1997 ist durch eine sehr hohe Anzahl an Fällen gekennzeichnet. Die meisten Fälle betreffen Verwaltungsstrafsachen.

### Schwerpunkte und Probleme 1997

Die Arbeit des Senates im Jahr 1997 ist durch eine sehr hohe Anzahl an Fällen gekennzeichnet. Die meisten Fälle betreffen Verwaltungsstrafsachen. Ein Schwerpunkt bilden die Entscheidungen über die Aufhebung von Verwaltungsakten.

### Aufgabenstellung

Die Aufgabe des Senates ist es, die Beschwerden der Bürger zu prüfen und über die Rechtmäßigkeit der Verwaltungsakte zu entscheiden.

### Arbeitsjahr 1997

Die Arbeit des Senates im Jahr 1997 ist durch eine sehr hohe Anzahl an Fällen gekennzeichnet. Die meisten Fälle betreffen Verwaltungsstrafsachen.

### Schwerpunkte und Probleme 1997

Die Arbeit des Senates im Jahr 1997 ist durch eine sehr hohe Anzahl an Fällen gekennzeichnet. Die meisten Fälle betreffen Verwaltungsstrafsachen. Ein Schwerpunkt bilden die Entscheidungen über die Aufhebung von Verwaltungsakten.

### Aufgabenstellung

Die Aufgabe des Senates ist es, die Beschwerden der Bürger zu prüfen und über die Rechtmäßigkeit der Verwaltungsakte zu entscheiden.

### Arbeitsjahr 1997

Die Arbeit des Senates im Jahr 1997 ist durch eine sehr hohe Anzahl an Fällen gekennzeichnet. Die meisten Fälle betreffen Verwaltungsstrafsachen.

### Schwerpunkte und Probleme 1997

Die Arbeit des Senates im Jahr 1997 ist durch eine sehr hohe Anzahl an Fällen gekennzeichnet. Die meisten Fälle betreffen Verwaltungsstrafsachen. Ein Schwerpunkt bilden die Entscheidungen über die Aufhebung von Verwaltungsakten.



Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
<b>Abbautechnik; Sachverständige</b>	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Abfallbeseitigung; Medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Abfallwirtschaft (allgemein)	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LR Mag. Sobotka
Abfallwirtschaft Gemeindeaufsicht	Gemeinden	70	LHStv Höger
Abfallwirtschaft Sachverständige	Wasserwirtschaft	118	LR Mag. Sobotka
Abfallwirtschaft; rechtliche Angelegenheiten	Umweltrecht und Umweltkoordination	143	LR Mag. Sobotka
Abgaben Gebührengesetz	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Abgaben in Gemeinden	Gemeinden	70	LHStv Höger
Abgaben Kommissionsgebühren	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Abgaben Landesabgabensamt	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Abgaben Überwachungsgebühren	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Abgaben Verwaltungsabgaben	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Abgaben Werbeabgaben	Gemeinden	70	LHStv Höger
Absdorf Bauhof Verwaltung	Güterwege	203	LR Blochberger
Abwasserbeseitigung medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LH Pröll
Abwasserbeseitigung von Einzelgehöften	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Abwasserbeseitigung von Gemeinden	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Abwasserbeseitigung von Genossenschaften	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Abwasserbeseitigung von Verbänden	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Abwasserreinigungsanlagen betrieblicher Wasserbau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Abwassertechnik Sachverständige	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Adoptionsvermittlung	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Agrarbezirksbehörde Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Agrardienst Fachprüfung	Bodenreform	102	LR Blochberger
Agrarische Operationen Gemeinsame Anlagen; Bau	Güterwege	203	LR Blochberger
Agrarrechtliche Angelegenheiten	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Agrartechnik Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Akkreditierung	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimaneck
Alarm- und Warndienst	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Almverbesserungen technische Angelegenheiten	Güterwege	203	LR Blochberger
Almwege; technische Angelegenheiten; Förderung	Güterwege	203	LR Blochberger
Altenhelfer	Heime	167	LHStv Prokop
Ältere Generation Landesbeirat	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Alternativenergie Förderung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Althausanierung	Wohnungsförderung A	57	LHStv Prokop
Alltlastensanierung	Umweltrecht und Umweltkoordination	143	LR Mag. Sobotka
Amt der Landesregierung ohne Gruppe Straße Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Amtsbibliothek	NÖ Landesbibliothek	87	LHStv Prokop
Amtsbücherei	NÖ Landesbibliothek	87	LHStv Prokop
Amtsdruckerei	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Amtsgebäude des Landes Verwaltung	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Amtsgebäude; Hochbau	Landeshochbau A	189	LR Schimaneck
Amtshaftung	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Amtshaftungsausgleichsfonds	Gemeinden	70	LHStv Höger
Amtshilfe; Vertretungsbehörden	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Amtstierärztlicher Dienst; fachliche Aufsicht	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Amtsverschwiegenheit Befreiung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Amtsvormundschaft	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Änderung von Namen	Personenstandsangelegenheiten	78	LR Schimaneck
Anlagenbau landwirtschaftliche Angelegenheiten; Förderung	Güterwege	203	LR Blochberger
Anstalten Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Anstaltsfürsorge; finanzielle Angelegenheiten	Heime	167	LR Dr. Bauer
Ansteckende Krankheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Apotheken	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Apotheken tierärztliche	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Arbeitnehmerförderung	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Arbeitnehmerschutz Betriebsbewilligungen	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Arbeitnehmerschutz Landesbedienstete	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Arbeitnehmerschutz Landesbedienstete Überprüfung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Arbeitsaufsicht Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaftsinspektion	103	LR Blochberger
Arbeitslosenversicherung	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Arbeitsmedizin	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Arbeitsrecht	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Arbeitsrecht Landarbeiter	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Arbeitsruhe	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Archiv	NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde	86	LHStv Prokop
Artenschutz Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LR Dr. Bauer
Artenschutzübereinkommen (ohne Sachverständige)	Naturschutz	144	LR Dr. Bauer
Arzneimittel; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Arzneimittelgesetz; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Ärzte; Spitalsärzte	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Assanierung	Wohnungsförderung A	57	LR Mag. Sobotka
ASVG	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Aufbereitungsanlagen von Trinkwasser	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Aufenthaltsgesetz	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Aufschließungsbeiträge; Gemeindeaufsicht	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimanek
Aufsicht; Gemeinden	Gemeinden	70	LHStv Höger
Aufsicht; Gemeindeverbände (Generalklausel)	Gemeinden	70	LHStv Höger
Aufsicht; Pflegekinderheime	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Aufsicht; private Pensionistenheime	Heime	167	LR Votruba
Aufsicht; private Pflegeheime	Heime	167	LR Dr. Bauer
Aufsicht; private Pflegeplätze	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Aufsicht; sanitäre; Kurorte; Heilvorkommen	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Aufsicht; Sozialhilfeeinrichtungen	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Aufsicht; Stiftungen	Sparkassen und Stiftungsaufsicht	114	LR Gabmann
Aufsicht; Wasserleitungsverbände	Gemeinden	70	LHStv Höger
Auftragswesen öffentliches; allgemein	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Aufzüge Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Aufzugsordnung	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimanek
Aufzugstechnik; Anlagen	Haustechnik	191	LR Schimanek
Aus- und Weiterbildung der Landesbediensteten	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Ausbildungsbeihilfen	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Ausfuhr von Tieren und tierischen Produkten	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Ausgleiche; Insolvenzrecht	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Ausländerbeschäftigungsgesetz	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Ausländergrundverkehr	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Ausländische Vertretungsbehörden; Erhebungen	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Auslandsösterreichbetreuung	Allgemeine Förderung	58	LH Pröll
Ausmerzentschädigungen	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Außenbeziehungen des Landes	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Außenhandelsgesetz	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Aussiedlungen aus hochwassergefährdeten Gebieten	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Ausspielungen	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Ausstellungen	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Auszeichnungen	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Autobahnen Betrieb	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
<b>B</b> achregulierungen; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Bäder; Wasserbau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Bäderanlagen; medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Bäderhygiene; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Bädertechnik	Umweltechnik	185	LR Mag. Sobotka
Bauarbeiter-Urlaubsgesetz	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Baubeiräte; Evidenz	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Bäuerliche Gästezimmer Förderung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Bauern-Sozialversicherung	Landwirtschaftliche Sozialversicherung	170	LR Votruba
Baugewerbe; Befähigungsprüfung	Allgemeiner Baudienst	171	LR Gabmann
Baugrundgeologie Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Baugrundkataster	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Bauhof Absdorf; Verwaltung	Güterwege	203	LR Blochberger
Bauhof Plosdorf Flußbauhof	Wasserbau	125	LR Blochberger
Bauhof Plosdorf Flußbauhof	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Bauland; Liegenschaftsbewertung	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Baulandeignung Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Baurecht	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimanek
Baurechtsaktion des Landes NÖ	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LH Pröll
Baustellenkoordinierung; Straßendienst	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Baustoffprüfung Straßendienst	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Baustoffzulassung	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Bautechnik; Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Bauvereinigungen; Gemeinnützigkeit; allgemein	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Bauvereinigungen; Wohnbauförderung; allgemein	Wohnungsförderung B	57	LHStv Prokop
Bauwirtschaft Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Bauwirtschaft; allgemeine	Allgemeiner Baudienst	171	LR Mag. Sobotka
Beamte Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Beamte Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Beamte Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Beamte; Gemeindegewächsen Dienstprüfung	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Beaufsichtigung der Schüler; Kostenzuschüsse	Schulen	89	LR Votruba
Bebauungsplan Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Mag. Sobotka
Bebauungspläne; rechtliche Angelegenheiten	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Mag. Sobotka
Befähigungsprüfung Baugewerbe	Allgemeiner Baudienst	171	LR Gabmann
Befähigungsprüfung Elektrotechniker	Allgemeiner Baudienst	171	LR Gabmann
Befähigungsprüfung Gasinstallateure	Allgemeiner Baudienst	171	LR Gabmann
Befähigungsprüfung Wasserleitungsinstallateure	Allgemeiner Baudienst	171	LR Gabmann
Beglaubigungen Überbeglaubigungen	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Begutachtung von Rechtsvorschriften	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Behindertenhilfe (Abschnitt III NÖ SHG)	Sozialhilfe	160	LHStv Prokop
Beleuchtung öffentliche	Haustechnik	191	LR Schimanek
Beleuchtungstechnik Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Beratung; landwirtschaftliche	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Beratung; psychosoziale	Sozialhilfe	160	LR Votruba

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Beratungsstelle	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Bergbehördliche Verfahren; Vertretung des Landes	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Bergführer	Sport	112	LHStv Prokop
Berufsausbildungsgesetz	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Berufsbildende mittlere und höhere Schulen	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Berufsschulbaufonds	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Berufsschulen	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Berufsschulen land- und forstwirtschaftliche	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Berufsschulen Lehrer	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Berufsschulen, Landesberufsschulen; Hochbau	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Berufsschulrat gewerbliche Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Beschaffungsangelegenheiten	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Beschäftigung; Ausländer-	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Besoldung	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Besoldung	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Besoldung	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Bestattungswesen; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Bestattungswesen; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Betriebliche Abwasserreinigung; Wasserbau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Betriebsbewilligungen; Arbeitnehmerschutz	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Betriebsshelferdienst	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Betriebsneugründungen	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Betriebszeitengesetz; Sonn- und Feiertags-	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Bewässerungen landwirtschaftliche; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Blochberger
Bewertung landwirtschaftlich genutzter Liegenschaften	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Bewertung von Liegenschaften im Bauland	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Bezirksforstinspektionen Aufsicht	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Bezirkshauptmannschaften; Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Bezüge; Gemeinderat; Gemeinden	Gemeinden	70	LHStv Höger
Bezügegesetz	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Bibliothek (Amtsbibliothek)	NÖ Landesbibliothek	87	LHStv Prokop
Bienenzuchtgesetz	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Bildende Kunst zeitgenössische	Kultur und Wissenschaft	80	LHStv Prokop
Bildstelle (Landesbildstelle)	Schulen	89	LR Votruba
Bildungsangelegenheiten landwirtschaftliche	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Bildungsangelegenheiten; Aus- und Weiterbildung der Landesbediensteten	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Binnenschifffahrt	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Blochberger
Blitzschutzanlagen Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Bodenbeschaffung	Wohnungsförderung A	57	LR Mag. Sobotka
Bodenreform; soweit die Landesregierung zuständig ist	Bodenreform	102	LR Blochberger
Bordelle; Prostitutionsgesetz	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Brandschutztechnik; Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Brückenbau	Brückenbau	198	LH Pröll
Brückenbau Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Brückendienst Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Buchbinderei	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Bücherei (Amtsbibliothek)	NÖ Landesbibliothek	87	LHStv Prokop
Büchereiwesen	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Buchhaltung	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Buchmachergewerbe	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Bundesbauten; Hochbau	Bundeshochbau	190	LHStv Höger
Bundesgebäudeverwaltung	Bundeshochbau	190	LH Pröll
Bundespräsidentenwahl	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Bundesstempelmarken	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Bundesstraßen Bau	Bundesstraßenbau	195	LH Pröll
Bundesstraßen Betrieb	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Bundesstraßen Brückenbau	Brückenbau	198	LH Pröll
Bundesstraßen; rechtliche Angelegenheiten	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimanek
Bundesverwaltungsakademie Beirat	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Burgenkundliche Sammlung (Landesbibliothek)	NÖ Landesbibliothek	87	LHStv Prokop
Bürgerinformation Straßendienst	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Büromaterial Materialamt	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Buschenschank	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Buswartehäuschen; Gestaltung und Förderung	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
<b>Campingplätze</b>	Tourismus	107	LR Gabmann
Chemikaliengesetz außer § 36 und Gifte	Umweltrecht und Umweltkoordination	143	LR Mag. Sobotka
Chemikaliengesetz Gifte	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Chemikaliengesetz Sachverständige	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Chemikaliengesetz; Überwachung	Lebensmittelkontrolle	154	LR Dr. Bauer
<b>Dampfkesselüberwachungsorgane</b>	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Dampfkesselwesen; rechtliche Angelegenheiten	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Schimanek
Dampfkesselwesen; Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Datenschutz ohne Strafverfahren	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Datenschutz Strafverfahren	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Datenverarbeitung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Demoskopie	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmittglied
Denkmalpflege	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Denkmalschutz	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Dentisten; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Depotgebäude ohne Herrng. 9 kulturelle Angelegenheiten	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Dezentralisierung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Diebstahlsmeldungen	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Dienstbekleidung	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Dienstbekleidung Straßendienst	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Dienste; soziale	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Dienstfreistellungen Gewerkschaft	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Dienstkraftwagenbetrieb	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann
Dienstnehmerhaftung	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Dienstnehmerschutz Landesbedienstete	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Dienstnehmerschutz Landesbedienstete Überprüfung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Dienstnehmervertretung	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Dienstpaßangelegenheiten	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Dienstpostenplan	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Dienstpostenplan	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Dienstpostenplan	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Dienstprüfungen	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Dienstprüfungen Straßendienst	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Dienstprüfungen technische	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Dienstrecht	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Dienstrecht	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Dienstrecht	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Dienstrecht Berufsschullehrer	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Dienstrecht Lehrer Pflichtschulen allgemeinbildende	Schulen	89	LR Votruba
Dienstrecht; Gemeinden	Gemeinden	70	LHStv Höger
Dienstwohnungen	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte Förderung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Disziplinarangelegenheiten	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Donaufestival; Förderung	Kultur und Wissenschaft	80	LHStv Prokop
Donau-Universität Krems	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Dorferneuerung	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LH Pröll
Dorferneuerung; Wohnbauförderung	Wohnungsförderung A	57	LR Mag. Sobotka
Dorfhelferinnen	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Drogen; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Drogenbeirat	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Druckerei	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Druckrohrleitungsbau Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Düngemittelgesetz	Agrarrecht	91	LR Blochberger
<b>ECO Plus Gesellschaftsanteile</b>	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
EDV	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
EDV-Betreuung Straßendienst	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Ehrengaben	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Ehrenzeichen	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Ehrungen	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Einfuhr von Tieren und tierischen Produkten	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Einigungskommissionen; Ernennung	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Einsatzopferfonds	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Einspruchsrecht der Landesbürger und Gemeinden	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Einzelabwasserbeseitigung	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Eisenbahnbau Bauwerke Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Eisenbahnbau Verkehrstechnik Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Eisenbahnwesen; rechtliche Angelegenheiten	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Elektrifizierungen Förderung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Elektrizitätswesen	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Elektrizitätswirtschaft; Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Elektroinstallation; Anlagen	Haustechnik	191	LR Schimanek
Elektronik Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Elektrotechnik; Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Elektrotechniker; Befähigungsprüfung	Allgemeiner Baudienst	171	LR Gabmann
Elektrotechnikgesetz	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Elternberatung	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Emissionsmessungen	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Energierecht	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Energiewirtschaft Geschäftsstelle	Allgemeiner Baudienst	171	LR Blochberger
Energiewirtschaftsrecht	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Entgeltfortzahlung	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Entsendung von Vertretern des Landes	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Entwässerungen landwirtschaftliche; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Blochberger
Epidemiebekämpfung; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Epidemiebekämpfung; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Erhebungen für Vertretungsbehörden	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Ernährungswesen Sachverständige	Lebensmittelkontrolle	154	LR Dr. Bauer
Ersatzansprüche an Bedienstete; Verzicht	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Erschließung; Heilbäder und Heilvorkommen	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Erschütterungsschutz; technische Angelegenheiten	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Erwachsenenbildung	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Erzieher; Studienbeihilfen	Heime	167	LR Dr. Bauer
Erziehungsberatung	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Erziehungshilfe	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
EU Regionalpolitik; Geschäftsstelle	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LR Mag. Sobotka
Europäische Integration	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Europareferat	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Eutergesundheits- und -kontrolldienst	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Evidenz; Gemeindewachen	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Evidenz; Liegenschaften Bund Land	Vermessung	186	LH Pröll
Evidenz; Vereine auf Gewinn gerichtete	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Exekutionsangelegenheiten	Rechtsbüro	54	LH Pröll
<b>F</b> achhochschulen	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Fachkräfte in der Sozialhilfe	Sozialhilfe	160	LHStv Prokop
Fachprüfung für Agrardienst	Bodenreform	102	LR Blochberger
Fachschulen land- und forstwirtschaftliche	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Fahrschulen	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Fahrtkostenzuschuß	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Fahrtkostenzuschüsse Schulkinder	Schulen	89	LR Votruba
Familienberatungsstellen; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Familienförderung	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Familienforschung	NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde	86	LHStv Prokop
Familiengesetz	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Familienhelfer	Sozialhilfe	160	LHStv Prokop
Familienhilfe Verwaltungsfonds	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Familienpolitik Landesbeirat	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Feiertags- und Wochenendruhe; Arbeitnehmer	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Ferienaktionen	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Fernsehangelegenheiten (ohne Kabelfernsehen)	Veranstaltungsangelegenheiten	78	LH Pröll
Fernwärmeförderung	Allgemeiner Baudienst	171	LR Blochberger
Feuchtbioptopie Förderung	Wasserbau	125	LR Blochberger
Feuerbeschau	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Feuerlöschanlagen; Wasserbau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Feuerpolizei rechtliche Angelegenheiten	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Feuerwehrangelegenheiten	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Feuerwehrgerät; Förderung	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Feuerwehrregister	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Feuerweherschule Verwaltung	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Film, künstlerischer; Förderung	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Filmangelegenheiten	Veranstaltungsangelegenheiten	78	LR Schimanek
Filmschaffen; Förderung	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Finanzangelegenheiten	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Finanzangelegenheiten der Landwirtschaftskammer	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Finanzkontrollausschußberichte	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Finanzplanung Straßendienst	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Finanzsonderaktion für Gemeinden	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Fischereiangelegenheiten	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Fischereiwirtschaft; Sachverständige	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Flächenwidmungspläne; rechtliche Angelegenheiten	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Mag. Sobotka
Flächenwidmungspläne; technische Angelegenheiten	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LR Mag. Sobotka
Fleischhauereibetriebe — Hygienekontrollen	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Fleischuntersuchung Schlachtieruntersuchung	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Fleischuntersuchung; veterinärmedizinische Angelegenheiten	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Flüchtlingsangelegenheiten	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Flugplätze; rechtliche Angelegenheiten	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Flurverfassung	Bodenreform	102	LR Blochberger
Flußbauhof Plosdorf	Wasserbau	125	LR Blochberger
Flußbauhof Plosdorf	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Flüssiggaslagerung Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Flüssigkeiten brennbare; Lagerung Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Flußregulierungen; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Flußverkehrsrecht	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Blochberger
Fondsangelegenheiten; privatrechtliche	Stiftungsverwaltung	68	LR Mag. Sobotka
Fördertechnik Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Förderung Abwasserbeseitigung	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Förderung Alm- und Weideverbesserungen	Güterwege	203	LR Blochberger
Förderung Almwege	Güterwege	203	LR Blochberger
Förderung Alternativenergie	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Förderung bäuerliche Gästezimmer	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Förderung betrieblicher Abwasserbeseitigung	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Förderung Buswartehäuschen	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Förderung Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Förderung Donaufestival	Kultur und Wissenschaft	80	LHStv Prokop

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Förderung Einzelabwasserbeseitigungsanlagen	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Förderung Elektrifizierungen	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Förderung Erwachsenenbildung	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Förderung Familien	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Förderung Familienhilfe Verwaltungsfonds	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Förderung Fernwärme	Allgemeiner Baudienst	171	LR Blochberger
Förderung Feuchtbiotope	Wasserbau	125	LR Blochberger
Förderung Feuerlöschanlagen	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Förderung Feuerwehrgerät	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Förderung Film, künstlerischer	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Förderung Filmschaffen	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Förderung Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Förderung Fotografie, künstlerische	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Förderung Gemeindestraßen	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Förderung gemeinsame Anlagen	Güterwege	203	LR Blochberger
Förderung gewerbliche Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Förderung Grünraumgestaltung	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Förderung Güterwege	Güterwege	203	LR Blochberger
Förderung Hausstandsgründungen	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Förderung Heilbäder; Erschließung	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Förderung Heilvorkommen; Erschließung	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Förderung Hochwasserschutzmaßnahmen	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Förderung Hoferschließung	Güterwege	203	LR Blochberger
Förderung Horte	Allgemeine Förderung	58	LR Votruba
Förderung Innovationen	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Förderung Investitionen Umweltschutz	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LR Mag. Sobotka
Förderung Jugendherbergen Jugendverbände	Jugendwohlfahrt	164	LHStv Prokop
Förderung Jugendwohlfahrt freie	Jugendwohlfahrt	164	LHStv Prokop
Förderung Kinderbetreuungsgesetz; außer Horte	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Förderung Kinderbetreuungsgesetz	Allgemeine Förderung	58	LR Votruba
Förderung Kultur	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Förderung kulturtechnische Maßnahmen	Wasserbau	125	LR Blochberger
Förderung Kunst	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Förderung Kunst elektronischer Raum	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Förderung Kunst zeitgenössische	Kultur und Wissenschaft	80	LHStv Prokop
Förderung Landschaftsfonds	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Förderung Landschaftsfonds	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Dr. Bauer
Förderung Maschinenringe	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Förderung Medienkunst	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Förderung Ortsbildpflege	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Förderung Produktionsalternativen	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Förderung Raumordnungsmaßnahmen	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LH Pröll
Förderung Schutzräume	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Förderung Siedlungswasserwirtschaft	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Förderung soziale Dienste	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Förderung Tagesbetreuung	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Förderung Tagesmütter	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Förderung überbetrieblicher Zusammenarbeit; landwirtschaftliche	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Förderung Umweltschutz Investition	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LR Mag. Sobotka
Förderung Verkehrserschließung ländlicher Gebiete	Güterwege	203	LR Blochberger
Förderung Video künstlerisches	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Förderung Volksbüchereien	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Förderung von Heimen	Finanzen	55	LHStv Prokop
Förderung von Vereinen	Finanzen	55	LH Pröll
Förderung Wasserversorgung	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Förderung Weideverbesserung	Güterwege	203	LR Blochberger
Förderung Weinwirtschaft	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Förderung Wildbachverbauung	Wasserbau	125	LR Blochberger
Förderung Wirtschaft gewerbliche	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Förderung Wissenschaft	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Förderung Wohnbau Bauvereinigungen; allgemein	Wohnungsförderung B	57	LHStv Prokop
Förderung Wohnbau Gemeinden; allgemein	Wohnungsförderung B	57	LHStv Prokop
Förderung Wohnbau; Eigenheime	Wohnungsförderung A	57	LHStv Prokop
Forderungen Einbringung	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Formulare Materialamt	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Forstgärten Landesforstgärten	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Forstliche Raumplanung	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Forstorgane der Bezirksverwaltungsbehörden; fachliche Aufsicht	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Forstrecht	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Forsttechnische Angelegenheiten	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Forstwirtschaft Förderung	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Forstwirtschaft Sachverständige	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Fotografie künstlerische; Förderung	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Frauenreferat	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Frauenreferat	Allgemeine Förderung	58	LR Votruba
Freie Wohlfahrtspflege; Beziehungen; Förderung	Sozialhilfe	160	LHStv Prokop

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Freie Wohlfahrtspflege; soziale Dienste und psychosoziale Beratung	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Freizeithygiene	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Fremdenangelegenheiten	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Fremdenverkehrsangelegenheiten	Tourismus	107	LR Gabmann
Fremdenverkehrsförderungsfonds	Tourismus	107	LR Gabmann
Friedhofsbenutzungs- und Gebührengesetz	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Funkeinrichtungen des Straßendienstes	Straßenspezialtechnik	198	LH Pröll
Fürsorge Kriegsofopfer	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Fürsorge Säuglinge	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Futtermittelgesetz	Agrarrecht	91	LR Blochberger
<b>G</b> artenbauangelegenheiten	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Gasangelegenheiten	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Gasanlagen Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Gasinstallateur; Befähigungsprüfung	Allgemeiner Baudienst	171	LR Gabmann
Gasinstallation; Anlagen	Haustechnik	191	LR Schimanek
Gassicherheitsgesetz	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Gästezimmer Bäuerliche Förderung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Gasversorgung; rechtliche Angelegenheiten	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Gebäude Museen ohne Herrngasse 9 Depots	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Gebäudeverwaltung Landesgebäude	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Gebietsbauämter	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Gebietsbauämter Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Gebührengesetz	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Geburtstage Ehrengaben	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Gedenkstätten	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Gefahrguttransporte; besondere Genehmigung von Fahrzeugen	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann
Gefahrguttransporte; eingeschränkte besondere Zulassung	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Gefahrguttransporte; rechtliche Angelegenheiten	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Gefahrguttransporte; Verpackungen	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann
Gehaltsvorschüsse	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Geistige Landesverteidigung	Polizeiangelegenheiten	69	LR Gabmann
Geldaushilfen	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Gemeindeangelegenheiten	Gemeinden	70	LHStv Höger
Gemeindeanteil an Sondernotstandshilfe	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Gemeindeärzte, rechtliche Angelegenheiten	Gemeindeärzte	78	LR Mag. Sobotka
Gemeindeaufsicht in Bausachen	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimanek
Gemeindeaufsicht in Gemeinestraßenangelegenheiten	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimanek
Gemeinden Abwasserbeseitigung; Bau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Gemeinden Wasserversorgung; Bau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Gemeinden; Landesfinanzsonderaktion	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Gemeinden; Wohnbauförderung; allgemein	Wohnungsförderung B	57	LHStv Prokop
Gemeindesanitätsdienst; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Gemeindesanitätsdienst; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Gemeinestraßen Förderung	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Gemeinestraßen technische Angelegenheiten	Landesstraßenbau	197	LH Pröll
Gemeindeverbände	Gemeinden	70	LHStv Höger
Gemeindewachebeamte; Prüfung	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Gemeindewachen	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Gemeindewappen Heraldik	NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde	86	LHStv Prokop
Gemeinnützige Vereinigungen Wohnbauförderung allgemein	Wohnungsförderung B	57	LHStv Prokop
Gemeinnützigkeit; Bauvereinigungen (allgemein)	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Gemeinsame Anlagen Agrarische Operationen; Bau	Güterwege	203	LR Blochberger
Gendarmerieangelegenheiten	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Genossenschaften Abwasserbeseitigung; Bau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Genossenschaften Wasserversorgung; Bau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Geographisches Informationssystem	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Geohydrologie	Hydrologie	130	LR Blochberger
Geologischer Dienst	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Gericht; Vertretung des Landes vor	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Gesamtverkehrsangelegenheiten	Gesamtverkehrsangelegenheiten	147	LH Pröll
Geschäftsstelle für Energiewirtschaft	Allgemeiner Baudienst	171	LR Blochberger
Geschichtsforschung	NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde	86	LHStv Prokop
Gesellschaftsanteile (allgemein)	Finanzen	55	LH Pröll
Gesellschaftsanteile Betriebsansiedlung	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Gesellschaftsanteile ECO Plus GmbH	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Gesellschaftsanteile Fremdenverkehr	Tourismus	107	LR Gabmann
Gesellschaftsanteile Gewerbliche Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Gesellschaftsanteile Standortberatung	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Gesellschaftsanteile Umweltschutz	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LR Mag. Sobotka
Gesellschaftsanteile Verkehrsverbund	Gesamtverkehrsangelegenheiten	147	LH Pröll
Gesetzblatt	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Gesteinskunde technische Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Gesundenuntersuchungen	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Gesundheitspflege	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Gesundheitswesen; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Gesundheitswesen; rechtliche Angelegenheiten,	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Gesundheitswesen; Sicherheitstechnik	Umweltechnik	185	LR Mag. Sobotka
Gewässeraufsicht; rechtliche Angelegenheiten	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Schimanek
Gewässeraufsicht; technische Angelegenheiten	Wasserwirtschaft	118	LR Blochberger
Gewässergüteuntersuchungen; technische Angelegenheiten	Umweltechnik	185	LR Mag. Sobotka
Gewässerregulierungen; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Gewässerschutz Sachverständige	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Gewerbeangelegenheiten	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Gewerbetechnik; Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Gewerbliche Berufsschulen	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Gewerbliche Sozialversicherung	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Gewerblicher Berufsschulrat Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Gewerblicher Rechtsschutz	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Gifte Chemikaliengesetz	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Glückspiel	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Grenzwässer	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Großräumige Siedlungswasserwirtschaft; Bau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Grundbücher vor 1880	NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde	86	LHStv Prokop
Grundbuchssachen	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Grunderwerb	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LH Pröll
Grundlagenforschung; geologische	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Grundlagenforschung; Raumordnung	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LR Mag. Sobotka
Grundlagenforschung; wasserwirtschaftliche	Wasserwirtschaft	118	LR Blochberger
Grundstücke im Bauland; Bewertung	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Grundverkehr	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Grünraumgestaltung; Förderung	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Grünverbau; Straßendienst	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Güterwege; Kollaudierung	Bodenreform	102	LR Blochberger
Güterwege; technische Angelegenheiten; Förderung	Güterwege	203	LR Blochberger
<b>Hafen- und Ländeneinrichtungen; Wasserbau</b>	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Haftung der Dienstnehmer	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Hauptschulen	Schulen	89	LR Votruba
Hauptwohnsitz; Reklamationsverfahren	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Hausbesorger	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Hausstandsgründungen Förderung	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Haustechnik; Bauten	Haustechnik	191	LR Schimanek
Hebammen; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Hebezeuge Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Heeresgebühren	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Heilbäder; Erschließung	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Heilquellenschutz Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Heilvorkommen; Erschließung	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Heilvorkommen; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Heilvorkommen; sanitäre Aufsicht	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Heime Förderung	Finanzen	55	LHStv Prokop
Heimhelfer	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Heimsozialarbeit	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Heizungsanlagen Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Heizungstechnik; Anlagen	Haustechnik	191	LR Schimanek
Hochbau, Kindergarten	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Hochbau; Bundesbauten	Bundeshochbau	190	LHStv Höger
Hochbau; Haustechnik	Haustechnik	191	LR Schimanek
Hochbau; Jugendheime	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Hochbau; Landesbauten	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Hochbau; Landeskindergarten	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Hochbau; Landespensionistenheime	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Hochbau; öffentliche Pflichtschulen	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Hochbau; Pensionsten- und Pflegeheime; Landes-	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Hochbau; Pflichtschulen	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Hochbau; Schulen	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Hochbau; Sonderschulen	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Hochbau; Straßendienst	Straßenspezialtechnik	198	LH Pröll
Hochwasserschutz; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Hochzeitsjubiläen	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Hoferschließung; technische Angelegenheiten; Förderung	Güterwege	203	LR Blochberger
Höhenschutz (ohne Sachverständige)	Naturschutz	144	LR Dr. Bauer
Höhenschutz Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LR Dr. Bauer
Horte, Bewilligung	Jugendwohlfahrt	164	LR Votruba
Horte, Förderung	Allgemeine Förderung	58	LR Votruba
Hydrogeologie Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Hydrographie	Hydrologie	130	LR Blochberger
Hydrologie	Hydrologie	130	LR Blochberger
Hypothekenbank-Holding (allgemein)	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Hypothekenbank-Holding Organe	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
<b>I</b> mmissionsschutz; technische Angelegenheiten	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Informationstechnologie	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Initiativrecht Landesbürger und Gemeinden	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Innenrevision	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Innerer Dienst	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Innovation und Technologie	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Innovation; Verwaltungs-	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Innovationsförderung	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Insolvenzrecht	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Institut für Landeskunde	NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde	86	LHStv Prokop
Invalideneinstellungsgesetz	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Investitionsförderung	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Isotopentechnik	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
<b>J</b> agdrechtsangelegenheiten	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Jagdwirtschaft Sachverständige	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Jubiläen; Ehrengaben	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Jugendanwaltschaft; Kinder- und	Allgemeine Förderung	58	LH Pröll
Jugendförderung	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Jugendheime; Hochbau	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Jugendheime; Landes-	Heime	167	LR Dr. Bauer
Jugendherbergen Förderung	Jugendwohlfahrt	164	LHStv Prokop
Jugendhilfsfonds; Pfingstsammlung	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Jugendpolitik Landesbeirat	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Jugendpsychologischer Beratungsdienst	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Jugendreferat	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Jugendschutz	Polizeiangelegenheiten	69	LHStv Prokop
Jugendverbände Förderung	Jugendwohlfahrt	164	LHStv Prokop
Jugendwohlfahrt	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Jugendwohlfahrt freie Förderung	Jugendwohlfahrt	164	LHStv Prokop
Jugendwohlfahrt soziale Dienste	Jugendwohlfahrt	164	LHStv Prokop
Jugendwohlfahrtspersonal und Fachpersonal Fortbildung	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
<b>K</b> abelfernsehen	Pressedienst	54	LH Pröll
Kanalgebühren	Gemeinden	70	LHStv Höger
Kanzleiaufsicht	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Kanzleimaterial Materialamt	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Kapitänsprüfungen	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Blochberger
Karenzurlaub	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Karenzurlaub	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Karenzurlaub	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Karenzurlaub Gemeinden	Gemeinden	70	LHStv Höger
Kartensammlung (Landesbibliothek)	NÖ Landesbibliothek	87	LHStv Prokop
Katastrophendienst Alarmierung und Koordination	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Katastrophenschäden Gemeinden	Gemeinden	70	LHStv Höger
Katastrophenschäden ohne Gemeinden	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Katastrophenschäden; landwirtschaftliche Flächen Anlagen Bewertung	Güterwege	203	LR Blochberger
Katastrophenschäden; Straßen Gemeinde Private Bewertung	Güterwege	203	LR Blochberger
Katastrophenschutz (allgemein)	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Katastrophenschutz; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Kaufmännische Berufsschulen	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Kinder- und Jugendanwaltschaft	Allgemeine Förderung	58	LH Pröll
Kinderbetreuungsgesetz	Jugendwohlfahrt	164	LR Votruba
Kinderbetreuungsgesetz; Förderung	Allgemeine Förderung	58	LR Votruba
Kinderbetreuungsgesetz; Förderung außer Horte	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Kindergarten; Heilpädagogischer des Landes NÖ	Heime	167	LR Votruba
Kindergarten; Hochbau	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Kindergarten; Landhaus	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Kindergarten; Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Kindergartenangelegenheiten	Kindergärten	89	LR Votruba
Kinderspsychologischer Beratungsdienst	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Kinderspielplatzgesetz	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimanek
Kinos	Veranstaltungsangelegenheiten	78	LR Schimanek
Kirchen Kultusangelegenheiten	Sparkassen und Stiftungsaufsicht	114	LR Gabmann
Klimatechnik; Anlagen	Haustechnik	191	LR Schimanek
Kollaudierung von Güterwegen	Bodenreform	102	LR Blochberger
Kommissionsgebühren	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Konkurse; Insolvenzrecht	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Konsumentenschutzgesetz	Sparkassen und Stiftungsaufsicht	114	LR Votruba
Kontrolleinrichtungen Prüfberichte	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Koordinationsdienst	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Koordinierungsstelle für Waldschadensbekämpfung	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Kopierstelle	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Kraftfahrlinien	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Kraftfahrwesen (allgemein)	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Kraftfahrwesen; Ausnahmegenehmigung	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Kraftfahrwesen; Ausrüstung; ohne Blaulicht	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann
Kraftfahrwesen; Bauart	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann
Kraftfahrwesen; Bewilligungen für nicht zugelassene Anhänger	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann
Kraftfahrwesen; Einzelgenehmigung	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann
Kraftfahrwesen; Routengenehmigung	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Kraftfahrwesen; Transportgenehmigungen für überschwere Fahrzeuge	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Kraftfahrzeugangelegenheiten Sachverständige	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann
Kraftfahrzeugangelegenheiten technische	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann
Kraftfahrzeugüberprüfungen	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann
Kraftfahrlinienverkehr; Prüfung der fachlichen Eignung	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Krane Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Krankenanstalten; Hochbau	Landeshochbau A	189	LR Schimanek
Krankenanstalten; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Krankenanstalten; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Krankenanstalten; Sicherheitstechnik	Umweltechnik	185	LR Mag. Sobotka
Krankenanstalten; Strahlenschutz	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Dr. Bauer
Krankenanstalten; Verwaltung	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Krankenpflegeschulen; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Krankenversicherung	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Krankheiten ansteckende; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Krankheiten; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Kriegsgräber	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Kriegsopfer; Fürsorge	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Küche Landhaus	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Kulturelle Angelegenheiten	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Kulturflächen landwirtschaftliche	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Kulturpflanzenschutz	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Kulturschilling (Erträge für Sportzwecke)	Sport	112	LHStv Prokop
Kulturschilling (ohne Erträge für Sport)	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Kulturtechnische Maßnahmen; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Blochberger
Kultusangelegenheiten	Sparkassen und Stiftungsaufsicht	114	LR Gabmann
Kundmachung von Rechtsvorschriften	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Kunst im elektronischen Raum, Förderung	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Kunst zeitgenössische; Förderung	Kultur und Wissenschaft	80	LHStv Prokop
Kunst; kulturelle Angelegenheiten	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Kunsthalle Krems	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Kurorte; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Kurorte; sanitäre Aufsicht	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Kurzparkzonenabgabegesetz	Gemeinden	70	LHStv Höger
Ladenschluß	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Lagerstättenkunde Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
LAKIS	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Land- und Forstwirtschaftsinspektion	Land- und Forstwirtschaftsinspektion	103	LR Blochberger
Landarbeiterkammer finanzielle Angelegenheiten	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Landarbeiterkammer rechtliche Angelegenheiten	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Landarbeitsrecht	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Landesabgabenamt	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Landesagrarsenat; administrative Angelegenheiten	Bodenreform	102	LR Blochberger
Landesagrarsenat; Sachverständige	Bodenreform	102	LR Blochberger
Landesakademie NÖ	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Landesanstalten Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Landesarchiv	NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde	86	LHStv Prokop
Landesausstellungen	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Landesbank-Hypothekenbank-Holding (allgemein)	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Landesbank-Hypothekenbank-Holding; Organe	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Landesbauten; Hochbau	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Landesbedienstetenschutz	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Landesbeirat Jugend — Familien — ältere Generation	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Landesbibliothek	NÖ Landesbibliothek	87	LHStv Prokop
Landesbildstelle	Schulen	89	LR Votruba
Landesbuchhaltung	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Landesbürgerevidenzen	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Landesbürgerschaft	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Landesfeuerwehrschule Verwaltung	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Landesforstgärten	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Landesgebäudeverwaltung	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Landesgesetzblatt Abonnements	PresseDienst	54	LH Pröll
Landesgesetzblatt Bezug von Stücken	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Landesgesetzblatt Verlautbarung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Landesjugendheime	Heime	167	LR Dr. Bauer
Landesjugendreferat	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Landeskindergarten; Hochbau	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Landeskrankenanstalten; Verwaltung	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Landeskunde Institut	NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde	86	LHStv Prokop

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Landeslehrer Berufsschulen	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Landeslehrer land- und forstwirtschaftliche Schulen	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Landeslehrer Pflichtschulen allgemeinbildende	Schulen	89	LR Votruba
Landesmuseum	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Landespensionistenheime	Heime	167	LHStv Prokop
Landespensionistenheime; Hochbau	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Landespflegeheime	Heime	167	LHStv Prokop
Landessanitätsrat	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Landessanitätsrat Bestellung	Gesundheitswesen	149	LH Pröll
Landessäuglingsheime	Heime	167	LR Dr. Bauer
Landesschulrat Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Landesstraßen; Bau	Landesstraßenbau	197	LH Pröll
Landesstraßen; Betrieb	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Landesstraßen; Brückenbau	Brückenbau	198	LH Pröll
Landesstraßen; rechtliche Angelegenheiten	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimanek
Landesverfassung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Landesverkehrskonzept	Gesamtverkehrsangelegenheiten	147	LH Pröll
Landesvermögen; Verwaltung	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Landesverteidigung geistige	Polizeiangelegenheiten	69	LR Gabmann
Landesverteidigung militärische	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Landesverteidigung umfassende	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Landesverteidigung wirtschaftliche	Polizeiangelegenheiten	69	LR Gabmann
Landesverteidigung zivile	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Landesvertreter Entsendung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Landeswappen Schutz	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Landeswarnzentrale	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Landes-Wasserwirtschaftsfonds NÖ	Siedlungswasserwirtschaft	128	LHStv Höger
Landes-Wasserwirtschaftsfonds NÖ	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Mag. Sobotka
Landhauskindergarten	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Landhausküche	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Landschaftsabgabegesetz	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Landschaftsfonds, Förderung	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Landschaftsfonds, Förderung	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Dr. Bauer
Landschaftsfonds, Geschäftsstelle	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Landschaftsschutz (ohne Sachverständige)	Naturschutz	144	LR Dr. Bauer
Landschaftsschutz; Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LR Dr. Bauer
Landtagswahl	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Landwirtschaft Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Landwirtschaftliche Bauberatung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Beratungsangelegenheiten	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Berufsschulen	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Berufsschulen; Hochbau	Landeshochbau A	189	LR Schimanek
Landwirtschaftliche Bewässerungen; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Bildungsangelegenheiten	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Entwässerungen; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Fachschulen	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Fachschulen; Hochbau	Landeshochbau A	189	LR Schimanek
Landwirtschaftliche Kulturflächen	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Produkte Direktvermarktung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Förderung	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Produkte Qualitätsklassen	Landwirtschaftliche Sozialversicherung	170	LR Votruba
Landwirtschaftliche Sozialversicherung	Landwirtschaftliche Sozialversicherung	170	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Studienförderung	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Versuchsangelegenheiten	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Landwirtschaftliche Wohnbauförderung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Landwirtschaftlicher Anlagenbau	Güterwege	203	LR Blochberger
Landwirtschaftlicher Förderungsfonds	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Landwirtschaftlicher Pflanzenschutz	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Landwirtschaftlicher Wegebau	Güterwege	203	LR Blochberger
Landwirtschaftliches Siedlungswesen	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Landwirtschaftsförderung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Landwirtschaftskammer; finanzielle Angelegenheiten	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Landwirtschaftskammer; rechtliche Angelegenheiten	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Lärmbekämpfung; medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Lärmmessung	Umweltechnik	185	LR Mag. Sobotka
Lärmschutz; technische Angelegenheiten	Umweltechnik	185	LR Mag. Sobotka
Lawinenwarndienst; Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Lebensmittelangelegenheiten; rechtliche	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Lebensmittelaufsicht	Lebensmittelkontrolle	154	LR Dr. Bauer
Lebensmittelhygiene	Lebensmittelkontrolle	154	LR Dr. Bauer
Legistik	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Lehrer; Berufsschulen	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Lehrer; land- und forstwirtschaftliche Schulen	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Lehrer; Pflichtschulen allgemeinbildende	Schulen	89	LR Votruba
Lehrforstamt Ottenstein	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Lehrlinge Verpflegskostenzuschuß	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Lehrlingsbeihilfe	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Lehrpläne; land- und forstwirtschaftliche Schulen	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Leichenwesen; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Leichenwesen; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Lenkerprüfungen	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Lichtpausen	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Lichtspieltheater	Veranstaltungsangelegenheiten	78	LR Schimaneck
Lichttechnik Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimaneck
Liegenschaften Bund Land Evidenz	Vermessung	186	LH Pröll
Liegenschaftsbewertung; Bauland	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimaneck
Liegenschaftsbewertung; landwirtschaftliche	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Liegenschaftsverwaltung	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Liegenschaftsverwaltung Straßendienst	Straßenspezialtechnik	198	LH Pröll
Literatur zeitgenössische	Kultur und Wissenschaft	80	LHStv Prokop
Löschanlagen; Wasserbau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Luftbildstelle	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Luftfahrt; rechtliche Angelegenheiten	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Luftfahrt; technische Angelegenheiten	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Luftreinhaltung; Kesselanlagen rechtliche Angelegenheiten	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Schimaneck
Luftreinhaltung; medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Luftreinhaltung; rechtliche Angelegenheiten	Umweltrecht und Umweltkoordination	143	LR Mag. Sobotka
Luftreinhaltung; technische Angelegenheiten	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Lüftungstechnik; Anlagen	Haustechnik	191	LR Schimaneck
LWZ	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
<b>M</b> archfeldkanalgesetz ohne rechtliche Angelegenheiten	Wasserwirtschaft	118	LR Blochberger
Marchfeldkanalgesetz rechtliche Angelegenheiten	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LR Blochberger
Marktordnungsgesetz	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Maschinenbau Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimaneck
Maschinenringe Förderung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Massenbewegungen Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Materialamt	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Matrikenwesen	Personenstandsangelegenheiten	78	LR Schimaneck
Medienkunst, Förderung	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Medikamente; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Medikamente; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Medikamente; tierärztliche	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Medizinische Anlagen; Strahlenschutz	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Dr. Bauer
Medizinische Sachverständige	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Mehrphasenbuchhaltung	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Meßanstalten öffentliche	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Mietrecht; Verwaltungsangelegenheiten	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Mikrofilmstelle	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Milchhygieneverordnung; Kontrolle nach Anhang A	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Milchuntersuchung	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Militärische Landesverteidigung	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Militärische Sondernutzung Straßengrund	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Mindestpflanzabstände	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Mineralöllagerung Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimaneck
Mineralölordnung	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimaneck
Moorbäder; Erschließung	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Mühlengesetz	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Müllbeseitigung; medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Müllgebühren	Gemeinden	70	LHStv Höger
Musealbauten; Hochbau	Landeshochbau A	189	LR Schimaneck
Museale Angelegenheiten	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Musealgebäude (ohne Herrengasse 9)	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Musik zeitgenössische	Kultur und Wissenschaft	80	LHStv Prokop
Musik; kulturelle Angelegenheiten	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Musikschulen	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Mutterberatung; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Mutterberatung; rechtliche Angelegenheiten	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Mutterschutz	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
<b>N</b> achrichtentechnik; Straßendienst	Straßenspezialtechnik	198	LH Pröll
Nahrungsmittelkontrolle; Lebensmittelaufsicht	Lebensmittelkontrolle	154	LR Dr. Bauer
Nahrungsmittelkontrolle; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Namensänderung	Personenstandsangelegenheiten	78	LR Schimaneck
Namensfestsetzung	Personenstandsangelegenheiten	78	LR Schimaneck
Naßbaggerungen Sachverständige	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Nationalparks	Naturschutz	144	LR Blochberger
Nationalparks	Naturschutz	144	LR Dr. Bauer
Nationalratswahl	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Natürliche Heilvorkommen; Erschließung	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Natürliche Heilvorkommen; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Naturschutz (ohne Sachverständige)	Naturschutz	144	LR Dr. Bauer
Naturschutz; Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LR Dr. Bauer
NÖGIS	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Normenwesen	Allgemeiner Baudienst	171	LR Schimaneck
Notstandsmaßnahmen landwirtschaftliche	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
<b>O</b> bereinigungskommission	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Oberflächenhydrologie	Hydrologie	130	LR Blochberger
Obstbauangelegenheiten	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Öffentliche Pflichtschulen; Hochbau	Landeshochbau B	190	LR Schimaneck
Öffentliches Wassergut; Verwaltung	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Schimaneck
Öffentlichkeitsarbeit des Inneren Dienstes	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Öffnungszeitengesetz	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
ÖNORMEN	Allgemeiner Baudienst	171	LR Schimaneck
Opferfürsorge	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Opferfürsorgeabgabe; Verwaltung	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Orden	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Organhaftpflicht	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Organisation der Verwaltung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Organstrafverfügungen; Verzeichnisse	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Örtliche Raumordnung; Bebauungsplan; Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Mag. Sobotka
Örtliche Raumordnung; Flächenwidmungsplan; technische Angelegenheiten	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LR Mag. Sobotka
Örtliche Raumordnung; rechtliche Angelegenheiten	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Mag. Sobotka
Ortsbildgutachten Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Ortsbildpflege; Förderung	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Ortsbildschutz; rechtliche Angelegenheiten	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimaneck
Ozongesetz	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Ozongesetz Sanierungspläne	Umweltrecht und Umweltkoordination	143	LR Mag. Sobotka
Ozongesetz Vorbereitung von Sofortmaßnahmen	Umweltrecht und Umweltkoordination	143	LR Mag. Sobotka
<b>P</b> ässe; Dienstaßangelegenheiten	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Patienten- und Pflegeanwaltschaft	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LH Pröll
Pendlerhilfe	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Pensionisten- und Pflegeheime; Landes-	Heime	167	LHStv Prokop
Pensionisten- und Pflegeheime; Landes-; Hochbau	Landeshochbau B	190	LR Schimaneck
Pensionisten- und Pflegeheime; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Pensionistenheime; private; Aufsicht	Heime	167	LR Votruba
Pensionistenheime; private; Bewilligung	Heime	167	LR Votruba
Pensionsangelegenheiten	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Pensionsversicherung	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Personalangelegenheiten der Gruppe Straße	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Personalangelegenheiten Lehrer an Pflichtschulen	Schulen	89	LR Votruba
Personalangelegenheiten Lehrer Berufsschulen	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Personalstand; Gemeindevachen	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Personalvertretungsangelegenheiten	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Personalvertretungsrecht Gemeinden	Gemeinden	70	LHStv Höger
Personenstandsangelegenheiten	Personenstandsangelegenheiten	78	LR Schimaneck
Pfingstsammlung Jugendhilfsfonds	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Pflanzenschutzmittel; Landwirtschaft	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Pflanzenzuchtangelegenheiten	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Pflegeanwaltschaft; Patienten- und Pflegeaufsicht	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LH Pröll
Pflegebewilligung	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Pflegeheime; Pensionisten- und; Landes-	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Pflegeheime; Pensionisten- und; medizinische Angelegenheiten	Heime	167	LHStv Prokop
Pflegeheime; private; Aufsicht	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Pflegeheime; private; Bewilligung	Heime	167	LR Dr. Bauer
Pflegeplätze; private; Aufsicht	Heime	167	LR Votruba
Pflegeplätze; private; Bewilligung	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Pflichtschulen allgemeinbildende	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Pflichtschulen; Hochbau	Schulen	89	LR Votruba
Pipelinebau Sachverständige	Landeshochbau B	190	LR Schimaneck
Pittental Unteres; Wasserleitungsverband	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimaneck
Planung von Bundes- und Landesstraßen	Gemeinden	70	LHStv Höger
Planungsorgan; wasserwirtschaftliches	Straßenplanung	200	LH Pröll
Plasmapherese	Wasserwirtschaft	118	LR Blochberger
Plosdorf Flußbauhof	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Plosdorf Flußbauhof	Wasserbau	125	LR Blochberger
Polizeiangelegenheiten	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Polytechnische Lehrgänge	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Porträtsammlung (Landesbibliothek)	Schulen	89	LR Votruba
Poststelle	NÖ Landesbibliothek	87	LHStv Prokop
Postzustellung Ausland	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Preisrechtliche Angelegenheiten	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Pressedienst	Sparkassen und Stiftungsaufsicht	114	LR Gabmann
Private Pensionistenheime; Aufsicht	Pressedienst	54	LH Pröll
Private Pflegeheime; Aufsicht	Heime	167	LR Votruba
Privatzimmervermietung	Heime	167	LR Dr. Bauer
	Gewerberecht	105	LR Gabmann

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Produkte landwirtschaftliche; Qualitätsklassen	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Produktionsalternativen Förderung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Produktsicherheitsgesetz	Sparkassen und Stiftungsaufsicht	114	LR Votruba
Prostitutionsgesetz	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Protokoll	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Prüfberichte der Kontrolleinrichtungen	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Prüfung der fachlichen Eignung für den Kraffahrlinienverkehr	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Prüfung; Gemeindewachebeamte	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Psychosoziale Beratung	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Pyrotechnik Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
<b>Qualitätsklassen landwirtschaftliche Produkte</b>	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Qualitätsklassenkontrolle	Lebensmittelkontrolle	154	LR Blochberger
<b>Radaranlagen Sachverständige</b>	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Radioaktivität; rechtliche Angelegenheiten	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Radioaktivität; rechtliche Angelegenheiten für medizinische Anlagen	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Dr. Bauer
Radioaktivität; Strahlenschutz; technische Angelegenheiten	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Radioaktivität; Überwachung	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Rauchfänge Kehrristen	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Raumordnung; örtliche; rechtliche Angelegenheiten	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Mag. Sobotka
Raumordnung; technische Angelegenheiten	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LR Mag. Sobotka
Raumordnung; überörtliche; rechtliche Angelegenheiten	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Mag. Sobotka
Raumordnungsmaßnahmen; Förderung	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LH Pröll
Raumplanung; forstliche	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Raumverträglichkeitgutachten im Verkehrsbereich	Gesamtverkehrsangelegenheiten	147	LH Pröll
Rebenverkehr	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Rechnungsabschluss	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Rechnungshofangelegenheiten	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Rechnungswesen	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Rechnungswesen Straßendienst	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Rechtsbüro	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Rechtsschutz gewerblicher	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Rechtsvorschriften; Kundmachung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Regierungsdienst	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Regionalisierung kulturelle	Kultur und Wissenschaft	80	LHStv Prokop
Regionalmanagements	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LH Pröll
Regionalpolitik der EU; Geschäftsstelle	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LR Mag. Sobotka
Regulierungen von Gewässern; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Reinhaltung; Luft	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Reisegebühren	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Rettungswesen; medizinische Angelegenheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Rettungswesen; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Rohrbau; Druckrohrbau Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Rohrleitungsangelegenheiten	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Rohstoffforschung	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Rohstoffwirtschaft Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Rollfäher; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Röntgentechnik	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Routengenehmigung	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Rundfunkangelegenheiten	Veranstaltungsangelegenheiten	78	LH Pröll
Rundfunkwerbung; Abgabe	Gemeinden	70	LHStv Höger
<b>Saatgutangelegenheiten</b>	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Sachverständige Abbautechnik	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Abfallwirtschaft	Wasserwirtschaft	118	LR Blochberger
Sachverständige Abwassertechnik	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Sachverständige Agrartechnik	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Sachverständige Alm- und Weideverbesserungen	Güterwege	203	LR Blochberger
Sachverständige Artenschutz	Allgemeiner Baudienst	171	LR Dr. Bauer
Sachverständige Aufzüge	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Sachverständige Bäder medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Sachverständige Bädertechnik	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Baugrundgeologie	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Baulandeignung	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Bautechnik	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Sachverständige Bauwirtschaft	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Sachverständige Bebauungsplan	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Beleuchtungstechnik	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Blitzschutzanlagen	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Brandschutztechnik	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Sachverständige Brückenbau	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Sachverständige Chemikaliengesetz	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Sachverständige Dampfkesselwesen	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Druckrohrleitungsbau	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Sachverständige Eisenbahnbau Bauwerke	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Sachverständige Eisenbahnbau Verkehrstechnik	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Sachverständige Elektrizitätswirtschaft	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Elektronik	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Elektrotechnik	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Ernährungswesen	Lebensmittelkontrolle	154	LR Dr. Bauer
Sachverständige Erschütterungsschutz	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Fischereiwirtschaft	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Sachverständige Flächenwidmungsplan	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Flüssiggaslagerung	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Flüssigkeiten brennbare Lagerung	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Fördertechnik	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Sachverständige Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Sachverständige Gasanlagen	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige gemeinsame Anlagen Agrarische Operationen	Güterwege	203	LR Blochberger
Sachverständige Gesteinskunde technische	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Gewässergüteuntersuchung	Umwelttechnik	185	LR Blochberger
Sachverständige Gewässerschutz	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Sachverständige Gewerbeteknik	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Güterwegebau	Güterwege	203	LR Blochberger
Sachverständige Hebezeuge	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Sachverständige Heilquellenschutz	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Heizungsanlagen	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Höhlenschutz	Allgemeiner Baudienst	171	LR Dr. Bauer
Sachverständige Hydrogeologie	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Isotopentechnik	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Jagdwirtschaft	Forstwirtschaft	98	LR Blochberger
Sachverständige Kraftfahrwesen	Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten	115	LR Gabmann
Sachverständige Krane	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Sachverständige Lagerstättenkunde	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Landesagarsenat	Bodenreform	102	LR Blochberger
Sachverständige Landschaftsschutz	Allgemeiner Baudienst	171	LR Dr. Bauer
Sachverständige Landwirtschaft	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Sachverständige Lärmschutz	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Lawinenwarndienst	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Sachverständige Lichttechnik	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Liegenschaftsbewertung landwirtschaftliche	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Sachverständige Liegenschaftsbewertung Bauland	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Sachverständige Luftfahrt	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Luftreinhaltung	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Maschinenbau	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Massenbewegungen	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Medizinische	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Sachverständige Mineralöllagerung	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Naßbaggerungen	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Sachverständige Naturschutz	Allgemeiner Baudienst	171	LR Dr. Bauer
Sachverständige Ortsbild	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Pipelinebau	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Pyrotechnik	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Sachverständige Radaranlagen	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Raumordnung	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Rohstoffwirtschaft	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Röntgentechnik	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Saunanlagen medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Sachverständige Schießtechnik	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Sachverständige Schifffahrt	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Blochberger
Sachverständige Schleplifte	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Sachverständige Schutzraumbauten	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Sachverständige Seilbahnen	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Sachverständige Sicherheitstechnik Gesundheit	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Sprengerschütterung	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Sprengmitteltechnik	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Sachverständige Sprengtechnik	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Starkstromtechnik	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Steinbruchgeologie	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Strahlenschutz	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Sachverständige Strahlenschutz; medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Sachverständige Straßen- und Tunnelbaugeologie	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Straßenbau Bauwerke	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Sachverständige Straßenbau Verkehrstechnik	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Sachverständige tierärztliche	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Sachverständige Toranlagen	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Sachverständige Umweltgeologie	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sachverständige Umweltschutz	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Sachverständige Umweltschutz medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Sachverständige Verkehrserschließung ländlicher Gebiete	Güterwege	203	LR Blochberger
Sachverständige Verkehrstechnik	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Sachverständige Vermessungswesen	Vermessung	186	LH Pröll
Sachverständige veterinärmedizinische	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Sachverständige Wärmetechnik	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Sachverständige Wasserbau	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Sachverständige Wasserkraftanlagen	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Sachverständige Wasserversorgung	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Sachverständige Zivilschutzbauten	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Sammlungswesen	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Sanitäre Aufsicht Kurorte Heilvorkommen	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Sanitärinstallation; Anlagen	Haustechnik	191	LR Schimanek
Sanitätsdienst; Gemeinden	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Sanitätsgemeinden	Gemeindeärzte	78	LR Mag. Sobotka
Sanitätsrat Landes-	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Sanitätsrat Landes-; Mitglieder	Gesundheitswesen	149	LH Pröll
Sanitätssammelstellen	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Sanitätswesen; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Säuglingsfürsorge	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Säuglingsheime, Landes-	Heime	167	LR Dr. Bauer
Sauna; Bäderhygiene; medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Sauna; Bäderhygiene; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Schadenersatzrecht	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Schallaburg	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Schießtechnik Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Schiffahrt Sachverständige	Wasserrecht und Schiffahrt	117	LR Blochberger
Schiffahrtsangelegenheiten	Wasserrecht und Schiffahrt	117	LR Blochberger
Schiffsführerprüfungen	Wasserrecht und Schiffahrt	117	LR Blochberger
Schischulen	Sport	112	LHStv Prokop
Schlachttieruntersuchung Fleischuntersuchung	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Schleplifte rechtliche Angelegenheiten	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Schleplifte Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Schleusen; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Schotterabgabe; Landschaftsabgabegesetz	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Schreibstelle	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Schul- und Kindergartenfonds	Schulen	89	LR Votruba
Schulbauordnung	Schulen	89	LR Votruba
Schulbeihilfen für landwirtschaftliche Fachschulen	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Schulbuchangelegenheiten land- und forstwirtschaftliche	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Schulen allgemeinbildende Pflichtschulen	Schulen	89	LR Votruba
Schulen berufsbildende mittlere und höhere	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Schulen gewerbliche	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Schulen gewerbliche Personalangelegenheiten ohne Lehrer	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Schulen kaufmännische	Berufsschulen	109	LHStv Höger
Schulen land- und forstwirtschaftliche Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Schulen land- und forstwirtschaftliche	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Schulen Lehrer Pflichtschulen allgemeinbildende	Schulen	89	LR Votruba
Schulen Sonderschulen	Schulen	89	LR Votruba
Schulen; Hochbau	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Schülerbeaufsichtigung Kostenzuschüsse	Schulen	89	LR Votruba
Schülerbeihilfen für allgemeinbildende Pflichtschulen	Schulen	89	LR Votruba
Schülerbus	Schulen	89	LR Votruba
Schulkinder Fahrtkostenzuschüsse	Schulen	89	LR Votruba
Schutzraumbauten Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Schutzräume Förderung	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Schutzwasserbau	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Schwangerenberatung	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Schweinegesundheitsdienst	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Seenverkehrsrecht	Wasserrecht und Schiffahrt	117	LR Blochberger
Seilbahnen; rechtliche Angelegenheiten	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Seilbahnen; Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Senioren Landesbeirat	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Seniorenengesetz	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Sessellifte; rechtliche Angelegenheiten	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Sicherheitstechnik; Gesundheitswesen	Umweltechnik	185	LR Mag. Sobotka
Siedlungsangelegenheiten; landwirtschaftliche	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Siedlungsangelegenheiten; nichtlandwirtschaftliche	Wohnungsförderung B	57	LHStv Höger
Siedlungswasserwirtschaft; großräumige	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Siedlungswasserwirtschaft; Wasserbau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Smogalarmgesetz	Umweltechnik	185	LR Mag. Sobotka
Smogalarmpläne	Umweltrecht und Umweltkoordination	143	LR Mag. Sobotka
Sondernotstandshilfe Gemeindeanteil	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Sonderschulen	Schulen	89	LR Votruba

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Sonderschulen; Hochbau	Landeshochbau B	190	LR Schimanek
Sonn- und Feiertags-Betriebszeitengesetz	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Sonn- und Feiertagsruhe	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Sozialarbeiter; Fortbildung	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Soziale Dienste	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Soziale Dienste freie Jugendwohlfahrt	Jugendwohlfahrt	164	LHStv Prokop
Soziale Verwaltung	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Sozialhilfe	Sozialhilfe	160	LHStv Prokop
Sozialhilfe	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Sozialhilfe Fachkräfte	Sozialhilfe	160	LHStv Prokop
Sozialhilfebeirat	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Sozialhilfeeinrichtungen ohne Heime; Aufsicht	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Sozialhilfeeinrichtungen; ohne Heime Bewilligung	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Sozialhilfeeinrichtungen; Sicherstellung	Sozialhilfe	160	LHStv Prokop
Sozialversicherung; landwirtschaftliche	Landwirtschaftliche Sozialversicherung	170	LR Votruba
Sozialversicherung; nichtlandwirtschaftliche	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Sparkassenaufsicht	Sparkassen und Stiftungsaufsicht	114	LR Gabmann
Sparkassenregister	Sparkassen und Stiftungsaufsicht	114	LR Gabmann
Spielautomaten	Veranstaltungsangelegenheiten	78	LR Schimanek
Spitäler des Landes; Verwaltung	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Spitäler; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Spitalsärzte	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Sportangelegenheiten	Sport	112	LHStv Prokop
Sportschilling	Sport	112	LHStv Prokop
Sprengerschütterung Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Sprengmitteltechnik Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Sprengtechnik Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Staatsbürgerschaft	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Staatsverträge Kundmachung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Stadterneuerung	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LH Pröll
Standesämter	Personenstandsangelegenheiten	78	LR Schimanek
Standortberatung; Betriebsansiedlung	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Starkstromtechnik; Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimanek
Starkstromwegerecht	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Statistik	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LR Mag. Sobotka
Steinbruchgeologie Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Stempelmarkenverschleiß	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Stiftungsaufsicht	Sparkassen und Stiftungsaufsicht	114	LR Gabmann
Stiftungsverwaltung	Stiftungsverwaltung	68	LR Mag. Sobotka
Stipendien (für Südtiroler)	Schulen	89	LR Votruba
Stipendien landwirtschaftliche	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Strafrecht	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Strafvollzugskommission; Vertrauenspersonen	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Strahlenschutz; Gewerbe	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Strahlenschutz; medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Strahlenschutz; medizinische Angelegenheiten; Sachverständige	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Strahlenschutz; rechtliche Angelegenheiten	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Strahlenschutz; rechtliche Angelegenheiten für medizinische Anlagen	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Dr. Bauer
Strahlenschutz; technische Angelegenheiten	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Strahlenschutz; Überwachung	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Straßen- und Tunnelbaugeologie Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Straßenausrüstung	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Straßenbau Bundesstraßen	Bundesstraßenbau	195	LH Pröll
Straßenbau Gemeindestraßen Förderung	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Straßenbau Landesstraßen	Landesstraßenbau	197	LH Pröll
Straßenbau Sachverständige Bauwerke	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Straßenbau Sachverständige Verkehrstechnik	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Straßendienst Baustellenkoordinierung	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Straßendienst Bürgerinformation	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Straßendienst Dienstbekleidung	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Straßendienst Dienstprüfungen	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Straßendienst EDV-Betreuung	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Straßendienst Finanzplanung	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Straßendienst Funkeinrichtungen	Straßenspezialtechnik	198	LH Pröll
Straßendienst Grünverbau	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Straßendienst Hochbauten	Straßenspezialtechnik	198	LH Pröll
Straßendienst Liegenschaftsverwaltung	Straßenspezialtechnik	198	LH Pröll
Straßendienst Maschinen und Geräte	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Straßendienst Personalangelegenheiten	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Straßendienst Planung	Straßenplanung	200	LH Pröll
Straßendienst Rechnungswesen	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Straßendienst Verkehrsmanagement	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Straßendienst Winterdienst	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Straßenpersonal	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Straßenpolizei	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Straßenrecht	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Schimanek
Straßenspezialtechnik	Straßenspezialtechnik	198	LH Pröll

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Stromversorgung; rechtliche Angelegenheiten	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Strukturverbesserungs- und Wirtschaftsförderungsfonds	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Studienbeihilfen; Erzieher	Heime	167	LR Dr. Bauer
Studienförderung (Schülerbeihilfen)	Schulen	89	LR Votruba
Studienförderung landwirtschaftliche	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Suchtgiftgesetz	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Südbahngemeinden; Wasserleitungsverband	Gemeinden	70	LHStv Höger
<b>Tagesbetreuung, Bewilligung</b>	Jugendwohlfahrt	164	LR Votruba
Tagesbetreuung, Förderung	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Tagesmütter, Bewilligung	Jugendwohlfahrt	164	LR Votruba
Tagesmütter, Förderung	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Talsperrenaufsicht	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Tanzschulen	Veranstaltungsangelegenheiten	78	LR Schimaneck
Technologie und Innovation	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Telearbeit	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Telegrafewege-Leitungsrechte	Energie- und Strahlenschutzrecht	113	LR Blochberger
Telematik	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Ternitz und Umgebung Wasserleitungsverband	Gemeinden	70	LHStv Höger
Tierärztekammer; rechtliche Angelegenheiten	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Tierärztliche Angelegenheiten	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Tierärztliche Hausapotheken	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Tierbeschaffungsfonds	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Tiergesundheitsdienste	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Tierimpfungen	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Tierkörperbeseitigung; rechtliche Angelegenheiten	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Tierkörperbeseitigung; Verwaltung landeseigener Liegenschaften	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Tierkörperbeseitigung; veterinärmedizinische Angelegenheiten	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Tierpässe	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Tierschutzangelegenheiten	Naturschutz	144	LR Dr. Bauer
Tierschutzangelegenheiten; veterinärmedizinische	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Tierseuchenbekämpfung; rechtliche Angelegenheiten	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Tierseuchenbekämpfung; veterinärmedizinische Angelegenheiten	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Tiertransport rechtliche Angelegenheiten	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Tiertransporte Verladebeschau	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Tierversuche; rechtliche Angelegenheiten	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Tierversuche; veterinärmedizinische Angelegenheiten	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Tierzucht; rechtliche Angelegenheiten	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Tierzucht; veterinärmedizinische Angelegenheiten	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Topographische Sammlung (Landesbibliothek)	NÖ Landesbibliothek	87	LHStv Prokop
Toranlagen Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LH Pröll
Totalisateurgewerbe	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Transportangelegenheiten	Allgemeiner Straßendienst	193	LH Pröll
Triestingtalgemeinden; Wasserleitungsverband	Gemeinden	70	LHStv Höger
Trinkwasserhygiene	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Trinkwasserkontrolle	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Tuberkulosebekämpfung; medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Tuberkulosebekämpfung; rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Tuberkulosehilfe	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
<b>Überbeglaubigungen</b>	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Überbetriebliche Zusammenarbeit; landwirtschaftliche Förderung	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Überörtliche Raumordnung, technische Angelegenheiten	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LR Mag. Sobotka
Überörtliche Raumordnung; rechtliche Angelegenheiten	Bau- und Raumordnungsrecht	133	LR Mag. Sobotka
Überwachungsgebühren	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Umfassende Landesverteidigung ULV	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Umweltgeologie Sachverständige	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Umweltschutz; Förderung von Investitionen	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LR Mag. Sobotka
Umweltschutz; Gesellschaftsanteile	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LR Mag. Sobotka
Umweltschutz; Koordination	Umweltrecht und Umweltkoordination	143	LR Mag. Sobotka
Umweltschutz; medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Umweltschutz; rechtliche Angelegenheiten	Umweltrecht und Umweltkoordination	143	LR Mag. Sobotka
Umweltschutz; technische Angelegenheiten	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Umweltschutz; wirtschaftliche Angelegenheiten	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LR Mag. Sobotka
Umweltschutzanstalt	Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung	141	LR Mag. Sobotka
Umweltverträglichkeitsprüfung	Umweltrecht und Umweltkoordination	143	LR Mag. Sobotka
Unabhängiger Verwaltungssenat	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Unfallversicherung	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Unteres Pitztal; Wasserleitungsverband	Gemeinden	70	LHStv Höger
Unterhaltssachwalterschaft	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer
Unterhaltungsvorschußgesetz	Jugendwohlfahrt	164	LR Dr. Bauer

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
<b>V</b> eranstaltungen	Veranstaltungsangelegenheiten	78	LR Schimanek
Verbände Abwasserbeseitigung; Bau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Verbände Wasserversorgung; Bau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimanek
Verbindungsstelle der Bundesländer	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Vereine Förderung	Finanzen	55	LH Pröll
Vereine; auf Gewinn gerichtete; Evidenz	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Vereinspatent 1852; Bewilligung	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Verfassungsdienst	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Vergabeangelegenheiten allgemein	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Vergabegesetz	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Verhütung ansteckender Krankheiten	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
Verkehrsberatungszentrum	Gesamtverkehrsangelegenheiten	147	LH Pröll
Verkehrerschließung ländlicher Gebiete;	Güterwege	203	LR Blochberger
Verkehrerschließung ländlicher Gebiete; Prüfung	Bodenreform	102	LR Blochberger
Verkehrsgesellschaft Aufbau	Gesamtverkehrsangelegenheiten	147	LH Pröll
Verkehrsmanagement; Straßendienst	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Verkehrsrecht Schifffahrt	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Blochberger
Verkehrssicherheit Grundlagenuntersuchungen	Gesamtverkehrsangelegenheiten	147	LH Pröll
Verkehrstechnik Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LH Pröll
Verkehrsträgerübergreifende Konzepte	Gesamtverkehrsangelegenheiten	147	LH Pröll
Verkehrsverbund; Gesellschaftsanteile	Gesamtverkehrsangelegenheiten	147	LH Pröll
Verkehrsverbände Weiterentwicklung	Gesamtverkehrsangelegenheiten	147	LH Pröll
Verkehrswesen	Verkehrsrecht	145	LH Pröll
Verlautbarung von Rechtsvorschriften	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Vermessungsangelegenheiten	Vermessung	186	LH Pröll
Vermögen des Landes; Verwaltung	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Vermögensrechnung	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Verpflegskostenangelegenheiten; Landesjugendheime	Heime	167	LR Dr. Bauer
Verpflegskostenzuschuß für Lehrlinge	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Verrechnung	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Versorgung; Trinkwasser; medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Versuchsangelegenheiten landwirtschaftliche	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Vertragsbedienstete	Personalangelegenheiten A	52	LH Pröll
Vertragsbedienstete	Personalangelegenheiten B	52	LH Pröll
Vertragsbedienstete	Personalangelegenheiten C	52	LH Pröll
Vertragsrecht	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Vertrauenspersonen; Strafvollzugskommission	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Vertreter des Landes; Entsendung	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Vertretung des Landes vor Gerichten	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Vertretungsbehörden; Erhebungen	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Verwaltung des öffentlichen Wassergutes	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Schimanek
Verwaltungsabgaben	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Verwaltungsakademie des Bundes; Beirat	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Verwaltungsfonds Hilfe für Familien	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop
Verwaltungsinnovation	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Verwaltungsorganisation	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Verwaltungsreform	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Verwaltungssenat Unabhängiger in NÖ	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Verwaltungsstaufenverfahren; mittelbare Bundesverwaltung (allgemein)	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Verwaltungsvereinfachungsvorschläge	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Verwaltungsverfahren	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Veterinärangelegenheiten; rechtliche	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Veterinärangelegenheiten; veterinärmedizinische	Veterinärangelegenheiten	101	LR Blochberger
Video künstlerisches, Förderung	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Videovorführungen öffentliche	Veranstaltungsangelegenheiten	78	LR Schimanek
Viehwirtschaftsgesetz	Agrarrecht	91	LR Blochberger
Viertelsbeauftragte; Regionalmanagements	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LH Pröll
Volksabstimmungen	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Volksbefragungen	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Volksbegehren	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Volksbildung	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Volksbüchereiwesen	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Volksschulen	Schulen	89	LR Votruba
Volkszählung	Raumordnung und Regionalpolitik	134	LR Mag. Sobotka
Voranschlag	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Vorflutbeschaffung; Wasserbau	Wasserbau	125	LR Blochberger
Vorsorgemedizin	Gesundheitswesen	149	LR Dr. Bauer
<b>W</b> achkörper; Gemeinden	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Wäganstalten öffentliche	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Wahlen; Bundespräsident	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Wahlen; Gemeinden	Gemeinden	70	LHStv Höger
Wahlen; Gemeindepersonalvertretung	Gemeinden	70	LHStv Höger
Wahlen; Landtag	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Wahlen; Nationalrat	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Wählerevidenz	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Waldschule (Wr. Neustadt)	Schulen	89	LR Votruba

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Wappen des Landes; Schutz	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Wappen; Gemeinden; Heraldik	NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde	86	LHStv Prokop
Wappenverleihungen; Gemeinden	Gemeinden	70	LHStv Höger
Warenkennzeichnung	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Wärmetechnik Sachverständige	Maschinenbau- und Elektrotechnik	185	LR Schimaneck
Warn- und Alarmdienst	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Waschmittelgesetz Kennzeichnung	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Waschmittelgesetz rechtliche Angelegenheiten	Sanitätsrecht und Krankenanstalten	155	LR Dr. Bauer
Waschmittelgesetz Überwachung	Lebensmittelkontrolle	154	LR Dr. Bauer
Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES) ohne Sachverständige	Naturschutz	144	LR Dr. Bauer
Wasseraufbereitungsanlagen; Bau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Wasserbau; Hydrologie	Hydrologie	130	LR Blochberger
Wasserbau; Sachverständige	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Wasserbau; Vorflutbeschaffung	Wasserbau	125	LR Blochberger
Wasserbeseitigung; medizinische Angelegenheiten	Umwelthygiene	152	LR Dr. Bauer
Wasserbewirtschaftung	Wasserwirtschaft	118	LR Blochberger
Wasserbuch	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Schimaneck
Wassergebühren	Gemeinden	70	LHStv Höger
Wassergenossenschaften	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Schimaneck
Wassergut öffentliches; Verwaltung	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Schimaneck
Wasserinstallation; Anlagen	Haustechnik	191	LR Schimaneck
Wasserkraftanlagen Sachverständige	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Wasserleitungsanschlußgesetz	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Schimaneck
Wasserleitungsinstallateur; Befähigungsprüfung	Allgemeiner Baudienst	171	LR Gabmann
Wasserleitungsordnungen	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Schimaneck
Wasserleitungsverbände; Aufsicht	Gemeinden	70	LHStv Höger
Wasserrecht	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Schimaneck
Wasserstandsnachrichtendienst	Hydrologie	130	LR Blochberger
Wasserverbände; rechtliche Angelegenheiten	Wasserrecht und Schifffahrt	117	LR Schimaneck
Wasserverbände; Schutzwasserbau	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Wasserversorgung; Gemeinden; Bau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Wasserversorgung; Genossenschaften; Bau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Wasserversorgung; Sachverständige	Wasserwirtschaft	118	LH Pröll
Wasserversorgung; Verbände; Bau	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Wasserverunreinigung; Untersuchung	Umwelttechnik	185	LR Mag. Sobotka
Wasserwirtschaft; Siedlungen	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Schimaneck
Wasserwirtschaftliche Grundlagenforschung	Wasserwirtschaft	118	LR Blochberger
Wasserwirtschaftliches Planungsorgan	Wasserwirtschaft	118	LR Blochberger
Wasserwirtschaftsfonds	Siedlungswasserwirtschaft	128	LHStv Höger
Wasserwirtschaftsfonds	Siedlungswasserwirtschaft	128	LR Mag. Sobotka
Wegebau landwirtschaftlicher	Güterwege	203	LR Blochberger
Wehren	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Weideverbesserung technische Angelegenheiten; Förderung	Güterwege	203	LR Blochberger
Weinbauangelegenheiten	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Weinbaukommission	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Weingesez	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Weinkontrolle	Lebensmittelkontrolle	154	LR Dr. Bauer
Weinwirtschaft; Förderung	Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft	94	LR Blochberger
Weiterbildung der Landesbediensteten	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Werbeabgaben	Gemeinden	70	LHStv Höger
Werkstätten	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Wertausspielungen	Polizeiangelegenheiten	69	LR Votruba
Wiener Neustädter Kanal; Verwaltung Instandhaltung	Wasserbau	125	LR Dr. Bauer
Wildbachverbauung	Wasserbau	125	LR Blochberger
Winterdienst	Straßenbetrieb	194	LH Pröll
Wirtschaftliche Landesverteidigung	Polizeiangelegenheiten	69	LR Gabmann
Wirtschaftsförderung	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Wirtschaftspolitik	Wirtschaftsförderung	106	LR Gabmann
Wirtschaftstreuhänder Berufsordnung	Gewerberecht	105	LR Gabmann
Wirtschaftswegebau; technische Angelegenheiten; Förderung	Güterwege	203	LR Blochberger
Wissenschaft Förderung	Kultur und Wissenschaft	80	LH Pröll
Wochenend- und Feiertagsruhe; Arbeitnehmer	Arbeitsrecht und Sozialversicherung	170	LR Votruba
Wohlfahrtspflege freie; Beziehungen zu	Sozialhilfe	160	LHStv Prokop
Wohlfahrtspflege freie; soziale Dienste	Sozialhilfe	160	LR Votruba
Wohnbauförderung; Bauvereinigungen; allgemein	Wohnungsförderung B	57	LHStv Prokop
Wohnbauförderung; Dorferneuerung	Wohnungsförderung A	57	LHStv Prokop
Wohnbauförderung; Eigenheime	Wohnungsförderung A	57	LHStv Prokop
Wohnbauförderung; Gemeinden; allgemein	Wohnungsförderung B	57	LHStv Prokop
Wohnbauförderung; landwirtschaftliche	Landwirtschaftsförderung	96	LR Blochberger
Wohnbauförderung; Stadterneuerung	Wohnungsförderung A	57	LHStv Prokop
Wohnbauten; technische Überprüfung; allgemein	Wohnungsförderung B	57	LHStv Prokop
Wohnbeihilfen; allgemein	Wohnungsförderung B	57	LHStv Prokop
Wohnhaussanierung	Wohnungsförderung A	57	LHStv Prokop
Wohnsitz; Hauptwohnsitz; Reklamationsverfahren	Staatsbürgerschaft und Wahlen	69	LH Pröll
Wohnungsgemeinnützigkeit; allgemein	Allgemeine Förderung	58	LHStv Prokop

Angelegenheit	Abteilung	ab Seite	Regierungsmitglied
Zahlungsverkehr	Finanzen	55	LR Mag. Sobotka
Zeitgenössische Kunst; Förderung	Kultur und Wissenschaft	80	LHStv Prokop
Zeitschriften (Landesbibliothek)	NÖ Landesbibliothek	87	LHStv Prokop
Zentralregister	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Zivildienst	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll
Zivile Landesverteidigung	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Zivilrechtliche Angelegenheiten	Rechtsbüro	54	LH Pröll
Zivilschutz	Feuerwehr und Zivilschutz	74	LR Blochberger
Zivilschutzbauten Sachverständige	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Ziviltechnikerwesen ohne Verwaltungsstrafverfahren	Allgemeiner Baudienst	171	LH Pröll
Zulassung; Baustoffe; Bauteile; Bauweisen	Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik	183	LR Schimanek
Zustellgesetz	Landesamtsdirektion	40	LH Pröll
Zustellungen Ausland	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	52	LH Pröll

## NÖ Schriften

In dieser Reihe bereits erschienen:

- 1 NÖ Legistische Richtlinien 1987  
ISBN 3-85006-000-4 (März 1987),  
kostenpflichtig (S 97,-)
- 2 NÖ Agenden/Aktivitäten 1986/1987  
Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung  
ISBN 3-85006-001-2 (April 1987)
- 3 Umweltschutz in Niederösterreich  
„Lärmschutz“ (Mai 1987)
- 4 Energiesparen, Förderungen für private  
Haushalte in Niederösterreich 1987  
ISBN 3-85006-002-0 (Juni 1987),  
vergriffen
- 5 O. E. Pfeiffer, E. Strouhal, R. Wodak:  
Recht auf Sprache – Verstehen und  
Verständlichkeit von Gesetzen  
Orac Verlag  
ISBN 3-7015-4173-6 (Juli 1987)
- 6 Baugestaltung landwirtschaftlicher  
Bauten in Niederösterreich (Sept. 1987)
- 7 NÖ Führungsrichtlinien (November 1987)
- 8 Schule – Berufsbildung – Wirtschaft.  
Enquete der NÖ Landesregierung  
ISBN 3-85006-003-9 (Dez. 1987)
- 9 Hallo Niederösterreich –  
Ein Behördenführer für junge Leute  
ISBN 3-85006-004-7 (Jänner 1988),  
vergriffen
- 10 A. Kusternig, H. Feigl:  
Bergbau in Niederösterreich  
ISBN 3-85006-005-5 (Feber 1988),  
kostenpflichtig\*
- 11 F. Oswald, H. Waldhauser:  
Stichwort Niederösterreich.  
Ein blau-gelber Almanach in Wort und  
Bild.  
ISBN 3-85006-006-3 (März 1988)
- 12 NÖ Agenden/Aktivitäten 1987/1988  
Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung  
ISBN 3-85006-007-1 (April 1988)
- 13 Fernwärme in Niederösterreich  
„Seitenstetten“ (April 1988)
- 14 Umweltschutz in Niederösterreich  
„Strahlenschutz“ (April 1988)
- 15 Umweltschutz in Niederösterreich  
„Projekt Glanzstoff, St. Pölten“ (April 1988)
- 16 Niederösterreich '88, Niederösterreich '88  
Texte eines Gedenkens, Bilder einer Aus-  
stellung  
ISBN 3-85006-008-X (Juni 1988)
- 17 175 Jahre NÖ Landesbibliothek  
ISBN 3-85006-009-8 (Juni 1988), kosten-  
pflichtig\*
- 18 Elektrifizierung in Niederösterreich (Juni  
1988)
- 19 Der Bauer hat Zukunft. NÖ Agrarenquete  
1988  
ISBN 3-85006-010-1 (Juni 1988)
- 20 Mensch – Weg – Landschaft.  
60 Jahre Güterwegebau in Niederöster-  
reich  
ISBN 3-85006-011-X (August 1988)
- 21 Wein – Kultur – Landwirtschaft  
10 Jahre Sonderregionalprogramm Raum  
Wachau/Krems  
ISBN 3-85006-014-4 (Sept. 1988),  
vergriffen
- 22 W. Liehr: Kommentar zum NÖ Auskunfts-  
gesetz  
ISBN 3-85006-012-8 (Sept. 1988),  
kostenpflichtig (S 197,-)
- 23 Die Verantwortung des Forschers.  
Symposium vom 29. Mai 1987  
ISBN 3-85006-013-6 (Nov. 1989)
- 24 P. Hacker, R. Spendingwimmer: Karst-  
wasservorkommen Oberes Erlaufstal  
ISBN 3-85006-015-2 (Jänner 1989)
- 25 A. J. Egger, S. Polegeg:  
Mineralische Rohstoffe in Nieder-  
österreich.  
Forschungsergebnisse 1978–1985  
ISBN 3-85006-016-0 (Feber 1989)
- 26 G. Schörner, R. Schönstein:  
Jährliches Rohstoffpotential der forst-  
lichen Biomasse Niederösterreichs  
ISBN 3-85006-017-9 (Feber 1989)
- 27 Integration in Niederösterreich.  
Gemeinsame Erziehung von behinderten  
und nichtbehinderten Kindern im Kinder-  
garten  
ISBN 3-85006-018-7 (Feber 1989)
- 28 NÖ Behindertenhilfe 2000. Bestands-  
aufnahme, Aufgaben, Ziel  
ISBN 3-85006-019-5 (März 1989)
- 29 Bayrische Hochstifte und Klöster in  
Niederösterreich. Studien und For-  
schungen aus dem NÖ Institut für  
Landeskunde, Band 11  
ISBN 3-85006-020-9 (März 1989),  
kostenpflichtig\*
- 30 NÖ Forschungsbericht 1989  
ISBN 3-85006-021-7 (März 1989)
- 31 NÖ Agenden/Aktivitäten 1988/1989  
Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung  
ISBN 3-85006-022-5 (April 1989)
- 32 Hallo Niederösterreich –  
Ein Behördenführer für Familien  
ISBN 3-85006-023-3 (Dez. 1989)
- 33 Statistisches Handbuch des Landes  
Niederösterreich  
ISBN 3-85006-025-X (Nov. 1989)
- 34 Versuche und Ansätze zur Industrialisie-  
rung des Waldviertels. Vorträge und Dis-  
kussionen des achten Symposiums des  
NÖ Institutes für Landeskunde, Weitra,  
6. bis 8. Juli 1987  
ISBN 3-85006-024-1 (Feber 1990),  
kostenpflichtig\*
- 35 Die Vereinbarkeit öffentlicher Ämter.  
Enquete des Landtages von Nieder-  
österreich am 7. Juni 1989  
ISBN 3-85006-026-8 (Feber 1990)
- 36 Energiesparen. Förderungen für private  
Haushalte in Niederösterreich 1990  
ISBN 3-85006-027-6 (Feber 1990)
- 37 NÖ Agenden/Aktivitäten 1989/1990  
Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung  
ISBN 3-85006-028-4 (April 1990)
- 38 Probleme des niederösterreichischen  
Weinbaus in Vergangenheit und Gegen-  
wart. Vorträge des 9. Symposiums des  
Niederösterreichischen Instituts für  
Landeskunde, Retz, 4.–6. Juli 1988  
ISBN 3-85006-029-2 (April 1990),  
kostenpflichtig\*
- 39 Gemeinderatswahlen Niederösterreich  
25. März 1990  
Eine gemeindeweise Darstellung  
ISBN 3-85006-030-6 (April 1990),  
vergriffen
- 40 Niederösterreich zwischen Heute und  
der Weltfachausstellung 1995  
ISBN 3-85006-031-4 (April 1990)
- 41 Europäische Gemeinschaft – Chancen  
und Risiken für Niederösterreich  
Enquete, Wirtschaftsförderungsinstitut  
der Handelskammer NÖ, St. Pölten,  
10. April 1989  
ISBN 3-85006-032-2 (Juni 1990)
- 42 „Meine Zukunft“ Mal- und Aufsatzwett-  
bewerb veranstaltet vom Land Nieder-  
österreich  
ISBN 3-85006-033-0 (Okt. 1990)
- 43 Mit Kindern auf dem Weg  
Gedanken, Referate, Zusammenfassung  
NÖ Kindergartensymposium 1987–1989  
ISBN 3-85006-034-9 (Okt. 1990)
- 44 Statistisches Handbuch des Landes  
Niederösterreich  
ISBN 3-85006-035-7 (Sept. 1990)
- 45 NÖ Agenden/Aktivitäten 1990/1991  
Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung  
ISBN 3-85006-036-5 (April 1991)
- 46 NÖ Forschungsbericht 1988–90  
ISBN 3-85006-037-3 (August 1991)
- 47 Monika Prüller, Das Karmelittinnenkloster  
„Unsere liebe Frau vom Berge Karmel“ zu  
St. Pölten (1706–1782); mit einem Beitrag  
von Karl Gutkas,  
Hrsg. Willibald Rosner (= Studien und  
Forschungen aus dem NÖ Institut für  
Landeskunde,  
Hrsg. Willibald Rosner, Band 14) Wien  
1991  
ISBN 3-85006-038-1 (Sept./Okt. 1991),  
kostenpflichtig\*

\* Erhältlich im NÖ Institut für Landeskunde, Tel. (01) 531 10/6255.

Beachten Sie auch die Bestellmöglichkeit über das Internet: <http://www.noel.gv.at> – Serviceseite

- 48 Adel im Wandel, Vorträge und Diskussionen des elften Symposiums des NÖ Instituts für Landeskunde – Horn, 2.–5. Juli 1990, Hrsg. Helmut Feigl u. Willibald Rosner (= Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde, Hrsg. Helmut Feigl, Band 15) Wien 1991 ISBN 3-85006-039-X (Aug. 1991), kostenpflichtig\*
- 49 Statistisches Handbuch des Landes Niederösterreich ISBN 3-85006-040-3 (Sept. 1991)
- 50 Jugendheime in Niederösterreich vom Heute zum Morgen. Ein sozialpädagogisches Konzept im Rahmen der Jugendwohlfahrt ISBN 3-85006-041-1 (Febr. 1992)
- 51 NÖ Agenden/Aktivitäten 1991/1992 Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung ISBN 3-85006-042-X (Juli 1992)
- 52 Miteinander leben im Pensionistenheim ISBN 3-85006-043-8 (Sept. 1992)
- 53 Meta Niederkorn-Bruck, Der Heilige Koloman, Der erste Patron Niederösterreichs. (= Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde, Band 16) Wien 1992 ISBN 3-85006-044-6, kostenpflichtig\*
- 54 Behindert – Wer hilft in Niederösterreich? ISBN 3-85006-045-4 (Sept. 1992)
- 55 Der Truppenübungsplatz Allentsteig. Region, Entstehung, Nutzung und Auswirkungen, Die Vorträge des 12. Symposiums des Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde – Allentsteig, 1. bis 4. Juli 1991, hrsgg. v. Willibald Rosner (= Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde, hrsgg. v. Silvia Petrin und Willibald Rosner, Band 17) Wien 1992 ISBN 3-85006-046-2, kostenpflichtig\*
- 56 Statistisches Handbuch des Landes Niederösterreich ISBN 3-85006-047-0
- 57 H. Braun: Emissionen bei der Verbrennung ISBN 3-85006-048-9
- 58 P. Hacker: Isotopenhydrologische Untersuchungen im Südlichen Wiener Becken ISBN 3-85006-049-7
- 59 J. Ringhofer: Deponiegasnutzung in Niederösterreich ISBN 3-85006-050-0
- 60 U. Eisinger, R. Gutdeutsch Ch. Hammerl Beiträge zur Erdbebensgeschichte von Niederösterreich ISBN 3-85006-051-9, vergriffen
- 61 Adoption von arm und reich Weg – Ausweg – Irrweg „Adoption von Kindern aus Entwicklungsländern“ ISBN 3-85006-052-7 (Mai 1993)
- 62 NÖ Agenden/Aktivitäten 1992/1993 Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung ISBN 3-85006-054-3 (Juli 1993)
- 63 Landtagswahl Niederösterreich 16. Mai 1993 eine wahlkreis- und gemeindeweise Darstellung ISBN 3-85006-067-5
- 64 Johannes Seidl, Das Kopalbuch der Zeche Unserer Lieben Frau zu Perchtoldsdorf (= Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde, Band 18) Wien 1993 ISBN 3-85006-055-0, kostenpflichtig\*
- 65 Ralph Andraschek-Holzer, Der Geraser deutsche Psalter aus dem 15. Jh. – Text, Untersuchung und kulturgeschichtliche Beurteilung (= Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde, Band 19) Wien 1993 ISBN 3-85006-056-X, kostenpflichtig\*
- 66 Statistisches Handbuch des Landes Niederösterreich ISBN 3-85006-057-8
- 67 Die ARGE Donauländer ISBN 3-85006-058-6
- 68 Kerschbaumer, Mit Kindern auf dem Weg Referate zu NÖ Kindergartensymposien ISBN 3-85006-059-4
- 69 NÖ Agenden/Aktivitäten 1993/94 Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung ISBN 3-85006-060-8 (Juli 1994)
- 70 Sommerfrische, Aspekte eines Phänomens Vorträge des 13. Symposiums des Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde Reichenau an der Rax, 5. bis 8. Juli 1993 ISBN 3-85006-061-6, kostenpflichtig\*
- 71 Gesundheitsforum Niederösterreich Darstellung der Gesundheitsvorsorgen in Niederösterreich ISBN 3-85006-062-4 (April 1994)
- 72 Neue Regionalkultur im Gespräch Beispiele kultureller Aktivitäten in Niederösterreich ISBN 3-85006-063-2 (Sept. 1994)
- 73 NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime stellen sich vor. Darstellung der Altersversorgung durch das Zentrum für Alternswissenschaften Krems ISBN 3-85006-064-0 (Juli 1994)
- 74 Die Bezirkshauptmannschaft gestern und heute Referate anlässlich der Gesamtösterreichischen Bezirksleutekonferenz am 1. 9. 1993 ISBN 3-85006-065-9 (Sept. 1994)
- 75 Statistisches Handbuch des Landes Niederösterreich 1993/1994 Amt der NÖ Landesregierung, Abt. R/2-Statistik ISBN 3-85006-066-7 (Sept. 1994)
- 76 Gemeinderatswahlen Niederösterreich 19. März 1995 Eine gemeindeweise Darstellung ISBN 3-85006-068-3
- 77 Auslandsadoption, Fachtagung 1994 Erfahrungen – Kriterien – Handlungsrichtlinien ISBN 3-85006-069-1 (April 1995)
- 78 Neurologieplan Niederösterreich Plan zur stationären neurologischen Versorgung in Niederösterreich von M. Brainin und A. Dachenhausen ISBN 3-85006-070-5
- 79 Bedingungen und Auswirkungen integrativer Erziehung in NÖ Kindergärten, Eine empirische Studie: R. Hanich, K. Krisch, H. Stary, E. Tatzler ISBN 3-85006-071-3
- 80 Ausgliederungsprojekt geistig Behinderter: „Wohnen wie IHR“, Dr. Hans Mayer ISBN 3-85006-072-1
- 81 Agenden/Aktivitäten 1994/1995, Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung ISBN 3-85006-073-X
- 82 Statistisches Handbuch des Landes NÖ 1994/95 ISBN 3-85006-074-8
- 83 Zentrum und Regionen, Museumslandschaft NÖ, K. Brunner, A. Kusternig, F. Steininger ISBN 3-85006-075-6 (Oktober 1995)
- 84 Niederösterreich 1945 – Südmähren 1945, E. Bezemek, W. Rosner ISBN 3-85006-076-4
- 85 Richtlinien zur Führung und Mitarbeit in der NÖ Landesverwaltung, LAD – Aus- und Weiterbildung (Dezember 1995) ISBN 3-85006-077-2
- 86 Handbuch für die artgerechte Haltung von Greifvögeln und Eulen in NÖ ISBN 3-85006-078-0
- 87 Psychiatrieplan Niederösterreich ISBN 3-85006-079-9
- 88 Behindertenhilfe in Niederösterreich – Der Mensch im Mittelpunkt Abteilung VII/1-Sozialabteilung ISBN 3-85006-080-2
- 89 NÖ Gebietsbauämter – Stützen von Bürgern und Behörden; Beiträge zum 50jährigen Bestand der NÖ Gebietsbauämter (September 1996) ISBN 3-85006-081-0
- 90 Agenden/Aktivitäten 1995/1996 ISBN 3-85006-082-9
- 91 Statistisches Handbuch des Landes NÖ 20. Jahrgang; 1995/96 ISBN 3-85006-083-7
- 92 Buchschmuck in Lilienfelder Handschriften, Martin Roland, NÖ Institut für Landeskunde (= Studie und Forschung aus dem NÖ Institut für Landeskunde Band 22), Wien 1996 ISBN 3-85006-084-5 kostenpflichtig\*
- 93 Rechnungsbuch Albrechts III, Christian Lackner – Edition und Textanalyse, NÖ Institut für Landeskunde (= Studie und Forschung aus dem NÖ Institut für Landeskunde Band 23), Wien 1996 ISBN 3-85006-085-3 kostenpflichtig\*
- 94 Der Landtag von Niederösterreich, NÖ Landtagsdirektion, Mai 1997 ISBN 3-85006-086-1

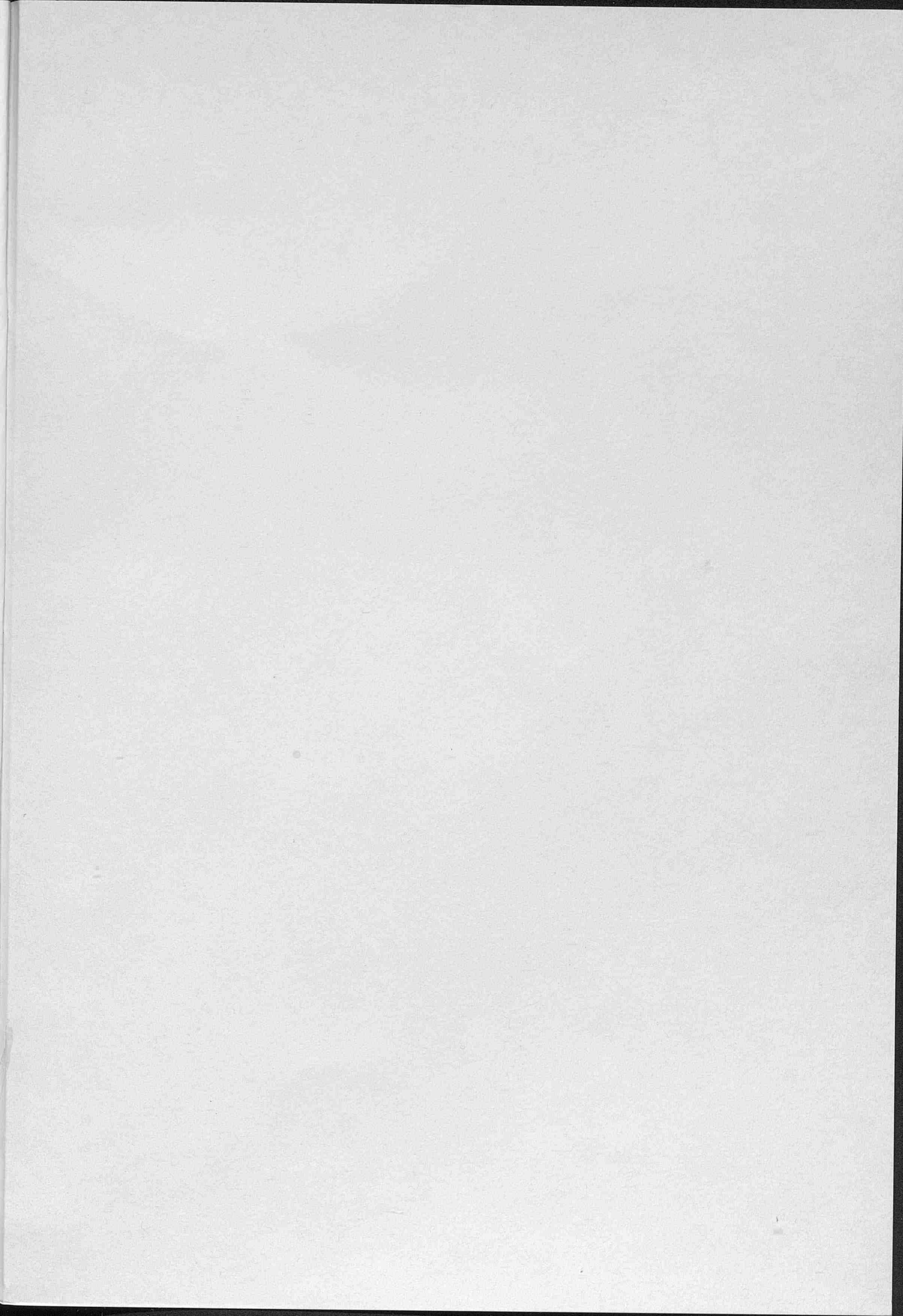
- 95 NÖ Kinderstudie – Teil 1: Kind sein – Fakten aus der Fachliteratur, Martin Peter, Mai 1997  
ISBN 3-85006-087-X
- 96 Agenden/Aktivitäten 1996/1997  
St. Pölten, Juli 1997  
ISBN 3-85006-088-8
- 97 Der Landtag von Niederösterreich: Abschied von Wien – Beginn in St. Pölten  
St. Pölten September 1997  
ISBN 3-85006-089-6
- 98 Jugendwohlfahrt – Analyse und Planung; Bedarfsanalyse, Organisationsstruktur, New Public Management – eine wirkungsorientierte Verwaltungsführung  
St. Pölten, Oktober 1997  
ISBN 3-85006-090-X
- 99 Festschrift zur Eröffnung des Neubaus der NÖ Landesbibliothek  
St. Pölten September 1997  
ISBN 3-85006-091-8
- 100 Neues NÖ Landhaus – Aus dem Haus der Stände in das Haus der Bürger – Eine Landesverwaltung zieht um, Landesamtsdirektion  
St. Pölten Dezember 1997  
ISBN 3-85006-092-6
- 101 Mit Kindern wachsen – Montessori-Werkstatt 18.–20. April 1996, Emmersdorf an der Donau  
St. Pölten, November 1997  
ISBN 3-85006-093-4
- 102 Statistisches Handbuch des Landes NÖ; 21. Jahrgang; 1996/97  
St. Pölten, September 1997  
ISBN 3-85006-094-2
- 103 Mit Kindern auf dem Weg II – Referate anlässlich der Kindertagungs-symposien 1993/94/95  
St. Pölten, Oktober 1997  
ISBN 3-85006-095-0
- 104 Neue Perspektiven zur Siedlungsgeschichte des Nördlichen Waldviertels, Archäologisch-geographische Untersuchungen im Raum Raabs, Karlstein und Thaya von Kurt Bors  
(= Studien und Forschungen des NÖ Institutes für Landeskunde, Band 25)  
St. Pölten 1998  
ISBN 3-85006-096-9, kostenpflichtig\*
- 105 Mutterberatung neu, Ergebnisse der Fragebogenstudie, Tagungsbericht 30. 1. 1998  
ISBN 3-85006-097-7
- 106 Mit Kindern auf dem Weg III, Referate zum 10. NÖ Kindertagungs-symposion 1997, „Märchen als Schlüssel zur Welt“, St. Pölten, April 1998  
ISBN 3-85006-098-5

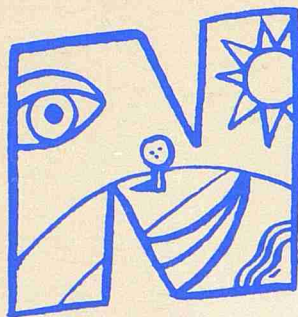
\* Erhältlich im NÖ Institut für Landeskunde, Tel. (01) 531 10/6255.











DEIN SCHÖNES STÜCK ÖSTERREICH